Deutsche Architektur

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Heft 4 1961

Internationaler Wettbewerb für einen Experimental-Wohnbezirk in Moskau

Dr.-Ing. Werner Straßenmeier

Der Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion, der mit der stürmischen Entwicklung der Volkswirtschaft und der Hebung des materiellen und geistig-kulturellen Lebens und der Wohnbedingungen der Sowjetmenschen verbunden ist, stellt dem sowjetischen Städtebau große Aufgaben, die sowohl ihrem Umfang als auch ihrer Zielsetzung nach einzigartig sind. Die Leistungen des sowjetischen Bauwesens betragen gegenwärtig allein im Wohnungsbau mehr als 14 Wohnungseinheiten auf 1000 Einwohner im Jahr. Damit ist die Sowjetunion allen Ländern weit voraus. Am Ende des Siebenjahrplanes werden jährlich etwa 22 bis 24 Wohnungseinheiten pro 1000 Einwohner im Jahre errichtet werden.

Dieses Wohnungsbauprogramm ist zugleich ein städtebauliches Programm, das der Schaffung der besten Lebensbedingungen für die Menschen dient.

Die Realisierung eines solchen Wohnungsbauprogrammes und die Errichtung der dazugehörigen gesellschaftlichen Einrichtungen bedeutet den Bau Tausender Wohnkomplexe und Wohnbezirke, die entscheidend die Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen der kommunistischen Gesellschaft verbessern werden.

Als Teil dieser Aufgaben wurde der Bau eines Experimental-Wohnbezirkes beschlossen, der für den gesamten sowjetischen Städtebau als Beispiel der Planung und Bebauung von Wohngebieten dienen soll.

Der zu diesem Zweck im Jahre 1959 durchgeführte internationale Wettbewerb hatte das Ziel, durch eine schöpferische Diskussion Planungs- und Bebauungsprinzipien sowie Typenvorschläge für Wohn- und gesellschaftliche Bauten zu erarbeiten, die die besten Wohn- und Lebensbedingungen der Einwohner gewährleisten und den Forderungen der strengsten Wirtschaftlichkeit im Bau und in der Nutzung entsprechen.

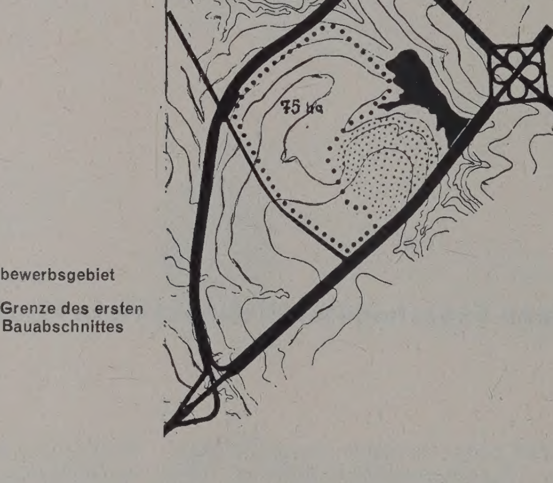
Schon im Wettbewerbsprogramm kam eindeutig zum Ausdruck, daß die städtebauliche Lösung des Wohnbezirks sowie die Vorschläge für Wohn- und gesellschaftliche Bauten auf eine gute Organisation des gesellschaftlichen und individuellen Lebens der Einwohner ausgerichtet sein müssen. Dabei war auszugehen von der Einbeziehung eines möglichst großen Teiles der Einwohner in das gesellschaftliche Leben und in die gesellschaftliche Produktion, von der Senkung des Arbeits- und Zeitaufwandes für die individuelle Hauswirtschaft, von der Vervollkommnung der Formen und Methoden der Erziehung sowie von der Erhöhung aller kulturellen Bedürfnisse der Einwohner des Wohnbezirkes. Somit wurde schon in der Programmstellung die große Rolle des Städtebaus bei der Herausbildung neuer Formen der sozialistischen Lebensweise hervorgehoben.

Das Territorium des Experimental-Wohnbezirks

Das für den Experimental-Wohnbezirk ausgewiesene Bebauungsgebiet liegt im südwestlichen Teil Moskaus an der gegenwärtigen Peripherie des Stadtbildes (Abb. 1). Der Experimental-Wohnbezirk wird dreiseitig von Magistralen begrenzt (Abb. 2) — von den sich hinter dem Gebiet vereinigenden Magistralen Moskau—Kiew und Wostotschni—Lutsch sowie nordöstlich von der Ringmagistrale Kaschira—Rubljewo. Die Gesamtfläche des Bebauungsgebietes umfaßt 243 ha. Der erste Bebauungsabschnitt — das eigentliche Wettbewerbsgebiet — hat eine Größe von etwa 75 ha. Dieses Gebiet sollte laut Programm mindestens 15000 Einwohner haben.

Lage des Wettbewerbsgebietes





Wettbewerbsgebiet

.... Grenze des ersten Bauabschnittes

Programmforderungen

Das Wettbewerbsprogramm sah neben der Erarbeitung des Bebauungsplanes die Ausarbeitung von Vorschlägen für Typenprojekte der zur Anwendung kommenden Wohn- und gesellschaftlichen Bauten sowie entsprechender Konstruktionen und Bauweisen vor.

Teilnehmer am Wettbewerb

An diesem Wettbewerb nahmen 18 Kollektive führender Institute und Projektierungsorganisationen der Sowjetunion sowie 13 Kollektive aus den volksdemokratischen Staaten teil.

Die Arbeiten der einzelnen Kollektive zeigen die außerordentlich breite Skala der schöpferischen Möglichkeiten zur Organisation und Gestaltung sozialistischer Wohngebiete. Die Ergebnisse des Wettbewerbs stellen ein Material dar, das in seiner Reichhaltigkeit und Tiefe alle wesentlichen Fragen der Planung und Gestaltung sozialistischer Wohngebiete berührt. Es versteht sich von selbst, daß viele aufgeworfene Probleme in den Entwürfen noch keine allgemeingültige Lösung erfahren konnten. Viele Probleme sind neu und derart kompliziert, daß selbst schon die exakte Problemstellung einen bedeutenden Schritt nach vorn in der Entwicklung des sozialistischen Städtebaus darstellt.

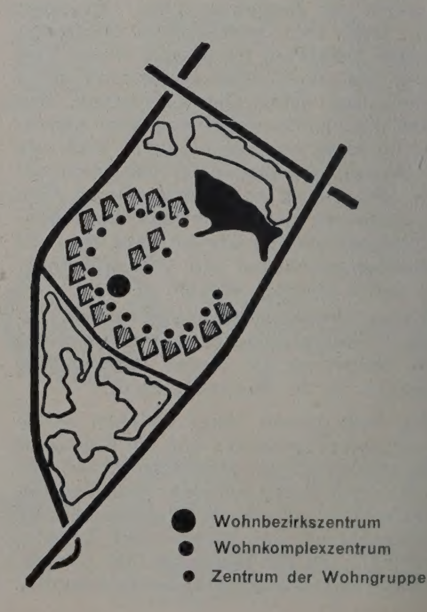
Im vorliegenden Beitrag ist es nicht möglich, eine umfassende Einschätzung der Wettbewerbsergebnisse zu geben. Das muß seiner Bedeutung entsprechend einer gründlichen Analyse durch das Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung und das Institut für Hochbau der Deutschen Bauakademie überlassen bleiben. Diese Analyse wird es ermöglichen, eine Vielzahl von Problemen der Bebauung von Wohngebieten und der Entwicklung von Typen für Wohn- und gesellschaftliche Bauten schneller und besser als bisher zu lösen.

Der vorliegende Beitrag soll sich auf die Herausarbeitung einiger prinzipieller Fragen, die auch für die Praxis des Städtebaus in der Deutschen Demokratischen Republik bedeutsam sind, beschränken.

Abb. 3: Grundrißschemata der Organisation des Wohngebietes







Die städtebauliche Struktur des Wohngebietes

So unterschiedlich die Vorschläge der einzelnen Kollektive zur Planung und Bebauung des Wohnbezirks auch sind, eines ist ihnen gemeinsam: Die städtebauliche Lösung wird nicht nur als technisches und ästhetisch-gestalterisches Problem, sondern vor allem als ein Problem des neuen gesellschaftlichen Inhalts sozialistischer Wohngebiete gesehen, der darin besteht, übereinstimmend die gesellschaftlichen und die individuellen Bedürfnisse der Bewohner zu befriedigen.

Dementsprechend wurde in allen Wettbewerbsprojekten der komplexen gesellschaftlichen Versorgung der Einwohner und der Herausarbeitung bestimmter Systeme der Zuordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen zu den Wohnungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet, die ihrerseits die Grundlage für die Herausbildung entsprechender städtebaulicher Einheiten bilden.

Der Begriff ,,Wohnung'' erfährt bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und deren Übergang zum Kommunismus eine qualitative Erweiterung und Weiterentwicklung. Die städtebauliche Struktur der besten Arbeiten geht daher von der Einheit der Wohnung und der Einrichtungen zur primären gesellschaftlichen Versorgung (Speisegaststätten, Einrichtungen für den Handel, Dienstleistungen, Erziehung, Sport, Erholung) aus. Diese Struktur festigt den Zusammenhang zwischen dem individuellen Wohnen der Familie und dem gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen im Wohngebiet. Sie ist geeignet, den vielfältigen und unterschiedlichen Funktionen innerhalb eines Wohngebietes auf beste Weise gerecht zu werden, fördert die allmähliche Befreiung der Frau von der drückenden

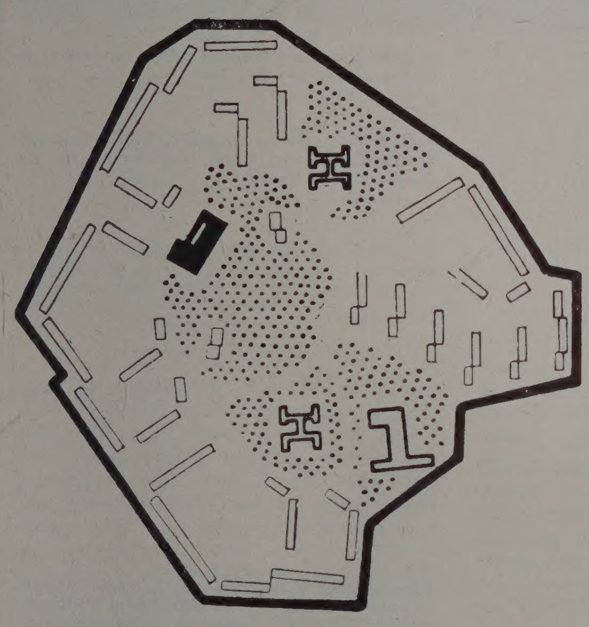


Abb. 4: Wohnkomplex in dem Entwurf des Moskauer Architekturinstituts, Variante FG — zweistufiges Versorgungssystem: Wohnkomplexzentrum — Wohnbezirkszentrum

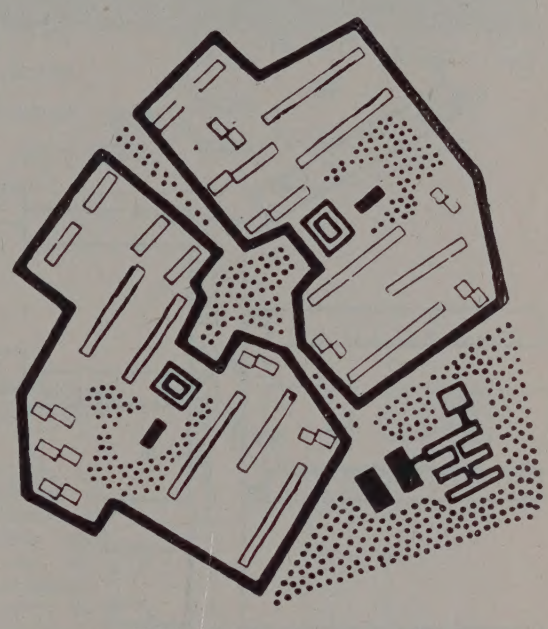


Abb. 5: Wohnkomplex aus zwei Wohngruppen in dem Entwurf II der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik — dreistufiges Versorgungssystem; Zentren in den Wohngruppen — Wohnkomplexzentrum — Wohnbezirkszentrum

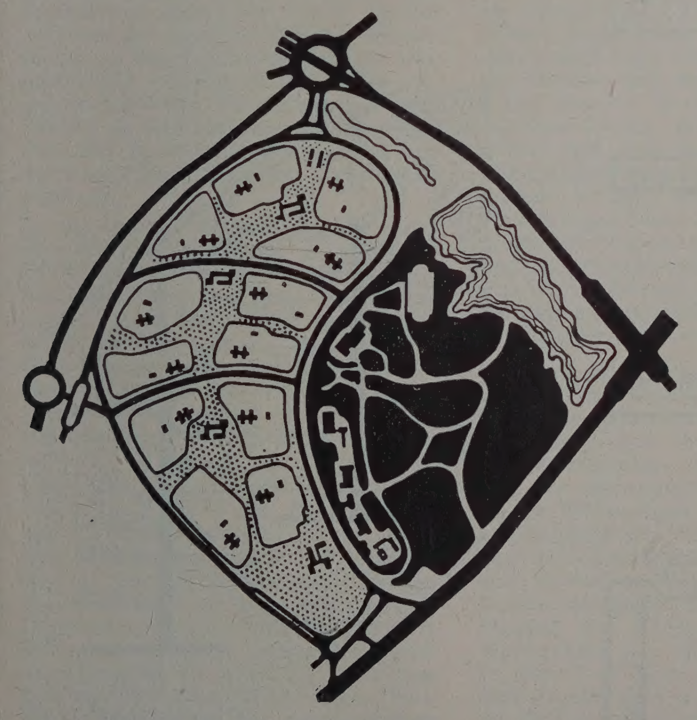


Abb. 6: Gliederung des Wohngebietes in Wohngruppen und Wohnkomplexe in dem Entwurf von Latgiprogrostroij — dreistufiges Versorgungssystem wie in Abbildung 5

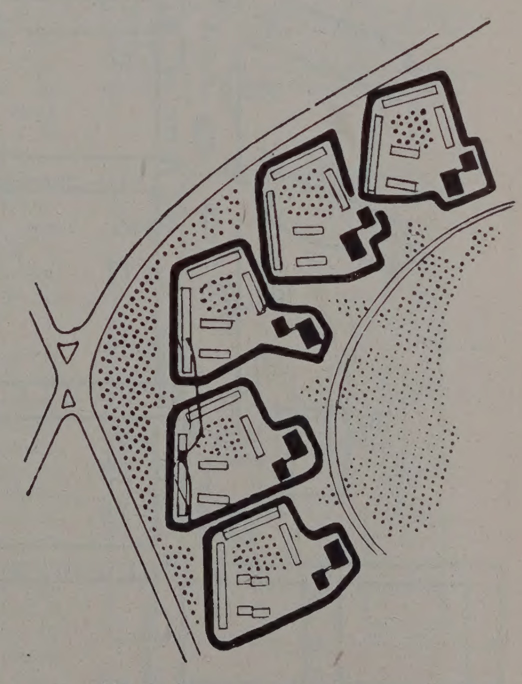


Abb. 7: Gliederung des Wohngebietes in Wohngruppen in dem Entwurf des staatlichen Projektierungsinstituts der Ungarischen Volksrepublik — zweistufiges Versorgungssystem: Zentren der Wohngruppen und Wohnbezirkszentrum

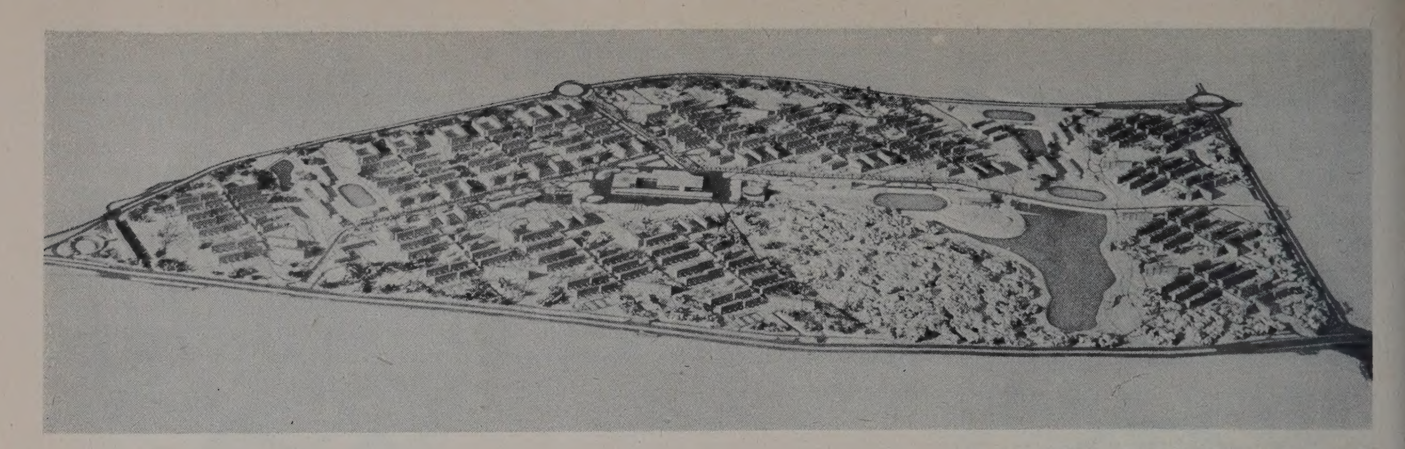


Abb. 8: Modell des Entwurfs SAKB und Institut für die Generalplanung Moskaus

Abb. 9: Wohngruppe für 3000 Einwohner aus dem Wettbewerbsentwurf SAKB und Institut für die Generalplanung Moskaus

1 Medizinische Versorgung — 2 Apotheke — 3 Uhren — 4 Dienstleistungen — 5 Kinderkrippe — 6 Kindergarten — 7 Post — 8 Sparkasse — 9 Geräteverleih — 10 Hausverwaltung — 11 Appartementhaus — 12 Industriewaren — 13 Konditoreiwaren — 14 Tee — 15 Appartementhaus — 16 Lebensmittel — 17 Speisegaststätte — 18 Obst — 19 Würstchen — 20 Säfte — 21 Mehrzwecksaal — 22 Bücher — 23 Bibliothek — 24 Zirkelräume — 25 Zeitungen

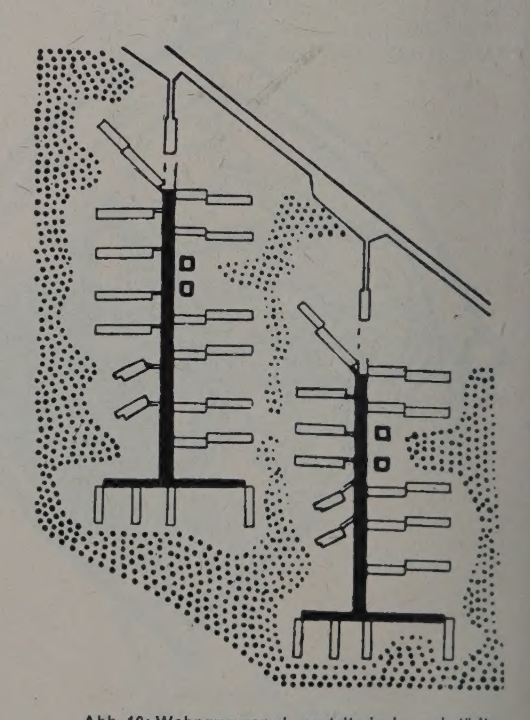
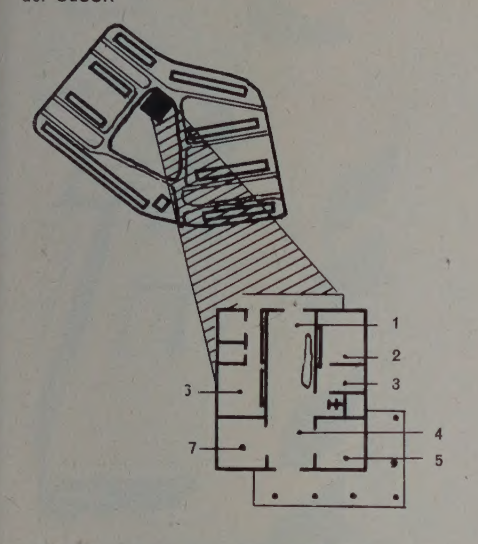


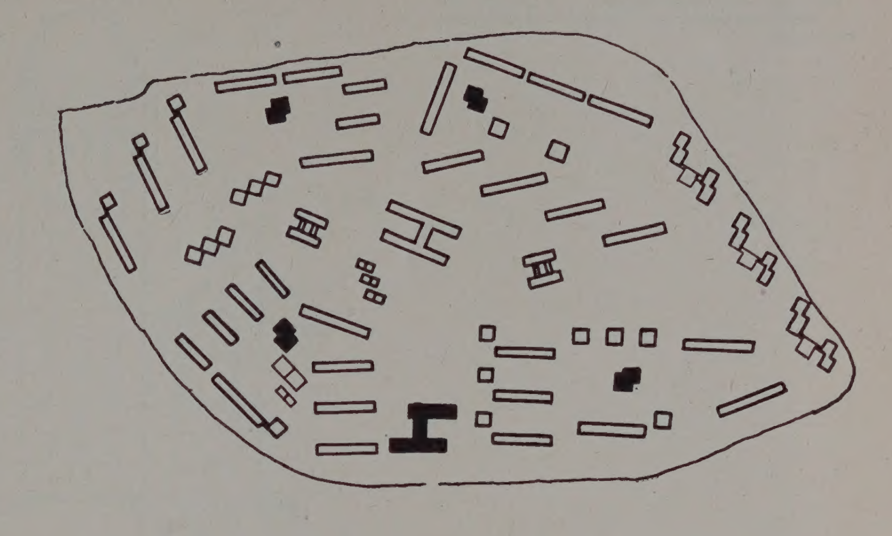
Abb. 10: Wohngruppen als gestalterische und städtebauliche Einheiten des Wohngebietes im Entwurf SAKB und Institut für die Generalplanung Moskaus

Abb. 11: Beispiel einer Wohngruppe mit Versorgungsblock für etwa 2000 Einwohner aus dem Wettbewerbsentwurf der Akademie für Architektur und Bauwesen der UdSSR



1 Kaufhalle (Automaten), Büro für Bestellungen — 2 Bastelraum — 3 Technische Aufsicht — 4 Stehbüfett — 5 Kinderspielzimmer — 6 Raum für Erholung und Familienfeiern — 7 Hausküche

Abb. 12: Wettbewerbsentwurf der Akademie für Architektur und Bauwesen der UdSSR — Wohnkomplex für 8000 Einwohner



Last der Hausarbeit, den Übergang von der individuellen Erziehung zur gesellschaftlichen Erziehung der Kinder sowie das sozialistische Zusammenleben der Menschen. Aus den Ergebnissen des Wettbewerbs kann abgeleitet werden, daß eben dieser neue gesellschaftliche Inhalt mit seinen spezifischen funktionellen Forderungen primär die städtebauliche Struktur der Wohngebiete bestimmt, die sich in all der Vielfalt ihrer Kompositionsprinzipien grundsätzlich vom kapitalistischen Städtebau unterscheiden.

Bei der Analyse der städtebaulichen Struktur der Wettbewerbsarbeiten kann man drei Gruppen von Projekten unterscheiden, in denen das System der Zuordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen zu den Wohnungen und die Herausbildung entsprechender Stufen der gesellschaftlichen Versorgung mit ihren Zentren die städtebauliche Organisationsform des Wohngebietes in verschiedene städtebauliche Einheiten bestimmen (Abb. 3).

In der ersten Gruppe werden außer den Wohnbezirkszentren, in denen die Einrichtungen des periodischen Bedarfs konzentriert sind, drei Wohnkomplexe mit jeweils einem Zentrum der gesellschaftlichen Einrichtungen für den täglichen Bedarf ausgewiesen, welche die städtebauliche Struktur des Wohngebietes bestimmen. Hier handelt es sich um ein sogenanntes zweistufiges Versorgungssystem.

Diese Form kommt unserer gegenwärtigen Praxis der Planung und Bebauung von Wohngebieten in der Deutschen Demokratischen Republik, nämlich der Herausbildung von Wohnkomplexen in der Größenordnung von etwa 4000 bis 6000 Einwohner mit einem gesellschaftlichen Zentrum, am nächsten. Insofern enthalten diese Projekte, zu denen die Vorschläge des Moskauer Architekturinstituts, Variante FG und PS (Abb. 4), des Giprostroijprojekts, der Volksrepublik Bulgarien und andere gehören, zwar keine prinzipiell neuen Gesichtspunkte, zeigen aber zumeist eine sehr konsequente und städtebaulich gelungene Lösung dieses Prinzips.

Die Projekte der zweiten Gruppe, zu denen zum Beispiel der Entwurf II der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (Abb. 5), die Entwürfe von Latgiprogrostroij (Abb. 6) und der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR gehören, werden durch die Anwendung eines „dreistufigen Systems“ der gesellschaftlichen Versorgung der Einwohner im Wohngebiet und der Herausbildung der entsprechenden städtebaulichen Einheiten charakterisiert.

Im Unterschied zu den Projekten der ersten Gruppe wird hier ein Teil der gesellschaftlichen Einrichtungen, die man als Einrichtungen des „primären“ täglichen Bedarfs bezeichnen könnte, unmittelbar einigen Wohngebäuden zugeordnet. Auf diese Weise bildet sich als kleinste städtebauliche Einheit die Wohngruppe heraus. Die gesellschaftlichen Einrichtungen bilden den Kern der Wohngruppe und werden dank der nahen Lage und funktionsgerechten Zuordnung zu den Wohngebäuden in vollem Maße ihrer Aufgabe als „gesellschaftlicher“ Teil der sozialistischen Wohnung gerecht.

Auch aus unserer Praxis der letzten Jahre ist uns das städtebauliche Element der Gebäudegruppe bekannt. Im Unterschied zur Wohngruppe bildet sie jedoch nur eine Gliederungs- und Gestaltungseinheit. Die obenangeführte Entwicklung, in der die Wohngruppe sowohl eine städtebaulich-gestalterische als auch eine städtebaulich-funktionelle und eine gesellschaftliche Einheit darstellt, erscheint, ohne ein Dogma aufstellen zu wollen, für die Planung und Bebauung sozialistischer Wohngebiete am ehesten geeignet. In ihr kommt auf beste Weise der untrennbare Zusammenhang zwischen der individuellen und gesellschaftlichen Seite des Wohnens unmittelbar und deutlich zum Ausdruck. Die Wohngruppe schafft mit ihren Anlagen und Einrichtungen optimale

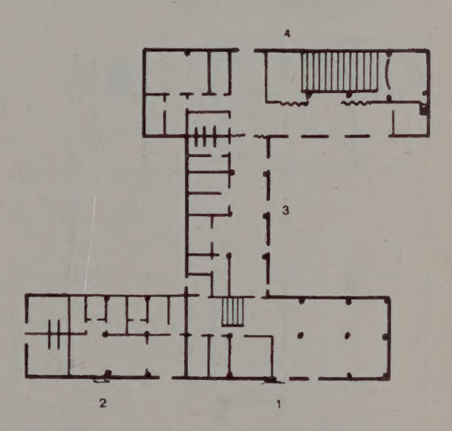


Abb. 13: Wettbewerbsentwurf der Akademie für Architektur und Bauwesen der UdSSR — Zentrumseinrichtungen 1:1000

1 Kaufhalle — 2 Dienstleistungen — 3 Speisegaststätte, Café — 4 Klub, Wohnungsverwaltung

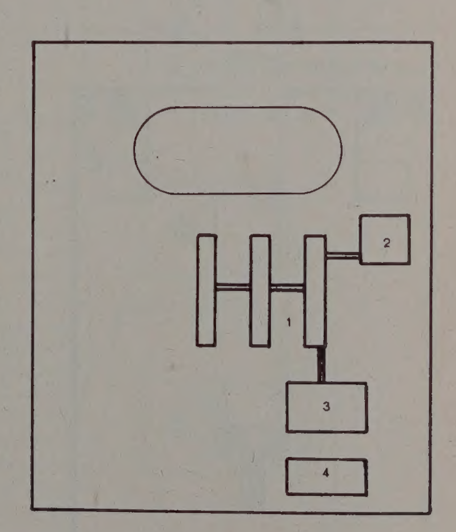


Abb. 14: Kombination der Schule und Turnhalle mit anderen gesellschaftlichen Einrichtungen für ein Wohnkomplexzentrum — Wettbewerbsentwurf II der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

1 Schule — 2 Turnhalle — 3 Speisegaststätte und Klub — 4 Kaufhalle und Dienstleistungen

Abb. 15: Wohnbezirkszentrum aus dem Wettbewerbsentwurf der Akademie für Architektur und Bauwesen der UdSSR

1 Kaufhaus — 2 Dienstleistungen — 3 Lebensmittel — 4 Speisegaststätte — 5 Garage — 6 Hotel mit Restaurant

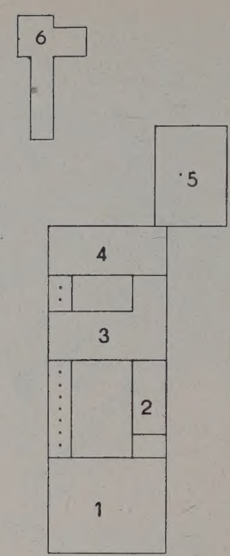
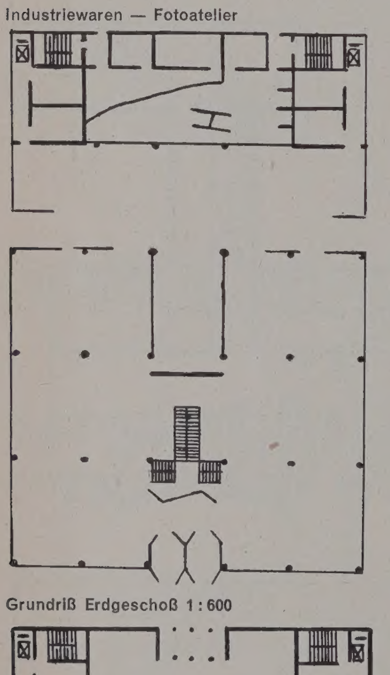
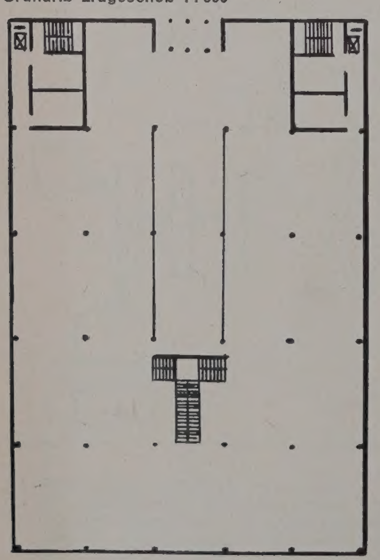


Abb. 16: Pavillons für gesellschaftliche Einrichtungen des Wohnbezirkszentrums — Wettbewerbsentwürfe des Architekturinstituts Moskau

Industriewaren — Fotoatelier

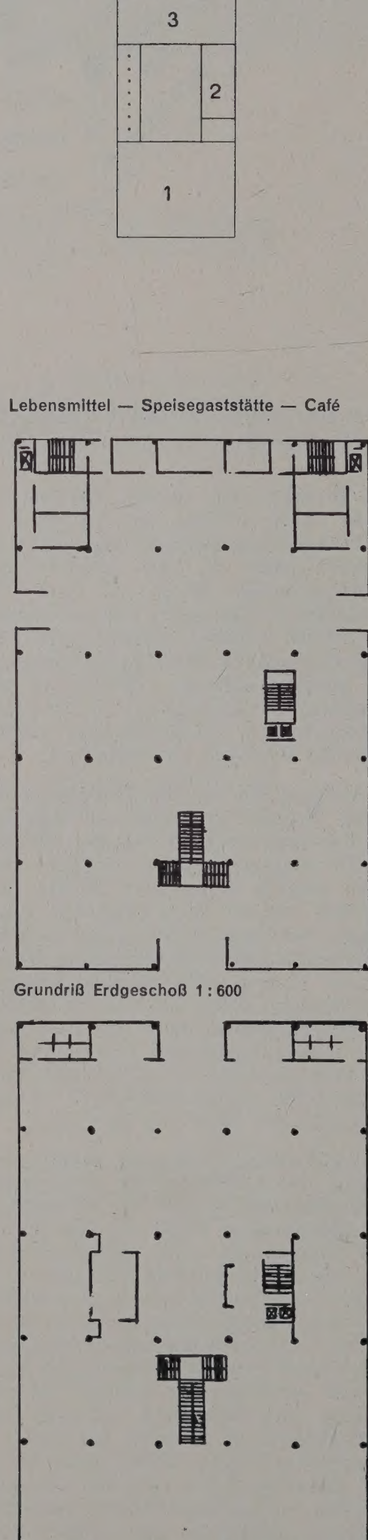


Grundriß Erdgeschoß 1 : 600



Grundriß 1. Obergeschoß 1 : 600

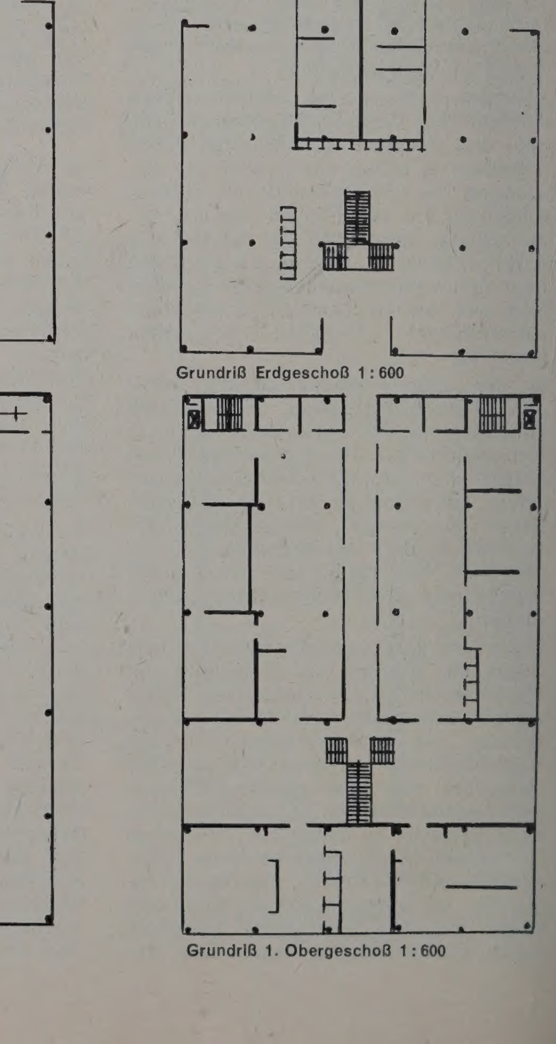
Lebensmittel — Speisegaststätte — Café



Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

Grundriß 1. Obergeschoß 1 : 600

Post — Sparkasse — Bank — Dienstleistungen — Apotheke — Friseur



Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

Grundriß 1. Obergeschoß 1 : 600

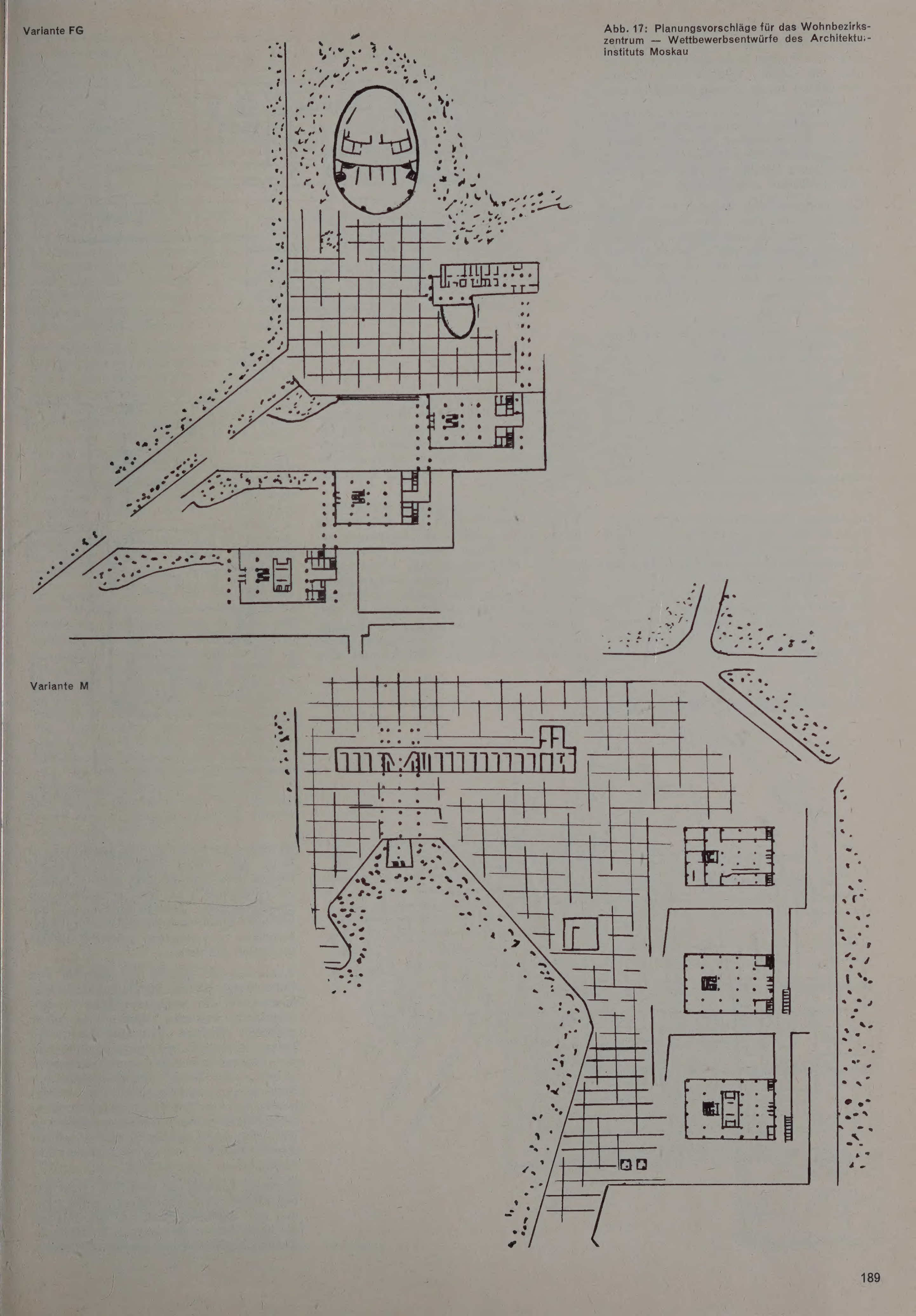


Abb. 17: Planungsvorschläge für das Wohnbezirkszentrum — Wettbewerbsentwürfe des Architekturinstituts Moskau

Bedingungen zur Befriedigung primärer täglicher Bedürfnisse der individuellen und gesellschaftlichen Seite des Wohnens und bietet die besten Möglichkeiten für die Entwicklung eines echten Kollektivs der Einwohner.

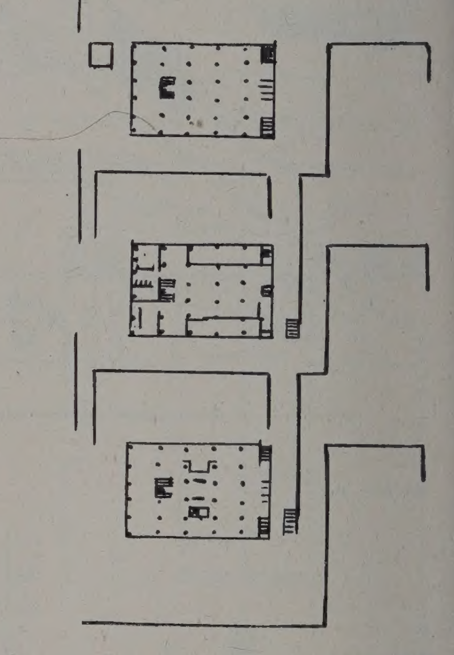
In der dritten Gruppe wird gleichfalls von der unmittelbaren und engen Zuordnung gesellschaftlicher Einrichtungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs zu den Wohngebäuden ausgegangen.

Die Wohngruppen bilden hier die einzigen städtebaulichen Einheiten innerhalb eines Wohnbezirks. Charakteristische Planungsbeispiele dieser Gruppe sind der Entwurf des SAKB, an dem das Institut für die Generalplanung Moskaus beteiligt war, sowie ein Entwurf der Ungarischen Volksrepublik (Abb. 7).

Ungeachtet der progressiven Tendenz zur maximalen Annäherung der gesellschaftlichen Einrichtungen an die Wohnung, das heißt der Bildung von Wohngruppen, bringt der Verzicht auf den Wohnkomplex als städtebauliche Zwischenstufe zwischen Wohngruppe und Wohnbezirk eine Reihe von Schwierigkeiten in der Organisation und Gestaltung der Wohngebiete mit sich, die dieses Prinzip zumindest für den allgemeinen Fall als fraglich erscheinen lassen.

Die Mängel dieses Prinzips liegen meiner Meinung nach darin, daß die rein additive Anordnung der primären Wohngruppen zu einem Wohnbezirk (Entwurf SAKB) oder Wohnkomplex von über 17000 (!) Einwohnern (Entwurf Ungarische Volksrepublik) nur unvollkommen die vielfältigen individuellen und gesellschaftlichen Wohnfunktionen — entsprechend ihrer Gradation — städtebaulich-räumlich und funktionell zu organisieren vermag, gestalterisch leicht zum Schematismus führen kann und eine zweckmäßige Organisation der gesellschaftlichen Einrichtungen, deren Wirtschaftlichkeit und Bequemlichkeit in der Nutzung erschwert (Abb. 8 und 10).

So führt die Zersplitterung der wesentlichsten Einrichtungen der gesellschaftlichen Versorgung — mit Ausnahme der im Bezirkszentrum liegenden Einrichtungen zur Befriedigung des periodischen Bedarfs — in kleinste Versorgungseinheiten für etwa 1000 Einwohner (Entwurf Ungarische Volksrepublik) kaum zu einer qualitativen Verbesserung des Niveaus der gesellschaftlichen Versorgung, da die geringe Kapazität der Einrichtungen eine komplexe Versorgung nicht gewährleisten kann. Die dabei auftretende Vielzahl kleiner Einrichtungen steht darüber hinaus im Widerspruch zu einer sinnvollen und zweckmäßigen Zusammenfassung bestimmter Einrichtungen als Versorgungskomplexe zu wenigeren größeren städtebaulichen Einheiten.



Variante S

Variante E

Ähnliches gilt, glaube ich, auch für den Entwurf des SAKB. So einleuchtend und konsequent auf den ersten Blick die unmittelbare bauliche Verbindung einer größeren Gruppe von Gebäuden mit einem Komplex der gesellschaftlichen Versorgung erscheint und sozusagen unter „einem Dach" die Möglichkeit zur Befriedigung beinahe aller im Wohngebiet auftretenden individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse gewährleisten soll, so wenig wirksam dürfte jedoch dieses Prinzip in der Praxis werden (Abb. 9).

In dieser Lösung ruft eine funktionell unbegründete Vermischung von Einrichtungen der täglichen Nutzung mit solchen der periodischen Versorgung ernste funktionelle Schwierigkeiten hervor. Die Wahr-

scheinlichkeit, daß in den meisten Fällen die Schwierigkeit der Bewegung um beinahe 300 m innerhalb des geschlossenen Komplexes bis zu den unter Umständen aufzusuchenden Einrichtungen am Ende dieses Komplexes in Kauf genommen werden muß, hebt den Vorteil der unmittelbaren Zuordnung wahrscheinlich wieder auf.

Die Zentren der städtebaulichen Einheiten

Die funktionelle und gestalterische Organisation des Wohngebietes der meisten Planungsbeispiele der zweiten Gruppe, das heißt also der Arbeiten, in denen der Wohnbezirk in Wohnkomplexe und Wohngruppen untergliedert ist, läßt die Vorteile dieses Prinzips offensichtlich werden.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Wirksamkeit gesellschaftlicher Einrichtungen in dem Maße abnimmt, wie die Entfernung zwischen ihnen und den Wohnungen zunimmt. Die Ausnutzung der durch die Normen festgelegten zulässigen maximalen Entfernungen der Einrichtungen zu den Wohnungen und die Zusammenfassung dieser Einrichtungen zu einem Versorgungszentrum für ein dementsprechend großes Einzugsgebiet sind zwar durchaus geeignet, die Wirtschaftlichkeit dieser Einrichtungen zu heben, führen jedoch kaum zur Erleichterung der Nutzung für einen großen Teil der entfernter wohnenden Einwohner des Gebietes.

Der umgekehrte Weg, die maximale Annäherung sämtlicher Einrichtungen an die Wohnung, erleichtert zwar in gewissem Maße die Nutzung, indem die Entfernungen auf ein Minimum reduziert werden und der Anreiz des Aufsuchens dieser Einrichtungen durch deren unmittelbare Nähe gegeben ist, führt jedoch zu Schwierigkeiten anderer Art. Diese liegen insbesondere in der Organisation der Belieferung bestimmter Einrichtungen (Anwachsen der Zahl der Einrichtungen) und der Reduzierung der Möglichkeiten zur komplexen Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, da die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen durch eine bestimmte Kapazität gewährleistet sein muß.

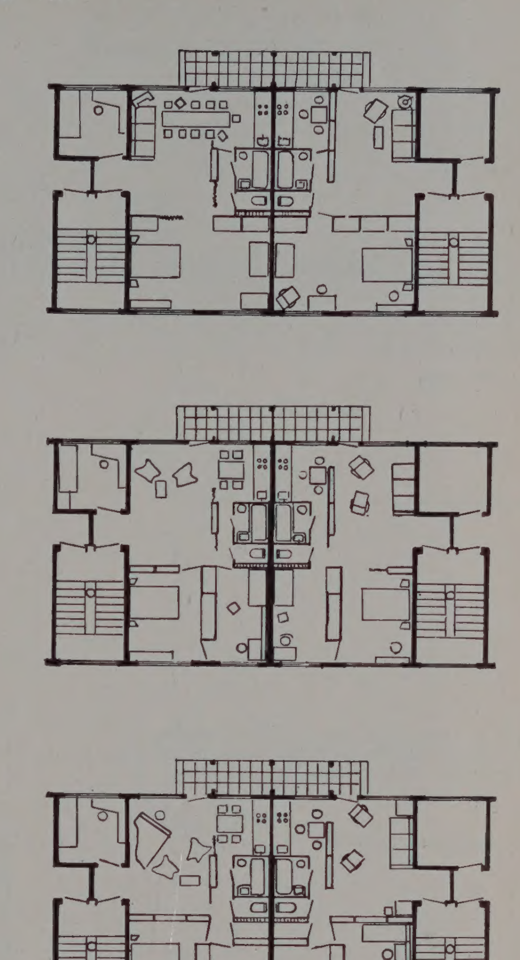
Die Projekte der zweiten Gruppe gehen in ihren Vorschlägen davon aus, daß die Zuordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen entsprechend der tatsächlich auftretenden Häufigkeit des Bedarfs differenziert wird.

Zentren der Wohngruppen

Den Wohngruppen werden daher solche Einrichtungen zugeordnet, wie kleine Lebensmittelläden für den Grundnahrungsmittelbedarf (hier ist in vielen Fällen der Verkauf durch Automaten vorgesehen), Selbstbedienungs-Speisegaststätten, die in Zukunft für das tägliche Leben der Bevölkerung weit mehr Bedeutung erhalten, oder sogenannte Hausküchen, in denen die Hausfrau fertig zubereitete Speisen kaufen kann (oft auch beides gekoppelt), Annahmestellen für Dienstleistungen, Büros für Bestellungen und Dienstleistungsaufträge, Klubräume und Räume für Familienfeierlichkeiten, Kinderspielzimmer, Bastelräume und andere.

In der Abbildung 11 ist das Beispiel eines derartigen primären Versorgungsblocks

Abb. 18: Grundrißvarianten für den mehrgeschossigen Wohnungsbau — Wettbewerbsentwurf SAKB und Institut für die Generalplanung Moskaus 1:250



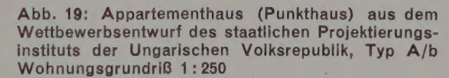
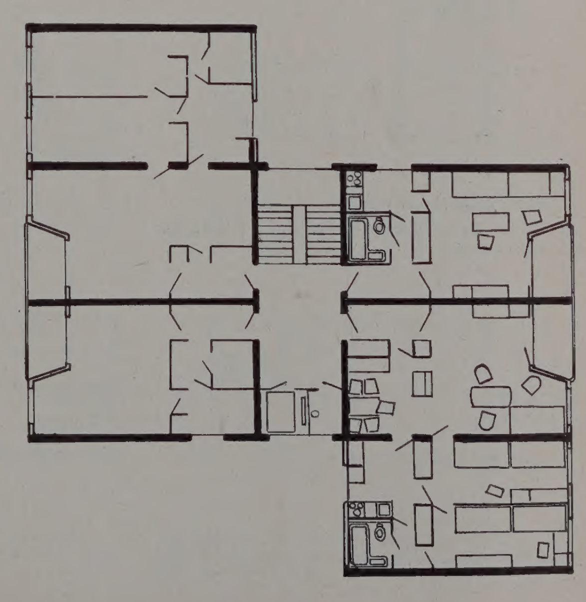


Abb. 19: Appartementhaus (Punkthaus) aus dem Wettbewerbsentwurf des staatlichen Projektierungsinstituts der Ungarischen Volksrepublik, Typ A/b Wohnungsgrundriß 1:250



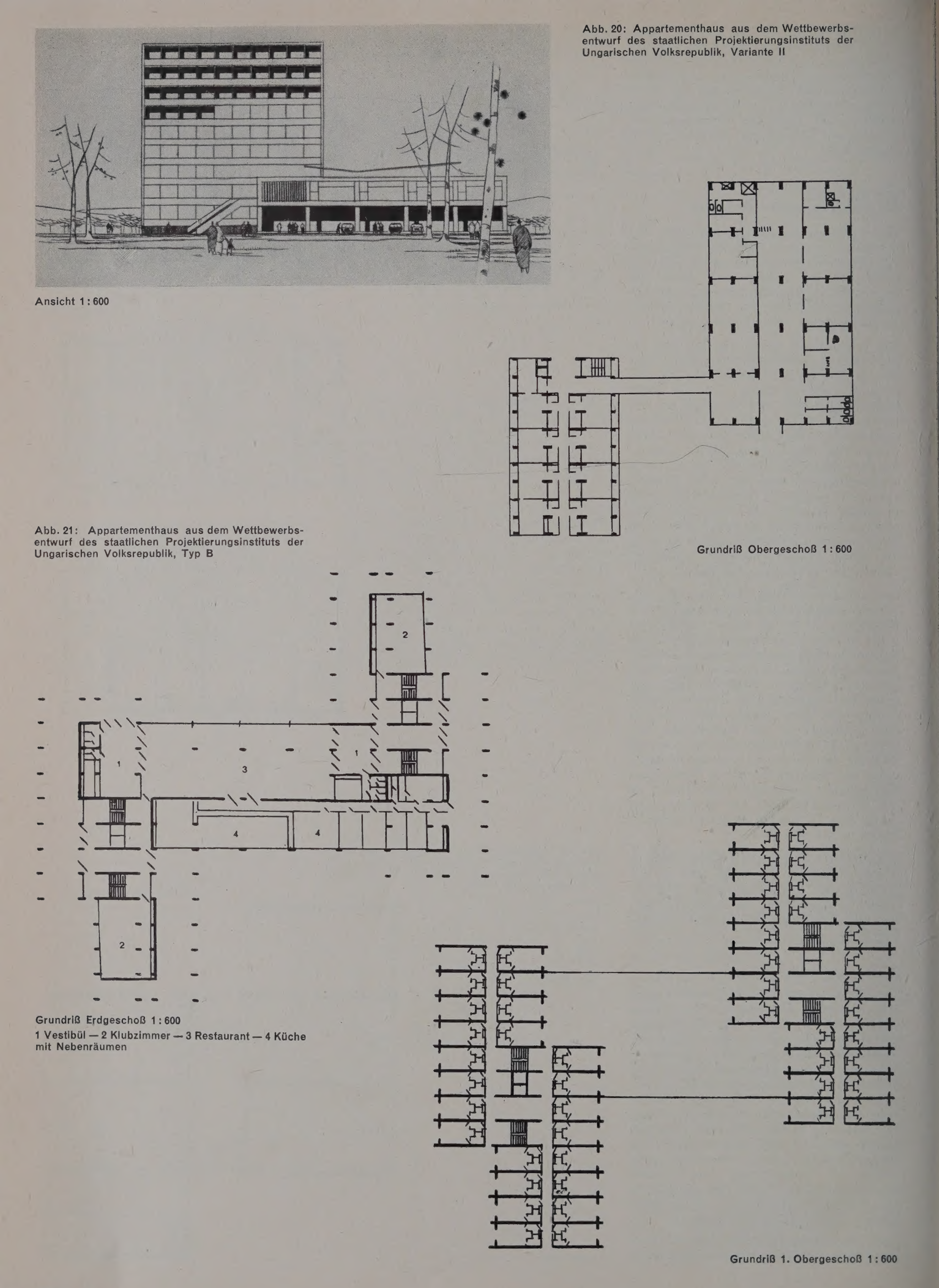


Abb. 20: Appartementhaus aus dem Wettbewerbsentwurf des staatlichen Projektierungsinstituts der Ungarischen Volksrepublik, Variante II

Ansicht 1:600

Grundriß Obergeschoß 1:600

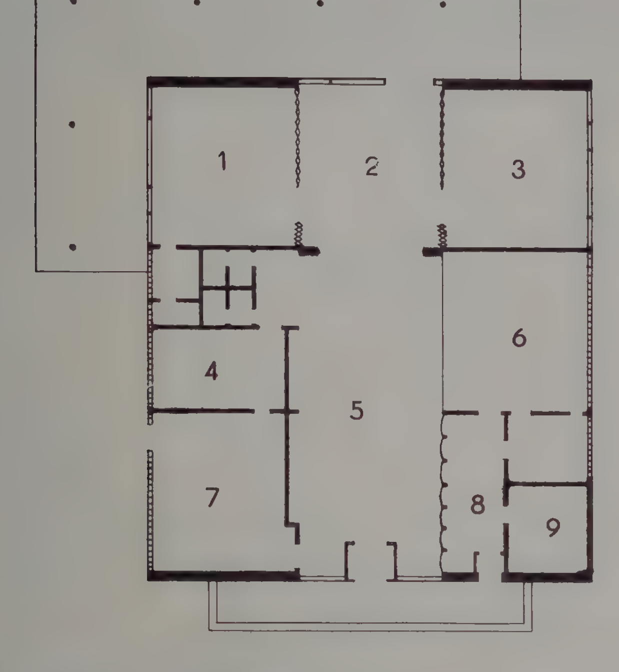
Abb. 21: Appartementhaus aus dem Wettbewerbsentwurf des staatlichen Projektierungsinstituts der Ungarischen Volksrepublik, Typ B

Grundriß Erdgeschoß 1:600

1 Vestibül — 2 Klubzimmer — 3 Restaurant — 4 Küche mit Nebenräumen

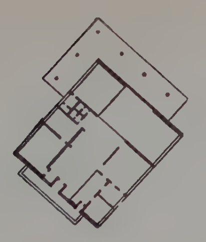
Grundriß 1. Obergeschoß 1:600

Abb. 22: Versorgungsblock für eine Wohngruppe von 2000 Einwohnern — Wettbewerbsentwurf der Akademie für Architektur und Bauwesen der UdSSR 1 : 250

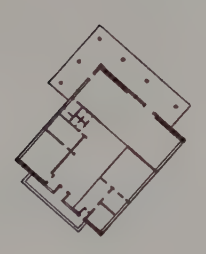


1 Kinderzimmer — 2 Stehbüfett — 3 Zimmer für kleine Familienfeiern — 4 Technische Aufsicht — 5 Auftragsbüro — 6 Hausküche — 7 Bastelraum — 8 Verkaufsautomaten — 9 Abstellraum

Nutzungsbeispiele



für Versammlungen



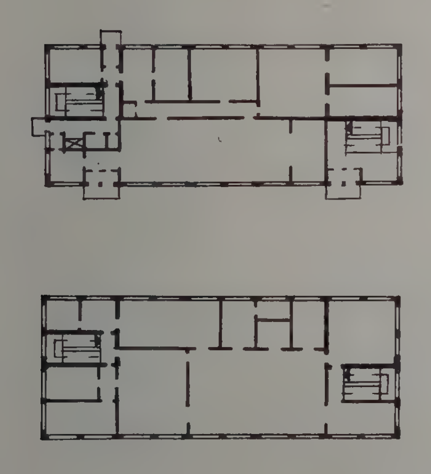
für Familienfeiern



für Kinderveranstaltungen



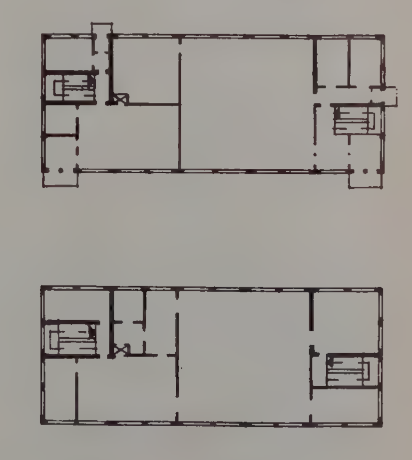
Abb. 23: Einrichtungen des Wohnkomplexzentrums nach dem Prinzip (a) frei zu gruppierender Einzelbaukörper — Wettbewerbsentwurf von Bjelgosprojekt



Apotheke, Post, Sparkasse — oben: Ansicht, Mitte: Grundriß Erdgeschoß, unten: Grundriß Obergeschoß 1 : 600



Industriewaren und Dienstleistungskombinat — oben: Ansicht, Mitte: Grundriß Erdgeschoß, unten: Grundriß Obergeschoß 1 : 600

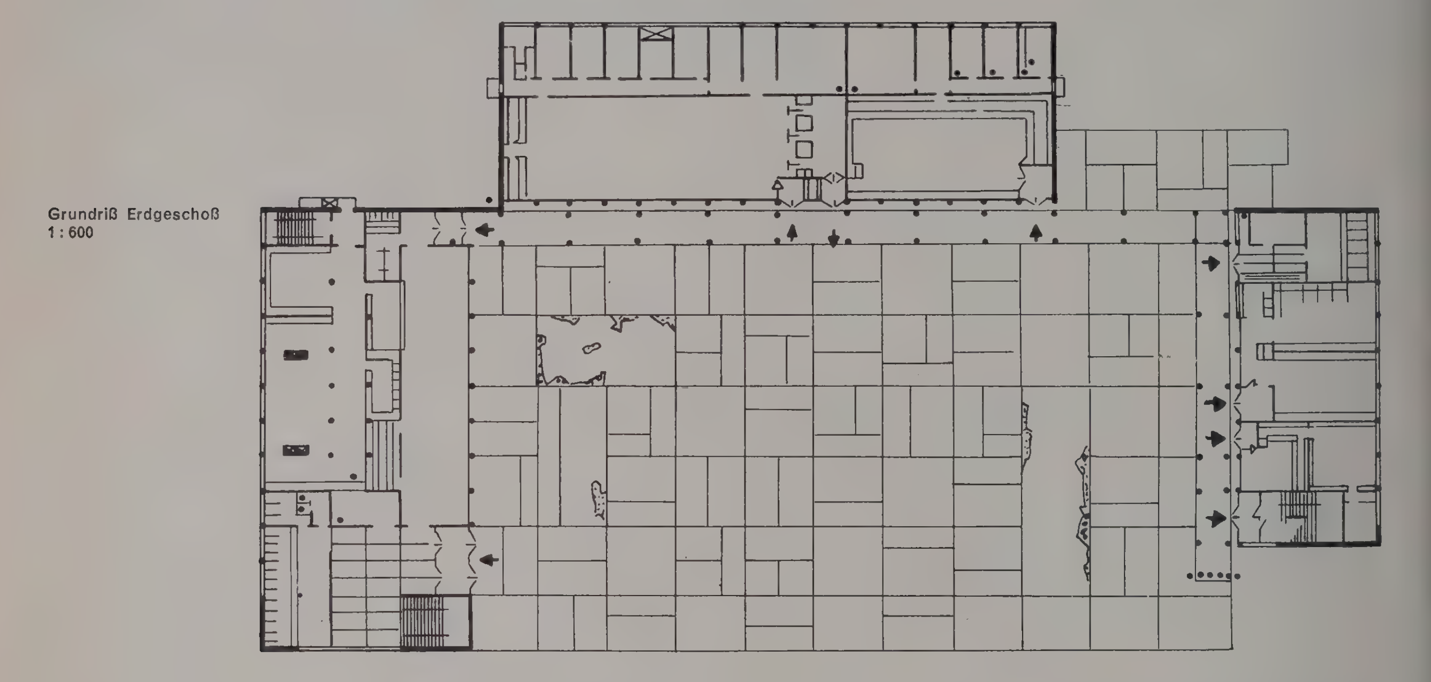


Lebensmittel und Speisegaststätte — oben: Ansicht, Mitte: Grundriß Erdgeschoß, unten: Grundriß Obergeschoß 1 : 600



Abb. 24: Kaufzentrum im Zentrum des Wohnkomplexes — Wettbewerbsentwurf Sofprojekt, Volksrepublik Bulgarien

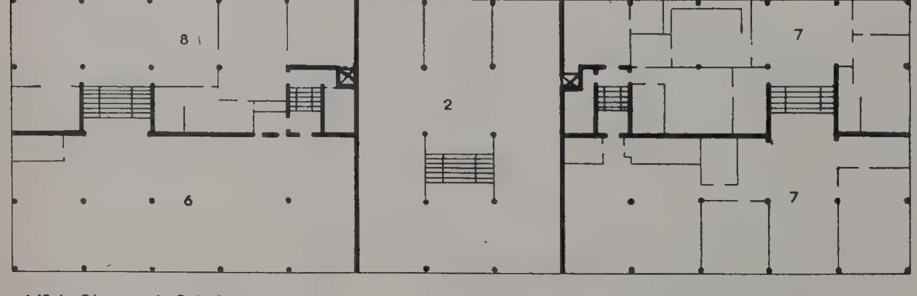
Ansicht 1 : 600



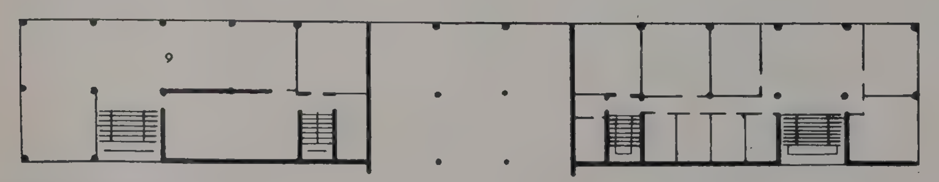
Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

Abb. 25: Zusammenfassung aller Einrichtungen in einem Gebäude im Wohnkomplexzentrum — Wettbewerbsentwurf Ukgorstroijprojekt

Grundriß Erdgeschoß 1 : 600



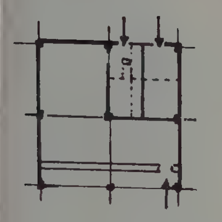
Grundriß 1. Obergeschoß 1 : 600



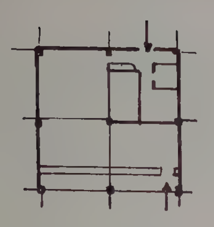
Grundriß 2. Obergeschoß 1 : 600

1 Halle — 2 Kaufen — 3 Personal- und Diensträume — 4 Post, Sparkasse — 5 Büro für Dienstleistungen — 6 Speisegaststätte — 7 Dienstleistungen — 8 Café — 9 Dachcafé

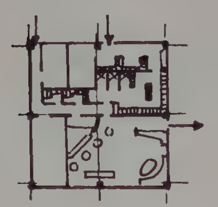
Abb. 26: Prinzip der Segmentprojektierung für die Einrichtungen des Wohnkomplexzentrums aus dem Wettbewerbsentwurf des Gorstroijprojekt und der Leningrader Filiale der Akademie für Architektur und Bauwesen der UdSSR Segmente: 1 : 600



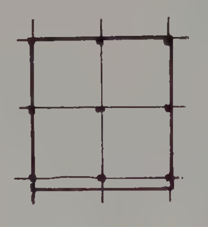
Mit Lagerraum für Einrichtungen ohne Kühlraum



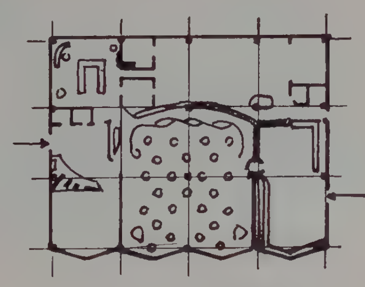
Mit Kühlräumen für Lebensmittelgeschäfte oder Gaststätte



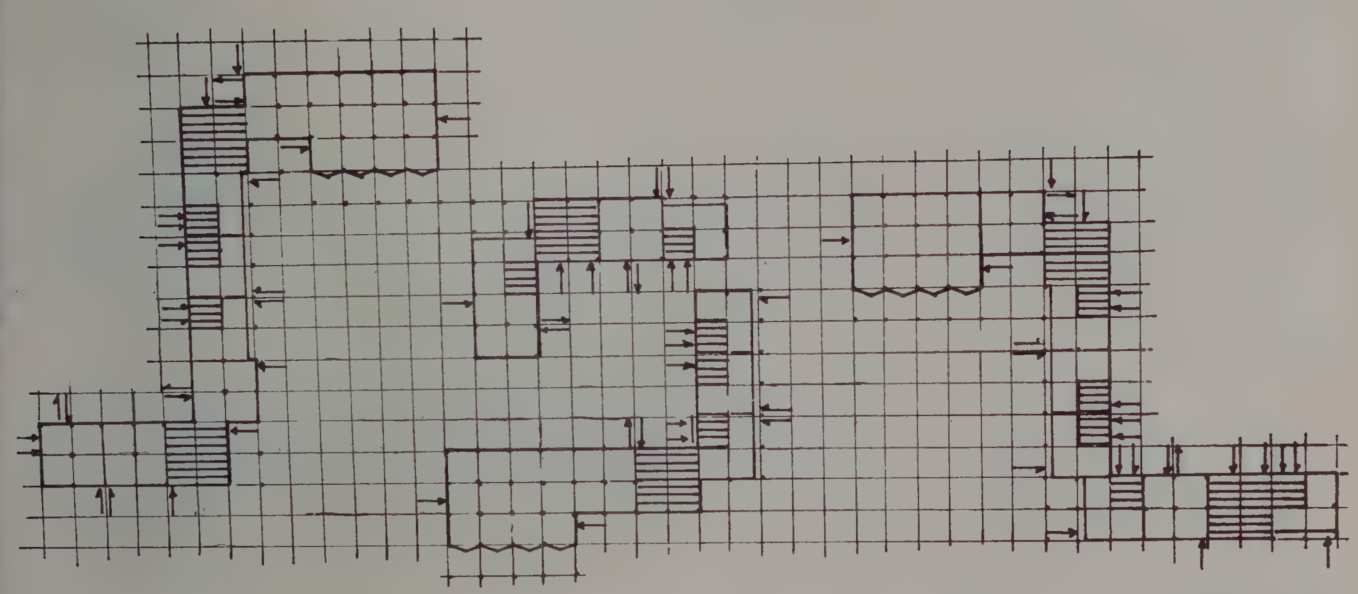
Mit Personal- und Verwaltungsräumen



Für variable Einrichtung und Ausstattung



Speisegaststätte und Klubteil

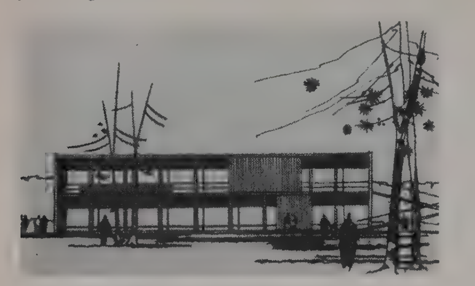


Kompositionsvarianten

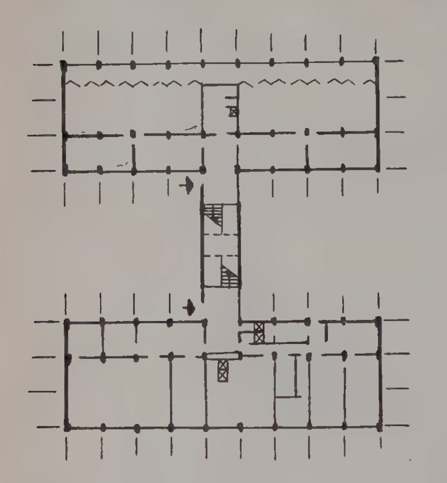


Abb. 27: Perspektive des Wohnkomplexzentrums nach Abbildung 26

Abb. 23: Kombinierter Kindergarten — Kinderkrippe aus dem Wettbewerbsentwurf des staatlichen Projektierungsinstituts der Ungarischen Volksrepublik

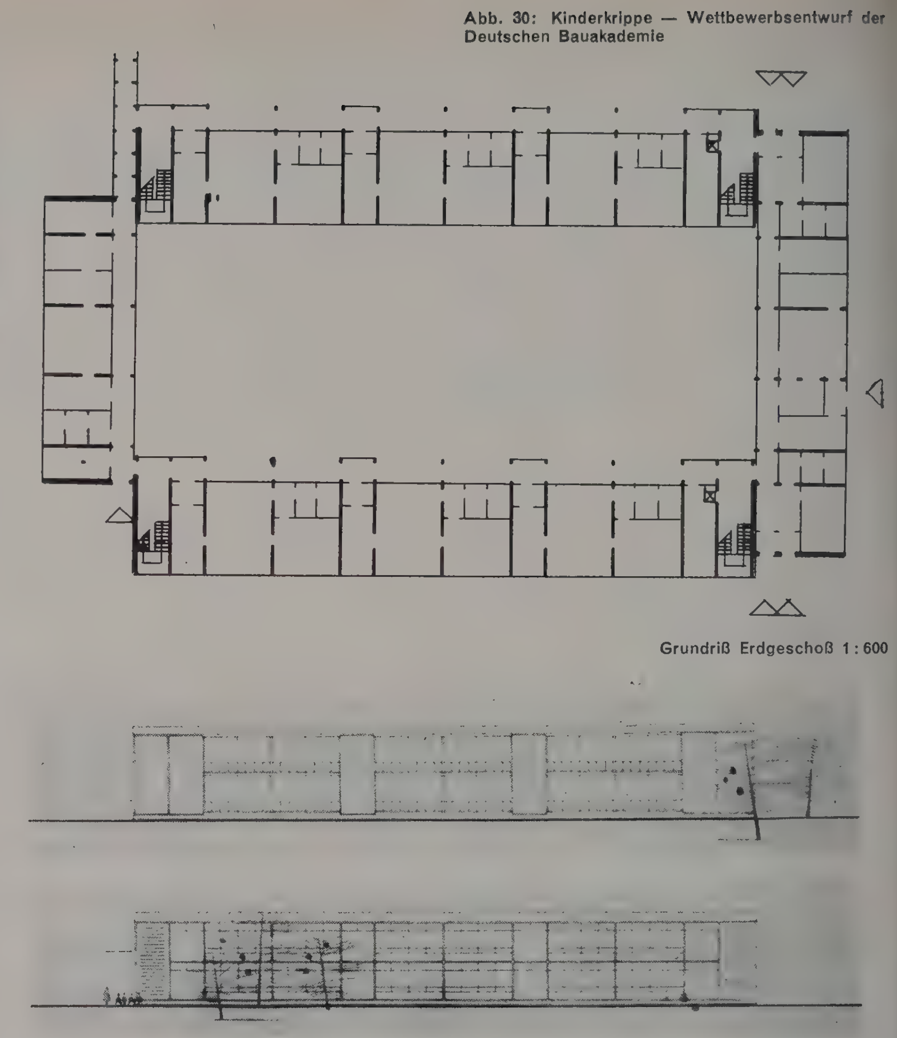


Ansicht 1 : 600



Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

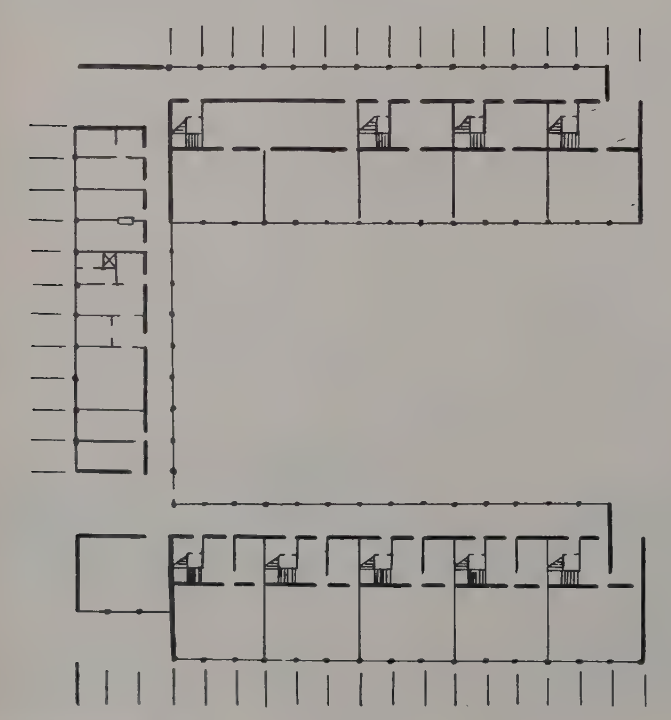
Abb. 30: Kinderkrippe — Wettbewerbsentwurf der Deutschen Bauakademie



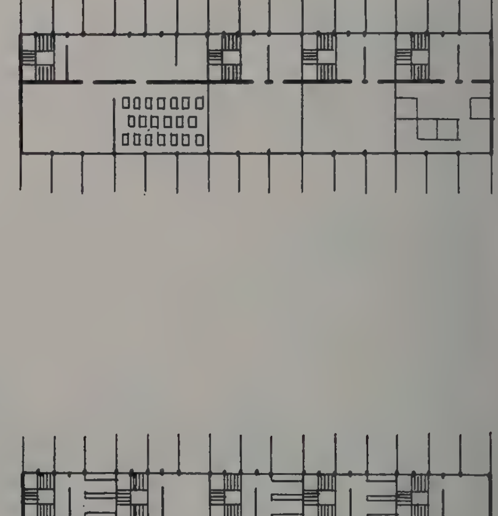
Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

Ansichten 1 : 600

Abb. 29: Kombinierter Kindergarten — Kinderkrippe aus dem Wettbewerbsentwurf der Technischen Hochschule Budapest



Grundriß Erdgeschoß 1 : 600



Grundriß Obergeschoß 1 : 600

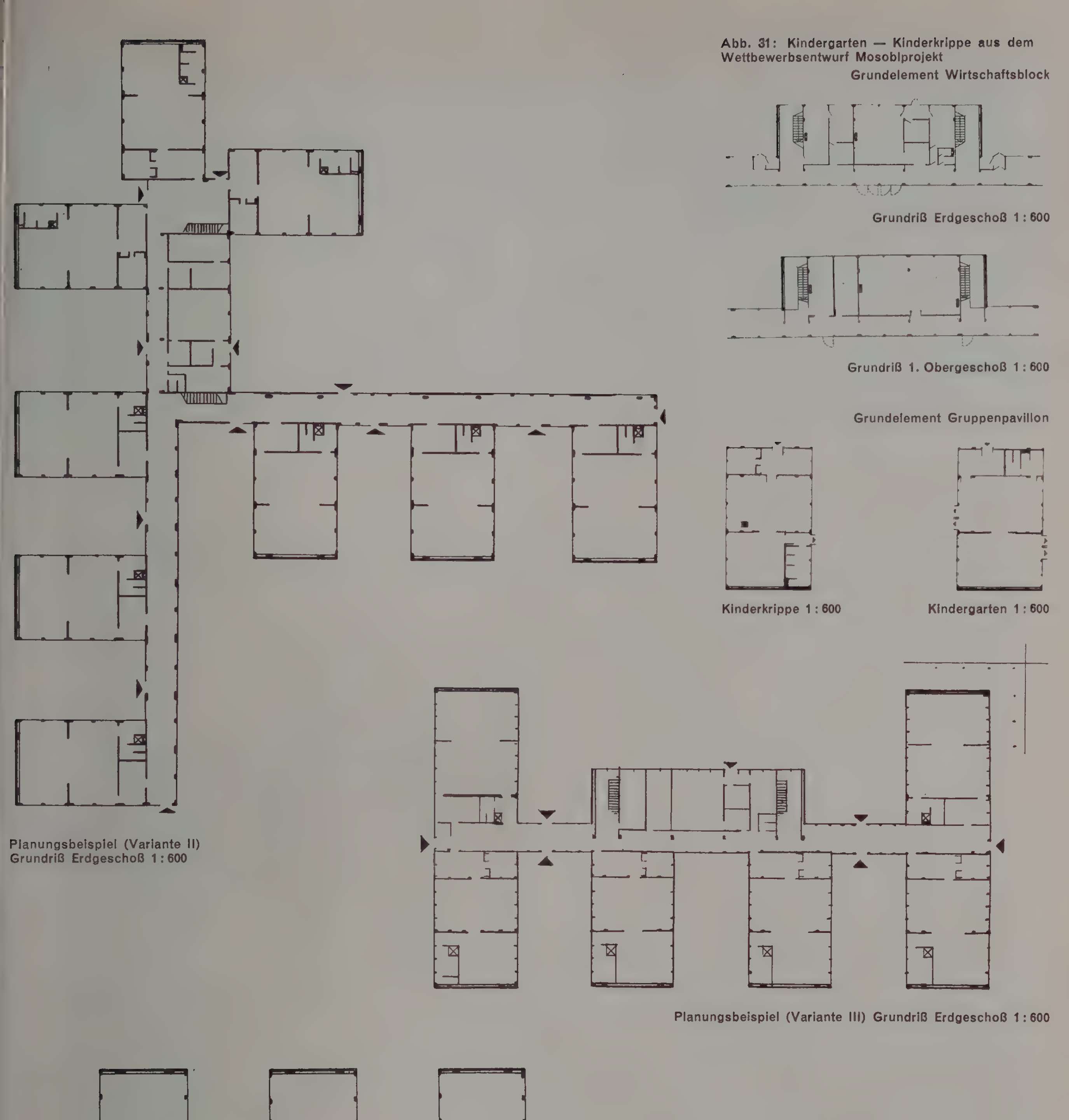


Abb. 31: Kindergarten — Kinderkrippe aus dem Wettbewerbsentwurf Mosoblprojekt

Grundelement Wirtschaftsblock

Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

Grundriß 1. Obergeschoß 1 : 600

Grundelement Gruppenpavillon

Kinderkrippe 1 : 600

Kindergarten 1 : 600

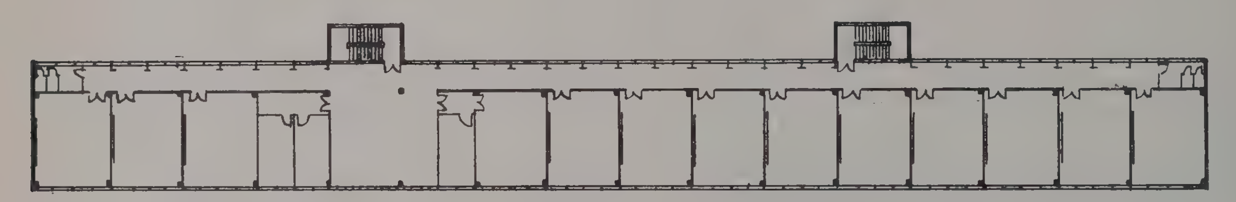
Planungsbeispiel (Variante II) Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

Planungsbeispiel (Variante III) Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

Planungsbeispiel (Variante IV) Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

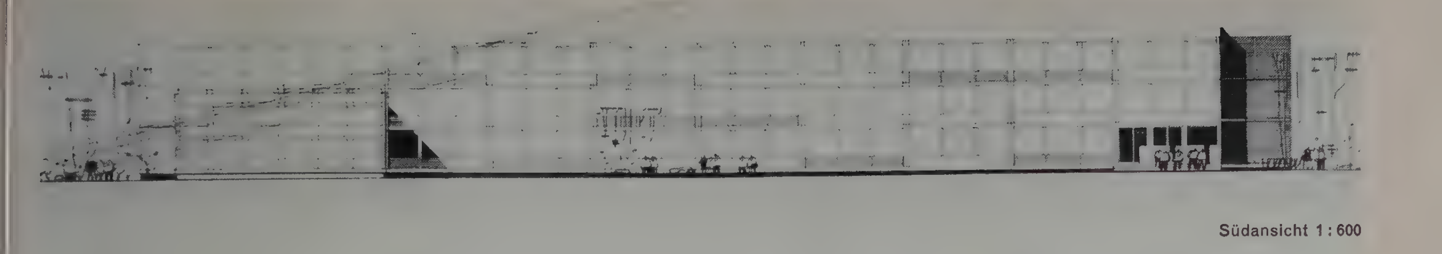


Abb. 32: Wettbewerbsentwurf für eine Schule von Gorstroijprojekt — Ansicht 1 : 600



Grundriß 1. Obergeschoß 1 : 600

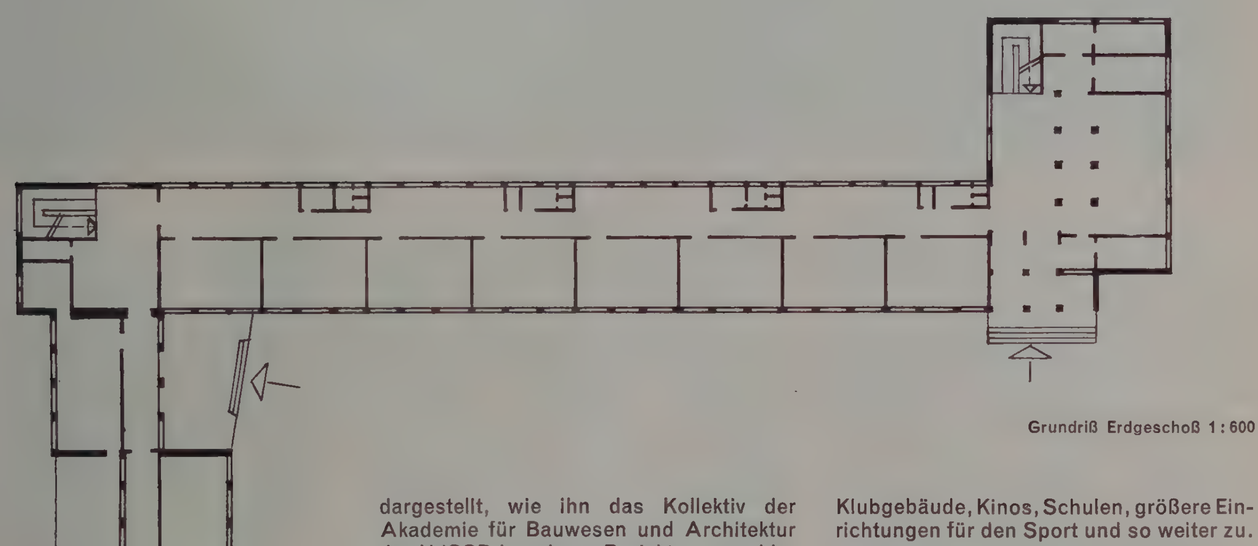
Abb. 33: Wettbewerbsentwurf für eine Schule aer Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Variante II — Grundriß Erdgeschoß 1 : 600



Südansicht 1 : 600

Abb. 34: Wettbewerbsentwurf für eine Schule von Sofprojekt

Nordansicht 1 : 600



Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

dargestellt, wie ihn das Kollektiv der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR in seinem Projekt vorgeschlagen hat. In seiner klaren baukörperlichen Form ist dieser Versorgungsblock trotz seiner geringen Größe durchaus geeignet, den funktionellen, gesellschaftlichen und gestalterischen Mittelpunkt einer Wohngruppe für etwa 2000 Einwohner zu bilden.

In einigen Entwürfen, so zum Beispiel im Entwurf II der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik sowie im Entwurf Latgiprogorstroij, werden auch die Einrichtungen der vorschulischen Erziehung den Wohngruppen zugeordnet.

Zentren der Wohnkomplexe

Die Wohnkomplexe der meisten Wettbewerbsvorschläge werden aus mehreren Wohngruppen gebildet und besitzen ein Zentrum, das die in den Wohngruppen enthaltenen Einrichtungen ergänzt. In den Zentren der Wohnkomplexe sind demzufolge solche Einrichtungen untergebracht, die entsprechend ihrer Funktion entweder eine geringere Nutzungsfrequenz besitzen (wie zum Beispiel Spezialverkaufsstellen für Lebensmittel und Industriewaren, Post, Sparkassen, bestimmte Dienstleistungen und so weiter), oder auch die Einrichtungen, die nur bei einer bestimmten Kapazität in der Lage sind, bestimmte auftretende Bedürfnisse wirtschaftlich zu befriedigen. Das trifft auf Klubgebäude, Kinos, Schulen, größere Einrichtungen für den Sport und so weiter zu.

Das Charakteristische für die Einrichtungen der Wohnkomplexzentren in den Wettbewerbsentwürfen besteht darin, daß hier in hohem Maße das Prinzip der Kooperation und Kombination dieser Einrichtungen zur Anwendung kommt.

Im Wettbewerbsentwurf der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR besteht dieses Zentrum aus vier kombinierten Blöcken (Lebensmittelladen, Dienstleistungskombinat, Speisegaststätte, Klub und Büro der Wohnungsverwaltung). Dabei sind sowohl eine verschiedene Kombinationsmöglichkeit als auch der Bau in verschiedenen Abschnitten gegeben (Abb. 12 und 13).

Im Wettbewerbsentwurf der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (II) wurde der interessante Versuch unternommen, das Gebäude der Schule und der Turnhalle mit den Gebäuden des Klubs und der Speisegaststätte sowie des Laden- und des Dienstleistungskombinats zu kooperieren. Die Einrichtungen dieses Wohnkomplexzentrums, insbesondere Turnhalle, Klub und Speisegaststätte, werden demzufolge sowohl von den Schülern als auch von Einwohnern des Wohnkomplexes genutzt (Abb. 14).

Diese Prinzipien fanden in den meisten Wettbewerbsentwürfen Anwendung. Sie

Abb. 35: Wettbewerbsentwurf der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Variante II

sind geeignet, in bestimmter Weise der Forderung nach einer möglichst komplexen Versorgung der Bevölkerung im Wohngebiet unter minimalen Aufwand entgegenzukommen. Zugleich wird die architektonisch-städtebauliche Gestaltung der städtebaulichen Einheiten durch die Betonung ihrer Zentren mittels einer einheitlicheren und kompakteren Anordnung ihrer gesellschaftlichen Bauten erleichtert.

Das Bezirkszentrum

Das Bezirkszentrum nimmt in allen Wettbewerbsentwürfen die Einrichtungen des übergeordneten periodischen und episodischen Bedarfs auf.

Charakteristisch für die meisten Wettbewerbsentwürfe ist die enge Verbindung des Wohnbezirkszentrums zu den Wohnkomplexen mit ihren Zentren einerseits und zu dem Wohnbezirkspark mit den Einrichtungen des Sports, der Erholung und so weiter andererseits.

Die Wettbewerbsentwürfe der Akademie für Bauwesen Moskau und des Architekturinstituts Moskau charakterisieren zwei prinzipielle Möglichkeiten der Gestaltung derartiger Wohnbezirkszentren. Der Vorschlag der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR sieht im Grunde einen kompakten Baukörper für die Einrichtungen des Wohnbezirkszentrums vor, in denen alle Bereiche dieser Versorgungsstufe untergebracht sind. Lediglich das Hotel und eine dazugehörige Gaststätte sind funktionell von diesem Komplex getrennt und bilden eine architektonisch-städtebauliche Ergänzung (Abb. 15). Das Moskauer Architekturinstitut hingegen demonstriert in seinen Varianten zur Planung und Bebauung des Wohnbezirkszentrums recht deutlich eine prinzipiell andere Möglichkeit, die gleichfalls vielen Wettbewerbsentwürfen zugrunde lag. Das Wohnbezirkszentrum dieser Wettbewerbs-



Abb. 36: Wettbewerbsentwurf der staatlichen Projektierungsinstitute der Ungarischen Volksrepublik



Abb. 37: Wettbewerbsentwurf Mosoblprojekt

entwürfe beruht auf dem Pavillonprinzip, setzt sich aus mehreren, für bestimmte Funktionsbereiche gleichen, getypten Bauwerken zusammen, die entsprechend der jeweiligen städtebaulichen Situation unterschiedlich gruppiert und durch einfache Verbindungsbauten verbunden werden (Abb. 16 und 17).

Hierbei ist bemerkenswert, daß in gleichen Baukörpern auf der Grundlage eines gleichen Konstruktionsprinzips und einer hohen Variabilität des inneren Ausbaus die unterschiedlichsten Funktionen untergebracht werden können:

1. Block — Industriewarenladen und Fotoatelier, zweigeschossig

2. Block — Erdgeschoß: Lebensmittelladen
 1. Obergeschoß: Speisegaststätte und Café

3. Block — Erdgeschoß: Post, Sparkasse, Kommunalbank
 1. Obergeschoß: Dienstleistungskombinat, Apotheke, Friseur

Auch hier führten die Vereinfachung der Baukörper und eine sinnvolle Kombination und Kooperation der Einrichtungen im Gegensatz zur verstreuten Anordnung einzelner „funktionsreiner" kleinerer Einrichtungen zu einer erheblichen Senkung des Aufwandes.

Typenvorschläge für den Wohnungsbau

Das Programm für den Wettbewerb orientierte in der Entwicklung von Typenvorschlägen für den Wohnungsbau auf die Ausarbeitung von solchen Wohngebäudetypen, die den unterschiedlichen Wohnbedürfnissen, die sich aus einer bestimmten gegebenen Bevölkerungsstruktur ableiten lassen, entsprechen. Es wurde auf die Ausarbeitung von Vorschlägen für drei Grundtypen des Wohnungsbaus orientiert, und zwar:

Typ A
Wohngebäude mit dem Hauptanteil an sogenannten Normalwohnungen für Familien mittlerer Größe;

Typ B
mit Kleinwohnungen für Alleinstehende und zweiköpfige Familien, wobei diesem Typ ein sogenannter Versorgungsblock zugeordnet werden sollte und

Typ C
mit ausgesprochenen Großwohnungen für vielköpfige Familien.

Für die Bebauung des Wohnbezirks war ein Orientierungsverhältnis von etwa 75 Prozent : 15 bis 20 Prozent : 5 Prozent für die jeweiligen Kategorien angegeben.

Entsprechend dieser Programmstellung wurden von der Mehrzahl der Entwurfskollektive solche Typenvorschläge ausgearbeitet, die, ausgehend von den funktionellen und strukturellen Besonderheiten der jeweiligen Wohnungskategorien, mehrgeschossige Typen für die Gruppe A, viergeschossige (in der Mehrzahl Appartementtypen) für die Gruppe B und ein- bis zweigeschossige Reihenhäuser für die Gruppe C vorsahen.

In der Regel kamen für den Typ der Normalwohnungen Zweispännersektionen zur Anwendung. Als Beispiel sei hier ein Vorschlag des Instituts für die Generalplanung Moskaus in Zusammenarbeit mit dem SAKB angeführt, der sich durch eine sparsame Grundrißlösung bei vielfältiger Variationsmöglichkeit durch Anwendung von Einbauschränken als Zwischenwände auszeichnet (Abb. 18).

Die Typenvorschläge für Appartementgebäude sehen in den meisten Fällen acht- bis zwölfgeschossige Punkthäuser oder Scheiben vor. Bei den Scheiben wurde vorwiegend das Korridorprinzip mit durchlaufendem oder versetztem Korridor angewendet. Alle Appartementhäuser besitzen entweder im Erdgeschoß oder aber in einem eingeschossigen Anbau Einrichtungen für die gesellschaftliche Versorgung der Bewohner (Abb. 19 bis 21).

Die Typenvorschläge für Gebäude mit Wohnungen für vielköpfige Familien sind außerordentlich vielfältig. Es kamen sowohl zweigeschossige Zweifamilienhäuser, eingeschossige sogenannte Teppichhäuser, in der Mehrzahl jedoch zweigeschossige Reihenhäuser zur Anwendung.

Charakteristisch für die meisten Wettbewerbsentwürfe ist der Versuch, die verschiedenen Typen für Wohngebäude auf der Grundlage eines einheitlichen Großrasters und einheitlicher Grundelemente in gleicher Bauweise zu errichten.

Typenvorschläge für die Einrichtung der gesellschaftlichen Versorgung

Entsprechend der Programmforderung des Wettbewerbs waren Typenvorschläge für das Versorgungsnetz des Wohnbezirks auszuarbeiten. Eine gesellschaftliche Einrichtung völlig neuer Art, ein sogenannter gesellschaftlicher Versorgungsblock, wurde, wie schon im Abschnitt „Struktur des Wohnbezirks" festgestellt worden ist, von einer Reihe der Entwurfskollektive als unterstes Glied im System der gesellschaftlichen Versorgung des Wohngebietes vorgeschlagen.

Hierbei verdient der Vorschlag des Entwurfskollektivs der Akademie für Architektur und Bauwesen der UdSSR besondere Beachtung (Abb. 22). In einem einfachen, konstruktiv und grundrißlich klar aufgebauten Baukörper werden unter Anwendung des Prinzips der Kooperation die unterschiedlichsten Funktionen unter-

Abb. 38: Wettbewerbsentwurf des Architekturinstituts Moskau, Variante FG

gebracht, die in enger Verbindung mit den Wohnungen geeignet sind, deren Funktion zu erweitern und die Führung des individuellen Haushalts der Familien zu erleichtern.

In diesem Block befindet sich zum Beispiel ein großer Raum, der für Versammlungen und Zusammenkünfte von Hausgemeinschaften, zu großen Familienfeierlichkeiten oder unterteilt als Spielzimmer für Kinder und als Klubraum dienen kann. Daneben sind ein Stehbüfett, eine Hausküche zur Abgabe fertiger Speisen ins Haus, Automaten für den Verkauf von Grundnahrungsmitteln, ein Büro zur Annahme von Warenbestellungen und Dienstleistungen, ein Bastelraum und Nebenräume vorhanden.

In den Vorschlägen der anderen Entwurfskollektive für diese Einrichtungen wurden im wesentlichen gleichfalls die angeführten Funktionsbereiche untergebracht. Der Versorgungsblock des Entwurfskollektivs der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR wurde für die Versorgung einer Wohngruppe mit 2000 Einwohnern berechnet.

Die Entwurfsvorschläge der Wettbewerbskollektive für die gesellschaftlichen Einrichtungen der „zweiten Versorgungsstufe", das heißt für den Wohnkomplex, geben in ihrer Reichhaltigkeit eine solche Fülle von Anregungen, daß es geradezu schwerfällt, in nur wenigen Worten das Wesentliche zu charakterisieren.

Alle Wettbewerbsentwürfe bringen Vorschläge für die gesellschaftlichen Einrichtungen der Bereiche

1. Handel, Versorgung, Dienstleistungen,
2. vorschulische Erziehung,
3. Volksbildung.



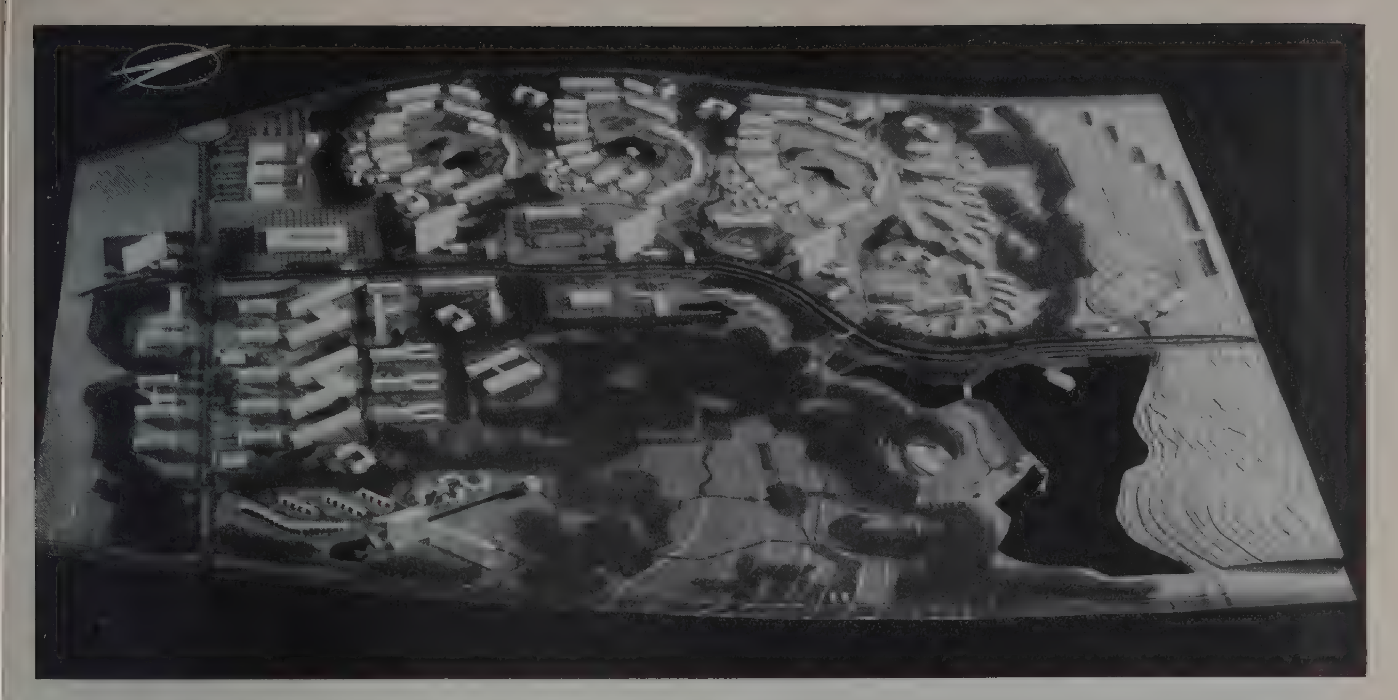


Abb. 39: Wettbewerbsentwurf des Architekturinstituts Moskau, Variante S

Bei den Typenvorschlägen für die Einrichtungen des Bereichs Handel und Versorgung sowie der Dienstleistungen sind im wesentlichen drei Prinzipien (a, b, c) zu unterscheiden.

Allen drei Prinzipien ist gemeinsam, daß auf der Grundlage einer optimalen Kombination und Kooperation der verschiedenen Einrichtungen möglichst wenig Einzelbauwerke zu einem Versorgungskomplex zusammengefaßt werden:

a) Im Entwurfsvorschlag des Bjelgosprojekt Minsk kommen drei frei zu gruppierende, kooperierte Einzelbauwerke in gleicher Bauweise, gleicher Grundrißstruktur und Größe zur Anwendung (Abb. 23). In diesen Bauwerken sind jeweils zusammengefaßt: Apotheke, Post — Industriewaren, Dienstleistungen — Lebensmittelwaren, Speisegaststätte.

Der Entwurfsvorschlag der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR basiert auf der baulichen Zusammenfassung vier verschieden großer, jedoch in gleicher Bauweise zu errichtender Baukörper, die abschnittsweise errichtet werden können. Jeweils in einem Baukörper dieses Komplexes sind untergebracht: Lebensmittelladen, Dienstleistungskombinat, Café, Speisegaststätte, Klub und Wohnungsverwaltung (Abb. 13). Als Beispiel einer guten räumlichen Gruppierung verschiedener Einrichtungen zu einem Versorgungskomplex und einer ansprechenden architektonischen Gestaltung sei der Entwurfsvorschlag der Volksrepublik Bulgarien (Sofprojekt) angeführt (Abb. 24). Leider sind die von diesem Entwurfskollektiv vorgeschlagenen Einrichtungen in jeweils anderer Bauweise vorgesehen.

b) Auf dem Prinzip der Segmentprojektierung beruht der gemeinsame Vorschlag des Leningrader Gorstroijprojekt und der Leningrader Filiale der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR (Abb. 26 und 27).

Mit fünf Segmenttypen in gleicher Bauweise, von denen vier entsprechend der in einem Versorgungskomplex auftretenden verschiedenen Funktionen einen unterschiedlichen Ausbau erhalten, kann verschiedenen städtebaulichen Anforderungen im Hinblick auf unterschiedliche Kapazität der Einrichtungen und baukörperlichen Gruppierung entsprochen werden.

c) Der Entwurfsvorschlag des Kollektivs Ukgorstroijprojekt sieht letzten Endes die Zusammenfassung aller Einrichtungen in einem Baukörper vor (Abb. 25).



Abb. 33: Wettbewerbsentwurf Miastoprojekt Krakow



Abb. 41: Wettbewerbsentwurf des Architekturinstituts Moskau, Variante E

Die meisten Wettbewerbsvorschläge für die Einrichtungen der vorschulischen Erziehung sehen kombinierte Kindergärten und Kinderkrippen vor. Durchweg wurden solche Einrichtungen mit einer großen Kapazität entwickelt. In einigen Fällen beträgt die Kapazität dieser kombinierten Einrichtungen über 200 Plätze. Außer den bekannten kompakten Kindergärten und Kinderkrippen, in denen alle Funktionen in einem Baukörper vereinigt werden, die jedoch in diesem Wettbewerb nur wenig vorgeschlagen wurden, wurden solche Typenvorschläge ausgearbeitet, wie sie

a) im Entwurf der Deutschen Bauakademie und in einem Entwurf der Technischen Hochschule Budapest enthalten sind, in denen zwei Baukörper mit den Gruppenräumen, verbunden durch Wirtschaftstrakte, ein geschlossenes oder einseitig offenes Atrium bilden (Abb. 29 und 30);

b) sogenannte H-förmige Grundrisse, wie sie zum Beispiel im Wettbewerbsentwurf der Staatlichen Ungarischen Projektierungsinstitute und der Technischen Hochschule Dresden zum Vorschlag kamen (Abb. 28);

c) die meisten Vorschläge basierten jedoch auf dem Pavillonprinzip, wo die Blocks für die Kindergruppen durch Verbindungsgänge untereinander und mit den Wirtschaftsblöcken verbunden sind. Am deutlichsten sichtbar ist dieses Prinzip im Entwurf des Mosoblprojekt (Abb. 31).

Auch die Typenvorschläge für Schulen beziehungsweise Internatschulen sind von einer derartigen Reichhaltigkeit und Unterschiedlichkeit, daß es bei einer kurzen Analyse sogar schwerfällt, hier bestimmte Gruppen zu unterscheiden.

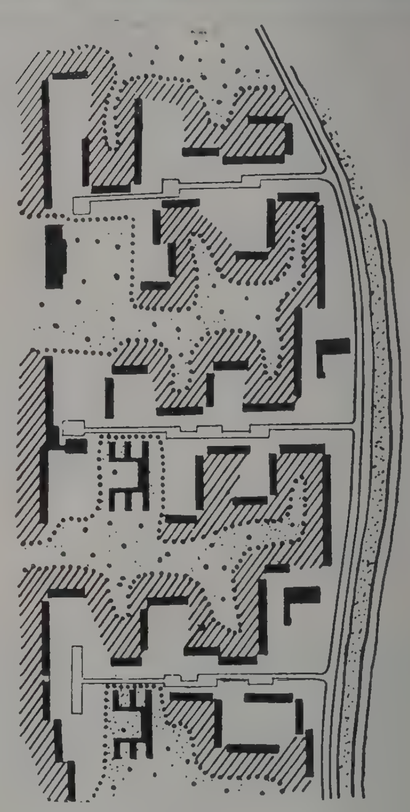
Es werden Pavillonschulen, einfache Baukörper, mehrere Baukörper mit geschlossener Hofbildung oder freier Zuordnung zueinander und so weiter vorgeschlagen. Auch in der Klassenform ist keine einheitliche Linie festzustellen. In den Vorschlägen sind quergelagerte Klassen, quadratische oder längsgelagerte Klassen enthalten.

Als Beispiel für die am meisten angewendeten Prinzipien seien die Entwurfsvorschläge von Gorstroiprojekt (Abb. 32), der Volksrepublik Bulgarien, Sofprojekt (Abb. 34), und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Entwurf II (Abb. 33), angeführt.

Städtebaukünstlerische Gestaltung des Experimental-Wohnbezirkes

Verbunden mit den neuen Vorschlägen zur Organisation eines sozialistischen Wohngebietes war die Suche nach neuen Wegen und Möglichkeiten der städtebaukünstlerischen Gestaltung den Entwurfskollektiven ein wichtiges Anliegen. Schon die wenigen hier abgebildeten Bebauungspläne und Modelle zeigen, daß man nicht von einer Bebauungsform sprechen kann, auf die sich die Gestaltung sozialistischer Wohngebiete beschränkt. Durchgesetzt hat sich zweifellos das Prinzip der offenen Bebauung. Aber innerhalb dieses Prinzips zeigt sich eine Vielfalt gestalterischer Möglichkeiten, die zum Teil jedoch noch ihrer gestalterischen Meisterung harren. Neben solchen Arbeiten wie zum Beispiel dem Entwurf II der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (Abb. 35), dem Entwurf der Staatlichen Projektierungsinstitute der Ungarischen Volksrepublik und andere (Abb. 36 und 37), die auf einem festen, wenn auch unterschiedlichen Ordnungsprinzip auf der Grundlage der Wohngruppen beruhen, finden sich Versuche, das bewegte Gelände zu einer malerischen Komposition der Gebäude unter Herausbildung vielfältiger, differenzierter und lockerer Räume auszunutzen (Architekturinstitut Moskau, FG und S, Abb. 38 und 39, Volksrepublik Polen, Miastoprojekt Krakow, Abb. 40, und andere) oder aber, wie im Entwurf des Architekturinstituts Moskau, E (Abb. 41), wenn auch vielfältige, so doch straff geordnete Raumbildungen anzustreben.

Selbstverständlich gibt es in vielen Entwürfen Strittiges, noch Ungelöstes. Es gibt sowohl Vorschläge, die eine gestalterisch nicht gelöste Zeilenbauweise aufweisen, als auch solche, in denen bei offener Bauweise das bewegte Geländerelief zur Auflösung jeglicher städtebaulicher Räume führt oder bei denen die Suche nach neuen Bebauungsformen in der Gestaltung zum Selbstzweck wurde



und in Formspielereien ausartet (Abb. 42 und 43).

Das sind Erscheinungen, die — ich möchte sagen — naturgemäß auftreten, wenn es gilt, den Mut zu haben, neue Wege zu beschreiten. In der schöpferischen Auseinandersetzung mit dem Problem in der Theorie und Praxis werden sich die rauhen Seiten abschleifen, wird das Gesunde und Zukunftsträchtige ungesunde und fremde Erscheinungen verdrängen. Die Hauptsache ist dabei die Auseinandersetzung. Ohne sie gibt es keinen Fortschritt, kommen wir nicht zum Neuen, meistern wir nicht die städtebaukünstlerische Gestaltung unserer Wohngebiete. Bestandteil dieses großen städtebaulichen Wettbewerbes war ein Ideenvorschlag für ein „Haus der Zukunft". Hier wurde von den Entwurfskollektiven verlangt, unter

Abb. 42: Wettbewerbsentwurf Kiewprojekt



Abb. 43: Wettbewerbsentwurf des Architekturinstituts Moskau, Variante PS



Abb. 44: Wettbewerbsentwurf der Deutschen Bauakademie



Abb. 45: Wettbewerbsentwurf der Technischen Hochschule Dresden

Berücksichtigung des stürmischen Fortschritts in Wissenschaft und Technik, der Entwicklung neuer Baumaterialien, des wachsenden Wohlstandes unserer Gesellschaft und der sich herausbildenden kommunistischen Wohn- und Lebensformen Vorschläge für die Entwicklung von Wohngebäuden für die Periode nach 1975 auszuarbeiten (Abb. 46 bis 48). Der Mehrzahl der Vorschläge ist zu eigen:

a) Gebäudetyp:
vielgeschossig, Scheibe oder Punkthaus. Eine Ausnahme macht der Vorschlag des Moskauer Architekturinstituts, in dem der charakteristische Wohnhaustyp der Zukunft das eingeschossige Wohnhaus mit „grünem Zimmer" ist;

b) Konstruktion:
Skelett, große Spannweite;

c) Material:
Aluminium, Plaste;

d) Wohnung:
größere Wohnfläche als bisher (etwa 16 m² pro Bewohner), Wohnungen in ein oder zwei Ebenen, variable Grundrisse durch Schrankeinbauwände, Reduzierung der Küchen;

e) Gesellschaftlicher Sektor des Gebäudes:
Ausnutzung der Dachfläche für Erholung, Sport und Spiel, im Erdgeschoß oder in einem eingeschossigen Anbau Einrichtungen wie Speisegaststätte, Klubräume, Kinderspielzimmer, Bastelräume, Dienstleistungen und anderes.

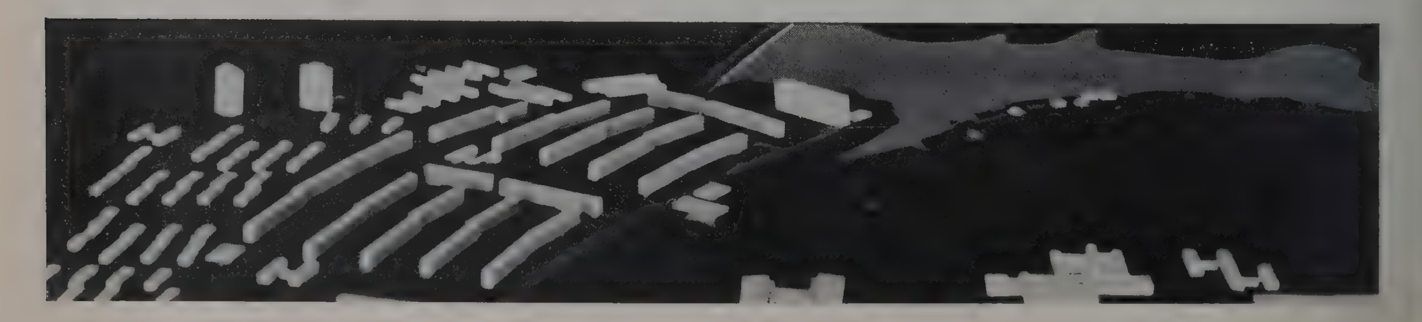


Abb. 46: „Haus der Zukunft" — Wettbewerbsentwurf der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Variante II



Zum Schluß noch einige kurze Bemerkungen zu den beiden Wettbewerbsentwürfen der Deutschen Demokratischen Republik (Abb. 44 und 45), insbesondere zum Entwurf der Deutschen Bauakademie. Der Wettbewerbsentwurf der Deutschen Bauakademie konnte nur in die dritte Bewertungskategorie gelangen und erhielt ein Diplom für wertvolle Einzelvorschläge.

Der Wettbewerbsentwurf der Technischen Hochschule Dresden konnte nicht einmal mehr in eine der drei Bewertungskategorien eingereiht werden.

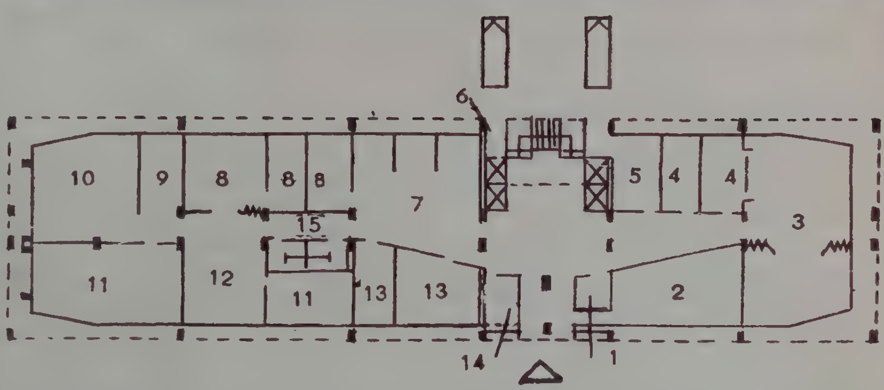
Welche Mängel besitzt der Entwurf der Deutschen Bauakademie? In seiner gesamten städtebaulichen Gestaltung treten trotz Anwendung des Prinzips der gemischten, offenen Bebauung eine außerordentliche Starre und Monotonie zutage. Der Entwurf läßt die Lebendigkeit vieler anderer Entwürfe vermissen. Das bewegte Gelände wird ungenügend zur Hebung der städtebaulichen Komposition ausgenutzt.

Die Gebäudegruppen kommen als großes, gliederndes Kompositionselement ungenügend zur Wirkung. Darüber hinaus enthalten sie keinerlei gesellschaftliche Einrichtungen, so daß sie nur eine formale, aber keine soziale Funktion besitzen. Durch die Konzentration aller Wohnkomplexeinrichtungen ausschließlich im Wohnkomplexzentrum werden die Versorgung und Betreuung der Einwohner durch die entsprechenden Einrichtungen erschwert.

Insgesamt ist der Entwurf nicht in genügendem Maße von den sich verändernden und sich vervielfältigenden gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen der Übergangsperiode zum Kommunismus und den wachsenden technischen Möglichkeiten ausgegangen.

Dieser Wettbewerb, der zugleich ein internationaler Vergleich auf dem Gebiet des Städtebaus war, zeigt, daß wir ernsthaft arbeiten müssen, um einen achtbaren Platz zu gewinnen.

Die ernsthafte selbstkritische Auseinandersetzung mit den eigenen, in diesem Entwurf offensichtlich gewordenen Schwächen unserer schöpferischen Arbeit und das Studium der in diesen Wettbewerbsmaterialien enthaltenen reichhaltigen Erfahrungen aller Länder des Sozialismus auf dem Gebiete des Städtebaus sind wesentliche Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des sozialistischen Städtebaus in der Deutschen Demokratischen Republik.



Erdgeschoßgrundriß
1 Auskunft, Pförtner — 2 Fahrräder, Kinderwagen — 3 Fernsehen, Radio, Film — 4 Musikzimmer — 5 Lebensmittelverkaufsstelle — 6 Müllbeseitigung — 7 Halle — 8 Zirkelräume — 9 Aufsicht — 10 Kinderspielzimmer — 11 Spielzimmer — 12 Wintergarten, Aquarium — 13 Besucherraum — 14 Erste Hilfe — 15 WC

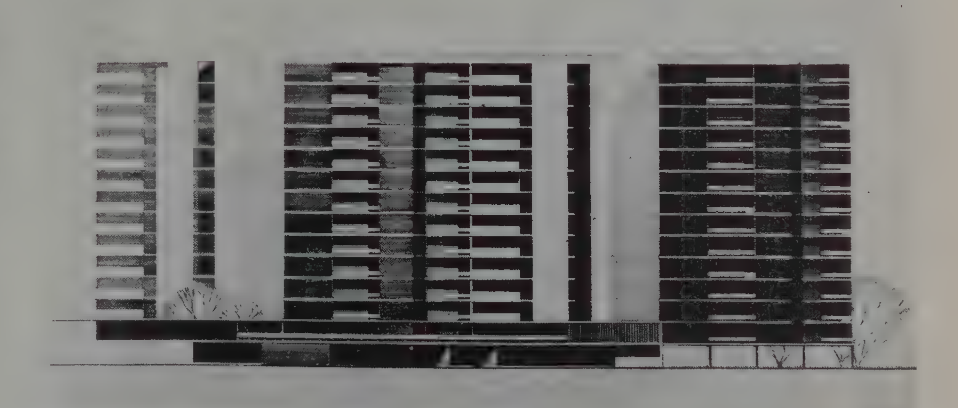


Abb. 47: „Haus der Zukunft" — Wettbewerbsentwurf Mosprojekt

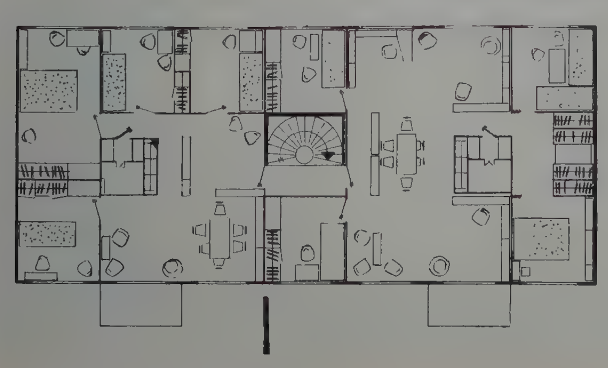
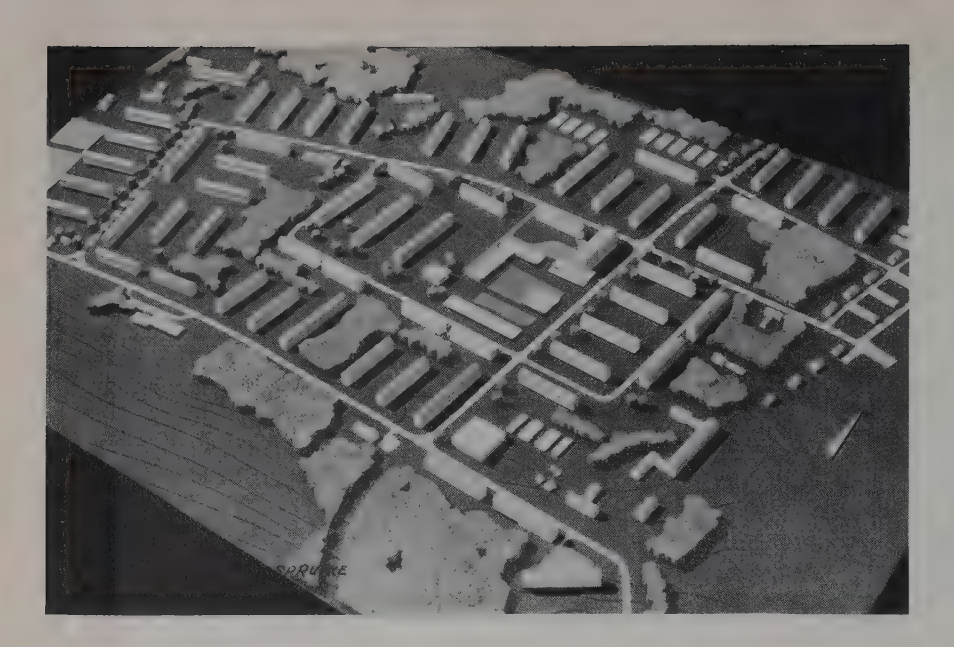


Abb. 48: „Haus der Zukunft", — Wettbewerbsentwurf der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Variante I — Wohnungsgrundriß 1 : 600



Wohnsiedlung Wilhelm-Pieck-Stadt Guben-Sprucke

Architekt BDA R. Niemer
Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Cottbus

Südlich der Wilhelm-Pieck-Stadt Guben entsteht auf dem Gelände eines ehemaligen Industriebetriebes ein Großbauvorhaben des Siebenjahrplanes — das Chemiefaserkombinat Guben. Für den Großteil der etwa 5000 Beschäftigten ist neuer Wohnraum zu schaffen.

Die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt im Neißetal sind durch das Niederungsgebiet des Schwarzen Fließes begrenzt. Sie werden durch den Neubau von etwa 800 Wohnungseinheiten erschöpft.

Bebauungsplan des neuen Wohngebietes auf der „Sprucke" 1 : 7500

1 22-Klassen-Schule — 2 Kinderkrippe — 3 Kindergarten — 4 Kleinstsportfläche — 5 Schulsport- und Tobeplatz — 6 Großgarage — 7 Garagen — 8 Gaststätte — 9 Großer Gerätespielplatz — 10 Kinderheim — 11 Kinderspielplatz — 12 Ambulatorium — 13 Zentrum — 14 Kaufhalle

Somit ergibt sich die Aufgabe, eine neue Wohnsiedlung mit 2500 Wohnungseinheiten auf dem westlich gelegenen Höhenrücken, der ,,Sprucke", zu entwickeln.

Dieser Höhenrücken schiebt sich von Osten nach Westen in das Neißetal. Der der Stadt zugewandte Teil ist bereits mit einer Siedlung — meist eingeschossige Eigenheime — bebaut. Der Standort der neuen Wohnsiedlung wird durch die Baugrundverhältnisse, durch den baulichen Bestand sowie durch die Topographie eindeutig bestimmt. Den Nachteilen des Standortes, die sich aus der Loslösung vom geschlossenen Stadtgebiet ergeben, stehen die Vorzüge ausgezeichneter Beziehungen zur Landschaft gegenüber.

Vom Nordrand des neuen Wohngebietes überschaut man weite Waldgebiete, vom Südrand öffnet sich der Blick in das Tal des Schwarzen Fließes und auf das neue Werk.

Für den Verkehr wird die neue Wohnsiedlung von drei Seiten aus erschlossen, und zwar im Norden von der Fernverkehrsstraße 97, im Osten von der Stadtseite und im Süden vom Werk.

Die neue Wohnsiedlung entspricht der Größe zweier Wohnkomplexe von je 1250 Wohnungseinheiten. Das städtebauliche Programm berücksichtigt, daß das gesamte Wohngebiet auf der ,,Sprucke" einschließlich des Bestandes eine vom übrigen Stadtgebiet abgesetzte Lage hat und ein zusammenhängendes, relativ selbständiges Versorgungsgebiet darstellt.

Das Programm enthält:

Zwei Polytechnische Oberschulen mit je 22 Unterrichtsräumen

Kinderhort und Turnhalle

Zwei Kindergärten

Zwei Kinderkrippen

Zwei Tagesbedarfsläden

Zwei Klubgaststätten

Eine Normalsportanlage

Kleinstsportanlagen in den Wohnkomplexen

Ein Kino

Eine Poliklinik

Ein Buchpavillon (Volksbuchhandlung und Bibliothek)

Läden für Drogerie, Haushaltswaren, Kleintextilien, Industriewaren, Papier und Zeitschriften, Blumen, Tabak und Spirituosen, Eisdiele

Gartenpflegehof

Bedürfnisanstalt

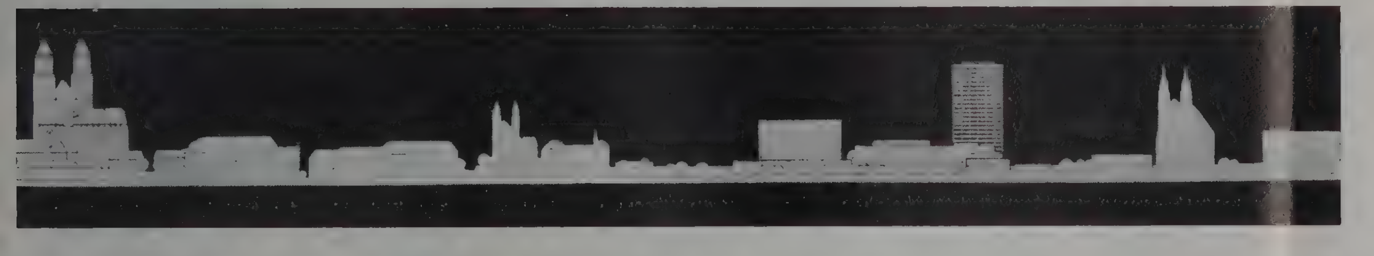
Garagen laut Bauordnung

Die neue Wohnsiedlung wird im wesentlichen durch einen Straßenring erschlossen. Das Programm gestattet die Hervorhebung eines erweiterten Komplexzentrums als gesellschaftlichen Mittelpunkt

des g
,,Spruc
ist als
staltet.
raum c
Punkte
Südrar
zweite
ist die
Ausflu
hang d
Die Ki
an eine

Das B
sehr s
den H
stand
weitgel

Für de
,,Lübbe
Beheiz



1. Preis
Architek
Dipl.-Ing
Schmale
Ing. Wo
VEB Ho

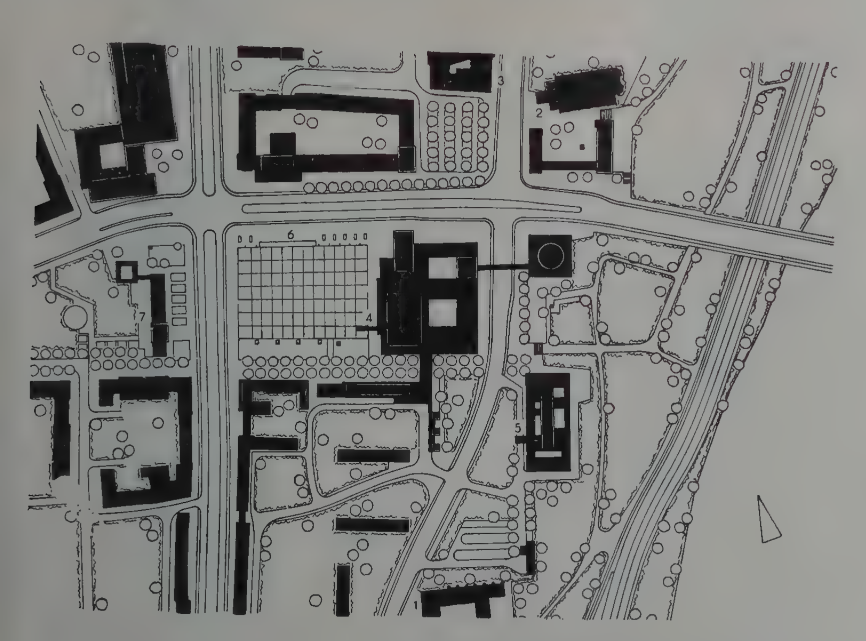
Wettbewerb für die Gestaltung des Zentralen Platzes in Magdeburg

Ausschreiber: Rat der Stadt Magdeburg

Der vom Rat der Stadt Magdeburg ausgeschriebene engere Wettbewerb, an dem auf Einladung sieben Kollektive teilnahmen, wurde durch die Entscheidung des Preisgerichtes vom 20. Dezember 1960 abgeschlossen.

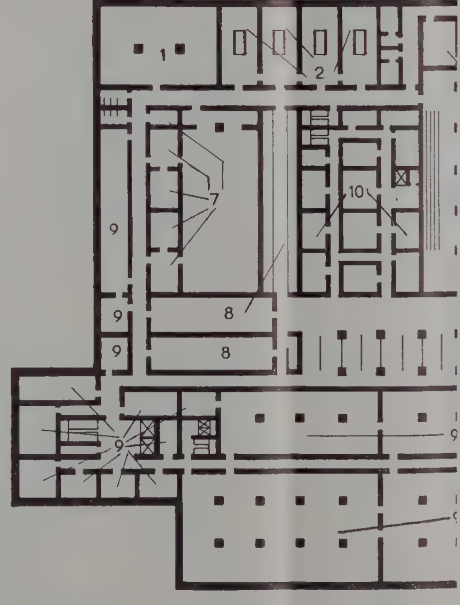
Ziel des Wettbewerbs war es, bei den maßstäblichen Gegebenheiten des Zentralen Platzes unter Einbeziehung des Elbufers eine günstige baukörperliche und räumliche Wirkung der Hochbauten zu erreichen.

Das Gelände des Elbufers zwischen dem Brückenkopf und dem Kloster ,,Unser lieben Frauen" sollte im Sinne der 16 Grundsätze des Städtebaus, gegebenenfalls unter Ausbildung von Terrassen, an die Stadtlandschaft grünplanerisch angebunden werden.



Lageplan 1 : 6000

1 Kloster ,,Unser lieben Frauen" — 2 St. Johannis — 3 Altes Rathaus — 4 Volkshaus — 5 Hotel — 6 Transportable Tribüne — 7 Terrassencafé

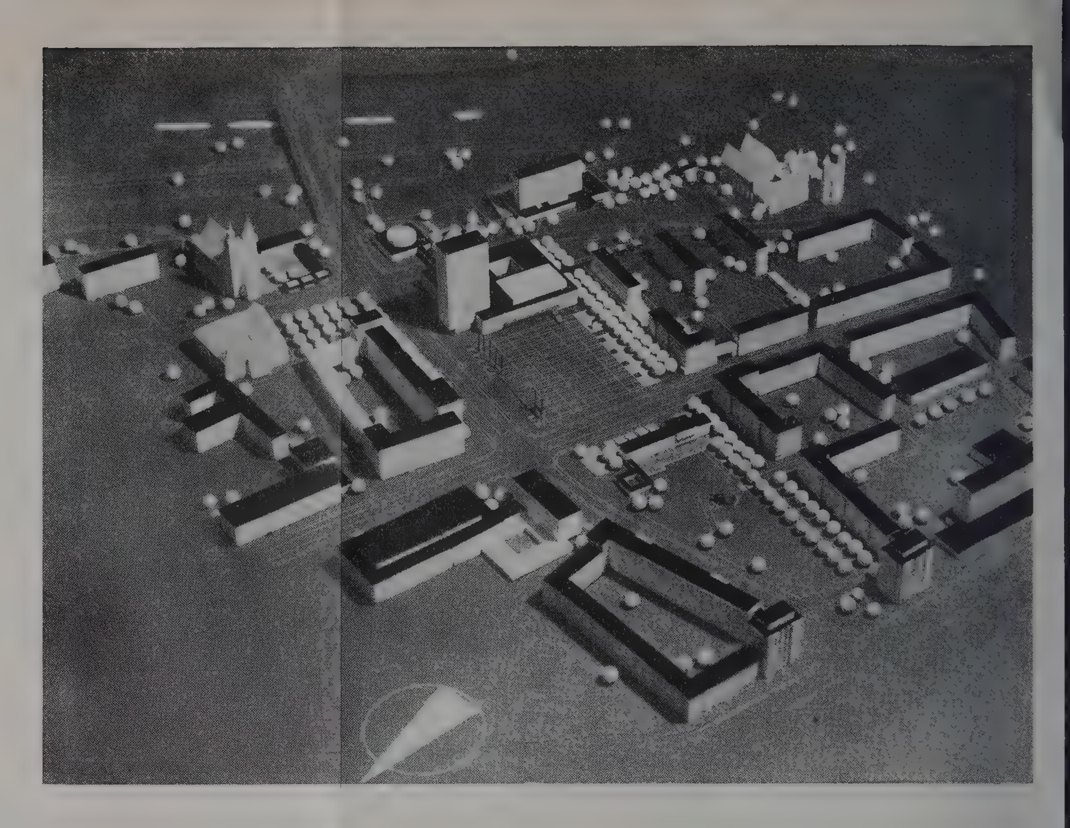


1 Klimaanlage — 2 Tischtennisraum — 3 Schwimmbad — 4 Magazin — 5 Ein- und Ausfahrt — 6 Garagen — 7 Sporthalle — 8 Motor- und Fahrräder — 9 Archiv und Lagerräume — 10 Küchenlagerräume

esamten Wohngebietes auf der ;ke". Dieses Versorgungszentrum straffer architektonischer Raum ge- Im Westteil verbindet ein Grün- lie topographisch ausgezeichneten (Aussichtspunkte) am Nord- und ıd. In diesem Grünraum liegt der Tagesbedarfsladen, am Südhang zweite Klubgaststätte, die auch als gsgaststätte dienen soll, am Nord- as Kinderwochenheim angeordnet. ndereinrichtungen werden jeweils em Standort zusammengefaßt.

augebiet ist ein Waldgelände mit chlechter Bodenqualität. Zwischen äusergruppen soll der Kiefernbe- mit seiner natürlichen Bodendecke nend erhalten werden.

n Wohnungsbau kommt der Typ enauer Platte" zur Ausführung. Die ung erfolgt vom Werk aus.



tenkollektiv Dipl.-Ing. Anne-Monika Zorn, ı. Karl-Ernst Zorn, Gartenarchitekt Herbert nberg, Architekt Erich Degenkolbe, Dipl.- lfgang Schmutzler, Architekt Rudolf Steffen, chbauprojektierung Magdeburg

Hinsichtlich der Hochbauten wurden Vorschläge erwartet, bei denen sich klare Baukörper mit übersichtlichen und wirtschaftlichen Grundrissen harmonisch in die Silhouette der Stadt einfügen.

Dem Inhalte nach sollten die Entwürfe eine Aussage machen, die der Bedeutung des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Mittelpunktes der sozialistischen Bezirkshauptstadt Magdeburg entsprechen und dem örtlichen Charakter Rechnung tragen.

Das Preisgericht setzte sich wie folgt zusammen:

Professor Collein, Vizepräsident der Deutschen Bauakademie

Dipl.-Ing. Berger, Institut für Denkmalpflege Halle

Architekt BDA Dalchau, Stadtarchitekt Magdeburg

Herr Daub, Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch. Doehler, Deutsche Bauakademie

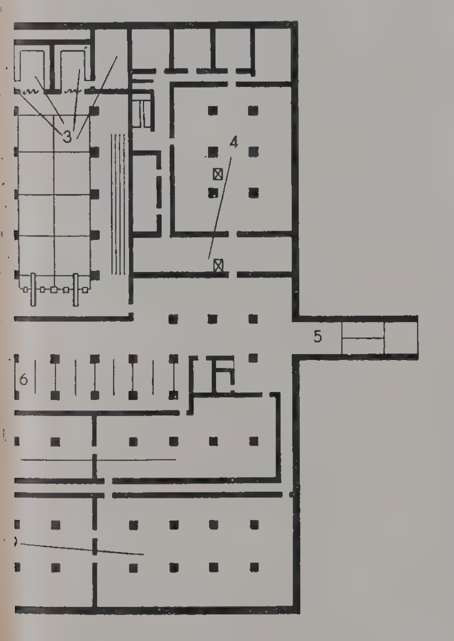
Architekt BDA Feldmann, Bezirksgruppe Magdeburg des Bundes Deutscher Architekten

Herr Franke, Stadtausschuß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

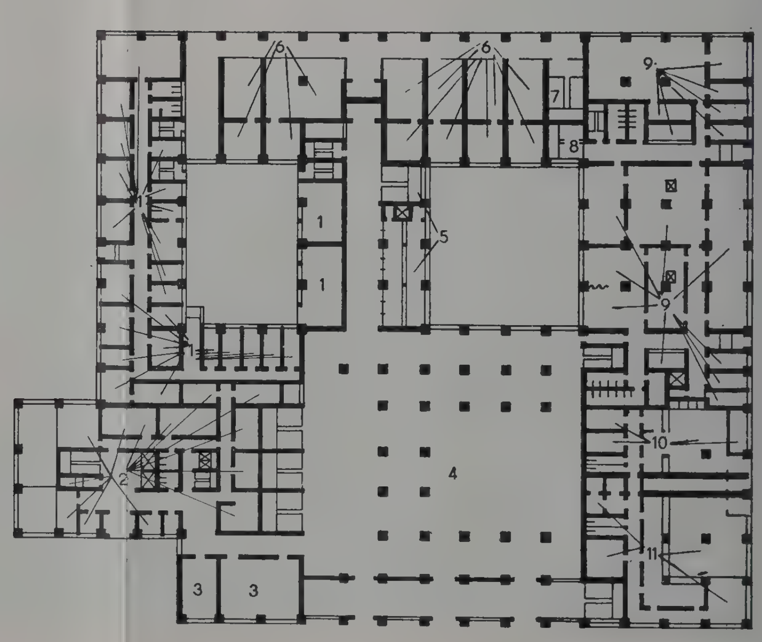
Professor Dr. Gießmann, Rektor der Hochschule für Schwermaschinenbau Magdeburg

Professor Göpfert, Technische Hochschule Dresden

Grundriß Kellergeschoß 1 : 1000

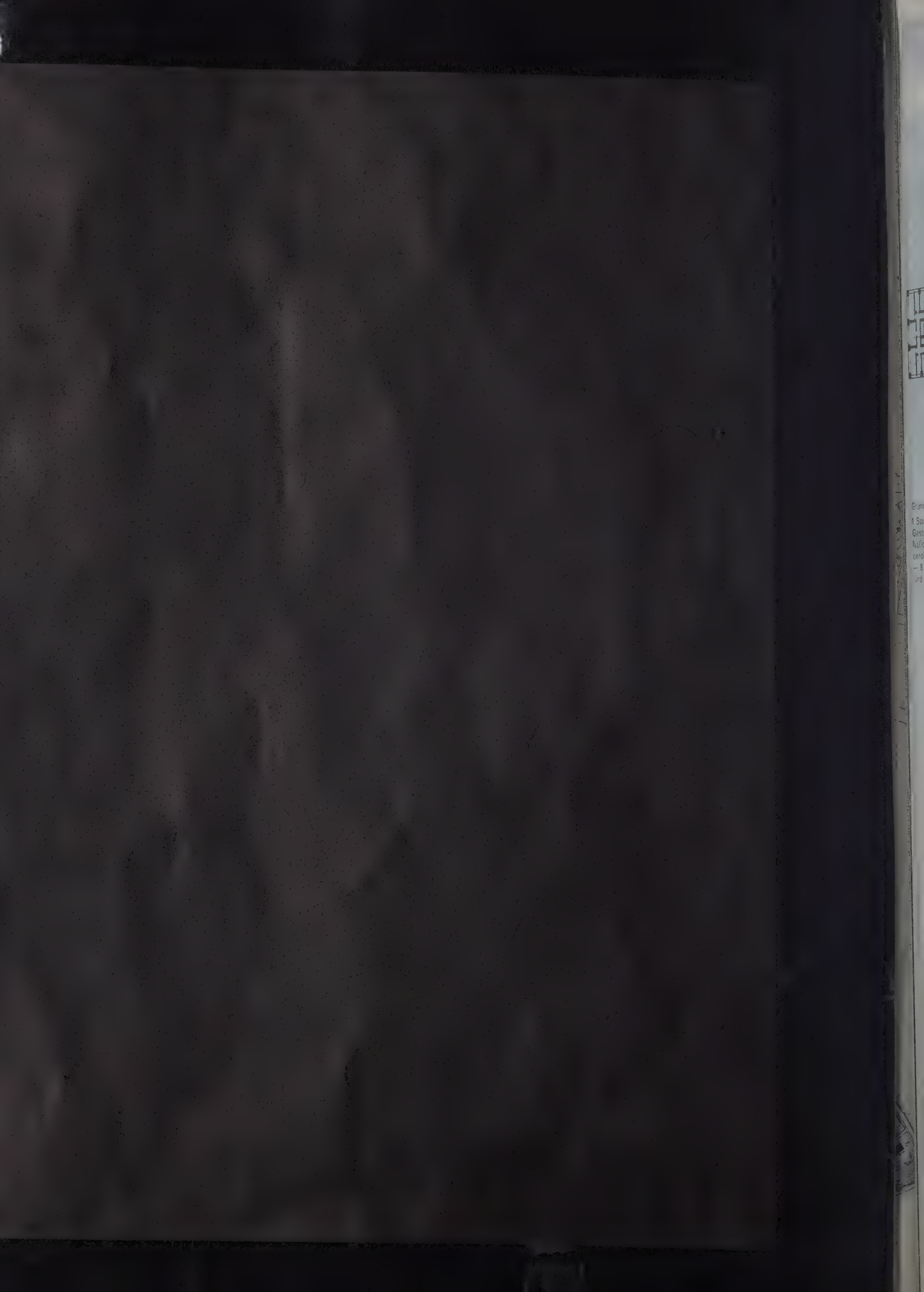


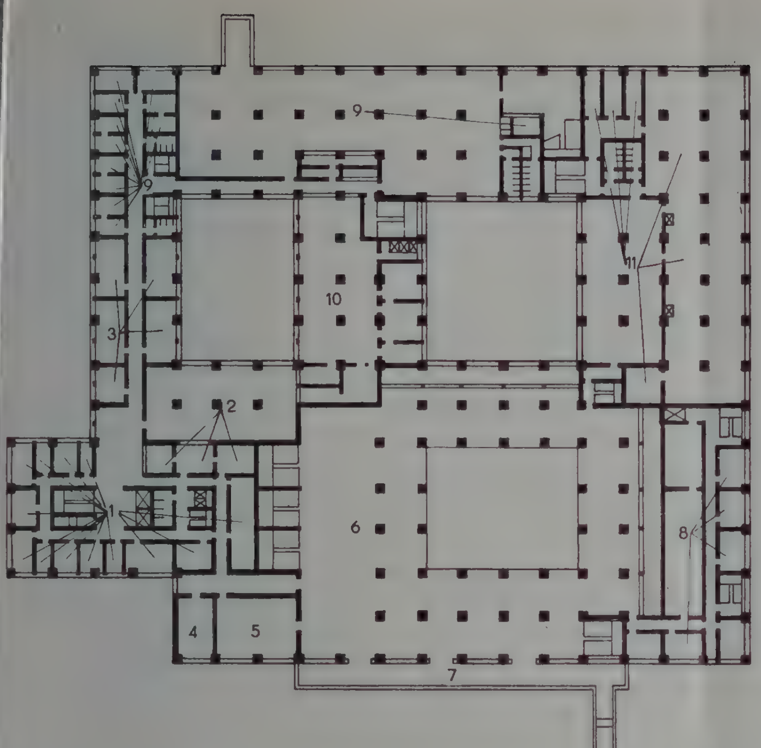
Grundriß Erdgeschoß 1 : 1000



1 Volkspolizeirevier — 2 Verwaltungsteil — 3 Puppentheater — 4 Eingangshalle zum Reparaturteil und Ausstellung — 5 Garderobe und Aufgang zum Mehrzwecksaal — 6 Laden und Lagerräume — 7 Aufgang zur Gaststätte — 8 Aufgang zu den Bibliotheken und zur Kulturakademie — 9 Kinderbibliothek, Zeitungslesesaal und Buchpflege — 10 Post — 11 Sparkasse

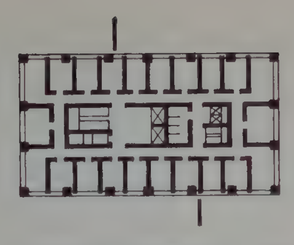






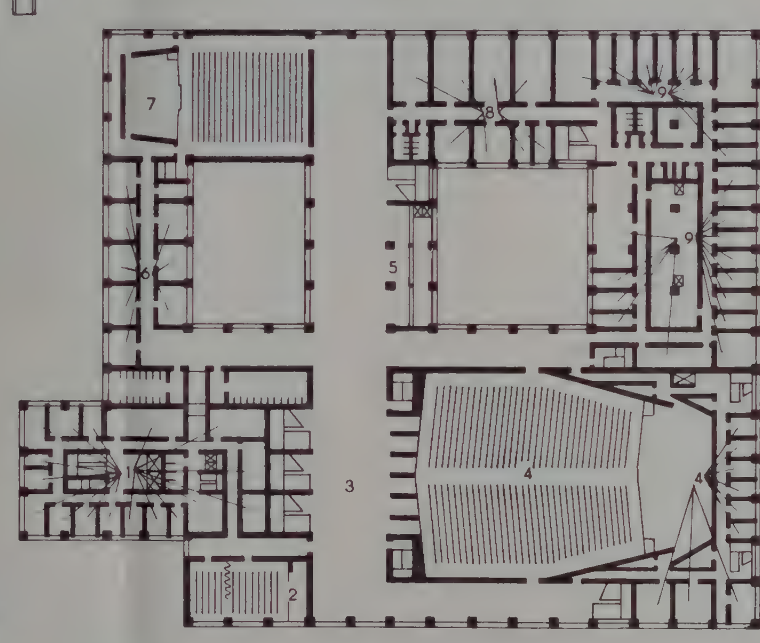
Grundriß 1. Obergeschoß 1:1000

1 Städtische Verwaltung — 2 Betriebsrestaurant und Gaststätte — 3 Zirkelräume — 4 Sitzungszimmer der Nationalen Front — 5 Ratssitzungszimmer — 6 Garderobenhalle — 7 Tribüne für Standdemonstrationen — 8 Bühnennebenraum — 9 Gaststätte mit Sozial- und Nebenräumen — 10 Küche — 11 Bibliothek



Grundriß 3. Obergeschoß 1:1000

VEB Kommunale Wohnungsverwaltung im Gebäudekern, Haupttreppe, Nottreppe, zwei Personalaufzüge, Paternosteraufzug, WC-Anlagen für Damen und Herren (geschoßweiser Wechsel) Raum für Reinigungsgeräte



Grundriß 2. Obergeschoß 1:1000

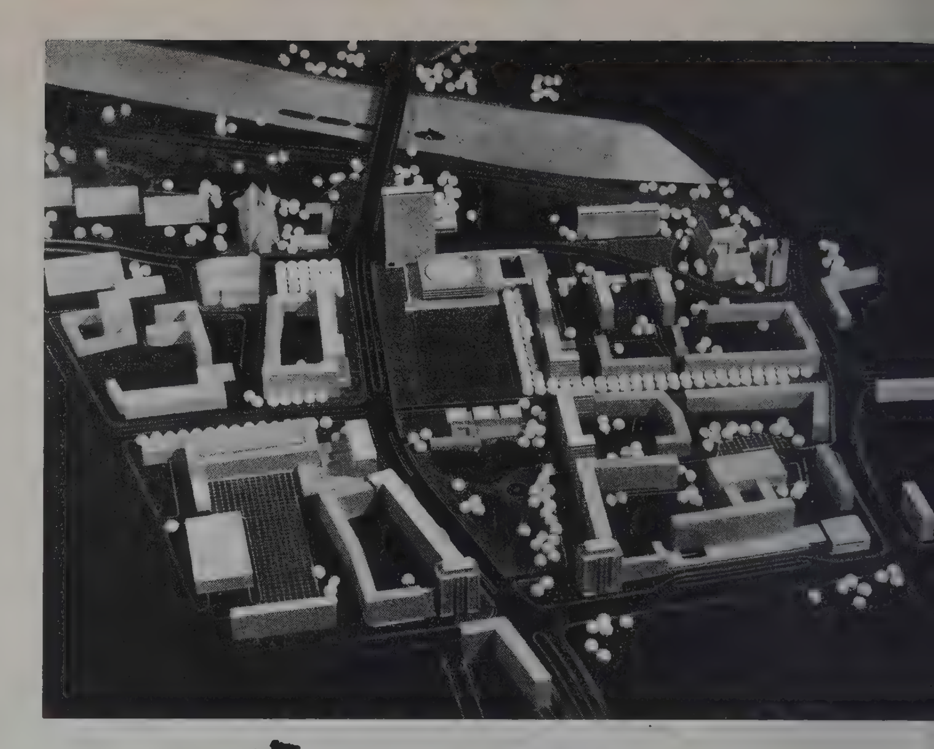
1 Verwaltungsteil — 2 Kleiner Festsaal — 3 Foyer — 4 Plenarsaal mit Nebenräumen, Garderoben und so weiter — 5 Büfett — 6 Fraktionszimmer — 7 Mehrzwecksaal — 8 Kulturakademie — 9 Musikabteilung mit Verwaltung



Blick von Westen

2. Preis

Architektenkollektiv Dipl.-Ing. Walter Pester, Architekt BDA Siegfried Schliebe, Architekt Roland Nestler, Stadtbauamt — Stadtplanung — Karl-Marx-Stadt



Dipl.-Ing. Architekt BDA Kaiser, VEB Berlinprojekt

Gartenarchitekt BDA Nachtweh, VEB Industrieprojektierung Magdeburg

Herr Rein, Stadtverordneter und Vorsitzender der Ständigen Kommission Bauwesen

Architekt BDA Rüssel, Bezirksarchitekt Magdeburg

Herr Seidel, Stadtbaudirektor Magdeburg

Herr Siebert, Stadtleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Professor Wiel, Technische Hochschule Dresden

Nach drei Rundgängen wurden vom Preisgericht folgende Preise und Ankäufe vergeben:

1. Preis in Höhe von 8000 DM an das Kollektiv

Dipl.-Ing. Anne-Monika Zorn
Dipl.-Ing. Karl-Ernst Zorn
Gartenarchitekt Herbert Schmalenberg
Architekt Erich Degenkolbe
Dipl.-Ing. Wolfgang Schmutzler
Architekt Rudolf Steffen

VEB Hochbauprojektierung Magdeburg

2. Preis in Höhe von 6000 DM an das Kollektiv

Dipl.-Ing. Walter Pester
Architekt BDA Siegfried Schliebe
Architekt Roland Nestler
Stadtbauamt — Stadtplanung — Karl-Marx-Stadt

Ankauf in Höhe von 2000 DM an das Kollektiv

Professor Otto Englberger
Dr.-Ing. Joachim Stahr
Dr.-Ing. Anita Bach
Dipl.-Ing. Alfred Hecht
Dipl.-Ing. Kurt Lembcke
Architekt Lothar Junghanns

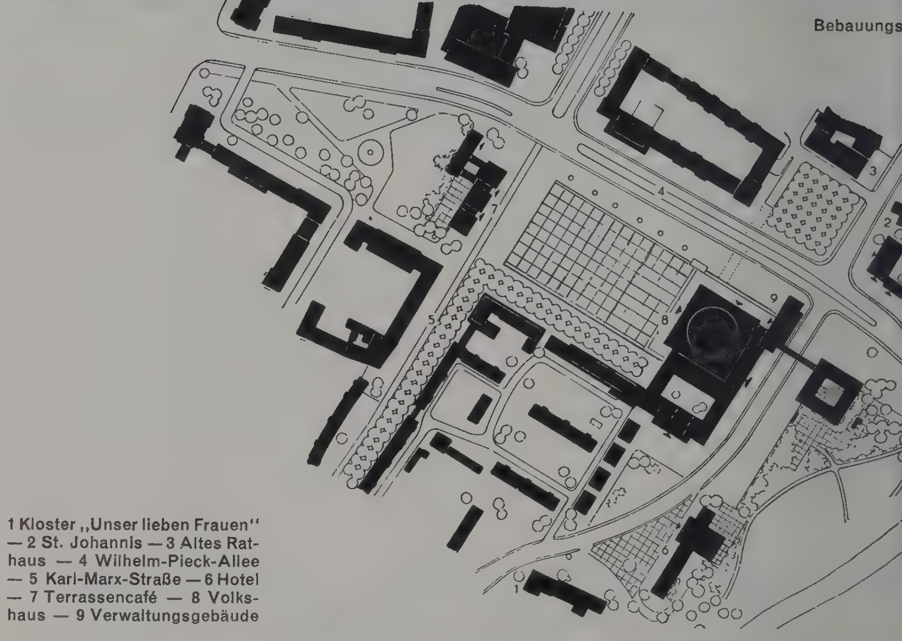
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Ankauf in Höhe von 2000 DM an das Kollektiv

Professor Räder
Dozent Dipl.-Gärtner Sachs
Cand. Ing. Horst Adami
Cand. Ing. Reiner Kluge
Cand. Ing. Günter Kraus
Cand. Ing. Johannes Schroth
Cand. Ing. Siegward Schulrabe

Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Bebauungs



1 Kloster „Unser lieben Frauen" — 2 St. Johannis — 3 Altes Rathaus — 4 Wilhelm-Pieck-Allee — 5 Karl-Marx-Straße — 6 Hotel — 7 Terrassencafé — 8 Volkshaus — 9 Verwaltungsgebäude

Blick v

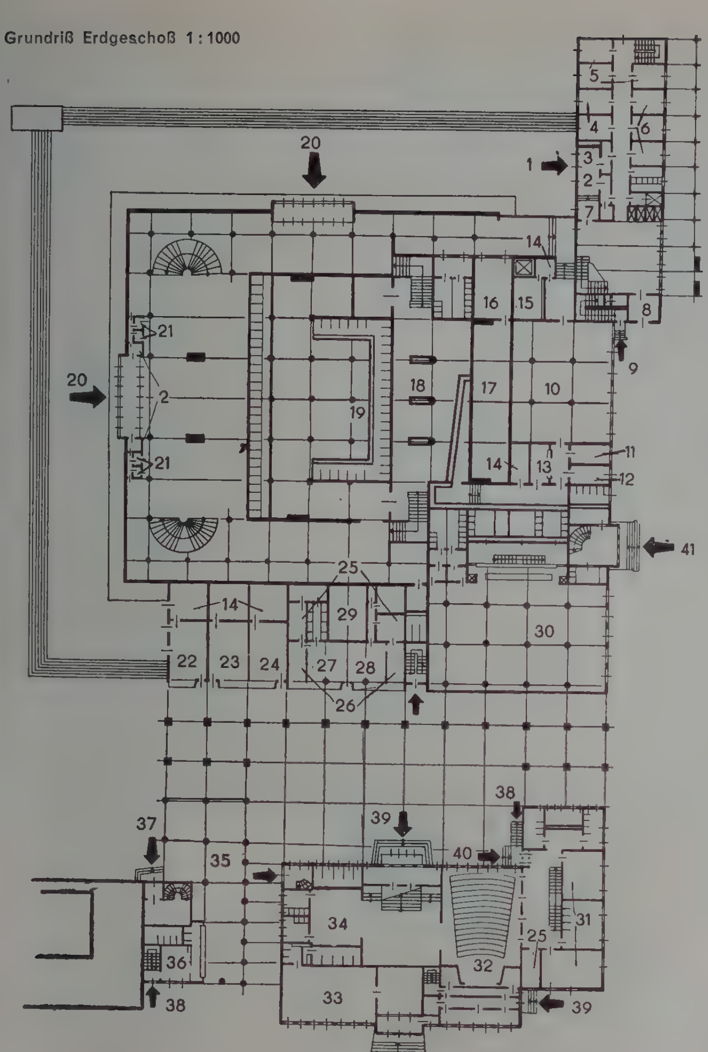


Begründungen des Preisgerichts

1. Preis

Die städtebauliche Aufgabe, unter Beachtung der Gegebenheiten und in Fortführung der bereits begonnenen städtebaulichen Situation den zentralen Raum Magdeburgs zum politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt der Bezirkshauptstadt zu machen, ist gelöst.

Grundriß Erdgeschoß 1 : 1000



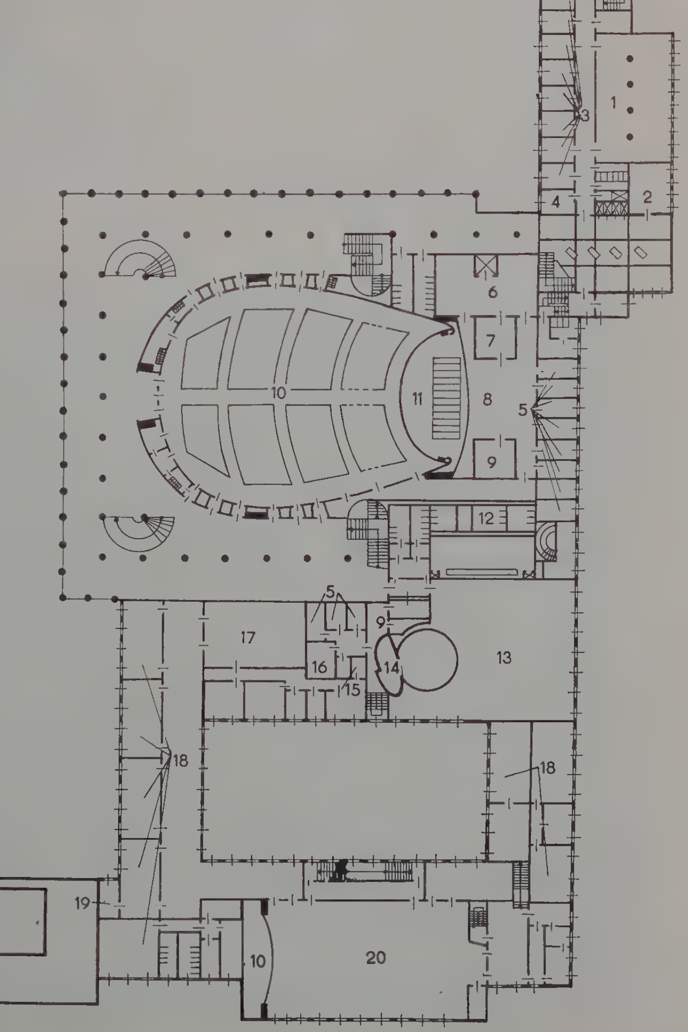
Besonders hervorzuheben ist dabei die differenzierte Gestaltung der städtebaulichen Räume, wobei der Zentrale Platz eindeutig zum Höhepunkt der Komposition gemacht wurde.

Dabei wurden auch die historischen Räume um das Alte Rathaus und das Kloster „Unser lieben Frauen" gut in die Gesamtkomposition eingebunden. Sowohl die Höhenentwicklung des Hotels wie auch das am Brückenkopf angeordnete Tanzkabarett beeinträchtigen allerdings die Wirkung von der Brücke und vom Ufer her. Die Baumassen selbst, insbesondere die Höhendominante, fügen sich harmonisch in die Stadtsilhouette ein.

Das Terrassencafé rückt zu dicht an den Block E heran und ist auch in seiner baukörperlichen Komposition zu unruhig. Auch die Südseite des Volkshauses rückt zu dicht an den Block D 2 heran.

Die Gestaltung der Freiflächen, insbesondere auch in gartenarchitektonischer Hinsicht, unterstreicht die städtebauliche Lösung. Die Anlage einer transportablen Tribüne ist nicht zu empfehlen. Die Ermittlung der Park- und Garagenplätze nach der Deutschen Bauordnung erscheint für alle Einrichtungen als nicht ausreichend. Die geforderten 100 Garagen für das Hotel sind nicht untergebracht.

1 Eingang zum Hochhaus — 2 Pförtner — 3 Hausmeister — 4 Sanitätsstelle — 5 Ärztlicher Sonntagsdienst — 6 Nationales Aufbauwerk — 7 Arztraum — 8 Kinderaufbewahrung — 9 Eingang zur Bühne — 10 Betriebsrestaurant — 11 Personalraum für Männer — 12 Personalraum für Frauen — 13 Spüle — 14 Lager — 15 Verkaufsstelle — 16 Abstell- und Nebenraum — 17 Unterbühne — 18 Selbstbedienung für Pausenversorgung — 19 Kleiderablage — 20 Eingang zum Festsaal — 21 Kasse — 22 Blumen — 23 Schreibwaren — 24 Geschenkartikel — 25 Arbeitsraum — 26 Tageslichtraum — 27 Farblabor — 28 Verkauf — 29 Atelier — 30 Gaststätte — 31 Zirkelraum — 32 Puppenbühne — 33 Kleiner Festsaal — 34 Garderobenhalle — 35 Tagescafé — 36 Küche — 37 Eingang zum Tagescafé — 38 Eingang für Küchenpersonal — 39 Eingang zum Mehrzwecksaal, kleinen Festsaal und zur Puppenbühne — 40 Eingang zur Kulturakademie — 41 Eingang zur Gaststätte und zum Tanzkabarett



Grundriß Saalgeschoß 1 : 1000

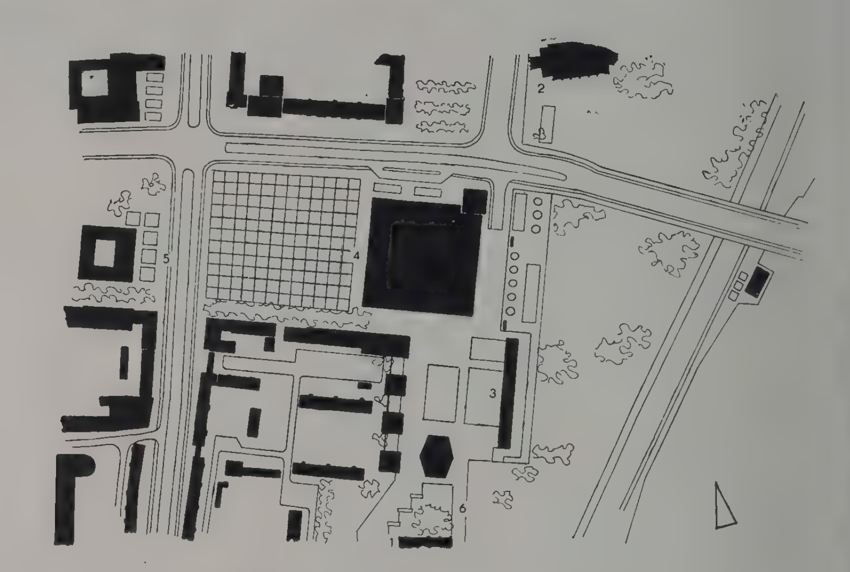
1 Instruktionsraum für Kampfgruppe — 2 Lehrkabinett — 3 Fraktionsraum — 4 Lagerraum für Hausmaterial — 5 Künstlergarderoben — 6 Magazin — 7 Lager — 8 Hinterbühne — 9 Instrumentenraum — 10 Bühne — 11 Plenarsaal — 12 Café — 13 Tanzkabarett — 14 Bühne — 15 Bad — 16 Aufenthaltsraum — 17 Stuhlmagazin — 18 Zirkelraum — 19 Hausmeistermagazin — 20 Mehrzwecksaal



Blick vom Westen

Ankauf

Architektenkollektiv Prof. Otto Englberger, Dr.-Ing. Joachim Stahr, Dr.-Ing. Anita Bach, Dipl.-Ing. Alfred Hecht, Dipl.-Ing. Kurt Lembcke, Architekt Lothar Junghanns, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar



Bebauungsplan 1 : 6000

1 Kloster „Unser lieben Frauen" — 2 St. Johannis — 3 Hotel — 4 Volkshaus — 5 Terrassencafé — 6 Regierungsstraße



Modell

Bemerkenswert ist bei dieser Arbeit, daß das Raumprogramm mit Ausnahme des Elbhotels erfüllt ist.

Die funktionelle Lösung kann nicht restlos gut geheißen werden. Als Fehler wird angesehen, daß das Restaurant im 1. Obergeschoß mangelhaft erschlossen ist; jedoch ist die ökonomische Lösung der Anlage hervorzuheben.

Die äußere Gestaltung ist einheitlich konzipiert und ansprechend.

2. Preis

Durch die vorgeschlagene Lösung erhält der Zentrale Platz gute Proportionen. Das Volkshaus gibt ihm einen würdigen Abschluß. Das Verwaltungsgebäude jedoch überzeugt wegen seiner weit vom Platz abgerückten Stellung nicht in gleichem Maße, weil hierdurch der Hauptplatz in der Diagonalen aufgerissen wird. Das Hotel ist in seiner Lage dem Kloster „Unser lieben Frauen" gut zugeordnet und stellt eine gute Verbindung zwischen der Hauptbaugruppe am Zentralen Platz und der historischen Klosteranlage dar. Die Anordnung der Passage und des Atriums stellen eine gute Verbindung des Zentralen Platzes zur Elbaue dar. Das Terrassencafé ist zum Zentralen Platz hin gut gegliedert, die Anbauten an der Westseite wirken jedoch zu unruhig.

Die Aufhebung der Karl-Marx-Straße als Verkehrsstraße entspricht nicht der verkehrsmäßigen Konzeption.

Die Ausbildung des Brückenkopfes und die Grünanlagen an der Elbaue sind eine gute Grundlage für die endgültige Gestaltung.

Die Anordnung der Parkflächen in den Kellergeschossen des zentralen Gebäudes mit einer Zufahrt unter der Wilhelm-Pieck-Allee ist zu umständlich. Der Vorschlag, die Archive und die Volkspolizei mit dem Meldeamt im Alten Rathaus unterzubringen, ist räumlich nicht erfüllbar.

Der Grundriß ist im wesentlichen klar gegliedert. Die Vielzahl der Eingänge jedoch und die funktionelle Anordnung der Garderoben mindern die gute Orientierung. Auch die Küche im Untergeschoß bringt funktionelle Nachteile mit sich. Die äußere Gestaltung des Saalbaues wird anerkannt, während das Hochhaus noch zu schematisch wirkt. Die Kubatur bewegt sich in den möglichen Grenzen.

Ankauf Kollektiv Professor Englberger

Durch die Anordnung des Volkshauses wird nach der Elbe hin eine klare Wand geschaffen und durch eine vorgelagerte Terrasse eine gute Verbindung zu den Grünanlagen des Elbufers hergestellt, wobei jedoch darauf hingewiesen werden muß, daß durch die starke Baumasse des Elbhotels die Bedeutung des Volkshauses von der Elbe her gesehen beeinträchtigt wird.

Die Unterführung der Regierungsstraße ermöglicht vor dem Elbhotel eine dem Fußgänger vorbehaltene Zone und eine gute Anbindung des Hotels mit den dazugehörigen Parkplätzen, jedoch wird der Raum vor dem Kloster „Unser lieben Frauen" auf der West- und Südseite durch die niedrigen Baukörper gestört.

Die Baumasse des Volkshauses als Addition von richtungslosen Körpern kann durch ihre Unentschiedenheit nicht überzeugen. Außerdem erscheint die Höhendominante als zu schwach, um ausschlaggebend in den Zentralen Platz hineinzuwirken. Lage und Proportionen der Kuppel sind unbefriedigend. Der Abstand zwischen Höhendominante und Block A riegelt den Zentralen Platz zu stark ab.

Die Abstände zwischen Volkshaus und Block D 2 wie auch zwischen Terrassencafé und Block E sind zu gering. Die klare und großzügige Grundrißlösung wird durch ein nicht vertretbares Übermaß an Kubatur erkauft. Die Kreisform des Plenarsaales ist akkustisch problematisch.

Ankauf Kollektiv Professor Räder

Die Baukörperkomposition des zentralen Gebäudes an sich ist gut, aber sie erreicht nicht den städtebaulichen Zweck, weil durch das starke Auseinanderrücken der Vorderfront des Saaltraktes und des Hochhauses kein befriedigender Abschluß des Zentralen Platzes erreicht wird und dadurch der Zentrale Platz und der Platz vor dem Alten Rathaus in der Diagonalen ineinanderfließen.

Von der Elbe her gesehen wirken die Front des zentralen Gebäudes sowie der niedrige Kubus des Hotels wie auch die Zuordnung der Brückenkopfbauten überzeugend. Ein Nachteil entsteht durch den Einblick von der Brücke her in die Wohnzeilen der Regierungsstraße. Vorteilhaft wirkt sich jedoch der Durchblick zum Elbufer beiderseits des zentralen Gebäudes aus.

Die Stellung des zentralen Gebäudes zu den bestehenden Blöcken A und D 2 überzeugt nicht, weil der Baukörper des zentralen Gebäudes zu sehr in den Zentralen Platz hineingeschoben wird. Das Terrassencafé müßte in seiner Stellung mehr nach Süden verschoben werden.

Die ausgewiesene niedrige Kubatur des zentralen Gebäudes täuscht etwas, weil wesentliche Funktionen der Anlage in gesonderte Gebäudekomplexe verlegt wurden.

Die äußere Haltung des Gebäudes zeigt nicht den Weg zu einer befriedigenden Gestaltung.

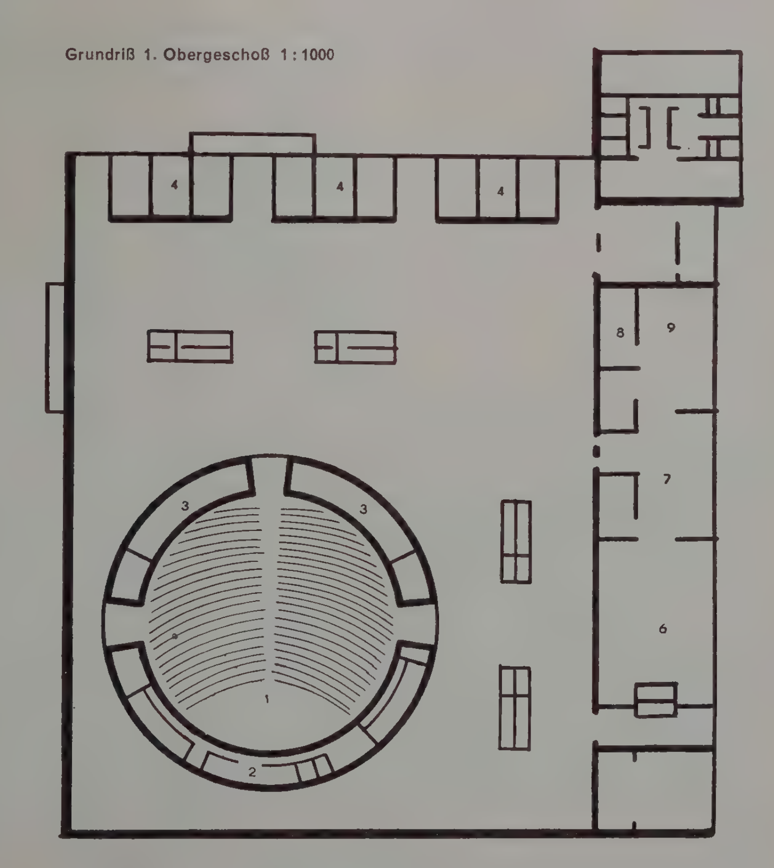
Empfehlungen des Preisgerichtes für die weitere Bearbeitung des Komplexes Zentraler Platz

In Auswertung der Beurteilungen der eingereichten Arbeiten gab die Jury dem Rat der Stadt für die weitere Bearbeitung des Volkshauses, Elbhotels, Terrassencafés und der Gestaltung des Elbufers nachstehende Empfehlungen:

Die Grundkonzeption des 1. Preises sollte die Grundlage für die weitere Bearbeitung bilden, wobei in der Ausarbeitung zu beachten ist:

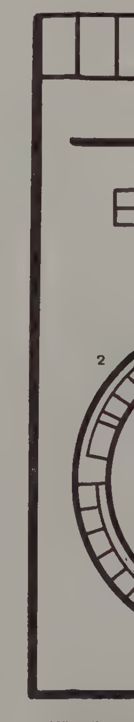
Die Anknüpfung der Regierungsstraße an die Wilhelm-Pieck-Allee erweist sich als ungeeignet und wird verkehrstechnisch auch nicht als unbedingt erforderlich bezeichnet. Es ist daher ratsam, die Regierungsstraße nur zur Erschließung des Volkshauses und des Elbhotels sowie zur Aufnahme des ruhenden Verkehrs in zwei Ebenen in Betracht zu ziehen. Dadurch wird es möglich, die notwendige Verschiebung des Volkshauses zur Elbe hin (nach

Grundriß 1. Obergeschoß 1:1000



1 Kongreßsaal — 2 Geräte — 3 Stuhlmagazin — 4 Fraktionsraum — 5 Gemeinschaftsforum — 6 Vortragssaal — 7 Garküche und Office — 8 Verkauf — 9 Personalspeiseraum

Grundriß 2. (



1 Künstlerra
3 Rundfunk u
5 Festsaal

Kommuniqué über die erweiterte XXVI. Plenartagung der Deutschen Bauakademie

Auf der erweiterten XXVI. Plenartagung der Deutschen Bauakademie am 14. Februar 1961, an der Vertreter der volkseigenen Bau- und Baustoffbetriebe, der Entwurfsbetriebe, des Neuererzentrums, der Industriegewerkschaft Bau-Holz, der Hochschulen und Mitarbeiter des Staatsapparates teilnahmen, gab der Präsident der Deutschen Bauakademie, Professor Dr. Kurt Liebknecht, den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Deutschen Bauakademie im Jahre 1960.

Im Mittelpunkt der Aussprache standen die Verbesserung der Leitungstätigkeit und die Fragen der schnellen und wirksamen Überleitung der Ergebnisse der Bauforschung in die Praxis.

Das Plenum stellte fest, daß auf einer Reihe von Gebieten Erfolge erzielt werden konnten. So zum Beispiel bei der Weiterentwicklung des Plattenbaus, mit der hinsichtlich ihres konstruktiv-technischen Systems, des geringen Stahl- und Zementverbrauchs, der erreichten Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Kosten pro Wohnungseinheit das Bauwesen der Deutschen Demokratischen Republik den technisch-wissenschaftlichen Höchststand mitbestimmt. Auch die neuen Wohnungstypen stellen einen bemerkenswerten Fortschritt dar.

Für den Industriebau wurden Arbeiten für die Montagebauweisen und zur Rationalisierung der monolithischen Bauweisen durchgeführt. Hierfür wurden Arbeiten zur Weiterentwicklung der Gleit- und Kletterschalung und holzersetzender Schaltafeln und zur Entwicklung von Spanngliedern 25 und 50 Mp abgeschlossen. Für die Einführung der Fließfertigung im Industriebau wurden in Zusammenarbeit mit der Großbaustelle Erdölverarbeitungswerk Schwedt Grundlagen erarbeitet. Gute Ergebnisse liegen gleichfalls auf dem Gebiet des Spannbetons und der Spannstahlkonstruktionen vor.

Für das ländliche Bauwesen wurde mit der Mastenbauweise für Kalt- und Warmbauten eine wichtige Grundlage für das industrielle Bauen auf dem Lande geschaffen.

Die Hauptmängel in der Arbeit der Deutschen Bauakademie bestehen darin, daß die Arbeitsergebnisse zu schleppend in die Praxis eingeführt und propagiert werden und die Forschungskapazität noch nicht konsequent genug auf die Schwerpunkte konzentriert war.

Zur Überwindung dieser Mängel ist es notwendig, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen der Forschung und der Bauproduktion durchzusetzen.

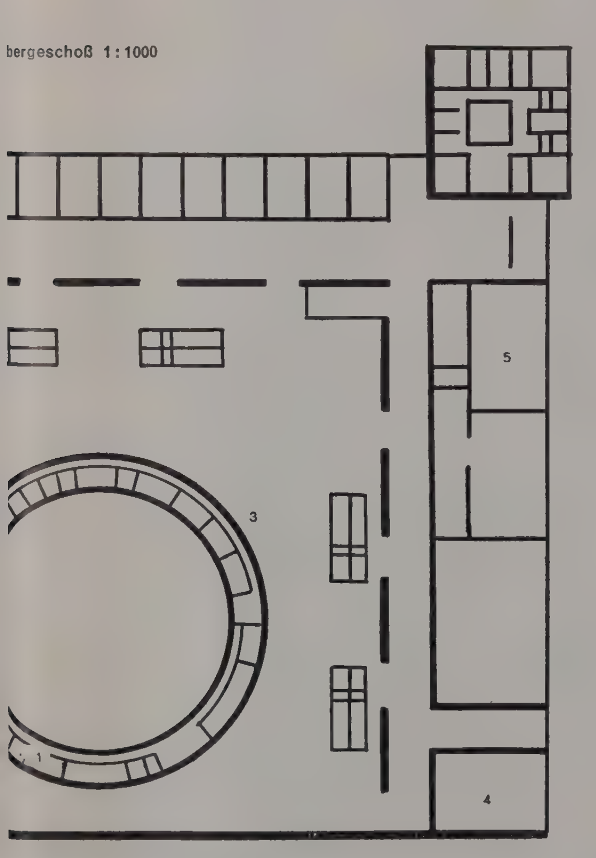
Das Plenum unterstrich die Notwendigkeit, im Rahmen des Planes „Neue Technik" für jedes Schwerpunktthema der Bauforschung im Jahre 1961 einen Bau- beziehungsweise Baustoffbetrieb für die Ersteinführung der Ergebnisse der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten festzulegen.

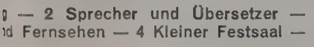
Im Jahre 1961 werden über 50 Prozent der Kräfte der Deutschen Bauakademie auf die Weiterentwicklung des Industriebaus konzentriert, um den gegenüber der Entwicklung des Hochbaus eingetretenen Tempoverlust aufzuholen.

Die Institute der Deutschen Bauakademie wurden darauf orientiert, mit Hilfe der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit die Probleme vorrangig zu bearbeiten, die unmittelbare Auswirkungen auf die Bau- und Baustoffproduktion haben. Das gilt insbesondere für die Standardisierung und für Ergebnisse beziehungsweise Teilergebnisse der Forschung, die kurzfristig zu Einsparungen an Material, insbesondere von Stahl, Zement und Holz, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Einsparung von Kosten führen.

Die Mitarbeiter der Deutschen Bauakademie erkennen ihre Mitverantwortung für die Erfüllung des Bauwirtschaftsplanes und werden alle Kräfte für die Lösung der Aufgaben der Bauforschung einsetzen.

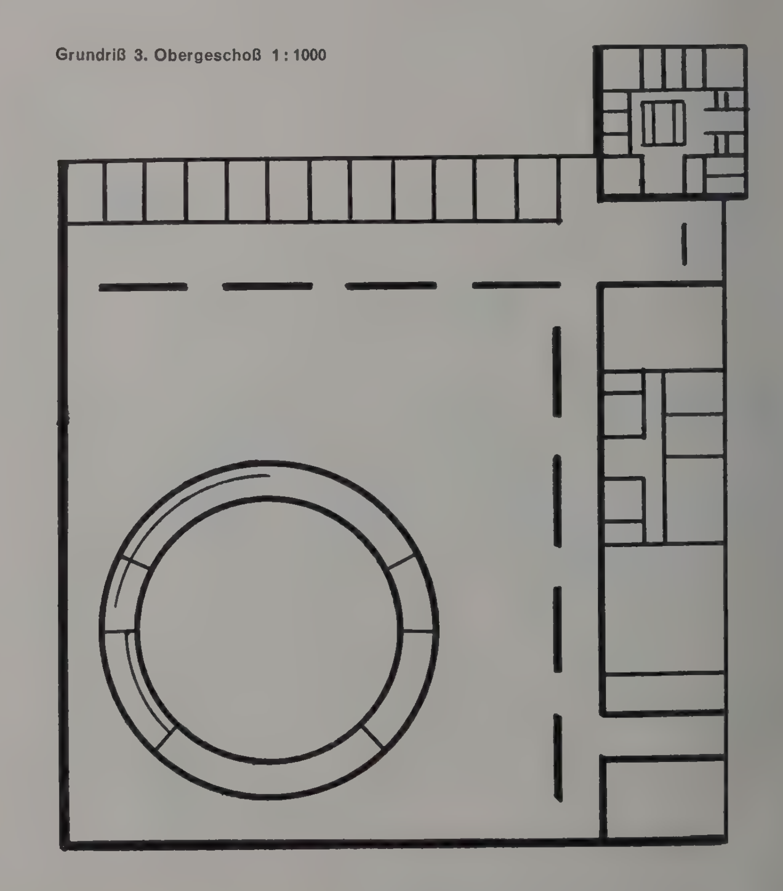
bergeschoß 1:1000



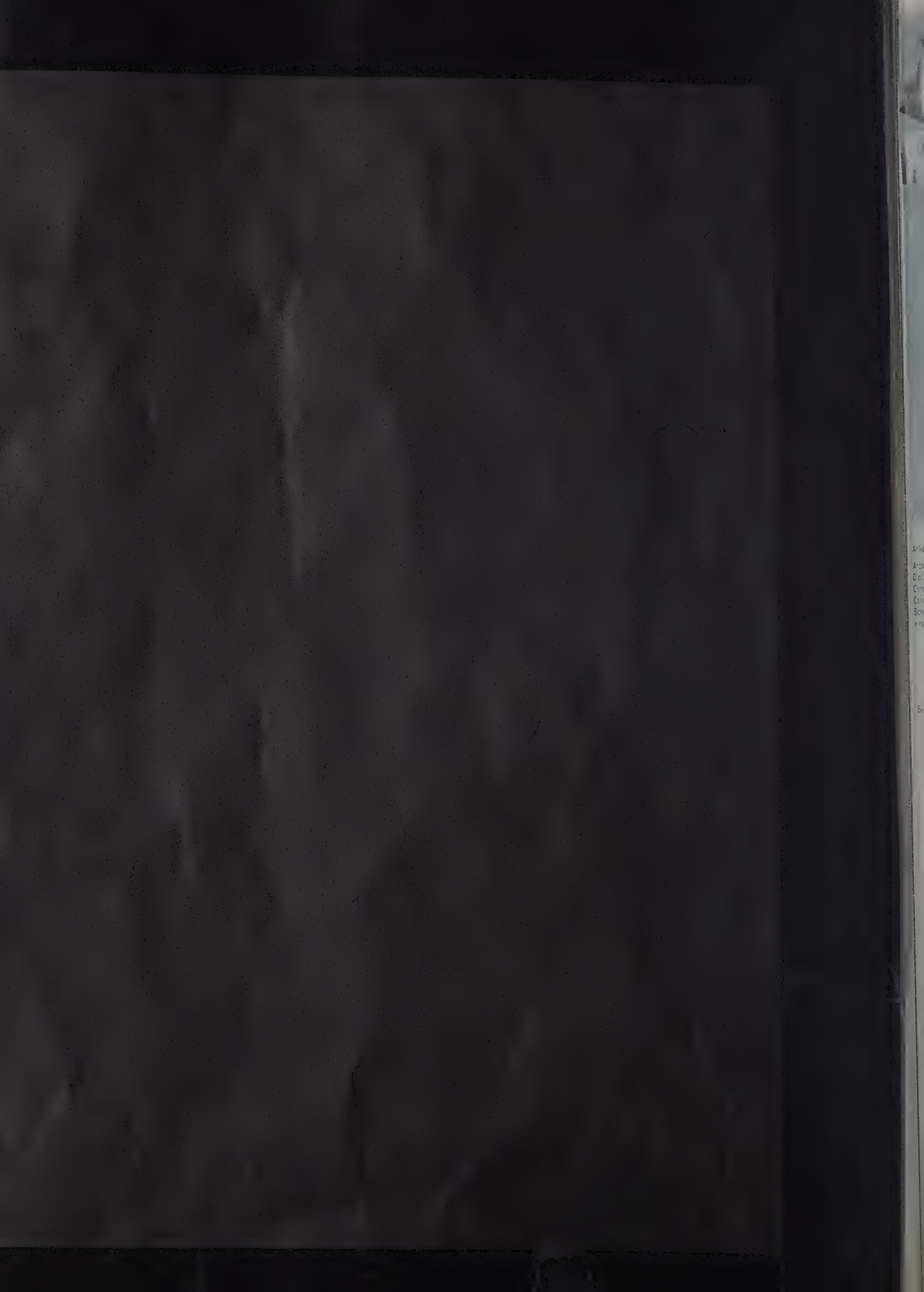


ɔ — 2 Sprecher und Übersetzer —
ıd Fernsehen — 4 Kleiner Festsaal —

Grundriß 3. Obergeschoß 1:1000









Ankauf

Architektenkollektiv Prof. Dipl.-Architekt H. Räder, Dipl.-Gärtner Sachs, Cand. Ing. Horst Adami, Cand. Ing. Reiner Kluge, Cand. Ing. Günter Kraus, Cand. Ing. Johannes Schroth, Cand. Ing. Siegward Schulrabe, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Grundriß Zentraler Platz mit Grundriß Erdgeschoß des Volkshauses 1:1000

Bebauungsplan 1:6000



1 Kloster „Unser lieben Frauen" — 2 St. Johannis — 3 Altes Rathaus — 4 Volkshaus — 5 Hotel — 6 Terrassencafé

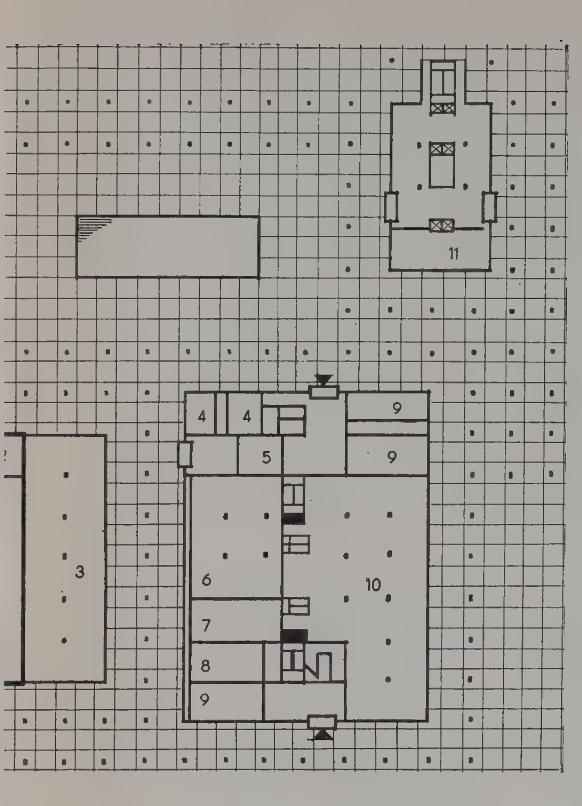
Osten) vorzunehmen, wodurch
wesentlich bessere Proportionieru
Zentralen Platzes im Zusammenh
der vorhandenen Bebauung, insbes
der Blöcke A und D, erreicht wi

Im Zusammenhang mit der vorges
nen Lösung des zentralen Ge
erscheint es zweckmäßig, das Hote
nach Süden zu versetzen, die H
mindern sowie das Tanzkabarett u
bar mit der Anlage des Hotels
binden. Durch die Verlegung de
kabaretts würde neben der funktio
städtebaulich besseren Lösung z
die Möglichkeit einer großz
bastionsartigen Ausbildung des B
kopfes zum Elbufer hin geschaffen
können.

Die Westseite des historischen
vor dem Kloster „Unser lieben
sollte mit einer raumbildenden Be
vor den achtgeschossigen Zeile
wickelt werden.

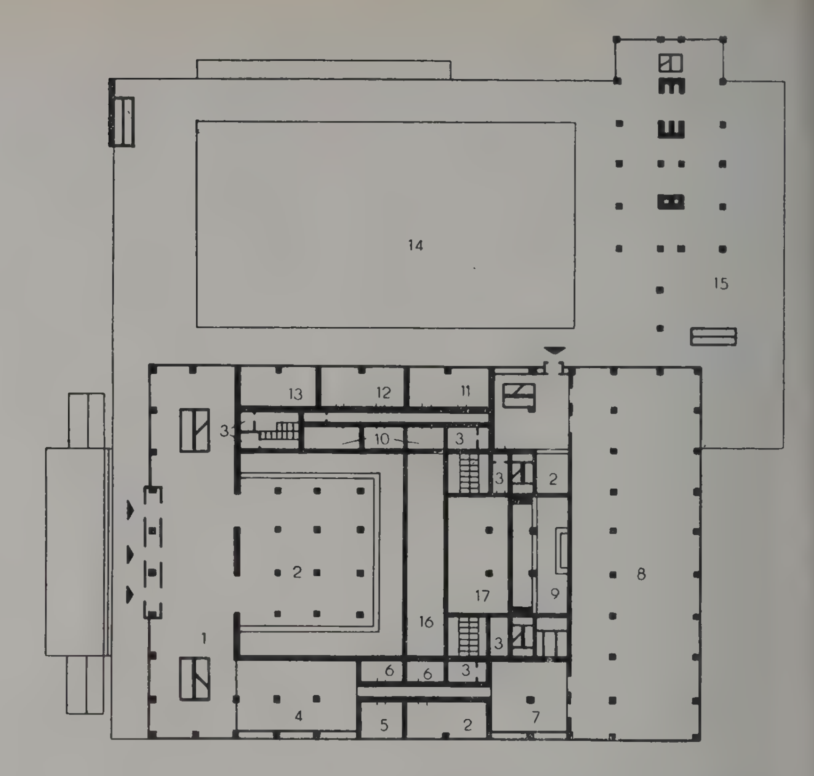
Das Terrassencafé auf dem Ze
Platz sollte als einfacher transp
Baukörper gebaut werden.

Zugunsten einer klaren funktionel
sung der Gesamtanlage des Volks
erscheint die Empfehlung erfor
das Programm einer eingehenden
zu unterziehen mit dem Ziel, in de
tralen Gebäude der Stadt nur
bedingt notwendigen Einrichtunge
zubringen.



1 Eingang — 2 Kasse — 3 Ausstellungshalle — 4 WC — 5 Garderobe — 6 Tanzkabarett — 7 Bühne — 8 Bühnennebenraum — 9 Personalraum — 10 Küche — 11 Pförtner

Grundriß 1. Geschoß 1:1000



1 Foyer — 2 Garderobe — 3 Toiletten — 4 Imbißfoyer — 6 Zur besonderen Verwendung — 7 Treppenhalle — 8 Restaurant — 9 Office — 10 Nebenräume — 11 Buchhandlung — 12 Kunstgewerbe — 13 Musikalien — 14 Schmuckhof — 15 Terrasse — 16 Stuhlmagazin — 17 Requisitenraum

eine
ng des
ıng mit
ondere
'd.

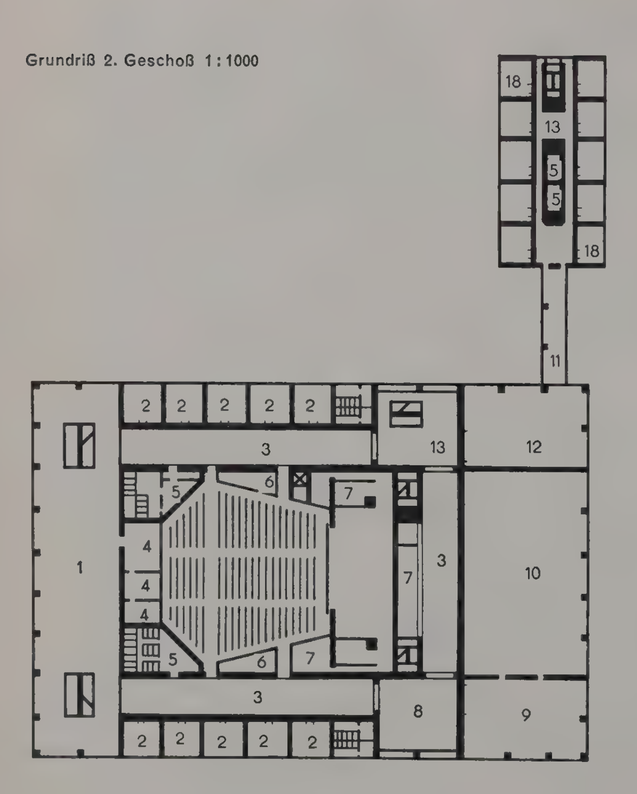
chlage-
bäudes
l weiter
öhe zu
ımittel-
zu ver-
; Tanz-
ıell und
ugleich
ügigen,
rücken-
werden

Raumes
rauen"
bauung
n ent-

ntralen
arenter

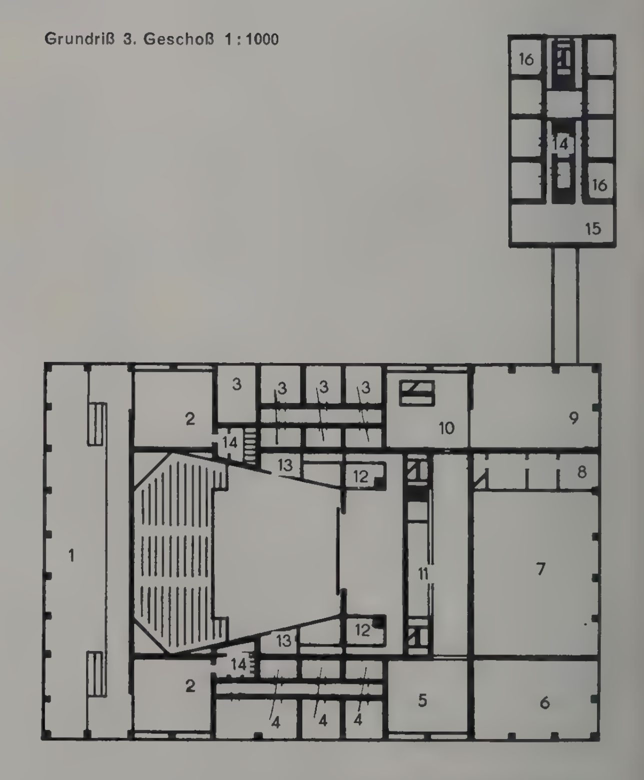
en Lö-
hauses
derlich,
Prüfung
m zen-
lie un-
unter-

Grundriß 2. Geschoß 1:1000



1 Foyer — 2 Fraktionsraum — 3 Seitenfoyer — 4 Bildwerferraum — 5 Toiletten — 6 Zur besonderen Verwendung — 7 Garderobe — 8 Halle — 9 Ratssaal — 10 Mehrzwecksaal — 11 Durchgang — 12 Diensträume — 13 Treppenhalle

Grundriß 3. Geschoß 1:1000



1 Foyer — 2 Raucherfoyer — 3 Zirkelraum mit Nebenraum — 4 Zirkelraum der Kulturakademie — 5 Halle — 6 Vortragssaal — 7 Luftraum — 8 Bildwerferraum — 9 Festsaal — 10 Durchgang — 11 Garderobe — 12 Nebenraum — 13 Rundfunkkabine — 14 Toiletten — 15 Sitzungszimmer — 16 Diensträume

Der moderne Wohnungsbau und der Lärmschutz

Dipl.-Ing. Friedrich Eichler

Leiter der Arbeitsgruppe „Lärmschutz im Bauwesen" der „Zentralen Arbeitsgemeinschaft Lärmschutz" der Kammer der Technik (Z)

„Vorsicht vor Lärm! Er kann aus Ihnen einen nervösen, einen herzkranken, einen asthmatischen Menschen und sogar einen Mörder machen!
Es scheint, daß unsere Architekten noch nicht ganz begriffen haben, wie wichtig es ist, vollständig ruhige Wohnungen zu bauen."

Diese Sätze wurden nicht von der deutschen Fachpresse veröffentlicht, sondern von der „L'Architekture Francaise" (März/April 1960). Sie haben jedoch auch für unsere Verhältnisse volle Gültigkeit.

Wir bauen jedes Jahr mehr Wohnungen und verbessern laufend die Arbeitsmethoden. Wir sind von der Großblock- zur Großplattenbauweise übergegangen. Die Bauten haben zahlreiche technisch-ökonomische Vorteile. Es scheint aber, daß über diesen Bestrebungen das Hauptziel oft zu kurz kommt.

Wozu bauen wir eigentlich Wohnungen?

Kauft sich jemand ein Radiogerät, so erwartet er, daß es alle Funktionen erfüllt, die man von ihm verlangen kann. Mietet sich jemand eine Wohnung, so setzt er voraus, daß sie ihm den optischen, klimatischen und akustischen Schutz gewährt, der der Hauptzweck der Wohnung ist, und den er zur Erhaltung seiner Gesundheit auch benötigt. Erwirbt jemand eine Wohnung, indem er zum Beispiel als Mitglied einer Arbeiterwohnungsbau-Genossenschaft mehrere tausend Mark und eigene Arbeitsleistungen aufwendet, so möchte er eine Wohnung bekommen, die technologisch, wärmewirtschaftlich und auch akustisch besser als der übliche Durchschnitt ist. Den gesetzlichen Mindestforderungen der Hygiene muß sie auf jeden Fall entsprechen, und dazu gehört der vorgeschriebene Schallschutz.

Über Lärmschutz ist in den letzten Jahren viel geschrieben und diskutiert worden. In der Tagespresse wurden zahllose Beschwerden lärmgestörter Neubaubewohner abgedruckt. In der Fachpresse sind Auszüge aus neuen Schallstandards (DIN 4109, FSB 18 und so weiter) erläutert worden. Physiker und Baufachleute haben Lärmtagungen mit Fachvorträgen über Schallschutz im Bauwesen veranstaltet, Ärzte und Hygieniker haben die medizinische Seite dieses Problems sehr ernst behandelt, Rundfunk und Fernsehen haben Lärmprobleme in mehr oder weniger treffenden Sendungen zur Debatte gestellt.

Betrachtet man nun die Planungen des modernen Wohnungsbaus, so kommt das Gefühl auf, daß alle diese Bestrebungen umsonst gewesen sind, zumindest im Bauwesen.

Die Kostenfrage

„Schallschutz kostet Geld!"

— wird von den Entwurfsplanern als Einwand gegen Lärmschutzmaßnahmen vorgebracht. Das stimmt natürlich. Wände, Decken, Fußböden und Schornsteine kosten aber auch Geld. Die Kosten für Schallschutz sind echte Baukosten und müssen von vornherein eingeplant werden; denn:

eine Wohnung, die nicht ein Mindestmaß an Ruhe und Lärmschutz bietet, verfehlt ihren Zweck und stellt eine Fehlinvestition dar.

Sind die Schutzmaßnahmen jedoch eingeplant, so werden sie von der Deutschen Investitionsbank auch anstandslos finanziert, zumal sie durch staatliche Standards vorgeschrieben sind. Der Einwand ist also eine Ausrede. Schwierigkeiten erwachsen nur dem, der die unerläßlichen Kosten für Lärmschutzmaßnahmen nicht rechtzeitig vorgesehen hat. Was gehört zu dieser Planung?

Gebiete des Lärmschutzes im Bauwesen

Der Lärmschutz im Bauwesen erstreckt sich über folgende Gebiete:

1. Städtebauliche Planung, verantwortlich der Städteplaner oder Architekt;

2. Entwurfsplanung, verantwortlich der Entwurfsbearbeiter;

3. technische Durchbildung des Gebäudes, verantwortlich der Entwurfsplaner;

4. Maßnahmen des Erschütterungsschutzes, verantwortlich für die Einplanung der Entwerfende, für das Detail der Akustikingenieur;

5. Schallschluckmaßnahmen, verantwortlich für die Einplanung der Entwerfende, für das Detail der Akustikingenieur.

Ein städtebaulicher Entwurf, der schalltechnische Belange berücksichtigt, kostet nicht mehr als ein anderer, der das nicht tut.

Die Entwurfsgestaltung des Gebäudes nach lärmtechnischen Prinzipien verlangt keine Mittel.

Die bautechnische Durchbildung des Gebäudes zur Einhaltung bestimmter akustischer Forderungen benötigt Mittel für Dämmstoffe des Fußbodens oder Weichbeläge, gegebenenfalls für Türen mit besserer Schalldämmung, für besondere Haltekonstruktionen oder Armaturen der Installationen (bei uns nicht üblich). Die Mittel beanspruchen im Wohnungsbau etwa 0,5 Prozent der Baukostensumme. Maßnahmen des Erschütterungsschutzes kommen für alle Maschinen, Motoren, Aufzugs- oder Kühlaggregate in Frage oder auch zur Abwehr von Verkehrserschütterungen. Sie erfordern etwa 0,5 Prozent der Baukosten.

Schallschluckmaßnahmen entfallen im Wohnungsbau meist völlig, sind dagegen in öffentlichen Gebäuden, Verkehrsanlagen, Gaststätten, Sport- und auch Industriehallen sowie in vielen Objekten der gesellschaftlichen Bauten unentbehrlich. Sie erfordern etwa 0,5 Prozent der Baukosten.

Das „ruhigste Hotel Europas", das neue Ritzhotel in Lissabon, das der internationale Hotelier Georges Marquet mit 320 Gästezimmern für die reiche Welt hat bauen lassen, kostete 40 Millionen DM. In diesem Gebäude sind bisher noch nicht dagewesene Aufwendungen für Wärme- und Schallschutz gemacht worden. Sie betrugen 3 Prozent der Baukostensumme, nämlich 1,2 Millionen DM, wovon etwa die Hälfte, also 1,5 Prozent, auf schallschutztechnische Maßnahmen entfällt. Dafür wurden alle Wände, Decken, Türen, Objekte, Badewannen, jeder Ablauftopf im Fußboden gedämmt, zahlreiche Flächen schallschluckend ausgebildet und alle Installationen bis zum letzten Wasserhahn besonders behandelt.[1]

Wir führen unsere bautechnischen Forderungen nicht für eine bevorzugte Klasse, sondern für die breitesten Kreise der Bevölkerung durch. Aber die wichtigsten Forderungen sollten auch durchgesetzt werden, notfalls gegen andere Ansichten des Investträgers oder des Kostenplaners. Ihre Verwirklichung erfordert im allgemeinen nicht mehr als 1,5 Prozent der Kostensumme, verursacht also nur einen geringen Aufwand.

Voraussetzungen des Lärmschutzes

Der Lärmschutz im Bauwesen beginnt

1. mit der städtebaulichen Planung,

2. mit der Entwurfsplanung des Gebäudes.

Sorgfältige Arbeit und gute Lösung auf diesem Gebiet steigern den Nutzwert der Gebäude und schonen den Menschen. Schlechte Planungen mit akustischen Fehlern machen sich solange unangenehm bemerkbar, wie die Gebäude bestehen. Unter derartigen Fehlern haben noch unsere Urenkel zu leiden! In den seltensten Fällen ist es nämlich möglich, Verstöße gegen den Schallschutz nachträglich mit wirtschaftlichen Mitteln wieder gutzumachen.

Die städtebauliche Planung hat dabei die Aufgabe, die Bauten so anzulegen, daß sie Verkehrserschütterungen, Lärm und Staub möglichst wenig ausgesetzt werden und alle Quellen des Außenlärms von den Gebäuden eine bestimmte Entfernung haben.

Die Entwurfsplanung muß dafür sorgen, daß Belästigungen durch Innenlärm, dessen Entstehung nicht vermeidbar ist, möglichst gering gehalten werden.

Diese beiden Lärmarten — Außen- und Innenlärm — haben folgende Ursachen:

1. Lärm durch Eisenbahn im Stadtgebiet

Die Bewohner gewöhnen sich an S-Bahnen und Fernzüge ziemlich schnell. Umgekehrt verhält es sich mit dem Güter- und Rangierverkehr, der außerdem noch Ruß und Rauch mit sich bringt und durch Pfiffe und Poltergeräusche die ganze Nacht über stören kann.

2. Lärm durch Straßenverkehr

Hier spielt die Tatsache eine Rolle, daß in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Schweiz das Kraftrad als unangenehmster Lärmträger häufiger auftreten wird, während es in anderen Ländern zurückgeht (bei uns wird die

---

[1] Wärme, Kälte, Schall, Mitteilungen aus der Isoliertechnik, Heft 4/1960, Herausgeber: Grünzweig & Hartmann AG, Ludwigshafen/Rhein

Produktion von Krafträdern von 40 000 auf 100 000 jährlich gesteigert werden).

3. Lärmgeräte im Hause

Auch haustechnische Einrichtungen mit Motoren, Maschinen und Pumpen und Installationsanlagen sind heute häufiger und lärmstärker als jemals zuvor.

Der Lärmschutz im Bauwesen hat diese Voraussetzungen in erster Linie zu berücksichtigen und entsprechend zu planen. Geschieht das nicht, so werden folgenschwere Fehler begangen.

Verkehrslärm und Wohnungsbau

Der Straßenverkehr hat bei uns ein besonders unangenehmes Lautbild durch Motorräder und rücksichtslos gehandhabte Mopeds. Unsere Volkspolizei schreitet gegen diejenigen, die mit ihren Fahrzeugen unmäßigen Lärm verursachen, noch nicht genügend ein.

Wir sind gegen Außenlärm machtlos!

Er dringt durch die Fenster in unsere Gebäude ein, und solange wir diese zum Lüften öffnen müssen, müssen wir neben der Frischluft auch Staub, Ruß und Lärm einlassen. Die Forderung unserer Mediziner, bei teilweise geöffnetem Fenster zu schlafen, ist meist nicht durchführbar. Da wir den Außenlärm nicht abhalten können und unsere Fenster auch im geschlossenen Zustand nur schlecht Schall (und Wärme) dämmen, folgt daraus die selbstverständliche Forderung,

daß in ausgesprochenen Lärmzonen oder direkt an lauten Lärmadern (Straßen, Bahnen) Wohnungsbauten, Schulen oder Krankenhäuser nicht geplant werden dürfen.

Dieser Grundsatz ist von unserer Fachpresse vor Jahren auch als richtig anerkannt worden; als in Westberlin das Hansa-Viertel gebaut wurde, wurde es mit vollem Recht als falsch bezeichnet, daß in der Nähe der S-Bahn überhaupt Wohnungen errichtet wurden. Aber danach gingen wir daran, Wohnungsbauten in

Pankow—Damerowstraße (S-Bahn, Fernbahn, riesiges Rangiergelände, Hauptausfallstraße);

Baumschulenweg—Plänterwald (S-Bahn, Fernbahn, Straßenbahn, Hauptausfallstraße);

Storkower Straße (S-Bahn, Güterverkehr und Rangierbetrieb, Hauptverkehrsstraße);

Schönhauser Allee (Hochbahn, Straßenbahnlinien, stärkster Kraftverkehr)

und an anderen lärmerfüllten Gebieten der Stadt zu errichten!

Tatsächlich sind Stadtzonen, die zugleich größtem Lärm, Abgasen, Rauch und Ruß ausgesetzt sind, bedenkenlos mit Wohnungsbauten versehen worden.

Gilt nun der Grundsatz, nicht dicht an der Eisenbahn zu bauen, oder gilt er nicht?

Lärmschutz in der städtebaulichen Planung

Lärmschutz ist nichts als Sorge um den Menschen, also eine politische Aufgabe, und in dieser sollten wir führend sein. Das ist leider keineswegs immer der Fall. Wie werden im Ausland lärmtechnische Belange in der städtebaulichen Planung berücksichtigt?

In nicht unerheblichem Maße wird die städtebauliche Planung weitgehend vom Ruheanspruch der Menschen einerseits und der zunehmenden Motorisierung des Verkehrs andererseits bestimmt, entsprechend werden die Häuserblocks angeordnet, die Straßenführungen festgelegt, Schutzgürtel vorgesehen und Garagen oder Abstellplätze für Kraftfahrzeuge geplant. Alle modernen Planungen dieser Art, die Anspruch auf Weltniveau erheben, befolgen streng das Prinzip der Trennung von Wohnraum und Fahrverkehr, von Ruhegebiet und Lärmbezirk.

Die bekannten polnischen Experten Sadowski und Wodzinski[2] fordern, daß Lärmfahrzeuge auf Straßen von Wohngebieten nicht zugelassen werden (Krafträder, Straßenbahnen). Nachts soll im Wohngebiet nur ein Lärmpegel von 25 Phon herrschen. Garagen sollen von Wohnungen einen Abstand von 100 m haben. Wer sich jeden Morgen anhören darf, wie kalte Motoren in Schwung gebracht werden, wird diese Forderung zu schätzen wissen.

Die deutsche Bauordnung schreibt bei uns nur einen Abstand von 20 m zwischen Garage und Wohnung vor, was lärmtechnisch ganz unwirksam ist (Deutsche Bauordnung, Abschnitt 48, Paragraph 433).

Dabei wird aber erwähnt, daß

„Garagen und Parkplätze so geplant werden sollen, daß ihre Benutzung die Ruhe und Erholung in der Umgebung nicht stört!"

Wozu dieser fromme Wunsch, dessen Erfüllung man mit der Zulassung des Abstandes von nur 20 m gründlich vereitelt?

Die genannten Fachleute der Volksrepublik Polen verlangen zwischen Wohnungen und Eisenbahnen einen Mindestabstand von 100 m. Die Deutsche Bauordnung begnügt sich mit 50 m, nur bei Rangiergelände verlangt sie 75 m (Deutsche Bauordnung, Abschnitt 6, Paragraph 76, Absatz 3).

Im allgemeinen stört jedoch der Motorverkehr, der unmittelbar an das Haus getragen wird, noch mehr als die Eisenbahn. Wie schwer ein Wohnblock dadurch belästigt wird, hängt einfach davon ab, in welchem Abstand man die nächste Straße am Haus plant.

In Neubauvierteln von Kiel und Hannover ist auf dem gesamten Siedlungsgelände überhaupt kein Kraftverkehr zugelassen, und dementsprechend sind keine Fahrstraßen geplant worden. Die gepflasterten Straßen sind Fußgängerstraßen, die von Versorgungsbetrieben und Lieferwagen nur an bestimmten Vormittagsstunden im Schritt befahren werden dürfen. Sammelgaragen sind am äußersten Rande der Siedlung angelegt.

Wenn es in Neubauvierteln von Kiel und Hannover möglich ist, so sollte man diese Grundsätze ebensogut bei uns realisieren können.

Die Stadt Kopenhagen hat im Gelände von neuen Siedlungen nur Kieswege für den Möbelwagen ausführen lassen. Fahrverkehr zwischen den Wohnhäusern gibt es nicht,

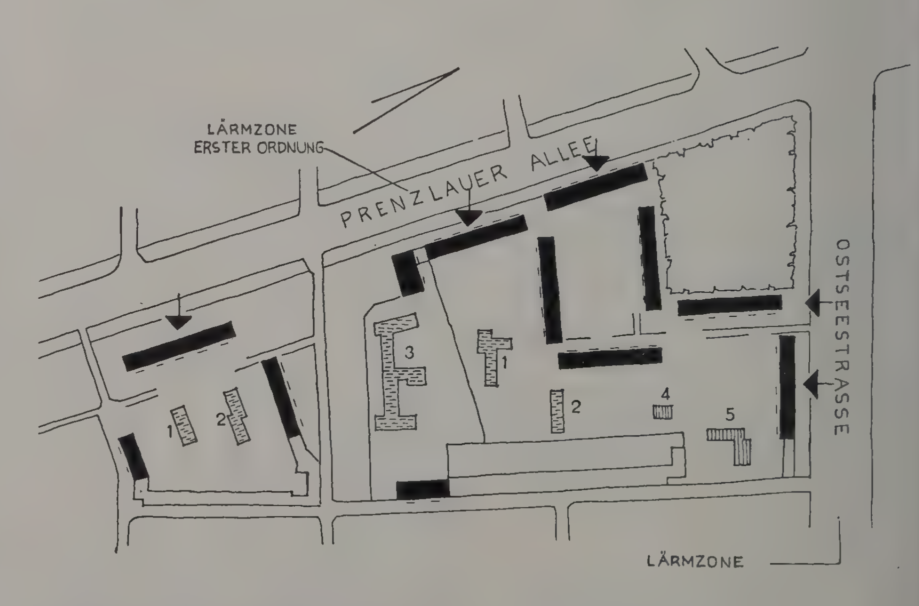
auch nicht den Kraftverkehr ihrer Bewohner!

Abstellplätze für Kraftfahrzeuge befinden sich am Rande der Siedlungen.

Der Lärm von Hauptverkehrsstraßen wird möglichst durch besondere Bauten längs der Straße abgefangen, die mit Läden oder Verwaltungsbetrieben oder anderen weniger lärmempfindlichen Betrieben besetzt werden. Wenn die Errichtung von Wohnungsbauten an Lärmstraßen nicht zu vermeiden ist, wird der Grundriß entsprechend gestaltet, und Wohn- und Schlafzimmer werden auf der dem Lärm abgewendeten Seite angeordnet. Hierbei werden Belichtungsfehler lieber in Kauf genommen als lärmerfüllte Zimmer.

Ein negatives Beispiel sind unsere Neubauten in der Berliner Straße in Pankow.

[2] J. Sadowski und D. Wodzinski, Geräusche der Stadt, „Architektura Warszawa", Heft 12/1955, und „Deutsche Architektur", Heft 2/1960



Neue Wohnungsbauten werden längs und unmittelbar an Hauptverkehrsstraßen errichtet
1 Kinderkrippe — 2 Kindertagesstätte — 3 Feierabendheim — 4 Waschhaus — 5 Heizhaus



Die Prenzlauer Allee hat zwei Fahrdämme und besondere Gleiskörper für die Straßenbahn. Die Wohnzimmer der Blocks sind zur lärmerfüllten Straße hin orientiert und mit großen, schalldurchlässigen Fenstern versehen



Sie liegen unmittelbar an der vielbefahrenen staubigen Ausfallstraße mit mehreren Straßenbahnlinien. Auf der Rückseite (Ostseite) befindet sich ein tiefes Grüngelände. Die Wohnzimmer der Blocks sind mit großen Balkons ausgestattet, die sich jedoch auf der Straßenseite befinden.

Nun ist es im Gebiet einer Großstadt nicht immer einfach, Wohnung und Straße voneinander zu trennen. Es ist auch klar, daß Bauobjekte nicht nur nach akustischen Gesichtspunkten geplant werden können. Es gibt jedoch für das Mindestmaß an Ruhe und Lärmschutz eine bestimmte Grenze, die man nicht unterschreiten darf. Eine Planung, die das dennoch in ständiger Wiederholung tut und laufend schwere, vermeidbare Fehler begeht, ist im Vergleich zum Weltstand rückständig und gegenüber der Bevölkerung rücksichtslos. Dieser Vorwurf muß leider erhoben werden.

Zur Erläuterung greifen wir zwei Beispiele aus dem letzten Baugeschehen in Berlin heraus, die für viele andere stehen können, nämlich die städtebauliche Planung der ersten Bauten in Großplattenbauweise an der Prenzlauer Allee und

die Grundrißlösungen des Blocks 53 an der Stalinallee.

Die Großplattenbauten an der Prenzlauer Allee

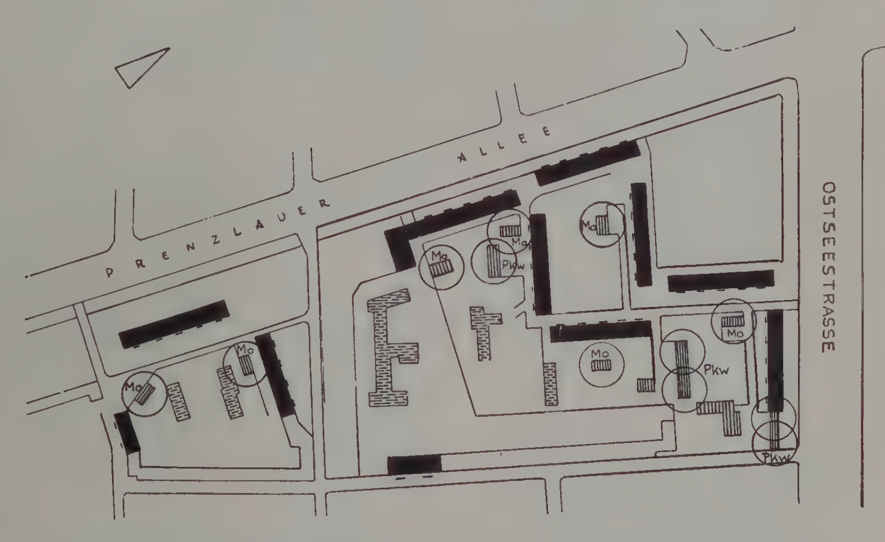
Die Prenzlauer Allee hat stärksten Verkehr und bildet ebenso wie die Ostseestraße eine ausgesprochene Lärmader (Straßenbahn, Omnibusse, viele Lastwagen und Krafträder, an der Ostseestraße Wendeplatz für Omnibusse).

Die ersten Großplattenbauten Berlins wurden in voller Länge ausgerechnet an dieser Straße errichtet.[3] Die mit Pfeilen bezeichneten Bauten sind durchweg durch Außenlärm gestört. Diese Bebauungsart ist typisch für Berlin, leider auch für andere Städte.

Die Grundrißgestaltung nimmt auf die Verkehrslage der Bauten keine Rücksicht. Die Hauptzimmer mit großen, stark schalldurchlässigen Fenstern liegen an der Straßenseite. Andere Häuserzeilen liegen genau umgekehrt, die Belichtung kann also nicht der Grund dafür gewesen sein. Offensichtlich nimmt man an, daß der Berliner auch innerhalb seiner vier Wände den Verkehrslärm nicht entbehren kann.

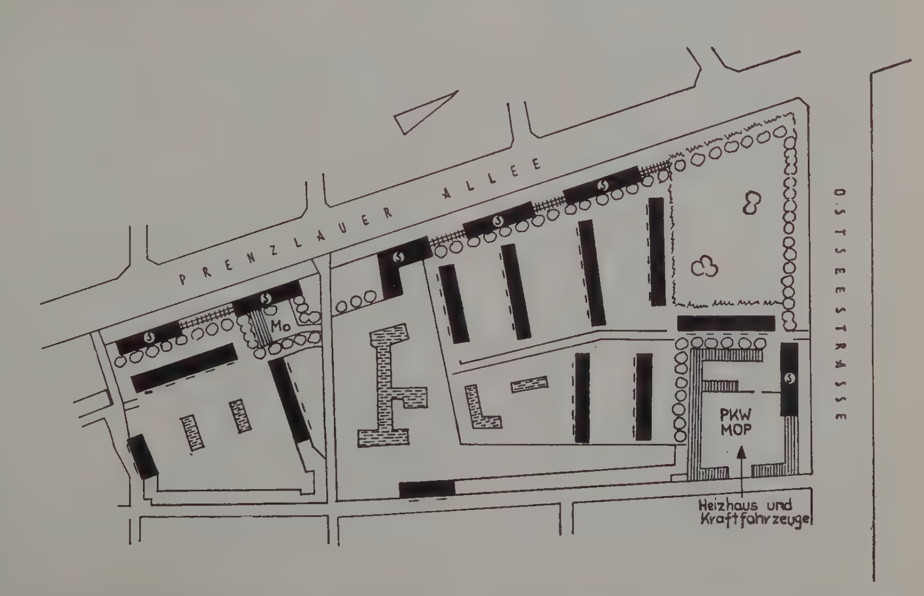
Bei der Aufteilung des rückwärtigen Geländes waren dem Entwerfenden nicht die Hände gebunden. Er soll zwar 400 Menschen auf einem Hektar unterbringen, aber dies ist doch nur ein theoretisch-statistischer Wert. In ausgesprochenen Lärmzonen hat man keine Menschen anzusiedeln!

Wie hat man aber das Gelände aufgeteilt? Fast hinter jedem Häuserblock wurden Garagen oder Unterkünfte für Krafträder und Mopeds angeordnet, zu denen Straßen führen. So wird es ermöglicht, daß knatternde Motorräder nicht nur auf der Straßenseite, sondern auch auf der



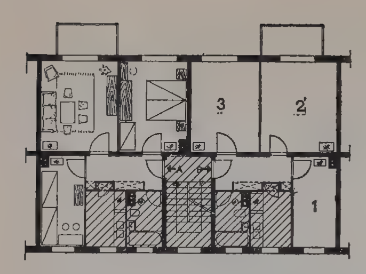
Durch die Anlage von Garagen und Kraftrad-Unterkünften und befahrbaren Straßen wird das Gelände von innen her ebenfalls gestört

Mo = Moped- und Krafträdergaragen
PKW = Garagen für Personenkraftwagen



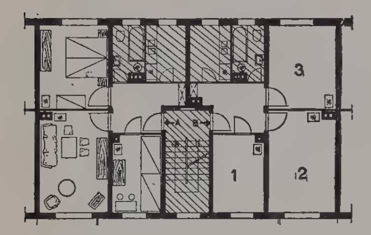
In der Prenzlauer Allee wäre die Anlage eines vor Straßenlärm geschützten, ruhigen Geländes leicht gewesen. Garagen gehören an den äußersten Rand des Geländes

[3] „Deutsche Architektur", Heft 3/1960



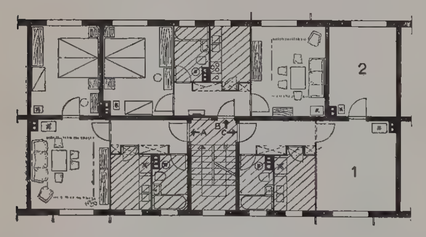
Akustisch guter Grundriß der traditionellen Längswandbauweise. Die Lärmräume bilden eine zusammenhängende Flächeneinheit und gefährden keine wertvollen Wohnräume

1 Kinderzimmer — 2 Wohnzimmer — 3 Schlafzimmer



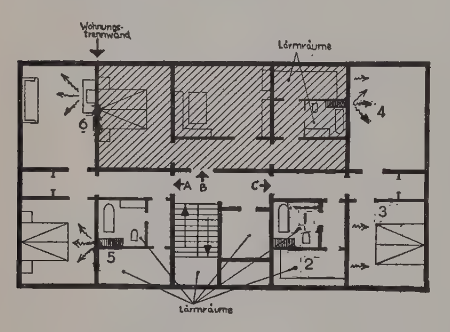
Fehlerhafter Grundriß mit auseinandergerissenen Lärmräumen. An den Schlafzimmerwänden sind Installationsleitungen und -objekte befestigt

1 Kinderzimmer — 2 Wohnzimmer — 3 Schlafzimmer



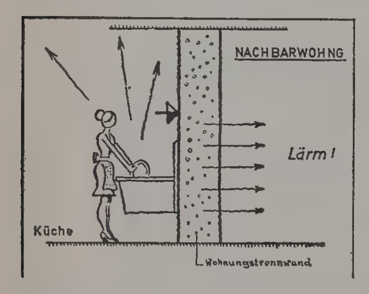
Dreispänner mit akustisch guter Lösung. Die Nachbarschaft des Schlafzimmers der Mittelwohnung zum Flur der linken Wohnung ist unangenehm, aber nicht zu umgehen

1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer



Berliner Grundriß für die Großplattenbauweise mit unangenehmen akustischen Fehlern. Fast alle Schlafzimmer sind lärmgestört, ebenso das Wohnzimmer der rechten Wohnung

1 Bad — 2 Küche — 3 Schlafzimmer — 4 Wohnzimmer — 5 Installationszelle — 6 Fernsehapparat



Auch dicke Wände, die ausreichend Luftschall dämmen, strahlen direkte Erregungen hörbar ab. Deshalb dürfen die Küche oder das Bad nicht neben dem Wohn- oder Schlafzimmer der Nachbarwohnung liegen

Gartenseite dicht an jedem Fenster vorbeirauschen! Was das bedeutet, kann vielleicht nur der ermessen, der erlebt hat, was zwei oder drei jugendliche Mopedfahrer aus der Ruhe eines Geländes machen können.

Diese Planung, so schlecht und rückständig sie ist, gilt anscheinend als Musterbeispiel. Die Neubauten an der Stralauer Allee zum Beispiel werden von der Straße her schon erheblich durch Lärm belastet. Hinter dem ersten Block ist in voller Länge eine Sammelgarage ausgeführt, nur um Straßenbreite von den Wohnungen getrennt.

Das neue „Heinrich-Heine-Viertel" darf nicht vergessen werden. Dem Esprit des Dichters hat man mit dem deprimierend stumpfsinnigen Farbanstrich kaum eine Ehre angetan. Aber eine Lärmquelle oder Durchgangsstraße war nicht in unmittelbarer Nähe der Siedlung. Deshalb wurden mitten in der Siedlung ein Wendeplatz mit zwei Sammelgaragen und ein Waschhaus gebaut und eine dorthin führende Straße angelegt. Die Balkons des benachbarten Wohnblocks — vier übereinander — sind genau zehn Schritte von dem nächstgelegenen Garagentor entfernt. Das höchst bescheidene Maß von 20 m sieht die Deutsche Bauordnung als Mindestmaß vor! Wozu gibt es bei uns eigentlich Baugesetze? Welchen Wert haben die Balkons und die Wohnungen an dieser Stelle, wo sich nun muntere Mopedfahrer sammeln und auch Fahrer von Personenkraftwagen den Motor laufen lassen können, zehn Schritte vom nächsten Fenster entfernt!

Es lohnt nicht, weitere Berliner Baustellen aufzuzählen, denn es ist immer dasselbe:

Unsere Planer sorgen nicht für Ruhe, indem sie Fahrverkehr und Verkehrsstraßen von den Wohnungen fernhalten, sondern sie ziehen Lärm, Staub und Abgase so in die Siedlungen hinein, daß möglichst viele Menschen davon etwas abbekommen.

Derartige Fehler sind von Dauer. Daß sie gegen Bestimmungen der Deutschen Bauakademie und auch der Bauordnung entschieden verstoßen, scheint ganz ohne Belang.

Eine bessere Planung wäre ohne weiteres auch in der Prenzlauer Allee möglich gewesen. Zunächst könnte man längs der vielbefahrenen Allee Abschirmbauten (S) vorsehen. Falls dort unbedingt — es ist zweifellos falsch! — Wohnungen untergebracht werden müssen, so sind alle wertvollen Zimmer nach der anderen Seite zu orientieren. Das Siedlungsgelände selbst aber ist von jedem Verkehr, auch dem der Bewohner, völlig frei zu halten. Dadurch könnten erhebliche Mittel eingespart werden, denn im Ausland kommt man mit befahrbaren Kieswegen aus, warum aber müssen wir überall Rennstrecken aus Asphalt für Moped-Spazierfahrer bauen?

An der Ostseestraße Ecke Syltstraße ist das Heizhaus geplant worden. Hier wäre die richtige Stelle zur Schaffung von Parkplätzen und Garagen. Es ist absolut unnötig und sogar schlecht für alle Beteiligten, wenn jeder Kraftfahrer bis an seine Haustür fährt. Er soll ruhig etwas laufen. Diese Grundsätze hat Kollege Leucht schon im Jahre 1948 in Leipzig auf einer Lärmschutztagung öffentlich gebilligt. Was nützt die gute Theorie, die nicht verwirklicht wird?

Moderne Grundrisse

Der städtebaulichen Planung entspricht die Grundrißgestaltung im Wohnungsbau. Wo akustisch befriedigende Grundrisse geschaffen wurden, ist dies vermutlich „versehentlich" geschehen, denn dieselben Entwurfsplaner entwerfen ebenso leicht Grundrisse mit schwersten Verstößen gegen alle schalltechnischen Vorschriften.

In jeder Wohnung gibt es einerseits Lärmräume und andererseits Räume, die vor Lärm zu schützen sind. Als Lärmräume des Hauses gelten Küchen, Bäder und Treppenhäuser. Einen Schutzanspruch genießen in erster Linie Schlafzimmer, dann Wohn-, Arbeits- und Kinderzimmer. Im Grundriß legt man, wenn der Ruhebedarf der Bewohner berücksichtigt werden soll, die Lärmräume zusammen. Das ist meist möglich. Hier sind die Lärmräume schraffiert, sie bilden eine zusammenhängende Fläche. Dieser Grundriß ist — zufällig — akustisch gut gelungen. Außerdem könnte man ihn für Lärmstraßen verwenden. Die Schlafzimmer sind gut geschützt, falls die Wohnungstrenndecken vorschriftsmäßig ausgeführt werden.

So wird es natürlich nicht immer gemacht. Oft sind die Lärmräume auseinandergerissen. Das Bad liegt neben dem Schlafzimmer, und die Wasserleitungen werden an der Schlafzimmerwand befestigt.

Ein unverzeihlicher Fehler, auch wenn die Wand dick ist!

Wir kennen nur lautlärmende Armaturen und isolieren die Druckleitungen gegen Körperschall grundsätzlich nicht an den Befestigungsstellen, da dies je Schelle etwa 2 Pfennige mehr kosten würde. Deshalb sind derartige Fehler bei uns unerträglich.

Schwierig ist die richtige Anordnung eines Dreispänners. Die Abbildung in der Mitte zeigt einen noch befriedigenden Grundriß. Unangenehm bleibt, daß das Schlafzimmer der Mittelwohnung (B) an den Flur der Wohnung A angrenzt. Der Entwerfende muß also großen Wert auf guten Trittschallschutz aller Flurdecken legen, außerdem müßte die Trennwand mindestens „gut" oder sogar „hochwertig" den Luftschall dämmen. Der Trittschallschutz dieser Neubauten ist jedoch leider durchaus ungenügend und erreicht nicht einmal die Mindestnorm, der Luftschallschutz der Wand kann knapp ausreichen. Ein „guter" Schallschutz müßte ein Luftschallschutzmaß von + 5 dB erreichen, was kaum jemals vorkommt.

Aber dieser Dreispänner wird zur Zeit gar nicht gebaut, sondern der darunter dargestellte. Es ist der modernste Grundriß der Großplattenbauweise, Block 53 der Stalinallee. Er hat leider erhebliche Mängel.

In der linken Wohnung (A) befindet sich die Installationszelle (5) direkt an der Schlafzimmerwand. Die Armaturen dieser Leitungen werden heute noch so gebaut, wie sie vor 80 Jahren entwickelt wurden.

Strömungstechnische Gesichtspunkte beim Leitungsbau kennen wir nicht, es würde niemandem einfallen, etwa ein T-Stück durch einen Bogen zu ersetzen oder die Leitung zur Verlangsamung der Wassersäule zu überdimensionieren oder lärmarme Armaturen einzubauen. Das macht man nur im Ausland. Und deshalb ist dieser Fehler bei uns nicht erträglich.

Wie es dem Schlafsuchenden der Mittelwohnung (B) ergehen wird, wenn sein Nachbar an der gemeinsamen Wand den Fernseher (6) aufgestellt hat, an dem er sich bis tief in die Nacht hinein nun ergötzen will, wollen wir lieber nicht verfolgen. Interessant ist dagegen die rechte Wohnung (C). Hier grenzt das Wohnzimmer sowohl an die Küche als auch an das Bad der Mittelwohnung. Gespräche mit Architekten zeigen, daß die Folgen dieser akustischen Planungsleistung tatsächlich nicht verstanden werden. Fast immer wird gesagt: „Aber es ist doch eine dicke Wand dazwischen!"

Eine „dicke" Wand dämmt — möglicherweise — den Luftschall befriedigend. Bei einer Dicke von 15 cm ist auch dies durchaus fraglich. Wird diese Wand aber nun direkt angestoßen (bei einer Decke nennen wir den Anstoß „Trittschall"!), so strahlt sie recht hörbare Impulse nach der anderen Seite ab, obwohl sie Luftschall ausreichend dämmen mag.

Wenn zum Beispiel eine Frau an einer 25 cm dicken Vollziegelwand (Gewicht mit Putz = 470 kg/m²) abwäscht, Teller absetzt, Gemüse auf dem Tisch mit dem Messer hackt und überhaupt dort arbeitet, so stört das den benachbarten Raum der Fremdwohnung ganz erheblich, wie praktische Beispiele beweisen. Die Störungen sind nicht nur im direkt angrenzenden Raum zu vernehmen, sondern ebenso im Nachbarzimmer, das ebenfalls an die Verlängerung dieser Wand stößt. Aus diesem Grund lehrt jeder Akustiker die verständliche Regel:

Wohn- und Schlafzimmer dürfen auf keinen Fall neben den Küchen und Bädern der Nachbarwohnungen liegen.

Aus den bereits besprochenen Gründen ist dieser Fehler bei uns noch viel folgenschwerer als etwa im Ausland, wo man Gegenmaßnahmen gegen die Störungen einplanen und ausführen würde.

Das Schlafzimmer der rechten Wohnung liegt ebenfalls neben Bad und Küche, wenn auch neben der eigenen. Das ist dennoch recht gefährlich. Es stört ja nicht der Lärm des eigenen Bades, der eigenen Küche! Es stören der (diagonal geleitete) Trittschall der Wohnungen darüber (Pfennigabsätze der Frauen!) und die Leitungsgeräusche der gesamten Anlage in allen Geschossen. Unsere Fußböden haben in Küchen und Bädern überhaupt keinen merkbaren Trittschallschutz. Einen Teppich wird sich hier auch niemand legen lassen. Deshalb ist auch dieser Fehler nicht zulässig.

Der Nutzungswert aller Wohnungen ist also durch die Grundrißgestaltung vermindert worden, besonders stark der der rechten Wohnung. Das ist in Anbetracht der sonstigen Leistungen bedauerlich und sollte verändert werden. Der Fehler wird sehr ernst beurteilt und ist nicht als überkritische Stimme des Verfassers zu bewerten. Zu dem Grundriß haben sich auch einige Experten geäußert.[4]

Professor Dr.-Ing. Reichert, Direktor des Instituts für Elektro- und Bauakustik der Technischen Hochschule Dresden, schrieb: „Ich möchte schärfstens dagegen protestieren, daß immer wieder Projekte genehmigt und ausgeführt werden, bei denen Küchen und Bäder neben Schlaf-, Arbeits- und Kinderzimmern einer benachbarten Wohnung angeordnet werden, wie das hier der Fall ist ... Durch laufende Aufklärung über Lärmbelästigung und damit verbundene gesundheitliche Schäden müßte doch nun auch dem verantwortlichen Architekten endlich einmal klar geworden sein, daß bestimmte bauhygienische Mindestforderungen in unseren Neubauten erfüllt werden müssen, wenn diese zukunftssicher sein und dem Weltstand entsprechen sollen."

Die Experten Dipl.-Ing. Brodhun und Dipl.-Ing. Odin vom Heinrich-Hertz-Institut der Deutschen Akademie der Wissenschaften erklären sich aus gleichen Gründen mit der Planung nicht einverstanden und fahren dann fort: „Es ist uns unverständlich, weshalb ununterbrochen neue Wohnungsgrundrisse entworfen werden müssen, die längst bekannte Fehler enthalten, während man ohne weiteres auf fehlerfreie zurückgreifen könnte."

Diesen beiden Physikern steht noch eine Überraschung bevor, nämlich die neusten Grundrisse der Großplattenbauweise P 2, bei der es keinen einzigen Raum gibt, der nicht zugleich vom Lärm des angrenzenden Treppenhauses und benachbarter Küchen und Bäder bedroht wird.

Dr. Bauer, Leiter der Abteilung Technische Bauhygiene der Deutschen Bauakademie, lehnt den Grundriß Stalinallee wegen „grober Vernachlässigung grundlegender akustischer Bauregeln" ebenfalls ab und fordert, daß die Projektanten bei ihrer Arbeit Fachleute auf dem Gebiet des Schallschutzes befragen sollten, ferner daß die Projekte auf schallschutztechnische Qualität geprüft werden müßten. Deutlich heißt es dann: „Terminliche Engpässe und konstruktiv-statische Belange sind kein Freibrief, sich über die Gesundheit und die sich daraus ergebende Minderung der Arbeitsproduktivität der werktätigen Menschen hinwegzusetzen." Diese Stimmen dürften genügend Gewicht haben, um zu zeigen, daß hier etwas geändert werden muß. Aber wie kommen wir weiter?

Abhilfevorschläge

Die Arbeit auf dem Gebiet des Schallschutzes wird auf drei Wegen vorangetrieben:

1. Zunächst schafft der Physiker die unentbehrliche Grundlagenarbeit. Sie ist in allen wesentlichen Teilen längst vorhanden. Der niedrige Stand des Lärmschutzes in unseren Bauten hat mit dem Physiker nichts zu tun.

2. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Physikers müssen dem Baufachmann „übersetzt", das heißt, sie müssen ausgewertet werden und die Basis für klare technische Bestimmungen und Empfehlungen bilden. Auch diese Arbeit ist seit Jahren geleistet worden, wenn sie auch weiter ergänzt werden muß.

3. Die Einhaltung anerkannter schalltechnischer Richtlinien und Standards muß im Projekt und bei der Ausführung überwacht werden.

Und damit haben wir die schwache Stelle des Lärmschutzes!

Vorschriften und Gesetze sind wertlos, wenn nicht eine mit den nötigen Machtbefugnissen ausgestattete Stelle existiert, die ihre Beachtung notfalls erzwingt. Und diese Stelle fehlt bei uns! Die Staatliche Bauaufsicht erklärt sich dazu nicht imstande. Die Prüfstellen der Projektierungsbüros wie die technischen Kontrollorgane der ausführenden Betriebe haben meist den Kopf mit ganz anderen Sachen voll, und sie beherrschen verständlicherweise die schalltechnischen Belange nicht.

Ehe dieses Problem nicht gelöst ist, hat es keinen Zweck, weitere Richtlinien oder Schallstandards zu erarbeiten. Bis dahin kann jeder — soweit es schalltechnische Belange betrifft — planen und bauen, wie er will. Verstöße gegen Bestimmungen und Baugesetze rügt keine amtliche Stelle.

Die Lösung lärmtechnischer Probleme im Bauwesen liegt also nicht beim Wissenschaftler, beim Physiker oder dem Hygieniker, nicht beim Bearbeiter von Standards, sondern hier ist eine praktisch-organisatorische Frage von erheblicher Bedeutung zu beantworten:

Wer kontrolliert verantwortlich Projekte für Berlin und für die Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik auf Schallschutz?

Bis heute steht eine befriedigende Antwort aus. Darunter leidet der Bewohner unserer Häuser, in dessen Auftrag und mit dessen Geld wir bauen und der nun Umfrage hält, ob nicht irgendwo eine Altbauwohnung frei wird. Er landet schließlich beim Arzt, bei dem er zwar Verständnis findet, aber keine ruhige Wohnung. Deshalb abschließend ein paar Worte des bekannten Arbeitshygienikers Professor Dr. med. habil. Holstein, Prorektor der Akademie für Sozialhygiene, Arbeitshygiene und Ärztliche Fortbildung, aus einem Brief des Vorjahres zu diesem Problem:

„Es geschehen (in Berlin — der Verfasser) Bausünden, die über mehrere Menschenalter hinaus unverändert sind . . . Ich verweise darauf, daß die Gesundheitsschäden durch Lärm nicht allein in den Schädigungen des Ohres selbst . . . gelegen sind, sondern schwere Auswirkungen auf das unserem Willen nicht unterwortene Nervensystem haben und damit die Ursache erheblicher Erkrankungszustände werden nicht nur allgemein nervöser Art, sondern teilweise hinein in die Funktionen des Herz-Kreislauf-Systems und des Magen-Darms, bis zur vermehrten Geschwürbildung.

Besonders wichtig ist der durch Lärm gestörte Schlaf. Der Mensch kann nur durch geregelten Schlaf entmüden und seinen Körper voll in die Ausgangslage bringen, um unvermindert und für die Dauer ohne Schaden Arbeit leisten zu können. Die Gesamtfrage ist außerordentlich ernst, da sie die Produktivität erheblich berührt und von sehr bedeutungsvollem Einfluß auf den Krankenstand und die Gesundheit der Bevölkerung gemeinhin ist."

Soweit der Mediziner. Wie vermeiden wir diese Vorwürfe und die erwähnten Bausünden in Zukunft?

[4] W. Bauer und G. Langner, Zum Lärmschutz und zu den bauakustischen Belangen bei der Projektierung von Wohnbauten, September 1960

Ein Blick in die Zukunft

Die alte traditionelle Architektur basierte überwiegend auf der Verwendung von Stein. Der Stein kann mit Druckkräften beansprucht werden, er ist aber für Zug- und Biegebelastungen wenig geeignet. Diese Eigenschaften bestimmten den Charakter und die Form der Baukonstruktionen. Sie mußten so angelegt werden, daß hauptsächlich Druckkräfte wirksam wurden.

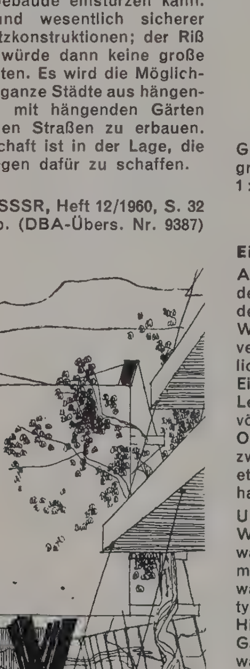
Heute werden in ständig steigendem Maße neue, verschiedenartige Baustoffe entwickelt. Einen bedeutsamen Platz nehmen hierbei die Plaste ein, die um ein Vielfaches leichter sind als die traditionellen Baustoffe und eine erheblich größere Festigkeit als diese aufweisen. Die Wissenschaft bestätigt die Möglichkeit, neue Baustoffe zu entwickeln, deren Festigkeit die der zur Zeit in der Technik angewandten Metalle um das Zehnfache übersteigt. Durch verbesserte Fertigungsverfahren können bei verschiedenen traditionellen Baustoffen eine erhebliche Gewichtsminderung und eine wesentliche Steigerung der Festigkeit erreicht werden.

Diese neu entwickelten oder verbesserten Baustoffe, deren Eigenschaften sich sehr wesentlich von denen der traditionellen Baustoffe unterscheiden, erfordern neue Konstruktionsformen, die zu einer neuen architektonischen Gestaltung führen. In dem vorliegenden Beitrag wird versucht, an Hand der sich heute schon abzeichnenden Entwicklungstendenzen in der Baustoffproduktion die Richtung anzudeuten, die von den Ingenieuren und Architekten eingeschlagen werden muß, um die in den neuen Baustoffen sich bietenden Möglichkeiten möglichst rationell ausschöpfen zu können.

Es wird angeführt, daß durch die hohe Festigkeit und Leichtigkeit der neuen Baustoffe die Konstruktionselemente mit wenig Materialaufwand hergestellt werden können, wenn sie nicht Druckkräften ausgesetzt werden, da sie nur eine sehr geringe Knickfestigkeit aufweisen. Da die neuen Baustoffe eine sehr hohe Zugfestigkeit besitzen — ein Kunststoffaden von einem Quadratmillimeter Querschnitt kann die Last von 300 Kilogramm tragen —, suchen die Fachleute nach Möglichkeiten, in den Konstruktionen die Druckkräfte zu vermeiden und sie durch Zugkräfte zu ersetzen.

Die günstigsten Lösungen werden in dem Seilkonstruktionssystem gesehen; hier werden die Druckkräfte in den mächtigen Stützpunkten konzentriert und die Zugkräfte von den Seilen übernommen. Es wird versucht, an der Konstruktion eines „hängenden Hauses" die großen Vorteile dieser neuen Bauweise darzulegen. Die Tragekonstruktion, die aus starren Stützen besteht, kann mit einfachen Winden aufgestellt werden. Die Stützen werden dann durch Seile miteinander verbunden. Diese Stützen können als Auflager für einfache Hebewerkzeuge benutzt werden, mit denen die Deckenplatten und die Wandelemente hochgezogen werden. Die Decken- und Wandteile hängen an den Seilen; sie sind daher keinen Druckbelastungen ausgesetzt. Als Dämmstoffe für die sehr dünnen Wandelemente können Glaswatte und Mineralfilz benutzt werden. Die Grundrißlösung eines solchen Gebäudes ist sehr variabel. Der Autor erwähnt einige Schwierigkeiten dieser neuen Konstruktionen, deren Lösung heute noch nicht ganz befriedigt. Die Seile, vor allem Kunststoffseile, sind feuerempfindlich. Es ist möglich, die Decken nicht an Seilen, sondern an wassergefüllten Rohren aufzuhängen, die gleichzeitig auch als Heizung verwendet werden können. Ein beträchtlicher Nachteil der Seilkonstruktion besteht darin, daß bei dem Riß eines Seiles das Gebäude einstürzen kann. Rationeller und wesentlich sicherer wären Seilnetzkonstruktionen; der Riß eines Seiles würde dann keine große Gefahr bedeuten. Es wird die Möglichkeit gesehen, ganze Städte aus hängenden Häusern mit hängenden Gärten und hängenden Straßen zu erbauen. Die Wissenschaft ist in der Lage, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Architektura SSSR, Heft 12/1960, S. 32 bis 35, 6 Abb. (DBA-Übers. Nr. 9387)



Vorstellung eines Wohnviertels aus „hängenden" Häusern

Die Satellitenstädte Leningrads

Im Rahmen des Siebenjahrplanes ist für Leningrad der Bau einiger Satellitenstädte vorgesehen, die in einer Entfernung von 50 bis 80 Kilometer um Leningrad liegen werden, wobei schon bestehende Ortschaften, mit und ohne Industrie, einbezogen werden. Die besondere Situation dieser Ortschaften wird berücksichtigt. Die Satellitenstädte werden 50000 bis 80000 Einwohner umfassen, ein eigenes gesellschaftliches und kulturelles Zentrum und ein bis zwei Industriebezirke erhalten. Besonderes Augenmerk wird auf schnelle Verkehrsverbindungen zu den Industriebezirken und zur Stadt Leningrad gelegt.

Architektura SSSR, Heft 12/1960, S. 16 bis 19, 3 Abb.

Punkthaus mit Innentreppe

Im Institut für Experimentalbauten der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR wurde ein neungeschossiges Hochhaus mit quadratischem Grundriß entwickelt, bei dem eine Verringerung des Baugewichtes, Verkürzung der Montagezeit und Senkung des Materialaufwandes angestrebt werden.

Die vier Wohnungen pro Geschoß sind von einer L-förmigen Innentreppe zu erreichen. Die Wohnungen sind ökonomisch in ihren Größenabmessungen — die Größe der Zimmer beträgt 18 m² und 11 m² — und funktionell gut gelöst. Für den Innenausbau wurden neue Baustoffe, vorzugsweise Plaste, angewandt.

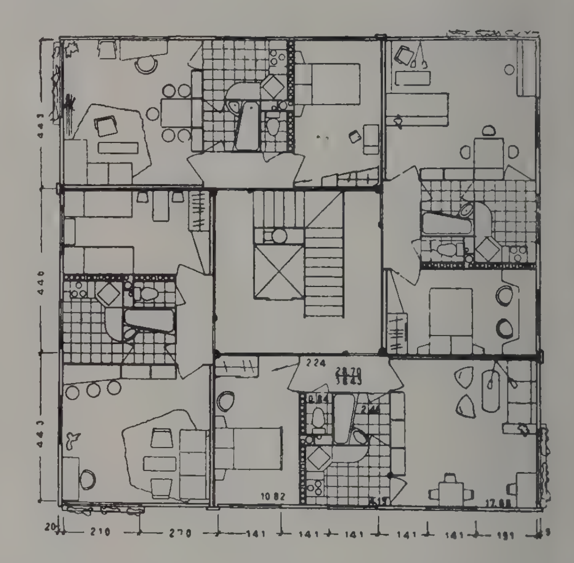
Die tragenden Konstruktionen wurden aus hochwertigen Baustoffen hergestellt und mit einem Minimum an Druck- und einem Maximum an Zug- und Biegekräften belastet.

Dünnwandige Platten werden vertikal um einen quadratischen Schacht (Treppenanlage und Fahrstuhl) angeordnet. Diese tragenden vertikalen Platten übertragen die Lasten auf das quadratische Mittelstück, von wo sie an vier Punkten in das Fundament weitergeleitet werden. Die Deckenplatten liegen an den Innenseiten auf den vertikalen Platten auf und sind an den Außenseiten an Trossen aufgehängt. Im Dachgeschoß werden die Kräfte über die Trossen und konsolartig angeordnete Balken auf das Mittelstück übertragen.

Die Deckenplatten sind aus Stahlbeton, zweischalig und in Zimmergröße ausgebildet. Die Fassade besteht aus Aluminiumverkleidung mit guten wärmedämmenden Eigenschaften.

Der Beton- und Stahlverbrauch ist nur halb so groß wie bei den modernsten Großplattenhäusern. Das Gewicht pro Quadratmeter Wohnfläche beträgt 550 kg gegenüber dem gegenwärtigen Durchschnitt von 950 kg/m². Zum Bau des Punkthauses wird nur eine geringe Anzahl von großflächigen Stahlbeton-Fertigteilen benötigt. Mit dieser einen Sektion lassen sich die verschiedensten Varianten errichten.

Architektura SSSR, Heft 11/1960, S. 59 bis 62



Geschoß-grundriß 1 : 200

Eine neue Etappe im Städtebau

Ausgehend von der großen Aufgabe der Leningrader Städtebauer, bis Ende des Siebenjahrplanes jährlich 43 000 Wohnungen zu errichten, werden hier verschiedene spezifische städtebauliche Probleme Leningrads behandelt. Ein besonderes Problem besteht in Leningrad in der Verteilung der Bevölkerung innerhalb der Stadtgrenzen. Obwohl 2000 ha Land für Bebauungszwecke trockengelegt werden, müssen etwa 25 Prozent der Bevölkerung außerhalb der Stadt untergebracht werden.

Um Leningrad herum entstehen große Waldgürtel und Grünzonen. Gegenwärtig werden in Leningrad Experimentalbauten errichtet, die nach Bewährung in der Praxis die Wohnbautypen von morgen darstellen werden. Hierbei werden neue Baustoffe (Plaste, Gasbetonblöcke und so weiter) angewandt und erprobt, neue Baumethoden (Raumzellen, große Spannweiten) und neue funktionelle Lösungen entwickelt (variable Grundrisse, zweigeschossige Wohnungen in mehrgeschossigen Bauten und anderes).

Für Kultur-, gesellschaftliche und Versorgungsbauten wurden unifizierte Konstruktionselemente in Stahlbeton-Skelettbauweise entwickelt.

Die Industrialisierung und die Anwendung der neuen Technik ermöglichen es, in der Planung neue Gestaltungsprinzipien einzuführen. Bei der Planung werden die Verbindung zum Meer und die städtebauliche Akzentuierung der großen Einfahrtsstraßen nach Leningrad besonders berücksichtigt.

Im Artikel werden an Hand einiger Großbaustellen die umfangreichen neuen Wohnbauvorhaben Leningrads erläutert.

Architektura SSSR, Heft 11/1960, S. 7 bis 12, 2 Abb.

Ein neuer Wohnbezirk in Prag

Die Stadt Prag erhält im Fünfjahrplan (1960 bis 1965) einen neuen Wohnbezirk. Er wird im Osten der Stadt errichtet und soll 30000 Einwohner aufnehmen. Die Verkehrsverbindungen zum Stadtzentrum werden durch Autobusse und elektrische Bahnen hergestellt; zum Erholungsgebiet ist eine Schnellverbindung geplant.

Der Wohnbezirk, der den Charakter einer Satellitenstadt haben wird, erhält ein eigenes Zentrum mit allen notwendigen öffentlichen und kulturellen Bauten und Folgeeinrichtungen. Ein Kulturpalast, drei große Kinos, Sporthallen, Warenhäuser und Dienstleistungsbetriebe sind vorgesehen.

Außerdem sollen Polikliniken, ein Krankenhaus, Internate und Kinderkrippen errichtet werden.

Alle Bauten des Wohnbezirks werden in Großplattenbauweise errichtet.

Československy architekt, Nr. 25 vom 22. 12. 1960

Die Zentrale Wissenschaftliche Bauinformation der Deutschen Bauakademie, Berlin C 2, Wallstraße 27, Fernruf 2093734 und 2094151 erteilt Auskunft in allen Fragen des Bauwesens. Der Lesesaal ist werktags (außer sonnabends) von 9.00 bis 17.00 Uhr, mittwochs bis 20.00 Uhr geöffnet.

Zu unseren Details

Leichtkonstruktion der Außenwand beim Experimentalbau Q 6b in Leipzig

Bearbeiter:
Bauingenieur Herbert Grothe
Deutsche Bauakademie, Institut für Technologie der Bauproduktion

Die leichte Außenwandplatte besteht aus dem Fenster und dem unten anhängenden Brüstungsfeld. Die seitlichen Rahmenhölzer des Fensters sind nach unten verlängert und vereinigen sich mit dem an der unteren Seite des Brüstungsfeldes befindlichen Kantholz zu einem Rahmen aus Holz, der die Tragkonstruktion bildet. Das Brüstungsfeld selbst besteht aus verschiedenen Schichten von Leichtbaumaterialien, die entsprechend der vorhandenen Materialien und dem erforderlichen Wärmedurchlaßwiderstand ausgewählt wurden. Im einzelnen setzt sich der Querschnitt folgendermaßen zusammen: Die innere Deckschicht bildet eine 23 mm dicke Güstrower Wabenplatte, die mit einer 4-mm-Hartfaserplatte verbunden wurde. Dazwischen befindet sich die Dampfsperre.

Weiterhin besteht der Querschnitt aus 30 mm Piatherm, welches von außen durch eine 20 mm dicke Holzspanplatte und 4 mm Glakresit geschützt wird.

Das Fenster wurde als Verbundfenster ausgebildet und besteht aus einem großen Flügel, der mit Kippdrehbeschlag versehen wurde, und einem kleinen Flügel mit einfachem Beschlag und Lüftungsklappe. Diese Aufteilung war erforderlich, da dieses Fenster sowohl für Küche—Bad als auch für das Wohnzimmer geeignet sein sollte. Deshalb war für den gesamten Bau nur ein Typ erforderlich. Das Fenster wurde zusammen mit dem Brüstungsfeld von einer Produktionsgenossenschaft des Handwerks in Einzelfertigung hergestellt. Die Platten wurden zusammen mit den Betonblöcken vom Kran montiert.

Im Bauwerk ist die Platte so eingebaut, daß sie nicht belastet werden kann. Das wurde dadurch erreicht, daß die gesamte Längsaußenwand nicht in das Bauwerk eingebunden und der Ringanker entgegen den gültigen Richtlinien für die Großblockbauweise nicht im Schnittpunkt zwischen Wand und Decke, sondern an der Innenseite der Außenwand in der Decke angeordnet wurde. Zu diesem Zweck ist das letzte Deckenelement an der einen Seite trogförmig ausgespart worden. Diese Aussparung liegt in der Fertigungsrichtung des Gleitfertigers, so daß dieses Teil auch mit dem Gleitfertiger hergestellt werden kann. Die Betonblöcke der Außenwand werden jeweils in Deckenhöhe durch eingelegte Flachstahlanker gehalten, die einerseits in die Lagerfugen der Blöcke und andererseits in den Ringanker über der tragenden Querwand eingreifen. Das Einlegen dieser Flachstahlanker war bisher nicht notwendig, weil der Ortbetonringanker mit auf der Außenwand zu liegen kam. Durch die Reibung des Ortbetons mit den Fertigteilen wurde ein Ablösen der Außenwand verhindert. Die Leichtwandplatten selbst wurden so zwischen die mit Anschlägen versehenen Betonpfeiler gestellt, daß sie nach der Befestigung mit den Pfeilerblöcken innen bündig saßen. So konnten über dem Fenster die Fertigteile der Rohdecke bis an die Leichtwandplatten herangelegt werden. Die Montage der Platten erfolgte erst, nachdem alle Betonteile des Geschosses, außer der Randdeckenplatte, montiert waren. Die Befestigung der Platten wurde folgendermaßen erreicht:

In den trogförmigen Aussparungen der Deckenrandplatte des unteren Geschosses wurden sogenannte Flachstahlschuhe eingehangen, die beim Ausgießen des Ringankers mit einbetoniert wurden. In diese Schuhe setzte man die Leichtwandplatte bei der Montage ab. Dadurch konnte ihr Eigengewicht in jedem Geschoß auf die Decke übertragen werden. Damit wird zugleich eine Summierung von Toleranzen durch Wachsen der Geschosse ausgeschaltet, weil der Abstand zwischen tiefster Biegung des Schuhes und Oberkante Rohdecke immer gleich bleibt. Die Befestigung an den Betonpfeilern ist dadurch erreicht worden, daß die Platte nach der Montage der oberen Deckenwandplatte gegen die Anschläge der Betonpfeiler gedrückt wurde. So ist die ganze Leichtwandplatte zwischen den Anschlägen der Pfeilerblöcke und der Decke eingekeilt. In der Lagerfuge der zweiten Schicht wurde bei der Montage der Blöcke eine Steinschraube eingelegt, die als zusätzliche Befestigung in halber Geschoßhöhe diente. Nachdem der Mörtel in den Lagerfugen der Blöcke abgebunden hatte, konnte die Dichtung der Platten erfolgen. Dies wurde durch Anziehen der Steinschraube und Keilen in Höhe der Geschoßdecke erreicht. Als Dichtungsmaterial zwischen Block und Platte verwendete man Moosgummischnüre mit einem Durchmesser von 20 mm (besser Gummischlauch), die bereits in der Vorfertigung an den Rändern der Leichtwandplatte befestigt worden waren und, nun an den Betonanschlag gepreßt, die Dichtung herstellen sollten. Bei der Erprobung hat es sich gezeigt, daß die Fertigungs- und Montagetoleranzen für den gewählten Durchmesser noch zu groß waren und die Platten noch nachträglich verstopft werden mußten. Die Abdeckung der seitlichen Fugen zwischen Platte und Block erfolgte durch eine entsprechende Verleistung.

Die Gardinenbefestigung mußte in anderer Form als bisher durchgeführt werden, da in der leichten Außenwandplatte nur soviel Sturz vorhanden war, wie das obere Rahmenholz des Fensters ausmachte. Dadurch wurde ein sehr günstiger Lichteinfall erzielt, die Befestigung der Gardinen aber mußte an der Decke erfolgen. Zu diesem Zweck mußten mit dem Bolzenschußgerät Dübel in die Rohdecke geschossen werden, an denen die Rollschienen und die Deckleiste für die Gardinen angebracht werden konnten. Da diese Befestigung für Laien nicht so einfach ist, wurden die entsprechenden Materialien vom Baubetrieb geliefert.

Wie aus den Skizzen auf dem Detailblatt Nr. 205 ersichtlich ist, entsteht durch die innere Bündigkeit der Leichtwandplatten mit den seitlichen Betonblöcken außen ein verhältnismäßig tiefer Anschlag von 23 cm. Dieser Anschlag tritt in der ganzen Höhe des Gebäudes ohne Unterbrechung hervor. Um diese für ein Wohnhaus unangenehme Pfeilerwirkung auszuschalten, wurden an die Brüstungsfelder der Leichtwandplatten hohle Kästen mit einer Melacartverkleidung angehangen. Sie hatten außerdem die Aufgabe, den horizontalen Überdeckungsstoß der übereinanderstehenden Leichtwandplatten gegen Schlagregen zu schützen. Außerdem war dieser Brüstungskasten für die Aufnahme einer Sonnenjalousie vorgesehen, die in die untere Aussparung eingebaut werden sollte, was aber nicht zur Ausführung kam.

Sämtliche Brüstungskästen wurden nach der Montage des Gebäudes vom Gerüst aus montiert, um die hochwertige Verkleidung während des Bauens nicht zu beschädigen. Die Befestigung an den Leichtwandplatten erfolgte durch einfache Betthaken, die in den Rahmenhölzern des Kastens und auch der Platte eingelassen waren, so daß die Kästen eingehangen werden konnten.

Um unnötige Dichtungsarbeiten zu vermeiden, ist der Kasten nicht mit den Betonpfeilern verbunden. Das Wasser kann praktisch seitlich unter den Kästen ablaufen. Unter dem Wetterschenkel wurde jedoch die übliche Abdeckfolie vorgesehen, damit an dieser Stelle das Regenwasser über den Kasten abgeleitet werden kann.

Großflächige Betondachplatten „Hamad V" auf dem Experimentalbau Q 6b in Leipzig

Bearbeiter:
Bauingenieur Herbert Grothe
Deutsche Bauakademie, Institut für Technologie der Bauproduktion

Diese Dachkonstruktion ist eine Entwicklung des VEB Hochbauprojektierung Halle. Die eigentliche Beschreibung des Daches, der Technologie der Fertigung, der statischen Konstruktion und so weiter wird in einer besonderen Veröffentlichung des Dachkonstrukteurs erfolgen. Hier soll nur im Zusammenhang mit dem Experimentalbau Q 6b auf die wichtigsten Details hingewiesen werden.

Die Dachkonstruktion „Hamad V" stellt praktisch eine Weiterentwicklung von verschiedenen, bereits erprobten Konstruktionen dar und ist für die Kranmontage in der Gewichtsklasse 750 kp geeignet. Sie besteht beim Experimentalbau Q 6b aus schlaffbewehrten Stahlbeton-Kassettenplatten, die als Dreigelenkrahmen auf die oberste Geschoßdecke aufgesetzt werden.

Durch die besondere Konstruktion der Außenlängswand mußte die Dachkonstruktion so ausgebildet werden, daß die Leichtwandplatten nicht belastet werden. Deshalb mußten die Widerlagsbalken über dem Bereich der Leichtwandplatten die Funktion eines Sturzes übernehmen. Dies machte keine Schwierigkeiten, weil dieser Balken von Achse Querwand zu Achse Querwand aus einem durchgehenden Teil bestand. Die Stöße wurden überlappt und mit Laschen verschraubt. Die Zugbänder der Dreigelenkkonstruktion wurden flach über die Rohdecke geführt und jeweils in Aussparungen der paarweise gegenüberliegenden Widerlagsbalken von außen verschraubt. Beim Fertigstellen des Fußbodens wurden die Zugbänder nach dem Einbringen der Dämmschicht auf dem Dachboden mit in den Ausgleichestrich einbetoniert.

Die Konstruktion der Dachplatten ist so gewählt, daß die Spiegel der Kassette über die eigentlichen Tragrippen hinausragen. Dadurch war es möglich, die Platten am Widerlager auf die Tragrippen aufzuklauen und trotzdem die eigentliche Dachhaut bis über die Außenwand hinauszuführen. Ein profiliertes Gesims erübrigt sich somit. Im Firstpunkt konnten die Dachplatten einfach zusammengestellt werden. Als Drehpunkt diente ein Hartholzstab, der während der Montage eingelegt wurde. Für die Abdeckung der Plattenstöße am First waren besondere Firstkappen erforderlich. Bei diesen wurde an den Stößen eine PVC-Folie untergelegt.

Durch eine bestimmte Profilierung der Plattenkanten an den seitlichen Längsrippen wurde die notwendige gegenseitige Überdeckung der Platten erreicht. Jeweils an den Giebelwänden wurden besondere Ortbalken benötigt, die den Wandquerschnitt abdeckten und die Differenz zum Raster des Baues bildeten. Entsprechend der Verlegerichtung wiesen sie an der einen Seite das Randprofil der Kassettenplatten auf. Die Verlegung der letzten Balken mußte von der bereits montierten Dachfläche aus erfolgen.

Die einzelnen Dachplatten werden ohne Vermörtelung verlegt, damit sich die gesamte Dachkonstruktion ohne Behinderung bewegen kann. Das anfallende Regenwasser läuft an den Stößen in der Rinne der einen Platte ab. Die Regenrinne wird an der Traufe an Dübeln befestigt, die bei der Fertigung eingelegt wurden. Die Lage der Rinne ist so festgelegt, daß sowohl das Wasser vom Spiegel der Platte als auch aus den Stößen aufgefangen werden kann.

Schornsteinaussparungen werden zwischen zwei Queraussteifungsrippen im Spiegel der Platten vorgesehen. Die Anzahl der Rauchrohre für einen Schornstein muß auf drei begrenzt werden, weil der Platz zwischen den Längsrippen sonst nicht ausreicht. Bei der Fertigung der Elemente wird an den Aussparungen ein Verstärkungskranz aufbetoniert. Dieser ist zugleich für eine einwandfreie Dichtung des Daches an dieser Stelle von Bedeutung. Besondere Schwierigkeiten bereitet bei der Dachkonstruktion aus großflächigen Betonelementen die Befestigung der Laufbohlen für den Schornsteinfeger. Beim Leipziger Experimentalbau war dafür ein ziemlich kompliziertes Traggerüst aus Bandstahl erforderlich. Wie aus dem Schnitt durch das Dach auf Detailblatt Nr. 206 ersichtlich ist, wurde es am First unter den Abdeckkappen in den Plattenstoß eingehangen und stützte sich auf der anderen Seite auf die Schornsteinköpfe ab. Dieses Traggerüst für die Laufbohlenbefestigung muß durch Feuerverzinkung oder Einbrennlack vor Korrosion geschützt werden. Auf gute Ausführung muß dabei besonders geachtet werden, weil sonst bald unangenehme Rostfahnen die helle Betonfläche des Daches verunzieren.

Abschließend sollen noch die gute Montageeignung des Daches und die relativ gute Qualität der Fertigteile unterstrichen werden, die auch bei der Montagebrigade der Bau-Union Leipzig Anerkennung fanden. Bei der weiteren Entwicklung und Vervollkommnung der Hamad-Dachkonstruktion ist auf die etwas stabilere Ausbildung des Überdeckungsprofiles Wert zu legen, ansonsten hat sich diese Art der Konstruktion durchaus bewährt.

Hallenradrennbahn in industrieller Bauweise

Architekt BDA Eitel Jackowski

Mitarbeiter:

Architekt BDA Günter Nichtitz

Bauingenieur KdT Erich Raßbach

VEB Hochbau- und Messeprojektierung Leipzig

Seitdem sich der Radsport auf die Rennpiste einstellte, ist die Konstruktion von Radrennpisten umstritten und problematisch, wobei jedoch bei allen bisher gebauten Rennpisten die gleichen Prinzipien angewendet wurden. Ausgehend von den Rennsportdisziplinen, die im Laufe der Entwicklung vielseitiger und schneller wurden, mußte der Konstrukteur unter Wahrnahme aller sportlichen Belange ein maximal hohes Maß an Fahrsicherheit erzielen. Zum anderen mußte der Bahnkonstrukteur vom Stand der Bautechnik ausgehen, um den vielseitigen Ansprüchen an eine gute Fahrbahn gerecht zu werden.

Außerdem mußte die Forderung des Veranstalters nach einer flexiblen Hallenrennbahn erfüllt werden. Um eine vielseitige Benutzung der Sporthalle zu ermöglichen, muß die Bahn kurzfristig ein- beziehungsweise ausgebaut werden können. Entsprechende Ansprüche mußten an den Baustoff gestellt werden, denen bisher nur Holz (Lärche oder Kiefer in besten Güteklassen) gerecht wurde. Demzufolge entstanden fast immer Zimmermannskonstruktionen.

Die vielseitigen Bearbeitungsmöglichkeiten gestatteten es, die unregelmäßige Konstruktion der Rundbahn am ehesten auszuführen und die Schwierigkeiten zu überwinden.

So wurde nach 1955 für Leipzig nach dem Vorbild der Radrennbahn in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin eine Bahn in Zimmermannskonstruktion geplant, die jedoch infolge des enormen Holzverbrauches nicht zur Ausführung gelangen konnte.

Da Holztafeln als Fahrbahnbelag verlegt wurden, konnte diese Konstruktion nicht zu idealen Fahreigenschaften führen, die Voraussetzung für sportliche Höchstleistungen und größtmögliche Sicherheit sind. Abgesehen von Verbolzungen, durch die der Plattenbelag befestigt und die Oberfläche beeinträchtigt wird, führte diese Bauweise zu einem leichten Klappern der Bahn, wodurch sich Nebenschwingungen ergaben. Da eine derartige Plattenkonstruktion in den Kurven wegen des entstehenden verkrümmten Vielecks nicht durchführbar ist, wurden bisher an diesen Stellen Holzplatten auf Holzbindern einzeln aufgenagelt. Dieses Verfahren befriedigte bis jetzt die fahrtechnischen Belange, berücksichtigte jedoch nicht, daß Holz ein Mangelbaustoff ist, der hierbei infolge Vernagelung unter Verbiegung in zwei Ebenen durch Abhobeln einem starken Verschleiß ausgesetzt ist. Weitere sich daraus ergebende Nachteile — wie Hochheben der Kurvenböcke durch Spannung des Pistenbelages, schlechte Stapelung des verzogenen Lattenmaterials nach dem Abbau, immer wiederkehrendes Abrichten der Piste nach dem Wiederaufbau und Zernagelung der Bockobergurte — sind leicht erkennbar.

Die Mängel der bisherigen Konstruktionen veranlaßten den Verfasser, bei der neuen Hallenradrennbahn in Leipzig von anderen möglichen Konstruktionen auszugehen. Es gelang trotz der Unregelmäßigkeit der Konstruktionselemente, den eigentlichen Fertigungsprozeß in die Werkstatt zu verlegen. Die industrielle Vorfertigung in einem Holzbaubetrieb, dem VEB Holzbauwerke Klingenthal/Vogtland, ermöglichte es, die Bauelemente der Böcke und des Belages soweit vorzufertigen, daß dem Montagebetrieb außer dem Aufbau nur noch die Modellvorarbeiten verblieben.

Im Herstellerwerk wurden insgesamt 300 m³ Holz für den Unter- und Oberbau aufstell- und verlegefertig bearbeitet, so daß es seinen Produktionsprozeß entsprechend industrialisieren konnte. Außerdem wurden in genossenschaftlicher Arbeit 22 t Kleineisenzeug gefertigt, die den gleichen Industrialisierungsmaßnahmen unterlagen. Wenn auch der Bau von Hallenradrennbahnen immer ein Einzelfall bleibt, so wurde mit der Konstruktion der Bündelbauweise erstmalig der Weg zu einer industriellen Vorfertigung von Hallenradrennbahnen in beliebigen Größen gefunden.

Zum Einbau in Sporthallen oder anderen zweckentsprechenden Hallen gelangen Holzpisten in den Längen von 166,66 m oder 200,00 m beziehungsweise alle Pistenmaße ab 166,66 m, die in ihrer Halb- oder Vollrundenzahl durch 1000 m teilbar sind. Die Rennpiste wird entsprechend den Vorschriften der „Union Cycliste Internationale Paris" auf einen Abstand von 200 m ab Bahninnenkante gemessen. Die Fahrbahn soll 7 m breit sein, da diese Breite zweifaches Überholen mit Stehermaschinen gleichzeitig zuläßt. Die untere Ausrundung einschließlich Teppich beträgt 2 m und die Höhe der Bande mindestens 1 m, so daß insgesamt 10 m Belagbreite erforderlich sind. Je nach den Radien der Piste, die mindestens 7 m betragen müssen, und der Gesamtlänge der Bahn ergibt sich unter Zugrundelegung der entstehenden Fliehkräfte die maximale Kurvenneigung und die maximale Geschwindigkeit. Entsprechend der zu fahrenden Geschwindigkeiten und der zu verwendenden Stehermaschinen sind unter Berücksichtigung eines Stoßzuschlages von 40 Prozent die Holzquerschnitte zu ermitteln. Nach diesen Gesichtspunkten wurde die neue Leipziger Hallenradrennbahn mit einer Länge von 166,66 m gefertigt. Die Neigung der Kurven beträgt 49° bei einem Kurvenradius von 9 m. Die Bahn läßt eine Maximalgeschwindigkeit von 64 km/h zu. Die gerade Strecke beträgt 36,28 m, wovon 28,28 m als tatsächliche gerade Strecke unter 12° Neigung ausgelegt werden. Die jeweiligen Endfelder in einer Länge von 4 m werden als Übergänge betrachtet. Die Kurve selbst muß weich sein, indem sie sich parabolisch nach innen krümmt und den Höhenübergang zur eigentlichen Steilkurve bildet. Entsprechend der auftretenden Belastung ist es erforderlich, den Belag in den Geraden und Übergängen 60 mm dick auszubilden. In den Kurven ist dieser auf 80 mm Dicke ausgebildet, wobei oberhalb der Bahnachse Nadelholz der Güteklasse 1 und unterhalb der Güteklasse 2 verwendet wird.

Als Pistenbelag finden Fichtenhölzer von 40×60 mm beziehungsweise 40×80 mm Querschnitt Verwendung, die sich von Bock zu Bock auflagern. Die einzelnen Hölzer greifen zahnschnittmäßig 25 mm ineinander, so daß eine Art Riemenfußboden entsteht. Damit die Genauigkeit am Zahnschnitt garantiert wird und eine ebene Oberfläche entsteht, werden die Hölzer in der Fabrik allseitig mit Maschinen gehobelt.

Eine Holzbündelung von 17 Hölzern nebeneinander = 0,68 m wird durch Längsbolzen, die durch nach Schablone gebohrte Löcher an den jeweiligen Enden der Hölzer gesteckt werden, erreicht. Die Versenkung der Bolzenköpfe und Spannmuttern garantiert das gleichmäßige Verlegen der Holzbündel auf die Obergurte der Böcke. Diese Längsverbolzung hat den Vorteil, daß die so entstehenden Holzplatten — sofern sie nicht verspannt sind — in sich beweglich sind und die entstehenden windschiefen Ebenen gleichmäßig überbrücken. Erst nach dem Verlegen werden sie verspannt, so daß ein Klappern ausgeschlossen wird. Großen Vorteil bietet diese Konstruktion dadurch, daß die Stapelung der Holzbündel nach Entspannung der Längsbolzen ohne besondere Vorkehrungen möglich ist. Die Längen der Hölzer werden im Werk nach Schablone geschnitten, so daß der Belag in Fertiglängen von unten nach oben verlegt werden kann. In den Geraden werden die Hölzer jeweils über zwei Binder = 2,02 m gespannt, um möglichst wenig Stöße zu erhalten. Die Stablängen in den Kurven bewegen sich zwischen 500 bis 830 mm, sie ergeben nach Verlegung eine einwandfreie, gleichmäßige, in zwei Ebenen gekrümmte Fläche. Befestigt werden die Holzbündel, indem die vorletzten Hölzer eine unterseitige Aussparung erhalten, in welche durch Spannbolzen drehbare Hakenbleche eingelegt werden. Beim Verlegen fallen diese durch Drehung des Bündels aus der Aussparung heraus. Einhängbare Stahlbügel mit gelochten Blechen werden um einen Stahlbolzen, der mittig durch den Obergurt führt, gelegt und straff verschraubt, so daß ein Hochheben des Belages ausgeschlossen ist.

Der Holzschwund nach weiteren Montagen der Bahn konnte dabei ebenfalls berücksichtigt werden, da die Haken die Bündel stets nach unten ziehen und der Ausgleich am Bandenanschluß durchführbar ist.

Auch die Einzelteile — wie die Bande, der Teppich und die obere Ausrundung — werden nach örtlicher Anpassung in Form von Bündeln zusammengehalten. Die Bohrung eines Längsschlitzes durch die Bandenbündel ermöglicht, die Bündel gleichmäßig mit der Steigung der Piste in den Übergängen zu verlegen. Der Teppich der Bahn wird auf Aufschieblinge festgenagelt, die vor dem Verlegen der Piste angeschraubt werden. Die Piste selbst wird nach dem Verlegen zweimal schräg zur Faser nachgeschliffen (in den Kurven mit Handhobelmaschine), wodurch die kleineren Unebenheiten beseitigt werden.

Unterbau

Um auch den Unterbau industriell fertigen zu können, wurden drei verschiedene Bockkonstruktionen entwickelt:

1. Dreieckbinder — in den Geraden
2. Parallelbinder — in den Kurven
3. Trapezbinder — in den Übergängen

In den einzelnen Abschnitten unterscheidet sich die Bockkonstruktion der Kurven von den Übergängen lediglich durch die verschiedenen Vorholzlängen am Stiel und der Fußschwelle. Dadurch wird es möglich, die verschiedenen Neigungen der Böcke mit einer einheitlichen Konstruktion herzustellen. Die Bockkonstruktion besteht aus mehrteilig verbolzten Gurten mit Hartholzdübeln in den Kraftlinien. Die Konstruktion wird rückseitig verschwertet und verhindert damit ein Verschieben in der Längsrichtung.

Befestigung des Unterbaus

Die Bockkonstruktion wird mit dem Fußboden so verbunden, daß an der Innenseite die auftretenden Zugkräfte aufgenommen werden können. Dazu werden beidseitig Stahllaschen am Binder befestigt und mit vorher in den Fußboden eingesetzten Stahlrohren mit Innengewinde verschraubt. An der hinteren Seite befindet sich der Bockfestpunkt. Hier führt ein Steckbolzen durch die Fußschwelle in den Fußboden. Der Steckbolzen nimmt zugleich die entstehenden Horizontalkräfte in den Kurven auf.

Beim Wiederaufbau der Bahn sind durch die Bolzenbefestigung sämtliche Böcke maßlich unverschiebbar, so daß erneute Vermessungsarbeiten kaum notwendig werden. Ein zusätzlich um die Bande der Bahn gespanntes Drahtseil hält die Bahn faßreifenähnlich zusammen und dient der zusätzlichen Sicherung, wie es bei fliegenden Bauten dieser Art angebracht ist.

Markierung

Jedes einzelne Bauteil wird positionsmäßig numeriert, so daß es beim Wiederaufbau genau an die gleiche Stelle zu liegen kommt. Die Pistenoberfläche bedarf durch diese Maßnahme nur geringer nachträglicher Anpassungsarbeit in Form von Nachhobeln.

Aufstellen der Bahn

Nachdem das Aufstellen der Böcke in Fahrtrichtung erfolgt ist, wird der Pistenbelag treppenmäßig von unten nach oben verlegt. Erst wenn die Holzbündel von unten befestigt sind, werden diese verspannt. Dadurch ist es möglich, daß der Pistenbelag seine gewünschte Form in der Kurve erhält und ein Zusammentrocknen des Holzes an der Bandenseite durch Paßstücke ausgeglichen werden kann.

Das neue Konstruktionsprinzip, das in Leipzig erstmalig angewendet wurde, zeigt, daß es möglich ist, auch derartig schwierige Holzkonstruktionen industriell anzufertigen. Voraussetzung ist jedoch, daß der Projektant die gesamte Bahnberechnung mehrmals überprüft; denn die geringsten maßlichen Differenzen verhindern eine reibungslose Montage bei der ersten Aufstellung der Bahn. Probeaufstellungen — zumindest eines Bahnviertels —, möglichst schon im Herstellerbetrieb, gewährleisten, daß auch das Anmodellieren der Bockobergurte in diesem Teil der Bahn in die Werkstatt verlegt werden kann. Erst die mehrfache Anwendung und die laufende Verbesserung der Herstellungstechnologie führen zu umfangreichen Material- und Kostenersparnissen. Der Verfasser besitzt für die Konstruktion des Belages ein DDR-Gebrauchsmuster.

Charakteristik der Leipziger Hallenradrennbahn:

Bahnlänge	166,66 m
Bahnbreite	7,00 m
Gerade Strecken	2×28,28 m
Übergänge	4× 4,00 m
Kurven	2×47,05 m
Teppichbreite	2,00 m
Bandenhöhe	1,00 m
Neigungswinkel	
in den Geraden	12°
in den Kurven	49°
Kleinster Kurvenradius	9,00 m

Sportdisziplinen:
alle Bahndisziplinen sowie Stehermaschinen (Motoren bis 250 ccm)

Maximalgeschwindigkeit ... 64 km/h

Holzart:

Unterbau	Kiefer beziehungsweise Fichte
Oberbau	Fichte, Güteklasse 1 und 2

Materialverbrauch:

Holz	320 m³
Kleineisenteile	22 t

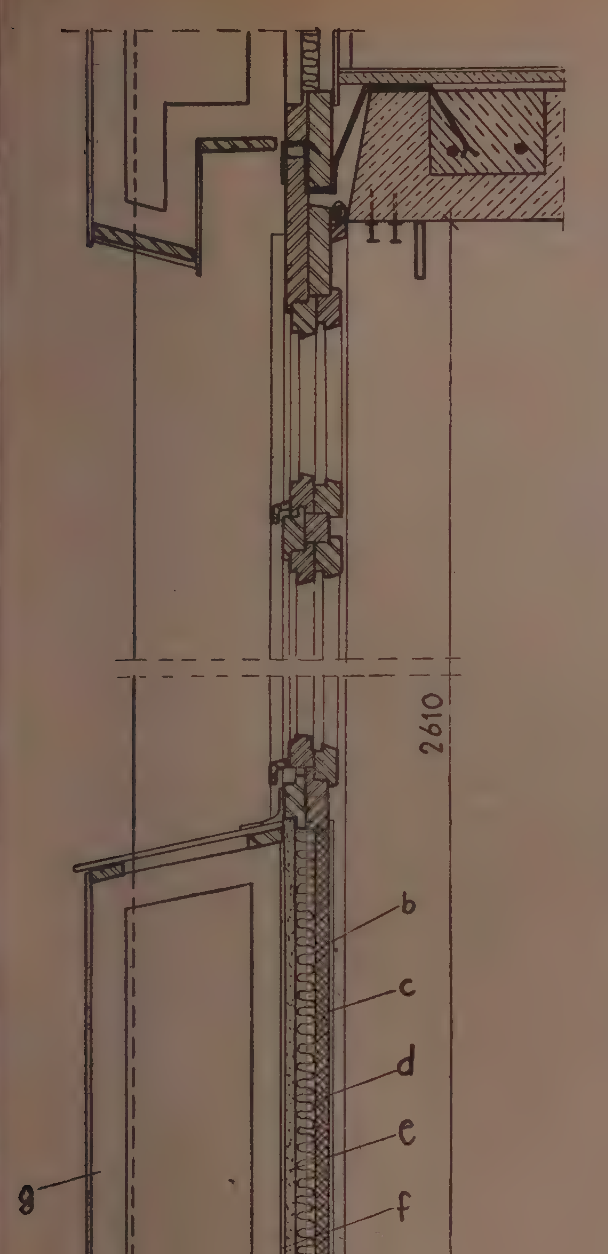
Die Herstellungskosten der Bahn einschließlich Transporte und Erstmontage belaufen sich auf etwa 280 000 DM.

DETAILBLATT NR. 205

zu Seite 225

Die Leichtkonstruktion der Außenwand beim Experimentalbau Q 6b in Leipzig

Bearbeiter:
Bauingenieur Herbert Grothe
Deutsche Bauakademie
Institut für Technologie
der Bauproduktion

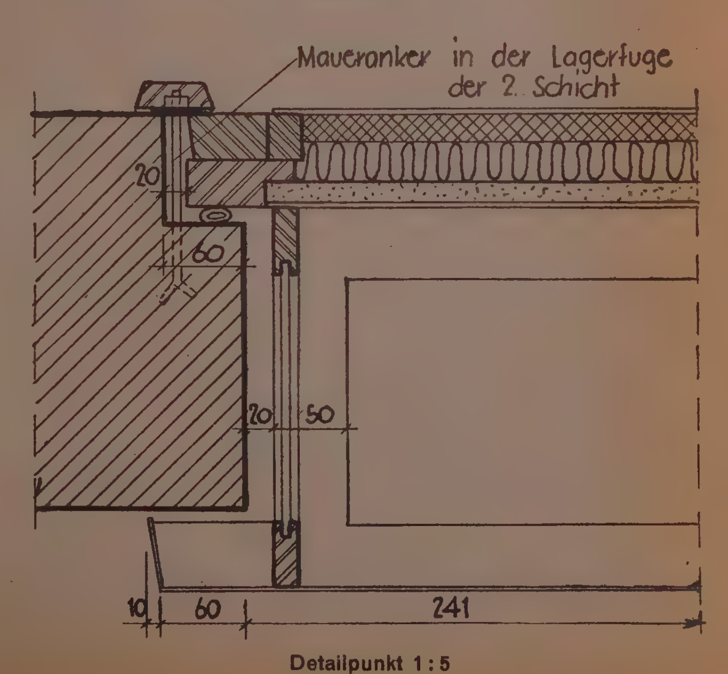


Längsschnitt 1:10

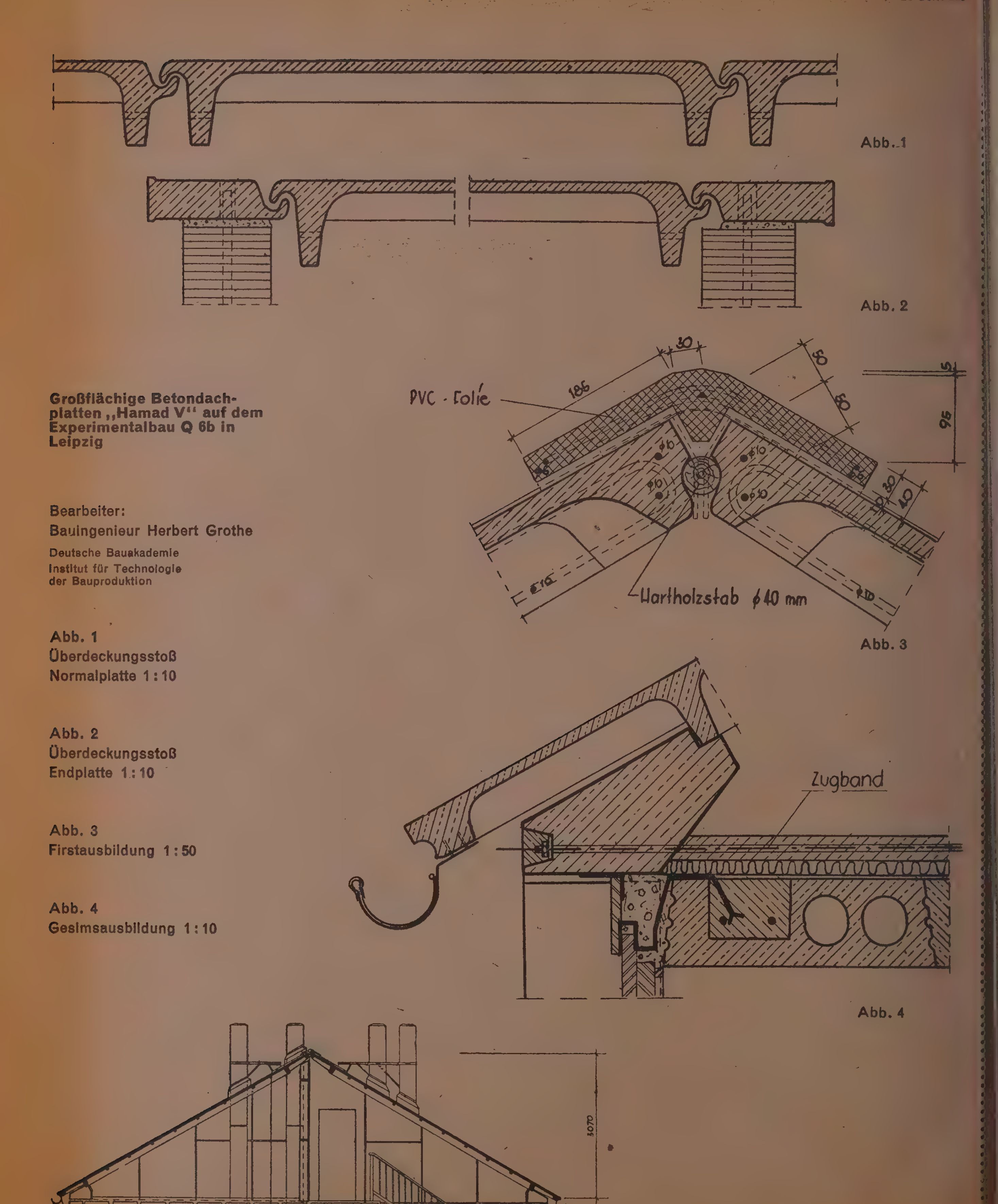
b Hartfaserplatte
c Wabenplatte
d Platherm
e Holzspanplatte
f Glakresit
g Brüstungskasten mit Melacart-Verkleidung



Ansicht 1:25



Detailpunkt 1:5



Großflächige Betondachplatten „Hamad V" auf dem Experimentalbau Q 6b in Leipzig

Bearbeiter:
Bauingenieur Herbert Grothe

Deutsche Bauakademie
Institut für Technologie der Bauproduktion

Abb. 1
Überdeckungsstoß
Normalplatte 1 : 10

Abb. 2
Überdeckungsstoß
Endplatte 1 : 10

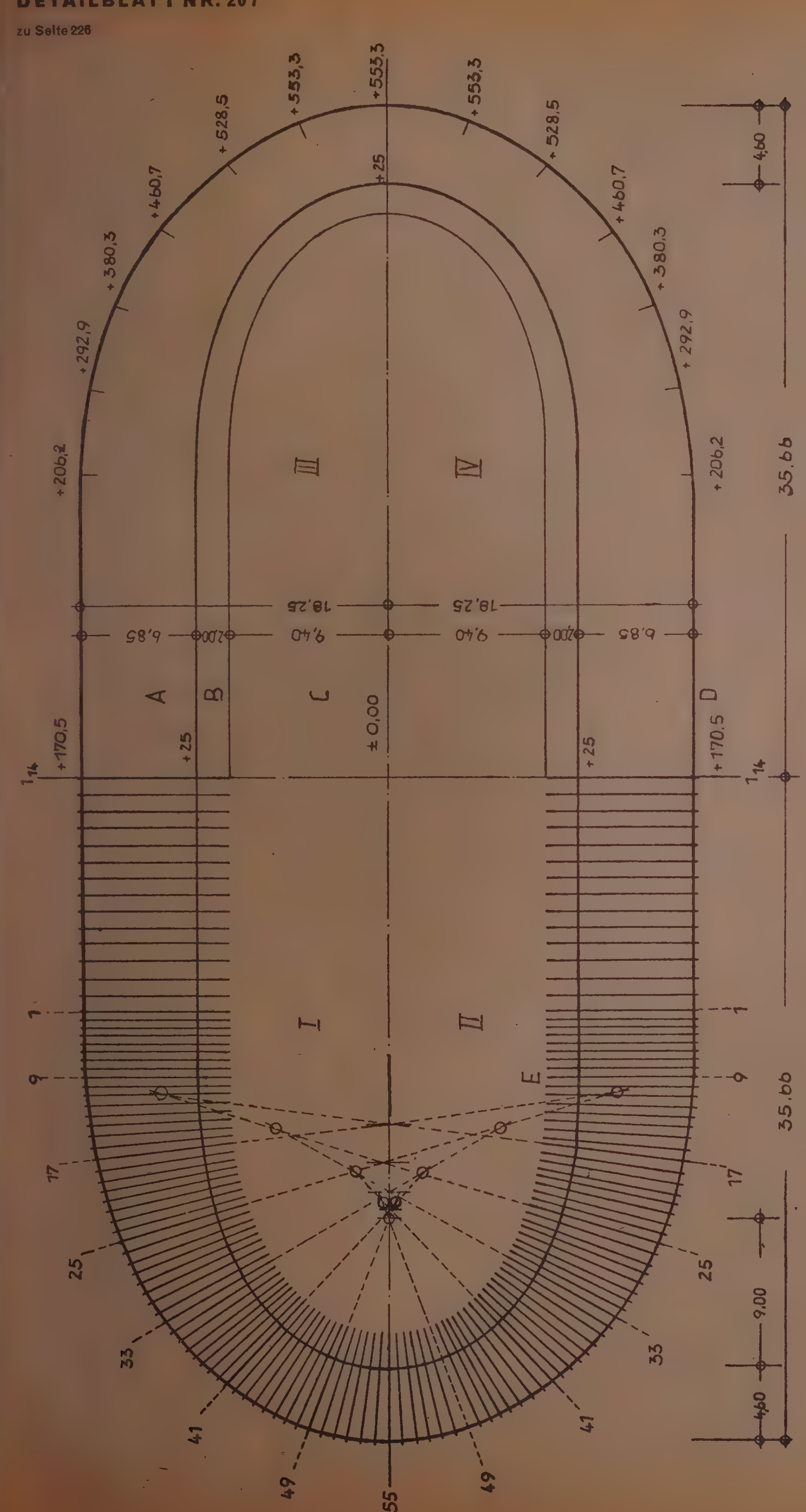
Abb. 3
Firstausbildung 1 : 50

Abb. 4
Gesimsausbildung 1 : 10

Schnitt durch die Dachkonstruktion 1 : 100

DETAILBLATT NR. 207

zu Seite 226



Hallenradrennbahn in industrieller Bauweise

Architekt BDA Eitel Jackowski

Mitarbeiter:
Architekt BDA Günter Nichtitz
Bauingenieur KDT
Erich Raßbach

1 : 333

Grundriß der Radrennbahn $166^2/_3$ m

A Piste
B Teppich
C Innenraum
D Bande
E Binderanordnung

I, II, III, IV — Sektoren

Hallenradrennbahn in industrieller Bauweise

Architekt BDA Eitel Jackowski
Mitarbeiter:
Architekt BDA Günter Nichtitz
Bauingenieur KdT
Erich Raßbach

Abb. 1
Schematische Darstellung der Fahrer in der Kurve

Abb. 2
Schematische Darstellung der Fahrer in der Geraden

Abb. 3
Parallelbinder in Kurven, Schräge 49° 1:150

Abb. 4
Trapezbinder in den Übergängen, Schräge 12°—49° 1:150

Abb. 5
Dreieckbinder in den Geraden, Schräge 12° 1:150

a in jedem Falle 7,00 m
b von 1,88 m bis 2,23 m
f von 1,546 m bis 5,398 m
g von 4,77 m bis 7,273 m
h von 2,705 m bis 6,533 m
1 Vorholzlänge (variabel)

Abb. 6
Gebündelte Bande in den Kurven

a 0,50 m bis 0,83 m
b 1,04 m

Abb. 7
Gebündelter Pistenbelag in den Übergängen und Kurven (nach Schablone)

a 0,50 m bis 0,56 m
b 0,50 m bis 0,83 m
c 0,68 m

Abb. 8
Gebündelter Pistenbelag in der Geraden

a 2,02 m
b 0,68 m
Verzahnung jeweils 25 m/m

Abb. 9
Bündelbefestigung 1:5

a Pistenbelag (Holzbündel) 4/6 cm und 4/8 cm
b Spannbolzen ⌀ 10 m/m
c Hakenblech (drehbar) 4 m/m
d Bügel ⌀ 10 m/m
e Steckbolzen ⌀ 20 m/m
f Sicherung
g Mutter M 10
h Aussparung 50 beziehungsweise 60/120 m/m, 10 m/m breit
k Unterlegplatte
l Obergurt

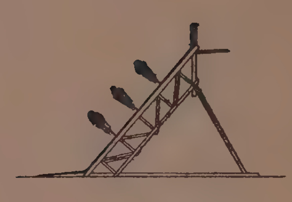

Abb. 1


Abb. 2

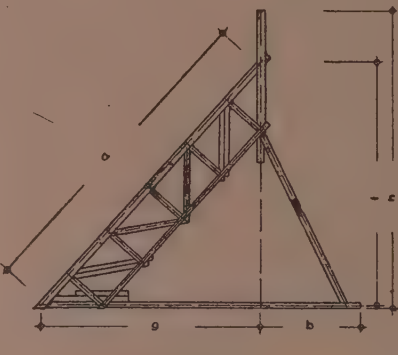


Abb. 3

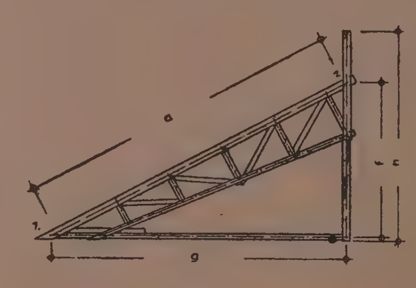


Abb. 4

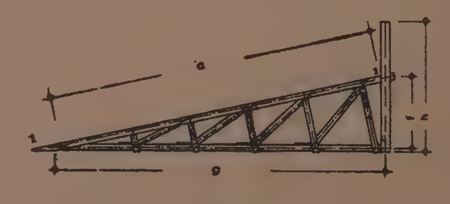


Abb. 5

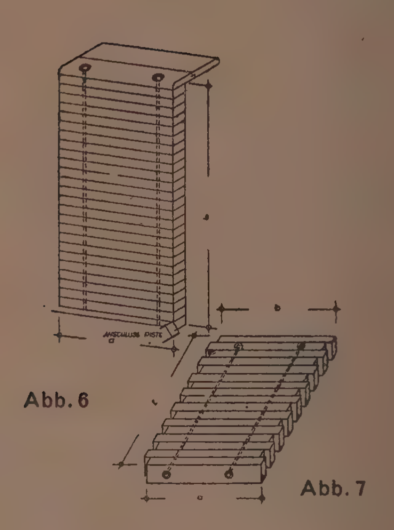
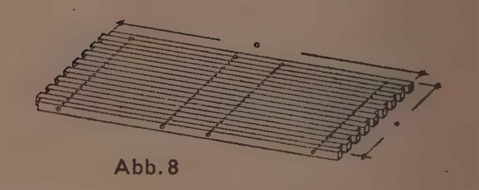

Abb. 6

Abb. 7


Abb. 8

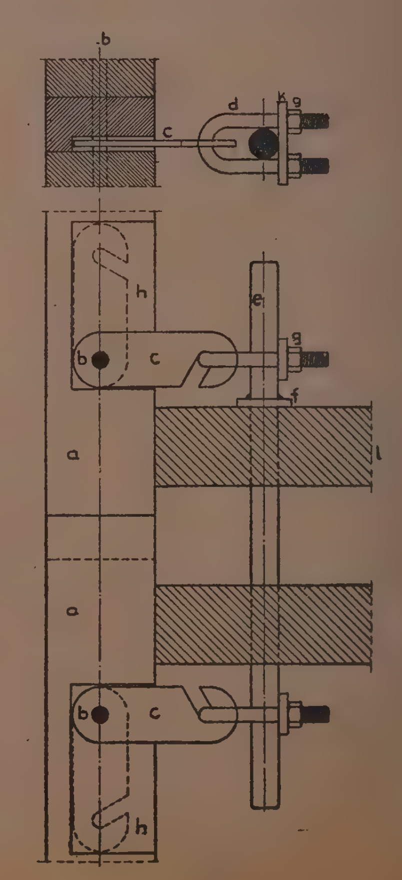


Abb. 9

Schlichtheit, Wahrhaftigkeit und harmonische Schönheit in der Architektur*

P. Volodin

Über Fragen der Schönheit in der sowjetischen Architektur zu sprechen, erscheint mir weniger notwendig zur Verteidigung der Grundlagen eines richtigen Verständnisses des Ästhetischen auf diesem komplizierten Gebiet des gesellschaftlichen Schaffens als vielmehr zur Analyse der Ergebnisse des schöpferischen Suchens in den letzten Jahren.

Unter den Architekten trifft man heute selten einen Anhänger des einseitig ästhetischen Standpunktes. Das Leben selbst und die Baupraxis in den Jahren 1955 bis 1960 waren es, die einen frischen Wind in alle Winkel und Ecken unseres Architekturschaffens brachten. Für manchen Architekten ist es natürlich zuweilen peinlich, feststellen zu müssen, daß das nach seinen Entwürfen in den dreißiger und vierziger Jahren Gebaute so schnell veraltet ist. Er bemüht sich, bis ins letzte zu verstehen, woher damals der Nebel des Subjektivismus kam, der die schöpferischen Horizonte verhüllte. Der Baumeister erinnert sich an seine beharrlichen Versuche, von denen ihm damals viele als gelungen erschienen. Unwillkürlich brachte die geübte Hand auf die dreigeteilte Fassade Details und Formen, die uns aus einer fernen Vergangenheit überliefert worden waren. Der Bann der Archaik war so allgemein, und die Aufgaben waren so mannigfach und reizvoll, daß der Architekt sich nur selten bewogen fühlte, das Gestern und das Heute in seinem Schaffen gegeneinander abzuwägen.

Die Vergangenheit hat uns negative Spuren hinterlassen, und es wäre verfrüht, sie zu vergessen. Unwillkürlich erinnert man sich an die eindringlichen Warnungen W. A. Wesnins, A. K. Burows und einiger anderer Meister vor dem Aufkommen schädlicher Tendenzen in der architektonischen Praxis der Nachkriegsjahre. Leider fand diese Einschätzung der Lage damals in der Organisation der Architekten keine Unterstützung.

Heute ist es natürlich leicht, darüber zu wehklagen, daß der Kampf der fortschrittlichen Meister gegen Schematismus und Eklektik nicht beharrlich und konsequent gewesen sei. Mit ihren Arbeiten haben sie jedoch angedeutet, daß es auch andere Wege zur Lösung architektonischer Aufgaben gibt.

Der Entwicklungsprozeß der sowjetischen Architektur verlief von Anfang der dreißiger bis Mitte der fünfziger Jahre unter schwierigen Verhältnissen. Die Hauptstadt ging damals an die Bereinigung des Zentrums und an die Verbreiterung der Hauptstraßen. Eine grundlegende Umgestaltung der alten Quartale hätte zu jener Zeit jedoch unsere Kräfte überfordert. Unter diesen Bedingungen wurde die als Notmaßnahme entstandene perimetrale Bebauung der Straßen bald zur Geschmacksrichtung vieler Architekten und gewann erneut die Kraft eines Kanons in ihrem Schaffen.

Die Zöglinge der vorrevolutionären Architekturschule waren auf Grund ihrer früheren Tätigkeit und Erziehung gerade darauf am besten vorbereitet. Umgekehrt widersprach dieses Zurückweichen auf alte Positionen völlig der fortschrittlichen Linie des Schaffens — der Orientierung auf Typen, Standards und die Industrialisierung des Bauens. Heute ist jedermann klar, daß die „akademische Richtung" gerade durch die Welle der „Einzelbebauung" wieder emporkam. Wie immer man zu vielen von dem stehen mag, was in der Zeit von 1933 bis 1955 bei uns von den Architekten geschaffen wurde — alles trägt den Stempel eines althergebrachten Erbes. Die Tendenz hierzu entstand bei den Vertretern der neoklassizistischen Schule bekanntlich schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts. Ihre Berufsausbildung, die auf der Anwendung handwerklicher Arbeitsmethoden im Bauwesen beruhte, hat in der Geschichte unserer Baukunst eine Doppelrolle gespielt. Unter dem Einfluß des architektonischen Altertums wurden Minsk und Magadan, Jerewan und Taschkent aufgebaut.

In verschiedenen Fällen haben Meister und Schüler Werke mit einer gelungenen Erneuerung früherer kompositorischer Systeme und plastischer Mittel geschaffen, doch zugleich ergoß sich bereits in den Vorkriegsjahren die Flut eines offenen Eklektizismus über die Straßen unserer Hauptstadt.

Mitte der fünfziger Jahre geschah dann das, was uns alle veranlaßte, die Linie unseres Schaffens nochmals zu überprüfen. Nach den historischen Beschlüssen von Partei und Regierung in den Jahren 1954 bis 1957 stand vor dem sowjetischen Baumeister all das im wahren Lichte da, was das Primäre in seiner Arbeit sein muß — die Sorge um die Industrialisierung des Bauens, die Schaffung von bequemen, zweckmäßigen, wirtschaftlichen Wohnungen für Millionen Menschen.

Das Schöne in der Architektur wird erst lebendig durch das, was das Volk am nötigsten braucht. Deshalb wurde jetzt der einseitige Charakter der Lehren der Akademisten von dem angeblich ewigen und einzigen Thema der Baukunst, der „absoluten Harmonie", von dem sogenannten „statischen Prinzip" im architektonischen Organismus der Stadt so offensichtlich. Auch die anderen formalistischen Thesen fielen über Bord.

Die Partei hat unsere Baukunst auf den breiten Weg der fortschrittlichen Entwicklung geführt. Dies geschah weise, entschlossen, mit großem, historischem Weitblick.

Der sowjetische Baumeister hat die ganze Vielfalt der sozialen Forderungen des Volkes an das Bauwesen und die Architektur erkannt und sich Seite an Seite mit dem Ingenieur und dem Bauarbeiter neue Arbeitsmethoden zueigen gemacht. Durch sachliche Zusammenarbeit und kollektive Anstrengungen wurde in der Baukunst auch die Methode des künstlerischen Schaffens — der sozialistische Realismus — in ihrer Wirksamkeit eine andere. Die ideelle und ästhetische Verarbeitung der Wirklichkeit in den Formen der Architektur wurde jetzt viel wahrheitsgetreuer und realistischer.

Unser Architekturgedanke (und somit auch die Architekturtheorie) hat eine echte Parteilichkeit erworben. Der lebendige Inhalt der Baukunst wird nicht mehr in fertige Begriffe und Maßstäbe aus anderen Schaffensgebieten gezwängt. All dies wird zweifellos zu einer rascheren Entwicklung und Entfaltung unserer sozialistischen Architektur beitragen.

In der Geschichte der Architektur ist ein Jahrfünft — wenn man dieses beispielsweise mit der dreihundertjährigen Evolution der Renaissance und des Barocks vergleicht — nur eine winzige Zeitspanne. Aber unsere Baukunst hat ihre eigenen, einmaligen Besonderheiten — die soziale Natur, die Maßstäbe des Schaffens und das Entwicklungstempo. Nie zuvor hat die sowjetische Architektur einen solchen Aufschwung erlebt wie heute. Erst jetzt offenbaren sich ihre gesellschaftlich-historischen Vorzüge voll und ganz. Was die letzten Jahre zum Beispiel auf dem Gebiet des Wohnungsbaus gebracht haben, ist unschwer zu begreifen, wenn man sich zwei Zahlen vergegenwärtigt. In der Zeit von 1955 bis 1959 erhielten die Moskauer 9,3 Millionen m² Wohnfläche in modernen, gut ausgestatteten massiven Gebäuden, und jedermann wird begreifen, daß diese Zahl eine gewaltige Wandlung im Leben vieler Hunderttausender Familien bedeutet. Erinnern wir uns, um einen Vergleich zu haben, daran, daß das vorrevolutionäre Moskau insgesamt über nur 11,8 Millionen m² Wohnfläche verfügte, wobei zwei Drittel der Gebäude keinerlei Komfort aufzuweisen hatten.

Die Schönheit der Bauwerke und Gebäudekomplexe kann nur dann erreicht werden, wenn alle sozialen und produktionstechnischen Forderungen in den Bauwerken ihre gemeinsame Verkörperung finden. Dem Praktisch-Nützlichen, dem Materiellen gebührt in den Werken der Architektur die führende, vorrangige Rolle.

Als Ergebnis der revolutionären Überwindung der konservativen Anschauungen setzte sich im Bewußtsein der Baumeister eine Reihe neuer schöpferischer Prinzipien durch, unter ihnen die Anerkennung der unlöslichen Verbindung der architektonischen Ideen mit den allgemeinverständlichen gesellschaftlichen Aufgaben des Bauwesens, so dem Streben nach vollkommeneren technischen Mitteln und neuen Konstruktionslösungen.

Die Überbleibsel der Vergangenheit sind jedoch bekanntlich äußerst zählebig. Deshalb muß man auch heute noch daran erinnern, daß die nunmehr verworfene reine ästhetische Auffassung der Aufgaben des architektonischen Schaffens lange Zeit hindurch eine Art Scheidewand zwischen Architektur und Bautechnik bildete. Viele Jahre lang wurde den Architekten bei den verschiedensten Anlässen eingeredet, daß sich das architektonische Ideal (wie auch das von ihm bestimmte ästhetische Wesen des Bauwerks) völlig unabhängig von den Produktionsbedingungen bei der Bauausführung, vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der praktischen Zweckbestimmung der Bauwerke herausbildet und entwickelt. Auf dieser falschen „theoretischen Grundlage" (das heißt auf Variationen der Anschauungen Wölflins und anderer Vertreter der idealistischen Kunstwissenschaft) bauten sich auch die Urteile über den Baustil, die Art und die Mittel der Komposition auf. In der Praxis diente eine derartige unklare Ausdrucksweise als Deckmantel für Eklektik und überflüssigen architektonischen Aufwand.

An all dies muß man auch heute erinnern, da die Fehler in der Auffassung des ideell-ästhetischen Momentes, die mit den Abweichungen in der künstlerischen Zielrichtung der Arbeit der Baumeister eng verbunden sind, Fehler weltanschaulichen Charakters waren.

An welchen Fronten des Kampfes um eine fortschrittliche architektonische Ästhetik ist es den Baumeistern der Hauptstadt heute gelungen, voranzukommen?

Diese Frage ist heute eine der Hauptfragen bei der Einschätzung ihres Schaffens. Es versteht sich von selbst, daß man in einem kurzen Überblick nur die aktuellsten Momente dieser Problematik behandeln kann. Hierzu gehören nach unserer Auffassung erstens die entscheidende Wandlung in der Auffassung und Interpretierung der Ausdruckskraft der räumlichen Kompositionen der Bebauung und zweitens die Veränderungen im architektonischen Aufbau der zur Massenanwendung gelangenden Bauwerkstypen.

Der Architekt und der Ingenieur haben bei der heutigen Bebauung eine merkliche und zuweilen sogar grundlegende Erneuerung der ästhetischen Eigenschaften erreicht. Von entscheidender Bedeutung waren dabei die prinzipielle Überprüfung der Gebäudestruktur und der Planungsmethoden, die in Übereinstimmung mit den Lebensbedürfnissen der Menschen und den technisch-ökonomischen Forderungen des industriellen Bauens durchgeführt wurden. Gerade aus dieser Verbindung erwächst der neue Inhalt der Werke der Architektur. Im gesellschaftlich-historischen Sinne ist dieser Prozeß objektiv notwendig, obwohl das qualitative Moment der geschaffenen ästhetischen Werte weitgehend vom individuellen Können des Baumeisters abhängt.

Betrachten wir nun die strukturellen Besonderheiten und die künstlerischen Merkmale einiger neuer Wohnbezirke und deren Bebauungselemente.

Der tiefe praktische Gehalt vieler planerischer Ideen in den Bebauungsentwürfen der neuen Wohnbezirke von Moskau (gemeint sind die Arbeiten aus der Zeit von 1957 bis 1959) ist trotz einiger noch nicht überwundener Mängel eine anschauliche Bestätigung des auch in rein ästhetischer Hinsicht zu verzeichnenden Fortschritts. Darin zeigt sich ein erster Erfolg in der Arbeit der schöpferischen Kollektive. Der Erfolg zeigt sich deutlich im räumlichen Aufbau und in der sogenannten Architektonik der Wohnbezirke, Wohnkomplexe und Großquartale. Die fortschrittlichen Auffassungen über die Bebauung städtischer Wohnbezirke, die sich bei uns bereits in den ersten Jahren der Industrialisierung im Lande herausbildeten, haben eine direkte Verbindung zur heutigen Richtung des Städtebaus. Die positiven Erfahrungen der sowjetischen Architektur der zwanziger Jahre bleiben auch in unseren Tagen eine fruchtbare Schule des architektonischen Schaffens. Jetzt sind bereits nicht wenige neue und neuartige Kompositionen entstanden, die auf der Grundlage der mehr als dreißigjährigen Erfahrung unseres Städtebaus geschaffen wurden. Die Neuartigkeit und Harmonie der Bebauungsstruktur, die sich aus der neuen sozialen Organisation der Wohnstätte ableiten, sind aus den Bebauungsentwürfen der Trabantenstadt Krjukowo, der Wohnbezirke Neu-Kusminki, Choroschewo-Mnewniki, Wolchonka-SIL, Chimki, Neu-Tscherjomuschki und anderen zu ersehen.

Obwohl die Autoren der Projekte die Sphäre des Bauens mit Fertigteilen ununterbrochen erweitern und eine planmäßige Steigerung des Wohn- und stadttechnischen Komforts bei gleichzeitiger Senkung der Baukosten zu erreichen suchen — wie das den Städtebauern auch zukommt —, lassen sie dennoch die Schönheit der Architekturformen nicht außer acht. Die Architekten sind entschieden von der Projektierung von Korridorstraßen und geschlossenen Plätzen sowie von den gezwungenen symmetrischen Kompositionen abgegangen. Dabei haben die architektonisch-planerischen Lösungen ihre individuellen Züge keineswegs verloren. Im Gegenteil, gerade durch die geschickte Ausnutzung der städtebaulichen Situation ist die Planungsstruktur jedes Wohnkomplexes realistisch und lebendig geworden.

Die Autorenkollektive haben während der Projektierung mehrere Bebauungsvarianten ausgearbeitet, wobei sie sich ständig von den Gesichtspunkten der Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaftlichkeit des Bauens leiten ließen.

Da die Projektanten jede Seite der Planung und Bebauung auch als ästhetische Kategorie auffassen, haben sie ihre schöpferische Methode vervollkommnet. Große Bedeutung für das Finden der richtigen Wege zur Schaffung neuer Wohnbezirke in der Hauptstadt hatte die schöpferische Hilfe durch den Moskauer Beirat für Architektur und Bauwesen. Wenn wir auch die allgemeine Richtung des schöpferischen Suchens bei der Gestaltung der Wohnbezirke positiv einschätzen, so wäre es jedoch falsch, über die Unterlassungen zu schweigen. So ist es bei weitem noch nicht bei allen Planungselementen gelungen, die Fehler früherer Jahre zu überwinden, zum Beispiel die Übertreibungen des architektonischen Maßstabes. Bei einigen Wohnbezirken (Fili-Masilowo und andere) ist es nicht gelungen, eine Aufteilung in Wohnkomplexe durchzuführen;

* Übersetzung aus der Zeitschrift „Stroitel'stvo i architektura Moskvy", Heft 7/1960

das Wohnbauland wird von Durchgangsstraßen zerschnitten, was Unannehmlichkeiten mit sich bringt. Die Begrünung wurde oftmals abstrakt-ästhetisch gelöst. Strukturelle Mängel der Planung ergeben sich auch aus der Unterschätzung der Wachstumsperspektiven des gesamten Stadtorganismus.

Man muß sich bis ins letzte klar darüber werden, was es für die Struktur von Moskau bedeutet, wenn in den nächsten sieben Jahren noch etwa 650 000 bis 700 000 Wohnungen gebaut und Zehntausende Hektar Neuland als Siedlungsgebiet erschlossen werden. In jedem der Riesensektoren von Groß-Moskau, die durch die Ausfallstrecken gebildet werden, werden sich Gruppen von „Siedlungsflecken" und Produktionszentren befinden. Und all dies muß auf der Grundlage einer intensiven Begrünung gedeihen und sich entwickeln.

Eine gehaltvolle Planungsidee ist die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg. An den letzten Entwürfen der Quartale im Südwesten erfreut die Frischheit der Formen. Zugleich bleibt aber noch manches zu wünschen übrig, insbesondere in bezug auf die Voraussicht der Perspektiven.

Man muß immer wieder den Horizont der Entwicklung des Planungsorganismus der Stadt erkunden und darf die heute in den Entwürfen verzeichneten Konturen nicht als endgültig betrachten.

Man stellt sich heute eine Industriestadt als einen sich ununterbrochen vervollkommnenden Organismus vor, der aus Industrie- und Wohnbezirken sowie vielen anderen Bebauungskomplexen mit den verschiedensten Arten von Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen besteht. Dabei wird nicht außer acht gelassen, daß sowohl die Gebäude selbst als auch alle Arten der Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen von Jahr zu Jahr besser werden.

In den Bebauungsentwürfen werden auch die Extreme in bezug auf die Auffassung über das Stadtzentrum immer seltener. Auch das Gekünstelte beim Suchen nach der Einheit der Bebauung als Ensemble verschwindet. Es hat sich als sinnlos erwiesen, das Gesicht und die Silhouette einer sowjetischen Stadt dem althergebrachten Architekturerbe unterzuordnen, bei dem Festungstürme, Kultbauten und Schlösser der Feudalherren führend waren.

Zum primären Element der Planung und Bebauung wird der Wohnkomplex. Seine Größe muß jeweils individuell, je nach den Wohnungsgrößen, der Belegungsquote der Wohnungen, dem Bebauungscharakter und anderen Bedingungen festgelegt werden. Der Wohnkomplex setzt sich aus mehreren Gruppen zweckmäßig angeordneter Gebäude — Wohngruppen — zusammen. Auf einer Fläche von etwa 30 bis 40 ha versucht der Architekt, Schulen, Kindereinrichtungen und andere Folgeeinrichtungen sowie -bauten zweckmäßig und schön anzuordnen. Allseitig freistehende Läden, Gaststätten und alle mit der wirtschaftlichen Versorgung verbundenen baulichen Anlagen werden mehr abgesondert und zum Beispiel an den Wohnstraßen beziehungsweise in der Nähe des Einkaufszentrums des Wohnkomplexes angeordnet.

Eine zweckmäßige und gestalterisch ausdrucksvolle Planung des gesamten Systems der begrünten Wohnhöfe und des Wohnkomplexparks zu schaffen, ist keine leichte Aufgabe. Wenn man das Anpflanzen von Bäumen plant, so muß man zugleich auch geeignete Flächen für Sportplätze und ruhige Erholungsplätze auswählen. In diesem Zusammenhang strebt man auch eine ungezwungene Linienführung der Wohnwege an.

Es hat sich bei uns der Hang zu regelmäßigen Squares und Rasenflächen mit langen, beschnittenen Baumreihen eigebürgert. Ich möchte nur an ein Beispiel aus der Moskauer Praxis erinnern. Vor dem Haupteingang zur Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft breitet sich ein riesiger Square mit großen, durch asphaltierte Fußwege gebildeten Feldern aus. Hier wurde alles um der Musterung willen gemacht, an der man sich allerdings nur aus großer Höhe erfreuen kann.

Vom natürlichen Standpunkt aus gesehen wirkt er jedoch schablonenhaft und langweilig. Trotz Großzügigkeit und eines reichen Sortiments an Grünpflanzungen fühlt sich der Mensch hier weder im Sommer noch im Winter heimisch.

Die Menschen leben fast immer in der „Umkreisung" seitens der Architektur — im Hause und auf der Straße, in der Fabrik und in der Schule, im Park und im Filmtheater. In untrennbarem Zusammenhang mit der Gewährleistung der funktionellen und der künstlerischen Einheit der Planung hängt die Einheitlichkeit der Bebauung unmittelbar auch von der Vervollkommnung der Bauwerktypen ab. Die Baumeister der Hauptstadt haben in der letzten Zeit auch auf diesem Gebiet gewisse Erfolge erzielt. Im Rahmen des raschen Aufschwungs der Bautätigkeit in den Jahren 1956 bis 1958 ist es gelungen, den Hauptteil des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus auf eine prinzipiell neue, die industrielle Bauweise umzustellen.

Der Übergang zum Massenbau von Gebäuden mit wirtschaftlichen Wohnungen ist der Beweis für den grundlegenden Fortschritt bei der Lösung des Wohnungsproblems. Der gewaltige Sprung im Wohnungsbau führte zu der Notwendigkeit, die Großplatten- und die Raumzellenbauweise einzuführen. Diese Bauweisen entsprechen den heutigen Forderungen am meisten.

Das architektonisch-künstlerische Niveau des Massenbaus der letzten Jahre entspricht jedoch nach wie vor weder den erhöhten Ansprüchen der sowjetischen Menschen noch dem Zunahmetempo der Bausubstanz. Je rascher in unserer Baupraxis das vollständig vorgefertigte Großplattengebäude die Vorherrschaft gewinnt, desto größer werden die Möglichkeiten auch für die Verbesserung der Qualität des Massenwohnungsbaus sein. Damit ist auch ein allgemeiner Aufschwung des ästhetischen Niveaus unserer Architektur verbunden, vorausgesetzt, daß die Vervollkommnung der Projekte aktiviert und ein Umschwung in bezug auf die Qualität der stadttechnischen Ausbau- und Begrünungsarbeiten in den alten und neuen Stadtgebieten erreicht wird. Auch für die Werke der monumentalen Kunst muß ein angemessener Platz innerhalb des Bebauungsensembles gefunden werden.

Ein Zurückbleiben der ästhetischen Qualität zeigt sich selbst bei relativ guten Beispielen der Baupraxis. Betrachten wir die Bebauung des 75. Wohnquartals im Wohnbezirk Choroschewo-Mnewniki. Die hier errichteten „Lagutenko-Häuser", die insgesamt eine äußerst positive Erscheinung in der Entwicklung des industriellen Wohnungsbau darstellen, bedürfen einer Verbesserung der architektonischen Form.

Man kann sich auf keinen Fall mit der hier und da verbreiteten Meinung einverstanden erklären, daß zum Beispiel ein Typenwohnhaus nur ein Bebauungsdetail sei. Es darf keinen Zweifel geben, daß das Typengebäude (Wohnhaus, Schule, freistehendes Ladengebäude und so weiter) innerhalb des Bebauungsensembles Teil eines Ganzen sein muß. Wir brauchen keine Individualisierung des Gesichts jedes einzelnen Bauwerks, die nur zur Buntheit und spießigen Dekoriersucht führt, aber trotzdem muß jedes Typengebäude über die Eigenschaft eines primären architektonischen Organismus verfügen. Die streng metrische Form des modernen Gebäudes setzt eine meisterhafte oder besser gesagt feine Durchbildung der mannigfaltigen Gliederungen und Proportionen voraus.

Die Ideen des Ingenieurs sind heute in manchen Fragen den Ideen des Baumeisters voraus. Die Aufgabe besteht nun darin, das ideelle ästhetische Wesen des Schaffens schneller sichtbar zu machen und architektonische Formen zu entwickeln, die den neusten konstruktionstechnischen Lösungen entsprechen. In diesem Zusammenhang seien nochmals die Vorzüge des 9. Wohnquartals in Neu-Tscherjomuschki hervorgehoben. Die Autoren haben ihre schöpferische Initiative und Beharrlichkeit bewiesen, als sie jede einzelne Komponente der Bebauung auf den möglichen Grad der Vollkommenheit brachten. Es genügt, daran zu erinnern, wie sie den Raum der Wohnhöfe gestaltet haben.

Ihre Anstrengungen auf die Ausnutzung des Besten richtend, was uns Technik und Baustoffindustrie in den Jahren 1956 bis 1957 zu geben vermochten, haben Architekten und Ingenieure erfinderisch und künstlerisch gewirkt. Daher befriedigt uns das 9. Wohnquartal auch heute in ästhetischer Hinsicht, obwohl es durchaus nicht frei von Mängeln ist. So ist die Verbindung zwischen dem Wohnbauland und der Zone der gesellschaftlichen Einrichtungen nicht gelungen. Einen schwachen Eindruck hinterlassen Gebäude wie die Schule und das Fernsprechamt. Schwer und unschön wirken die achtgeschossigen „Turmhäuser", obwohl sie kompositionell hier am Platze sind. Auf einer anderen Ebene liegt die Tatsache, daß die Baumeister von Moskau bisher noch nicht ein in seinen technisch-wirtschaftlichen Kennziffern vorteilhaftes „Punkthaus" entwickelt haben, daß wir hierfür noch keinen Typ in Skelettbauweise mit angehängten Platten haben.

Zudem ist das 9. Wohnquartal flächenmäßig sehr klein, und das vom SAKB vorgegebene innere Straßennetz ließ keine Möglichkeit, an Stelle der drei getrennten Wohnquartale (9, 11 und 12) nur einen Wohnkomplex zu schaffen. Dies haben übrigens die Autoren selbst im Jahre 1956 erstmalig zur Sprache gebracht.

Eine wichtige Besonderheit der heutigen Periode der Umgestaltung der Hauptstadt besteht darin, daß das Arbeitskollektiv der Moskauer Architekten bedeutende Erfolge bei der Projektierung und Bauausführung gesellschaftlicher Großbauten erzielt hat. Der Komplex des Lenin-Zentralstadions in Lushniki war ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der Hauptstadt. Die modernste Form weist der Sportpalast auf. Eine „frühe Schwalbe" des Wandels in der Architektur war das Gebäude des Panoramakinos auf dem Zwetnoj-Boulevard. An der Worobewskoje-Chaussee erheben sich die neuartigen Baukörper des Pionierpalasts. Das Schöne und Künstlerisch-Gestalterische wird hier durch Interpretation des Raums und der Raumkörper, der Oberflächenstruktur und der farblichen Gestaltung, der technischen Ausstattung und der Begrünung gesucht. Der erste Schritt zur Verbesserung des Gesichts der Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft, wo noch vieles zu tun bleibt, um die eklektische Hülle abzustreifen, ist erfolgt.

Sehr bemerkenswert sind die Ergebnisse der in den Jahren 1956 bis 1959 durchgeführten Architekturwettbewerbe bei fast allen Gebäudetypen für die Massenanwendung. Der Kurs für die Projektierung des Palastes der Sowjets wurde festgelegt, obwohl hier noch vieles ungelöst blieb. Eine starke Beteiligung hatten die Wettbewerbe um die besten Entwürfe für die Bauten der Bauausstellung, die Filmtheater mit großem Fassungsvermögen und eine Reihe monumentaler Bauten. Bald wird ein 500 m hoher Fernsehturm aus Stahlbeton in den Moskauer Himmel ragen. Noch nie zuvor war der architektonische und ingenieurtechnische Neuerergedanke so beflügelt wie in unseren Tagen.

Es versteht sich von selbst, daß man bei der Beurteilung der heutigen Erfahrungen nicht alles gutheißen kann. Mängel in der Zielrichtung des künstlerischen Suchens machen sich auch heute bei der Einschätzung der ersten Ergebnisse des Wandels der Architektur nachdrücklich geltend.

Wir leben im Anfangsstadium einer prinzipiell neuen Entwicklungsperiode der sowjetischen Architektur. Für kühne und doch überlegte Wagnisse brauchen wir Vertrauen auf unsere Kraft und ein starkes Empfinden für die Gegenwart. Diese schöpferischen Eigenschaften setzen aber ihrerseits die Verbindung von Talent und Beharrlichkeit mit gründlichen Kenntnissen auf vielen Gebieten von Wissenschaft und Technik sowie die Kenntnis der Anwendungsmöglichkeiten neuzeitlicher Baustoffe und Konstruktionen voraus.

Bei dem heutigen Kurs des architektonischen Schaffens findet die Prinzipienlosigkeit aller Schattierungen — sei es der Hang zur Archaik, die vulgäre Simplifizierung oder die Anbetung des westlichen Formalismus — in unserer neuzeitlichen Architektur- und Baupraxis keine Heimstatt. In einem schweren Irrtum befindet sich deshalb I. Ganenko, wenn er in seinem Artikel „Gegen die fremden Einflüsse" (Zeitschrift „Oktjabr", Nr. 4/1960) schreibt, daß sich heute der unbegabte und prinzipienlose Architekt fest im Sattel fühle. Der Verfasser des Artikels hat damit eine völlige Verständnislosigkeit gegenüber dem historischen Sinn und der fortschrittlichen Bedeutung des sich heute vollziehenden Wandels in der Architektur gezeigt.

Um zu vergegenwärtigen, wohin die „Verwendung klassischer Vorbilder im modernen Bauwesen" führt, die von G. Ganenko so verfochten wird, nenne ich ein typisches Beispiel.

In den letzten zwei bis drei Jahren wurden einige Gebäude in der Hauptstadt nach früheren Entwürfen errichtet. In der Nachbarschaft des Zentralen Kultur- und Erholungsparks „Maxim Gorki" werden an das Gebäude des 1. Stadtkrankenhauses große Baukörper angebracht. Einer davon wurde vor ein bis zwei Jahren errichtet, der andere wird gegenwärtig fertiggestellt. Der Autor (Architekt L. Poljakow) wollte sie im gleichen Stil bauen wie das Hauptgebäude, welches ein Werk von Bové ist. Die neuen Gebäudeflügel, die auf erhöhtem Terrain stehen und mit der Vorderfassade der Niederung der Moskwa zugewandt sind, sind von vielen Punkten des anliegenden Wohnbezirks gut zu sehen.

Wir wollen hier nicht auf die Raum- und Grundrißstruktur und den räumlichen Aufbau des gesamten hier entstehenden Komplexes eingehen. Gehen wir nur auf das ein, was die neuen Anbauten für das Gesicht der Stadt und die Erziehung des ästhetischen Geschmacks bedeuten.

Das Ergebnis war — offen gesagt — ein Rückfall in die Stilisierungspraxis. Dieser Fall bestätigt noch einmal, daß man einem neuen Gebäude, selbst wenn es in der Nachbarschaft ein gutes Beispiel alter Architektur hat, nicht ein irgendwann einmal ausgearbeitetes Stilsystem aufzwingen darf. Hier ist die architektonische Aufgabe faktisch nur zur Formenkünstelei geworden.

Bei den an das Krankenhausgebäude anschließenden Flügeln wollte unser zeitgenössischer Baumeister die Architekturformen des ursprünglichen Bauwerks (Elemente der Raumaufteilung, Fensterumrisse, Fensterkreuze und so weiter) nicht originalgetreu nachbilden. Er war genötigt, wenigstens teilweise die heutigen Forderungen der medizinischen Wissenschaft, der Bautechnik und der Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen. Die Unterordnung unter die künstlerische Konzeption Bovés oder, besser gesagt, unter den Charakter der von ihm geschaffenen Architekturformen, die für uns ihren historischen Wert nach wie vor behalten, hat letzten Endes L. Poljakow zu einem Mißerfolg geführt. Die Einheit des außergewöhnlichen Architekturdenkmals wurde zerstört, und — was nicht weniger bedauerlich ist — unser Autor hat ein eklektisch-banales Bild geschaffen, das nicht einmal in die Richtung geht, die das Schaffen Bovés inspirierte, sondern dem entspricht, was in der russischen Architektur Mitte des 19. Jahrhunderts vorherrschte.

Bei einigen Problemen des Architekturschaffens bewegt uns insbesondere das Suchen nach der sozialen Klangfülle bei den Typengebäuden und im räumlichen Charakter der zu errichtenden Komplexe. Deshalb entstehen viele Diskussionen gerade darum, wie die fortschrittlichste räumliche Lösung eines Bauwerks und die Harmonie der Bebauung zu finden seien.

Die Bedürfnisse der Menschen werden in jedem beliebigen neuen Wohnbezirk in Form einer bestimmten Kombination verschiedener Wohnstättenarten vergegenständlicht, den Besonderheiten der Lebensweise und dem ästhetischen Geschmack entsprechend. Die Konkretisierung der Bedürfnisse erfolgt ferner bei der Standortverteilung aller gesellschaftlichen Gebäude und Anlagen, wobei vor allem von den Forderungen der Bequemlichkeit, den natürlichen Gegebenheiten und der Rentabilität der Bauproduktion ausgegangen wird. Sie werden schließlich auch in allen übrigen Komponenten der Bebauung verkörpert, welche das städtebauliche Ganze bilden — in der Bewässerung und Begrünung des Geländes, im Bau von Straßen und Versorgungsnetzen, in der Einfügung von Werken der monumentalen Malerei und der Skulptur in das Ensemble.

Am Können der Architekten und Ingenieure wird insbesondere die Fähigkeit geschätzt, den Arbeitsaufwand und die Kosten je Nutzflächeneinheit, je Wohnungseinheit und so weiter auf ein vernünftiges Mindestmaß zu bringen. Dies wird durch ein gründliches Durchdenken der strukturellen Eigenschaften des Bauwerks, durch eine Synthese des Nützlichen, Technisch-Vollkommenen und Künstlerisch-Ausdrucksvollen erreicht. Durch Gegenüberstellung mehrerer Varianten suchen die Neuerer der Baukunst die Lösung der Hauptaufgabe des Massenbaus: mehr solide, gute und billige Bauten. Darin liegt der Schwerpunkt der Forderungen des Volkes.

Die Architektur des künftigen Bauwerks von der Fundamentsohle bis zum Dach immer wieder von neuem durchdenkend, sind die Projektanten heute darum besorgt, bequeme und leichte, dabei kompositionell geschlossene und sich in das Ensemble eines wohlausgestatteten Wohnkomplexes gut einfügende Gebäude zu schaffen.

In unserem Jahrhundert der grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und des gewaltigen Sprungs in der Entwicklung von Wissenschaft und Technik haben sich auch die traditionellen Vorstellungen von der Monumentalität, dem Maßstab und der Proportionalität der Bauwerke gewandelt. Hieraus folgt auch ein Wandel in der Auffassung über die Schönheit der Werke der Baukunst und in den Vorstellungen vom Ziel des Schaffens.

Der Traum des Architekten ist heute nicht mehr das einzelne Meisterwerk, sondern die umfassende Umgestaltung des gesamten Architekturmilieus einer Ortschaft.

Der heutige Mensch schätzt bei den Produktions-, Wohn- und Gesellschaftsbauten, bei der Bebauung der Straßen und Quartale insbesondere die Weiträumigkeit, Luft und Licht. Genau wie bei den uns umgebenden Gebrauchsgegenständen ziehen die Menschen auch in der Architektur die Zweckmäßigkeit vor, die in einer schlichten, einfachen, edlen Form, in der Frische der Farben und in einer ansprechenden Oberfläche zum Ausdruck kommt.

Architektonik eines Bauwerks bedeutet vor allem Elastizität und Harmonie der Konstruktionselemente und ausgezeichnete Festigkeit des Skeletts. Die neue, beim Volk rasch Anerkennung findende ästhetische Ausdrucksform der Bauwerke läßt keine verschrobenen Umrisse der Gebäude, keine schlaffen, welken Formen, keine Verflachung der Züge — mit einem Wort: sie läßt vieles nicht zu, was zum Beispiel im Barock oder in der Moderne so sichtbar in Erscheinung trat.

Architektur und Städtebau brauchen das Konstruktive in der direkten Bedeutung dieses Wortes, in der Bedeutung von Stabilität, gutem Gesamtaufbau, abgewogener Anordnung der Teile. Bei Gebäuden, in denen tagtäglich Millionen Menschen arbeiten, sich erholen und ihren kulturellen Interessen nachgehen, muß ein maximales Übereinstimmen zwischen der architektonischen Idee und der Zweckbestimmung des Bauwerks vorhanden sein. Zugleich ist das Verständnis für die Langlebigkeit und Schönheit der Bauwerke von dem Suchen nach den fortgeschrittensten technischen Lösungen nicht zu trennen.

Alles Unwahre in bezug auf Funktion, Baustoff und künstlerische Ansprüche, das zuweilen mit dem dehnbaren Begriff „architektonische Gestaltung" bemäntelt wird, muß rücksichtslos verbannt werden. Die Ziersucht widerspricht dem sozialistischen Architekturstil, dessen Züge sowohl beim Monument zu Ehren des Starts des ersten Erdsatelliten als auch bei einem gewöhnlichen Reihenwohnhaus den gleichen Charakter tragen.

DIE DISKUSSION GEHT WEITER

Der menschliche Maßstab im sozialistischen Städtebau

Architekt Eberhard Mueller

Eine der wichtigsten ideologischen Fragen in der Architektur und im Städtebau scheint mir die des menschlichen Maßstabes zu sein, vor allem, soweit es das Neue in der sozialistischen Gesellschaft anbelangt. Städtebau und Architektur haben die Aufgabe, die neuen Dimensionen, die wir im Hinblick auf den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft entwickeln, in den neu zu schaffenden Zentren der Städte unserer Deutschen Demokratischen Republik zu konzipieren, zu verarbeiten und zu verwirklichen.

Aus der Geschichte der Baukunst kennen wir einige äußerst eindrucksvolle Ensembles, die bis in die heutige Zeit wirken. Ich denke dabei zum Beispiel an den Moskauer Kreml-Komplex, an den Petersdom in Rom mit dem vorgelagerten, kolonnadenumrahmten Platz und an Dresden als Stadtensemble, das in seinen dominierenden Teilen fast in einem Jahrhundert errichtet wurde und dessen überaus wirkungsvolle Silhouettenbildung Weltberühmtheit erlangte.

So sehr wir auf diese Tradition stolz sein können, dürfen wir doch nicht übersehen, daß ihr der überalterte Nimbus der Grundstücksspekulation aus einer Zeit anhaftet, in der die Werktätigen an den Köstlichkeiten, die sie mit ihrer Hände Arbeit schufen, nicht Anteil haben konnten. Die „malerischen Gassen" verraten allzu deutlich das Ende des „Paradieses", spiegeln die asoziale Gesinnung der herrschenden Klasse wider.

Die jeweils herrschende Klasse errichtete zum äußeren Zeichen ihrer Machtentfaltung großartige Bauwerke und Ensembles. Ich bin daher der Meinung, daß wir dort, wo das Volk regiert, wo alle schöpferischen Kräfte vereint dem Ganzen dienen, zu noch größeren Leistungen verpflichtet sind.

Aber wir Architekten haben nicht nur die Aufgabe, Ensembles zu bilden, wir müssen auch bei der Lösung der jeweiligen Einzelaufgabe vom Charakter und der Gesamtgestaltung des übergeordneten Ensembles ausgehen. Das erfordert von jedem Bearbeiter eine gründliche Kenntnis der historischen Gegebenheiten für die jeweilige Bebauung, der neuen ökonomischen Bedingungen, die den Städtebau und die Architektur beeinflussen, sowie eine gründliche Untersuchung der neu zu schaffenden Situation. Dabei kommt es in jedem Falle darauf an, eine einheitliche Lösung für die funktionellen, ökonomischen, bautechnischen und baukünstlerischen Belange zu finden, die die Baumeister seit jeher gesucht haben. Je besser und umfassender es uns gelingen wird, eindrucksvolle Ensembles zu schaffen, desto intensiver wird der Einfluß sein, den der Städtebau und die Architektur auf die Bewußtseinsbildung der Bevölkerung nehmen. Die Forderung der 3. Baukonferenz, die Industrialisierung im Bauwesen beschleunigt und konsequent durchzuführen, stellte uns vor neue Aufgaben.

Das Bauen mit vorfabrizierten Teilen erfordert jedoch eine Umwälzung der Bautechnologie. Aus der Forderung nach der größtmöglichen Verwendung vorgefertigter Bauelemente müssen wir auch die Forderung nach Flexibilität der modernen Bauweise ableiten. Es sollen städtebauliche Ensembles mit einer Flexibilität in ihrer Höhenentwicklung und im äußeren Bild ihrer einzelnen Bauwerke entstehen, die nicht unbedingt erkennen lassen müssen, daß überall der gleiche Rastertyp Anwendung fand. Meines Erachtens sollte man das bestimmende Bild des Vorgefertigten in unseren Städten spüren, jedoch so, daß man es unbedingt als angenehm empfinden muß, andernfalls wird uns später ein strenger Vorwurf hinsichtlich einer Uniformierung nicht erspart bleiben können.

Auf der Grundlage der neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse und der planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft hat sich folgerichtig das Bewußtsein unserer Menschen verändert, sie haben das Bewußtsein eines von kapitalistischer Ausbeutung befreiten Menschen erlangt, der unter Führung der Partei der Arbeiterklasse dem Aufbau des Sozialismus alle Kraft widmet. Diesem veränderten Bewußtsein Rechnung zu tragen, dieses Bewußtsein zu steigern und für die künftige weltumspannende kommunistische Gesellschaft zu gestalten, in der die vollautomatisierte Industrie, die volltechnisierte und automatisierte Landwirtschaft und anderes mehr das Geschehen bestimmen werden, das ist meines Erachtens die wesentlichste Aufgabe der künftigen Planung.

Diese Aufgabe verpflichtet die Planer schon heute zu kühnen und großzügigen Straßenraum- und Platzraumgestaltungen, die dem menschlichen Maßstab der Zukunft bereits heute Ausdruck verleihen. Hierbei muß insbesondere die Verkehrsplanung weit vorausschauen, denn wir müssen heute schon an die fünf Verkehrsebenen einer gut organisierten Stadt von morgen denken (vergleiche Böhm und Dörge, Unsere Welt von morgen).

Den unvergeßlichen, uns erhalten gebliebenen baukünstlerischen Kostbarkeiten werden wir dabei mit einem besonderen Feingefühl entgegentreten müssen, um sie in ihrer traditionellen Eigenart zu bewahren. Das Beispiel des Moskauer Kremls kann uns auch hier als Vorbild dienen; in Moskau ist der historische Bezirk als Wahrzeichen der Stadt erhalten geblieben, obwohl gerade Moskau in beispielhafter Weise saniert wurde.

Wir finden also heute andere, die Zukunft bestimmende und die Gegenwart beeinflussende gigantische Maßstäbe, die in den meisten Fällen die historischen bürgerlichen, klerikalen und absolutistischen Repräsentationsbauten mit ihren Ensembles überstrahlen werden, da sie von der Kraft und Lebensfreude der neuen, von Ausbeutung befreiten Menschheit künden. So beeinflußt unser verändertes Bewußtsein unser Verhältnis zur Umwelt — daraus erwächst das, was wir schon heute als den menschlichen Maßstab im sozialistischen Städtebau bezeichnen können.

BÜCHER UND PROBLEME

Helmut Selig
Jugendstil — der Weg ins 20. Jahrhundert
459 Seiten, 356 Abbildungen
Keysersche Verlagsbuchhandlung GmbH, Heidelberg/München 1959
Leinen gebunden 29,80 DBM

Zurück zum Jugendstil

Nachdem sich die Creme der westlichen Bourgeoisie an dem geometrischen Stil eines Gropius, Niemeyer und Neutra satt gesehen hat, zeigt sie sich jetzt empfänglicher für die Renaissance des Jugendstils. In der Tat muß man zugeben, daß der Jugendstil als Ausdruck des Ästhetizismus der Jahrhundertwende, seine Vorliebe für preziöse ornamentale Wirkungen, die modische Eleganz der Wiener Schule, der sprödere Romantizismus der Niederländer und die nervöse Sentimentalität des englischen Dandysmus mehr sinnliche Substanz haben als die brutalisierte Nüchternheit der industrial designers. Ruft er doch immerhin noch die Illusionen klassischer Traditionen hervor. Diesem modischen Bedürfnis kommt das kürzlich von Helmut Selig herausgegebene und durch Kurt Bauch eingeleitete Buch „Jugendstil, der Weg ins 20. Jahrhundert" entgegen. Freilich müßte der Untertitel besser lauten: A la recherche du temps perdu: Der Weg zurück ins 19. Jahrhundert. Und es ist leicht vorauszusehen, daß nach all dem die Renaissance des USA-Wolkenkratzer-Eklektizismus nicht mehr lange auf sich warten läßt. Dann wird, ehe der Vorhang endgültig fällt, das westliche Europa den Schwindel seiner eigenen Gründerjahre aus den USA als amerikanischen Beitrag zur Weltkultur zurückerstattet erhalten.

Von seiner ideologischen Bedeutung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für Gliederung, Auswahl und Textgestaltung abgesehen, enthält dieses Buch eine große Zahl interessanter Fotos und sachlicher Details, Zitate und Hinweise, die nicht ohne Wert sind und eine vielseitige Orientierung ermöglichen. Ausstattung und typographische Gestaltung sind, bis auf den geschmacklosen Schutzumschlag, vorzüglich. Sie knüpfen nicht ohne Geschick an die hervorragenden Leistungen der klassischen englischen Buchkunst an. D. W.

Ipari müvészet (Kunstgewerbe)
136 Abbildungen
Kossuth-Druckerei, Budapest
Ganzleinen

Der Rat für industrielle Formgebung und Kunstgewerbe in Budapest hat das Jahrbuch „Die Kunst in der Industrie" herausgegeben, in dem er über seine fünfjährige Tätigkeit an Hand von Abbildungen der Erzeugnisse aus Industrie und Kunsthandwerk, die ihr Entstehen mittelbar oder unmittelbar dem Rat für Formgebung verdanken, berichtet. Es ist eine weitgespannte Skala, die von Mode über Glas, Keramik, Möbelbau, Haushaltsgeräte, medizinische Apparate bis zur Gestaltung von Maschinen reicht.

In den einführenden Zeilen sind einige prinzipielle Fragen und praktische Erfahrungen der fünfjährigen Tätigkeit des Rates für Formgebung niedergelegt, wobei festgestellt wird, daß eine vollwertige Qualität der Industrieerzeugnisse nur durch enge Zusam-

menarbeit der Entwerfer mit den Fachleuten aus der Industrie und dem Handel erreicht werden kann. Weiter wird mitgeteilt, daß der Rat für Formgebung seine Aufgabe nicht nur darin sieht, einzelne Erzeugnisse zu „verbessern und zu verschönern", vielmehr erstreckt sich seine Tätigkeit auf die Entwicklung der gesamten Industrieproduktion. Sein Ziel sieht er darin, daß jedes Industrieprodukt eine optimale Qualität aufweist, das heißt, daß es „ein Maximum an Verwendbarkeit, Erzeugbarkeit, Wirtschaftlichkeit sowie an künstlerischem Wert widerspiegelt".

Das erfordere die Gleichberechtigung des Entwerfers mit dem Ingenieur. Über die Beziehungen des Entwerfers zum Ingenieur, zur Technik, zur Industrie und über seine Rolle im Prozeß der Entwicklung eines Industrieerzeugnisses erfährt man in der Einleitung leider nichts. Es ist ein Rechenschaftsbericht, der das Erreichte aufzeigt, ohne die Stadien, die Probleme und die Schwierigkeiten zu erwähnen, die dabei zu lösen und zu überwinden waren und vielleicht noch sind.

An dieser Stelle liegt es nahe, aus der Fülle des dargebotenen Bildmaterials zunächst einmal all das herauszugreifen, was in irgendeiner Weise mit Architektur zu tun hat, also die Möbel, Lampen und sonstigen Gegenstände der Raumausstattung. Da nur in wenigen Fällen die Jahreszahl angegeben ist, weiß man oft nicht, ob es sich um neuere oder um ältere Entwürfe handelt. Hieraus erklärt sich wohl die teilweise recht unterschiedliche Qualität der abgebildeten Gegenstände. Bei den Möbeln herrscht die Tendenz vor, sich der international geltenden Formensprache anzugleichen und das konstruktive Gefüge zum Motiv der Gestaltung zu machen. Dabei kommt es zu mancher guten Lösung, bei der Material, Konstruktion und Zweckbestimmung zur Einheit verschmelzen, wie bei einigen Stühlen aus Bugholz, wenn diese überzeugende Einheitlichkeit auch nicht durchgehend erkennbar wird, wie besonders die wenigen eingestreuten Interieurs beweisen.

Unter dem, was man als Beiwerk der Raumausstattung bezeichnen könnte, betrachten wir mit Neid die einfachen und schönen Gebrauchsgläser, die wir hierzulande seit Jahren überhaupt nur von Fotos her kennen. Wer wünschte sich nicht einen Gläsersatz wie den hier abgebildeten.

Die Erzeugnisse des Kunsthandwerks aus Keramik, Messing und Porzellan sind reich vertreten, verfallen jedoch noch allzu häufig in bedeutungslose und willkürliche Spielerei. Auch die Radio- und Fernsehgeräte halten sich nicht von jenem gesuchten Formenaufwand frei, der ihnen unserer Meinung nach nicht zukommt. Dagegen zeigen die Werkzeuge, Meßgeräte und Apparate häufig die großzügig vereinfachte Gestaltung, die wir heute an derartigen Industrieprodukten so schätzen.

Es ist zu bedauern, daß eine solche Veröffentlichung eines Landes, das wegen seiner farbenfrohen Volkskunst berühmt ist, keine farbigen Blätter enthält. So zeigen die Wiedergaben der Stoffe nur das unvollständige Bild der Struktur oder der Zeichnung.

Alles in allem vermittelt diese Dokumentation, mit der sich der ungarische Rat für Industrielle Formgebung und Kunstgewerbe der internationalen Öffentlichkeit vorstellt, ein instruktives und umfassendes Bild über die Ergebnisse seiner Arbeit, wenn auch nicht über seine Struktur und seine Arbeitsweise, die für uns gewiß ebenso interessant wären. Wahrscheinlich würden wir uns noch deutlicher einigen Problemen gegenübersehen, denen wir überhaupt noch nicht ernsthaft zu Leibe gegangen sind. Vieles steckt bei uns noch im Stadium der ersten Anfänge. So ist die wichtige Frage, ob nicht die verschiedenen Disziplinen, die in Ungarn offenbar unter einen Hut gebracht worden sind: Industrie-Formgebung, Mode, Raumausstattung, tatsächlich so vieles gemeinsam haben, daß eine organisatorische Zusammenfassung in irgendeiner Form gerechtfertigt erscheint, nur gelegentlich hier und da diskutiert worden. Auch die theoretische Frage, ob oder inwieweit die Formgebung industrieller Gebrauchsgüter überhaupt eine spezifisch künstlerische Tätigkeit ist und damit den Wertungen und Maßstäben unterliegt, die an eine solche zu stellen sind, ist weit davon entfernt, geklärt zu sein.

Bergner

AUS DEM BDA UND SEINEN BEZIRKSGRUPPEN

Wir gratulieren

Architekt BDA Josef Gesing, Frankfurt (Oder)
5. 5. 1886, zum 75. Geburtstag

Architekt BDA Willy Weber, Olbernhau/Erzgebirge
8. 5. 1886, zum 75. Geburtstag

Architekt BDA Heinz Schönau, Markkleeberg
10. 5. 1911, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Josef Vogt, Schmeckwitz
13. 5. 1891, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Willy Eberle, Leipzig
17. 5. 1901, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Herbert Seiffarth, Zwickau/Planitz
17. 5. 1911, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Max Bergmann, Potsdam
18. 5. 1911, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Ernst Bauer, Gera
19. 5. 1901, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Ernst Kanow, Berlin
19. 5. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Gerhard Böttcher, Plauen
22. 5. 1911, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Otto Kutschmar, Berlin
23. 5. 1896, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Dr.-Ing. Georg Landeley, Karl-Marx-Stadt
24. 5. 1901, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Albert Patitz, Radebeul
24. 5. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Gustav Sohr, Berlin
27. 5. 1901, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Arthur Wenzel, Waldheim/Sachsen
27. 5. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Waldemar Alder, Berlin
29. 5. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Erich Brückner, Neubrandenburg
31. 5. 1881, zum 80. Geburtstag

Dresden

Der Bau und die Einrichtung von Gemeinschaftsküchen

Am 25. Januar 1961 sprach Kollege Curt Heym vor Mitgliedern der BDA-Bezirksgruppe Dresden und der Kammer der Technik, Fachgruppe Bauwesen, über Gemeinschaftsküchen.

Kollege Heym vermittelte vor allem den gegenwärtigen Stand der Entwicklung von Gemeinschaftsküchen und die Anforderungen, die bei neu zu errichtenden Gemeinschaftsküchen zu berücksichtigen sind. Er bezog sich dabei auf den Ministerratsbeschluß vom 20. August 1959, in dem eine Rationalisierung der Küchenarbeit gefordert wird. Die bestehenden Speisegaststätten sind nach den neuesten Erkenntnissen umzubauen, und die teilweise noch bestehende Thermoskübelessen-Speisung für kleinere Betriebe und Schulen ist auf ein Mindestmaß einzuschränken. In größeren Schulen seien daher Garküchen einzurichten und in neu zu bauenden Schulen solche bereits im Stadium des Vorprojektes beziehungsweise der Vorplanung mit zu berücksichtigen. In Hoyerswerda wurde es schon so gehandhabt.

Die Betriebsküchen sollen neben vier bis fünf Wahlessen und einem Schonkostgericht künftig auch noch in der Lage sein, Halbfabrikate à la carte zum Mitnehmen für die Betriebsangehörigen sowie Frühstück verabreichen zu können.

Diese neuen Anforderungen stimmen mit den bisher verbindlich gewesenen Typen für Küchenanlagen nicht mehr überein. Kollege Heym stellte fest, daß beim Bau und der Einrichtung von Gemeinschaftsküchen dem Küchentrakt von den Architekten vielfach nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet worden ist, so daß es oft für den Wirtschaftstrakt an erforderlicher Fläche fehlte und die Geräte nicht so aufgestellt werden konnten, daß sie einen organischen Arbeitsablauf gewährleisten. Bei der Planung von derartigen Einrichtungen sollte daher der Architekt den Kücheningenieur, die Küchenverwaltung und nicht zuletzt auch das Küchenpersonal zur Beratung heranziehen, bei Krankenhausküchen darüber hinaus den leitenden Arzt und den Diätassistenten.

Als ideale Lösung des Küchentraktes mit anschließender Speiseausgabe und Speisesaal empfahl Kollege Heym die T-Form. Als günstigste Tiefe gab er 15 m an. Aus einer Funktionsskizze wurde ersichtlich, daß die Kaltküche, die Warmküche mit Spüle, vorgeschaltete Sozialräume für das Küchenpersonal und Vorratsräume auf die Speiseausgabe münden. Laut gesetzlichen Vorschriften dürfen die Küchenräume keine Durchgangsräume sein, die Fußböden sind undurchlässig, abwaschbar, mit ausreichendem Gefälle und Abflußmöglichkeiten auszubilden.

Als Raumhöhen wurden 3 m bis maximal 5 m angegeben; die Fensteröffnungen müßten ein Fünftel der Fußbodenfläche betragen.

Besonders der Be- und Entlüftung sei Beachtung zu schenken, so benötige beispielsweise die warme Küche einen 15- bis 20fachen Luftwechsel pro Stunde.

Die früher vorgesehenen Absaughauben über den Koch- und Bratgeräten werden heute aus hygienischen Gründen abgelehnt. Die Küchenanlagen sollen nicht zuviel Heizkörper erhalten, da eine Temperatur von + 10 °C für ausreichend befunden wird.

Die Größe des Küchentraktes richte sich nach der Anzahl der Essenteilnehmer, ebenso die Anzahl der Koch-, Brat- und Backgeräte. Bei Kochkesseln rechnet man pro Person 1,5 bis 2 l, bei Ausgabe von Frühstück erhöht sich die Zahl auf 2 bis 2,5 l, pro Bratpfanne werden 250 bis 500 Portionen gerechnet, und die übrigen Geräte, wie Luftkochschränke, Kippkesselgruppen, Zusatzkochgeräte und andere, werden entsprechend der Kapazität angesetzt. Speisekochkessel über 300 l Inhalt werden künftig nicht mehr für Speisen verwendet, sondern nur noch für Getränke, und zwar solange, bis hierfür entsprechende andere Geräte entwickelt worden sind.

Kollege Heym unterteilte in acht Arten von Gemeinschaftsküchen:
Hotel- und Gaststättenküchen,
Hallen- und Internatsküchen mit Vollverpflegung,
Mensen, Werk- und Verwaltungsküchen = Betriebsgaststätten,
Krankenhausküchen mit Diät- und Milchküche,
Küchen in Kinderkrippen und -tagesstätten,
Grob- oder zentrale Vorbereitungsküchen,
Garküchen und
Fischküchen.

Alle diese Küchen seien in ihrer Bauweise, Einrichtung und Funktion unterschiedlich. An Hand von Lichtbildern erläuterte der Vortragende die Funktion folgender Küchenanlagen:

Hotel am Altmarkt in Dresden mit einer projektierten Kapazität von 500 Betten. An die Küche angeschlossen sind hier ein Restaurant, ein Stadtrestaurant, ein Frühstücksraum, mehrere Gesellschaftsräume, ein Festsaal, ein Tanzrestaurant und eine Bar im Keller (Grillbar);

Hotel in Frankfurt (Oder) mit 200 Betten;

Hotel in Magdeburg mit rückwärts angeordneter Schankanlage zur Verkürzung der Kellnerwege;

Krankenhausküchen in Rüdersdorf, Ilmenau und Großenhain.

In den Krankenhäusern wird man ebenfalls vom Transport der Speisen in Thermoskübeln abgehen, da die Temperatur der Speisen bis auf 50 Prozent, bei Diätessen sogar bis auf 35 Prozent absinkt und das Essen auch an Wirkstoffen einbüßt. Entsprechend den Erfahrungen im Ausland soll zum elektrisch heizbaren Speisetransportwagen in den Abmessungen 1,35 m × 0,85 m, der für die Versorgung einer Station von 30 bis 40 Personen ausreicht, übergegangen werden.

Den Abschluß des ersten Teiles des Vortrages bildete die Erläuterung der Selbstbedienungsgaststätten Bahnhof Sangerhausen, Cafeteria im Berliner Tierpark, Ahlbeck und in der Gartenausstellung Erfurt, die teils mit Kassen, teils mit dem Ticketsystem arbeiten.

Ullrich-Augart

Gera

Fachgespräch über die Nutzung der Altbausubstanz bei der Umgestaltung unserer Dörfer

Auf der Dezemberveranstaltung der BDA-Kreisgruppe Gera wurde an zwei typischen Beispielen die Möglichkeit der Verwendung von Altbausubstanz bei der Umgestaltung unserer Dörfer beraten.

Architekt BDA Dipl.-Ing. Ernst Bauer erläuterte an einem Beispiel, wie man ein baugeschichtlich wertvolles Gebäude bei der Umgestaltung unserer Dörfer verwenden kann. Es handelt sich um eine Bauanlage vorwiegend des 18. Jahrhunderts (1698 und 1756) in Zoppoten, Kreis Lobenstein, die vom Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung des Bezirks Gera aufgenommen und in die Umgestaltung des Dorfes einbezogen wurde. Die Planung sieht unter anderem eine Gaststätte, einen Kultursaal, eine Schwesternstation, eine Poststelle, eine Dienststelle für den Gemeinderat, eine öffentliche Wäscherei und Badeanlage vor. Ferner ist der Einbau von Zimmern für Erholungssuchende möglich. Nach einer überschlägigen Kostenberechnung erfordert die Nutzbarmachung des Gebäudekomplexes einschließlich der erforderlichen Umbauten höchstens die Hälfte der Mittel, die für entsprechende Neubauten aufgewendet werden müßten.

Im Falle des genossenschaftlichen Dorfes Rauschwitz, Kreis Eisenberg, wurden durch die Verwendung der Altbausubstanz für betriebliche Zwecke der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften fünf Sechstel der Mittel eingespart, die entsprechende Neubauten verlangt hätten.

Als zweites Beispiel erläuterte Architekt BDA Manfred Metzner die Verwendung eines Brauereigebäudes in Haara. In diesem Fall handelt es sich um ein Gebäude, das nur auf Grund seiner sehr guten Bausubstanz eine weitere Verwendung rechtfertigt. Haara, ein Erholungsgebiet des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, erhält dadurch die Möglichkeit, mit verhältnismäßig geringen Mitteln Übernachtungsmöglichkeiten für 60 Personen zu schaffen. Die erforderlichen Folgeeinrichtungen müssen dann noch errichtet werden.

Angesichts des Verlustes zahlreicher baugeschichtlich wertvoller Objekte

durch Kriegseinwirkungen ist es eine besondere kulturelle Aufgabe, wertvolle historische Gebäude zu erhalten. Diese Aufgabe läßt sich am besten durch die Einbeziehung dieser Bausubstanz in das neue gesellschaftliche Geschehen lösen.

Darüber hinaus werden dadurch erhebliche Baukosten, Baumaterialien und Arbeitskräfte eingespart. Gerade diese Momente spielen für die Verwirklichung unserer Pläne eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die Versammlung empfahl dem Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung, die Unterlagen dem Rat des Bezirkes Gera als Musterbeispiel für die Verwendung der Altbausubstanz vorzulegen. Ferner wurde empfohlen, daß Mitglieder der BDA-Bezirksgruppe Gera in den Kommissionen des Deutschen Kulturbundes mitarbeiten und diesen ihr fachliches Können zur Verfügung stellen. Diese Mitarbeit soll sich nicht nur auf Belange des Hochbaus, sondern auch auf Fragen des Landschaftsschutzes, der Gartenarchitektur und des Naturschutzes erstrecken. Lonitz

Diskussion über Fragen des Städtebaus und der Architektur

In Vorbereitung des IV. Bundeskongresses und zur Auswertung der Moskauer Städtebaukonferenz sowie der Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie hatten sich die Mitglieder der Bezirksgruppe Gera des Bundes Deutscher Architekten am 13. Januar 1961 im Klub der Intelligenz versammelt, um gemeinsam mit Professor Englberger von der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar zu beraten.

Professor Englberger schilderte in sehr lebendiger Art die Veränderungen in der Lebensform des Menschen, die durch unsere neue Gesellschaftsordnung hervorgerufen wurden. Dadurch entstünden neue Aufgaben, die von den Bauschaffenden gelöst werden müßten.

Die maschinelle Arbeit werde immer mehr die manuelle Arbeit verdrängen, der Unterschied zwischen Stadt und Land immer mehr verschwinden, und für die Frau werden weitere Erleichterungen geschaffen werden. All das würde sich entscheidend auf das Leben der Menschen und damit auch auf die Funktion der Grundrisse und die Gestaltung der Gebäude auswirken. Das kulturelle Leben der Menschen wandle sich mit der Entwicklung unserer Gesellschaft, seine spätere Gestaltung könne wohl geahnt, aber noch nicht in ihrem vollen Umfang erkannt werden. Der größtmöglichen Flexibilität der Grundrisse der Gebäude sowie der Bereitstellung von Reserveflächen bei der Neugestaltung unserer Städte und Dörfer sei daher größte Aufmerksamkeit zu schenken. Ähnliche Erwägungen hätten die Sowjetunion veranlaßt, auf der Städtebautagung in Moskau ein Projekt für das Haus der Zukunft zu zeigen. Durch die Flexibilität des Grundrisses könne die Wohnung den Bedürfnissen des jeweiligen Wohnungsinhabers besser angepaßt werden als bisher. Desgleichen könnten technische Veränderungen, die in Zukunft unumgänglich werden, wie der Einbau von Zentralheizungen, Müllschluckern, Fahrstühlen und so weiter, schon jetzt bei der Bauausführung durch die Schaffung von Aussparungen Berücksichtigung finden.

Der Referent stellte mit Recht die Frage: „Wer hindert uns daran, solche Vorkehrungen in unseren Planungen zu treffen und vorzusehen?" Professor Englberger erläuterte seine Ausführungen an Hand von Bildbeispielen aus Dresden und so weiter. Mit Bezug auf die Planung des Zentrums von Gera wurde darauf hingewiesen, daß an Stelle der Wohnblocks, die nördlich des Kulturhauses vorgesehen sind, Reserveflächen ausgewiesen werden sollten.

In der Diskussion wurde auf die Frage: „Was versteht man unter Reserveflächen" sowie auf mit der Rekonstruktion unserer Stadtkerne zusammenhängende Probleme näher eingegangen. Hierbei wurde zum Ausdruck gebracht, daß man mit großem Verantwortungsbewußtsein an die Lösung dieser Fragen herangehen muß und daß es auf Grund der Verschiedenheit kein Rezept gebe. In jedem Fall gelte es, das Typische und Spezifische der Stadt herauszuarbeiten und weiterzuentwickeln. Eine oberflächliche Rekonstruktion unter Beibehaltung eines großen Teiles der verbrauchten Altbausubstanz werde ebensowenig zu einer befriedigenden Lösung führen wie der radikale Verzicht auf alle baugeschichtlichen Bindungen. Lonitz

Jena
Arbeiten für das Nationale Aufbauwerk

Wenn wir die Monatsprogramme der einzelnen Kreisgruppen des Bundes Deutscher Architekten betrachten, finden wir darin hauptsächlich gute Vorträge, Fachgespräche, Diskussionen, Besichtigungen oder ähnliches. Sicherlich ist diese Arbeit sehr wertvoll und nützlich, aber letzten Endes geht ihre Wirkung nicht über den oft kleinen Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus. Nur in wenigen Fällen wird es gelingen, Widerhall in einem größeren Kreis zu erwecken.

Die folgenden Zeilen sollen deshalb das Augenmerk auf eine andere Methode der Wirksamkeit des Bundes Deutscher Architekten lenken, die sich zwar nicht so sehr in den Monatsprogrammen niederschlägt, sich dafür aber mehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit abspielt. Sicherlich gibt es auch in anderen Orten ähnliche Beispiele. Hier sollen jedenfalls keine Urheberrechte verfochten werden.

Bisher war im Bezirk Gera und auch in Jena eine ungenügende Zusammenarbeit zwischen den staatlichen und kommunalen Dienststellen einerseits und den im Bund Deutscher Architekten vereinigten Fachkräften andererseits festzustellen. Der reiche Erfahrungsschatz der letzteren wurde kaum in Anspruch genommen, oder ihre Anregungen wurden ignoriert. So entstanden viele schlechte Bauten, und andere vermeidbare Fehler wurden gemacht.[1]

Seit einiger Zeit ist zumindest in Jena eine begrüßenswerte Änderung eingetreten. Ein Architektenkollektiv des Bundes Deutscher Architekten wird zusammen mit einigen Ingenieuren der Entwurfsbetriebe vom Stadtbauamt laufend zu Beratungen über aktuelle Bauprobleme herangezogen. Dadurch können den für die letzte Entscheidung zuständigen Gremien sorgfältig erarbeitete Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. So bestand zum Beispiel die Gefahr, daß als Standort für den Neubau eines bedeutenden wissenschaftlichen Instituts ein Bauplatz erzwungen werden sollte, der eine nicht wiedergutzumachende Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zur Folge gehabt und letzten Endes auch nicht im Interesse der ungehinderten Entwicklung des Instituts gelegen hätte. Dem Rat der Stadt Jena konnte eine wohlfundierte Begründung für die Ablehnung dieses Standortes in die Hand gegeben werden. Schon heute, vor Beginn des Neubaus, zeigt sich, daß unsere Einwände berechtigt waren, da andernfalls eine schwere Störung der einzigartigen Jenzig-Landschaft erfolgt wäre. In einem anderen Fall wurde eine eingehende Prüfung und Beurteilung des Neubauprojektes Saalbahnhof Jena vorgenommen. Gemeinsam mit den Kollegen der Deutschen Reichsbahn erfolgte eine bessere Berücksichtigung zahlreicher örtlicher Belange, was zu einer wirkungsvolleren Gestaltung der im Jahr 1961 zu beginnenden Neuanlage führt. Ähnliche Beratungen erfolgten über Probleme der Sportanlagen Jenas, über moderne Straßenbeleuchtung und andere Fragen mehr. Der neugewählte Oberbürgermeister und die Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wünschten die Meinung des Architektenkollektivs zu den Fragen der Baugestaltung, der Erneuerung beziehungsweise des Abbruchs bestehender Baulichkeiten zu hören, gewissermaßen der „1000 kleinen Dinge der Umgestaltung", die in den nicht unmittelbar von der Neuplanung betroffenen Gebieten parallel zu den planmäßigen Investitionen laufen sollen. Die Kreisgruppe Jena des Bundes Deutscher Architekten hat dazu eine Denkschrift ausgearbeitet, die mit Skizzen versehen ist. Unsere Kollegen haben die wichtigsten Straßenzüge und Plätze der Stadt untersucht und Vorschläge für ihre Umgestaltung gemacht, die sich auf mehrere Jahre erstrecken und auf die verfügbare Baukapazität, unter Berücksichtigung des Nationalen Aufbauwerkes, abgestimmt sind. So sollen zahlreiche häßliche Kioske und behelfsmäßige Verkaufsstellen beseitigt, Baulücken geschlossen, störende Vorgärten entfernt, Bürgersteige verbreitert und baufällige Gebäude abgebrochen werden. Vernachlässigte oder verwahrloste Gebäude sollen instandgesetzt und erneuert werden; die Straßenbeleuchtung wird verbessert und modernisiert; Engstellen des Verkehrs werden beseitigt. Im Jahre 1961 bilden die Straßenzüge vom Saalbahnhof bis zum Westbahnhof den Schwerpunkt der Ausführung. Bei der Begehung der in Frage kommenden Straßen durch unsere Kollegen konnten wir wieder einmal feststellen, wie „betriebsblind" der Mensch durch ständige Gewohnheit wird. Erst bei bewußtem Anschauen wurden viele Schäden, Unschönheiten und Mängel entdeckt, die bisher übersehen worden waren und eigentlich schon längst verhältnismäßig leicht hätten beseitigt werden können.

Der Oberbürgermeister und die Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben den Vorschlägen der Kreisgruppe des Bundes Deutscher Architekten ihre volle Zustimmung gegeben. Der Bund Deutscher Architekten wurde mit der gestalterischen Oberleitung der Arbeiten beauftragt, deren technische Durchführung in den Händen des Stadtbauamtes liegt. Der Bund Deutscher Architekten wird die ihm obliegenden Arbeiten weitgehend im Nationalen Aufbauwerk durchführen. Damit tritt seine Tätigkeit in der Öffentlichkeit mehr als bisher in Erscheinung; sie ist auf eine dringende öffentliche Aufgabe orientiert, die in dieser Form kaum von einer anderen Stelle gelöst werden könnte. In ähnlicher Weise wird in Rudolstadt und Greiz vorgegangen; auch Gera wird bald nachfolgen. Mauke

[1] Siehe „Deutsche Architektur", Heft /9 1960, „Brauchen wir eine Architekturkontrolle?" Diese Anfrage wurde übrigens von den Verantwortlichen, besonders im Ministerium für Bauwesen, ebenfalls mit Stillschweigen übergangen.

RECHTSSPIEGEL

Die neuen Bauleistungsbedingungen für die sozialistische Bauwirtschaft (ABB)

Am 1. Januar 1961 ist die Anordnung des Ministers für Bauwesen vom 3. Dezember 1960 über die Allgemeinen Bedingungen für die Übernahme und Durchführung von Bauproduktion durch die sozialistische Bauwirtschaft (ABB)[1] in Kraft getreten.

Damit sind nach über achteinhalbjähriger Geltungsdauer die Allgemeinen Bedingungen der volkseigenen Bauindustrie vom 31. Mai 1952 für die Übernahme und Durchführung von Bauarbeiten, bekannt geworden unter der beibehaltenen Kurzbezeichnung „ABB"[2], zu diesem Zeitpunkt unwirksam geworden.

Sie waren in mancherlei Beziehung durch die ökonomische Entwicklung überholt; an ihrer Neufassung ist deshalb seit langem gearbeitet worden. Sie stammten noch aus den Anfängen des sozialistischen Vertragssystems, und bezeichnend in dieser Hinsicht ist, daß ihre Bekanntmachung die Regelung eines so bedeutsamen Instrumentes wie des Vertragsstrafenwesens lediglich im beigefügten Muster eines Bauleistungsvertrages enthielt. Andererseits muß ihnen zugestanden werden, daß sie ungeachtet vorhandener Unzulänglichkeiten in Verbindung mit dem Gesetz vom 11. Dezember 1957 über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft[3] und dank der fortschrittlichen Spruchpraxis des Staatlichen Vertragsgerichts lange Zeit dem Kampf um die Planerfüllung der Baubetriebe als wesentliche Handhabe gedient haben. Die ABB von 1952 lösten die „Vertragsordnung für den Abschluß von Bauleistungsverträgen mit volkseigenen Baubetrieben" der „Grundordnung für die volkseigene Bauindustrie der Deutschen Demokratischen Republik" ab, die seit dem 1. Januar 1950 gegolten hatte. Sie war vom heutigen Minister für Bauwesen in seiner damaligen Funktion als Leiter der Hauptabteilung Bauindustrie im Ministerium für Industrie erlassen worden. Genau elf Jahre immer stärkerer Aufwärtsentwicklung unserer Volkswirtschaft im allgemeinen und im besonderen unserer sozialistischen Bauwirtschaft als einer ihrer bedeutendsten Schlüsselindustrien liegen zwischen dieser Grundordnung und dem Inkrafttreten der neuen Anordnung vom 3. Dezember 1960.

Es wäre falsch, die neuen Bauleistungsbedingungen als einen endgültigen Abschluß zu betrachten. Die technische Entwicklung im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung wird neue Klärungen in vertragsrechtlicher Hinsicht verlangen, und schon heute kann zweifelhaft sein, ob zum Beispiel die Bestimmung, daß bei Bauvorhaben, die aus mehreren Objekten bestehen, über jedes Objekt ein Bauvertrag abzuschließen ist, den Bedürfnissen der industriellen Serienfertigung nach der Taktmethode im Wohnungsbau noch voll entspricht. Bei dieser Bestimmung ist in erster Linie an den Bau größerer Industriewerke gedacht worden.

Die neuen ABB bestätigen zunächst das Prinzip der Hauptauftragnehmerschaft. Die Durchführung des Bauvorhabens ist jeweils nur einem Baubetrieb als Hauptauftragnehmer zu übertragen, und zwar demjenigen, der den größten Bauanteil als eigene Bauproduktion durchführt. Es ist Sache des Hauptauftragnehmers, diejenigen Leistungen für das Bauobjekt, seien es Rohbau- oder Ausbauarbeiten, die er nicht selbst durchführen kann, im eigenen Namen und für eigene Rechnung Nachauftragnehmern zu übertragen. Daran ändert auch die Bestimmung (Paragraph 19) nichts, daß der Investitionsträger mangels anderer Vereinbarung verpflichtet ist, die Rechnungen der Nachauftragnehmer unmittelbar an diese zu bezahlen. Hierbei handelt es sich lediglich um eine Verrechnungsmethode. Verantwortlich für die Bezahlung der Nachauftragnehmer bleibt der hauptauftragnehmende Baubetrieb, unbeschadet eines etwaigen Rückgriffs gegen den Investitionsträger als seinen Auftraggeber. Eine Ausnahme vom Grundsatz der Hauptauftragnehmerschaft ist nur dann statthaft, wenn die Eigenart des Vorhabens den Einsatz eines Hauptauftragnehmers nicht zuläßt. Gründe, die in der Organisation des Bauhauptbetriebes liegen, berechtigen ihn jedenfalls nicht, die Übernahme des Auftrages über das gesamte Bauvorhaben abzulehnen. Für Berlin bestand die Verpflichtung der Baubetriebe zur Übernahme der Hauptauftragnehmerschaft

bisher lediglich im Wohnungsbau. Nunmehr wurde vorgeschlagen, die Bestimmung der neuen ABB über die Hauptauftragnehmerschaft stufenweise für Berlin zu übernehmen.

Da der Vertrag im sozialistischen Vertragssystem das Bindeglied zwischen dem Plan und seiner Verwirklichung darstellt, legt das Vertragsgesetz die Vertragsabschlußpflicht der sozialistischen Betriebe in Höhe ihrer staatlichen Aufgabe fest. Die ABB konkretisieren diese Verpflichtung (Paragraph 3). Danach besteht die Vertragsabschlußpflicht des Betriebes hinsichtlich der Bauproduktion, die in seiner Objektbeauflagung oder in der Objektlenkung als deren Vorstufe[4] enthalten ist oder mangels einer solchen jedenfalls seiner staatlichen Aufgabe entspricht. Andernfalls darf der Baubetrieb den Auftrag nicht übernehmen. Diese strenge Plandisziplin wird durch die großen Ziele des Siebenjahrplanes gefordert. Im Abschnitt B II des Gesetzes vom 1. Oktober 1959 über den Siebenjahrplan[5] wird darauf hingewiesen, daß die Durchführung der Vorhaben des Siebenjahrplans größte Anstrengungen von den Bauschaffenden verlange, und den Staats- und Wirtschaftsorganen, insbesondere den Räten der Bezirke und Kreise, wird aufgegeben, für eine strenge Disziplin bei der Durchführung der im Plan enthaltenen Bauaufgaben zu sorgen und zu sichern, daß keine Überschreitung der festgelegten Bauvolumen erfolgt. Verträge, die hiergegen verstoßen, sind nichtig.

Über das Bauvorhaben ist, falls der Bauvertrag noch nicht abgeschlossen werden kann, ein Bauvorvertrag abzuschließen, in den neben weiteren Angaben die Orientierungssumme für den gesamten bautechnischen Teil des Vorhabens, nach Objekten untergliedert, sowie die Baufreiheits- und Baubeginntermine der einzelnen Objekte mindestens für das erste Planjahr aufzunehmen sind. Nach Paragraph 5, Absatz 4, der ABB müssen die Vertragspartner innerhalb von zwei Wochen nach Objektbeauflagung oder nach Erteilung der staatlichen Aufgabe den Vorvertrag überprüfen und, soweit die Objektbeauflagung oder staatliche Auflage mit dessen Festlegungen nicht übereinstimmt, berichtigen. Die Verpflichtung zum Abschluß von Vorverträgen auf Grund einer erteilten Planauflage war im Bauwesen bereits anerkannt.[6] Die Fassung der ABB läßt jedoch Zweifel über den Charakter des Bauvorvertrages aufkommen, weil er die typischen Merkmale nicht nur des „Vorvertrages", der eine bereits erteilte staatliche Aufgabe voraussetzt, sondern auch des „vorbereitenden Vertrages" im Sinne des Paragraphen 12 des Vertragsgesetzes zu enthalten scheint. Die Praxis wird im Auslegungswege hierüber Klarheit schaffen müssen.

Im Zusammenhang mit dem Vorvertrag wird festgelegt, welche Fristen für die Übergabe der bautechnischen Unterlagen an den Baubetrieb als angemessen gelten. Das sind für die Übergabe der Ausführungsunterlagen zwölf Wochen (im Jahre 1961 vorübergehend zehn Wochen) vor Beginn der Bauarbeiten, für die Übergabe des bautechnischen Teils des Grundprojektes bei Vorhaben des Industriebaus zwölf Wochen vor Beginn des Quartals, in dem die Bauarbeiten begonnen werden. Diese Fristen dürften jedoch kaum für die Vergabe an Betriebe der Ausbaugewerke gedacht sein. Insoweit besteht ebenfalls eine Unklarheit. In analoger Anwendung des Schlußsatzes der ABB (Paragraph 21, Absatz 4) könnte man für die Übergabe der Ausführungsunterlagen an die Ausbaubetriebe eine Frist von sechs Wochen vertreten. Auch hier wird unverzüglich eine verbindliche Entscheidung getroffen werden müssen. In die Preisanordnung Nr. 561/14/26 vom 23. März/23. Dezember 1959[7], die die Mehrkostenvergütung bei zu später Unterlagenübergabe an den Baubetrieb regelt, gehen die neuen Fristen der ABB nicht automatisch ein. Bis zu ihrer gesetzlichen Änderung verbleibt es dort bei der Sechswochenfrist.

Die Vertragspartner können die Festlegung von Zwischenterminen im Bauvertrag verlangen, wenn dafür ein technologisch oder wirtschaftlich begründetes Interesse besteht, zum Beispiel bei Verpflichtung des Auftraggebers, seinerseits einem andern zu einem bestimmten Zeitpunkt Montagefreiheit zu gewähren, oder bei vorübergehender Inkaufnahme von Produktionsbeschränkungen in seinem Betrieb. Die Einhaltung solcher vereinbarter Zwischentermine steht unter Vertragsstrafe. Der vereinbarte Baubeginn gehört nicht zu den unter Vertragsstrafe gestellten Terminen. Das bedeutet nicht, daß er als kein verbindlicher Vertragstermin mehr angesehen wird. Seine Verletzung kann theoretisch durchaus Schadensersatzansprüche des Auftraggebers zur Folge haben. Praktisch allerdings wird das kaum der Fall sein. Aus diesem Grunde entfällt das Bedürfnis, hier auf jeden Fall Sanktionen wirksam werden zu lassen[8]. Bei Verletzung von Terminen durch den Auftraggeber muß sich der Baubetrieb schlüssig werden, ob er die davon abhängigen Termine trotzdem halten kann. Innerhalb eines Monats, gerechnet von der Beendigung der Terminverletzung, hat er das Recht auf Neufestsetzung seiner Termine.

Für die Richtigkeit der bautechnischen Unterlagen ist der Auftraggeber verantwortlich. Das bedeutet nicht, daß der Baubetrieb gegenüber fehlerhaften Unterlagen die Augen verschließen dürfte. Daß er von ihm erkannte Mängel nicht hinnehmen darf, ist selbstverständlich. Er ist aber auch mitverantwortlich für solche von ihm nicht erkannten Mängel, die er bei zumutbarem Verhalten hätte erkennen müssen (Paragraph 8). Daneben ist es Vertragspflicht des Baubetriebes, den Auftraggeber bautechnisch zu beraten und ihm gegebenenfalls Verbesserungs- oder Einsparungsvorschläge zu unterbreiten. Abweichungen vom Projekt darf der Baubetrieb nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers und Genehmigung des Projektanten[9] sowie, nach Paragraph 39 der Deutschen Bauordnung, mit Genehmigung der Staatlichen Bauaufsicht vornehmen.

Der Begriff der vom Auftraggeber zu gewährenden Baufreiheit wird in den ABB nicht definiert, sondern als bekannt vorausgesetzt. Er schließt die Heranführung der Versorgungsleitungen und Zufahrtswege in zumutbare Gebrauchsnähe für den Baubetrieb ein[10]. Daher darf die Formulierung in Paragraph 9, Absatz 3, der ABB, wonach der Auftraggeber verpflichtet ist, dem Auftragnehmer vorhandene Zufahrtswege und Versorgungsanschlüsse im Rahmen der Baufreiheit zur Mitbenutzung zu überlassen, nicht falsch verstanden werden. Er hat sie erforderlichenfalls auch zu schaffen. Ferner hat er nach den Bestimmungen der ABB Lager- und Arbeitsplätze, auch für die Baunebengewerke, zur Verfügung zu stellen und — unbeschadet des Rechts auf termingemäße Übergabe — vorübergehend die unentgeltliche Benutzung der errichteten Gebäude für die Zwecke der Auftragnehmer zu gestatten. Die Bewachung der Baustelle ist, sofern nichts Abweichendes vereinbart wird, Sache des Auftragnehmers, worunter hier nur der Hauptauftragnehmer verstanden werden kann. Erstmals wird hier der Auftragnehmer, soweit ersichtlich, gesetzlich — nicht nur durch innerbetriebliche Anweisung — verpflichtet, ein Bautagebuch zu führen. Diese Verpflichtung trifft jeden Baubetrieb einschließlich der Ausbaugewerke. Das Bautagebuch ist ein Dokument der Baustelle. Es hat im Verfahren vor den Vertragsgerichten große Bedeutung in Beweisfragen und ist daher von dem für die Baustelle Verantwortlichen mit größter Sorgfalt zu führen. Hier sei auf das im zuständigen Vordruckleitverlag erschienene Tagebuchmuster verwiesen. Die VVB (B) Bau und Baustoffe Berlin hat am 30. August 1960 eine Anweisung über die Führung des Bautagebuches herausgegeben.

Der Auftraggeber hat das Objekt gemeinsam mit dem Auftragnehmer abzunehmen. Mit der Abnahme geht die Gefahr auf den Auftraggeber über. Das gilt sowohl im Verhältnis zwischen Investitionsträger und Hauptauftragnehmer als auch zwischen Haupt- und Nachauftragnehmer. Die Abnahme auf Grund des Bauvertrages ist nicht zu verwechseln mit der bauaufsichtlichen Abnahme nach den Vorschriften der Deutschen Bauordnung[11]. Die letztere bedeutet die staatliche Feststellung, daß die Bestimmungen der Deutschen Bauordnung und die in der Baugenehmigung gestellten Bedingungen eingehalten worden sind. Über sie wird ein förmlicher Bauabnahmebescheid (Rohbauabnahmeschein, Gebrauchsabnahmeschein) durch die Staatliche Bauaufsicht erteilt. Die vertragliche Abnahme beinhaltet dagegen die Erklärung des Auftraggebers, daß er die Bauleistung als eine in der Hauptsache dem Vertrag entsprechende Leistung anerkennt. Der Auftraggeber kann trotz bauaufsichtlicher Abnahme seinerseits zur Abnahmeverweigerung berechtigt sein, wenn das Bauwerk nicht dem Vertrag entspricht. Die Ingebrauchnahme des Objekts oder von Teilen desselben durch den Auftraggeber — auch ohne förmliche Abnahme — ersetzt diese und gilt als Abnahme. In der Anordnung vom 8. September 1960 über die Rechnungslegung und Bezahlung von Bauleistungen für den Wohnungsbau in Serienfertigung nach der Taktmethode[12] sind sowohl die bauaufsichtliche als auch die vertragliche Abnahme einschließlich der Bestätigung des Auftraggebers über die Beseitigung der dabei festgestellten Mängel zur gesetzlichen Voraussetzung für die Bewirkung der Schlußzahlung durch die Sparkasse erhoben.

Die Abnahme durch den Investitionsträger, auch die auf Teile eines Bauobjekts — insbesondere bei Kooperationsleistungen — beschränkte Abnahme (Teilabnahme), setzt die Gewährleistungsfrist in Lauf. Eine Ausnahme bildet die Zwischenabnahme, das heißt die Abnahme einzelner Teile der Bauproduktion im Hinblick darauf, daß sie durch die weitere Bauausführung der Prüfung und Feststellung entzogen werden. Sie ist auf den Beginn der Gewährleistungsfrist ohne Einfluß, ebenso wie sie keinen Gefahrenübergang hinsichtlich der abgenommenen Leistung zur Folge hat. Die Gewährleistungsfrist für die Leistungen der Nachauftragnehmer beginnt mit dem Tage der Abnahme des Objektes durch den Investitionsträger. Sie endet aber spätestens vier Jahre nach Abnahme der Leistung des Nachauftragnehmers durch den Hauptauftragnehmer.

Die Gewährleistungsforderung des Auftraggebers ist grundsätzlich auf Nachbesserung gerichtet. Sie entfällt, wenn der Mangel auf vom Auftraggeber übergebene Unterlagen oder auf fremde Vorleistung zurückzuführen ist, deren fehlerhafte Beschaffenheit dem Baubetrieb trotz zumutbarem Verhalten nicht erkennbar war. Sie geht, falls Nutzung und Sicherheit des Bauobjektes beeinträchtigt werden, lediglich auf Preisnachlaß, wenn die Beseitigung des Mangels einen wirtschaftlich nicht zu vertretenden Aufwand erfordern würde. Erkennbare Mängel müssen bei Vermeidung des Verlustes des Gewährleistungsanspruchs in das Abnahmeprotokoll aufgenommen werden. Verborgene Mängel sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Feststellung innerhalb der Gewährleistungsfrist schriftlich dem Auftragnehmer gegenüber zu rügen. Diese Gewährleistungsfrist beträgt für Bauproduktion im allgemeinen zwei Jahre, für Fabrikschornsteine ebenso wie für Säureschutzbauten ein Jahr, für Kesseleinmauerungen und Ofenanlagen sechs Monate und bei Holzerkrankungen drei Jahre. Die bisherige einjährige Gewährleistungsfrist bei Arbeiten an einem unbebauten Grundstück ist in die neuen ABB nicht übernommen worden. Für Gegenstände, die vom Auftrag- oder Nachauftragnehmer nur angeschafft und im Bauobjekt angeschlossen werden, wie zum Beispiel Badewannen oder transportable Öfen, gelten die Gewährleistungsfristen, denen diese Gegenstände nach den für sie in Betracht kommenden besonderen Lieferbedingungen unterliegen.

Die Gewährleistung setzt kein Verschulden und kein Rückgriffsrecht voraus. Es kann daher sein, daß die Gewährleistungsfrist eines Lieferbetriebes — zum Beispiel die sechsmonatige für Lacke und Farben — verstrichen ist, während der Baubetrieb für später sich herausstellende Mängel auf Grund seiner zweijährigen Gewährleistungsfrist für das Bauvorhaben noch in Anspruch genommen werden kann. Im Bereich der Baustofflieferbedingungen[13] ist diese Divergenz beseitigt. Dort beträgt die Gewährleistungsfrist ebenfalls zwei Jahre.

Bei Schadensersatzansprüchen erstreckt sich die Haftung nicht auf den entgangenen Gewinn (Paragraph 18). Die Haftung umfaßt nur den unmittelbaren Schaden, jedoch nicht den Produktionsausfall des Auftraggebers. Diese Haftungsbegrenzung war bereits in den alten ABB und ist in gleicher Weise auch in den Allgemeinen Bedingungen für die Durchführung von Projektierungsarbeiten (ABP)[14] enthalten. Sie entspricht den besonderen Verhältnissen des Bau- und Projektierungswesens.

Nach ausdrücklicher Vorschrift (Paragraph 5, Absatz 3, und Paragraph 6, Absatz 4) ist nunmehr auch die Aufnahme von Sonderbedingungen genereller Art in den Vertrag unzulässig. Damit wird einer aufkommenden Neigung einzelner Betriebe, neben der ABB auf eigene, einseitig ausgearbeitete formularmäßige Vertragsbedingungen Bezug zu nehmen, die gesetzliche Grundlage entzogen.

Zum Schluß sei noch auf die Herabsetzung der Verzugsvertragsstrafe auf 0,05 Prozent der Kostenplansumme pro Tag und die Erhöhung der Qualitätsvertragsstrafe auf 6 Prozent des Wertes der beanstandeten Bauproduktion hingewiesen. Beide Bestimmungen sollen der Qualitätssicherung und -steigerung im Bauwesen dienen. Dr. Linkhorst

[1] GBl. III, S. 67
[2] Min.Bl., S. 75
[3] GBl. I, S. 627
[4] Über Objektlenkung siehe Paragraphen 7 und so weiter der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 24. November 1959 zur Verordnung zur Verbesserung der Planung im Bauwesen (GBl. I, S. 902)
[5] GBl. I, S. 703
[6] Vergleiche Dr. Freitag in „Bauplanung—Bautechnik", Nr. 6/1959, S. 279
[7] GBl. Sonderdruck Nr. 799; GBl. I 1960, S. 21
[8] Vergleiche Drasdo und Dr. Näther in „Vertragssystem", Nr. 12/1960, S. 369
[9] Paragraph 3 der Anordnung Nr. 2 vom 7. September 1957 über die bautechnische Autorenkontrolle (GBl. I, S. 514)
[10] Vergleiche Dr. Näther in „Vertragssystem", Nr. 1/1958, S. 2
[11] Siehe Paragraphen 46 bis 51 der Deutschen Bauordnung
[12] GBl. II, S. 359
[13] Anordnung vom 22. September 1959/30. September 1960 (GBl. II, S. 269; GBl. III, S. 10)
[14] Vom 14. März 1959 (GBl. Sonderdruck Nr. 299), Paragraph 17

Garderobenanlagen
für Theater, Kino, Schulen, Kulturhäuser
Kleideraufzüge
für Bergwerke und Hütten
HERMANN MELZER
Karl-Marx-Stadt, Leninstraße 76
Telefon 44626 · Gegründet 1889

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Antennen



Bad Blankenburg/Thür. W., VEB Fernmeldewerk
UKW-, Fernseh-, Auto-Antennen, Antennen-Verstärker, Gemeinschaftsantennenverstärker für 4, 15 und 50 Teilnehmer, Installationsmaterial für Gemeinschaftsanlagen, Antennen-Installationsmaterial, Selen-Trockengleichrichter, Empfangskonverter, Band IV

Asphaltbeläge

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Ausführung sämtlicher Asphaltarbeiten, Salzstr. 29, Tel. 3 23 82

Aufzüge



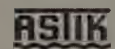
Leipzig, Willy Arndt, Kom.-Ges. Aufzügefabrik, Aufzüge für Personen- und Lastenbeförderung, N 25, Mockauer Straße 11—13 Tel. 5 09 07

Aufzugs- und Maschinenbau



Leipzig, VEB Schwermaschinenbau S. M. KIROW, Leipzig W 31, Naumburger Straße 28, Tel. 4 41 21, FS 05 12 59
Personenaufzüge, Lastenaufzüge sowie Kranken- und Kleinlastenaufzüge

Akustische Isolierungen



Löbau/Sa., Günther Jähne Vorwerkstr. 5, Tel. 37 49

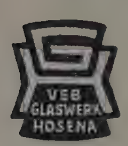


Berlin-Weißensee, Horst F. R. Meyer, KG, Max-Steinke-Str. 5—6, Tel. 56 31 88 u. 64 66 31

Bauglas



Gräfenroda/Thür., VEB Glaswerk, Tel. 3 20 Gräfenroda
Glasdachziegel, Prismenplatten, Glasbausteine, Normalformat hohlgepreßt



Hosena/Lausitz, VEB Glaswerk Prismenplatten für begeh- und befahrbare Oberlichte für Industriebauten

Bautenschutz



Arnstadt/Thür., Heinrich Boll & Sohn, Chemische Fabrik Teer- und Bitumen-Erzeugnisse für Hoch-, Tief- und Spezialbau sowie Hygienebauten nach AIB, TGL und DIN

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung, Chemische Fabrik, Fernruf: 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Bautenschutzmittel

Berlin-Grünau, VEB Chemisches Werk Berlin-Grünau
Bautenschutzmittel
Korrosionsschutz
Technische Beratung kostenlos

Betonfertigteile

Bad Liebenwerda, Liebenwerdaer Betonwarenfabrik Paul Weiland KG, Schloßäcker Str. 9, Telefon 5 27, Fertigteile für Hausschornsteine

Beton- und Stahlbeton

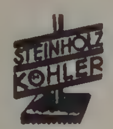
Berlin-Grünau, VEB Chemisches Werk Berlin-Grünau
Mörteldichtungs- und Schnellbindemittel
Technische Beratung kostenlos

Bodenbeläge

Auerbach i. V., Bauer & Lenk KG, Parkett-Fabrik, Karl-Marx-Straße 45, Tel. 27 05

Berlin-Friedrichsfelde, KEDU-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Dresden N 6, Rowid-Gesellschaft Dietz & Co., Bautzener Straße 17, Telefon 5 33 23
Estrichfußböden, Spachtelbeläge, Poren-Gips-Baufertigteile, Ruboplastic-Spannteppiche, PVA-Plattenbeläge,



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Hirschfeld, Kr. Zwickau/Sa., Parkettfabrik Hirschfeld, Produktionsstätte der Firma Bauer & Lenk, KG Auerbach i. V., Tel. Kirchberg 3 57

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Steinholzfußböden, Linolestriche, PVC- und Spachtelbeläge, Industriefußböden, Rosa-Luxemburg-Straße 8, Ruf 5 10 49

Oberlichtenau, Michael's PVA-Fußbodenspachtel — ein fugenlos glatter, trittfester und raumbeständiger Spachtelbelag für alle unnachgiebigen Unterböden. Beratung durch das Lieferwerk Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

Brunnenbau

Elsterwerda, Otto Schmalz KG, Elsterstraße 1, Großbrunnenbau, Tiefbohrungen, Baugrundbohrungen, Grundwasserhaltungen, Horizontalbohrungen

Bücher — Zeitschriften

Berlin, Buchhandlung Handel und Handwerk Erwin Röhl, N 4, Chausseestraße 5, Tel. 42 72 63

Bürogeräte



Dresden, Philipp Weber & Co., KG, Arbeitsplatzleuchten, Telefon-Scherenschwenkarme, Chemnitzer Straße 37, Tel. 4 69 47

Dachanstriche

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung, Chemische Fabrik, Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Dachklebemasse

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung, Chemische Fabrik, Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Dampfkesselanlagen



Borsdorf, Bez. Leipzig, FRAENKEL, BERGEMANN & CO., Fernruf 3 48
Projektierung und Ausführung von Hoch- und Niederdruck-Dampferzeugungsanlagen

Dichtungsstrick



Gotha/Thür., VEB Weiß- und Teerstrickfabrik, Teerstrick und Weißstrick i. all. gew. Ausführ. jederzeit greifbare Standard-Maße
6fach 1/8 etwa 25 mm Ø
8fach 1/4 etwa 20 mm Ø
1fach 1/8 etwa 10 mm Ø
1fach 1/4 etwa 8 mm Ø
Liefer. üb. VEB Baustoffvers. od. Wiratex Exportges., Berlin C 2, Rosenstr. 15

Estriche und Steinfußböden



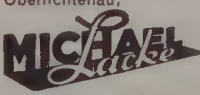
Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Leipzig, Gerhard Tryba, Terrazzofußböden, Spezialböden für Rollschuh-Laufbahnen, W 31, Naumburger Straße 45, Tel. 4 18 11

Farben und Lacke

Berlin-Grünau, VEB Chemisches Werk Berlin-Grünau
Silikatfarben Grünau
Wetterfeste Fassadenanstriche
Technische Beratung kostenlos

Oberlichtenau,



chem.-techn. Werke Böhme & Michael Lack- und Farbenfabrik, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt,

bieten jederzeit Beratung in allen Fragen der zeitgemäßen Anstrichtechnik

Fensterbeschlag



Schmalkalden/Thür. Wald, Joseph Erbe, KG, Striegelfabrik, gegr. 1796, Dreh-Kipp-Fensterbeschlag — die ideale Belüftung —

Festhartbeton

Leipzig, Weise & Bothe, Duromit, Festhartbeton, W 43, Bahnhof Knauthain, Ladestraße

Flachglasveredelung

Weißwasser/OL., Otto Lautenbach, Flachglasveredelung, Gablenzer Weg 18
Spezialität: Möbelgläser, Küchengläser, Türgläser

Fotobücher — Fotozeitschriften

Halle (Saale), VEB Fotokinoverlag Halle, Mühlweg 19

Fußbodenpflegemittel



Lutherstadt Wittenberg, Rothemarkt 7 - 9
Wittol — Bohnerwachs
Wittol — Hartwachs
Wittol — Steinholzpaste
EB 7 — insektizide Bohnerpaste
Emulwachs — für Gummibeläge

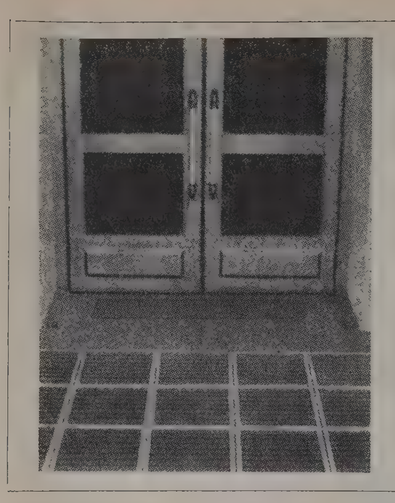
Gartenplastiken

Rochlitz/Sa., Gebrüder Heidl, Tel. 7 31 Gartenplastiken aus Natur- und Betonwerksteinen, Katalog frei

Gewerbliche und industrielle Einrichtungen



Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Filmwände, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Streifenbürsten für Türabdichtungen

in Lizenzbau: **RIGRA-PUR** D. W. Pat. Nr. 8341

Der neuartige Fußabstreicher, hygienisch wirksam, schont Fußböden und Schuhwerk
Normalgröße 50 × 45 cm
— Anfertigung von Sondergrößen —

VEB INDUSTRIEBÜRSTEN BERLIN



Technische Bürsten und Pinsel
Berlin-Pankow, Heynstr. 20, Tel. 48 48 35, 48 48 36

Telegrammadresse: Indubürsten
Absatz- und Versandabteilung: Berlin-Niederschönhausen, Eichenstraße 43, Tel. 48 19 43



Der fußwarme

Industrie-Fußboden

für höchste Beanspruchung
bei niedrigstem Verschleiß

Deutsche Xylolith-Platten-Fabrik

Otto Sening & Co.
Freital I/Dresden

Gotect

ISOLIER- UND BAUTENSCHUTZMITTEL

- **Dachklebemassen,** auch für Steildach
- **Dachanstrichmittel**
- **Dichtungsklebemassen**
- **Vergußmassen** auch für senkrechte Fugen und für andere Zwecke
- **Voranstrichmittel**
- **Schutzanstrichmittel** und bituminöse Anstriche für jegliche Eisenkonstruktionen

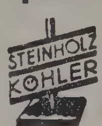
TEERVERWERTUNG THÜRINGEN K.G.

Chemische Fabrik **GOTHA** Ruf 3068

Schiebefenster
besonders zuverlässige Konstruktionen, geeignet für Repräsentativbauten

PGH Spezial-Fenster- und Türenbau
GASCHWITZ
b. Leipzig, Gustav-Meisel-Str. 6
Ruf: Leipzig 39 65 96

Spezial - Fußböden Marke „KÖHLIT"



als schwimmende Estriche in verschiedenen Ausführungen mit besten schall-u. wärmedämmenden Eigenschaften sowie Industriefußböden, Linoleumestriche u. Kunststoffbeläge verlegt

STEINHOLZ - KÖHLER KG (mit staatl. Beteiligung)
Berlin-Niederschönhausen, Blankenburger Straße 85-89
Telefon 48 55 87 und 48 38 23

Max Kesselring
Erfurt Wenige Markt 20
Fernruf 34 08

Lichtpausen • Fotokopien
Technische Reproduktionen

Brücol **-Holzkitt**
(flüssiges Holz)

Zu beziehen durch die Niederlassungen der Deutschen Handelszentrale Grundchemie und den Tischlerbedarfs-Fachhandel
Bezugsquellennachweis durch:
Brücol-Werk Möbius, Brückner, Lampe & Co.
Markkleeberg-Großstädteln

Milchglas
Überfang

maschinengezogen in den Stärken:
4/4, 6/4, 8/4, 4, 5-5 mm und 6-5 mm

VEB NEUGLAS, WEISSWASSER/OL



Akustik und
Lärmbekämpfung
mit PHONEX - Platten durch



HORST F. R. MEYER KG
Berlin-Weißensee, Max-Steinke-Straße 5—6 Tel. 56 31 88 und 64 66 31



für Handwerk und Haushalt

Zu erhalten durch DHZ Chemie
Abt. Chem.-techn. Erzeugnisse

VEB (K) KITTWERK PIRNA

Wer liefert was?

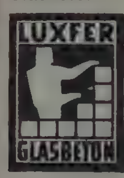
Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsicht. Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien, „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Erfurt/Gispersleben, PGH des Bauhandwerks „Aufbau Nord"
Glasstahlbeton-Oberlichte, Glasstahlbeton-Fenster auch mit Lüftungsflügel
Fernruf: 2 84 68

Glasbeton



Berlin-Weißensee
Liebermannstraße 3-25
VEB Lignolith
Glasbeton-Oberlichte
Beton-Sprossenfenster
Glasbeton-Sonderanfertigungen

Großkochanlagen



Elsterberg,
VEB Wärmegerätewerk,
Telefon 2 14 — 2 16
Großkochanlagen,
Kohlebadeöfen,
Öfen und Herde für feste Brennstoffe

Harmonika-Türen

Karl-Marx-Stadt, Max Schultz, Tel. 4 03 23

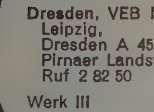
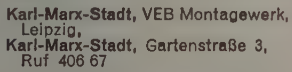
Hartbeton

Berlin-Friedrichsfelde, K E D U - Spezial - Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Haustechnik



Altenburg, Bez. Leipzig,
Walter Pallmann, KG,
Heizungsbau,
Rohrleitungsbau,
Be- und Entlüftungsanlagen

Leipzig, VEB Montagewerk,
Leipzig C 1,
Bitterfelder Straße 19,
Ruf 5 07 57

Werk II
Dresden, VEB Montagewerk,
Leipzig,
Dresden A 45,
Pirnaer Landstraße 23,
Ruf 2 82 50

Werk III
Karl-Marx-Stadt, VEB Montagewerk,
Leipzig,
Karl-Marx-Stadt, Gartenstraße 3,
Ruf 406 67

Wir montieren:
Heizungs-, Lüftungs-,
Rohrleitungs- und Chemieanlagen,
Be- und Entwässerungen,
Gas- und sanitäre Anlagen.
Spezialbetrieb für die Einrichtung von Krankenhäusern, Kliniken und Kulturhäusern

Heizungsbau

Karl-Marx-Stadt, Dipl.-Ing. Paul Schirner, KG, wärmetechnische Anlagen, Freiberger Straße 20, Ruf 4 06 61

Holz und Holzplatten

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Industriefußböden

Berlin-Grünau, VEB
Chemisches Werk Berlin-Grünau
Betonhaft Grünau
eine Kunststoffdispersion und dient als Zusatz zu Mörtel und Beton
Technische Beratung kostenlos

Freital I, Deutsche Xylolith-Platten-Fabrik, Fußbodenplatten nur für Industrie, Tel.: Dresden 88 12 75

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Spezial-Hartfußböden, Rosa-Luxemburg-Str. 8, Ruf 51049

Industrielle Einrichtungen



Apolda, VEB (K) Metallbau und Labormöbelwerk
(komplette Laboreinrichtungen, auch transportable Bauweise)

Zwickau/Sa., VEB Zwickauer Ladenbau, moderne Ladenausbauten,
Ossietzkystraße 5, Ruf 28 30

Isolieranstriche

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung, Chemische Fabrik,
Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Isolierungen



Hermsdorf/Thür.,
W. Hegemann & Söhne,
Hematect-Werk
Alle bituminösen Sperrstoffe nach DIN und AIB, Falzdichtungen von Betonrohrkanälen bis zu den größten Dimensionen durch Hematect-Sperrgürtel

Isolierungen Kälte und Wärme

Dresden, Isolierungen für Kälte und Wärme, Rheinhold & Co., in Verw., N 23, Gehestr. 21, Tel. 5 02 47

Karl-Marx-Stadt, Otto Westhoff, KG, Isolierungen für Kälte und Wärme, Turnstr. 6, Tel. 5 19 30

Installationstechnik



Halle (Saale), VEB Montagewerk
Ausführung und Projektierung
Warmwasser-, Heißwasser- und Dampfheizungen, Be- und Entwässerungen, Gas- und Warmwasserleitungen,
sanitäre Einrichtungen
C 2, Böllberger Weg 85, Tel. 71 51

Kachel- und Wandplatten-Verlegung

Oberlichtenau, Michael's Granatina-Dichtung B 10150 besitzt außergewöhnliche Klebwirkung und ist im Bausektor universell anwendbar beim Verkleben von Holz, Pappe, Glas, Metall, Gips, Mauerwerk, Keramik usw.

Besonders geeignet zum Verkleben abgefallener bzw. neu zu verlegender Wandplatten und Kacheln. Alle technischen Einzelheiten auf Anfrage durch das Lieferwerk

Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Kegelsportanlagen

Karl-Marx-Stadt, Otto Hempel, Inh. Horst Hempel, Asphaltkegelbahnen nach Bundesvorschrift, Salzstraße 29, Tel. 3 23 82

Kesseleinmauerung

Gera, Louis Fraas & Co., KG, mit staatlicher Beteiligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industriebauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Kinoanlagen

Dresden, VEB Kinotechnik Dresden, Kinoanlagen, A 20, Oskarstraße 6, Tel. 4 20 57 und 4 66 07

Klebemittel

Oberlichtenau, Spezial-Kleber aus der Produktion chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

1. **Für Bahnenbelag** (Kunststoff-Folie, PVC, Linoleum usw.) Michael's Spezial-Kleber L 248 und S-036
2. **Für Kacheln und Wandplatten** Michael's Granatina-Dichtung B 10 150
3. **Für Parkett-Verklebung** Michael's Parkett-Zementit C 10 210/C 10 693

Kulturwaren



Floh/Thür.,
Wilhelm Weisheit, KG,
Werkstätten für kunstgewerbliche Schmiedearbeiten in Verbindung mit Keramik,
Tel.: Schmalkalden 4 79 (24 79)

Kunsthandwerk



Friedrichroda/Thür., Georg Reichert, Kunstschmiede
Schmiedearbeiten für die zweckdienende Innen- u. Außenarchit. i. Schmiedeeisen u. Metall. Entwürfe — Entwicklungsarbeiten

Leipzig, Max Gottschling, Holzeinlegearbeiten, (Intarsien), W 31, Ernst-Mey-Straße 20, Tel. 5 12 15



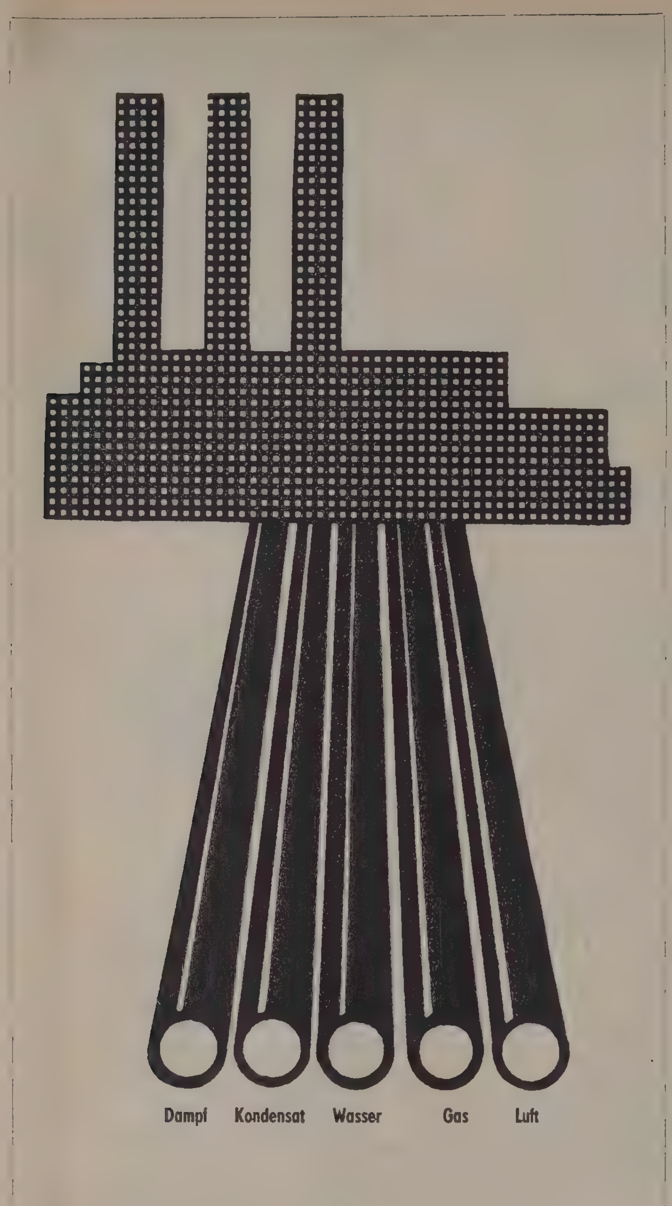
Oelsnitz i. Vogtl., Melanchthonstr. 30
Kurt, Todt echte Handschmiedekunst, Türbeschläge, Laternen, Gitter

Muskau/Oberlausitz, Erna Pfitzinger, Keramiken für Haus und Garten, Anfertigung auch nach Zeichnung, Telefon: Muskau 84

Wurzen/Sa.,
Sächsische Broncewarenfabrik
Neidhardt & Zimmermann, KG,
Kunstschmiede- und Schlosserarbeiten
für Innen- und Außenarchitektur,
Beleuchtungskörper
Laternen,
Gitter.
Badergraben 16, Tel.: Wurzen 27 03

Kunststoffbeläge

Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Kunststoffbeläge, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23



Beratung und Ausführung

Zentralheizungen aller neuzeitlichen Systeme
Heizzentralen und Rohrfernleitungen
Lufttechnische Anlagen
Sanitäre Anlagen jeder Art

für Wohn-, Kultur-, Sozial- und Industriebauten
des In- und Auslandes



Industrielle Vorfertigung
von Anlageteilen für Heizung
und sanitäre Installation

VEB MONTAGEWERK HALLE

Halle (Saale), Böllberger Weg 85 · Postschließfach 527
Telefon 71 51 · Fernschreiber 056 421





In unserer reichhaltigen Kollektion finden Sie für jede Raumgestaltung das passende Teppich-Erzeugnis in

klassischer Musterung
harmonischer Farbgebung
und guter Qualität

VEB HALBMOND-TEPPICHE, OELSNITZ (Vogtland)

„Cafrias"-Erzeugnisse



Rolläden aus Holz und Leichtmetall
Jalousien aus Leichtmetall
Springrollos · Holzdrahtrollos
Universal-Patentrollos · Federwellen
Durchsichtige Sonnenschutzrollos
Präzisions-Verdunkelungsanlagen
mit elektromotorischem Gruppenantrieb
Markisoletten · Markisen
Rollschutzwände

Carl-Friedrich Abstoß KG mit staatl. Beteiligung

NEUKIRCHEN (Erzgebirge) · Karl-Marx-Straße 11

Ruf: Amt Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Zweigbetrieb: BERLIN C 2, Wallnerstraße 27 · Telefon 27 20 16

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Ladenbau



Bernsdorf/OL, VEB (G) Leichtmetallbau, Vitrinen und Preisständer, Konfektionsständer, Garderobenständer, Preisschienen, Sitzgarnituren, sämtl. Möbel aus Leichtmetall, Tel.: Bernsdorf 4 08/4 09

Waldheim/Sa., Rockhausen & Co., KG, Fabrik für Ladeneinrichtungen, Niederstadt 7, Tel. 4 73

Lärmbekämpfung



Berlin-Weißensee, Horst F. R. Meyer, KG, Max-Steinke-Str. 5—6, Tel. 56 31 88 u. 64 66 31

Leichtmetall-Jalousien



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Linoleumestriche



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Linoleumestriche und schwimmende Estriche, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Markisen



Elsterwerda/Sa., Gebr. Heinrich, Markisen aller Art Gegründet 1900

Markisoletten, Scherengitter



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Modellbau

Plauen/Vogtl., Wolfgang Barig, Architektur- und Landschafts-Modellbau — Technische Lehrmodelle und Zubehör, — Friedensstraße 50, Fernruf 39 27

Möbelspiegel

Weißwasser/OL, Lausitzer Spiegelfabrik Anfertigung von Spiegeln aller Art, insbesondere Spiegelgarnituren f. d. Möbelindustrie, Wandspiegel, Kleinspiegel f. d. Etuifabrikation, Glasschiebetüren mit Goldzierschliff, Glasauflegeplatten sowie farbige Glasscheiben usw.

Parkettverlegung

Oberlichtenau, Michael's Parkett-Zementit C 10210/C 10693 zum Verlegen und Ankleben von Dünn- und Mosaik-Parkett mit schnellem Antrocknungsvermögen bei gleichzeitiger Beibehaltung einer höchstmöglichen Dauerelastizität und Alterungsbeständigkeit. Alle technischen Einzelheiten durch Anfrage bei dem Lieferwerk Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Profilglas



Pirna-Copitz, VEB Guß- und Farbenglaswerke, Telefon 6 57 „Copilit"-Profilglas für Bedachung, Trennwände und Industrieverglasungen

Putz und Stuck

Karl-Marx-Stadt, PGH Stukkateure, Putz-, Stuck- und Rabitzarbeiten, Kunstmarmor, Trockenstuck, S 6, Straßburger Str. 31, Tel. 5 52 50

Crimmitschau/Sa., Winkler & Neubert, Stuck- und Rabitzarbeiten, Karlstraße 13, Tel. 29 96

Rolläden



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Sonnenschutzrollos



Bernsdorf/OL, VEB (G), Leichtmetallbau, Herstellung von Springrollos, Telefon: Bernsdorf/OL 4 08/4 09

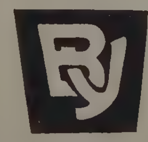


Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Säurebau



Brandis, Bezirk Leipzig, Säurebau Byczkowski, KG Säurefeste und flüssigkeitsdichte Fußboden- und Behälterauskleidungen für die chemische und metallurgische Industrie. Projektierungen und Beratungen

Schornsteinbau

Cottbus, Ernst Paulick, Schonstein- und Feuerungsbau, Bahnhofstraße 7, Telefon 44 35

Gera, Louis Fraas & Co., KG mit staatlicher Beteiligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industriebauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Sperrholztüren

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Staubsauger



Döbeln/Sa., Max Knobloch Nachf., KG, „Emka" Handstaubsauger, neue Ausführung, Type 1000

Steinholzfußböden



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Steinholz und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Teppiche



Münchenbernsdorf/Thür., VEB Thüringer Teppichfabriken Wir fertigen: Tournay-, Bouclé-Teppiche, Brücken, Läufer und Bettumrandungen

Oelsnitz/Vogtl., VEB Halbmond-Teppiche Wir fertigen: Durchgewebte Doppelplüsch-Tournay-, Axminster-, Stickteppiche, Brücken, Läufer, Auslegware, Bettumrandungen, Teppiche bis 12 m Breite und beliebiger Länge ohne Naht

WURZNER WTF TEPPICHE

Wurzen/Sa., VEB Wurzner Teppichfabrik Wir liefern: Teppiche, Läufer und Bettumrandungen in moderner und orientalischer Musterung. Unsere Spezialität: Läufer und Auslegeware

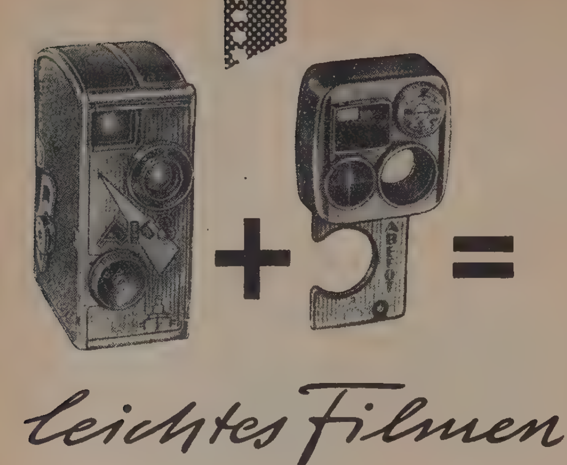
Verdunkelungsanlagen



Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30



leichtes Filmen

Mit dem Abefot, einem halbautomatischen Belichtungsregler, werden während des Filmens stets die richtigen Belichtungszeiten ermittelt und auf die Kamera übertragen. Dadurch wird das Filmen mit der AK 8 noch einfacher und sicherer. Sie brauchen also wirklich nur noch auf den Auslöser zu drücken. Das aber sollten Sie wirklich tun: denn Sie wissen doch:

„Was heute ist — können Sie morgen nicht mehr filmen."



AK 8 –

Merkmale:

Federwerkantrieb · eingebauter optischer Sucher mit Warnmarke für Filmanfang und -ende Fix-Focus-Objektiv (Original-Jena) 2,8/10 mm Automatisches Filmzählwerk Verschiedene Einstellmöglichkeiten: normaler Lauf, Dauerlauf und Einzelbild · Anschlußstelle für Rückwickelkurbel Umfangreiches AK 8-Zubehör

Preis AK 8 215,— DM
Abefot 99,50 DM

VEB KAMERA- UND KINOWERKE DRESDEN



SPRELACART

die dekorative Schichtpreßstoff-Platte

 farbig

 Oberfläche geschmackfrei, geruchlos, zigarettenglutfest

 temperaturbeständig witterungsfest

 Fertigungsformat etwa 1200 × 2800 mm

LIEFERER IN DER DDR:
DHZ GUMMI-ASBEST-KUNSTSTOFFE

EXPORTEUR:
DIA-CHEMIE, KONTOR 034
BERLIN C 2, GEORGENKIRCHPLATZ 6—12

HERSTELLER:
VEB Preßstoffwerk Spremberg
„Dr. Erani" SPREMBERG, N/L





DUROMIT FESTHARTBETON

verleiht Beton-Fußböden:

1. hohe Druckfestigkeit
2. hohe Schlagfestigkeit
3. hohe Dichtigkeit
4. hohe Abschliff-Festigkeit
5. Staubfreiheit, ist gleit- und trittsicher

WEISE & BOTHE, LEIPZIG W 43, Bahnhof Knauthain, Ladestr., Ruf 45938

Erzeugnisse: **Putzgips, Stuckgips, Leichtbauplatten, Leichtbausteine, Hohlblocksteine, Schalungssteine, Gipsbauelemente und Kies**

VEB (K) BAUSTOFFWERK ELXLEBEN

Elxleben, Kreis Erfurt · Ruf: Walschleben 206

Protokoll zum IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten 6. bis 8. April 1961

Sonderbeilage 13/61 Deutsche Architektur

Herausgeber: Bund Deutscher Architekten

Grußadresse
des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

An den
IV. Bundeskongreß
des Bundes Deutscher Architekten

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands übermittelt den Delegierten und Gästen des IV. Kongresses des Bundes Deutscher Architekten die herzlichsten Grüße.

Die Architekten und Ingenieure haben in den vergangenen Jahren gemeinsam mit allen Bauschaffenden einen wesentlichen Beitrag zum friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik und zur ständigen Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Werktätigen geleistet. Solche Bauwerke und städtebaulichen Ensembles, wie die Wohnstadt Hoyerswerda und viele neue Industriebauten, die Leipziger Oper, die Fortsetzung der Stalinallee in Berlin zeugen von dem ernsten Bemühen, dem Optimismus unserer sozialistischen Epoche architektonischen und städtebaulichen Ausdruck zu verleihen, die fortschrittlichen Traditionen unseres Volkes zu pflegen und die komplizierten Aufgaben des industriellen Bauens zu meistern. Eine bedeutende Arbeit leistete der Bund nach der 3. Baukonferenz, um den Gedanken der Standardisierung und Typisierung als Grundlage für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei der Industrialisierung des Bauens verstärkt in die Projektierungsbetriebe und wissenschaftlichen Institute zu tragen und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zielstrebig zu entwickeln. Auf diesem Wege gelang es, die Projektierungsleistungen schnell zu steigern und die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung wirkungsvoller zu nutzen. Das Zentralkomitee dankt allen Architekten und Ingenieuren, besonders den Mitgliedern und Kandidaten des Bundes Deutscher Architekten, für ihre geleistete wertvolle Arbeit.

Der IV. Kongreß des Bundes Deutscher Architekten findet in einer Zeit statt, in der das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird und die fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt, die für eine lichte Zukunft der Menschheit, für den Frieden und den Sozialismus kämpfen, ständig an Stärke zunehmen. Erstmalig besteht die reale Möglichkeit, den Krieg für immer aus dem Leben der Menschheit zu verbannen. Die uralte Sehnsucht der Bauleute, daß ihre Werke die Jahrhunderte überdauern und künftigen Generationen von dem Leben und Wirken ihrer Zeit ein steinernes Zeugnis vermitteln, wird immer mehr zur greifbaren Wirklichkeit. Die Bauten unserer sozialistischen Epoche sollen auch in ferner Zukunft von der Kühnheit unserer Tage, von dem Ringen um ein neues, wahrhaft menschliches Leben künden.

Es kann deshalb für den Bund keine vordringlichere und zugleich schönere Aufgabe geben, als diese großzügige Perspektive, wie sie in den Dokumenten der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau und in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik dargelegt ist, in engster Verbindung mit unserem Kampf um den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, zur Bändigung des westdeutschen Militarismus und zur Sicherung des Friedens allen Architekten unserer Republik zu erläutern mit dem Ziel, die gemeinsamen Anstrengungen für die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als Hort des Friedens in Deutschland zu erhöhen.

In unserer Republik sind alle gesetzlichen Voraussetzungen vorhanden, die Schöpferkraft der Bauschaffenden voll zu entfalten, in engstem Zusammenwirken mit der werktätigen Bevölkerung die großen Bauaufgaben des Sozialismus zu lösen und den Städtebau und die Architektur auf der Grundlage der fortgeschrittensten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse einer in der Geschichte bisher nie gekannten Blüte entgegenzuführen. Auf der Grundlage der Beschlüsse des V. Parteitages hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wiederholt die große Bedeutung des Bauwesens für den friedlichen ökonomischen Wettbewerb mit Westdeutschland hervorgehoben und vor allem auf der 3. Baukonferenz die Aufgabe gestellt, das Entwicklungstempo auf diesem Gebiet durch die konsequente und zielstrebige Industrialisierung des Bauens höchstmöglich zu steigern. Von größter Wichtigkeit für die Entwicklung unseres gesellschaftlichen Lebens, insbesondere des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur ist der zügige Aufbau der Zentren unserer Städte. Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgaben wird zugleich wesentlich helfen, die Anziehungskraft der Deutschen Demokratischen Republik weiter zu steigern.

Wir begrüßen, daß diese Fragen auf dem Bundeskongreß in den Mittelpunkt der Beratungen gestellt wurden. Die konsequente Standardisierung und Typisierung im Bauwesen verlangt von den Architekten und Ingenieuren eine große schöpferische Arbeit und ein hohes fachliches Können, um die Erfordernisse der modernen Technik und Technologie, der strengsten Sparsamkeit sowie das Verlangen nach Zweckmäßigkeit und hoher Qualität in der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung in volle Übereinstimmung zu bringen. Die bisherigen Erfahrungen in der Typenprojektierung

zeigen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Es kommt jetzt darauf an, die Kräfte noch stärker auf diese äußerst wichtige Aufgabe zu konzentrieren, die vorhandenen Rückstände besonders auf dem Gebiet des Industriebaus und der gesellschaftlichen Bauten noch schneller zu überwinden und damit bessere Voraussetzungen für eine rationelle Organisation der Bauproduktion zu schaffen. Die fähigsten Architekten sollten sich künftig in enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit ihrem ganzen Können dieser bedeutsamen Aufgabe widmen.

Der Aufbau unserer Städte und Dörfer muß darauf gerichtet sein, die Entwicklung des sozialistischen Gemeinschaftslebens zu fördern, den Werktätigen ein angenehmes und gesundes Wohnen zu ermöglichen und gute Bedingungen für ihre Arbeit zu schaffen und zugleich einen hohen ökonomischen Nutzeffekt der Investitionen zu erzielen. Der Reichtum und Optimismus unseres sozialistischen Lebens sollte durch Schönheit, Großzügigkeit und klare Ordnung in der Gestaltung der Bauwerke und städtebaulichen Ensembles zum Ausdruck gebracht werden.

Diese großen und vielfältigen Aufgaben lassen sich nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit lösen, bei deren Festigung und Entwicklung der Bund Deutscher Architekten einen großen Beitrag zu leisten vermag. Die guten Erfolge, die die Mitglieder des Bundes in Leipzig, Cottbus und Potsdam durch engste Zusammenarbeit mit den Volksvertretungen, Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, staatlichen Organen, Baubetrieben und vor allem durch die breite Einbeziehung der Bevölkerung bei der Verwirklichung der Bauaufgaben und Verschönerung ihrer Städte und Dörfer erzielt haben, sind dabei beispielgebend. Der Heranführung junger fähiger Architekten und Ingenieure an verantwortliche Aufgaben und der stärkeren Förderung der Frauen in den Entwurfsbetrieben zur Übernahme leitender Funktionen sollte der Bund Deutscher Architekten eine große Aufmerksamkeit widmen und die betreffenden Leitungen mit Rat und Tat unterstützen.

Der Bund Deutscher Architekten wird seine Kräfte vervielfachen und die gestellten Aufgaben noch erfolgreicher lösen, wenn es ihm gelingt, das Leben und die Arbeit in der Organisation interessanter und vielseitiger zu gestalten und besonders durch die freimütige Auseinandersetzung über die Probleme bei der Entwicklung der sozialistischen Architektur alle Architekten in die aktive gesellschaftliche Tätigkeit des Bundes einzubeziehen.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wünscht den Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten und ihrem IV. Kongreß eine erfolgreiche Arbeit und ist überzeugt, daß der Bund auch in Zukunft seinen Beitrag zur Lösung der großen Bauaufgaben für den Frieden und den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik leisten wird.

Mit sozialistischem Gruß!

gez. Walter Ulbricht

Erster Sekretär des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Vorsitzender des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Grußadresse der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Der Ministerpräsident

An den
IV. Bundeskongreß
des Bundes Deutscher Architekten

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt herzlich die Delegierten und Gäste des IV. Bundeskongresses des Bundes Deutscher Architekten und alle Architekten und Städtebauer in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Architekten und Städtebauer haben gemeinsam mit den Arbeitern, den Meistern, Technikern, Ingenieuren und Ökonomen der Bau- und Baustoffindustrie bedeutende Leistungen beim Aufbau unserer Städte und Dörfer, beim Aufbau moderner Industrieanlagen und landwirtschaftlicher Produktionsbauten vollbracht.

Der Aufbau unserer sozialistischen Städte Stalinstadt und Hoyerswerda, die Arbeiten zur Gestaltung des Zentrums unserer Hauptstadt Berlin und anderer Stadtzentren, der Bau der Leipziger Oper wie der Wiederaufbau zahlreicher kulturhistorisch bedeutender Bauwerke sind Beispiele für die schöpferische Initiative, das Können, den Ideenreichtum und das ständig wachsende sozialistische Bewußtsein der Architekten und Städtebauer.

Im Siebenjahrplan sind zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik den Architekten und Städtebauern große und schöne, aber auch verantwortungsvolle Aufgaben gestellt.

Die Erfüllung dieser Aufgaben bedeutet für die Architekten und Städtebauer, daß sie in ständiger Auseinandersetzung mit dem Alten und Überlebten mithelfen, den Sieg des Sozialismus zu verwirklichen. Dabei müssen sie sich auf die Durchsetzung des industriellen Bauens auf der Grundlage der Standardisierung und Typisierung konzentrieren. Es ist erforderlich, Typenprojekte für alle Bauwerke zu entwickeln, die der Produktion und den ständig steigenden Bedürfnissen der Bevölkerung unserer Republik entsprechen und den Werktätigen ein kulturvolles und schöneres Leben gewährleisten. Von unseren Architekten sind städtebauliche Ensembles und Bauwerke zu schaffen, die Zeugnis von den hohen humanistischen Zielen unserer sozialistischen Gesellschaft ablegen.

Die Lösung dieser in der Geschichte unseres Volkes einmaligen Aufgaben für unsere Architekten erfordern die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Bauarbeitern, den Ingenieuren und den Architekten und den ständigen engsten Kontakt mit der gesamten Bevölkerung.

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik erwartet vom IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten einen weiteren Schritt vorwärts auf diesem Wege und wünscht der Tagung einen vollen Erfolg.

Berlin, den 6. April 1961

gez. O. Grotewohl

Hauptreferat auf dem IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten

Die Aufgaben der Architekten im Siebenjahrplan

Referent Prof. Dipl.-Ing. Hanns Hopp, Präsident des BDA, Nationalpreisträger

Dreieinhalb Jahre sind seit dem dritten Bundeskongreß vergangen. In dieser Zeit haben sich, für uns alle sichtbar, die Kraft und der Einfluß der sozialistischen Staaten unter der Führung der Sowjetunion weiter verstärkt. In der DDR wurden beim Aufbau des Sozialismus große Erfolge errungen. Unsere Architekten und Ingenieure arbeiten mit großem Fleiß und unter Einsatz ihres ganzen Könnens an der Erfüllung der Aufgaben, die uns durch den Siebenjahrplan gestellt sind.

Aus der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht ging hervor, daß wir alle unsere besondere Aufmerksamkeit darauf richten sollten, zu einer echten sozialistischen Gemeinschaft zusammenzuwachsen, in der rechthaberische Bevormundung oder seelenloses und bürokratisches Verhalten keinen Platz haben.

Wie fruchtbar sich die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Werktätigen und der Intelligenz heute bereits ausgewirkt hat, beweist die in den ersten beiden Jahren des Siebenjahrplanes erreichte Produktionssteigerung. Die großartigen, im Kapitalismus brachliegenden oder unterdrückten Schöpferkräfte der werktätigen Menschen haben in der gesamten Produktion und auch im Bauwesen bedeutende Erfolge erzielt.

Kennzeichnend für unsere Gegenwart ist die Anwendung wissenschaftlicher Methoden im Bauwesen. Professor Dr. Dr. Thießen, der Vorsitzende des Forschungsrates der DDR, schildert die wissenschaftliche Tätigkeit in einem Vortrag folgendermaßen: Die forschenden Menschen, gleichgültig ob in der Praxis oder in der Theorie, beobachten, sie fügen Beobachtungen sinnvoll zusammen, sie ziehen Folgerungen aus diesen Beobachtungen, sie sagen voraus und sie wenden die Voraussage an, um ihre Wirkung zu erproben. Diese fünf Punkte sind die Kennzeichen jeder wissenschaftlichen Arbeit, also auch der Arbeit der Architekten.

Die Leistungen der Bauarbeiter, Ingenieure und Architekten wurden mehrfach von der Partei und der Regierung anerkannt. Die Planaufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1960 wurden jedoch nicht erfüllt. Außerdem ist noch eine Steigerung der Planaufgaben für die nächsten Jahre vorgesehen. Das erfordert große Anstrengungen. Dabei zu helfen ist eine der Hauptaufgaben unseres Kongresses. In allen drei Ebenen sind Mängel vorhanden, in der Vorbereitung der Investitionen, in der Projektierung und in der Baudurchführung. Diese Mängel müssen beseitigt werden. Das Tempo unserer Entwicklung muß weiter beschleunigt werden. Wenn im Jahre 1960 80 500 Wohnungen gebaut wurden, so müssen es nach dem Volkswirtschaftsplan 1961 94 200 sein. Nach dem Beschluß der Volkskammer sind als Produktionszuwachs 640 Millionen DM vorgesehen, das bedeutet eine Steigerung auf 109,1 Prozent.

Die Aufgaben des V. Parteitages wurden für das Bauwesen auf der III. Baukonferenz präzisiert. Der Kongreß wird sich auf die Lösung solcher Fragen konzentrieren, bei denen ein Zurückbleiben festzustellen ist und die daher für uns am dringlichsten sind.

Die Industrialisierung des Bauens und das Bauen nach Typen, besonders im Industriebau, werden mit Recht als ein Hauptthema auf diesem Kongreß behandelt.

Der Aufbau unserer zerstörten Stadtzentren ist zur Erhöhung des Lebensstandards und für das Wohlbefinden der Bewohner notwendig. Der Aufbau der Stadtzentren wirft eine Reihe von Fragen auf, die wir auf unserem Kongreß beantworten wollen.

Wir erwarten, daß unsere Arbeitsgruppen zu den im Referat aufgeworfenen Fragen und Problemen, die hier nur im Prinzipiellen zu behandeln sein werden, eingehender Stellung nehmen und ihre Vorschläge dem Kongreß unterbreiten.

240 Architekten nehmen als Delegierte an unserem Kongreß teil. Es sind die besten Architekten der DDR, die hier versammelt sind, sie vertreten als Delegierte die 1850 Mitglieder unseres Bundes.

Ein Architekt projektiert jährlich im Durchschnitt für eine Million DM Bausumme, dabei sind die umfangreichen Leistungen bei der Vorplanung und in der Forschung nicht einbegriffen. Das bedeutet, daß die Mitglieder unseres Bundes in jedem Jahr Milliardenbeträge auf baulichem Gebiet als Treuhänder zu verantworten haben. Also eine Aufgabe von höchster volkswirtschaftlicher, politischer und kultureller Bedeutung. Werden diese Summen, welche ja nichts anderes darstellen als die Arbeitskraft von Millionen fleißiger Menschen, von uns richtig verwendet? Rechtfertigen wir Architekten das Vertrauen, das die Gesellschaft durch diesen Auftrag in uns setzt?

Auf diese Frage komme ich noch zurück. Sie sollte auch in den Arbeitsgruppen und in den Diskussionsbeiträgen eine Beantwortung finden.

Zur Industrialisierung

I. Die Bedeutung der Industrialisierung des Bauwesens

Der Entwicklungsstand unserer Produktivkräfte und die sozialistischen Produktionsverhältnisse bieten die Möglichkeit zur umfassenden Industrialisierung unseres Bauwesens. Sie beschleunigt das Tempo unseres Aufbaus, um die ständig wachsenden materiellen und ideellen Bedürfnisse der sozialistischen Gesellschaft schneller zu befriedigen. Durch sie werden die Baukosten gesenkt und die Menschen von schwerer körperlicher Arbeit befreit. Die Durchsetzung und unablässige Vervollkommnung der Industrialisierung des Bauens wird damit zu einer der wichtigsten Aufgaben aller Bauleute, Ingenieure und Architekten.

Erinnern wir uns an die große Bedeutung der Moskauer Allunions-Baukonferenz vom Jahre 1954, die eine neue

Etappe in der Entwicklung der sozialistischen Architektur eingeleitet hat. Erinnern wir uns an den Weg, den wir selbst seit der ersten Konferenz der Bauschaffenden unserer Republik vom Jahre 1955 zurückgelegt haben. Denken wir an die zentrale Stellung, welche die Industrialisierung in den Beschlüssen von Partei und Regierung über die Aufgaben des Bauwesens im Siebenjahrplan einnimmt.

Es ist selbstverständlich, daß der Prozeß der Industrialisierung, durch den nicht nur die Entwicklung der Architektur, sondern auch die Arbeitsweise und das Berufsbild der Architekten entscheidend beeinflußt werden, Gegenstand vieler Diskussionen unter unseren Architekten bildet. Das gilt übrigens nicht nur für die Architekten des sozialistischen Lagers. Es ist kein Zufall, daß auf dem Moskauer Kongreß der Internationalen Architektenvereinigung mehrfach die Frage nach den Auswirkungen der Industrialisierung auf die Architektur gestellt wurde und daß sie offensichtlich auch bei den Beratungen des bevorstehenden Londoner Kongresses 1961 der Internationalen Architektenvereinigung eine große Rolle spielen wird.

Bei diesen Diskussionen zeigt es sich, daß manche Architekten ausschließlich von ihren persönlichen Vorstellungen, Erfahrungen und Wünschen ausgehen, wobei sie die Industrialisierung vielfach als eine vorübergehende, ihre schöpferischen Möglichkeiten und die Entwicklung der Architektur einengende Erscheinung ansehen.

Solche Diskussionen zeigen aber, daß die große und umwälzende Bedeutung der Industrialisierung noch ungenügend erkannt wird. Es handelt sich bei der Industrialisierung um eine gesetzmäßige, objektive Entwicklung, die sich unabhängig von unseren subjektiven Vorstellungen und Wünschen vollzieht. In der Industrialisierung verbinden sich die fortschrittlichsten Erkenntnisse und Erfahrungen von Wissenschaft und Technik mit den modernen Produktionsbedingungen der maschinellen Fabrikarbeit, der Massenproduktion, der Automatisierung. Die Arbeitsproduktivität steigt in bisher nie gekanntem Maße. Weil das beim traditionellen handwerklichen Bauen unmöglich ist, verliert diese Arbeitsweise immer mehr an Bedeutung.

Die Produktivkräfte entwickeln sich natürlich nicht nur im Sozialismus, sondern auch im Kapitalismus, und es gibt eine Industrialisierung des Bauens nicht nur im Sozialismus, sondern auch im Kapitalismus. Aus diesem Grunde können wir Erfahrungen und Kenntnisse auf diesem Gebiet im internationalen Maßstab austauschen und von einem „Weltniveau“ sprechen.

Wir dürfen allerdings nicht übersehen, daß der Charakter und die Entwicklung der Industrialisierung im Bauen unter den Bedingungen der sozialistischen und der kapitalistischen Gesellschaft verschiedene Formen annehmen.

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft stößt die Industrialisierung des Bauens notwendigerweise an die Grenzen, die dem Fortschritt auf allen Gebieten durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gezogen sind. Es ist darum kein Zufall, wenn die französische Großplattenfabrik von Camus trotz ihrer hohen Perfektion mit ihrer Produktion über einen gewissen Umfang nicht hinauskommt oder wenn der Verband amerikanischer Architekten in einem Brief an die Kommission für Forschung der Internationalen Architektenvereinigung die Industrialisierung des Wohnungsbaus als ohne Interesse bezeichnet.

Trotz der Einschränkungen, die für die Industrialisierung im Kapitalismus bestehen, gibt es hervorragende technische Leistungen, die uns Veranlassung geben, uns anzustrengen, wenn wir Schritt halten wollen.

II. Industrialisierung des Bauens und Architektur

Welchen Einfluß hat nun die Industrialisierung des Bauens auf die Architektur? Was bedeutet sie für den Architekten, seine Arbeitsweise, seine schöpferische Aufgabe?

Wir stellen diese Frage mit besonderem Nackdruck, denn wir sehen die Industrialisierung des Bauens nicht einfach als eine Notwendigkeit, als etwas der Architektur Entgegenstehendes an. Uns Architekten sind im Siebenjahrplan große — ja großartige — Aufgaben gestellt, die wir nur lösen können, wenn wir sie zu unserem eigentlichen schöpferischen Anliegen machen.

Viele Architekten denken bei der Industrialisierung des Bauens zunächst an die modernen Baustoffe, an spiegelndes Glas und glitzerndes Aluminium, an die Leichtigkeit eines Skelettbaus oder die wirkungsvollen Formen moderner Schalen- und Hängedächer. Diese modernen Baustoffe und Konstruktionen geben uns neue Möglichkeiten, die Ideen der sozialistischen Gesellschaft baukünstlerisch auszudrücken.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die sich aus der Industrialisierung ergibt, ist die Durchsetzung der Typenprojektierung im Bauwesen. Die Typenprojektierung kann aber nur wirksam werden, wenn sie aufs engste mit der Produktion der Beton- und Fertigungsindustrie verbunden ist. Das erfordert die allseitige Standardisierung und Typisierung.

Wo stehen wir heute in dieser Beziehung?

Mit der Einführung des industriellen Bauens wurde es notwendig, Bauweisen für bestimmte Arten von Bauten festzulegen. So haben wir für den Wohnungsbau die Großblock- und Großplattenbauweise, für die Landwirtschaft die Mastenbauweise entwickelt. Diese Bauweisen waren ein wesentliches Mittel zur Senkung der Baukosten im Wohnungsbau und zur Spezialisierung der Betriebe und der Betriebsabteilungen.

Die Begrenzung der Standardbauweisen auf bestimmte Arten von Bauten erweist sich aber als ein Hemmnis für die Standardisierung im Bauwesen nach dem Baukastenprinzip und für die Massenfertigung unifizierter Bauelemente und die weitere Spezialisierung der Betonindustrie. Wir müssen die Stahlbetonskelettbauweise so entwickeln, daß sie sowohl für gesellschaftliche Bauten als auch für Geschoßbauten der Industrie angewendet werden kann.

In ähnlicher Weise müssen wir die Mastenbauweise für das Offenstallprogramm so entwickeln, daß sie auch für eingeschossige Bauten der verschiedensten Zwecke geeignet ist, wie z. B. für eingeschossige gesellschaftliche Einrichtungen, Ladenbauten, Lagerhallen usw. Weiterhin müssen wir zur Schaffung von Mehrzweckbauten übergehen, indem wir für Bauten, die den unterschiedlichsten funktionellen Bedürfnissen dienen, einheitliche Grundrißsysteme ausarbeiten, die in verschiedenen Bauweisen ausgeführt werden können.

Diese Maßnahmen führen zu einer besseren Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten, zu einer geringeren Störanfälligkeit der spezialisierten Produktion und zur besseren Sicherung des kontinuierlichen Produktionsablaufes.

Wenn wir auf diese Weise an die Typisierung von Gebäuden und an die Entwicklung von Bauweisen herangehen, werden wir zu einer immer größeren Austauschbarkeit von Elementen und somit zum Baukastensystem kommen. Das Ziel der Standardisierung der Bauelemente muß sein, mit einer geringen Anzahl von verschiedenen Bauelementen ein großes Bauwerksprogramm zu realisieren. Dabei ist bei der Entwicklung neuer Typenserien davon auszugehen, daß neue Elemente nur entwickelt werden dürfen, wenn sich hierdurch sowohl in der Vorfertigung als auch in der Mon-

tage ein ökonomischer Nutzen ergibt. So zum Beispiel bei der Einführung von Spannbetonkonstruktionen oder durch Senkung der Gewichte der Elemente.

Die Position des Architekten im industriellen Bauen

Es ist notwendig, daß der Architekt, wenn er den ihm zukommenden Platz im industriellen Bauen einnehmen will, sich nicht mit den funktionellen und konstruktiven Fragen seiner Bauwerke begnügen kann, sondern daß er auch die technologischen und ökonomischen Anforderungen, die das industrielle Bauen stellt, in seine Überlegungen einbeziehen muß.

Bemerken Sie dabei, daß wir ausdrücklich auch von den ökonomischen Anforderungen sprechen. Wir wissen, welche Rolle für uns die Einsparung an Material spielt. „Gramm und Millimeter" haben auch in der Architektur ein Wort mitzureden. Nicht nur der Ingenieur oder der Bauleiter, auch der Architekt kann das Seine zu dieser wichtigen volkswirtschaftlichen Aufgabe beitragen. Das, was unsere sowjetischen Kollegen die „Überflüssigkeiten" nannten, ist zwar verschwunden. Aber immer noch gibt es Entwürfe und ausgeführte Bauten, die bei größerer Disziplin in der architektonischen Gestaltung — die stets auch einen ökonomischen Aufwand bedeutet — an Ausdruckskraft nicht verlieren, sondern im Gegenteil gewinnen würden. So haben wir zum Beispiel im Wohnungsbau durch die Großplattenbauweise die Baukosten zwar gesenkt, aber mit ihrer architektonischen Erscheinung können wir noch nicht zufrieden sein.

Das industrielle Bauen führt zu einer neuen und wirksamen Einheit von Wissenschaft und Technik, von Baukunst und Bauproduktion. Es fordert vom Architekten ein neues Denken, eine umfassendere schöpferische Methode, als er sie bisher gekannt hat.

Aber nicht nur das. Es fordert eine neue Form der Zusammenarbeit aller bei der Verwirklichung des Bauwerkes Beteiligten. Es fordert die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Architekten, Ingenieuren und in der Bauproduktion beschäftigten Spezialisten und Bauleuten. Ohne diese sozialistische Gemeinschaftsarbeit kann die umfassende Aufgabe des industriellen Bauens nicht gelöst werden. Sicher ist, daß der Architekt im Rahmen dieser Gemeinschaftsarbeit eine wichtige koordinierende Stellung einnehmen wird. Das bedeutet, daß seine individuelle Initiative und schöpferische Leistung beim industriellen Bauen keineswegs eingeengt, sondern im Gegenteil in ihrer Auswirkung gesteigert wird.

Wenn man über die Beziehungen zwischen industriellem Bauen und Architektur diskutiert, so hatte man sich bisher stets mit der Befürchtung auseinanderzusetzen, das industrielle Bauen — die Standardisierung und Typisierung — bedeute eine Einengung der baukünstlerischen Seite der Architektur. Ich glaube, wird sind inzwischen schon ein gutes Stück über solche Diskussionen hinausgewachsen. Trotzdem gibt es hier ein Problem, über das wir sprechen müssen.

Wir stehen heute inmitten einer neuen und großartigen Entwicklung der Architektur, die durch — in der Geschichte des Bauens völlig neue — Wege der Ingenieurbaukunst bezeichnet werden kann. Ich denke dabei an die umwälzenden Neuerungen auf dem Gebiete des vorgespannten Betons, der Schalen- und Seilnetzkonstruktionen, der leichten vorgehängten Fassaden aus modernen Baustoffen.

Auf diesem Gebiet, in dem sich die neuesten Erfahrungen von Wissenschaft und Technik mit kühner Intuition und Erfindungsgeist verbinden, ist heute ein eigentlicher internationaler Wettstreit entbrannt. In diesem Wettstreit haben sich die Ingenieure und Architekten der Sowjetunion, der CSSR, Polens, Ungarns und Rumäniens bereits mit Bauwerken hervorgetan, die unser höchstes Interesse verdienen. Auch unsere Republik ist bereits mit bemerkenswerten Bauten und Projekten hervorgetreten, wie die vom VEB Industrieprojektierung Dresden I für die Volksrepublik China projektierten Fabrikanlagen aus vorgefertigten Stahlbetonschalen, das Faltwerkdach des Instituts für Fördertechnik der Technischen Hochschule Dresden, das aus gekrümmten Wellenschalen montierte Dach einer Fabrikhalle in Coswig, die im Bau befindliche Flugzeughalle Schönefeld mit vorgefertigten Schalen.

Die Arbeiten unserer Industriebauer sind deshalb besonders bemerkenswert, weil sie es verstanden haben, die Neuerungen auf dem Gebiet des Schalenbaus mit den Aufgaben der Vorfertigung, des industriellen Bauens zu verbinden. Sie haben deshalb auf dem internationalen Colloquium über Schalenkonstruktionen in Madrid im September 1959 große Beachtung gefunden. Der Präsident des Colloquiums, Ingenieur A. M. Haas, bemerkte in bezug auf diese Arbeiten: „Wir müssen besonderen Wert auf die Untersuchung derartiger Bauformen legen, um zu wirtschaftlichen Typen zu gelangen und billige Bauverfahren zu entwickeln. Die vorgelegten Studien und Untersuchungen sind beispielhaft."

Der Wille zum Neuen, Fortschrittlichen, der Mut zum Experiment, ist also auch bei uns vorhanden. Aber es gibt noch Hindernisse, die wir überwinden müssen. Unter dem Druck der Planerfüllung geben unsere Projektierungsbüros vielfach den altgewohnten Methoden den Vorzug vor dem Neuen, obschon das Neue eine Einsparung an Material und Bauzeit bedeutet, aber eine längere Projektierungszeit erfordert. Wir verstehen es noch nicht genügend, Praxis und Experiment unmittelbar miteinander zu verbinden. Wir unterschätzen oft noch die Bedeutung des Experimentalbaues und widmen seiner Entstehung und Erprobung nicht genügend Zeit.

Eine besondere Hemmung äußert sich auch in der Vorstellung, man habe es bei den ungewohnten und überraschenden Formen der Schalen, Hängedächer usw. mit reiner Sensation, mit Äußerungen des Formalismus zu tun. Wer die durchaus rationellen, wissenschaftlichen, technischen und technologischen Grundlagen dieser Bauweisen kennt, weiß, daß dies keineswegs der Fall ist. Dabei soll nicht geleugnet werden, daß gerade hier sehr oft ein „technischer Formalismus" betrieben wird, der ohne Kenntnisse der wirklich statischen Vorgänge in den Konstruktionen und technologischen Erfordernissen nur die äußerlichen Formen sieht. Aber das hat mit der Sache nichts zu tun.

III. Industrialisierung und Typenprojektierung

Es ist uns allen bekannt, welche Bedeutung die Typenprojektierung für die Entwicklung und Durchsetzung des industriellen Bauens besitzt. Wir müssen uns also Rechenschaft über den Stand, die Mängel und die zu treffenden Maßnahmen auf diesem Gebiet geben. Unsere vier Arbeitsgruppen werden sich mit der Typenprojektierung ganz besonders zu befassen haben und dem Bundeskongreß dazu ihre Vorschläge vorlegen. Wir können uns deshalb hier auf die für unsere Diskussion wichtigsten Gesichtspunkte beschränken.

Wenn wir dabei mit den Aufgaben des Wohnungsbaus beginnen, so können wir feststellen, daß wir hier verhältnismäßig am raschesten vorangekommen sind. Die industriellen Bauweisen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus haben ihre ökonomische Probe bestanden. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, die Wohnungsproduktion bei gleichzeitiger Senkung der Baukosten und Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erhöhen.

Trotzdem gibt es hier noch große Mängel. Ein entscheidender Mangel kommt darin zum Ausdruck, daß der Plan des Wohnungsbaus für das Jahr 1960 nicht erfüllt

werden konnte. Bezeichnend ist dabei, daß im Rohbau fertiggestellte Bauten liegenbleiben mußten, weil der Ausbau nicht vorankommt. Auf dem Gebiet des Ausbaus, der bekanntlich etwa 60 Prozent der Gesamtkosten ausmacht und besonders arbeitsintensiv ist, haben wir es noch immer nicht verstanden, das Prinzip des industriellen Bauens anzuwenden. Vor allem gilt es, die Produktion der Innenausbau-Elemente besser zu organisieren und mehr zu unifizieren.

Als weiteren Mangel müssen wir das Zurückbleiben unserer Typengrundrisse in funktioneller Beziehung bezeichnen. So zeigt der zur Zeit gültige Typ Q 6 erhebliche Grundrißmängel, die teilweise auf zu eng gefaßte technologische Anforderungen zurückzuführen sind. Bemerkenswert ist der von einer Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bauakademie, verschiedener Hochschulen und Entwurfsbetriebe entwickelte Typ Q x. Er läßt bei gleichbleibendem Strukturprinz eine große Variation in den Wohnungsgrundrissen zu und kann sowohl für die Großblock- als auch die Großplattenbauweise in den drei Hauptgewichtsklassen angewendet werden.

Es muß sowohl von der Seite der Projektierung als auch namentlich von der Seite der Vorfertigung dafür gesorgt werden, daß dieser Typ rascher als bisher vorgesehen, auf unseren Baustellen zur Verfügung steht. Einen dritten Mangel unseres industrialisierten Wohnungsbaus müssen wir feststellen, die architektonische Qualität der Entwürfe und die Qualität der Bauausführung. In beiden Beziehungen kommt das Neue, die technische und ästhetische Qualität des industriell hergestellten Produktes, die für die Erzeugnisse der übrigen Industrie heute eine Selbstverständlichkeit darstellt, noch ganz ungenügend zum Ausdruck.

Beginnen wir beim Entwurf. Gewiß ist der Architekt bei den Fassaden des Großblock- oder Großplattenbaues neben den funktionellen noch an ganz bestimmte technologische Anforderungen gebunden, die das notwendige Spiel klarer, ausdrucksvoller und dabei beziehungsreicher Proportionen mitunter erschweren. Daß es möglich ist, auch unter solchen Bedingungen zu guten Ergebnissen zu kommen, haben die Berliner Kollegen bei den Fassaden der fünfgeschossigen Großplattenhäuser an der Ostseestraße und im Wohnkomplex der verlängerten Stalinallee bewiesen. Ungenügend verstehen wir es auch noch, für die Variation der äußeren Erscheinung der industriell hergestellten Wohnhäuser solche Elemente wie Eingänge, Treppenhausfenster, Balkone auszunutzen, die ohne Beeinträchtigung der technologischen Einheit des Bauwerks variiert werden können. Das ist nicht nur eine Frage der zu starren Methode der Typenprojektierung, die solche Variationen offenlassen muß. Es ist auch eine Frage der Initiative der mit der Anwendung der Typenprojekte betrauten Architekten und der Unterstützung, die sie dabei von der Seite der Bauproduktion in den Bezirken und Kreisen finden.

Der beste Entwurf bleibt ein Stückwerk, wenn die Ausführung des Baues nicht in bester Qualität erfolgt. Erst recht müssen wir das beim industriellen Bauen verlangen, denn bei ihm haben Maßhaltigkeit, Präzision der Kanten und Flächen, vorgefertigte Sichtflächen nicht nur technologische, sondern auch ästhetische Bedeutung. Wir müssen von den neu zu errichtenden Gleitfertigeranlagen und spezialisierten Großplattenwerken erwarten, daß sie solche Forderungen erfüllen. Daß wir hier weiterkommen können, haben die Kollegen vom Großplattenwerk Lübbenau bewiesen, die heute sichtgerechte Großplatten versetzen und nur für das äußere Verfugen einen einfachen Hängekorb benutzen. Um die Fragen der Oberflächenbehandlung beim Großplattenbau bemühen sich besonders die Kollegen vom VEB Bau, Berlin. Vom Ministerium für Bauwesen und von der Technischen Hochschule Dresden eingesetzte Arbeitsgemeinschaften arbeiten auf demselben Gebiet. Es ist notwendig, sich sowohl um die nötigen Baustoffe als auch um die erforderlichen Verfahren zu bemühen. Das wird nur erfolgreich sein, wenn eine enge Zusammenarbeit zwischen den Architekten und der Baustoff- und Bauproduktion stattfindet.

Über den unbefriedigenden Stand der Typenprojektierung der gesellschaftlichen Bauten im Hinblick auf das industrielle Bauen wurde bereits auf der theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie gesprochen. Inzwischen sind das Institut für Hochbau der Deutschen Bauakademie, der VEB Typenprojektierung und eine Anzahl von Entwurfsbüros der Republik mit der Ausarbeitung der Stahlbetonskelettbauweise aus Montageelementen beschäftigt, um diesen Rückstand aufzuholen. Es ist vorgesehen, in der sozialistischen Stadt Hoyerswerda eine Anzahl von gesellschaftlichen Bauten noch in diesem Jahr in der Stahlbetonskelettbauweise auszuführen. Sie würden die Aufgabe von Experimentalbauten erfüllen. In derselben Bauweise werden Krankenhäuser für Schwerin und Hoyerswerda projektiert. Auch beim Aufbau des Stadtzentrums Berlin werden die gesellschaftlichen Bauten grundsätzlich in der Stahlbetonskelettbauweise projektiert.

Trotz dieser Bemühungen müssen wir feststellen, daß über den Weg, der zu einer Typenprojektierung der gesellschaftlichen Bauten auf Grund einer industriellen Bauweise führen soll, noch keine Klarheit besteht.

Die Deutsche Bauakademie strebt an, alle gesellschaftlichen Bauten — von der Schule, dem Kindergarten oder Laden im Wohnkomplex bis zum Verwaltungsbau oder Hotel im Stadtzentrum — in einer einheitlichen Bauweise, nämlich der Stahlbetonskelettbauweise zu entwickeln. Die dazu erforderlichen Typen müssen mit dem Industriebau so abgestimmt werden, daß dieselben Elemente in beiden Bereichen angewandt werden können. Das fordert die Betonindustrie, damit ein möglichst geringes Sortiment von Bauelementen massenweise und ökonomisch produziert werden kann.

Dennoch muß die Frage aufgeworfen werden, ob es unter den heutigen Bedingungen richtig ist, den vielfältigen Bereich der gesellschaftlichen Bauten nur einer einzigen Bauweise zuzuordnen. Vielleicht werden wir die Stahlbetonskelettbauweise später auch im Wohnungsbau anwenden.

Für die häufig vorkommenden gesellschaftlichen Bauten im Wohnkomplex müssen Typen in allen drei Bauweisen, der Großblock-, der Großplatten- und der Skelettmontage sowie — bei eingeschossigen Bauten — der Mastenbauweise, entwickelt werden, die sich in der 2-t-Laststufe halten.

Vorläufig aber arbeiten wir aus wohlüberlegten Gründen noch im Wohnungsbau mit typischen Wandbauweisen. Es ist nicht einzusehen, warum diese Wandbauweisen nicht für gewisse Typen von gesellschaftlichen Bauten ebenfalls angewandt werden können. Daraus würden sich ökonomische Vorteile und eine bessere Organisation des Bauablaufs im Wohnkomplex ergeben.

Bei größeren gesellschaftlichen Bauten, wie Bürohäusern, Hotels, Krankenhäusern usw., werden sich in bezug auf Kapazität, Größe, Zahl der Stockwerke so viele Verschiedenheiten ergeben, daß sie nicht als Ganzes typisiert werden können. Es genügt in diesen Fällen, die typischen Raumgrößen, Achsabstände, Haustiefen und Geschoßhöhen und damit zugleich die benötigten Bauelemente festzulegen und häufiger wiederkehrende Segmente des Bauwerks zu typisieren.

Das konkrete Projekt mit den jeweils erforderlichen Ausmaßen würde dann nach dem Prinzip des Baukastens durch das Zusammenstellen der Segmente bzw. der Elemente entstehen.

Damit verwirklichen wir einerseits das Prinzip der Massenfertigung von standardisierten Elementen, das von unserer Betonindustrie gefordert wird, und sichern andererseits dem Architekten die nötige Bewegungsfreiheit in seinem Entwurf.

Die Erweiterung unserer industriellen Produktion im Laufe des Siebenjahrplanes bestimmt die großen Aufgaben, die uns auf dem Gebiete des Industriebaus gestellt sind.

Die Lösung dieser Aufgaben verlangt von der Seite der Planung die größtmögliche Konzentration der Bautätigkeit, um unvollendete Investitionen zu reduzieren. Sie verlangt gleichzeitig von der Seite der Projektierung und Baudurchführung die Durchsetzung des industriellen Bauens, also des Prinzips der Fließfertigung unter Beachtung der Serienfertigung. Das alles setzt die radikale Standardisierung und Typisierung voraus.

Der damit einzuschlagende Weg des Industriebaues ist bereits im Ministerratsbeschluß vom 4. Juni 1959 niedergelegt, in dem die Ergebnisse unserer III. Baukonferenz zusammengefaßt sind. Die Grundlage der Arbeit auf dem Gebiet des Industriebaues bildet die im Jahre 1960 vom Ministerium für Bauwesen herausgegebene „Direktive für die technische Entwicklung des Industriebaus und für die Senkung des bautechnischen Aufwandes". In dieser Direktive sind auch die Ergebnisse der gemeinsamen Beratungen der sozialistischen Länder im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit aufgenommen. Ergänzt wird die Direktive durch eine am 19. Dezember 1960 vom Minister für Bauwesen herausgegebene Anweisung über die Anwendung von Typenprojekten im Industriebau zur schnellen Einführung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts und zur Senkung des Bauaufwandes.

Die bisherige Entwicklung im Industriebau hat gezeigt, daß wir auf dem hier vorgezeichneten Wege noch ungenügende Ergebnisse zu verzeichnen haben. Zwar wurden Typenreihen für Flach-, Hallen- und Geschoßbauten des Industriebaues in der Form der Segmentprojektierung ausgearbeitet und damit die Möglichkeit geschaffen, Universalbauten bzw. Mehrzweckbauten für die verschiedensten Industriezweige auf einer einheitlichen bautechnologischen Grundlage zu errichten.

Aber selbst hier haben wir einen bedeutenden Tempoverlust zu verzeichnen. Das kommt darin zum Ausdruck, daß im gesamten Industriebau nur 7,8 Prozent Typen von den Architekten und Ingenieuren angewendet werden. Dabei zeigen die Ergebnisse einzelner sozialistischer Brigaden — wir nennen insbesondere den VEB Industrieprojektierung Magdeburg —, daß die Typenanwendung bis auf 19,8 Prozent gesteigert werden kann.

Worauf müssen wir uns bei der weiteren Entwicklung des Industriebaues orientieren?

Die Entwicklung wird bestimmt durch:

1. den Bau kompakter und kombinierter Industrieanlagen unter Verwendung von getypten Segmenten aus standardisierten und getypten Elementen bei Beachtung der technologischen Bedingungen,
2. die universelle Nutzungsmöglichkeit der Industriegebäude, besonders durch den Übergang zu eingeschossigen Bauten mit großen Binderstützweiten und Achsabständen;
3. die konsequente Durchsetzung der Montagebauweise bei der Baudurchführung und beim Einbau der Ausrüstungen unter Verwendung von Stahlbetonfertigteilen, besonders mit vorgespannter Bewehrung;
4. die Anwendung von Gebäuden ohne Oberlicht und fensterlosen klimatisierten Gebäuden für dazu geeignete Industriezweige.

Einen entscheidenden Schritt bedeutet der Übergang zur Kompaktbauweise.

Sie bedeutet die konsequenteste Verwirklichung des Mehrzweckbauwerkes im Industriebau. Sie erlaubt, die verschiedensten technologischen Produktionsprozesse in großangelegten universalen Gebäuden aufzunehmen, das Ideal der flexiblen Nutzung des Bauwerks in einem weitgehenden Maße zu verwirklichen. Gleichzeitig müssen wichtige Probleme wie Vollklimatisierung und künstliche Beleuchtung, aber auch eine Reihe von arbeitshygienischen und allgemeinen technologischen Fragen gelöst werden.

Das Prinzip der Kompaktbauweise wird zur Zeit beim Bau der Baumwollspinnerei Leinefelde verwirklicht, der von den Ingenieuren und Architekten des VEB Industrieprojektierung Dresden in Zusammenarbeit mit den Technologen der Textima Karl-Marx-Stadt projektiert wird.

Über der großen Bedeutung der Kompaktbauweise und der Mehrzweckbauten im allgemeinen dürfen wir jedoch nicht vergessen, daß große Zweige der Industrie, wie zum Beispiel die Chemie und die großen Kraftwerkanlagen, nach wie vor auf Einzweckbauwerke angewiesen sind, aus denen sich der ganze Industriekomplex zusammensetzt. Aber auch hier stellt sich die Aufgabe der Standardisierung und Typisierung. Sie bedeutet für den Kraftwerksbau geradezu die entscheidende Wende.

Wir haben es hier sowohl mit universellen Bauwerken zu tun, die auch für andere Industriezweige zu entwickeln sind, wie mit eigentlichen kraftwerkstypischen Bauwerken. Das Prinzip der Einheit von Technologie und Bauwerk steht hier im Vordergrund. Das bedeutet aber nicht, daß die Typisierung und Standardisierung von Bauelementen und Bauteilen nicht dieselbe Bedeutung besitzt wie ganze Bauweisen.

Wir brauchen wohl kaum zu betonen, welche große Aufgabe, aber auch welche Verantwortung unsere Industriearchitekten für die Entwicklung unserer Industrieproduktion übernehmen. Von ihrem Wissen und Können hängen nicht nur die Zweckmäßigkeit und Ökonomie des baulichen Aufwandes, die Funktionsfähigkeit der Anlage, sondern auch das Wohlbefinden und die Arbeitsleistung der Werktätigen und das ökonomische Ergebnis des zu schaffenden Produktes ab.

Wir kommen zum letzten großen Aufgabengebiet des industriellen Bauens, das in der Schaffung der von unserer Landwirtschaft benötigten Produktionsbauten und -anlagen besteht.

Welches sind die Aufgaben, die auf diesem Gebiete von der Typenprojektierung im Zusammenhang mit dem industriellen Bauen zu erfüllen sind?

In funktioneller Beziehung geht es für uns darum, neue Typen von Gebäuden — denken wir zum Beispiel an die Offenställe — zu entwickeln und hochwirksame Formen der Mechanisierung — wie die allseitige Verwendung des Schleppers — einzuführen.

In bautechnischer Beziehung müssen wir in möglichst großem Umfang zu den Montagebauweisen übergehen. Wir rechnen zwar heute beim landwirtschaftlichen Bauen mit einem erheblichen Anteil an Eigenleistungen von der Seite unserer LPG. Das schließt aber nicht aus, daß wir den Anteil der Montagebauweisen möglichst steigern müssen.

Wo stehen wir heute in dieser Beziehung?

Wir haben als Form des industriellen Bauens in der Landwirtschaft die Mastenbauweise entwickelt. Wir dürfen selbst feststellen, daß wir mit dieser Bauweise, die sich durch ihre technische Einfachheit und ihre Wirtschaftlichkeit auszeichnet, heute das Weltniveau bestimmen. Sie hat sich in den Jahren 1959/60 vor allem

für die Offenställe, aber auch für weitere Kaltbauten durchgesetzt.

Inzwischen hat es sich gezeigt, daß ein wachsender Bedarf an Warmbauten besteht. Es ist einleuchtend, daß wir hierfür nicht auf den üblichen Mauerwerksbau zurückgreifen können. Der Großblockbau als industrielle Bauweise hat sich unter den Bedingungen der landwirtschaftlichen Baustelle als nicht zweckmäßig erwiesen. Wir schlagen deshalb den Weg ein, die Mastenbauweise auch für erdgeschossige Warmbauten zu entwickeln, indem wir sie mit vorgesetzten wärmedämmenden Leichtwänden kombinieren. Diese Bauweise wird zur Zeit an einem Versuchsbau in Leipzig-Markkleeberg erprobt.

Wenn wir von solchen Fortschritten absehen, so weist die Typenprojektierung der landwirtschaftlichen Produktionsbauten immer noch große Mängel auf, die Gegenstand vieler berechtigter Kritiken von seiten unserer LPG-Bauern sind.

Den Architekten und auch unserem Bund erwächst die Aufgabe, einerseits daran mitzuwirken, die Mitglieder der LPG von der Überlegenheit der genossenschaftlichen Produktion immer tiefer zu überzeugen, und andererseits, die Kritiken und Erfahrungen der Bauern gründlich zu beachten und bei allen landwirtschaftlichen Produktionsgebäuden eine möglichst große Variabilität der Inneneinrichtung zu erreichen.

Auf der einen Seite zeigt sich, daß unsere Typenprojektierung auf dem Gebiete der Landwirtschaft noch zu starr, zu unbeweglich gegenüber berechtigten Anforderungen der Praxis ist. Auf der anderen Seite werden aber auch wichtige Überlegungen und Anordnungen der Architekten nicht genügend verstanden. Sehr oft muß die Typenprojektierung Vorwürfe über nicht funktionstüchtige Anlagen entgegennehmen, weil die Anlagen in bezug auf Erschließung, Versorgung und Zubehörbauten unvollständig ausgeführt wurden.

Was müssen wir tun, um diesen Mängeln abzuhelfen?

1. Es muß ein besserer Kontakt, eine bessere Gemeinschaftsarbeit zwischen den Entwerfenden und den LPG-Bauern hergestellt werden. Das ist eine wichtige Aufgabe der Bezirksgruppen des BDA.
2. Wir müssen auch bei den landwirtschaftlichen Produktionsbauten zu Mehrzweckbauten, zu möglichst universell verwendbaren Bauwerks-„Hüllen“ kommen.
3. Der Innenausbau muß in die Vorfertigung und Montage miteinbezogen werden. Er müßte in Zukunft sogar auswechselbar projektiert werden, da er erfahrungsgemäß einer sehr raschen technologischen Veralterung ausgesetzt ist.
4. Die Erschließungs- und Versorgungsarbeiten müssen industrialisiert bzw. mechanisiert werden.
5. Die LPG-Baubrigaden müssen eine bessere bauliche Ausrüstung erhalten, damit sie produktiver arbeiten können.

Es ist noch auf die große Bedeutung der internationalen technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit hinzuweisen, die sich auch beim landwirtschaftlichen Bauen über den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe vollzieht. Ein interessantes Dokument dieser Zusammenarbeit bildet die Internationale Ausstellung von Typenprojekten für Stallbauten aus den sozialistischen Ländern, die zur Zeit in der Deutschen Bauausstellung an der Stalinallee zu sehen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe versucht, Ihnen die vielfältigen Probleme, die das industrielle Bauen stellt, im Prinzipiellen darzulegen und die neuen Aufgaben des Architekten, die daraus entstehen, aufzuzeigen.

Wir müssen uns eingestehen, daß bisher die Architekten nur das genommen haben, was ihnen die Ingenieure anboten. Man könnte beinahe von einer Kapitulation der Architekten vor den Ingenieuren in der Vergangenheit sprechen. Heute wissen wir Architekten, daß wir nicht nur am Reißbrett zu arbeiten haben, sondern daß es darauf ankommt, die Produktion der Baustoffe, die Technologie des Bauablaufs so zu beeinflussen, daß ein Werk der Architektur entsteht.

Wenn es vor einigen Jahren Architekten gab, die es vorzogen, sich Ingenieur zu nennen, heute aber die gleichen Kollegen sich wieder als Architekt bezeichnen, so können wir daraus schließen, daß die Bedeutung, die Schwierigkeiten, aber auch die Schönheit unseres Berufs von unseren Kollegen immer mehr erkannt werden.

Zum Städtebau

Der V. Parteitag der SED hat uns Städtebauern und Architekten die großartige Aufgabe der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte und Dörfer gestellt. Dazu gehört auch der Aufbau der Zentren unserer wichtigsten Städte mit Einschluß des Zentrums Berlin, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Die Lösung dieser Aufgabe hängt nicht allein von uns Städtebauern und Architekten ab, aber doch wird ihr Gelingen wesentlich bestimmt durch unser Können, durch unsere Schöpferkraft, durch unsere Fähigkeit, das Neue unserer Epoche — also den Sozialismus — baukünstlerisch auszudrücken und damit auch zu seinem weiteren Aufbau beizutragen.

Die meisten unserer Städte sind in Jahrhunderten gewachsen. Die Geschichte ihrer Bauten ist ein Spiegelbild der Geschichte unserer Nation. Auch der Irrweg unserer Nation in die Katastrophe des letzten Krieges wird durch die Zerstörung der Zentren vieler unserer Städte symbolisiert.

Ihr Aufbau also wird Zeugnis ablegen von der Kraft unseres Volkes, ein neues Leben unter Führung der Arbeiterklasse aufzubauen. Er wird Zeugnis ablegen von der Zielsicherheit dieses Weges und von unserer Fähigkeit, die Bedürfnisse des sozialistischen Lebens der gegenwärtigen und der kommenden Generation zu erfüllen.

Deshalb hat diese Aufgabe — der Aufbau der Stadtzentren — bei aller städtebaulichen und architektonischen Bedeutung einen wesentlichen politischen Inhalt. Sie trägt den Charakter eines Bekenntnisses, das Bekenntnis zu unserem Volk und zu diesem neuen, dem sozialistischen Weg.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Bekenntnischarakter dieser Aufgabe, die Parteilichkeit dieses Auftrages neu für den Architekten?

Ist es nicht so, daß das Volk seine Hoffnungen, seine Ideale dann durch herrliche Bauten dargestellt sah, wenn eine neue, eine junge Klasse dieses Volk zu einer höheren Entwicklungsstufe führte?

Erinnern wir uns, wie die Marktplätze in unseren alten Städten entstanden:

Die junge Bürgerklasse versprach dem Volk bessere Existenzbedingungen als die Klasse der Feudalherren, welche sie in Leibeigenschaft hielt.

Es entstanden die alten Plätze mit den Rathäusern und Bürgerkirchen, die alten Stadtmauern mit ihren Türmen. Sie waren Waffen der neuen Klasse im Kampf um die Macht und wurden sehr oft unter Waffen errichtet.

Oder blicken wir hier auf das Zentrum Berlin: Als Schinkel das „Alte Museum“ schuf, wollte er dem „Reich der Freiheit“ — wie er es ausdrückte und worunter er das Reich des Geistes verstand — einen Tempel errichten. Daß er das Freiheitsstreben des Bürger-

tums vor der 48er Revolution auf die „geistige Welt" beschränkt, zeigt zwar die Begrenztheit seiner Gesellschaft, daß er auf dem Dach des Gebäudes die preußischen Adler anbrachte, zeigt das Bekenntnis zu seinem Auftraggeber — doch das Resultat ist ein großes Kunstwerk. Nicht zuletzt deshalb, weil es Schinkel verstand, die Freiheitsbestrebungen des Bürgertums seinerzeit baukünstlerisch auf eine großartige Weise auszudrücken.

Alle diese Kunstwerke entstanden nicht trotz, sondern wegen ihres Bekenntnisses zu dem politischen Inhalt, zu der geistigen Bewegung ihrer Zeit.

Die Dekadenzerscheinungen der Künste im Imperialismus wurden und werden wesentlich dadurch erzeugt, daß die Kunst zur Ware herabgewürdigt wird, daß Bilder, Bücher und Entwürfe verkauft und zu einem Gegenstand des Handels werden, daß sie häufig — nicht immer — ihren Bekenntnischarakter verloren, daß der Auftraggeber selbst ein Händler war, der mit den von Architekten geschaffenen Gebäuden Profit machen wollte.

Mit der revolutionären deutschen Arbeiterklasse als Auftraggeber der Architekten tritt ein Bauherr großen Stils in der Geschichte unserer Nation auf. Ihm entspricht auch die Größe und Bedeutung der Aufgabe, die Zentren unserer Städte umzugestalten.

Was ist nun aber das Neue an dieser Aufgabe?

Bisher diente der Architekt Auftraggebern, welche nicht zuletzt auch mit Hilfe der von ihm entworfenen Bauten die Ausbeutung anderer Klassen betrieben, wenn sie auch manchmal den Ausbeutungscharakter ihrer Herrschaft verschleierten.

Auch die edelsten Bauwerke und die genialsten Baukünstler kamen an diesem Widerspruch zwischen ihren humanitären künstlerischen Bestrebungen und dem Ausbeutercharakter der Auftraggeber nicht vorbei.

Der Sozialismus befreit die Menschheit von der Ausbeutung, vom Hunger und von der Geißel des Krieges. Diesem kühnsten Traum der Menschheitsgeschichte zur Wirklichkeit zu verhelfen, durch steinerne Zeugen dieses Kampfes, durch unsere Kunst und unser Können ihm Waffen zu schmieden — das ist das Neue an unserem Auftrag.

Daß dieses Neue nicht durch Routine, nicht durch Rezepte — geschweige denn durch Dogmen — zu meistern ist, das ist klar. Ja, das ist nicht einmal durch einen Architekten oder überhaupt durch Architekten allein zu meistern.

Wenn sozialistische Gemeinschaftsarbeit bei einer Aufgabe notwendig ist, dann bestimmt bei dieser. Es kommt hinzu, daß dieser Auftrag der Arbeiterklasse an uns Architekten nicht zufällig herantritt. Der geschichtliche Augenblick, der uns dieser Aufgabe gegenüberstellt, ist aus der objektiven geschichtlichen Entwicklung erwachsen. Dieser Augenblick hat seine ökonomische, seine materielle Bedingtheit. Er hängt mit dem Fortschreiten der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der sprunghaften Entwicklung der industriellen Produktion ursächlich zusammen. Diese Faktoren bewirken aber auch andere Bauweisen und andere Baumethoden. Von den veränderten Bedürfnissen, die sich aus den veränderten Produktionsverhältnissen ergeben, ganz zu schweigen.

Niemals aber wurden Bauwerke von großem künstlerischen Rang errichtet, die nicht gleichzeitig neue und kühnere Konstruktionen in sich einschlossen.

Das Neue an unseren Aufgaben bezieht sich also nicht nur auf die neue Qualität des Auftraggebers, nicht nur auf die neue Qualität der Bauaufgaben, sondern auch auf die neue Qualität der Baumethoden, und alle diese Faktoren werden eine neue Qualität der Baukunst erwirken. Erst dann, ja nur dann, wenn wir das richtig begriffen haben, entstehen Bauwerke, die man als sozialistische Kunst bezeichnen kann.

Aber auch erst dann, wenn wir diese klare Ausgangsposition gemeinsam besitzen, wird sich ein wirklich fruchtbarer Meinungsstreit unter uns Architekten entwickeln können. Deshalb ist es notwendig, daß wir diesen Meinungsstreit nicht belasten mit falschen Auffassungen.

Welches sind solche Auffassungen?

Es wird manchmal von Architekten die Meinung vertreten, daß zwar die Ausbeutungsgesellschaften es notwendig gehabt hätten, Macht zu demonstrieren durch hochragende Gebäude, durch die beherrschende Stellung von Bauten. Die sozialistische Demokratie aber habe solche Machtäußerungen nicht nötig.

Von einigen Kollegen wird behauptet, daß die großen Maßstäbe der Bauten den „menschlichen Maßstab" vermissen ließen. Es wird gesagt, daß Repräsentation nicht mehr unserer Zeit angemessen sei. Dann gibt es wieder einige — vielleicht wenige unter den Architekten —, die behaupten, daß Stahl, Beton und Glas Gestaltungsmittel „westlicher Bauweise" seien, daß man zu den Maßstäben des Klassizismus wieder zurückfinden müsse, weil die folgerichtige Entwicklung der Baukunst durch den Imperialismus unterbrochen worden sei, und daß das Volk diese modernen Gestaltungsmittel nicht verstehen würde.

Dazu einige Bemerkungen:

Alle diese Fragen und Behauptungen zeugen von einem noch vorhandenen Unverständnis für den geschichtlichen Prozeß, dem wir alle unterworfen sind. Sie zeugen aber auch von einem mangelnden Vertrauen in die Schöpferkraft des Volkes und der Architekten.

Natürlich meldet die Arbeiterklasse mit ihren Bauten ihren Führungsanspruch im Staat und in der Gesellschaft an. Natürlich ist das auch eine Demonstration der Macht und der Kraft der Arbeiterklasse. Auch in der klassenlosen Gesellschaft werden einmal die Architekten, die nach uns kommen, das baukünstlerisch ausdrücken wollen, was Gorki literarisch ausdrückt, wenn er sagt:

„Ein Mensch zu sein, wie stolz das klingt!"

Aber natürlich verändern sich mit den Zeiten auch die Mittel und der Geist dieser Repräsentationen. Die Kollegen haben recht, wenn sie der Meinung sind, daß es nicht unsere Sache sein kann, mit den gleichen Mitteln zu repräsentieren, mit denen die Bourgeoisie am Ende des 19. Jahrhunderts es getan hat. Unser Repräsationsbedürfnis wird gleichzeitig bestimmt durch die natürliche Einfachheit des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft.

In unserer konkreten geschichtlichen Situation bedeutet Repräsentation jedoch: das Bewußtsein vermitteln von der Bedeutung des ersten deutschen Staates der Arbeiter und Bauern — der Deutschen Demokratischen Republik — für die Geschichte unserer Nation.

Wir meinen, daß der menschliche Maßstab nicht abhängt von der Quantität der Baumassen, sondern entschieden wird durch den sozialen Inhalt und die künstlerische Meisterschaft der Architekten.

Was aber die Gleichsetzung moderner Baumethoden mit westlichen Einflüssen und die Behauptung, daß diese modernen Baumethoden vom Volk nicht akzeptiert würden, betrifft, so möchte ich antworten, daß man sich nur nicht immer solche Sorgen machen sollte um das Verständnis der Menschen für die moderne Technik. Gerade diese Menschen sind es, die in ihren Fabriken, auf dem Lande und im täglichen Leben mit der modernen Technik vertraut wurden und sie meistern lernten.

Der Sozialismus ist es gewesen, der den ersten Sputnik in den Himmel schickte.

Diese revolutionäre Bewegung wird auch Träger der Formerneuerung unserer Bauten sein. Das hat nichts mit der Suche des Westens nach immer neuen Formensensationen zu tun, aber sehr viel mit kühnem Neuerertum auch in der Architektur, im Städtebau sowie im gesamten Bauwesen.

Natürlich gibt es, abgesehen von diesen Fragestellungen, eine Fülle solcher Probleme, deren Lösung schwierig genug ist. Diese Probleme können im wesentlichen in zwei Gruppen zusammengefaßt werden:

1. die Probleme der Planung, d. h. vor allem der Programmstellung;
2. die Probleme der Projektierung, d. h. der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung.

Wir wollen kurz die Probleme der Planung betrachten: Natürlich sind alle Planungsprobleme der Stadtzentren kompliziert. Sie hängen zusammen mit der zweckmäßigen, räumlichen, technischen und gestalterischen Einordnung des Zentrums in die Gesamtstruktur der Stadt. Mit anderen Worten: Was im Zentrum gebaut wird, muß Bestandteil einer komplexen Planung sein und von ihr bestimmt werden. Das ist unter kapitalistischen Bedingungen nicht durchzusetzen, doch unter unseren Bedingungen ist es nicht nur möglich, sondern notwendig.

Heute kann man auf Grund der bisher vorliegenden Erfahrungen feststellen, daß die Planung der Stadtzentren eine ungenügende Qualität hat. Sie ist diesen bedeutungsvollen Aufgaben nicht angemessen. Die Folge ist, daß die von der Partei und der Regierung gestellten Aufgaben für die Bebauung der Stadtzentren zu einem großen Teil nicht termingemäß erfüllt wurden.

Es ist nicht zulässig, daß z. B. in Dresden ein Wettbewerb für den Zentralen Platz ausgeschrieben wird mit einer bestimmten Aufgabenstellung, und daß nach diesem Wettbewerb, an dem sich hervorragende Architektenkollektive beteiligten, das Programm erheblich eingeschränkt und verändert werden mußte. Das gleiche gilt für Karl-Marx-Stadt. Man kann nicht beliebig Baukörper verkleinern, ohne damit die gesamte Entwurfskonzeption zu Fall zu bringen. Durch solche Mängel blockiert man nicht nur die Arbeitskraft von Architekten, sondern dämpft auch die Begeisterung für diese großartigen Aufgaben.

Es ist aber auch nicht zulässig, daß Architekten an den von ihrem Auftraggeber, der Arbeiterklasse, gegebenen Auftrag herumdeuteln und um Höhendominante oder nicht streiten, wie das bei der Gestaltung der Zentren in Berlin und Dresden der Fall war.

Es ist auch nicht zu verstehen, daß ein Kampf um die Erhaltung oder den Ausbau von Ruinen alter Bauwerke geführt wird, die für die Gegenwart nichts mehr bedeuten, ja, die dem Aufbau des Neuen im Wege stehen. So ist z. B. nach unserer Auffassung nicht zulässig, daß nach dem Beschluß, den eine Volksvertretung gefaßt hat, über ein Bauwerk trotzdem noch — ich denke hierbei an die Sophienkirche in Dresden — immer wieder erneut die Frage aufgeworfen wird, ob man das Bauwerk nicht doch erhalten solle.

Wir sind der Meinung, wir sollten unsere Kraft nicht in solchen Diskussionen verzetteln, sondern mit Meisterschaft dem Neuen Ausdruck geben.

Auf dem 12. Plenum des ZK der SED machte der Vorsitzende der Plankommission, Bruno Leuschner, kritische Bemerkungen über die Ordnung und Leitung der Investitionstätigkeit. Wir stellen mit allem Ernst fest, daß diese Kritik auch auf die Planung der Zentren der Städte zutrifft. Der Vorbereitung dieser Aufgabe wird von den Räten nicht immer die Aufmerksamkeit zugewandt, die erforderlich ist. Der Aufbau der Zentren wird oft nicht komplex gesehen. Die zentralen Planträger koordinieren ihre Bauabsichten ungenügend. Die Folge ist, daß die im Plan festgelegten Summen in fast allen Fällen überschritten wurden. Dadurch entstanden Disproportionen zwischen den Investitionssummen und der Baukapazität. Die Architekten wiederum überschritten häufig die festgesetzten Invesititionssummen, ohne für eine sofortige Klärung der Disproportionen zu sorgen.

Auch die Hochbau- und die Tiefbaumaßnahmen wurden nicht genügend aufeinander abgestimmt. Der Bauablaufplan ist manchmal so gehalten, daß — wie in Karl-Marx-Stadt — bis 1965 am Zentralen Platz keine Bauten fertiggestellt sind.

Die Bürger einer Stadt wollen jedoch ihr Zentrum nicht ewig als Baustelle sehen. Es sollte also mit Teilinvestitionen endlich Schluß gemacht werden.

Der BDA schließt sich nicht zuletzt auch im Interesse der fleißigen Arbeit vieler junger Architekten der dringenden Aufforderung des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission an, daß alle mit der Ordnung und Leitung der Investitionen beauftragten Stellen diese Ordnung energisch erzwingen.

Was können wir Architekten dazu tun?

Die Architekten sollten so frühzeitig wie möglich an der Beratung über die Investitionen teilnehmen. Wir verpflichten uns, den beteiligten Stellen alle nur mögliche Hilfe zu geben. Vor allem sollten wir dafür sorgen, daß die Planung von Investitionen auf der wissenschaftlichen Erarbeitung von Kennziffern basiert. Durch die straffe Einhaltung solcher Kennziffern sowohl bei der Vorbereitung der Investitionen als auch in der Projektierung werden wir in der Zukunft einen erheblichen Teil der sogenannten Schubkastenprojektierungen vermeiden und wirksam der nach unserer Meinung fälschlichen Auffassung entgegentreten, daß für solche Fehlinvestitionen vor allem Architekten verantwortlich zu machen wären.

Der zweite Problemkreis schließt alle Fragen der städtebaulich-architektonischen Gestaltung der Zentren in sich ein, und das ist — wie wir wissen — nicht wenig.

Wir haben einige gute Beispiele, die uns durchaus den Weg weisen, in welcher Richtung sich der sozialistische Städtebau und die sozialistische Architektur bewegen sollten. Ich erinnere an die Fortsetzung der Stalinallee, an die ersten Entwürfe für die Bebauuung des Zentrums von Berlin. Ich erinnere an die Gestaltung des Zentralen Platzes von Karl-Marx-Stadt, an die Resultate des Dresdener Wettbewerbes, und ich erinnere auch an den Entwurf für den Zentralen Platz in Neubrandenburg. Ich weise darauf hin, daß in vielen Fällen junge Architekten ihr Können bei diesen Aufgaben unter Beweis stellten.

Aber diese Entwürfe zeigen auch, welche Probleme es sind, die der Städtebauer und der Architekt zu lösen haben. Zunächst einmal ist es mit der allgemeinen Feststellung, daß die Ideen des Sozialismus mit den Mitteln der Baukunst ausgedrückt werden sollen, nicht getan. Diese Vorstellungen müssen am Bauwerk sehr konkret dargestellt sein. Wir Architeken müssen uns schon sehr genau damit auseinandersetzen, worin der neue Inhalt unserer Demokratie besteht — welche neuen Aufgaben z. B. die Volksvertretungen in einer Volksdemokratie erhalten gegenüber einem bürgerlichen Parlament; welche Vorstellungen sich um den Begriff der „Kulturrevolution“ bewegen; welchen sozialen Inhalt und welche Perspektive ökonomische Einrichtungen, wie z. B. Banken oder Kaufhäuser, haben.

Wir müssen uns damit beschäftigen, welche Aufgaben für die Gegenwart und in der Perspektive der Staatsmacht zugewiesen werden. Natürlich kommt es darauf an, die Großzügigkeit der Perspektive mit dem ökonomischen Einsatz der materiellen Mittel in der Gegenwart zu verbinden. Immer jedoch sollten unsere Projekte die Gegenwart real erfassen und gleichzeitig Bestandteil der Zukunft sein.

Aber nicht nur das. Wir sollten uns auch beschäftigen mit den neuen Tendenzen, die sich im Theater oder in den Lichtspielhäusern ankündigen, damit auch neue Formen, die sich entwickeln, ihren Raum für die Zukunft erhalten. Darüber hinaus gilt es jedoch auch, sich darüber Gedanken zu machen, wie sich das für den Sozialismus eigentümliche Verhältnis von Berufskünstler und Laienkünstler architektonisch darstellt. Unter dem Einfluß der Automatisierung wird im Laufe der Entwicklung immer mehr Freizeit gewonnen. Es werden immer mehr Menschen nicht nur Filme betrachten, sondern selbst auch welche schaffen wollen, um sie anderen vorführen zu können. Laienorchester, Laientanzgruppen werden sich immer mehr bilden, und ihr Niveau wird sich immer mehr erhöhen. Das Volk wird sich zu großen Festen zusammenfinden, aber natürlich werden in einer Demokratie auch große Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden. Das Bedürfnis nach Bibliotheken, nach Zirkelräumen wird steigen.

Alles das braucht Raum und sollte von Architekten nicht nur im Vorhandensein von Bedürfnissen, sondern auch in der Entwicklung dieser Bedürfnisse erkannt und richtig eingeschätzt werden.

Dringt man als Architekt tief in den Ideengehalt der sozialistischen Gesellschaft ein, dann ergeben sich daraus Ideen für die baukünstlerische Gestaltung in Hülle und Fülle. Natürlich ist die Lösung dieser Aufgaben nicht zu denken ohne eine tiefgreifende Erneuerung des Verhältnisses von Architektur und bildender Kunst. Hier stehen wir erst am Anfang einer neuen Entwicklung. Es bedarf der engen Zusammenarbeit zwischen den Architekten und den bildenden Künstlern, um diese neuen Wege zu gehen. Großzügigkeit und Weiträumigkeit der Aufgaben müssen nicht nur den architektonischen, sondern auch den bildkünstlerischen Mitteln entsprechen. Das verändert nicht nur die Formate, die der Bildhauer oder der Maler beherrschen muß, sondern wahrscheinlich auch die Werkstoffe, in denen er sich ausdrückt. Hier ist ebenfalls ein weites Feld für die Zusammenarbeit zwischen Architekt und bildendem Künstler. Genauso, wie der Architekt sich mit neuen Werkstoffen auseinandersetzt, die uns die Chemie liefert, müßte das auch der bildende Künstler tun. Wir können schließlich nicht auf die Dauer große Bildwerke zum Beispiel in Mosaik schaffen, einer Arbeitsmethode, die ja seit Jahrhunderten bekannt ist, aber doch einen unzulässigen Arbeitsaufwand erfordert. Man sollte daran denken, ob es nicht an der Zeit wäre, Experimentalwerkstätten zu schaffen für unsere Zusammenarbeit, die sowohl dem Architekten als auch dem bildenden Künstler neue Gestaltungsmöglichkeiten öffnen helfen.

Die bisher gezeigten Ansätze für die städtebauliche und architektonische Gestaltung dieser Aufgaben, die sich in den Entwürfen in Berlin, Neubrandenburg, Karl-Marx-Stadt zeigen, regen uns alle sehr an. Das kann natürlich nur als erster Schritt bewertet werden. Ich glaube, daß wir alle darin übereinstimmen. Woran liegt das?

Ich meine, das liegt daran, daß wir es noch nicht genügend verstanden haben, gemeinsam mit unseren Auftraggebern die Ausgangspositionen für diese Aufgaben richtig zu durchdenken. Lassen Sie mich das am Beispiel Berlin zeigen: Worum geht es in Berlin?

Es geht natürlich bei der Gestaltung des Zentralen Platzes nicht um eine städtebauliche oder architektonische Aufgabe schlechthin. Es geht darum, in einem dramatischen und beispiellosen Ringen der ganzen Menschheit um ihre Zukunft, in einer entscheidenden Schicksalsstunde unserer Nation, mit den Mitteln der Baukunst ein Bekenntnis abzulegen — hier im Ursprungsland des Sozialismus — zum Frieden, zur Demokratie, zum Sozialismus und damit zu unserer Republik.

Unweit von jenem Platz, wo diese Gebäude errichtet werden sollen, studierte Karl Marx. Die Novemberrevolution von 1918 fand ihren Höhepunkt in der Ausrufung der Republik durch Karl Liebknecht an dieser Stelle. Hier am Lustgarten warnte Ernst Thälmann das deutsche Volk davor, dem Faschismus in den Krieg zu folgen.

An der Berliner Universität, die sich wenige Schritte vom Marx-Engels-Platz befindet, lehrten solche bedeutenden Wissenschaftler wie Humboldt und Hegel, wie Planck und Einstein.

Und hier verkündete Wilhelm Pieck als erster Staatspräsident die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

Alle Lösungen, die bisher gezeigt wurden, entsprachen der Größe dieser Aufgabe noch nicht, aber ebenso schufen alle Lösungen Voraussetzungen, um uns heute der endgültigen Lösung näherzubringen.

Worauf es jetzt ankommt, ist, die grundlegende Idee für diese Aufgabe zu konzipieren. Die Höhendominante soll optisch und eindrucksvoll erlebbar sein im weiten Bereich der Stadt. Man kann nicht erwarten, daß etwa die Silhouette Berlins bestimmt wird durch Schornsteine und Konzern-Hochhäuser. Tatsächlich geht es darum, eine neue Stadtkrone zu schaffen.

Es ist jedoch notwendig, daß die Baukörper, welche die Stadtkrone bilden, inhaltlich ebenso wie in ihrer Form den sozialistischen Ideengehalt ausdrücken. Das kann weder erreicht werden durch Obelisken, durch Nadeln oder durch Hochhäuser, die einen offenbaren Bürocharakter haben und sich von ähnlichen Hochhäusern in der Welt nicht unterscheiden. Mit einigen Emblemen oder sonstigen Dekorationen verleiht man einem Gebäude ebenfalls nicht den entsprechenden gesellschaftlichen Inhalt.

Wir sind auch der Meinung, daß mit der Kuppel, welche das Parlament als Inhalt symbolisieren soll und gewaltig überhöht wird, nicht der Kern der Aufgabe getroffen wird.

Diese Aufgabe ist nur zu lösen, wenn eine wirklich bewegende Idee, die der sozialistischen Weltanschauung entspringt, dem ganzen Ensemble den Stempel aufdrückt. In diesem Ensemble sollen sich befinden der Staatsrat, der Ministerrat, Festsäle und die Volkskammer. Die Zueinanderordnung dieser einzelnen Funktionen muß bereits dem veränderten gesellschaftlichen Gefüge des Sozialismus entsprechen.

Die Höhendominante wird der Aufgabe entsprechend Bestandteil einer ganzen Gebäudegruppe sein. Es wird darauf ankommen, diese Höhendominante mit nicht üblichen Mitteln so zu lösen, daß ein einmaliges und unverwechselbares Bauwerk entsteht.

Der gesamte städtebauliche Raum um diese Gebäudegruppe muß so geordnet sein, daß die weltbewegende Idee des Sozialismus wirklich nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich erlebt wird. Mit reinen Quantitätsdemonstrationen kommt man nicht aus. Die bisherigen Entwürfe haben noch nicht die kühnsten technischen Mittel mit der Kühnheit der architektonischen Konzeption verbunden.

Es ist jedoch notwendig, schnell an die Lösung dieser Aufgabe heranzugehen, damit die Baumaßnahmen, die bereits jetzt im Siebenjahrplan um den Marx-Engels-Platz durchgeführt werden, mit dem zentralen Ensemble auf dem Marx-Engels-Platz selbst übereinstimmen. Jedoch das, was für Berlin gilt, das gilt auch sinngemäß für die Zentren aller anderen Städte. Zusammengefaßt ist zu sagen: Wir lösen die Aufgabe der Gestaltung der zentralen Plätze in den Stadtzentren nicht mit ähsetischen Details, sondern nur mit baukünstlerischen Ideen, die den sozialistischen Inhalt darzustellen vermögen.

Gerade ein Blick auf die Bautätigkeit in den Zentren der Städte, die im Westen unseres Vaterlandes liegen, belehrt uns darüber, wie verantwortungsvoll unsere Aufgabe ist. Wenn man die Bautätigkeit in der Bundesrepublik oberflächlich betrachtet, dann zeigt sich eine Vielzahl der baulichen Bemühungen, die Folgen des Krieges besonders im Innern der Städte zum Verschwinden zu bringen. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, im Gegenteil, man könnte unsere westdeutschen Landsleute dazu beglückwünschen.

Die Gründe, weshalb in Westdeutschland dieser Aufbau so erfolgte, sind uns allen bekannt. Der Geist der Restauration, der Zug, die alten Kräfte — seien sie nun monopolistischer, faschistischer oder klerikaler Herkunft — wieder ins Spiel zu bringen, ist offensichtlich erkennbar, und das ist ein trauriges und beunruhigendes Kapitel.

Natürlich erfüllt es uns mit tiefer Sorge, daß die Konzerne und Banken ihre Machtansprüche durch den Bau von riesigen Gebäuden wieder zeigen. Aber auch bei engeren fachlichen Betrachtungen und unter Außerachtlassung dieser gefährlichen politischen Symptome kann man den schnellen Aufbau der meisten Stadtzentren nur als eine Tragödie bezeichnen, die man in Westdeutschland als „verlorene Chance“ bezeichnet. Diese Zentren wurden eher vollgestopft als gestaltet. Das sehen natürlich nicht nur wir, die Städtebauer und Architekten in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch unsere Kollegen drüben im Westen. Gerade die besten unter ihnen und auch hervorragende wissenschaftliche Gremien, wie die Akademie für Städtebau, haben sich an die westdeutsche Bundesregierung mit entsprechenden sorgenvollen Hinweisen gewandt, aber natürlich erfolglos. Denn die Spontanität und Fragwürdigkeit der Lösungen hängen ja tief mit dem gesamten wirtschaftlichen System des Kapitalismus zusammen. Daß es so ist, beweist die Grund- und Bodenpolitik, welche trotz der zahlreichen Proteste aus Architektenkreisen durch ein entsprechendes Gesetz im Bundestag verankert wurde.

Die Gründe liegen in der von vielen Fachleuten des Westens festgestellten Tatsache, daß in der Deutschen Bundesrepublik am Grundsatz des uneingeschränkten Privateigentums am Grund und Boden in einer Weise festgehalten würde, die eine ernste Gefahr für einen gesunden Städtebau darstellt. „Im Ergebnis gibt es in Westdeutschland trotz einzelner schöner Gebäude und trotz in großem Umfang durchgeführter Wiederaufbauarbeiten fast keine Beispiele von vollwertigen komplexen Umplanierungen der städtischen Territorien.“ (Architekt A. Ling auf dem V. Kongreß der UIA, Moskau 1958.) Die Folgen für den Städtebau schildert der Hamburger Stadtbaudirektor Prof. Hebebrand in folgenden Ausführungen:

„Man schlägt nurch unsere Trümmergebiete der inneren Großstädte neue riesenhafte Verkehrsschneisen hindurch ... man baut heute im allgemeinen mit Mühe und Not gerade die neue Verkehrsfläche an — mehr Geld hat man nicht —, und was rechts und links übrigbleibt, das wird randbebaut und unterparzelliert, wenn auch doppelt so große wie früher ... Die ‚Eckdominanten‘ feiern fröhliche Urständ, die Nutzungsziffern steigen, und alles bei täglich wachsendem, fließendem und ruhendem Verkehr!“

Die Schuld an dieser Entwicklung tragen nach Prof. Hebebrand nicht nur der private Haus- und Grundbesitz, sondern ebenso die großen Gesellschaften gleich welcher Art, und vor allem die Finanz- und Liegenschaftsverwaltungen im eigenen Behördenhaus, die auch für ihren, in manchen Fällen nicht unerheblichen Grundbesitz „in fiskalischem Interesse“ als Schrittmacher für eine möglichst große Ausnutzung auftreten. Charakteristisch ist das Beispiel von Frankfurt/M., wo der Wiederaufbau den allmächtigen, privaten Interessen überlassen wurde mit dem Ergebnis, daß das Zentrum der Stadt viel zu dicht bebaut und durch die Massen der sich erdrückenden Geschäfts- und Bürohäuser um seine harmonische Wirkung gebracht wurde.

Heute fragt man sich in Frankfurt: „Hat man eine große Chance verpaßt, wie sie sich im Leben einer Stadt nur einmal bietet? Ist die Stadt nicht einfach mit Gebäuden vollgestellt worden ... imposant, ja — aber auch gut und richtig?“ (R. Kirn in Frankfurt/M. „Porträt einer Stadt“ 1958.)

Aber selbst die besten Lösungen in Westdeutschland, wie z. B. in Hannover, oder ich möchte fast sagen, gerade die besten Lösungen, zeigen die Problematik des städtebaulichen Schaffens unter den im Westen herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen auch noch in anderer Beziehung sehr deutlich.

Kollege Hillebrecht, der bekanntlich für die gute städtebauliche Leistung, die beim Aufbau Hannovers gezeigt wurde, verantwortlich ist, wagte es, den Finger offen auf die Wunde zu legen. Er sprach davon, daß die Städte des Westens dort, so sich die Bürgergemeinschaft repräsentieren sollte, nämlich in ihren Zentren, durch eine Anhäufung von Geschäftsgebäuden gekennzeichnet sind und daß jede geistige und auch kompositorische Idee fehle. Als er diese Gedanken auf dem westdeutschen Städte- und Gemeindetag bei einer Zusammenkunft in Westberlin äußerte und als Beispiel für das Vorhandensein einer sittlichen Idee als Grundlage für den Aufbau einer Stadtkrone auf Moskau hinwies, verließ der Westberliner Innensenator Lipschitz schimpfend und demonstrativ den Saal. Hillebrecht wurde später gezwungen, seine Äußerungen zu widerrufen. So ist das nun mit der westlichen Freiheit.

Außerordentlich bedeutungsvoll ist die Entwicklung des Städtebaues in der Sowjetunion. Der 1960 stattgefundene Städtebau-Kongreß in Moskau hat wesentlich zur theoretischen Klärung einer ganzen Reihe von Fragen des sowjetischen Städtebaues beigetragen. Aber auch im schöpferischen Prozeß ist die Arbeit unserer sowjetischen Kollegen gekennzeichnet auf der einen Seite durch ein vertieftes Eindringen in die Bedürfnisse der kommunistischen Gesellschaft und auf der anderen Seite durch ein kühnes und gleichzeitig realistisches Herangehen bei der Lösung dieser Aufgaben. Beides muß natürlich zusammen gesehen werden.

Ich habe den Eindruck, daß unter unseren Kollegen in der Deutschen Demokratischen Republik bei dem Studium sowjetischer Erfahrungen gewissermaßen eine „Arbeitsteilung“ stattfindet. Die einen interessieren sich für die theoretischen Arbeiten und verstehen sie nicht auf unsere speziellen Bedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik anzuwenden, die anderen sehen lediglich die Experimente ohne das notwendige theoretische Fundament und versuchen, rein äußerlich daraus Rezepte für ihr eigenes Schaffen herzuleiten.

Es ist vielleicht notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Entwicklung des sozialistischen Städtebaues und der sozialistischen Architektur unter unseren Bedingungen und entsprechend unserem eigenen nationalen Charakter uns von niemandem abgenommen werden kann.

Was können wir aber ganz besonders von unseren sowjetischen Kollegen lernen? Ich meine, daß wir vor allem lernen können die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die städtebauliche und architektonische Praxis. Wir sollten aufmerksamer als bisher die veränderten Formen im Zusammenleben der Menschen, wie sie sich bei uns in unserer Republik andeuten oder bereits entwickelt haben, betrachten und die Veränderung der Lebensbeziehungen, welche ihre eigenen Formen gefunden haben oder finden sollten, auch städtebaulich ausdrücken.

Auch der auf dem Städtebau-Kongreß in Moskau hervorgehobene Grundsatz, daß die Bescheidenheit einer der Hauptzüge der kommunistischen Moral ist und daß diese Bescheidenheit den Charakter der Bauwerke kennzeichnen sollte, scheint uns bedeutungsvoll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich komme jetzt zurück auf die Fragen, die ich eingangs schon erwähnte, die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und den Architekten. Sie sind in der Epoche des sich vollendenden Sozialismus zweifacher Art. Einmal ist der Architekt selbst ein Glied dieser Gesellschaft und nimmt an ihrem Leben und Wirken als Bürger teil, und zum anderen fungiert die Gesellschaft gegenüber dem Architekten als Auftraggeber.

Als Mitglied der Gesellschaft nimmt der Architekt unmittelbar teil an der neuen Gestaltung unseres sozialistischen Lebens. Durch die Erfüllung seiner fachlichen Aufgaben trägt er zur ständigen Verbesserung unserer materiellen und kulturellen Lebensbedingungen bei. Nur als Mitglied der Gesellschaft wird er die begeisternde Perspektive der Entwicklung dieser Gesellschaft im Sozialismus richtig erkennen können und an ihrer Verwirklichung mitarbeiten. Nur als bewußtes Mitglied der Gesellschaft wird er die politischen und ökonomischen Zusammenhänge und die großen Ideen der Politik von Partei und Regierung richtig verstehen. In seiner fachlichen Tätigkeit erhält der Architekt Aufträge von der Gesellschaft. Es ist das legitime Recht jedes Bauherrn, zu bestimmen, was, wie und wo gebaut wird.

Die Architekten der DDR haben den Auftrag, das Gesicht unserer Städte und Dörfer und auch der Landschaft so zu gestalten, daß sie ein überzeugendes Abbild der neuen Beziehungen der Menschen untereinander darstellen, daß sie den Menschen ein gesundes Arbeiten, ein bequemes Wohnen und ein kulturvolles Leben ermöglichen und daß sie zugleich aktiv auf die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins einwirken. Eine große Perspektive entfaltet sich vor unserem geistigen Auge. Wir sehen neue Städte, eine neugeordnete Landschaft und neue Dörfer, die an Bequemlichkeit und materiellem und kulturellem Komfort den Städten nicht nachstehen.

Ich frage Sie, meine Kollegen, wurden solche großen und herrlichen Aufgaben jemals früher einer Architektengeneration gestellt? Sie wurde erst möglich, seitdem mit dem Oktober 1917 ein neues Kapitel der Menschheitsgeschichte begonnen hat. In der Entwicklung der Sowjetunion in 43 Jahren, vom rückständigsten Land Europas zum zweitgrößten und bald größten Industriestaat der Welt, haben wir den Beweis, daß auch die Perspektive, die wir aufbauen, keine Utopie ist.

Die Größe und Komplexität unserer Aufgaben erfordern es, daß diese nur in unseren staatlichen Projektierungsbetrieben bearbeitet werden können. Wir werden jedoch keine Anstrengung scheuen, um die Privatarchitekten in die kollektive Arbeit einzubeziehen. Das kann allerdings nur in Verbindung zu den volkseigenen Entwurfsbrigaden geschehen mit der Perspektive, daß ein keit zum großen Kollektiv des Entwurbsbetriebes führen wird.

Liebe Kollegen, wir wollen auf diesem Kongreß über alle uns bewegenden Fragen sprechen. Die Perspektive, die sich für uns in unserem Beruf eröffnet, ist begeisternd. Wie kommt es aber, daß angesichts solcher Perspektive Kollegen unsere Republik verlassen, um nach Westdeutschland zu gehen, wo sich Neofaschismus und Militarismus imer mehr breitmachen? Vielleicht haben wir versäumt, rechtzeitig das Vertrauen dieser Kollegen zu gewinnen, ihnen ihre Perspektive genügend zu erläutern und ihnen bei der Überwindung fachlicher und persönlicher Schwierigkeiten zu helfen. In vielen Fällen sind es bürokratisches Verhalten, Mißhelligkeiten, die Verärgerung erzeugen, oder — nach ihrer Meinung — nicht genügende fachliche Anerkennung. Das ist die eine Seite. Wir müssen diesen Kollegen aber auch sagen, daß es ihnen an Einsicht in das historisch Positive und Fortschrittliche gefehlt hat, das sich — wenn auch unter manchen Wachstumsschwierigkeien — in unserer Gesellschaft entwickelt. Sie erkennen nicht rechtzeitig, daß sie aus einem Kreis von Kollegen gemeinsamen Strebens in eine Gesellschaft einander bekämpfender Rivalen übertreten, daß sie im kapitalistischen Westen zu Ausgebeuteten oder Ausbeutern werden müssen. Sie tauschen das Land der Humanität und des Friedens und der materiellen Sicherheit gegen einen Staat des Militarismus und Faschismus ein, der ihnen keine weitreichende Perspektive für sie und ihre Kinder bietet. Sie stärken durch ihre Arbeit — ob sie wollen oder nicht — einen Staat, der die Atomaufrüstung betreibt und seine kriegerischen Absichten offen erkennen läßt.

Bedeutende schöpferische Leistungen setzen nicht nur begabte Architekten, sondern auch solche Auftraggeber voraus, die bereit sind, an den Problemen der Architektur selbst Anteil zu nehmen. Dazu gehört, daß die Architekten Gelegenheit erhalten, ihre Absichten vor den Auftraggebern zu erläutern und ihre Entwürfe zu verteidigen, anstatt Beurteilungen und Anweisungen für die Fortsetzung der Arbeit nur passiv entgegenzunehmen.

Wir haben eine große Anzahl schöpferischer Architekten, aber wir haben keine richtige Übersicht, wo solche Kräfte sich entwickeln. Es ist notwendig, schöpferischen Persönlichkeiten oder Kollektiven eine fördernde Pflege — wir meinen hiermit Qualifizierung — angedeihen zu lassen.

Kollektive, die sich bei einer Aufgabe bewährt haben, sollten durch Anerkennung in der Öffentlichkeit und durch Prämien ausgezeichnet und mit neuen ähnlichen Aufgaben als Kollektiv betraut werden. Wir werden keine Höchstleistungen erreichen, wenn bedeutende Bauaufgaben nicht nach der Qualität der Autoren und ihren bereits erworbenen Erfahrungen, sondern danach vergeben werden, wo ein Projektierungsbetrieb noch ein Vakuum in seinem Auftragsbestand hat.

Um die Qualitäten unserer architektonischen Entwürfe ständig zu steigern, schlägt der BDA dem Ministerium für Bauwesen vor, jährlich einen Preis für das beste Grund- oder Typenprojekt auf dem Gebiete des Industriebaus, der landwirtschaftlichen Bauten, der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung und der Wohn- und gesellschaftlichen Bauten auszusetzen. Die von den Projektierungsbetrieben nach ihrer Auswahl einzureichenden

Projekte könnten von den Bezirksgruppen des BDA vorjuriert werden, so daß dem Ministerium und der von ihm zu ernennenden Jury nur eine geringe Zahl von Entwürfen vorliegen würde. Solche Maßnahme würde einmal die Öffentlichkeit anregen, sich mit dem Baugeschehen in der Republik bekannt zu machen und zum anderen unsere Architekten zu noch höheren Leistungen anspornen.

Ein Wettbewerb mit gleichen Bedingungen für das beste ausgeführte Bauwerk sollte den Projektierungswettbewerb ergänzen. Diese Maßnahmen werden seit mehreren Jahren in der CSSR mit Erfolg praktiziert.

Daneben sollte zur Qualifizierung der Architekten jede geeignete Gelegenheit benutzt werden, außer großen Wettbewerben auch solche zu veranstalten, die ihrem Umfang nach von Architektenkollektiven in ihrer Freizeit bearbeitet werden könnten. Aus ihnen würden die befähigtsten Architekten erkannt und zu höheren Aufgaben herangezogen werden können. Wenn Architekten, besonders jüngere, in einem Wettbewerb Erfolg hatten, sollten sie auch grundsätzlich an der weiteren Bearbeitung der Aufgabe beteiligt werden. Das ist zum Beispiel in Rostock bei der Bearbeitung des Bebauungsplanes von Lütten-Klein nicht geschehen.

Bei wichtigen Aufgaben sollte ein Projekt, bevor es dem Auftraggeber übergeben wird, in der Bezirksgruppe des BDA diskutiert und eine Stellungnahme erarbeitet werden; eine Stellungnahme, die den Auftraggeber über die Meinung eines größeren Kreises als nur den der Verfasser unterrichtet. Außerdem würden wir uns durch solche Auseinandersetzungen fördern und zu einer sachlichen und kollegialen Kritik erziehen. Die Verantwortung derjenigen Kollektive, die jetzt die Bauten im Zentrum von Berlin verhältnismäßig eilig projektieren müssen, ist sehr groß. Diese wichtigen Aufgaben veranlassen uns, die Bezirksgruppe Berlin und die Betriebsgruppe des VEB Berlin-Projekt des BDA aufzufordern, diese Kollegen mit Rat und Tat zu unterstützen. Die Kollegen ihrerseits sollten eine solche Unterstützung suchen und bereitwillig entgegennehmen. Es müssen für unsere Hauptstadt solche Bauten entstehen, für deren künstlerischen Wert wir alle einstehen können.

Daß unsere Architekten erhebliche Fortschritte in ihrem Bewußtsein, in ihrer Einstellung zur neuen Arbeitsweise gemacht haben, zeigt sich in der hohen Zahl der sozialistischen Brigaden, die sich in unseren Projektierungsbüros bereits gebildet haben. In dem VEB Industrieprojektierung gibt es 84 Brigaden mit 1850 Mitgliedern und in dem VEB Hochbauprojektierung 82 Brigaden mit 1560 Mitgliedern, die alle um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ kämpfen. Zwei Brigaden wurden mit diesem Titel bereits ausgezeichnet, und zwar die Brigade Buchmann — Industriebahnbau — und die Brigade Wicht — Hochbauprojektierung Erfurt.

Die im Sozialismus gesetzmäßige Entwicklung des industriellen Bauens nach Typen und im Taktverfahren in allen Baukategorien verändert nicht nur die Gestalt unserer Architektur, sondern auch die Arbeitsweise unserer Architektur. Die Bindungen, die ihnen durch Konstruktion und Technologie auferlegt werden, verlangen vertiefte schöpferische Anstrengungen. Der Architekt muß zwar ausgehen von den Bedingungen der Konstruktion und der Technologie, aber er darf nicht in ihnen steckenbleiben. Er muß diese Fachgebiete genau kennen, damit er als Koordinator aller Einzelprobleme wirksam werden kann. Seine Phantasie wird beflügelt werden durch tiefes Eindringen in den modernen Produktionsprozeß. Genaue Kenntnisse des höchsten Standes der Technik müssen seiner schöpferischen Tätigkeit dienen. Er muß in den Fertigungswerken und auf der Baustelle zu Hause sein, damit er schon die Produktion aller vorfabrizierten Elemente in ihrer Auswirkung auf die künftige Gestalt des Bauwerkes erkennen und beeinflussen kann.

Die Ausbildung auf unseren Hochschulen muß der veränderten Arbeitsweise des Architekten entsprechen und die andere Aufgabenstellung berücksichtigen. Einerseits klagen junge Architekten darüber, daß sie auf der Hochschule nicht mit solchen Kenntnissen ausgerüstet wurden, welche die Praxis von ihnen fordert. Dadurch entsteht bei ihnen Unzufriedenheit, unsere jungen Kollegen verlieren ihr Selbstvertrauen, und das schlägt dann manchmal in unfruchtbare Opposition um. Andererseits wird darüber geklagt, daß junge Architekten nicht an Aufgaben herankommen, die ihnen größere Verantwortlichkeit auferlegen und sie in ihrer Entwicklung fördern. Es sollten daher wichtige und besonders reizvolle Aufgaben auch jungen Kollegen, die sich bewährt haben, übertragen werden.

Im Verhältnis zu anderen sozialistischen Ländern ist die Beteiligung der Frauen an unserem Beruf nur gering. Während in der Sowjetunion mehr als die Hälfte der Architekturstudenten Frauen sind, sind es bei uns im gesamten Bauwesen nur 7 Prozent. Auf einem Frauenforum im Ministerium für Bauwesen am 7. März dieses Jahres waren 177 Frauen anwesend, die sich auf den verschiedensten Gebieten des Bauwesens durch ihre Arbeit ausgezeichnet hatten, darunter waren 48 Architekten und Ingenieure. Allerdings gibt es bei uns nur eine Frau, die als stellvertretende Brigadeleiterin eine leitende Stellung in einem Projektierungsbetrieb einnimmt. Bei der Deutschen Bauakademie sind 40 Prozent aller Mitarbeiter Frauen, aber nur 7,7 Prozent üben eine wissenschaftliche Tätigkeit aus. Der BDA wird mit der FDJ und dem DFD Maßnahmen beraten, wie der Anteil der Frauen in unserem Beruf verstärkt werden kann, damit in Zukunft auch ihre Initiative und Schöpferkraft sich in unserem Beruf viel mehr auswirkt und auch anerkannt wird.

Zu unserer Zeitschrift

Der BDA ist mit der Deutschen Bauakademie gemeinsam Herausgeber unserer Zeitschrift „Deutsche Architektur“, und somit ist auch unser Bund für die Zeitschrift mit verantwortlich. Sie entfernte sich von der Aufgabe, unsere Mitglieder umfassend über das Baugeschehen in unserer Republik und darüber hinaus auch im sozialistischen und kapitalistischen Ausland zu unterrichten. Die Zeitschrift wurde nicht das ergiebige Arbeitsinstrument für unsere Architekten, das sie sein sollte. An diesem unbefriedigenden Zustand hat auch die verstärkte Mitwirkung unserer Mitglieder in dem Redaktionskollegium nichts zu ändern vermocht. Die Kritik an der Zeitschrift, die auf der theoretischen Konferenz durch Kollegen Prof. Henselmann zum Ausdruck gebracht wurde, führte zu einer schon lange gesuchten Aussprache unseres Präsidiums mit dem Präsidium der Deutschen Bauakademie. Auf ihr ergab sich eine einmütige Auffassung, daß die Qualität der Zeitschrift prinzipiell verändert, d. h. verbessert werden muß. Allerdings hilft uns die nur negative Kritik vieler unserer Mitglieder nicht weiter. Es ist vielmehr notwendig, daß unsere Bezirksgruppen exakte Vorschläge ausarbeiten, wie sie sich in Zukunft den Inhalt und die Form der Zeitschrift vorstellen, um damit dazu beizutragen, diese von Grund auf zu verbessern.

Die Öffentlichkeit interessiert sich für die Fragen der Architektur und des Städtebaus, denn beide sind doch ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur. Daher sollte diesen Fragen im Fernsehen, im Rundfunk und in der Tagespresse mehr Raum als bisher gegeben werden. Es lohnt sich doch gewiß, neue Bauwerke von gesellschaftlicher Bedeutung ausführlich und mit Sachkenntnis

kritisch zu betrachten, wie es bei den übrigen Künsten schon immer geschieht. Wie oft erscheint in unserer Presse das Bild eines neuen Bauwerkes, bei dem wohl der Fotograf, aber nicht der Architekt oder das Kollektiv genannt wird, zum Beispiel beim neuen Kino in Wilhelmsruh. In einem Bericht der „Berliner Zeitung" über das Richtfest für das neue Kino in der Stalinallee wurden die Vertreter der Filmtheater-Organisation genannt, der Architekt aber nicht. Ja, er war nicht einmal zum Richtfest eingeladen. Es liegt an uns selbst, diese nicht genügende Beachtung unseres Berufes zu überwinden. Wir fordern unsere Mitglieder auf, durch Beiträge in der Tagespresse daran mitzuwirken, daß die Fragen der Architektur und des Städtebaues mehr als bisher in das Blickfeld der Öffentlichkeit gelangen.

Wir können mit Befriedigung feststellen, daß es schon eine ganze Anzahl von Architekten gibt, die durch ihre gesellschaftliche Arbeit dazu beitragen, das Ansehen unseres Berufes in der Öffentlichkeit zu festigen. Das sind Architekten, die als Volksvertreter oder in den Ständigen Kommissionen oder in den Massenorganisationen tätig sind oder große Leistungen im NAW vollbringen. So haben zum Beispiel im Jahre 1960 die Berliner Projektierungsbetriebe, darunter zahlreiche Mitglieder unseres Bundes, für 1 001 249 DM Projektierungskosten durch freiwillige Leistungen im NAW erbracht. Die Gruppe Graffunder-Hinkefuß hat die Projektierung für das Freibad Pankow als freiwillige Leistung im NAW durchgeführt. Aber solche Leistungen gibt es nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Bezirksgruppen. Auch die Kollegen in den Industrie-Projektierungsbetrieben haben umfangreiche Arbeiten im NAW geleistet. Allen diesen Kollegen sei heute noch einmal der Dank des Präsidiums ausgesprochen.

Ebenso, wie sich die Vollendung des Sozialismus in immer schnellerem Tempo vollzieht, ebenso, wie sich das Tempo der Industrialisierung im Bauwesen erhöht, so dürfen auch wir Architekten niemals auf dem schon Erreichten stehenbleiben. Wir dürfen nicht aufhören zu lernen, das ist ein Gebot für Junge und Alte. Wir müssen außerdem als Glieder einer gebildeten Nation unsere Allgemeinbildung auf ein hohes Niveau bringen. Unser Beruf erfordert es, daß wir Einsichten in viele Wissenschaften gewinnen, auch in den Künsten sollen wir gebildet und urteilsfähig sein. „Man muß etwas sein, um etwas zu machen", hat Goethe uns gesagt.

Die Gesellschaft wünscht und erwartet von den Architekten, daß sie auch außerhalb ihrer Berufstätigkeit ihre Kenntnisse den Organen der Staatsmacht und den Massenorganisationen zur Beratung und Hilfe immer zur Verfügung stellen.

Ich möchte nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, von diesen grundsätzlichen Überlegungen aus, über die Aufgaben sprechen, die in der Periode bis zum nächsten Kongreß von uns im BDA zu lösen sind.

Die Bedeutung unseres Bundes, sein Ansehen und die Aktivität werden bestimmt durch die Aktivität eines jeden Mitgliedes und durch das Ansehen, welches jedes einzelne Mitglied innerhalb unserer Gesellschaft erwirbt.

Wir wollen, daß mit unserem IV. Bundeskongreß ein neuer Abschnitt im Leben unseres Bundes eingeleitet wird. Worin soll dieses Neue bestehen? Das im Grunde mit einem Satz gesagt:

Das Neue sollte in unserer verstärkten Aktivität bestehen, die bedeutend planmäßiger, bedeutend zielstrebiger eingesetzt werden sollte und die dazu führt, unserem Bund zu einem erheblich erweiterten Ansehen zu verhelfen.

In dem Maße, wie es dem Bund gelingt, die Planziele des Siebenjahrplanes schneller zu erreichen, in dem Maße, wie es durch unsere Zusammenarbeit mit allen Bauschaffenden gelingt, die noch vorhandenen Mängel im Bauwesen zu überwinden, in dem Maße, wie es uns gelingt, zwischen unserem Auftraggeber, der Bevölkerung der DDR und ihren gewählten Organen, und uns ein enges Vertrauensverhältnis herzustellen, in diesem Maße wird sich die Bedeutung unseres Bundes verstärken.

Jetzt kommt es darauf an, Überlegungen anzustellen, wie wir das erreichen.

Wir haben viele Beispiele, die beweisen, welche große Bereitwilligkeit und Aktivität viele unserer Mitglieder besitzen.

Es gibt eine große Zahl von Architekten, die angesehen sind in der Bevölkerung, deren Leistungen allgemein anerkannt werden. Wir haben hervorragende Beispiele von Menschen, die in unserem Bund besonders aktiv arbeiten — junge und alte —, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Architekten handelt, die in volkseigenen Projektierungsbetrieben arbeiten oder als Privatarchitekten. Von den älteren Kollegen will ich nur zwei Beispiele nennen:

Unser Kollege Butzek in Rostock, der trotz seiner 75 Jahre ein sehr aktives Mitglied unseres Bundes und heute noch im volkseigenen Projektierungsbetrieb tätig ist, und unseren Kollegen Jähnisch in Dresden, der als Privatarchitekt trotz seines hohen Alters heute noch zu den aktivsten Bundesmitgliedern gehört. Nicht zuletzt dank dieser Aktivität unserer Mitglieder zeigt sich auch ein guter Kontakt der Partei und der Staatsorgane mit unserem Bund. So haben z. B. die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED von Berlin, Potsdam, Leipzig und Rostock spezielle Aussprachen mit den Mitgliedern unseres Bundes durchgeführt, um sich mit ihnen zu beraten. Aber auch die Oberbürgermeister von Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Plauen und Zittau, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes von Schwerin, haben solche Zusammenkünfte veranstaltet.

Es gibt auch eine gute Arbeit von Bezirksgruppen und von Betriebsgruppen in unserem Bund. Wir danken allen Mitgliedern, die dazu geholfen haben, das Ansehen unseres Bundes durch ihre gute Arbeit an ihrem Arbeitsplatz und im Bund zu stärken.

Wir würden jedoch nicht weiterkommen in unserer Arbeit, wenn wir nicht rückhaltlos die noch vorhandenen Mängel, welche die Arbeit unseres Bundes hemmen, kennzeichnen.

Wir sind der Meinung, daß wir es nicht genügend verstanden haben, das Leben in unserem Bund so vielseitig, anziehend und interessant zu machen, wie das nicht nur unsere Mitglieder, sondern auch diejenigen Architekten, die noch nicht Mitglieder unseres Bundes sind, mit Recht von uns erwarten.

Wir sind der Meinung, daß es uns nicht gelungen ist, die Stellung des Architekten in unserer Republik — wie sie sich aus der großen Verantwortung aus unseren Aufgaben ergibt — so herauszubilden, wie ihr das gebührt.

Wir sind der Meinung, daß es uns noch nicht gelungen ist, den Zusammenschluß von Bauarbeitern, Ingenieuren und Architekten zu einer solchen sozialistischen Gemeinschaft — nicht zuletzt auch durch die Arbeit des Bundes — zu erreichen, wie das die hohe Qualität unserer Aufgaben erfordert.

Wir sind der Meinung, daß es uns bisher nicht gelungen ist, unter unseren Mitgliedern ein solch freundschaftliches Verhältnis zu schaffen, daß sie mit ihren Sorgen und Nöten zum Bund kommen, um dort die Antwort und die Hilfe zu finden, die sie erwarten.

Wir sind der Meinung, daß es uns nicht gelungen ist, überall gute Bedingungen für die schöpferische Arbeit unserer Kollegen in den Projektierungsbetrieben und Forschungsinstituten zu schaffen und daß es uns noch nicht gelungen ist, gegen Bürokratismus und Sektierertum erfolgreich anzukämpfen.

Wir sind der Meinung, daß es uns auch nicht gelungen ist, das Können und die Fähigkeiten unserer weiblichen Kollegen so zur Geltung zu bringen, wie es im Interesse der Gleichberechtigung der Frau in unserer Republik notwendig wäre.

Wir sind ebenso der Meinung, daß es uns nicht gelungen ist, die Jugend an unseren Bund heranzuziehen, indem wir uns völlig ungenügend mit ihren Erwartungen, mit ihren Wünschen und mit ihren Sorgen bekannt gemacht haben. Schließlich sind wir auch der Meinung, daß der Bund viel zuwenig Kontakt mit den Bauarbeitern, den bildenden Künstlern und mit den Wissenschaftlern gepflegt hat und daß es über einzelne Ansätze nicht hinaus gekommen ist.

Und schließlich sind wir der Meinung, daß wir in ungenügendem Maße es verstanden haben, für die wissenschaftlich-künstlerische Weiterentwicklung der Mitglieder unseres Bundes zu sorgen.

Wir sollten also Gelegenheit nehmen, offen und mutig diese Mängel zu erkennen und auf diesem Kongreß damit beginnen, die Beseitigung dieser Mängel energisch in die Hand zu nehmen.

Wir sollten gemeinsam überlegen, wie wir so organisiert und so planmäßig wie möglich eine neue Qualität unseres Bundes erreichen. Dazu ist es notwendig, für alle drei Ebenen, auf denen sich das Bundesleben abspielt, die Aufgaben genau zu umreißen:

1. die Betriebsgruppe
2. die Bezirksgruppe
3. der Bundesvorstand mit dem Präsidium und dem Sekretariat.

Es kommt für unsere Arbeit in allen diesen 3 Ebenen darauf, an, daß wir lernen, schwerpunktmäßig zu arbeiten. Deshalb sind auch für diesen Kongreß zunächst zwei Schwerpunkte, nämlich die Industrialisierung des Bauwesens und der Aufbau der Stadtzentren, herausgearbeitet worden. Alle Fragen, die das Leben unseres Bundes berühren, sollten vor allem dem Zwecke dienen, diese Schwerpunktaufgaben zu meistern.

Lassen Sie mich von diesen Überlegungen aus zunächst zu dem Leben in der Betriebsgruppe Stellung nehmen. Die Betriebsgruppe ist gewissermaßen die Grundzelle des Bundes. Von der Lebendigkeit der Arbeit in der Betriebsgruppe hängt vor allem die Qualität unseres Bundes ab. Das Rückgrat der Arbeit in der Betriebsgruppe sollte das Werkstattgespräch bilden. Durch die Veranstaltung von Werkstattgesprächen muß die Atmosphäre des Vertrauens, der Offenheit und der Freundschaft geschaffen werden — eine Atmosphäre, die dazu führt, daß die Mitglieder des Bundes sich selbst untereinander und ihre Familien gut kennenlernen. Auf diese Weise werden wir auch Verständnis für die Arbeitsweise jedes einzelnen Kollegen erhalten. Dadurch wird auch die Arbeit der Entwurfsräte in den Projektierungsbetrieben, die vom BDA geführt werden müssen, wesentlich verbessert.

Wir werden einen Überblick über die besonderen Fähigkeiten eines Kollegen erhalten, und — was auch sehr wichtig ist — wir werden erfahren, was ihn bekümmert oder was ihn glücklich macht.

In der Betriebsgruppe werden wir voneinander lernen. Der junge Kollege vom älteren, der auf dem einen Gebiet Erfahrene wird seine Arbeitsergebnisse anderen mitteilen können und so fort.

Die Betriebsgruppe muß sich verantwortlich machen für das Ansehen des Betriebes und für das Wohlbefinden ihrer Mitglieder in diesem Betrieb. Gibt es nicht eine ganze Anzahl von Fällen, wo unsere Kollegen in den Projektierungsbetrieben oder an anderen Stellen durch Bürokratismus, durch seelenloses Verhalten in der Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte gehemmt werden? Mir kam vor einigen Tagen ein Umlaufprotokoll des Projektierungsbetriebes in Neubrandenburg vor Augen, (ich erwähne das, weil ich annehme, daß das in mehreren Projektierungsbetrieben genauso gehandhabt wird), wo die Kollegen Architekten zu einem Wettbewerb aufgefordert werden sollten. In diesem Protokoll wurden die Leitfunktionäre, d. h. der Direktor, der Technische Direktor namentlich angeführt, die Brigaden der Architekten wurden mit A, B und C usw. bezeichnet.

Das sind scheinbar Kleinigkeiten, und doch spreche ich hier für alle Architekten, wenn ich erkläre, daß uns diese Verbürokratisierung unserer Arbeit nicht gefällt. Den Kampf gegen solche Erscheinungen mutig und unbeirrt aufzunehmen und unsere Kollegen dabei zu unterstützen, ist ein sehr wichtiges Anliegen der Betriebsgruppe.

Die Betriebsgruppe sollte gemeinsam mit der IG Bau-Holz Beratungen darüber anstellen, wie wir die Typen, die Standardisierung und die Industrialisierung im Bauwesen verbessern. Sie sollte Baustellenbesuche veranstalten, um direkt auf der Baustelle mit den Bauarbeitern, den Neuerern, den Arbeitsforschern Kontakte zu entwickeln.

Die Betriebsgruppe sollte sich für die berufliche Entwicklung ihrer Mitglieder interessieren. Sie sollte dafür sorgen, daß im Betrieb Wettbewerbe veranstaltet werden. Dem Zustand, daß bestimmte interessante Projekte immer wieder die gleichen erfahrenen Kollegen bearbeiten, muß ein Ende gesetzt werden. Es sollte auch den jüngeren Kollegen Gelegenheit gegeben werden, ihr Können unter Beweis zu stellen und ihre Fähigkeiten durch die Beschäftigung mit solchen interessanten Aufgaben zu entwickeln.

Die Betriebsgruppe sollte sich aber auch für die Tätigkeit ihrer Mitglieder in den Betriebsakademien und in den sozialistischen Brigaden einsetzen.

Die Betriebsgruppe sollte ebenso dafür sorgen, daß Prämien und Gehälter wirklich nach Leistung bezahlt werden. Sie sollte die Gewerkschaft durch entsprechende Hinweise unterstützen. Gelingt es unseren Betriebsgruppen, eine solche Atmosphäre zu entwickeln, die den Einfluß des Bundes im Betrieb zeigt, wird es uns auch besser gelingen, die dem Betrieb gestellten Aufgaben zu lösen.

Was sollten wir tun, um das Leben des Bundes in der Bezirksgruppe stärker zu entwickeln?

Die wichtigste Aufgabe der Bezirksgruppe sehen wir darin, die Stellung des Architekten im Bezirk zu festigen durch die Entwicklung einer Vertrauensbasis zu den Organen der Partei und des Staates.

Die Bezirksgruppe sollte sich zu einem beratenden Gremium für den Rat und die ihm zugeordneten Organe entwickeln, soweit es die Fragen der Projektierung von Bauwerken betrifft und die Vorbereitung von Investitionen.

Die Bezirksgruppe sollte vor allem mit großer Aufmerksamkeit den Kontakt mit der Bevölkerung pflegen, so wie das beispielhaft in Leipzig und Karl-Marx-Stadt geschehen ist.

Die Bezirksgruppe sollte sich eine Übersicht über die befähigtsten Architekten im ganzen Bezirk verschaffen und dafür sorgen, daß diese Architekten auch an die bedeutendsten Aufgaben herangeführt werden.

Die Bezirkgruppe sollte Wettbewerbe anregen und organisieren, die für den ganzen Bezirk Bedeutung haben. Sie sollte vor allem auch für die Weiterentwicklung der Kollegen im Bezirk Sorge tragen.

Die Komplexität unserer Aufgaben erfordert es, daß der Architekt über eine weitgehende Bildung verfügen muß. Es ist nicht einzusehen, warum Architekten nicht im Rahmen des Lebens der Bezirksgruppe Beratungen haben sollten mit bedeutenden Wissenschaftlern und Künstlern unserer Republik, um mit ihnen Probleme des Städtebaues und der Architektur auch unter weitgefaßterem Blickwinkel zu betrachten. Ich weise darauf hin, daß unsere sowjetischen Kollegen z. B. veranlaßt haben, Nazem Hikmet, den berühmten türkischen Dichter, einmal in einer Architekturzeitschrift über die Architektur der Zukunft zu schreiben. Dieses Beispiel sollte uns veranlassen, auch einmal unsere hervorragenden Wissenschaftler und Künstler anzusprechen, ihre Gedanken zu unseren Aufgaben aus ihrem Fachwissen heraus zu äußern.

Und selbstverständlich interessieren sich unsere Kollegen dafür, einmal die Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus mit den Aufgaben der Architektur und des Städtebaus verknüpft zu sehen. Wir sollten hervorragende Gesellschaftswissenschaftler bitten, einmal ihre Überlegungen zu Fragen der Polit-Ökonomie und des dialektischen Materialismus mit uns zu diskutieren.

Nicht zuletzt aber sollten auch die Bezirksgruppen des Bundes dafür sorgen, daß sich im geselligen Leben des Bezirkes die Architekten deutlicher als bisher abzeichnen. In Rostock z. B. haben die Architekten erheblichen Anteil am Leben im Klubhaus der Intelligenz. Sie haben es verstanden, das Klubhaus der Intelligenz zu einem Treffpunkt für die Architekten zu machen.

In Berlin dagegen, wo sehr viel mehr solcher Einrichtungen vorhanden sind, spielt sich das Leben des Bundes im allgemeinen nur in Versammlungen ab, die dann mehr oder weniger interessant sind.

Die Bezirksgruppen sollten auch dafür sorgen, daß die Presse des Bezirks von der Tätigkeit der Architekten mehr Kenntnis gibt und auch nimmt als bisher. Sie sollten durch das Ansprechen ihrer Mitglieder und auch der Redaktionen dafür Sorge tragen, daß im Bezirk die Bauabsichten bereits im Projekt bekanntgemacht werden, aber auch, daß die besten Architekten den Bürgern vorgestellt werden.

Die Tätigkeit des Bundesvorstandes sollte nun vor allem darin bestehen, die Beschlüsse des Kongresses energisch und zielstrebig zu verwirklichen.

Seine Hauptaufgabe besteht darin, alle im Bund organisierten Architekten für die Aufgaben zu aktivieren, die uns die Partei und die Regierung der DDR gestellt haben und alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sie zu bewußten Mitarbeitern bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden.

Die Aufgabe des Bundes besteht weiterhin darin, eine sehr enge Verbindung herzustellen zwischen dem Bundesvorstand, dem Präsidium, dem Sekretariat und den Bezirksgruppen mit den Betriebsgruppen.

Unsere Bundesvorstandsmitglieder haben im großen und ganzen eine gute Arbeit geleistet, und ich habe Veranlassung, mich für ihre Mitarbeit zu bedanken. Ich möchte jedoch an die Mitglieder des Bundesvorstandes die Bitte richten, nicht nur in den eigenen Bezirksgruppen tätig zu werden, sondern auch über die eigenen Gruppen hinaus zu wirken.

Die Berliner Mitglieder des Bundesvorstandes, besonders diejenigen, die führende Positionen im Bauwesen innehaben, bitten wir jedoch, sich häufiger in den Bezirksgruppen sehen zu lassen.

Eine der Hauptaufgaben des Bundesvorstandes sollte es sein, Überlegungen darüber anzustellen, die Jugend verstärkt für die Mitgliedschaft in unserem Bund zu gewinnen. Wir sollten darüber beraten, wie wir den Kontakt zwischen den Hochschulen und dem Bund verbessern.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß wir die Aufnahmebedingungen, welche die Aufnahme eines jungen Kollegen nach Abschluß des Studiums erst nach zweijähriger Praxis vorsehen, ändern sollten. Von über 60 Mitgliedern des Bundesvorstandes sind nur 7 Kollegen unter 40 Jahre alt. Es sollte unser Bestreben sein, bis zum nächsten Bundeskongreß den Anteil in unserem Bund so zu entwickeln, daß mehr als bisher die junge Generation Einfluß auf die Entwicklung und Gestaltung des Bundes nehmen kann.

Das, was über die Jugend gesagt wird, gilt jedoch auch für die Frauen in unserem Bund. Im Wahlvorschlag für den Bundesvorstand wird nur eine Frau, nämlich die Kollegin Herzenstein, angeführt. Das ist immerhin ein Fortschritt, denn im jetzigen Bundesvorstand befindet sich überhaupt keine Frau. Wir müssen also in dieser Beziehung eine Veränderung in unserem Bund erreichen. Es gibt in unserer Republik eine ganze Reihe von sehr begabten und sehr tüchtigen Kolleginnen, die uns bei unserer Arbeit sehr viel helfen könnten.

Der Bundesvorstand sollte es sich zur Aufgabe setzen, die Mitarbeit der Frau unter den Architekten zu verstärken. Wir schlagen vor, daß der BDA sich auch an der Werbung von Frauen für das Architekturstudium beteiligt, gegebenenfalls auch durch aufklärende Vorträge an den Oberschulen.

Ebenso halten wir es für notwendig, daß viel stärker als bisher der Bundesvorstand, das Präsidium und das Sekretariat sich eine Übersicht verschaffen über die besten Architekten in der Republik, damit diese Architekten für Wettbewerbe oder die Übernahme von Projektierungen vorgeschlagen werden können.

Eine weitere wesentliche Aufgabe besteht darin, die Presse, den Rundfunk, das Fernsehen für die Arbeit der Architekten zu interessieren. Es ist schließlich nicht zulässig, daß nicht nur sehr wenig über die Fragen des Städtebaues und der Architektur in der Presse berichtet wird, sondern daß bei der Berichterstattung fast immer die Namen der Architekten verschwiegen werden.

Schließlich hat der Bundesvorstand auch die sehr wichtige Aufgabe, die internationalen Verbindungen mit dem sozialistischen Lager in der Richtung auf einen möglichst engen Kontakt und eine tiefgehende Freundschaft zu entwickeln.

Das gilt nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, d. h. in den Bund hinein. Wir haben festgestellt, daß nur in einigen Projektierungsbetrieben der DDR eine sowjetische Architektur-Fachzeitschrift gehalten wird. Wir haben aber ebenso festgestellt, daß das nicht etwa am mangelnden Interesse unserer Kollegen für die Leistungen der sowjetischen Architekten liegt, sondern daß sie des öfteren den Wunsch ausgesprochen haben, solche Zeitschriften zu erhalten. Gleichgültigkeit und Bürokratie haben aber doch dazu geführt, daß unseren Kollegen diese Zeitschriften nicht zugänglich gemacht wurden. Der Bund übermittelt zwar den Bezirksgruppen die Architekturzeitschriften der Sowjetunion und einer Reihe sozialistischer Länder zum Umlauf an die Vorstandsmitglieder, es fehlt aber eine Einflußnahme des Bundes auf die Verbreitung dieses wichtigen Materials an alle Architekten seitens der Entwurfsbetriebe.

Selbstverständlich haben wir auch die Aufgabe, mit den Architekten in den kapitalistischen Ländern Kon-

takt zu haben, wie das ja bereits durch die UIA geschieht.

Vor allem aber sollten wir mehr als bisher unsere westdeutschen Kollegen unterrichten über unsere Aufgaben, über die Art und Weise, wie wir an deren Lösung herangehen, um sie davon zu überzeugen, daß die Gesellschaftsordnung der DDR dem Städtebauer und Architekten eine Grundlage für seine Arbeit schafft, die seine Werke vor der Zerstörung durch Kriege bewahrt und sie in den Dienst an der Erhaltung des Friedens stellt.

Das sind viele Aufgaben, und wenn man sie alle aufzählt, dann gerät man in die Gefahr, die Übersicht zu verlieren. Die Kunst, diese Aufgaben zu meistern, besteht darin, das richtige Kettenglied zu finden. Dann werden wir sehr schnell die von uns allen gewünschte Veränderung in unserer Arbeit herbeiführen.

Wir haben dieses Kettenglied genannt. Es besteht aus der Industrialisierung und aus dem Aufbau der Zentren unserer Städte. Wir werden jetzt in den 4 Arbeitsgruppen die Arbeit aufnehmen. Die Reife der Diskussionen in diesen Arbeitsgruppen wird für die Erfüllung der uns gestellten Aufgaben von größter Bedeutung sein. Das Gelingen unseres Kongresses hängt davon ab, daß wir — gemessen an diesen beiden Schwerpunkten — es verstehen, unsere Arbeit im Großen wie im Kleinen in Bewegung zu bringen. Wir können die großen Aufgaben nicht meistern, wenn wir nicht alle störenden Kleinigkeiten beseitigen, und wir werden der Kleinigkeiten nicht Herr, wenn wir nicht die großen Aufgaben richtig sehen.

Auch die Industrialisierung, die Typisierung, die Standardisierung, der Aufbau unserer Stadtzentren und auch der Bund Deutscher Architekten — sie alle sind nicht Selbstzweck, alles, was wir tun, dient den großen Zielen unserer sozialistischen Gesellschaft, unseres Aufbaues in der Deutschen Demokratischen Republik, der Erhaltung des Friedens und der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands.

Das ist der Wunsch, den ich Ihnen im Namen des Präsidiums für Ihre Beratungen mitgebe:

Mögen dieser Kongreß und seine Ergebnisse uns der Erreichung dieser Ziele ein Stück näher bringen.

Lassen Sie uns deshalb die dem Bund gestellten Aufgaben mit der den Bauleuten eigenen Energie und mit ihrem Optimismus anpacken, dann werden wir sie auch lösen — als Baumeister einer glücklichen Zukunft!

Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes auf dem IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten

Mehr als 3 Jahre sind vergangen, seit unser Bund zum Abschluß des III. Bundeskongresses in einer Entschließung die Aufgaben und Ziele für die 4. Etappe der Bundesarbeit festgelegt hat. Der III. Bundeskongreß zog aus seinen Beratungen die Schlußfolgerungen, der Architektenschaft eine klare Zielsetzung zu geben, die sich mit allen Konsequenzen auf die sozialistischen Aufgaben unserer Epoche orientiert. Sozialistische Gemeinschaftsarbeit, komplexes Planen und Bauen, Entwicklung der industriellen Bauproduktion und der Typenprojektierung durch die volle Entfaltung der wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Fähigkeiten aller Architekten. Der III. Bundeskongreß stellte u. a. fest, daß der prinzipielle Inhalt der 16 Grundsätze für den Städtebau und die Methode des sozialistischen Realismus uneingeschränkte Gültigkeit besitzen, aber nur dann erfolgreich wirksam zu werden vermögen, wenn in der schöpferischen Arbeit die tiefgreifenden Veränderungen der gesellschaftlichen Entwicklung und technischen Basis im Bauwesen zugrunde gelegt werden. — Eine Aufgabe, die darin besteht, die Überlegenheit des Sozialismus im ökonomischen Wettstreit der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in beiden deutschen Staaten zu beweisen, die darin besteht, die humanistischen Traditionen unseres Volkes gegen die kulturfeindlichen Kräfte zu verteidigen, die darin besteht, eine auf den Sieg des Sozialismus orientierte politische Überzeugung mit einem hervorragenden Fachwissen zu einer Einheit zu verschmelzen und die darin besteht, schöpferisch zu sein, d. h. unserer Epoche gemäße Bauwerke zu errichten, welche der Idee des Sozialismus Ausdruck verleihen, sich auf die neuesten Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik stützen und den Gesetzen der Harmonie entsprechen.

In der Präambel unseres Statuts, das vom III. Bundeskongreß beschlossen wurde, heißt es u. a.: „Der Aufbau des Sozialismus, der alle Werktätigen unserer Republik zu gemeinsamem Schaffen vereint, verpflichtet auch die Städtebauer und Architekten, ihre ganze Kraft in den Dienst dieses hohen und edlen Zieles zu stellen Ihre Aufgabe besteht darin, tatkräftig bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte und Dörfer zu wirken und die günstigsten Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Mitglieder unserer Gesellschaft zu schaffen."

Diese Grundsätze und Beschlüsse hatten die Leitlinie für die Arbeit der gewählten Organe und aller Mitglieder unseres Bundes festgelegt. Sie mußte im Einklang mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer DDR konsequent verfolgt werden. — Eine Entwicklung, die besonders in den vergangenen drei Jahren durch eine Vielzahl bedeutsamer politischer Ereignisse und Beschlüsse gekennzeichnet ist. Eine Entwicklung, die vor allem für uns Architekten neue Impulse durch die Beschlüsse des V. Parteitages und der 3. Baukonferenz sowie durch die Programmatische Erklärung des Staatsrates unserer DDR ergab. Der V. Parteitag mußte feststellen, daß trotz der Erfolge in der Bau- und Baustoffindustrie das Entwicklungstempo nicht ausreicht, daß das Bauwesen, das innerhalb der Volkswirtschaft eine Schlüsselstellung einnimmt und wesentlich das Entwicklungstempo vieler anderer Wirtschaftszweige bestimmt, zu einem Hemmnis für die Gesamtentwicklung geworden ist. —

Der vom V. Parteitag aufgezeigte Weg zur konsequenten Industrialisierung im Bauwesen, zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, zur Arbeit mit den Menschen und zum Aufbau der Stadtzentren wurde auf der 3. Baukonferenz umfassend behandelt und konkretisiert. Damit waren auch die speziellen Aufgaben des BDA festgelegt.

Im Berichtszeitraum ist den Völkern das große Ziel unseres Jahrhunderts sichtbar vor Augen getreten: Der Friede wird den Krieg besiegen. — Unter allen bedeut-

samen Ereignissen trat eines hervor, gab Aufschluß über die entscheidenden Zusammenhänge des Weltgeschehens und beantwortete die dringendsten Fragen der Menschheit. Es war die Moskauer Konferenz der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien. Hier sprach die gesammelte Erfahrung des Jahrzehnte währenden Kampfes der arbeitenden Millionen gegen Unbill und Unrecht, gegen soziale Unterdrückung und gegen das größte Verbrechen an der Menschheit, gegen den Krieg. Hier sprach die Kraft, die das sozialistische Lager schuf und den Sozialismus zum Weltsystem erhob.

Die vergangenen Jahre haben uns gezeigt, daß der Weg zur Lösung der deutschen Frage über den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten führt, über die Anwendung der friedlichen Koexistenz auf Deutschland, über die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen und über die Bildung einer nationalen Konföderation. Und es bleibt auch dabei: Die Westberlin-Frage muß gelöst werden, sie kann und wird im Sinne der Vernunft gelöst werden. Die Bevölkerung unserer Republik, auf deren Territorium Westberlin liegt, und nicht zuletzt die Westberliner Bevölkerung selbst haben ein Recht darauf, endlich diese gefährliche Rolle, in die Bonns Militaristen Westberlin gebracht haben, beendet zu sehen. Die Vorschläge der DDR demonstrieren der Welt die reale Möglichkeit einer friedliebenden Entwicklung.

Die Verwirklichung der Beschlüsse des V. Parteitages und der 3. Baukonferenz dienen dieser Entwicklung, und die Architekten erkennen die Bedeutung der Aufgaben des Siebenjahrplanes auch für die Lösung der nationalen Frage in Deutschland. Zur Erfüllung dieses Planes ist die umfassende Entfaltung aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte erforderlich.

Die wachsende Erkenntnis der westdeutschen Menschen von der moralischen Überlegenheit der Lebensform im Sozialismus muß durch den Nachweis der ökonomischen Überlegenheit, durch den Inhalt und die Gestaltung unserer Städte bewiesen werden. Sie werden weitere Kreise auch in Westdeutschland für den Kampf um die demokratische Perspektive in ganz Deutschland gewinnen.

So war es in der Berichtszeit die vordringliche Pflicht des Bundesvorstandes, an der Stärkung der politischen, wirtschaftlichen und moralischen Position der DDR mitzuwirken. Er orientierte die Tätigkeit des Bundes deshalb auf die Entwicklung der politisch-ideologischen Arbeit mit den Architekten, zur Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, der uneingeschränkten Industrialisierung des Bauens, der Weiterentwicklung von Städtebau und Architektur sowie für den Aufbau der Stadtzentren.

Der weiteren Qualifizierung aller Mitglieder und der verstärkten Zusammenarbeit mit der Bevölkerung wurde außerdem große Aufmerksamkeit gewidmet. Wie wurde an die Lösung dieser Teilaufgaben in den vergangenen Jahren herangegangen, und welche prinzipielle Einschätzung kann zur Frage der politisch-ideologischen Arbeit des Bundes gegeben werden?

Entsprechend den Aufgaben, die Partei und Regierung den Architekten und Ingenieuren im Bauwesen gestellt haben, ergaben sich in der Vorbereitung und Durchführung der Projektierung Komplexaufgaben. Auf städtebaulichem Gebiet z. B. die Wohnstadt Hoyerswerda oder der neue Wohnkomplex an der Stalinallee in Berlin. Beim neuen Bauabschnitt an der Stalinalle entwickelte sich die sozialistische Gemeinschaftsarbeit schon sehr konsequent. Die Teilnehmer eines engeren Wettbewerbes schlossen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen mit dem Ergebnis, daß eine sinnvolle und zweckdienliche Verbindung zugleich mit Vertretern der Baubetriebe und der Planträger zu schnellen Ergebnissen führte.

Auf dem Gebiete des Industriebaus haben sich das Prinzip der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und die Arbeit mit Komplexbrigaden am besten entwickelt. Die Industriearchitekten, Ingenieure, Technologen und Produktionsarbeiter lösen in der Regel die vor ihnen stehenden Aufgaben schon in Formen sozialistischer Arbeitsgemeinschaften.

Aus Mitarbeitern der Deutschen Bauakademie, dem VEB Typenprojektierung und den volkseigenen Projektierungsbetrieben haben sich in enger Verbindung mit den volkseigenen Baubetrieben Arbeitsgemeinschaften gebildet, die entsprechend der ständigen Weiterentwicklung der Industrie konkrete Aufgaben übernommen haben. So wurde z. B. die Entwicklung der Typen Q x oder die Stahlbetonskelettmontagebauweise aus vorgefertigten Elementen durch gemeinsame Arbeit der Forschung, der Projektierung und der Bauproduktion tatkräftig unterstützt. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß gute Beispiele zur Entwicklung sozialistischer Arbeitsgemeinschaften unter den Architekten in allen Bezirken unserer Republik anzutreffen sind und daß die Arbeit des Bundes nicht ohne Einfluß auf diese Entwicklung war. Es wird aber noch intensiver Arbeit bedürfen, die guten Beispiele in der Breite der Mitgliedschaft zu popularisieren und die Gemeinschaftsarbeit allgemein durchzusetzen.

Die Bemühungen der Projektierungsbetriebe und einzelner Kollektive, das Ausmaß der verlorenen Projektierung wesentlich einzuschränken, blieben ohne den gewünschten Erfolg. Auch der BDA sollte energisch auf eine bessere Investitionspolitik bei Planträgern und Wirtschaftsräten einwirken, die eine Fehlprojektierung ausschaltet.

Noch immer glauben nicht wenige Architekten, daß die Forderung der Baukonferenzen, mit dem Material sparsamer umzugehen, allein eine Aufgabe der ausführenden Betriebe ist. Es ist an der Zeit, diese Architekten darauf hinzuweisen, daß auf dem Reißbrett die Einsparung beginnen muß, weil bei vielen Projekten der Projektant für einen unvertretbaren Materialaufwand verantwortlich ist.

Die Tätigkeit der freiberuflichen Architekten verband sich im Berichtszeitraum mehr und mehr mit den Projektierungsbetrieben. Diese vertraglichen Bindungen, die mit der Entwicklung des industriellen Bauens und mit der notwendigen Gemeinschaftsarbeit im Prozeß der Vorplanung und Projektierung nur folgerichtig sind, wurden für viele unserer freiberuflichen Kollegen schon selbstverständlich. Diese Kollegen nehmen auch an den Veranstaltungen der Betriebsgruppen des BDA teil.

Entsprechend der Entscheidung des III. Bundeskongresses, den Wohnungsbau, den technischen Fortschritt im Bauwesen sowie die Typenprojektierung und die Industrialisierung des Bauens zu fördern, hat der Bund u. a. im Dezember 1958 die Bezirksgruppen aufgerufen, an der Schulung in Wittenberg teilzunehmen, deren Aufgaben die Vermittlung der ersten Erfahrungen in der Anwendung des Takt- und Fließverfahrens im traditionellen Wohnungsbau innerhalb der DDR war. Fast alle Bezirksgruppen sind dem Aufruf gefolgt. Unsere Mitglieder haben wertvolle Anregungen erhalten und durch Vorträge in den Bezirksgruppen ihre Erkenntnisse verbreitet.

Die Bundesvorstandssitzung in Dresden/Pirna im Jahre 1959, deren Eröffnung im Kulturhaus des Baubetriebes erfolgte, befaßte sich eingehend mit der Industrialisierung des Bauens und der allgemeinen Durchsetzung

des Takt- und Fließverfahrens. Im Mittelpunkt der Beratungen stand eine vom Mitglied unseres Bundes, dem Held der Arbeit Bock, entwickelte Methode, die er in engster Verbindung mit dem Kreisbaudirektor Pfaff durchführte. Die großen ökonomischen und organisatorischen Erfolge dieser Methode wurden durch die Bundesvorstandssitzung wirkungsvoll propagiert, so daß sie zur allgemeinen Anwendung in den Bezirken unserer Republik beigetragen haben.

Als Beispiel für eine engere Verbindung der Architekten mit der Baustelle mag gelten, daß anläßlich der Übergabe der Typenunterlagen für die Großplattenbauweise in Rostock eine gründliche Beratung mit der Brigade des Helden der Arbeit Strauß zusammen mit den Kollegen des VEB Hochbauprojektierung Rostock stattfand, an der auch ein Vertreter unseres Bundesvorstandes teilnahm. Leider sind solche Beispiele noch viel zu selten. Vielfach beschränken wir uns auf theoretische Beratungen und Vorträge. Die Vielzahl der Veranstaltungen in den Bezirksgruppen mit den Themen „Industrialisierung des Bauens“ und „Takt- und Fließverfahren in der Bauproduktion“ zeigt, daß für diese Gebiete reges Interesse besteht und auch wirksame Arbeit geleistet wurde. Die praktische Seite der Industrialisierung und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität verlangt aber eine noch engere Verbindung mit den Erfahrungen und Erkenntnissen auf der Baustelle. Und es muß auch trotz anzuerkennender Erfolge kritisch vermerkt werden, daß der Bund gegenüber den Fragen der Typenprojektierung für Industrie und gesellschaftliche Bauten unter den Mitgliedern und auf zentraler Ebene nicht die erforderliche Initiative entwickelt hat. Der vorhandenen Bereitschaft in vielen Bezirksgruppen, an der Typenentwicklung für gesellschaftliche Bauten in Form von Wettbewerben mitzuwirken, ist bisher durch den Bund keine Bachtung geschenkt worden.

An der Gestaltung sozialistischer Wohnkomplexe und Stadtzentren sowie bei der weiteren theoretischen Fundierung und der praktischen Nutzanwendung der Prinzipien des sozialistischen Städtebaues nahmen viele Mitglieder, Kollektive und Bezirksgruppen des BDA aktiven Anteil. Die Ausgangsbasis für die zum Teil sehr wertvollen Diskussionsbeiträge bildeten die Vorschläge des 33. Plenums des Zentralkomitees der SED.

In zahlreichen Vorträgen und Diskussionen wurden die Grundsätze zur Gestaltung sozialistischer Stadtzentren behandelt. Die Diskussionen gaben den mit Planungen beauftragten Kollegen in vielen Fällen sehr wertvolle Anregungen. Dafür nun einige Beispiele:

In Rostock wurde während der vorjährigen Ostseewoche auf einem Symposion — dem auch 38 ausländische Architekten beiwohnten — in Anwesenheit des Bundesvorstandes eine Auswertung der zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegenden Wettbewerbsentwürfe für das geplante Wohngebiet Lütten-Klein vorgenommen. Diese Veranstaltung war ein großer Erfolg, nicht nur, weil sie für die einige Wochen später tagende Jury eine gute Ausgangsposition schuf, sondern auch als wertvoller Beitrag für die politische Aussagekraft der Ostseewoche. Die Rostocker Kollegen verdienen für ihre gute Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung volle Anerkennung.

Anläßlich einer Bundesvorstandssitzung in Potsdam, die sich mit der Planung für die Neugestaltung des Stadtzentrums beschäftigte, konnten wertvolle Empfehlungen für die weitere Bearbeitung des Bebauungsplanes gegeben werden.

Auch bei der Vorbereitung des Wettbewerbes für den Aufbau des Stadtzentrums von Berlin leistete der Bundesvorstand aktive Hilfe. Eine aus Mitgliedern des BDA bestehende Kommission überprüfte in den staatlichen Entwurfsbetrieben mehrerer Bezirke, welche Möglichkeiten für eine fruchtbare Teilnahme von Kollektiven vorhanden waren. Obwohl es in einigen Fällen an der nötigen Einsicht bei der Leitung der Betriebe fehlte, war die Teilnahme von 56 Kollektiven am Wettbewerb ein guter Erfolg.

In Vorbereitung der Theoretischen Konferenz im vergangenen Jahr in Berlin wurden in 10 Bezirksgruppen gutorganisierte Veranstaltungen durchgeführt. Gute Beiträge zur Diskussion über Fragen der Planung sozialistischer Stadtzentren, zum Aufbau von Wohngebieten, über den Einfluß moderner Konstruktionen auf die Gestaltung u. a. m. lieferten besonders die Bezirksgruppen Magdeburg, Dresden, Erfurt und Karl-Marx-Stadt.

Auch in den Fragen der Weiterentwicklung von Städtebau und Architektur und zum Aufbau unserer Stadtzentren sind also gute Ansätze wahrzunehmen. Wenn noch nicht die Breitenwirkung erzielt wurde, die notwendig ist im Interesse der Lösung der vielschichtigen Aufgaben, dann wohl in erster Linie, weil dem Einfluß des BDA auf die Mitgliedschaft noch die fundierte und kontinuierliche Anleitung durch den Bundesvorstand fehlte.

Die Arbeit des Bundes zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ist noch unzureichend, weil die Möglichkeiten nicht erkannt oder ausgeschöpft werden. Die bekannten guten Beispiele in Leipzig, Neubrandenburg und Berlin sowie in den Kreisgruppen Aue und Plauen sind überwiegend aus der Initiative einzelner Mitglieder entstanden, die im Staatsapparat oder den VE Projektierungsbetrieben arbeiten; so die Diskussionen mit der Bevölkerung anläßlich einer Ausstellung zur Bebauung des Karl-Marx-Platzes in Leipzig, für den Aufbau des Stadtzentrums von Berlin, für das Freibad in Pankow oder der Aufbaupläne für das gesellschaftliche Zentrum von Neubrandenburg.

Einzelne Mitglieder beraten auch mit der Bevölkerung die Aufbaupläne in ihren Wirkungsbereichen und Wohngruppen. In vielen Wirkungsbereichen oder Stadtbezirken wohnen aber keine Architekten, die hier die Nationale Front unterstützen könnten. Wir sollten aber dort durch unsere Organisation der Nationalen Front helfen, wo die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung in Fragen des Aufbaues unserer Wohnbezirke und für die Zentren der Kultur und Erholung noch unzureichend ist — und da bleibt noch vieles zu tun.

Die Anzahl der Kollegen, die in den vergangenen drei Jahren ihren Arbeitsplatz und eine gesicherte Perspektive in unserer Republik verlassen hat, ist weniger beunruhigend, als die Tatsache selbst, weil die Prüfung der Ursachen zeigt, daß diese Kollegen mit den Problemen und Konflikten, die der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bei ihnen ausgelöst hat, nicht allein fertig geworden sind.

Wie haben wir aber als BDA geholfen — nicht dies oder das zu behaupten, sondern es zu beweisen, nicht anzuklagen, sondern zu erklären?

Geduld in der politischen Auseinandersetzung und in der fachlichen Diskussion hat sich immer dann als richtig erwiesen, wo Unklarheiten, wo guter Wille vorhanden waren; Unduldsamkeit ist allerdings erforderlich, wenn unsere gemeinsame Aufbauarbeit vorsätzlich gestört werden soll.

Diese Einschätzung über die Erfüllung der Hauptaufgaben zeigt eine Reihe schöner Erfolge aber auch nicht wenige Mängel, denen wir auf unserem IV. Bundeskongreß mit der Festlegung der weiteren Aufgaben und Etappenziele volle Aufmerksamkeit schenken müssen. Die anzuerkennenden Leistungen gründen sich sowohl auf eine systematische Arbeit als auch auf die Zu-

sammenarbeit mit den Organen des Staates und den Massenorganisationen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem BDA und den örtlichen Organen der Staatsmacht hat sich im Berichtszeitraum insgesamt positiv entwickelt. Das hat in erster Linie seine Ursache darin, daß die verantwortlichen Architekten in den Räten der Bezirke und Städte fast ohne Ausnahme Mitglieder unseres Bundes und in einem seiner gewählten Organe tätig sind. Gut hat sich auch die Zusammenarbeit mit den Parteien und Massenorganisationen, insbesondere mit den Volksvertretungen, entwickelt. Keine geringe Zahl unserer Mitglieder arbeitet zugleich als gewählte Abgeordnete in den Volksvertretungen. Sie verbinden die Aufgaben des Bundes mit denen eines Volksvertreters und mit der Arbeit in der Nationalen Front. Besonders erfreulich ist die Einsatzbereitschaft eines großen Teiles der Mitgliedschaft bei der Mitarbeit im NAW. Allein in Berlin wurden im Jahr 1960 100 125 Projektierungsstunden im NAW geleistet, und viele unserer Mitglieder erhielten die Aufbaunadeln aller Stufen.

Nur ungenügend wird demgegenüber durch die breite Mitgliedschaft von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, als Aktivmitglieder in einer der Kommissionen für das Bauwesen der politischen Führung bei fachlichen Fragen beratend und helfend zur Seite stehen. Eine solche Mitarbeit hilft andererseits auch unseren Mitgliedern, einen besseren Einblick zu bekommen in die übergeordnete operative staatliche Leitungstätigkeit in Politik und Wirtschaft.

Es ist an der Zeit, daß der BDA als Fachverband anerkannt wird und auch im Aufgabenbereich des Fachministeriums mitplant, mitarbeitet und mitregiert.

Unser Verhältnis zur IG Bau-Holz wird weniger gekennzeichnet durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit auf der Ebene der Vorstände, als vielmehr zwischen den Organen des FDGB und vielen unserer Mitglieder, die als Gruppenorganisatoren tätig sind. Wir dürfen aber mit Genugtuung feststellen, daß sowohl der Zentralvorstand als auch die Bezirksvorstände sich zunehmend dafür einsetzen, die Verbindung zwischen den Bauarbeitern und den Architekten herzustellen und sich mehr als früher um die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Betreuung der technischen Intelligenz bemühen. Noch immer bestehen aber auf beiden Seiten Hemmnisse, in ein vertrauensvolles Gespräch zu kommen, um über die Gemeinsamkeiten der Aufgaben zu sprechen und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit nicht auf die Baustellen einerseits und die Projektierungsbetriebe andereseits zu begrenzen, sondern diese Kluft endlich zu überbrücken. Das Präsidium des Bundes sollte verpflichtet werden, jährlich eine Konferenz zusammen mit der IG Bau-Holz abzuhalten, um die beiderseitigen Aufgaben und Wünsche miteinander abzustimmen.

Die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bauakademie hat sich gut entwickelt, wobei wir allerdings die Feststellung treffen müssen, daß sie in erster Linie bestimmt war von der Tatsache, daß einige Mitglieder des Bundesvorstandes und des Präsidiums als leitende Mitarbeiter in der Akademie die Kontakte hergestellt haben, während die unmittelbare Zusammenarbeit der Präsidien nur selten wirksam wurde.

Der guten Arbeit einiger in der Deutschen Bauakademie tätigen Mitglieder des Bundes durch die Mitarbeit in Vorständen, Kommissionen u. a., durch Vorträge in Berlin und anderen Bezirksgruppen steht eine nur unzureichende Arbeit der Betriebssektion des BDA in der Akademie gegenüber. Das trug u. a. dazu bei, daß die durch den BDA an der Arbeit der Akademie geübte Kritik nur ungenügend beachtet wurde. Erst auf der Theoretischen Beratung und der 1. Theoretischen Konferenz, die beide auf Vorschlag des Bundes veranstaltet wurden, konnten die Auffassungen der Architekten zur Arbeit der Akademie und ihrer Institute und Einrichtungen dargelegt werden.

Die Beschlüsse der Theoretischen Konferenz lassen eine Verbesserung der Verbindung der Forschungsarbeit mit der praktischen Entwurfstätigkeit und umgekehrt erhoffen. Die Zeitschrift „Deutsche Architektur", für die, gemäß dem Statut ihrer Herausgabe, die Akademie und der Bund gemeinsam verantwortlich zeichnen, entfernte sich von der Aufgabe, unsere Mitgliedschaft umfassend zu informieren und sie zu einem wirksamen und ergiebigem Arbeitsinstrument für die Architektenschaft unserer Republik zu machen. Daran konnte auch die Verstärkung und paritätische Besetzung der Mitglieder des Bundes in der Redaktionskommission so wenig ändern, wie die Beschwerden und Hinweise aus allen Bezirksgruppen, wie auch die wohlmeinenden Kritiken aus den befreundeten Ländern. Die Deutsche Bauakademie hielt offensichtlich nicht viel von der Gleichberechtigung und Verpflichtung des Bundes an der Zeitschrift, die nicht zum zentralen Informationsblatt auf dem gesamten Gebiet der Architektur und des Städtebaues für die Mitgliedschaft wurde. Erst die Kritik auf der 1. Theoretischen Konferenz durch Prof. Henselmann führte zu der vom Bund lange gesuchten Aussprache mit dem Präsidium der Akademie. Es bleibt zu hoffen, daß die nunmehr einmütige Auffassung, daß die Qualität der Zeitschrift unzureichend war und grundlegend verbessert werden muß, nun auch zu gemeinsamen und dem Zweck wirklich dienenden Beschlüssen führt.

Das Verhältnis zu den Hochschulen unserer Fachgebiete, das schon auf dem III. Bundeskongreß als unzureichend erkannt wurde, ist im Berichtszeitraum — von wenigen Ausnahmen abgesehen — noch weniger befriedigend gewesen. Ohne Zweifel sind die Ursachen für mangelhafte Kontakte auf beiden Seiten zu suchen, aber bekannt geworden ist uns nur die Kritik der betreffenden Bezirksgruppen an der mangelnden Bereitschaft der Kollegen in den Hochschulen — nie umgekehrt.

Als gutes Beispiel für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und BDA kann jedoch Weimar genannt werden. Anerkennung verdient die fruchtbare Teilnahme der Professoren Englberger und Rettich an der Bundesarbeit. Wir sollten nicht vergessen, daß die Einstellung der Professoren und Dozenten zum BDA und seinen politischen und fachlichen Aufgaben von hohem Einfluß auf die Architektenkader ist, die von den Hochschulen in die Praxis gehen. Eine fachlich gute Ausbildung allein macht die jungen Architekten und Städtebauer noch nicht zu überzeugten Streitern für die Lösung der Aufgaben, die uns beim Aufbau des Sozialismus gestellt sind. Es ist auch eine Aufgabe des Bundes, zusammen mit den Professoren und Dozenten zu untersuchen, warum sich ein Teil der Absolventen in der Praxis nicht zurecht findet, unbefriedigt ist im Hinblick auf die berufliche Entwicklung oder sogar nach der großzügigen Unterstützung, die ihm unser Staat durch das Studium gegeben hat, die Republik verläßt. Die allseitige Bildung und Ausbildung unseres Nachwuchses ist eine der Kernfragen für die kontinuierliche Weiterentwicklung im gesamten Bauwesen unserer Republik. Sie wird erschwert oder sogar gehemmt, wenn in den Veranstaltungen des BDA nicht auch die Hochschule und in den Hochschulen der BDA zu Wort kommen.

Die systematische Förderung unserer jungen Architekten, die bei der Werbung für den BDA beginnt, wenn sie die Hoch- oder Fachschule verlassen haben, und auf dem Wege in die berufliche Praxis durch die Hilfe erfahrener Fachkollegen fortgesetzt werden muß, ist vom Bundesvorstand nicht richtig anerkannt und ungenügend behandelt worden.

Der Bundesvorstand hat sich auch bis heute noch nicht damit beschäftigt, die Menschen zu erforschen, warum es bei uns so wenig weibliche Architekten gibt. Es sind nur 7% während z. B. in der Sowjetunion mehr als die Hälfte der Architektur-Studenten Frauen sind.

Die Zusammenarbeit mit dem Verband Bildender Künstler und dem Kulturbund ist in den Bezirksgruppen zwar unterschiedlich aber überwiegend gut. Durch Vorträge und gemeinsame Veranstaltungen in den Klubs, aber auch durch Beispiele kollektiver Arbeit beginnen die Kontakte fruchtbar zu werden. Nicht selten sind es bürokratische Hemmnisse, die ein frühzeitiges Zusammenwirken zwischen Architekten und bildenden Künstlern verhindern. Allerdings auch nicht die einzigen Hemmnisse, da sich die Arbeit der Architekten in den Entwurfsbetrieben mit der freiberuflichen Tätigkeit der bildenden Künstler nicht gut in Einklang bringen läßt. Ein gutes Beispiel gibt das Stadtbauamt von Berlin, das eine Brigade junger sozialistischer Künstler mit einem Kollektiv junger Architekten schon im Stadium des Studienprojektes für ein Objekt am Marx-Engels-Platz vertraglich zusammenführte. Ein weiteres gutes Beispiel ist die gemeinsame Konferenz des BDA mit dem VBK in Erfurt, wo an Hand einer gründlichen Analyse Vorschläge für eine fruchtbare Zusammenarbeit entwickelt wurden.

Entwicklungsfähig bleiben aber die Kontakte und das Bestreben, mit den genannten Verbänden zu gemeinsamer Arbeit zu gelangen — auf zentraler Ebene. Das Präsidium unseres Bundes sollte verpflichtet werden, jährlich zu einer Beratung über die Lösung gemeinsamer Aufgaben einzuladen.

Mit der Kammer der Technik verbinden uns vielfältige Interessen, die sich in gemeinsamer fruchtbringender Arbeit in fast allen Gruppen ausdrückt. Die Vereinbarung, Arbeitspläne miteinander abzustimmen und den Mitgliedern unserer Verbände unter gleichen Bedingungen alle Veranstaltungen zugänglich zu machen, hat sich besonders für den BDA als vorteilhaft erwiesen, weil die KdT mit ihrer umfassenden Organisation auf allen Gebieten des Bauwesens uns Architekten eine wesentliche Hilfe beim Studium neuer technisch-wissenschaftlicher Erkenntnisse vermittelt.

Zur Entwicklung des Bundes

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen verläuft im Bund und anteilig in den Bezirksgruppen fast gleichmäßig von Jahr zu Jahr.

1957 zählte der Bund 1420 Mitglieder, 1958: 1476, 1959: 1536 und zur Zeit 1853 Mitglieder.

In der Werbung und Neuaufnahme stehen Berlin, Leipzig, Dresden und Erfurt an erster Stelle, während die Bezirksgruppe Schwerin von 1956 bis 1959 einen gleichbleibenden Mitgliederstand aufweist. Erst seit 1960 beginnt eine Aufwärtsentwicklung, vor allem durch die Bildung einer Betriebsgruppe im VEB Hochbauprojektierung Schwerin.

Die augenblickliche Zusammensetzung der Mitgliedschaft ist folgende:

1648 Mitglieder und 205 Kandidaten, davon zwischen 20 und 35 Jahren 763, bis 48 Jahre 366 und darüber 724. Eine technische Hochschule haben 646 und eine Baufachschule 1207 Mitglieder absolviert.

Den demokratischen Blockparteien gehören 654 Mitglieder an, dem FDGB 1511, der DSF 945, dem KB 455, der KdT 328, der FDJ 147, der GST 61 Mitglieder.

428 Mitglieder sind in staatlichen Institutionen, 53 in Hochschulen beschäftigt. In VE Entwurfsbetrieben arbeiten 1013 der Mitglieder, und 359 sind freiberuflich tätig.

1530 Kollegen sind als Entwurfsarchitekten tätig, 90 Kollegen als Brigadeleiter, 38 als Chefarchitekten, 48 Kollegen sind als Direktoren tätig, 72 üben eine Tätigkeit als Professoren, Dozenten, wissenschaftliche Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter aus, 75 Kollegen sind Referenten oder Abteilungsleiter in den Staatsorganen.

Nur 48 Mitglieder sind Frauen und 1805 Männer.

Zur Arbeit der gewählten zentralen Organe des Bundes

In der Berichtsperiode trat der Bundesvorstand 11mal zusammen, das Präsidium hatte 16 Tagungen und das Büro des Präsidiums arbeitete in dieser Zeit in 45 Sitzungen an der Vorbereitung und Durchsetzung der Beschlüsse des Bundes.

Von den Bundesvorstandssitzungen sind überwiegend starke Impulse für die Tätigkeit der Bezirks- und Betriebsgruppen ausgegangen. Besondere Beachtungen verdienen die 20. und 25. Bundesvorstandssitzung. Die 20. Tagung orientierte auf die Probleme der kontinuierlichen Serienfertigung und Typenprojektierung ,und die 25., die in Beuchow bei Lübbenau in der LPG „Vorwärts“ tagte, beschäftigte sich mit den Problemen des ländlichen Bauens im Zusammenhang mit der sozialistischen Umgestaltung der Dörfer.

Die anderen Bundesvorstandssitzungen beschäftigten sich u. a. mit den Themen „Stadtzentrum Berlin“, „Planung und Aufbau der Stadt Hoyerswerda“, „Aufbau des Zentrums Rostock und Ausbau des Hafens“ sowie mit dem Aufbau der Zentren von Dresden und Potsdam. Die Präsidiumssitzungen galten im allgemeinen der Vorbereitung der Bundesvorstandssitzungen. Trotz der prinzipiell richtigen Orientierung bei der Arbeit im Bundesvorstand zeigten sich verschiedene Mängel, besonders in der unmittelbaren Betreuung und Anleitung der Bezirksgruppen und Betriebsgruppen. Nur wenige der vom Bundesvorstand mit der Anleitung der Bezirksgruppen beauftragte Mitglieder arbeiteten ständig in den ihnen zur Betreuung zugewiesenen Bezirksgruppen mit. Gute Arbeit leisteten die Betreuer der Bezirksgruppen Karl-Marx-Stadt, Gera und Erfurt; keine Arbeit leistete leider der Betreuer der Bezirksgruppe Magdeburg, schlechte Arbeit einige andere. Der Bundesvorstand rügt diese Versäumnisse auf das Entschiedenste.

Mangelhaft war im allgemeinen auch die Kontrolle des Bundesvorstandes über die Durchführung seiner Beschlüsse in den Einheiten des Bundes. Andererseits zeigte sich, daß trotzdem in fast allen Bezirken die Beschlüsse und die Ergebnisse der Beratungen des Bundesvorstandes in den Mitgliederversammlungen — auch ohne besondere Anleitung und Kontrolle — ausführlich behandelt wurden.

Die Tätigkeit des Bundessekretariats war auf die unmittelbare Anleitung der Bezirke gerichtet. Sie erfolgte noch unsystematisch und zu wenig auf bestimmte Schwerpunkte orientiert.

Die Durchführung des Halbjahres-Arbeitsplanes wurde vom Bundessekretariat nicht laufend kontrolliert, weil die Tätigkeit nicht genügend koordiniert und auf die Lösung der Schwerpunkte ausgerichtet war. Im Bundessekretariat herrscht anstelle einer kontinuierlichen sozialistischen Gemeinschaftsarbeit nicht selten Einzelarbeit, Spontanität und Kampagnearbeit vor. Während sich in den Bezirksgruppen eine gute Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen und den gesellschaftlichen Organisationen entwickelte, wurde diese Aufgabe auf zentraler Ebene nur ungenügend gelöst.

Erst in den letzten Monaten — besonders im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Bundeskongresses — wurde die Arbeit des Bundessekretariats systematischer und wirksamer.

Die Arbeit der Bezirks-, Kreis- und Betriebsgruppen

Eine Überprüfung der Arbeit in den Bezirksgruppen zeigt, daß sich die Organisation gefestigt hat, daß die Zusammenkünfte regelmäßig erfolgen und daß die Thematik der Vorträge sich stärker auf Probleme der sozialistischen Umgestaltung des Bauwesens orientierte. In den Bezirksgruppenversammlungen war aber — und das besonders in den größeren Bezirksgruppen — ein zu geringer Teil der Mitgliedschaft anwesend. Stärker war die Teilnahme an den Veranstaltungen der Betriebsgruppen. Viele Gespräche lassen erkennen, daß für die Aktivierung und weitere Qualifizierung unserer Mitglieder die Zusammenkunft in den Bezirksgruppen allein nicht ausreicht und daß eine spezialisierte und konkrete Behandlung aller Probleme in den Betriebsgruppen nötig ist. Auch die Vorbereitungen zum Bundeskongreß brachten dafür Beweise. Durch die Tätigkeit der 4 Arbeitsgruppen wurden große Teile der Mitgliedschaft in Bewegung gesetzt und zur eigenen Mitarbeit veranlaßt.

Die Schlußfolgerung sollte sein, außer der Tätigkeit der Betriebsgruppen auch die Mitarbeiter in den Arbeitsgruppen zu mobilisieren, wobei sich der Kreis der Mitarbeitenden nicht auf BDA-Mitglieder beschränken sollte. Gute Beispiele einer erfolgreichen Arbeit in den Bezirksgruppen gaben die Bezirke Karl-Marx-Stadt, Gera, Leipzig und Magdeburg.

Während die Bezirksgruppe in Rostock noch bis 1958 verhältnismäßig aktiv war, hat sie sich in den letzten beiden Jahren nicht mehr entwickelt. Der Bezirksvorstand kam nur unregelmäßig zu Beratungen zusammen. Der Vorsitzende zeigte wenig Initiative. Die vorgesehene Neubesetzung der Funktion des Vorsitzenden sollte die Tätigkeit der gesamten Bezirksgruppe neu beleben. Lediglich im Zusammenhang mit den Beratungen über den Aufbau von Lütten-Klein zeigte sich eine Belebung in der Bezirksgruppe.

Während sich in allen Bezirken Betriebsgruppen gebildet haben, gibt es in Schwerin noch Hemmnisse. Das Bundessekretariat ist zu veranlassen, der Bezirksgruppe Schwerin die nötige Hilfe zuteil werden zu lassen.

Die Vorstandssitzungen der Bezirksgruppen erfolgten regelmäßig. Sie beschäftigten sich mit der Auswertung der Bundesvorstandssitzungen, mit der Aufstellung von Arbeitsplänen und mit der Diskussion und Beschlußfassung zu örtlichen Aufgaben und Problemen. Eine zielstrebige Arbeit leisteten besonders die Bezirksgruppenvorstände in Leipzig und Magdeburg, aber auch in Dresden und Halle.

Zur Arbeit der zentralen Kommissionen

Auf dem 3. Bundeskongreß sind 5 zentrale Kommissionen gewählt worden. Die Wettbewerbskommission mit 7 Mitgliedern, die Aufnahmekommission mit 9 Mitgliedern, die Kommission für Ausbildung und Nachwuchs mit 6 Mitgliedern, die Pressekommission mit 10 Mitgliedern und die Schlichtungskommission mit 8 Mitgliedern. Die Erfüllung ihrer Verpflichtung unterschied sich nicht nur im Hinblick auf die Verschiedenheit der Aufgaben, sondern leider auch in der Aktivität der Mitglieder. Die Aufgaben der Aufnahmekommission und der Schlichtungskommission waren bestimmt von dem Arbeitsanfall. Die erste mußte 10mal zusammentreten und konnte von 591 Anträgen 401 neue Mitglieder und 190 Kandidaten bestätigen.

Eine stärkere Eigeninitiative verlangte die Arbeit der anderen Kommissionen, von denen die Kommission für Ausbildung und Nachwuchs zwar nur dreimal tagte, aber mit Vorschlägen für die Neugestaltung des Lehrplanes an den Hochschulen eine gute Arbeit geleistet hat. Einsatzbereit war vor allem die Wettbewerbskommission trotz erschwerter Bedingungen. Sie hatte die größte Anzahl an Beratungen im Berichtszeitraum oft gemeinsam mit dem Vorsitzenden der bezirklichen Wettbewerbskommission. Es ist u. a. ihr Verdienst, eine völlig neue, unseren sozialistischen Grundsätzen entsprechende Wettbewerbsordnung entwickelt, durchgearbeitet, diskutiert und gegen manche unbegründeten Einwände verteidigt zu haben. Wenn bei den bezirklich ausgeschriebenen Wettbewerben nach wie vor in vielen Fällen eine unzureichende Qualität der Ausschreibungsunterlagen die Wurzel mancher Verärgerung und einer unzureichenden Qualität der eingereichten Arbeit ist, dann hat das überwiegend 3 Ursachen.

1. Die neue Wettbewerbsordnung kann nur als gesetzliche Grundlage für alle Auslober und damit für die Qualität der Leistungen wirksam werden.
2. Die örtlichen Wettbewerbskommissionen haben in der Vergangenheit zu wenig Einfluß auf den Inhalt der Ausschreibungsunterlagen bei der Zustimmung zum Wettbewerb.
3. Die Vorstände des BDA in allen Ebenen haben den Wert der Wettbewerbe unterschätzt und die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung in vielen Fällen den örtlichen Organen des Staatsapparates allein überlassen.

Der Kongreß sollte die neue Wettbewerbsordnung bestätigen, das Präsidium verpflichten, die Anerkennung der Wettbewerbsordnung durch zentrale Stellen zu betreiben und von allen Vorständen und Kommissionen fordern, sich konsequent für eine Veränderung im Wettbewerbswesen einzusetzen.

Völlig unzureichend und in der Wirkung mehr als diskreditierend war die Arbeit der Pressekommission. Wenn die Mitarbeit bei der Gestaltung der „Deutschen Architektur“ erschwert war, so fehlte es vor allem an sachdienlichen Schritten, das Verhältnis zur Redaktion zu verändern oder energisch zu Protest zu geben, darüber hinaus aber an dem Bemühen, die anderen publizistischen und propagandistischen Mittel für die Arbeit des Bundes auszunutzen. Die neue Kommission muß eine klare Aufgabenstellung erhalten und ihren Arbeitsplan dem Präsidium vorlegen.

Zu der Arbeit der Fachgruppen

Die weitaus beste Arbeit aller Fachgruppen leistete die Fachgruppe Grünplanung auf zentraler wie auf bezirklicher Ebene.

Im Jahre 1957 zählte die Fachgruppe etwa 70 Mitglieder und ist bis heute auf 120 Mitglieder angewachsen, ein Zeichen dafür, daß sie durch ihre Arbeit eine Anziehungskraft auf die Kollegen ausgeübt hat.

Der Schwerpunkt der Arbeit der Fachgruppe lag bei den Untergruppen in den Bezirken. Auch in dieser Hinsicht können wir auf eine recht positive Entwicklung zurückblicken. Vor Jahren beherrschten hauptsächlich Reiseberichte das Programm; heute überwiegen Vorträge mit Themen zu aktuellen Aufgaben und Problemen.

Es gehörten zu den Aufgaben der Fachgruppe die Probleme der Erholungsplanung, der Rekultivierung und schließlich noch die vielen Fragen der Ausführung und Pflege. Es gab auch Bemühungen, Kollegen anderer Fachsparten einzuladen, um ihre Meinung zu hören. Die Veranstaltungstätigkeit ist mannigfaltiger geworden. Sie reicht von Vorträgen über Werkstattgespräche bis zur Baustellenbesichtigung und mehrtägigen Exkursionen.

Was aber besonders hervorgehoben zu werden verdient, das sind die erfolgreichen Anstrengungen der Fachgruppen, mit den örtlichen Organen zu gemeinsamen Bera-

tungen zu gelangen, um auf diese Weise die Mitarbeit der Gartenarchitekten noch wirkungsvoller zu gestalten. Aus dem umfangreichen Veranstaltungsprogramm, das von den Fachgruppen durchgeführt wurde, nur einige Beispiele: In Halle berichtete Kollege Gloger über die von ihm durchgeführte Planung „Süßer See“. In Magdeburg wurde über die Gebietsplanung der „Wische“ vorgetragen. Die Bezirksfachgruppe in Magdeburg konnte allgemeingültige Wettbewerbsarbeiten zeigen. Es entstand dadurch ein guter Kontakt zwischen den Bezirksgruppen.

Einige Bemerkungen zur Zeitschrift:

Die erste Nummer liegt vor. Sie ist das Ergebnis einiger aktiver Fachkollegen. Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und der Bund Deutscher Architekten sind Herausgeber. Die „Deutsche Gartenarchitektur“ ist eine schöne und sichtbare Leistung der Fachgruppe. Für die Durchführung von Wettbewerben wurde von den Gartenarchitekten wiederholt die Forderung gestellt, Wettbewerbe über spezielle Aufgaben der Grünplanung auszuschreiben. Leider hat sich in dieser Richtung bis auf einige Einzelmaßnahmen nur wenig ereignet.

Das Beispiel der Fachgruppe im Bezirk Magdeburg beweist aber, daß mit einiger Tatkraft vieles zu erreichen ist.

Die Fachgruppe kann auf eine Reihe kleinerer örtlich begrenzter Wettbewerbe zurückblicken. Die ausgestellten Arbeiten zeigten, wie die Aufgaben größer und die Ergebnisse zunehmend besser werden. Wir sind der Meinung, daß diese Möglichkeit in anderen Bezirken auch besteht und ausgenutzt werden sollte.

Von der Arbeit in den Fachgruppen oder Arbeitskreisen Städtebau war wenig zu spüren. In den Bezirksgruppen, in denen ein derartiger Arbeitskreis besteht, tritt er meist nur sporadisch zusammen.

Uns sind nur aus Dresden, Berlin und Erfurt und aus der Kreisgruppe in Weimar gute Ergebnisse bekannt. Der Berliner Arbeitskreis hat z. B. über ein Jahr lang in Vorbereitung des Wettbewerbs „Zentrum Berlin“ eine gute Arbeit geleistet.

Dem Wirken der Fachgruppe Städtebau muß in Anbetracht der vor uns liegenden großen Aufgaben auf dem Gebiet der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung wesentlich mehr Beachtung geschenkt werden, die besonders von seiten der Bezirksvorstände ausgehen muß.

Die dem BDA angehörenden Innenarchitekten haben sich erst Anfang des Jahres zu einer Fachgruppe Innenarchitekten und Ausbau zusammengeschlossen. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, durch Erfahrungsaustausch und Qualifizierungsmaßnahmen ein technisch und baukünstlerisch gleichmäßig hohes Niveau aller Innenarchitekten zu erreichen.

Während in den vorgenannten Fachgruppen die Arbeit, wenn auch nur zum Teil, gut verläuft oder bei klarer Aufgabenstellung Ansätze für fruchtbare Arbeit vorliegen, ist trotz der Beschlüsse des Bundesvorstandes — vor einem Jahr in Beuchow/Kreis Lübbenau — eine Fachgruppe für Bauten der Landwirtschaft zu bilden, noch nichts geschehen. Kaum anders liegen die Dinge für die Fachgruppe Industriebau. Obwohl es Arbeitsgruppen in verschiedenen Bezirksgruppen gibt, die auch arbeiten, ist es ein ernstes Versäumnis des Bundesvorstandes, den Fachgruppen nicht genügend Anleitung und Hilfe gegeben zu haben, wie es auf dem 7. und 8. Plenum für die Landwirtschaft und auf der 3. Baukonferenz für den Industriebau gefordert wurde.

Die nationale Arbeit des Bundes

Im Rahmen der UIA erfolgten mehrere Zusammenkünfte zwischen Vertretern unseres Bundes und des westdeutschen BDA. Die letzte Zusammenkunft im Sommer 1959 hatte die Aufgabe — entsprechend unserem Auftrag bei der UIA im Sommer 1958 — einen Beschluß über die Bildung einer selbständigen Sektion der DDR in der UIA herbeizuführen. Auf dieser Beratung, an der je 4 Vertreter aus beiden Verbänden teilnahmen, wurde ein gemeinsames Protokoll unterzeichnet, in dem die Vertreter des westdeutschen BDA unserem Antrag auf Bildung zweier selbständiger Sektionen innerhalb der UIA zustimmten. In dieser Beratung wurde auch vereinbart, eine bessere Zusammenarbeit beider Sektionen anzustreben. Eine Einladung unseres Bundes an die Mitglieder der westdeutschen Sektion zu einem Besuch in der DDR wurde übermittelt. ihr wurde aber noch nicht Folge geleistet. — Auf der Vollversammlung, zu der die UIA im September 1959 in Lissabon zusammentrat, wurde die Trennung der Sektion Deutschland in zwei selbständige Sektionen, die Sektion der Deutschen Demokratischen Republik und die Sektion der Bundesrepublik, bestätigt.

Mit der Bildung einer selbständigen Sektion der DDR wurde von der UIA der Tatsache Rechnung getragen, daß die Arbeit einer gesamtdeutschen Sektion im Hinblick auf die unterschiedliche Gesellschaftsordnung wenig ergiebig war. Demzufolge stimmten alle Delegationen für unseren Antrag. Lediglich die westdeutsche Delegation enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme, obwohl in den vorausgegangenen Berliner Vereinbarungen sich beide Verbände geeinigt hatten. Es muß leider berichtet werden, daß unsere, gegenüber dem Vorstand des westdeutschen BDA zu verschiedenen Anlässen zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht zum Erfolg geführt hat. Daran konnten auch die Verbindungen und persönlichen Begegnungen von Mitgliedern unserer beiden Verbände nichts ändern.

Mit dem Vorstand des Bundes Deutscher Baumeister wurden Verbindunghergestellt und gegenseitige Besuche vereinbart.

Anläßlich der Außenministerkonferenz in Genf im Frühjahr 1959 besuchten mehrere unserer Mitglieder westdeutsche Kollegen. Dabei entwickelten sich besonders in Hamburg interessante Aussprachen mit mehreren Kollegen. Einige von ihnen besuchten anläßlich des 10. Jahrestages unsere Republik, wurden nach ihrer Rückkehr vom Bundesverfassungsschutzamt verwarnt und mit Entzug von Aufträgen bedroht.

Zur internationalen Arbeit:

In der Berichtsperiode konnten wir die internationalen Verbindungen festigen und weiter ausbauen. Das gilt besonders für die Arbeit im internationalen Architektenverband der UIA. Bei der bereits erwähnten Vorbereitung des V. UIA-Kongresses in Moskau wirkte der BDA der Deutschen Demokratischen Republik aktiv mit, sowohl in den vorbereitenden Kommissionssitzungen als auch durch einen Länderbericht und die Beteiligung an der Ausstellung. Auf dem UIA-Kongreß war die DDR mit 26 Delegierten vertreten, unter ihnen 4 Studenten, die als Preisträger aus einem von der UIA ausgeschriebenen Studentenwettbewerb in der DDR hervorgegangen waren. Auf dem Kongreß selbst traten von unseren Delegierten zwei als Diskussionssprecher auf.

Für uns zeigte es sich, daß wir nur ungenügend die technischen und architektonischen Leistungen unserer sowjetischen Kollegen studieren, und daß wir mehr, vor allem aber schneller als bisher über die sowjetische

Fachliteratur unsere Mitgliedschaft orientieren müssen. Die Kongreßergebnisse wurden in allen Bezirksgruppen diskutiert. Vertreter unserer Sektion nahmen an verschiedenen Ausschußsitzungen der UIA teil. Besonders erfolgreich war unsere Mitarbeit in der Kommission für Bauten der Gesundheit. In einer Unterkommission, die sich mit der Analyse der Entwicklung der Bauten des Gesundheitswesens beschäftigt, wurde die DDR-Sektion mit der Federführung beauftragt. Ende April 1961 findet eine Zusammenkunft der Unterkommission in Berlin statt, wo über die Materialien, die veröffentlicht werden sollen, beraten wird.

Zweimal war unser BDA Gastgeber für den UIA-Ausschuß „Forschung und Industrialisierung".

Im Mitteilungsblatt der UIA, welches zur Zeit an 48 Mitgliedländer versandt wird, erscheinen in der Rubrik „Länderberichte der Sektionen" jetzt regelmäßig Berichte über das Baugeschehen in der DDR.

Die aktive Mitarbeit unserer Sektion in der UIA ist von aktueller politischer Bedeutung, der wir auch weiterhin unsere volle Aufmerksamkeit schenken müssen.

Die Verbindungen mit den Architektenverbänden der sozialistischen Länder haben sich weiter entwickelt und gefestigt. Wir konnten eine Reihe von Delegationen begrüßen und durch kombinierte Studienferienreisen konnte eine größere Mitgliederzahl befreundete Länder besuchen. Unter unseren Gästen befand sich u. a. eine Gruppe chinesischer Architekten, die aus 17 Mitgliedern bestand, mit dem Stellvertreter des Ministers für Bauwesen an der Spitze. Koreanische und vietnamesische Architekten waren Gäste des BDA, und mit dem mongolischen Architektenverband bestehen Kontakte und der Austausch von Zeitschriften.

Ein regelmäßiger Zeitschriften- und Literaturaustausch erfolgt selbstverständlich seit langem mit allen befreundeten Verbänden. Mit dem ungarischen, tschechoslowakischen und polnischen Architektenverband bestehen darüber hinaus enge Verbindungen durch den Austausch von Referenten im Rahmen des staatlichen Kulturabkommens.

An der Allunionskonferenz in Moskau haben Mitglieder unseres Bundes teilgenommen und in zahlreichen Vorträgen in unseren Bezirksgruppen eindrucksvoll berichtet.

Verbindung mit kapitalistischen Ländern

Zum kapitalistischen Ausland bestehen besondere Kontakte zu Frankreich im Rahmen des deutsch-französischen Komitees der Architekten und Ingenieure. Mehrere französische Architektengruppen wurden von uns in den Jahren 1958/59 empfangen. Eine Komiteetagung in Paris mußte wegen der empörenden Einstellung der Interalliierten Paßkontrollstelle in Westberlin bisher abgesagt werden.

Zu den englischen Architekten bestehen Verbindungen über den Internationalen Verband für Städtebau und Wohnungswesen, in dem wir seit 2 Jahren Mitglied sind.

Zu den Architekten und Architektenverbänden der nordischen Staaten bestehen Verbindungen über das Ostseekomitee und durch persönliche Kontakte. Der Präsident unseres Bundes leitete 1959 eine Gruppe von drei Architekten, die dem finnischen Architektenverband einen Besuch abstattete, und der Vizepräsident hielt auf Einladung des schwedischen Architektenverbandes 1959 einen Vortrag in Stockholm.

Auch zu den jungen nationaldemokratischen Staaten bestehen erste Verbindungen, so zu den Architekten des Irak, Ghanas, Guineas und der Vereinigten Arabischen Republik. Es kann festgestellt werden, daß es der Bund in den letzten Jahren verstanden hat, entsprechend dem wachsenden Ansehen der DDR im internationalen Rahmen auch seine internationalen Beziehungen und Verbindungen zu festigen.

Einige Schlußfolgerungen

Der Bericht läßt erkennen, daß sich der Bund in den Jahren seit dem III. Bundeskongreß nicht nur zahlenmäßig verstärkt hat, sondern daß sein Einfluß innerhalb und außerhalb der Grenzen unserer Republik gewachsen ist und daß eine Reihe von Erfolgen als Früchte einer konsequenten politischen, fachlichen und organisatorischen Arbeit verbucht werden können.

Der Bericht hat aber auch gezeigt, daß es noch manche ernste Mängel in der Arbeit gibt, die eine weitaus größere Wirksamkeit behindert haben. Mängel, die ihre Ursachen in einer unzureichenden ideologischen Arbeit der gewählten Organe unseres Bundes haben, oftmals hervorgerufen durch die Trennung der Aufgaben, die aus der politischen Verantwortung erwachsen, von dem rein fachlichen, oft nur routinemäßig abrollenden Veranstaltungsprogramm.

Auf Grund der vorliegenden Analyse über die Arbeit des Bundes mit der Darlegung der Erfolge und der Mängel und auf Grund der Berichte über seine politische und organisatorische Entwicklung hat der Bundesvorstand beschlossen, den IV. Bundeskongreß einzuberufen.

Aus den Erkenntnissen der hinter uns liegenden Arbeit und aus den neuen Aufgaben wird der Kongreß die Leitlinie für die Arbeit des Bundes und seiner Mitglieder in den vor uns stehenden Jahren festlegen.

Bericht der Revisionskommission an den IV. Bundeskongreß

Verehrte Kolleginnen, werte Kollegen, liebe Genossen!

1. Zur Arbeitsweise der Revisionskommission beim Bundesvorstand des Bundes Deutscher Architekten. Die Revisionskommission hat ihre Tätigkeit entsprechend den Festlegungen im Statut § 11 ausgeübt. Von den auf dem III. Bundeskongreß gewählten 8 Mitgliedern schieden während der Berichtsperiode 2 Mitglieder aus, ohne jedoch die Arbeitsfähigkeit der Kommission zu beeinträchtigen.

   Die Revisionskommission stützte sich auf langfristige Arbeitspläne. Die Prüfungen erfolgten auf der Grundlage festgelegter Prüfungsfragen im Bundessekretariat jeweils im Kollektiv in zwei Arbeitsgruppen entsprechend den Schwerpunkten im Statut § 11, und zwar:

   zu a) und b) über den technisch-organisatorischen Arbeitsablauf, die Arbeitsweise und den Arbeitsstil der Bundesorgane;

   zu c) und d) die Behandlung der finanztechnischen Angelegenheiten.

   Die Auswertungen der in den kollektiven Prüfungen gemachten Feststellungen erfolgten in der Regel in Abständen von 1—2 Monaten in den Zusammenkünften aller Mitglieder. Die zusammengefaßten Ergebnisse einschließlich bemerkenswerter Hinweise aus den Berichten der Bezirksrevisionskommissionen

wurden dem vom gewählten Bundesvorstand mit der Geschäftsführung beauftragten Bundessekretär in Form von Empfehlungen zur Veränderung bzw. Verbesserung erkannter Vorgänge in der Arbeitsweise des Bundesvorstandes oder des Bundessekretariats schriftlich mit den Protokollen oder gesondert, z. T. auch in mündlichen Aussprachen, übermittelt.

Die bereits im Rechenschaftsbericht zum III. Bundeskongreß erwähnte notwendige Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Revisionskommissionen bei den Bezirksvorständen wurde bis Anfang des Vorjahres erfüllt. Die Bezirksrevisionskommissionen erhielten schriftliche Hinweise mit einer Anzahl Merkpunkten für die von ihnen möglichst in halbjährigen Abständen vorzunehmenden Prüfungen der Arbeitsweise der Bezirksvorstände. Von einzelnen Mitgliedern der Revisionskommission beim Bundesvorstand erfolgten Aussprachen mit den Vorsitzenden der Revisionskommissionen in einigen Bezirksgruppen.

In zwei Zusammenkünften in Berlin wurden mit den von fast allen Bezirksgruppen erschienenen Vorsitzenden der Revisionskommissionen Erfahrungsaustausche durchgeführt und ihnen mündliche Anleitungen über die ehrenamtliche Tätigkeit gegeben. Aus der Tatsache, daß die Berichterstattung und die Information über die Revisionstätigkeit aus den Bezirksgruppen Halle, Magdeburg, Rostock und Neubrandenburg im letzten Jahr sehr nachgelassen hat, und Berichte nur gegeben wurden, wenn sie angefordert wurden, ist die Feststellung zu ziehen, daß die genannten Bemühungen um eine Zusammenarbeit noch ungenügend waren. Aus den eingegangenen Berichten sind folgende Besonderheiten zu erwähnen:

In der Bezirksgruppe Schwerin wurde das Bundesleben durch eine unzureichende Vorstandstätigkeit ungenügend angeleitet. Auch die Vorstandsmitglieder in Erfurt entwickelten zeitweilig wenig Initiative für die Bundesarbeit. Aus der Bezirksgruppe Neubrandenburg und teilweise auch aus Rostock gab es Hinweise, wonach der Besuch von zentralen Veranstaltungen durch die verzweigten Wohn- und Tätigkeitsgebiete der Mitglieder erschwert ist.

Eine weitere Anzahl von Berichten enthielt Feststellungen für die weitere Verbesserung der Bundesarbeit, die als typische Erscheinungen im Bundesleben aller Bezirksgruppen zu vermerken sind. So war z. B. die Kandidatenbetreuung infolge fehlender Schulungsthemen ungenügend. Zu einigen Hoch- und Fachschulen, wie z. B. in Leipzig, in denen eine überwiegend ingenieurmäßige Ausbildung erfolgt, war die Verbindung zum Teil formal. Die Bezirksgruppenveranstaltungen, die in einigen Bezirken ein gutes Niveau haben, wurden im allgemeinen von den Mitgliedern ungenügend besucht. Die Bezirksrevisionskommission Leipzig stellt als Mangel heraus, daß besonders den jüngeren Kollegen und den Kandidaten infolge fehlender Übersetzungen das Studium der Fachzeitschriften aus den sozialistischen Ländern erschwert wird.

Trotz reger Beteiligung vieler Mitglieder an Arbeiten für das NAW verstanden es die Bundesorgane einschließlich der Betriebssektionen nicht, diese Leistungen in gebührender Form und zur Aktivierung weiterer Mitglieder beispielgebend herauszustellen. Mit der IG Bau/Holz besteht nur auf zentraler Ebene eine Zusammenarbeit. In den Bezirksgruppen ist es trotz einzelner Bemühungen einiger Bezirksvorstände noch nicht gelungen, den notwendigen engen Kontakt herzustellen. Auch mit dem Verband Bildender Künstler Deutschlands haben die Bezirksgruppen keine ausreichenden Verbindungen. Im Gegensatz dazu hat sich die in der Berichtsperiode entwickelte Zusammenarbeit mit der KdT besonders durch den abgeschlossenen Freundschaftsvertrag gefestigt und zu guten Erfolgen geführt. Die gute Verbindung zum Deutschen Kulturbund ist ebenfalls anzuerkennen.

Als Mangel in der Arbeit des Bundesvorstandes ist zu vermerken, daß er es nicht verstanden hat, die Aufmerksamkeit der Architektenschaft auf die populärwissenschaftlich mitwirkende Tätigkeit in der „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse" zu lenken.

Die internationale Zusammenarbeit mit Vertretern von Fachverbänden aus den befreundeten Ländern, die sich im allgemeinen nur im zentralen Rahmen abspielte, strahlte ebenfalls zuwenig in die Mitgliedschaft aus.

2. Zur Arbeitsweise der gewählten Organe und des geschäftsführenden Sekretariats des Bundes.

Zunächst ist zu erwähnen, daß die verpflichtende Tätigkeit der Revisionskommission und die Notwendigkeit ihrer Existenz zeitweilig gedanklich noch nicht so vom Präsidium bis zum Bundessekretariat verankert ist, wie es für ein zentrales Organ des Bundes zu fordern ist. Das drückte sich z. B. nach dem III. Bundeskongreß in der völligen Außerachtlassung der Veröffentlichung des Rechenschaftsberichtes der Revisionskommission an den III. Bundeskongreß und der Bekanntgabe der vom Kongreß gewählten Mitglieder der Revisionskommission aus. Im technisch-organisatorischen Arbeitsablauf des Bundessekretariats gab es bis zum Ende des vergangenen Jahres — bei Anerkennung der zu bewältigenden umfangreichen und geleisteten Arbeitsfülle — eine Anzahl Schwächen, die größtenteils ihre Ursache in der Methodik des Arbeitsstils hatten.

Es gab lange Zeit keine planmäßigen Arbeitsprogramme, keine konkreten Aufgabenabgrenzungen und Tätigkeitsmerkmale der Mitarbeiter.

Über durchzuführende Dienstreisen in die Bezirke lagen zum Teil nur ungenaue, vorher nicht im Kollektiv abgestimmte Aufgabenstellungen vor. Auswertbare schriftliche Reiseberichte wurden nicht angefertigt.

Die Arbeitsweise einzelner Mitarbeiter, teilweise durch längeren Krankheitsausfall behindert, trug einen nicht mehr vertretbaren sporadischen Charakter. Versammlungen und Veranstaltungen der Bezirksgruppen wurden weder organisatorisch noch finanztechnisch analytisch ausgewertet. Die Verfolgung der Mitgliederbewegung und besonders der Kandidaten erfolgte ungenau und lückenhaft.

Die Bundesvorstandssitzungen erfolgten anfänglich ohne Beschlußkontrolle und ohne Feststellung der Vorstandsmitglieder, die unentschuldigt fehlten. Den Mitarbeitern des Sekretariats wurde die Auswertung der Ergebnisse der Bundesvorstandssitzungen ungenügend übertragen.

Auf die häufigen Hinweise der Revisionskommission wurden gegen Ende 1960 Verbesserungen in der Arbeitsweise im Bundessekretariat eingeleitet. Der Bundessekretär berichtete hierüber im Rechenschaftsbericht zur 27. Bundesvorstandssitzung am 8. 12. 1960 in Potsdam. Nachprüfungen im I. Quartal dieses Jahres ließen bereits die Wirksamkeit einiger dieser Maßnahmen erkennen.

Ungenügend und nicht ausgeprägt ist die Ausstrahlung der Bundesvorstandstätigkeit auf weite Kreise der Bevölkerung, zum großen Teil auch auf die

Kreise des Nachwuchses und auf die privat tätigen Architekten. Es muß Aufgabe unseres Kongresses sein, diese Erscheinungen zu untersuchen und zu prüfen, ob die ideologische Aufgabenstellung des Bundes genügend in den Mittelpunkt der Bundesarbeit gestellt wurde. Nach Einschätzung der Revisionskommission liegen einige Ursachen darin, daß das Bundesleben in den Betriebssektionen und in den Bezirksgruppen noch ungenügend entwickelt ist und den Bund nach außen hin noch nicht im vollen Umfang wirksam werden läßt. So u. a. mangelte es an der Verbreitung guter Beispiele über Wettbewerbsergebnisse und Herausstellung hervorragender fachlich und gesellschaftlich tätiger Architektenkollegen. Bei Großveranstaltungen besonderer Art, wie auf der Messe, bestimmten Kongressen, Ausstellungen usw., wurde bisher von einer mobilen Werbung kein Gebrauch gemacht.

Diese Feststellungen stützen sich auch auf die außerordentlich geringfügige Ausnutzung der im Statut § 11b gegebenen Möglichkeiten über kritische Vorschläge und Hinweise aus Mitglieder- und Bevölkerungskreisen.

Die vorgenommenen Überprüfungen der Postvorgänge im Bundessekretariat haben erkennen lassen, daß die Behandlung des Schriftverkehrs mit Mitgliedern keinen Anlaß zu Beanstandungen ergibt. Die verhältnismäßig wenigen Anfragen aus Bevölkerungskreisen wurden terminlich im Interesse der Fragesteller beantwortet.

Einen jährlichen Schwerpunkt in der Arbeit der Revisionskommission bildet die Mitwirkung bei der Abstimmung der Haushaltspläne. Sie wurden jeweilig in Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitarbeitern des Bundessekretariats beraten und soweit notwendig nach mehrmaligen Veränderungen zur Vorlage gebracht. Einzelne auch kritische Hinweise wurden beachtet und eingearbeitet. Auch in dieser Hinsicht ist über eine qualitative Verbesserung der Arbeitsweise des Bundessekretariats zu berichten.

Die monatlichen Abrechnungen wurden laufend geprüft.

Es mußten in bezug auf Einsparungen bei Spesenabrechnungen, in der besseren Kontrolle des Treibstoffverbrauchs sowie einigen anderen Mittelbeanspruchungen, die mit den Prinzipien der Sparsamkeit nicht zu vereinbaren sind, Empfehlungen gegeben werden, die nunmehr nach dem Ergebnis nochmaliger Prüfungen beachtet wurden.

Als Kriterium muß herausgestellt werden, daß trotz mehrfacher Hinweise der Revisionskommission bis zur Mitte des Vorjahres im Bundessekretariat über die Beitragsmarkenaus- und -abrechnung keine prüffähigen Grundlagen bestanden. Es wurden bis dahin keine kontinuierlichen jährlichen Markenbilanzen aufgestellt. In gemeinsamer Arbeit mit Mitgliedern der Revisionskommission konnte per August 1960 ein genauer Status festgelegt werden. Die seitdem geführte zentrale Beitragsmarkenabrechnung entspricht den zu stellenden Anforderungen und ist übersichtlich.

Auch in der Organisationsstatistik der differenzierten Mitgliedererfassung und der Kandidatenentwicklung konnte im Bundessekretariat erst in der letzten Zeit eine genaue Übersicht geschaffen werden.

Die Jahresbeitragsabrechnung 1960 weist gegenüber dem Haushaltsplansoll eine Erfüllung von 106,3 Prozent auf. Die Beitragsdisziplin hat sich bis auf geringe Ausnahmen gegenüber dem Rechenschaftsbericht zum III. Bundeskongreß verbessert.

Der Auswertung von Studienreisen, die mit Zuschüssen des Bundes ausgestattet werden, ist im Interesse aller Mitglieder noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

In der sonstigen Organisation des Bundessekretariats und der bezirklichen Geschäftsstellen gibt es keine besonderen Feststellungen. Der Stellenplan ist ausgenutzt. Den finanztechnischen Verpflichtungen einschließlich der notwendigen gesetzlichen Abführungen wird ordnungsgemäß nachgekommen. Die Sicherung des mobilen Eigentums ist gewährleistet.

3. Zur Tätigkeit der Kommissionen

Die Überprüfungen zur Arbeit der Pressekommission haben ergeben, daß sie ihre Aufgaben nicht erfüllt hat. Der neu zu wählenden Kommission wird die Empfehlung gegeben, die Aufgaben des Bundes durch eine aktive Mitarbeit zu unterstützen.

Die Kommission für Ausbildung und Nachwuchs begann ihre Tätigkeit erst sehr spät in der Berichtsperiode auf Grund verschiedener Hinweise.

Im Gegensatz dazu hat die Wettbewerbskommission eine gute kontinuierliche Arbeit geleistet.

Die Revisionskommission empfiehlt dem Bundeskongreß

a) den neu zu wählenden Bundesvorstand zu beauftragen, die baldige Durchführung einer generellen Mitgliedsbuchkontrolle mit der Abgabe von Kontrollmarken oder Stempeln vornehmen zu lassen;
b) mit Rücksicht auf die wachsenden Aufgaben die Neuwahl von 10 Mitgliedern für die Revisionskommission beim Bundesvorstand vorzunehmen.

Die vornehmliche Aufgabe der Revisionskommission besteht darin, den Leitungsorganen des Bundes uneingeschränkte Hilfe in der Arbeit zuteil werden zu lassen, um die Durchsetzung der gestellten Zielsetzungen der Architektenschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse der weiteren Entwicklung des Bauwesens zu unterstützen.

Der neu zu wählenden Revisionskommission wird deshalb empfohlen, die Zusammenarbeit mit den Revisionskommissionen bei den Bezirksvorständen durch Erfahrungsaustausche in kürzeren Abständen fortzusetzen und durch andere Zusammenkünfte zu verstärken. Ihr wird weiterhin empfohlen, die Prüfungstätigkeit auf die Wirksamkeit der Betriebssektionen hinsichtlich der Durchdringung und Erfüllung der vom Bundeskongreß gestellten Aufgaben auszudehnen.

Den Mitgliedern aller Revisionskommissionen im Bund Deutscher Architekten wird der Dank für die von ihnen in der Berichtsperiode geleistete Arbeit ausgesprochen.

Die Revisionskommission beim Bundesvorstand schlägt dem Kongreß vor, dem Bundesvorstand Entlastung zu erteilen.

Mit der Vorlage dieses Berichtes beendet die Revisionskommission beim Bundesvorstand ihre Tätigkeit in der Auffassung, die Aufgaben des Bundes nach bestem Können gefördert zu haben.

Diskussionsbeitrag zum IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten

Von Staatssekretär Dipl.-Ing. Gerhard Kosel

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Freunde!

Sie haben am ersten Tage des Bundeskongresses über einige Änderungsvorschläge des Bundesstatuts beraten und dazu einen Beschluß gefaßt. Ich kann Ihnen die Mitteilung machen, daß der Minister für Bauwesen auf Grund des jetzt gültigen Statuts die Anerkennung des Bundes Deutscher Architekten als Fachverband ausgesprochen hat. Eine Veröffentlichung des Statuts des neuen Fachverbandes erfolgt im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit dieser Anerkennung erhöhen sich die Rechte, ebenso aber auch die Pflichten des Bundes Deutscher Architekten. Als Fachverband ist der Bund berechtigt, offizielle Stellungnahmen, Vorschläge und Gutachten an staatliche Stellen zu geben. Die staatlichen Stellen sind gehalten, den Bund bei der Beratung von Fragen der Architektur und des Städtebaus, der Vorbereitung und Durchführung von Baumaßnahmen heranzuziehen.

Die erfolgte Anerkennung als Fachverband ist keine formale Angelegenheit — abhängig etwa nur von der Veränderung einiger Paragraphen des Statuts. Die Anerkennung als Fachverband bedeutet vielmehr die Anerkennung der Erfolge und des Wachstums des Bundes. Dieses Wachstum ist gekennzeichnet durch die Beratungen des IV. Bundeskongresses. Die Diskussion der Fragen der Architektur und des Städtebaus ist getragen vom Geiste der Erklärung des Staatsrates, vom Geiste einer hohen Verantwortung vor den Werktätigen, vor unserem Volke, für die Erfüllung der Pläne unserer Volkswirtschaft, für die Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie, für die Gestaltung unserer Städte und Dörfer, für die Entwicklung eines kulturvollen und schönen Lebens in unserer Republik. Diese Beratung zeigt, daß der Bund nicht auf Grund formaler Gesichtspunkte, sondern auf Grund seiner Reife die Anerkennung als Fachverband verdient hat.

Gestatten Sie, dem Bund für den neuen Abschnitt seiner Tätigkeit die besten Erfolge zum Wohle unseres sozialistischen Vaterlandes zu wünschen.

Zur Arbeit der Projektierungsbetriebe

Der weitaus größte Teil der Mitglieder des Bundes übt seine Tätigkeit in unseren volkseigenen Projektierungsbetrieben aus. Die Leistungen der Mitglieder des Bundes finden also zum großen Teil in den Leistungen dieser Betriebe ihren Niederschlag. Die volkseigenen Projektierungsbetriebe haben in den letzten Jahren eine schnelle und stetige Aufwärtsentwicklung genommen. Dank der Arbeit in sozialistischer Gemeinschaft, der Spezialisierung der Betriebe, der steigenden Qualifikation der Architekten. Ingenieure und Techniker ist bei etwa gleichbleibender Zahl der Mitarbeiter der Umfang der Projektierungsleisten beträchtlich gestiegen. Die Qualität der Projekte wurde erhöht.

Für den Wohnungsbau und das landwirtschaftliche Bauen wurden Typenprojekte entwickelt, die in der Praxis eine breite Anwendung finden. Besonders im letzten Jahr sind wesentliche Fortschritte bei der Typung von Industriebauten erzielt worden. Auch in der Standardisierung kamen wir ein Stück voran. Durch die Ausarbeitung von Typen und Standards wurde von den Architekten und Ingenieuren eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Industrialisierung des Bauens geschaffen.

Als im vergangenen Jahr das Zentralkomitee der SED zur ökonomischen Verwendung von Rohstoffen in der Volkswirtschaft und zur maximalen Materialeinsparung aufrief, erkannten die Mitarbeiter der Projektierungsbetriebe die Wichtigkeit, die große ökonomische und politische Bedeutung dieses Aufrufes. Es entstand eine große Bewegung für Gramm und Millimeter. Durch die Überarbeitung von Projekten wurden etwa 15 000 t Stahl, 65 000 t Zement, 8000 m³ Holz und 52 Mio. DM an Baukosten eingespart. An diesem bedeutenden Ergebnis haben die Brigaden, die um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" kämpfen, den größten Anteil. Hervorragende Ergebnisse wurden von der Brigade Breuer im VEB Ipro Nord durch eine kluge

Verbesserung der Konstruktion der Kaimauer des Rostocker Hafens,

von der Brigade Augustin, VEB Ipro Magdeburg, durch Einführung von großen Stützenabständen bei Industrievorhaben,

von der Brigade Baumann im VEB Ipro Bautzen durch Spannbetonkonstruktionen im Kraftwerk Vetschau

erzielt.

In enger Gemeinschaftsarbeit mit den Auftraggebern, den technologischen Projektanten, den Betonwerken und Baubetrieben konnten insbesondere die Architekten und Ingenieure des VEB Ipro Halle eine Verbesserung der Planvorbereitung erreichen, die für das BMK Chemie die Voraussetzungen zu einer guten Planerfüllung im I. Quartal 1961 schufen. Bei der Projektierung der Bauten für die Chemie wurden bereits die Vorteile der internationalen Zusammenarbeit und der beginnenden internationalen Arbeitsteilung spürbar, die es ermöglichten, Projektierungsunterlagen aus den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, insbesondere der Sowjetunion, unmittelbar in unserer Praxis zu verwenden.

Die Ergebnisse der Tätigkeit der volkseigenen Entwurfsbüros zeigen, daß der von der Partei der Arbeiterklasse gewiesene Weg der Entwicklung der Gemeinschaftsarbeit der richtige Weg ist, der Weg, der zu Erfolgen und Siegen bei der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens führt. Die Ergebnisse der Tätigkeit der volkseigenen Entwurfsbetriebe werden von der Leitung des Ministeriums für Bauwesen als gute Leistungen eingeschätzt, die wesentlich zur Entwicklung unseres Bauwesens beitrugen.

Ich möchte allen Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten, allen Architekten, Ingenieuren und Städtebauern der DDR, die an dieser Entwicklung schöpferisch mitgearbeitet haben, meinen herzlichsten Dank aussprechen.

Das Tempo der Industrialisierung beschleunigen

So, wie die Architekten, Ingenieure und Städtebauer teilhaben an den Erfolgen des Bauwesens, tragen sie auch einen Teil der Verantwortung für die vorhandenen Mängel. Bekanntlich wurde der geplante Zuwachs der Bauproduktion 1960 nicht erreicht. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität liegt unter den Planzielen. Die Planerfüllung ist besonders unbefriedigend auf dem Gebiete der Investitionen der Industrie. Hier tritt ganz offen das Ergebnis der jahrlangen Vernachlässigung der Forschung, Typung und Standardisierung des Industrie-

baues, der leider auch in der Tätigkeit des BDA nicht den ihm gebührenden Platz einnahm, in Prozenten der Planerfüllung zutage.

Im Jahre 1959 und 1960 hatte das Bauwesen eine Produktion von etwa 14,15 Milliarden DM zu erbringen. Erbracht wurden etwa 14 Milliarden DM. Der Rückstand beträgt demnach etwa 150 Mio. DM, d. h. also etwa 1 Prozent. Zugleich gibt es aber einen Rückstand bei der Erfüllung des Bauanteiles, des Investitionsplanes in Höhe von mehr als einer Milliarde DM, bei gleichzeitiger Übererfüllung des Planes der „Sonstigen Baumaßnahmen" mit 1,2 Milliarden DM.

Die Gründe für diese unbefriedigende Planerfüllung liegen in der ungenügenden Qualität der Leitung, in dem nicht ausreichenden Tempo der technischen Entwicklung der Industrialisierung und der ungenügenden Vorbereitung der Investitionen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Architekten, Ingenieure und Städtebauer durch ihre Arbeit in der Typisierung und an den Investitionsprojekten einen bedeutenden Einfluß auf das Tempo der Industrialisierung und auf die Vorbereitung der Investitionen ausüben. Es ist notwendig, die Arbeit auf die Beschleunigung des Tempos des technisch-wissenschaftlichen Fortschrittes der Industrialisierung zu lenken. Es ist notwendig, daß die Architekten und Städtebauer noch in stärkerem Maße als bisher die Pflichten als Treuhänder des Volkes bei der Vorbereitung der Investitionen, bei der Lenkung der Investitionen auf die Schwerpunkte der Volkswirtschaft und der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung wahrnehmen.

Wie kann der Architekt das Tempo der Industrialisierung und damit die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Bau- und Baustoffindustrie fördern? Die Antwort lautet: durch Erhöhung der Wissenschaftlichkeit der Arbeit, durch konsequente Weiterführung der Typung, durch die radikale Standardisierung der Bauelemente. In der letzten Zeit hat es Diskussionen über einige Prinzipien der weiteren Typisierung und Standardisierung gegeben. Dem Prinzip des Baukastensystems wurde das Prinzip der Standardbauweise gegenübergestellt.

Wenn wir dem Baukastensystem den Vorrang als dem Grundprinzip der Typung und Standardisierung geben, so tun wir das nicht auf Grund spitzfindiger theoretischer Erörterungen, sondern gehen von der Frage aus, was soll durch die Typisierung und Standardisierung in erster Linie erreicht werden? Das wichtigste Ziel der Typisierung und Standardisierung ist die Schaffung der Voraussetzung für die Massenproduktion von vorgefertigten Bauelementen in den Betonwerken und anderen Werken der Bauelemente-Industrie.

Die Bauelemente-Industrie wird im Zuge der weiteren Entwicklung mehr und mehr zum entscheidenden Teil der Bauwirtschaft werden und sich zu einem selbständigen Industriezweig entwickeln. Die sowjetischen Genossen formulieren, daß die Betonindustrie im Begriff ist, zu einem neuen Zweig der Schwerindustrie zu werden. Diese Entwicklung gilt es dadurch zu fördern, daß in der gesamten Projektierung soweit wie möglich das Prinzip der Austauschbarkeit der Elemente, das Prinzip des Aufbaues von Gebäuden verschiedener Bautenkategorien aus einheitlichen Elementen — eben das Baukastensystem — durchgesetzt wird.

In der **ersten Etappe** der Typisierung haben wir bestimmte Gebäude bzw. Serien von Gebäuden (Wohnhäuser, Schulen, Kindergärten usw.) und die ihnen zugeordneten Bauelemente getypt.

In der **zweiten Etappe** haben wir versucht, Gebäudekategorien, z. B. die gesellschaftlichen Bauten, die ländlichen Produktionsbauten, Flachbauten der Industrie und ihnen zugeordnete Standardbauweisen zum Gegenstand der Vereinheitlichung zu machen.

In der **gegenwärtigen Etappe** steht die Aufgabe der durchgehenden Unifizierung der Bauelemente — die massenweise in hochmechanisierten und später in automatisierten Produktionslinien hergestellt werden — über verschiedene Kategorien von Bauwerken hinweg.

Schritte in dieser Richtung, die das Leben selbst diktierte, wurden bereits getan. Hierzu zählen die grundsätzlich richtigen Arbeiten der Verwendung von Elementen der Plattenbauweise des Wohnungsbaues für Läden, Kindergärten und andere gesellschaftliche Bauten, über die Kollege Lazarus aus Hoyerswerda dem Bundeskongreß berichtet hat.

Grundsätzlich richtig ist die Verwendung von Elementen der Mastenbauweise, die ursprünglich nur für landwirtschaftliche Bauten vorgesehen war, für Schulbauten und Klubgebäude. Grundsätzlich zu bemängeln ist unter diesem Aspekt das Fehlen einer Abstimmung zwischen den Skelettbauweisen des Industriebaues und der Skelettbauweise 2 Mp, die unrichtigerweise als „Standardbauweise für gesellschaftliche Bauten" bezeichnet wird.

Das Primat des Baukastensystems bedeutet nicht ein einfaches Negieren des Prinzips der Typung nach Bautenserien und des Prinzips der Standardbauweise, sondern bedeutet das Aufgehen dieser beiden Prinzipien in einer höheren Ordnung. Die Methode, die uns bei der Durchsetzung dieser höheren Ordnung die größten Dienste leisten wird, ist die Methode, die auch in anderen Industriezweigen angewendet wird, um die Standardisierung auf ein neues Niveau zu heben: Es ist die M i t r o f a n o w - M e t h o d e, die Methode der Gruppenbildung von Elementen unter dem Gesichtspunkt ihrer Einordnung in ein einheitliches technologisches System. Ihre Anwendung wird uns helfen, die hohe Zahl der Bauelemente — es sind jetzt u. a. etwa 10 000 sogenannte Universal- und Spezialelemente der Betonindustrie — radikal einzuschränken. Damit wird der Weg frei für eine hochproduktive Arbeit der Betonwerke aus großformatigen Elementen.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß Hand in Hand mit dieser beschleunigten Einführung der Montagebauweise die größtmögliche Rationalisierung der traditionellen Bauweisen gehen muß.

Die Industrialisierung erfordert eine neue Qualität der Arbeit des Architekten

In einigen Diskussionsbeiträgen klang die Ansicht durch, daß, nachdem sich ein „gut nachbarliches" Verhältnis zwischen Architekt und Industrialisierung herausgebildet habe, jetzt die Reise in die nächsten Planjahrfünfte ohne große Auseinandersetzungen friedlich-gemütlich weitergehen könne. Eine solche Ansicht ist meiner Meinung nach grundfalsch. Die weitere Industrialisierung, die Standardisierung nach dem Baukastensystem stellt an den Architekten völlig neue Probleme. Sie erfordert ein völliges Umdenken, das Einbeziehen großer Zusammenhänge zwischen Bauwerksserien, Bauweisen und technologischer Linien bei der Projektierung einzelner Bauelemente und einzelner Bauwerke.

Die radikale Standardisierung stellt das schwierige Problem der Schaffung der Einheit und Geschlossenheit, der Eurythmie dieser Bauwerke aus Elementen, bei deren Bemessung das Bild der Bauwerke noch nicht vorhanden war. Sie stellt in ganzer Schärfe das große noch nicht gelöste Problem der architektonischen Meisterung der Industrialisierung. Die radikale Standardisierung, die dem ersten äußeren Anschein nach zu einer völligen Uniformierung der Entwurfslösungen führen

müßte, schafft aber im Gegenteil neue, vorerst nicht beherrschte Möglichkeiten des Massenaufbaues der Gebäude aus Elementen und Segmenten, eröffnet neue noch nicht genutzte Möglichkeiten der vielfältigen Oberflächengestaltung der Elemente, der breiten Einführung neuer Baustoffe, eröffnet neue Perspektiven der Lockerung des starren Systems unserer jetzigen Typenprojektierung, eröffnet neue Möglichkeiten der elastischen und organischen Anpassung der Gebäude an die Vorgegebenheiten eines Bauplatzes und einer städtebaulichen Situation bei der Schaffung sozialistischer städtebaulicher Komplexe.

Die Lösung aller dieser schwierigen Probleme ist nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit möglich, in kollektiver Arbeit von Architekten, Technologen, Ingenieuren, Ökonomen und Städtebauern mit den Arbeiterforschern und den Praktikern der Baustoffwerke und der Baustellen. Diese Zusammenarbeit darf nicht nur ein Nebeneinander von Spezialisten sein, von denen jeder dieses oder jenes Wissensfragment beisteuert. Aus der Addition solcher Fragmente entsteht noch kein Ganzes. Die Partei lehrt uns, bei der Lösung aller unserer Aufgaben die Einheit von Technik, Ökonomie und Politik zu finden. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Forderung für die Lösung architektonischer und städtebaulicher Aufgaben. Hier heißt es, in jedem Bauwerk, in jeder städtebaulichen Anlage die Einheit von Zweck, fortschrittlicher Konstruktion, industrieller Technologie und von Form und Gestaltung — die auf die Entwicklung des sozialistischen Lebens und des sozialistischen Bewußtseins gerichtet sind — zu schaffen.

Das Streben nach dieser Einheit muß Grundlage der Arbeit aller Mitglieder eines Kollektivs sein. Dabei fällt dem Architekten und Städtebauer in der Regel die Rolle des Koordinators und Dirigenten in dem Orchester der Spezialisten zu. Diese Aufgabe erfordert von dem Architekten ein Höchstmaß an speziellem und allgemeinem Wissen, eine hohe Kultur und ein reifes gesellschaftliches Bewußtsein. Wie notwendig es ist, unter unseren Bedingungen des sozialistischen Aufbaus diese hohen Anforderungen an die Qualität des Architekten zu stellen, beweisen nicht nur die Aufgaben beim Aufbau unserer Stadtzentren. Nach einer überaus kurzen Projektierungszeit, die auf die Übernahme sowjetischer Unterlagen und auf eine hervorragende Arbeit der Brigade „Welser“ des Ipro Dresden I, des Instituts für Industrie- und Ingenieurbau der DBA und der Baustelle zurückzuführen ist, wird am 10. 4. 1961 der Bau des ersten großen Kompaktbaues, des Textilkombinates Leinefelde, begonnen.

Bei der Schaffung dieses Kompaktbaues zeigt sich, daß auch bei der Projektierung einer früher als simpel angesehenen Produktionsanlage die Probleme der Einheit von Technik, Ökonomie und Politik in ganzer Größe stehen und gelöst werden müssen.

Unter einem Dach von ca. 480×200 m Ausdehnung sind hier Produktions- und Lagerräume, Sozial- und Verwaltungsräume untergebracht, bei künstlichem Klima, künstlicher Beleuchtung, die optimale Arbeitsbedingungen für die Werktätigen des bisher in industrieller Entwicklung zurückgebliebenen Eichsfeldes bieten. Hier sind völlig neue funktionelle Lösungen gefunden worden, kombiniert mit neuen konstruktiven Lösungen auf der Grundlage einer radikalen Standardisierung, die nur 7 Hauptbauelemente für die Riesenanlage vorsehen. Hier stehen völlig neue Probleme im Zusammenhang mit dem durchgehenden Drei-Schichten-Betrieb des hochautomatisierten Werkes. Hier ergeben sich völlig neue städtebauliche Gesichtspunkte aus den Möglichkeiten der unmittelbaren Nachbarschaft von Produktionsstätte und sozialistischem Wohnkomplex.

Ein Kollektiv, das danach strebt, alle diese Probleme zu meistern und alle diese Faktoren und Gesichtspunkte nicht nur mechanisch unter einem großen Dach zu vereinigen, sondern zu einer Einheit führen will, braucht Architekten, die den klassischen Forderungen an unseren Beruf entsprechen, ja weit darüber hinausgehen.

Wenn wir das Idealbild des Architekten und Städtebauers, der den Bedingungen unserer sozialistischen Epoche entspricht, neu formulieren — und das sollen wir tun —, müssen wir an den Anfang dieser Formulierung seine enge Verbundenheit mit den werktätigen Menschen, mit dem Volke stellen.

Zu dieser Verbundenheit gehört es, ein guter und sparsamer Treuhänder der Mittel unserer Auftraggeber — der Werktätigen — zu sein. Zu dieser Verbundenheit gehört, sich um das Alltagsgesicht der Städte zu kümmern, wie es hier vom Kollegen Kind gefordert wurde. Dazu gehört, wie Genosse Walter Ulbricht gestern in Leipzig sagte, daß die Architekten den Hausgemeinschaften helfen, ihre Wohnungen auch in alten Häusern schön zu gestalten, um so mit den Mitteln kameradschaftlicher sozialistischer Hilfe — ebenso wie mit den Mitteln unserer schönen Baukunst — alle Menschen für unsere große Sache des Sozialismus und des Friedens zu gewinnen und zu begeistern.

Werte Genossen und Kollegen!

In dem Referat des Präsidenten des BDA, Prof. Hopp, in den Berichten der Arbeitsgruppen sowie in den Diskussionsbeiträgen sind eine Vielzahl von guten Empfehlungen und von bemerkenswerten Vorschlägen und Anregungen enthalten. Das Ministerium für Bauwesen verpflichtet sich, diese Materialien gründlich auszuwerten und dem BDA in seiner weiteren Tätigkeit bei der Industrialisierung des Bauens, beim weiteren Aufbau unserer Industrie, unserer Städte und Dörfer und bei der Schaffung einer sozialistischen deutschen Architektur seine volle Unterstützung zu geben.

Schlußwort zum BDA-Kongreß

Referent: Prof. Otto Englberger

Drei Tage verantwortungsvoller, schöner Arbeit liegen hinter uns. Der Boden, auf dem die Fülle schöpferischer Ideen reifen konnte, war gründlicher denn je vorbereitet. Die Allunionskonferenz der Bauschaffenden der UdSSR im Sommer vorigen Jahres befruchtete wesentlich die Theoretische Konferenz der Deutschen Bauakademie, und deren Ergebnisse wurden in alle Bezirksgruppen hinausgetragen. Deshalb lösten auch die Thesen, die von den Verantwortlichen unserer 4 Arbeitsgruppen — „Gebietsplanung und Städtebau“, „Wohn- und gesellschaftliche Bauten“, „Dorfplanung und ländliches Bauen“, „Industriebau“ — an unsere Bezirksgruppen gingen, ein so lebhaftes Echo aus, besonders dort, wo die Thesen in die Form offener Fragen gebracht waren.

Die vielen Zuschriften gaben eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für unsere gestrige Diskussion.

18 Diskussionsbeiträge konnten vor dem Kongreß gehalten werden, und 181 Kollegen sorgten in den Arbeits-

gruppen dafür, daß die vor uns liegenden Aufgaben mit größtmöglicher Klarheit formuliert und die Wege zur Lösung abgesteckt wurden.
Neu und zugleich beglückend war die optimistische Grundhaltung, die sowohl das Referat unseres Präsidenten als auch alle Diskussionen auszeichnete. Die notwendige Kritik wies deshalb immer vorwärts.

Dieser Optimismus, erprobt auf dem bisher zurückgelegten Weg, der wahrlich nicht ohne Hindernisse war, wird gespeist von der Gewißheit, daß wir für die beste Sache der Welt streiten, für den Frieden und das Glück der gesamten Menschheit.
Wenn Gen. Chruschtschow im Sommer vorigen Jahres auf der UNO-Vollversammlung unser Zeitgeschehen als die „Epoche der konsequenten Erneuerung der Existenzformen der Menschheit" charakterisierte, so wissen wir, daß wir auf der richtigen Seite stehen.
Unsere Arbeiter, Bauern und Wissenschaftler haben in ungeahnt kurzer Zeit die bisher vorgestellten raumzeitlichen Grenzen hinausgeschoben und gelernt, Kräfte freizusetzen, die ausreichen, Hunger, Elend und Unterdrückung auf der Welt zu beseitigen, wenn diese Kräfte von ihnen kontrolliert werden. Die gleichen Kräfte in den Händen gewissenloser Spekulanten der alten Welt bedeuten eine Bedrohung der Existenz der Menschheit.

Diese unaufhaltsame Auseinandersetzung zwischen Altem und Neuem kann und wird mit Erfolg in friedliche Bahnen gelenkt werden. Die Kraft des sozialistischen Lagers, unter Führung der Sowjetunion, verbunden mit einer weltweiten, immer stärker werdenden Friedensbewegung, einem Weltgewissen, das jedes Ausbrechen der alten Brandstifter sofort signalisiert, hat schon manchen Kriegsherd im Keime ersticken oder austreten können.
In unserer Deutschen Demokratischen Republik sind die neuen sozialistischen Existenzformen voll wirksam, die freie, menschenwürdige Beziehungen untereinander ermöglichen.
Unser 1. Vorsitzender des Staatsrates, Walter Ulbricht, hat in der Programmatischen Erklärung den Weg zu neuen Formen der Begegnung beim Mit- und Füreinanderarbeiten, Lernen und Leben gezeigt. Und das ist vielleicht die erfreulichste Feststellung am Schluß unseres Kongresses, daß der Wille und die Bereitschaft zur Bewältigung unserer schweren und zugleich schönen Aufgaben, solche neuen Beziehungen einzugehen, in uns allen lebendig ist. Mit welcher Achtung und Liebe ist doch unser Auftraggeber, die Arbeiterklasse, mehrfach gezeichnet worden. Mit ihr zusammen den Prozeß der immer besseren Gestaltung komplexer Bauprogramme zu beschleunigen, mit ihr zusammen über den Weg der konsequenten Industrialisierung, diese Programme schneller, ökonomischer und schöner zu verwirklichen, das war der Hauptinhalt unserer gemeinsamen Bemühungen. Dabei wird eine reale und kritische Einschätzung die Größe der jeweils möglichen Schritte bestimmen, aber die unablässige Beschäftigung mit unseren Perspektiven, mit den zu erwartenden Veränderungen unserer Lebensformen in der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft wird diesen Schritten die Richtung geben.

Wir wissen also immer besser, welche gesellschaftliche Entwicklung wir mit unserer beruflichen Tätigkeit fördern können. Von großer politischer Reife zeugten die Darlegungen, wie die Stellung und das Ansehen unserer Architekten gefestigt werden kann. Nicht kleinliche Forderungen wurden gestellt (obwohl sicher immer Korrekturen da und dort notwendig sind), sondern Beispiele wurden vorgetragen, wie die fachliche und politische Potenz unserer Kollegen in allen Ebenen unseres öffentlichen Lebens wirksam werden kann und muß.

Deshalb kommt die heute durch den Genossen Staatssekretär Kosel übermittelte Anerkennung unseres Bundes als Fachverband zur rechten Zeit. Sie bedeutet Stärkung unseres Bundes, ist aber zugleich eine hohe Verpflichtung.

Warmherzige Fürsprecher fand unser architektonischer Nachwuchs. Die Beziehungen unserer älteren Kollegen zu den jüngeren müssen immer bessere werden. Eine Fülle von Vorschlägen wurde auch von unseren jüngeren Kollegen hierzu gemacht. Auf einem Absolvententreffen an unserer Hochschule, zu dem 300 ehemalige Architekturstudenten gekommen waren, wurden die gleichen Gedanken zur Arbeitsatmosphäre in den Betrieben vorgetragen, wurden positive und negative Beziehungen der Kollegen untereinander, zu den Repräsentanten unseres Bauherrn, zu den Bauarbeitern und zur Bevölkerung aufgedeckt. Ich meine, hier sollten wir tatkräftig verändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Es ist nicht sinnvoll, im Schlußwort das Referat, die sorgfältig formulierten Empfehlungen und Vorschläge unserer Arbeitsgruppen und die Entschließung zu kommentieren. Es ist vielmehr wichtig, daß wir jetzt, wenn wir an unseren Arbeitsplatz zurückkehren, mit dem gleichen Schwung, den wir für die Vorbereitung und Durchführung unseres Kongresses hergaben, auch die Auswertung der hier erarbeiteten Materialien in unseren Betriebsgruppen und Bezirksgruppen besorgen. Es gilt, die hier vorgetragenen guten Beispiele sozialistischer Gemeinschaftsarbeit überall zu schaffen, alles Hemmende beiseite zu schieben, dann werden wir die schwere und schöne Aufgabe unserer sich schnell entwickelnden sozialistischen Gesellschaft, die bestmögliche Umwelt zu bauen, gemeinsam erreichen.

Ich wünsche Ihnen allen eine erfolgreiche Arbeit und bin überzeugt, daß wir so zum Sieg des Sozialismus beitragen.

Entschließung des IV. Kongresses des Bundes Deutscher Architekten 6. bis 8. April 1961 in Berlin

Der IV. Kongreß des Bundes Deutscher Architekten findet in einer Zeit statt, in der das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird. Heute besteht die reale Möglichkeit, den Krieg für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Die Teilnehmer des Kongresses begrüßen die Ergebnisse der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien und die Programmatische Erklärung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, die uns den Weg in eine glückliche Zukunft weisen.

Die Verwirklichung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt die Sehnsucht der Menschen nach Frieden, Glück und Wohlstand. Diese begeisternde Perspektive stellt alle Bauschaffenden vor großartige und neue Aufgaben. Alle Voraussetzungen sind bei uns gegeben, damit unsere Architekten und Ingenieure mit ihren Werken die Ideen der sozialistischen Gesellschaft verwirklichen können.
Die Architekten geloben daher, zusammen mit den friedliebenden Kräften der Welt alle ihre Energie für die Erhaltung des Friedens einzusetzen, damit die

Menschheit, damit unser Volk, unsere Städte und Dörfer vor Krieg und Vernichtung bewahrt bleiben. Sie wissen, daß der Friede jedoch nur durch die Bändigung des westdeutschen Militarismus und durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten gesichert werden kann.

Der V. Parteitag der SED und die III. Baukonferenz haben uns den Weg gezeigt, welchen Beitrag das Bauwesen für den Sieg des Sozialismus zu leisten hat. Das Bauwesen nimmt in der Volkswirtschaft eine Schlüsselstellung ein. Von der Erfüllung der im Siebenjahrplan gestellten Bauaufgaben hängt wesentlich das Entwicklungstempo aller übrigen Wirtschaftszweige ab. Es kommt bei der Planung, Projektierung und Baudurchführung darauf an, daß die Investitionen für die Produktion in Industrie und Landwirtschaft sowie für den Aufbau der Städte und Dörfer zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung schnell wirksam werden. Das aber ist nur möglich durch konsequente Industrialisierung des Bauens.

Auf diesem Gebiet haben wir in den vergangenen Jahren durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit gute Erfolge erzielt. Bei den ständig wachsenden Bauaufgaben muß jedoch im Bauwesen mehr als bisher die untrennbare Einheit von Politik, Ökonomie und Technik beachtet werden. Nur bei Erreichen des wissenschaftlich-technischen Höchststandes durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit und bei Ausnutzung aller Möglichkeiten der sozialistischen Planwirtschaft für die Vorbereitung und Durchführung der Investitionen und für die Organisation der Bauproduktion werden wir die größtmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Beschleunigung des Bautempos, einen hohen ökonomischen Nutzeffekt und eine bessere Qualität des Bauens durchsetzen.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung und die sozialistische Industrialisierung des Bauwesens sind die entscheidenden Grundlagen, auf der sich die Entwicklung des Städtebaues und der Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik vollziehen.

Das industrielle Bauen

Innerhalb des vielseitigen und komplizierten Prozesses der Industrialisierung des Bauens sind Standardisierung und Typisierung entscheidende, von Architekten und Ingenieuren zu leistende Aufgaben. Sie erfordern die Konzentration der besten Kräfte und hohe schöpferische Leistungen von unseren Architekten, um bei ihren Werken die Einheit von Funktion, Ökonomie, Technik und Gestaltung zu erreichen. Dazu ist nicht nur die gründliche Kenntnis des industriellen Bauprozesses und seiner Technologie notwendig, sondern ebenso eine ständige Zusammenarbeit mit den Planträgern und ein enger Kontakt mit der Bevölkerung. Nur so entstehen Typenprojekte, die den Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft und den Bedürfnissen der Werktätigen gerecht werden.

Auf diesem Gebiet wurden u. a. bei der Fortsetzung der Bebauung der Stalinallee und beim Aufbau der sozialistischen Stadt Hoyerswerda, die in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit von Entwurfs- und Baubetrieben, den wissenschaftlichen Instituten sowie unter Teilnahme breiter Kreise der Bevölkerung entstanden, Erfolge erzielt.

Die weitere Entwicklung im Industriebau, im ländlichen Bauen und bei den gesellschaftlichen und Wohnbauten verlangt — ausgehend von den jetzt noch zu sehr an einzelne Gebäudekategorien gebundenen Standardbauweisen — den Übergang zum Baukastensystem, um eine immer größere Austauschbarkeit standardisierter Bauelemente zu erreichen. In dieser Weise wird eine weitere Arbeitsteilung im industriellen Bauen erzielt und so immer mehr der Prozeß der Bauproduktion in die Vorfertigung verlegt.

Der offene Brief des Zentralkomitees über die ökonomische Verwendung von Rohstoffen in der Volkswirtschaft wurde von den Projektierungsbetrieben und wissenschaftlichen Instituten mit guten Taten in der Bewegung „Gramm + Millimeter" beantwortet. Durch die Überarbeitung von Projekten wurden in den Entwurfsbetrieben etwa 15 000 t Stahl, 65 000 t Zement und 8000 m^3 Holz eingespart, der Bauanteil der Investitionen wurde durch ökonomische Projekte um 52 Millionen DM gesenkt.

Die Architekten und Ingenieure müssen es als eine ihrer Hauptaufgaben ansehen, ständig das Prinzip der Sparsamkeit mit dem Kampf um die Erreichung des Weltniveaus zu verbinden und so Werke zu schaffen, die mit dem geringsten Aufwand an Mitteln einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. Dies ist in der Typenprojektierung von besonderer Bedeutung, weil hier selbst kleine Verbesserungen durch die Wiederholung der Objekte zu erheblichen Einsparungen führen.

Es gilt, die Entwicklung der Standardisierung und Typenprojektierung dadurch zu beschleunigen, daß wir den Erfahrungsaustausch zwischen allen Beteiligten systematisch durchführen und noch mehr und schneller als bisher die großen Fortschritte und die neuesten Erkenntnisse der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers nutzen.

Die Teilnehmer des IV. Bundeskongresses erkennen die Notwendigkeit, das Tempo und die Qualität der Typenprojektierung — als entscheidende Voraussetzung für die Industrialisierung des Bauens — bedeutend zu erhöhen.

Es gilt,

im Industriebau den nicht vertretbaren Rückstand in der Anwendung von Typen zu überwinden, die Typenunterlagen bei Einschränkung der Bauelemente den ständig wachsenden Bedürfnissen der Industrie anzupassen, die Montagebauweise und Serienfertigung durchzusetzen und die gleitende Projektierung zu überwinden;

für die Bauten der Landwirtschaft ein solches Angebot an Typen zu schaffen, das den vielfältigen Bedürfnissen der sozialistischen Landwirtschaft gerecht wird und einen hohen Leistungsanteil der LPG-Baubrigaden ermöglicht;

im Wohnungsbau die industriellen Methoden im engen Kontakt mit allen Bauschaffenden weiter zu vervollkommnen und den Rückstand in der Industrialisierung des Ausbaus schnell aufzuholen;

bei den gesellschaftlichen Bauten in den Wohngebieten und den Zentren der Städte den Rückstand in der Bereitstellung von Typenunterlagen für das industrielle Bauen aufzuholen und ihre Anwendung durchzusetzen.

In der gesamten Typenprojektierung kommt es darauf an, die Entwicklung neuer Typen systematischer als bisher vorzubereiten, die Forderung nach einer Mehrzwecknutzung und Variabilität stärker zu berücksichtigen und im Zusammenhang mit der Einführung der Wert-Mengen-Zeit-Planung auch den ökonomischen Teil als integrierenden Bestandteil der Typenprojekte wissenschaftlich zu erarbeiten.

Um in der Industrialisierung des Bauens schneller vorwärts zu kommen, stellt sich der BDA folgende Aufgaben:

1. In den Projektierungsbetrieben und in den wissenschaftlichen Institutionen sollen die Betriebsgruppen des BDA die Betriebsleitungen darin unterstützen, die besten Architekten und Ingenieure an die Typenprojektierung heranzuführen, damit sie in sozialisti-

scher Gemeinschaftsarbeit Projekte hoher Qualität ausarbeiten.

In allen Stufen der Bearbeitung eines Typenprojektes — von der Grundkonzeption bis zum Experimentalbau — muß die Mitarbeit von erfahrenen Spezialisten, Baupraktikern, Planträgern und der späteren Benutzer der Bauwerke durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit gesichert werden.

2. Das Ministerium für Bauwesen anzuregen, die technische und architektonische Qualität der Typenprojekte durch Ausschreibungen von Wettbewerben zu erhöhen, weil hierdurch die Erfahrungen der besten Architekten und Neuerer unserer Republik nutzbar gemacht werden. Es wird für zweckmäßig gehalten, die besten Typenprojekte des Jahres zu prämiieren.
3. Für die Lösung der Aufgaben auf dem Gebiet der Standardisierung und Typisierung wird der BDA vielfältige Formen der Qualifizierung der Architekten und Ingenieure anwenden, wie beispielsweise spezielle Lehrgänge und Seminare in Hoch- und Fachschulen und Betriebsakademien, Exkursionen zu den Experimentalbaustellen, Film- und Lichtbilderveranstaltungen, Erfahrungsaustausch mit Kollegen der Projektierungsbetriebe der DDR und der sozialistischen Länder.
4. Die Mitglieder des BDA werden sich besonders darum bemühen, die guten Erfahrungen in der Industrieprojektierung bei der Materialeinsparung und bei der Senkung des Bauanteils der Investitionen auszunutzen. Sie werden dafür sorgen, daß sich die zu erarbeitenden Projekte durch große Wirtschaftlichkeit und hohen Nutzeffekt auszeichnen.

Der Aufbau der Stadtzentren

Der auf dem V. Parteitag der SED beschlossene Aufbau der Stadtzentren, insbesondere des Zentrums der Hauptstadt Berlin, hat unter den Städtebauern und Architekten der Deutschen Demokratischen Republik Begeisterung hervorgerufen. Es sind umfangreiche Bebauungspläne und Projekte erarbeitet und Wettbewerbe zur Lösung der wichtigsten Aufgaben durchgeführt worden, die zur Klärung vieler grundsätzlicher Fragen des Städtebaus und der Architektur geführt haben.

In den Ergebnissen dieser großen Arbeit wird sichtbar, daß die Städtebauer und Architekten der Deutschen Demokratischen Republik immer besser erkennen, daß von ihrer Tätigkeit in hohem Maße die Erreichung der Ziele des Siebenjahrplanes abhängt. Deshalb kommt es darauf an, alles zu tun, um die durch unsere sozialistische Gesellschaftsordnung gegebenen Möglichkeiten für die Rekonstruktion unserer Städte, insbesondere für den Aufbau der Stadtzentren voll zu nutzen und damit die Überlegenheit des sozialistischen Städtebaues gegenüber dem kapitalistischen unter Beweis zu stellen. Der zügige Aufbau der Stadtzentren und die volle Entfaltung der Schöpferkraft der Städtebauer und Architekten wird aber zur Zeit noch durch eine Reihe von ideologischen Unklarheiten, von Unzulänglichkeiten in der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen und in der Organisation der Arbeit gehemmt.

Die neuen Stadtzentren fördern und widerspiegeln die neue Lebensweise und die Beziehungen der Menschen im Sozialismus, sie repräsentieren unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat und sind Ausdruck der Macht und Kraft der Arbeiterklasse.

Die Ablehnung von städtebaulichen Dominanten und die Forderung nach einem sogenannten „menschlichen Maßstab“ sind Kennzeichen einer falschen Auffassung, wie sie im Zusammenhang mit der Planung und Gestaltung des Berliner Zentrums auftrat. In Dresden und auch in anderen Städten gilt es, den Hang zur Konservierung und Hervorhebung des Alten zu überwinden und die sozialistischen Prinzipien des Städtebaues durchzusetzen.

Die zentralen und örtlichen Beschlüsse zum Aufbau der Stadtzentren bilden die Grundlage jeder städtebaulichen Planung. Die Mitwirkung der Planträger durch die rechtzeitige Vorbereitung der Bauvorhaben ist für einen schnellen Aufbau von großer Bedeutung. Der Aufbau der Stadtzentren ist Sache der ganzen Stadt und ihrer Bevölkerung.

Für die Durchführung der Baumaßnahmen in den Stadtzentren ist eine rechtzeitige Ausarbeitung der Stadtökonomiken, der Generalverkehrspläne, der Programme für die einzelnen Bauvorhaben und eine Koordinierung im Sinne der komplexen Planung und Durchführung notwendig. Für eine straffe Organisation und Ordnung der Vorplanung, Projektierung und Baudurchführung ist durch die Bildung eines Aufbaustabes mit den Funktionen eines Generalinvestors Sorge zu tragen. Die Erfahrungen, die in Hoyerswerda mit dem Aufbaustab gesammelt wurden, sollten schnell verallgemeinert werden.

Die Planung und Realisierung der Investitionen für den Aufbau der Stadtzentren müssen in einer Hand liegen.

Durch eine umfassende Koordinierung in bezug auf Organisation und Gestaltung wird erreicht, daß bei der Bebauung der Zentren das industrielle Bauen schneller wirksam wird und daß die Projekte besser aufeinander abgestimmt werden. Es darf zwischen den einheitlich auf der Grundlage von Typen gestalteten Wohngebieten und den individuellen Projekten in den Stadtzentren kein Widerspruch entstehen.

Zur Verbesserung der Arbeit beim Aufbau der Stadtzentren stellt sich der BDA folgende Aufgaben:

1. In den Bezirks- und Betriebsgruppen, die beim Aufbau der Stadtzentren auftretenden komplizierten gesellschaftlichen und fachlichen Probleme durch freundschaftliche Aussprachen und Diskussionen klären zu helfen und dabei die Ergebnisse der Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie und der Allunions-Städtebaukonferenz 1960 in Moskau schöpferisch auszuwerten.
2. Die vielfältigen Fragen des Aufbaues der Stadtzentren mit breiten Kreisen der Bevölkerung zu diskutieren und dabei vor allem auch das Neue im Zusammenleben der Menschen, ihre Vorstellungen und Wünsche kennenzulernen und ihre Anregungen und und Vorschläge bei der Lösung der Aufgaben nutzbar zu machen.
3. Die am Aufbau der Stadtzentren wirkenden Städtebauer und Architekten zu organisierten Beratungen und zu regelmäßigem Erfahrungsaustausch unter Leitung der Deutschen Bauakademie zusammenzuführen, um dadurch eine einheitliche technische und architektonische Entwicklung zu fördern.
4. Die Projektierungs- und Baubetriebe bei der Durchsetzung des industriellen Bauens auch in den Stadtzentren durch enge Zusammenarbeit der Neuerer und Arbeiterforscher mit den Städtebauern, Architekten und Ingenieuren zu unterstützen.
5. Die Städtebauer und Architekten im Sinne der vom 12. Plenum des ZK der SED gefaßten Beschlüsse zu einer höheren Qualität ihrer Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionsvorhaben zu erziehen; dabei kommt es besonders darauf an, größte Sparsamkeit und einen hohen Nutzeffekt der Investitionen beim Aufbau der Stadtzentren zu erreichen.

Die nächsten Aufgaben des BDA

Wir stehen in unserer Republik mitten im Kampf für den Sieg des Sozialismus. Dieses hohe Ziel erfordert eine aktive und bewußte Mitarbeit aller Architekten und ganz besonders der Bundesmitglieder. Wir wollen deshalb im Bund planmäßiger, zielstrebiger und wirkungsvoller als bisher arbeiten, um als großes Kollektiv die gesellschaftliche Bedeutung des BDA zu heben und seine Wirksamkeit zum Nutzen der Gesellschaft zu erhöhen.

Die sozialistische Gesellschaft bringt den Architekten großes Vertrauen entgegen, indem sie ihnen in jedem Jahr die Verantwortung für die Vorbereitung und Projektierung großer Bauprogramme der Industrie, der Landwirtschaft, des Wohnungsbaues sowie der Stadtzentren und damit für Milliarden DM Bausummen überträgt. Der Bund wird dafür sorgen, daß alle seine Mitglieder sich in ihrer Arbeit dieses Vertrauens und der Verantwortung immer bewußt sind.

Die Mitglieder des Bundes stellen sich folgende Aufgaben:

mit aller Energie in ihren Wirkungsbereichen dafür zu kämpfen, daß die dem Bauwesen 1961 innerhalb des Volkswirtschaftsplanes gestellten Aufgaben termingerecht und in hoher Qualität erfüllt werden;

die Zusammenarbeit zwischen Bauherren und Architekten weiterzuentwickeln und dazu mit den Volksvertretungen, der Nationalen Front, den gesellschaftlichen Organisationen und breiten Kreisen der Bevölkerung sowie den Staatsorganen eng zusammenzuwirken;

die Wirkungsbereiche der Nationalen Front und die Hausgemeinschaften durch ihr fachliches Können bei der Verschönerung und Umgestaltung der bestehenden Gebäude und Straßenräume zu unterstützen;

mit Hilfe der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit das große Kollektiv der Bauschaffenden zu stärken, die Zusammenarbeit mit der IG Bau/Holz, der Kammer der Technik und dem Verband Bildender Künstler weiterzuentwickeln und zu pflegen und darüber hinaus alle zur Lösung bestimmter Aufgaben erforderlichen Kräfte aus Praxis und Wissenschaft — auch wenn sie nicht unmittelbar zum Bauwesen gehören — zusammenzuführen;

für eine kontinuierliche Qualifizierung der Mitglieder zu sorgen und sie zu veranlassen, sich mit dem internationalen Höchststand und den neuesten Erkenntnissen auf dem Gebiet des Bauwesens, besonders in den sozialistischen Ländern, bekanntzumachen;

darauf hinzuwirken, daß die jungen Mitglieder und die Frauen in unserem Bund bessere Möglichkeiten erhalten, sich zu befähigten Mitarbeitern heranzubilden, damit ihnen mehr als bisher verantwortliche Tätigkeiten übertragen werden können;

neue Formen zu entwickeln, um die Arbeit und das Leben in unserem Bund interessant, anregend und produktiv zu gestalten und dadurch alle Städtebauer und Architekten für den Bund und seine Arbeit zu gewinnen;

durch seine gesamte Tätigkeit die Stellung der bautechnischen Intelligenz in unserer sozialistischen Gesellschaft zu festigen.

Die Arbeit des Bundes wird in seinen drei Wirkungsebenen, der Betriebsgruppe, der Bezirksgruppe und dem Bundesvorstand, planmäßig und organisiert durchgeführt.

Die Mitglieder in der Betriebsgruppe haben die Aufgabe:

Einfluß auf die Arbeit der Entwurfsräte in den Projektierungsbetrieben zu nehmen und die Kontakte der Projektanten mit dem Auftraggeber und künftigen Benutzer zu pflegen;

in Zusammenkünften der Mitglieder schöpferische Auseinandersetzungen um die beste Lösung eines Projektes zu führen und am Beispiel des einzelnen Projektes die Grundsätze des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur zu diskutieren;

gegen jegliche Erscheinungen des Bürokratismus, des Administrierens und des sektiererischen Verhaltens aufzutreten, um allen Kollegen eine schöpferische Atmosphäre zu schaffen und sie mit Begeisterung für ihre Aufgaben zu erfüllen;

in Verbindung mit der Betriebsleitung die Qualifizierung der Mitglieder besonders durch den Besuch und die aktive Unterstützung der Betriebsakademien zu fördern;

die sozialistische Gemeinschaftsarbeit nicht nur im Betrieb, sondern auch auf den Baustellen mit den Bauarbeitern, den Neuerern und den Arbeiterforschern zu verwirklichen;

im Betrieb neue, besonders junge Mitglieder für unseren Bund zu werben und zu gewinnen.

Die Arbeit in der Bezirksgruppe ist entscheidend für die Wirksamkeit und das Ansehen unseres Bundes.

Die Bezirksgruppe hat die Aufgabe:

die Architekten des Bezirkes zu gemeinsamen Aussprachen über alle Probleme des Bauwesens und die Aufgaben des Bundes zu vereinen und für besondere Arbeitsgebiete spezielle Arbeitsgruppen zu bilden;

in Versammlungen durch Vorträge und Filmveranstaltungen, durch gemeinsame Baustellenbesuche, durch Exkursionen und Studienreisen zur Qualifizierung jedes einzelnen Mitgliedes beizutragen und durch gesellige Veranstaltungen freundschaftliche Beziehungen der Mitglieder untereinander herzustellen;

die Architekten zur aktiven Mitarbeit in den Bauaktivs der Nationalen Front und in den Ständigen Kommissionen der Volksvertretungen zu gewinnen, der Bevölkerung die Typenprojekte und die wichtigsten städtebaulichen Planungen des Bezirks und die bedeutendsten Projekte in der Republik zu erläutern;

dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit durch Presse und Rundfunk mit den Problemen des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur vertraut und mit der Arbeit der Architekten im Bezirk bekannt gemacht wird;

Einfluß darauf zu nehmen, daß die befähigsten Architekten auch zu den wichtigsten Aufgaben herangezogen und daß für bedeutende Bauvorhaben des Bezirks Wettbewerbe durchgeführt werden.

Aufgabe des Bundesvorstandes ist es,

die Mitglieder des Bundes und alle Architekten für die Verwirklichung der uns von Partei und Regierung gestellten Aufgaben zu begeistern;

die Pflichten des Bundes als Fachverband im Einvernehmen mit den staatlichen Organen des Bauwesens wahrzunehmen;

die Organe des Bundes in ihrer Tätigkeit zu aktivieren und ihnen zu helfen, alle Aufgaben zielstrebig und planmäßig zu erfüllen;

sich dafür einzusetzen, daß junge begabte Architekten Gelegenheit erhalten, in Form von Wettbewerben ihre Kräfte mit älteren und erfahrenen Kollegen zu messen und daß sie entsprechend der Qualität ihrer Leistung mit verantwortungsvollen Aufgaben beauftragt werden;

die Beziehungen des Bundes zu den Hoch- und Fachschulen für das Bauwesen mit dem Ziel zu verbessern, die Jugend frühzeitig mit den Erfahrungen der Praxis bekannt zu machen und sie für die Aufgaben und Ziele des Bundes zu gewinnen. Dazu ist es notwendig, die Aufnahmerichtlinien so zu ändern, daß junge Kollegen unmittelbar nach Abschluß ihres Studiums Mitglied des Bundes werden können;

die Zusammenarbeit mit den Architektenverbänden der sozialistischen Länder weiter auszubauen, um durch Erfahrungsaustausch und gemeinsame Anstrengungen die Entwicklung des sozialistischen Bauwesens zu beschleunigen;

den Kontakt mit allen fortschrittlichen Kollegen und ihren Berufsorganisationen in Westdeutschland weiterzuentwickeln mit dem Ziel, sie zum aktiven Handeln für die Sache des Friedens und der Verständigung zu gewinnen;

durch den Bund als Mitglied der UIA die internationale Zusammenarbeit zum Nutzen unseres Bauwesens zu fördern;

die internationale Fachwelt und Öffentlichkeit mit den Erfolgen unseres sozialistischen Aufbaus bekannt zu machen und sie für den Kampf um den Frieden und die Verständigung der Völker zu gewinnen.

Die Delegierten des IV. Kongresses des Bundes Deutscher Architekten rufen alle Architekten, Städtebauer, Ingenieure und Wissenschaftler des Bauwesens auf, ihren Fleiß und alle ihre schöpferischen Fähigkeiten für die Industrialisierung des Bauens und für den Aufbau der Stadtzentren einzusetzen.

Die Planaufgaben des Bauwesens im Jahre 1961 und im Siebenjahrplan werden im Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit aller Bauschaffenden erfolgreich gelöst. Die Delegierten des IV. Bundeskongresses erkennen die Größe und Schönheit der ihnen gestellten Aufgaben. Mit der Erfüllung dieser Aufgaben leisten die Architekten einen hervorragenden Beitrag zum Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und damit zugleich zur Erhaltung des Friedens!

Protokoll zum IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten 6. bis 8. April 1961

Teil II

Sonderbeilage 1961 Deutsche Architektur

Herausgeber: Bund Deutscher Architekten

Begrüßung des Kongresses durch den Vizepräsidenten des BDA, Dipl.-Ing. H. Gericke

Delegierte des IV. Bundeskongresses!

Verehrte Gäste!

Meine Damen und Herren!

Der IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten ist eröffnet.

Ich habe die hohe Ehre, folgende Gäste in unserer Mitte zu begrüßen:

den 1. Stellvertreter des Ministers für Bauwesen, Staatssekretär Dipl.-Ing. Kosel,

den Präsidenten der Deutschen Bauakademie, Prof. Dr. Kurt Liebknecht,

den Vertreter des Magistrats von Groß-Berlin — der gastgebenden Stadt —, den Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Stadtrat Max Reutter,

den Vertreter der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,

den Vertreter der Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands des Stadtbezirks Berlin-Mitte,

Vertreter der Nationalen Front und der Blockparteien,

Vertreter der Kammer der Technik,

Vertreter der IG Bau — Holz,

Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindetages,

Oberbürgermeister und Bürgermeister, die unserer Einladung Folge leisten konnten,

sowie
Vertreter des Deutschen Kulturbundes,

des Verbandes bildender Künstler,

der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse

und der Hoch- und Fachschulen;

vor allem aber die Vertreter der Baubetriebe und der sozialistischen Brigaden.

Wir freuen uns besonders, auch über die Teilnahme von Vertretern der sozialistischen Landwirtschaft aus volkseigenen Gütern und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Verehrte Gäste!

Meine Damen und Herren!

Wir dürfen Ihre Anwesenheit werten als ein Zeichen der Verbundenheit mit unserem Bund Deutscher Architekten und unserer gemeinsamen Arbeit und danken Ihnen für Ihr Erscheinen recht herzlich. (Beifall)

Wir schlagen vor, in das Präsidium des IV. Bundeskongresses des Bundes Deutscher Architekten zu wählen:
den Präsidenten des Bundes Deutscher Architekten, Herrn Professor Hopp,

den Vizepräsidenten des Bundes Deutscher Architekten, Dipl.-Ing. Gericke,

den 1. Stellvertreter des Ministers für Bauwesen, Staatssekretär Kosel,

den Präsidenten der Deutschen Bauakademie, Prof. Dr. Kurt Liebknecht,

den Brigadier im VEB Volksbau Berlin, Kurt Kreissig, vom VEB Industriebahn- und Industrieprojektierung Berlin den Kollegen Buchmann,

von der Hochschule für Architektur in Weimar Prof. Englberger,

den Vorsitzenden der Revisionskommission des Bundes Deutscher Architekten, Architekt Alfred Krause,

die Leiterin der Abteilung Planung des Stadtbezirks Weißensee, Frau Dipl.-Ing. Herzenstein,

den Direktor vom VEB Berlin-Projekt, Architekt Wachtel,

den Leitarchitekten für den Aufbau der Innenstadt von Leipzig, Herrn Rämmler

den Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Herrn Scheller,

den Vorsitzenden der IG Bau — Holz, Herrn Lindner,

den Vertreter der Kammer der Technik, Ing. Stehmann, den Vertreter des Verbandes bildender Künstler, Herrn Wolfgramm

und die Leiter der vier Arbeitsgruppen des Kongresses. Das vorgeschlagene Präsidium wurde einstimmig gewählt.

Die Diskussion auf dem IV. Bundeskongreß

Dipl.-Ing. Benny Heumann:

Gestatten Sie mir, einige Darlegungen zu machen über die Beziehungen der Menschen untereinander am Beispiel der Stellung des Architekten in unserer sozialistischen Gesellschaft, um gleichzeitig damit verständlich zu machen, welche Vorstellungen die Partei der Arbeiterklasse über die Entwicklung und Mitarbeit unserer Intelligenz hat.

Es ist sicherlich undenkbar, daß auf einem Architektenkongreß in irgendeinem kapitalistischen Land, wie z. B. in Westdeutschland, Bauarbeiter zu den Architekten über ihre Zusammenarbeit sprechen würden, ihre Vorstellungen und Wünsche vortragen könnten, auch ihre berechtigte Kritik, und daß diese Kritik respektiert würde!

Ist nicht schon allein in dieser Tatsache eine Widerspiegelung der neuen Verhältnisse zwischen Architekten und Bauschaffenden zu finden, mit den Arbeitern, der Arbeiterklasse und damit der Beziehungen der Architekten zur ganzen Bevölkerung? Hier also entsteht und wächst die neue Rolle und Stellung des Architekten in der Gesellschaft, für die Gesellschaft, und zwar die sozialistische Gesellschaft! Hierbei entwickeln sich ganz neue Formen der Beziehungen, spezifische sozialistische Beziehungen.

Viele Diskussionsbeiträge, die auf diesem Kongreß gehalten wurden, zeugen von der Formung eines neuen Bewußtseins und den daraus resultierenden neuen Beziehungen, und auch umgekehrt zeigt sich, daß aus diesen neuen Beziehungen zwischen den Menschen, dem Architekten und der Gesellschaft, neue höhere Formen des Bewußtseins entstehen.

Dieser Wandlungsprozeß vollzieht sich, wie wir wissen, allmählich. Und wie dieses Bewußtsein entsteht und sich formt, wurde klar und präzise dargelegt in der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, des Genossen Walter Ulbricht. Dieser Umwandlungsprozeß, an dem wir selbst aktiv teilnehmen, vollzieht sich in allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung und selbstverständlich auch in den Kreisen der Intelligenz. Hier tauchen Fragen, Probleme und Widersprüche auf, die von uns ein großes Wissen, Verständnis und Fingerspitzengefühl erfordern, um solche Widersprüche zu überwinden und die Probleme zu lösen. Dank unserer sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse und der mit ihnen verbundenen Aufgaben wächst die Bedeutung und Rolle der Architekten und damit selbstverständlich auch ihre Verantwortung.

Diese Tatsache, dieser sich vollziehende Prozeß wird von manchen vielleicht noch nicht in seiner gesamten Bedeutung erkannt, sowohl von seiten mancher Staats- und Wirtschaftsorgane vom Gesichtspunkt der Unterstützung und Hilfe bei der Arbeit als auch durch manche Architekten vom Gesichtspunkt der Verantwortung.

Je weiter unsere Entwicklung voranschreitet, desto stärker entwickeln sich die Bedürfnisse der Menschen und der Gesellschaft. Das ist doch verbunden mit einer Fülle neuer Bauaufgaben, die eine Vielfalt von konstruktiven, technischen, ökonomischen, funktionellen und ästhetischen Fragen aufwerfen. Die Bedeutung der Architektur dabei besteht in erster Linie darin, daß sie nicht nur die Wirklichkeit widerspiegelt, sondern selbst ein Teil dieser Wirklichkeit ist. Darin besteht ihre Besonderheit und ihr Wesen. Die Stärke der ideologisch-erzieherischen Wirkung der Architektur ist in bedeutendem Maße dadurch bedingt, daß ihre Gebäude und Anlagen auf die Menschen nicht nur als Werke der Kunst einwirken, sondern als Teil der von diesen Menschen selbst geschaffenen materiellen Umweltsphäre und des Milieus, in dem sie leben und arbeiten. Daher ist es berechtigt, von einer großen Verantwortung unter unseren Bedingungen zu sprechen, wo ihre Arbeit der ganzen Gesellschaft dient. Das läßt sich gar nicht vergleichen mit dem durch Privatinteressen begrenzten Wirkungsbereich in anderen kapitalistischen Staaten.

In dieser Verantwortung, liebe Kollegen, liegt aber auch gleichzeitig der Schlüssel für die Autorität des Architekten. Wie man diese finden kann und wie das Tor für eine große Entwicklung der Architekten und der Architektur geöffnet werden kann, darüber möchte ich einige Überlegungen machen.

Unsere Politik zielt doch darauf hin — das ist unser Bestreben —, solche Verhältnisse zu schaffen, daß unsere Architekten ihr volles Können und Wissen in den Dienst unserer Bevölkerung stellen können. Wir wissen: je schönere und größere Aufgaben die Architekten bekommen, desto größere und aktivere Anteilnahme des einzelnen ist notwendig. Ich glaube, daß viele Diskussionsbeiträge von diesem Gefühl getragen waren, und die Kritiken, die ausgesprochen wurden, waren aus dem Bestreben geboren, Ratschläge und Vorschläge zu entwickeln, die geeignet sind, unsere Schwierigkeiten zu überwinden. Es vollzieht sich dabei ein zweiseitiger Prozeß. Das, was objektiv in unseren gesellschaftlichen Verhältnissen liegt, muß bewußt durch unser subjektives Handeln gefördert werden.

Dazu ist es notwendig, echte sozialistische Beziehungen zu schaffen. Es handelt sich darum, daß unseren Architekten immer größere Aufgaben anvertraut werden und damit auch jedem persönlich ein größeres Vertrauen geschenkt wird, und wir glauben und sind überzeugt, daß die Architekten mit diesen Aufgaben und durch diese Aufgaben wachsen werden und sie in Ehren erfüllen können.

Das Verhältnis, das unsere Partei zur Intelligenz hat, ist eine große und wichtige Frage unserer Politik in der Periode des Übergangs zum Sozialismus. Wir wollen keine Gleichmacherei schlechthin; das steht im Widerspruch zu unserer sozialistischen Entwicklung. Wir berücksichtigen die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Schichten, ihre Bedeutung, ihre aktive Teilnahme usw., um sie besser zum Sozialismus zu führen.

Von diesem Gesichtspunkt aus sind auch die Beschlüsse unserer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zu sehen zu Fragen der Ärzte und der Lehrer. Das sind nicht Ausnahmefragen, sondern hier steht die große Aufgabe, wie können wir am besten solche Verhältnisse schaffen, daß die Intelligenz bereit ist, mit ihrem ganzen Können und Wissen so zu arbeiten, daß sie den höchsten Nutzen für die Gesellschaft leistet und darin eine moralische Befriedigung findet. Es gibt große Veränderungen der gesellschaftlichen Entwicklung, die immer stärker beachtet werden müssen. Ebenso wie der Bildungsstand ist auch das Bewußtsein bei den Menschen gewachsen — und das letztere ist vor allem entscheidend!

Wir sind sicherlich einer Meinung, wenn wir sagen, daß der größte Teil unserer Architekten volles Verständnis für unsere Politik aufbringt und ihre Anerkennung vor allem durch ihre Leistungen anstrebt und daß immer stärker der moralisch-ethische Faktor des Nützlichseins für die Gesellschaft den Ausschlag gibt. Für die Mitarbeit braucht unser Staat, unsere Gesellschaft, unsere Bevölkerung alle Fachleute dringendst, auch wenn sie verschiedener Weltanschauung sind. Wir stellen keine besonderen Bedingungen und Forderungen. Das wichtigste ist die Bereitschaft, mitzuarbeiten und gut zu arbeiten.

Allerdings sind wir der Meinung, daß ein Architekt oder Städtebauer, wenn er die Bedürfnisse unserer Gesellschaft richtig erkennen und erfüllen will, er Vorstellungen und Kenntnisse haben muß über die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, denn seine Bauten sollen nicht nur den Menschen von heute, sondern auch den Generationen von morgen dienen. Aber das ist eine Frage der Entwicklung und der Zeit, und wir wollen die Dinge nicht überstürzen; trotzdem wird sicher ein jeder verstehen, daß diese Probleme vor ihm stehen und daß er sie nicht umgehen kann, will er nicht zur Entwicklung in Widerspruch kommen.

Doch ein Gedanke muß uns alle beseelen: daß wir den Volkswirtschaftsplan und damit auch den Bauplan so erfüllen, daß alle Menschen zufrieden sind! Das muß der Gradmesser und der rote Faden für unsere gesamte Tätigkeit sein. Es handelt sich nicht darum, daß wir reglementieren wollen, sondern wir wollen die Fragen gemeinsam klären und lösen. Das bedeutet allerdings nicht, wie sich vielleicht einige vorstellen, die absolute Freiheit zu erklären, daß jeder machen kann, was ihm Spaß macht, sondern nur das, was im Interesse der sozialistischen Entwicklung liegt, also auch der Entwicklung einer sozialistischen Architektur und eines sozialistischen Städtebaus. Wir wissen, daß es schon viele Architekten gibt, die auf unserer Position stehen, unter ihnen gibt es einige, die aber noch nicht das Neue genügend erkennen; sie sehen noch viele Widersprüche und Schwierigkeiten, die tatsächlich vorhanden sind, aber noch nicht das Fortschrittliche, das Progressive, das Entscheidende. — Das ist eine Erscheinung, die nicht allein bei den Architekten vorhanden ist. Wir haben solche Erscheinungen z. B. bei Schriftstellern, Künstlern usw. Wie soll man diese Tatsache beurteilen?

Es kann geschehen, daß ein Schriftsteller oder Künstler Werke schafft, die mit unserem sozialistischen Aufbau nichts zu tun haben. Das ist sehr schade für ihn, für seine Verbundenheit mit dem Leben und bedeutet natürlich auch für die Gesellschaft keinen Nutzen. Wenn ein Architekt arbeitet, dann erfüllt er doch gleichzeitig eine materielle und geistige Aufgabe, seine Fehler oder falschen Vorstellungen fühlen dann die Menschen unmittelbar und mittelbar. Man sagt, wenn ein Schriftsteller ein schlechtes Buch geschrieben hat, kann man es beiseite legen oder wenn jemand ein schlechtes Bild gemalt hat, braucht man es nicht anzusehen.

Anders ist es mit der Arbeit des Architekten. Denn die Menschen arbeiten, wohnen und erholen sich in den Räumen. Wenn sie über die Straßen und über die Plätze gehen, überall treffen sie mit der Architektur zusammen. Unbequemes Wohnen, schlechte Arbeitsbedingungen, architektonische Mondlandschaften usw. wirken sich sehr fühlbar auf die Lebensbedingungen aus, ganz zu schweigen von den großen materiellen Werten, die dabei verbraucht werden.

Daraus wird man ersehen, wie wichtig für die Architekten das Verständnis für unser Leben ist.

Es gibt eine Frage, über die jetzt in der letzten Zeit wieder stärker diskutiert — und berechtigt diskutiert wird, das ist das Problem der Tradition. Auch in der Frage der Architektur spielt sie eine große Rolle. Und genauso wie die Fragen unserer Politik mit der Intelligenz ist das nicht eine Frage der Taktik, wenn das Problem zur Diskussion gestellt wird. Wir stützen uns dabei ganz bewußt auf die schöpferische Entwicklung der Theorie von Lenin, der sagte, daß wir uns alles das aneignen müssen, was die Menschheit an Wertvollem und Fortschrittlichem geschaffen hat und schöpferisch weiterentwickeln müssen. Das ist um so wichtiger, da wir eine große Verpflichtung haben, alle Probleme für ganz Deutschland auszuarbeiten und zu lösen, auch in der Architektur und im Städtebau. Was unsere Architekten gemeinsam mit den Bauschaffenden und der Bevölkerung entwickeln und bauen, soll doch die Perspektive für ganz Deutschland werden! Das heißt, daß wir die besten Traditionen erkennen, sie weiterpflegen und schöpferisch und kritisch entwickeln müssen, aber wir werden mit aller Energie gegen die schlechten Traditionen des Militarismus, des reaktionären Klerikalismus und Chauvinismus kämpfen.

Um alle Aufgaben im Interesse des Volkes zu lösen, um die Nation zu erhalten und ihr Glück zu wahren, ist es eben notwendig, daß die gesamte Intelligenz und die Architekten mit all ihrer Fähigkeit und Begeisterung mitarbeiten. Die Autorität der Architekten kommt nicht von allein, sie kann auch nicht durch Gesetz und Recht bestimmt werden und nicht durch Forderung nach Autorität. Sie ist das Resultat der Leistung und des Verhältnisses zu den Menschen, zu unserem Staat und Wirtschaft.

Aber ebenso berechtigt und notwendig ist es, überall eine solche Atmosphäre der Arbeit zu schaffen, daß die Kollegen das Gefühl haben, daß ihre Arbeit anerkannt und geschätzt wird und daß man ihnen wirklich alle Möglichkeiten einer erfolgreichen Entfaltung ihrer Fähigkeiten gewährleistet. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen zusammen mit den Architekten, ihnen die Liebe und Achtung zu verschaffen, die ihre Arbeit verlangt, aber es gilt immer wieder um neue Leistungen zu ringen. Es ist klar, daß der richtige Weg vor allem die Anerkennung der Leistung sowohl des einzelnen als auch des Kollektivs sein wird, wobei es keinem Zweifel mehr unterliegt, daß der einzelne durch das Kollektiv, und zwar in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit, am meisten wirksam wird. Ich glaube, einige der Gedanken, die Kollege Graffunder äußerte, gehen in dieser Richtung. Es gibt genug Mittel und Wege, um die Leistung anzuerkennen, sie werden nur nicht genutzt oder sogar falsch angewendet. Die Besten sollen bekannt und geachtet werden, wir sind auch hier gegen Gleichmacherei.

Sie haben am Beispiel der sozialistischen Brigade Buchmann gehört, wie die Menschen wachsen können, wie aber auch ihre Leistungen anerkannt werden. Warum soll es nicht möglich sein, diese ausgezeichneten Erfah-

rungen weiterzuvermitteln? Dazu dient auch unser großes Forum des Kongresses. Der Wettbewerb in den vielfältigsten Formen, sowohl für kleine aber auch für große Aufgaben wird doch ganz bestimmt ein wirksamer Weg sein, um die Fähigsten zu finden und ihnen die entsprechende Anerkennung zu erteilen und so gleichzeitig das Ergebnis, die hochqualitativen Entwürfe unserer Praxis zu vermitteln.

Unter unseren gesellschaftlichen Verhältnissen hat sich somit der Charakter der Arbeit der Architekten grundlegend verändert, und seine Tätigkeit zeichnet sich aus durch immer stärkere Übereinstimmung seiner persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen. Das heißt, im Zuge der Mitarbeit am sozialistischen Aufbau wächst der Architekt immer besser und tiefer in die Gedankengänge des Sozialismus ein, wenn er seine Arbeit liebt und die besten Lösungen für unsere Menschen sucht. Mit allen Beschlüssen und Maßnahmen unserer Regierung und unserer Partei wollen wir erreichen, daß die Menschen möglichst viel gute Arbeit zum Wohle aller, damit auch für sich persönlich leisten können.

Es kommt darauf an, solche Aufgaben zu stellen, die ihren Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten entsprechen.

Es gibt zwei Erscheinungen, auf die ich nur kurz hinweisen möchte, die uns in vielen Dingen hindern: Das sind Sektierertum und Dogmatismus. Sie sind zwei Seiten ein und derselben Medaille — das Verkennen der Entwicklung, die Abkapselung vom Leben. Das Sektierertum äußert sich in der Behandlung der Menschen, vor allem unserer Intelligenz und steht in krassem Widerspruch zum Gedanken und der Notwendigkeit der sozialistischen Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens.

Der Dogmatismus bedeutet in seiner harmlosesten Form, über die Köpfe der Menschen hinweg zu sprechen. Er hat in der Vergangenheit seinen Niederschlag auch in architektonischen Fragen gefunden. Wir haben uns damit kritisch auseinandergesetzt und glauben, daß wir jetzt im Begriff sind, diese Erscheinung erfolgreich zu überwinden, aber sicherlich noch nicht genug bei der Darlegung und Klärung unserer Probleme, bei der Entwicklung und Anwendung unserer Erkenntnisse in der Praxis selbst. Der Dogmatismus ist wie auf allen Gebieten auch für eine schöpferische Arbeit der Architikten ein großes Hindernis.

Aber ebenso sind die Architektur und der Städtebau des Kapitalismus und seine gestalterischen Prinzipien und Formen für unsere sozialistische Architektur und Städtebau nicht die Quelle für ihre Entwicklung.

In verschiedenster Richtung gilt es daher, alle Erscheinungen kritisch zu beurteilen und in unserer sozialistischen gesellschaftlichen Entwicklung und den Bedürfnissen unserer Menschen Impulse und Anregungen für die Arbeit der Architekten zu finden.

Im Leben ist alles viel problematischer und komplizierter als sich das in Sätzen formulieren läßt, und die praktische Durchsetzung unserer Politik stößt auf manche Hindernisse. Manche Leitung auf staatlicher, wirtschaftlicher Ebene, aber auch in gesellschaftlichen Organisationen weiß nicht immer wie sie auf der einen Seite den Plan erfüllen soll und auf der anderen Seite die Programmatische Erklärung des Staatsrates. Auf dem 12. Plenum des ZK der SED wurde darauf hingewiesen, daß sich z. B. ein verantwortlicher Leiter darüber äußerte, daß es nicht gelungen ist, beides unter einen Hut zu bringen. In Wirklichkeit sind beide Aufgaben aber nicht voneinander zu trennen. Der Plan kann nur erfüllt werden, wenn all die Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, die einer schöpferischen Mitarbeit aller an der Verwirklichung des Sozialismus entgegenstehen. Dazu gehören Dogmatismus und Sektierertum, aber auch Bürokratismus, formales Administrieren und viele andere Erscheinungen. Aber gerade die Staatsratserklärung sowie die wichtigen Beschlüsse des 11. und 12. Plenums des ZK unserer Partei zeigen uns allen, wie dem Sozialismus der Weg zum Sieg gebahnt werden kann.

Bei einigen Leitungen hat sich eine solche Vorstellung entwickelt — und sicher auch in den Entwurfsbetrieben und Bauämtern —, daß sie nur den Plan zu erfüllen haben, und was die Staatsratserklärung betrifft, das ist durch die Parteiagitatoren durchzuführen, weil das ja die Arbeit mit den Menschen betrifft. Und dann wundern sich solche Leute, wenn das mit dem Plan nicht klappt und wenn plötzlich jemand republikflüchtig wird. Diese tragische und falsche Entscheidung ist für sie überraschend gekommen, weil sie die Menschen nicht kennen, nicht ihre Sorgen und Wünsche und auch nicht ihre Besonderheiten. Sie haben nicht die Menschen gesehen, sondern nur bestimmte Zahlen, Quadratmeter, Zeichnungen oder Kubikmeter und Tonnen. Wie stark solche Erscheinungen von der ganzen Atmosphäre des Betriebes abhängen, von der freundschaftlichen, kollegialen, vertraulichen Zusammenarbeit, ist doch daraus zu ersehen, daß es Projektierungsbüros gibt, wo Republikflucht eine ganz seltene Erscheinung ist oder überhaupt keine Fälle vorkommen, während es Betriebe gibt, wo solche Erscheinungen immer wieder eintreten. Das liegt doch sicher nicht daran, daß in einem Betrieb nur gute Menschen sind, in anderen viele schlechte, feindlich gesinnte Menschen arbeiten. Nein, in solchen Fällen haben wahrscheinlich die Leitungen gemeinsam mit der Parteileitung und den Leitungen der Massenorganisationen nicht verstanden, eine wirklich sozialistische Arbeitsatmosphäre zu schaffen. Wir werden unbeirrbar alles daransetzen müssen, daß es keine Dummgläubigen mehr geben wird, die im Bonner atomaren Staat ihr Heil suchen und daß ein jeder so an seine Arbeit herangeführt wird, und mit solchem Vertrauen und Verständnis umgeben wird, daß er alle Schwierigkeiten, die sich aus dem Vorwärtsschreiten ergeben, mit allen anderen gemeinsam überwinden wird. Um eine solche Arbeitsatmosphäre zu schaffen, ist die Mitarbeit des Bundes Deutscher Architekten von großer Bedeutung und notwendig.

Ich hatte die Möglichkeit, am II. und III. und jetzt am IV. Bundeskongreß teilzunehmen. Jeder Bundeskongreß war ein Schritt vorwärts, und wie die Probleme hier diskutiert und die Fragen gestellt werden, zeigt, daß unsere Architekten immer mehr in unser Leben hineinwachsen, sich immer mehr in die Praxis einreihen und daß auch der Bund Deutscher Architekten immer besser seinen Aufgaben gerecht wird, daß ein immer stärkeres Verständnis für Fragen der Industrialisierung, der Standardisierung und Typisierung entsteht und daß die berechtigte Kritik gleichzeitig mit Optimismus verbunden wird. Daher haben wir die Gewißheit, daß auf Grund dieses Kongresses eine weitere größere Aktivität eintreten wird. Wir wünschen deswegen dem Bund Deutscher Architekten, seinen Mitgliedern und allen anderen Architekten große Erfolge in der weiteren Arbeit bei der Schaffung einer sozialistischen Architektur und eines sozialistischen Städtebaus für das Glück unseres Volkes, im Kampf für den Sieg des Sozialismus.

Architekt Buchmann, Berlin

Wenn ich hier heute als Vertreter einer der ersten Projektierungsbrigaden, die mit dem Ehrentitel „Brigade der sozialistischen Arbeit" ausgezeichnet wurden zu Ihnen spreche, erfüllt es mich mit besonderer Freude feststellen zu können, daß sich in unserer Auszeichnung auch die aktive Mitarbeit unserer Gartenarchitekten im BDA wiederspiegelt. Haben wir doch stets unsere Arbeit im BDA als eine unserer ersten gesellschaftlichen Verpflichtungen betrachtet.

Nun gestatten Sie mir einiges aus unseren Erfahrungen bei der Verwirklichung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu berichten.

Dazu müssen wir uns als erstes die Frage vorlegen, wie die Entwicklung unserer Brigade vonstatten ging und einmal untersuchen, wie es früher bei uns aussah. Da unsere Brigade in ihrer Zusammensetzung typisch ist für die meisten Projektierungsbrigaden unserer Entwurfsbüros wird es richtig sein, einmal das Allgemeine unserer Entwicklung als das für viele andere Entwurfsbrigaden Mögliche herauszustellen.

Wie sah das nun vor einigen Jahren in unserer Brigade aus? Die Brigade war eine Arbeitsgruppe, die kein gemeinsames festes Ziel hatte, und noch kein Kollektiv in unserem Sinne war, obwohl jeder glaubte er tue sein Möglichstes, weil er eine Fülle Überstunden leistete. Da die fachliche Qualifizierung des einzelnen Kollegen von der Brigadeleitung sporadisch gefördert wurde bzw. dem einzelnen selbst überlassen blieb, ging jeder mehr oder weniger seinen eigenen Neigungen nach und das Zusammenleben und Arbeiten beruhte im allgemeinen auf persönlichen Sympathien.

Viele gingen in der Projektierung ihren eigenen Weg und es gab für die Lösung der gestellten Aufgaben keine einheitliche Linie. Andere Kollegen schwebten ein wenig über den Realitäten des täglichen Lebens, und was in der Welt passierte interessierte nur so weit, wie es sich um fachliche Fragen handelte. Die politischen Fragen fanden kaum Beachtungen und die Gewerkschaft wurde als Sozialverein angesehen. In der Arbeit gab es keine fachlich-politische Einheit und die Leitungstätigkeit beschränkte sich auf die Verteilung der einzelnen Projekte. Dementsprechend waren die Diskussionen und es gab harte politische Auseinandersetzungen, die aber nur von sehr wenigen Kollegen offen geführt wurden.

Ich denke das genügt um festzustellen, daß es bei uns nicht anders aussah wie in den meisten Projektierungsbrigaden vor einigen Jahren.

Was waren nun die wesentlichsten Faktoren, die in letzter Konsequenz zu unserer Auszeichnung als eine der ersten sozialistischen Brigaden in der Projektierung führte.

1955 wurde die Brigadeleitung verändert, ein Leitkollektiv aus den besten Kollegen der Brigade gebildet und der Gewerkschaftsvertreter mit in dieses Leitkollektiv einbezogen. Auch wurde eine systematische Kaderausbildung eingeführt und Patenschaftsverträge mit einer Fachschule und der Humboldt-Universität abgeschlossen. Die Fragen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts wurden den Kollegen nahegebracht und die Erarbeitung von Typen, Standards, Wiederverwendungen, Kennziffern und Entwurfsrichtlinien zu einem Instrument der Steigerung der Arbeitsproduktivität gemacht.

Dadurch, daß alle diese Aufgaben von den Kollegen selbst erarbeitet wurden, kamen sie auch den ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen näher, so daß die Brigade bereits 1958 geschlossen am Parteilehrjahr teilnahm. Seitdem gab es keine Arbeitsbesprechung mehr, die nicht mit einem kurzen Überblick über die aktuellen Probleme der Gegenwart eingeleitet wurde. Es gab in der Leitung keine Geheimnisse mehr vor der Brigade und alle Fragen wurden im Kollektiv behandelt und gelöst.

Damit waren die ersten Schritte zur Gemeinschaftsarbeit getan. Langsam begannen die Kollegen sich selbst Gedanken über Fragen der Produktivitätssteigerung zu machen, und es kamen die ersten wirklichen Verpflichtungen aus den Reihen der Brigade. Die persönlichen Akten mit den gesammelten Erfahrungen der Kollegen kamen in Umlauf und wurden jedem zugänglich. Sehr bald gewannen wir die Anerkennung unserer Berufskollegen aus der DDR und wurden zum Mittelpunkt des Erfahrungsaustausches, und die ersten Pläne über innerbetriebliche Wiederverwendungen wurden von unseren Kollegen aus der DDR angefordert.

So ergab es sich nahezu gesetzmäßig, daß der Anstoß von seiten der Partei, die Frage der sozialistischen Brigade einmal zu diskutieren, zu unserer Verpflichtung zum 1. Mai 1961 führte.

Die Bereitschaft unserer Kollegen war allgemein vorhanden, jedoch bestanden noch eine ganze Reihe Unklarheiten zum Weg und Ziel der sozialistischen Brigaden in der Projektierung. Weder beim Ministerium für Bauwesen noch beim Bund Deutscher Architekten bestanden darüber klare Vorstellungen, und es gab sogar beim FDGB Tendenzen, die dahin gingen, daß innerhalb der technischen Intelligenz sozialistische Arbeitsgemeinschaft gebildet werden müßten, die Bildung von sozialistischen Brigaden aber nicht angebracht sei.

Nun — so haben wir uns eben mit Hilfe der Partei allein durchgekämpft. Sehr bald wurde dann unsere Verpflichtung vom Ministerium für Bauwesen aufgegriffen, als beispielhaft erkannt, und langsam wuchs auch in den Entwurfsbüros die Bewegung um den Kampf für den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit". Auf allen Tagungen und Konferenzen, die dann auf Initiative unseres Ministeriums mit den ersten Brigaden durchgeführt wurden, haben wir dann stets und ständig über unsere Erfahrungen diskutiert und mit Hilfe von Ausstellungen in Form der Produktionspropaganda unsere Entwicklung gezeigt.

So blieben wir nicht nur für unseren Betrieb der Motor bei der Durchsetzung des Neuen, der Erarbeitung von Typen, Standards und Wiederverwendungen, sondern konnten auch unseren Fachkollegen in der DDR auf dem Gebiet des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts entscheidende Hilfe leisten. Im Jahre 1960 gingen wir dann dazu über, alle unsere bisherigen Erfahrungen zu veröffentlichen, einmal durch laufende Mitarbeit in unserer Fachpresse und zum anderen über eine Reihe von Verträgen mit dem VEB Typenprojektierung. Heute können wir feststellen, daß es kein Heft unserer Fachzeitschrift mehr gibt, in dem nicht Artikel von uns zu fachlichen und politischen Fragen veröffentlicht werden.

Auch auf dem Gebiet der NAW-Arbeit hatten wir große Erfolge und konnten am 31. Dezember 1960 feststellen, daß wir 1959 und 1960 insgesamt nahezu 3000 NAW-Stunden für die Projektierung leisteten, die in Aufbaustunden abgegolten wurden.

Noch einige Worte zum sozialistischen Lernen und Leben. Unsere fachliche Qualifizierung bewegt sich vom Hoschchulfernstudium bis zur Teilnahme an der Betriebsakademie. Weit über die Hälfte aller unserer Brigademitglieder qualifizieren sich fachlich. Hinzu kommen noch Qualifizierungen, an denen die gesamte Brigade teilnimmt wie: Fachvorträge durch Gastdozenten,

Teilnahme an Kolloquien der Humboldt-Universität, Projektbesprechungen und Lichtbildervorträge. Daneben läuft als gesellschaftliche Qualifizierung die geschlossene Teilnahme am Parteilehrjahr.

Am schwierigsten wird ja wohl im allgemeinen die Frage des sozialistischen Lebens angesehen. Wir sind der Meinung, daß man das sozialistische Arbeiten, Lernen und Leben als eine untrennbare und sich ergänzende Einheit betrachten muß. Zweifellos ist es unter unseren Berliner Verhältnissen mit den weiten Anfahrtwegen unserer Kollegen nicht immer leicht, alle an einem bestimmten Tag unter einen Hut zu bringen. Aber immerhin führen wir schon seit längerer Zeit alljährlich Studienfahrten mit unseren Angehörigen durch, besuchen Kino- und Theaterveranstaltungen und organisieren Brigadeabende.

Welches waren nun eigentlich die entscheidenden Fakten, die sich auf Grund unserer Erfahrungen als die wesentlichsten herausgebildet haben.

1. Alle Probleme im Kollektiv lösen, auch Fragen der Erziehung und Disziplin.
2. Laufende Produktionsberatungen mit Besprechung der Tagesfragen abhalten.
3. Jedem seine Auslastung und Planaufgaben auf lange Sicht zur Kenntnis geben.
4. Ständige Stärkung der Kollektive durch weitgehende Selbständigkeit der Kollektivleiter bis zur Prämienverteilung.
5. Fachliche und gesellschaftliche Qualifizierung nach Plan.
6. Durchführung öffentlicher Auswertungen zum Thema sozialistische Brigade.
7. Mitarbeit in sozialistischen Arbeitsgemeinschaften außerhalb des Betriebes.
8. Gute Unterstützung durch Partei, Gewerkschaft und Betriebsleitung sowie des BDA.

Wenn ich hier jetzt über unsere Entwicklung spreche, sieht es beinahe so aus, als ob alles immer sehr glatt und reibungslos verlaufen wäre. Natürlich ist dem nicht so. Viele Schwierigkeiten gab es zu überwinden und manche Zweifel zu beseitigen, und nicht verschwiegen werden soll, daß es immer wieder Auseinandersetzungen mit all den Kollegen gab, die bisher eben nur so mitgemacht hatten. Heute lassen wir auftretende fachliche und gesellschaftliche Schwächen nicht mehr durchgehen. Und gerade diese Auseinandersetzungen sind eigentlich die entscheidende Triebkraft für die Erreichung unseres Zieles gewesen. Täglich haben wir den Kampf geführt um die Einbeziehung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts in unsere Arbeit, um die Einhaltung und Unterbietung der Zeitvorgaben, um die Erarbeitung und Anwendung von Typen und Standards und um die Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme. Heute können wir sagen, daß wir um diese Dinge nicht mehr kämpfen müssen. Sie sind zum täglichen Sprachgebrauch unserer Brigade geworden. Wir haben uns die Anerkennung unserer Fachkollegen aus der DDR erworben und würden so zum Zentrum des Neuen auf unserem Fachgebiet.

Gestatten Sie mir nun noch einige wenige Zahlen zu unseren Leistungen. Unser Ziel ist es, bis 1965 unsere Produktivität (von 1958 ausgehend) auf etwa 190 Prozent zu steigern. Wir können feststellen, daß wir zur Zeit eine Steigerung auf etwa 160 Prozent erreichen konnten. Dabei ist zu bedenken, daß es für uns eine besonders schwierige Aufgabe ist, mit der Bauprojektierung Schritt zu halten, da uns bei der Anwendung von Typen und Wiederverwendungen bei der Projektierung von Grünanlagen gewisse Grenzen gesetzt sind.

Anläßlich unserer Auszeichnung als sozialistische Brigade im vorigen Jahr verpflichteten wir uns, den Plan für 1960 bis zum 31. November 1960 mit 100 Prozent zu erfüllen. Erreicht wurde dieses Ziel mit 110 Prozent.

Bei wichtigen Staatsplanvorhaben konnte 1960 von uns eine vorfristige Auslieferung von 180 Tagen erreicht werden. Von Bedeutung ist vielleicht noch festzustellen, daß alle unsere Mitarbeiter im FDGB und in der DSF organisiert sind, und unsere Gartenarchitekten der Brigade sind Mitglieder des BDA.

Ein weiteres Beispiel für den guten kollektiven Geist, der in unserer Brigade herrscht, ist unser Sparbuch. Es wird aufgefüllt mit Teilen von kollektiven Prämien, Honoraren für Artikel und Prämien für NAW-Arbeit. Heute können wir feststellen, daß wir dadurch in der Lage sind, unsere diesjährige Studienfahrt in die CSSR durchzuführen, um mit den dortigen Berufskollegen ins Gespräch zu kommen. Wir können dabei unseren Mitarbeitern einen solchen Zuschuß geben, daß auch jeder mitfahren kann.

Abschließend noch ein Wort an den Bund Deutscher Architekten. Wir erwarten, daß in Zukunft etwas mehr als bisher die Probleme der sozialistischen Brigaden auf der Tagesordnung stehen, daß auch der BDA seine Architekten einmal zusammennimmt und mit ihnen diese Fragen diskutiert. Wir stehen für ein solches Gespräch immer zur Verfügung.

Wir müssen feststellen, daß die KDT diese Fragen wesentlich aktiver angefaßt hat und z. B. gemeinsam mit unserem Ministerium der Träger der laufenden Erfahrungsaustausche der sozialistischen Brigaden in der Projektierung ist, obwohl die Mehrzahl dieser Kollegen Architekten sind. Hier sollte doch der BDA schleunigst Versäumtes nachholen.

Anerkennen müssen wir aber auch, daß schon 1959 von unserem Kollegen Mickin Schritte zur Popularisierung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit unternommen wurden, die aber leider ohne das notwendige Echo blieben.

Heute ist diese Bewegung auch zu einer Massenbewegung der Projektierungsbetriebe geworden. Ist es nun nicht eine ganz dringende Aufgabe, daß der BDA nunmehr seiner Verpflichtung — die ideologische Erziehung unserer Architekten — nachkommt und diese mit den sozialistischen Brigaden gemeinsam durchführt.

Schließen lassen Sie mich mit einem Wort Nikolai Ostrowskis „Unerschöpflich ist die Kraft des einzelnen, stützt er sich auf das Kollektiv“.

Lothar Lindner, Berlin, 1. Vorsitzender des Zentralvorstandes der IG Bau - Holz

Gestatten Sie mir, daß ich Ihrem Kongreß im Namen des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Bau - Holz und aller Mitglieder die herzlichsten Grüße und besten Wünsche übermittle.

Ihr Kongreß ist — wie Professor Hans Hopp in seinem Referat mehrmals darauf hinwies — für die weitere Verbesserung der Arbeit auf unseren Baustellen und vor allem für die Verbesserung unserer gemeinsamen Zusammenarbeit von weitreichender Bedeutung. Hier liegen im besonderen auch die Gründe, daß wir als Zen-

tralvorstand der IG Bau - Holz mit großer Aufmerksamkeit die auf diesem Kongreß gemachten Ausführungen sowie die kritischen Hinweise und konstruktiven Vorschläge verfolgen.

Vom Zentralvorstand der IG Bau - Holz nimmt eine Delegation am Kongreß teil, der die Kollegen Lindner, als Vorsitzender der IG, Architekt Georg Waterstradt und die Brigadiere Kollegen Bruno Radtke und Kurt Kreißig angehören.

Ihre hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet der Architektur und unsere gewerkschaftliche Arbeit dienen unmittelbar dem Wohle unserer schaffenden Menschen und nehmen entscheidenden Einfluß auf die Bewußtseinsentwicklung unserer werktätigen Menschen.

Obwohl Professor Hans Hopp in seinem sehr inhaltsreichen Referat auf die Probleme unserer Zusammenarbeit eingegangen ist, möchte ich nochmals zum Ausdruck bringen, worin wir die Hauptaufgaben hinsichtlich des Zusammenwirkens sehen:

1. In einer breiten Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit.
2. In der Organisierung der Teilnahme unserer Architekten und Projektanten an den ständigen Produktionsberatungen.
3. Im sozialistischen Wettbewerb, besonders in der Organisierung des Kampfes um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" in unseren Entwurfs- und Projektierungsbetrieben.
4. In der breiten Einbeziehung unserer Bauarbeiter, Meister und Bauleitungskräfte in der öffentlichen Diskussion zu den Entwürfen unserer Städte und Dörfer und schließlich
5. In der Verbesserung der kulturellen Tätigkeit sowie des geselligen und geistigen Lebens.

Daß diese fünf Grundsätze unserer gemeinsamen Arbeit mit unseren Ingenieuren, Meistern und Bauarbeitern völlig mit dem Charakter unserer sozialistischen Architektur übereinstimmen, beweisen zahlreiche Beispiele und die hervorragenden Erfolge unserer Architekten in der bisherigen Arbeit.

Uns allen hinreichend bekannt ist das Beispiel der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in Rostock, wo mit Hilfe der Gemeinschaftsarbeit das Beispiel des Schnellbauens im industriellen Wohnungsbau und der architektonischen Gestaltung des Stadtgebietes Rostock-Reutershagen gegeben wurde. Die breite Diskussion, die von der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft ausgehend, alle Bauschaffenden der Baustelle Rostock-Reutershagen und große Teile der Bevölkerung erfaßte, hat für die Durchsetzung des Schnellbauens in der Deutschen Demokratischen Republik und die sozialistische Gestaltung dieses neuen Wohngebietes von Rostock zu beispielhaften Erfolgen geführt.

An der Entwicklung dieses Beispieles haben auch die Gewerkschaften aktiven Anteil. Auch die in der letzten Zeit zustande gekommene gute Aussprache zwischen dem Präsidenten der Deutschen Bauakademie Prof. Dr. Kurt Liebknecht und Staatssekretär Dipl.-Ing. Gerhard Kosel mit der Brigade Paul Strauß hat dazu beigetragen und geholfen, daß die Erfolge von Rostock weitere Verallgemeinerung finden.

Diese Erfolge konnten nur erzielt werden, weil die sozialistische Arbeitsgemeinschaft in ihrer Arbeit und Zusammensetzung ein richtiges Verhältnis der Bauarbeiter zur Intelligenz hatte.

Eine solche Arbeit der sozialistischen Gemeinschaften wirkt befruchtend auf die Tätigkeit der Ständigen Produktionsberatungen. Vom Bau der Leipziger Oper, auch der Verlängerung der Stalinallee ist uns bekannt, daß sich die leitenden Architekten und Projektanten in den Ständigen Produktionsberatungen oft mit den Bauarbeitern beraten haben. Das Ergebnis dieser engen Zusammenarbeit ist die gute Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die hervorragende Gestaltung dieser Bauwerke.

Wir sind der Meinung, daß durch Aussprachen erreicht werden sollte, daß unsere Kollegen Architekten und Projektanten noch viel mehr die Mitarbeit in den Ständigen Produktionsberatungen sehen sollten, um so für ihr eigenes Schaffen aus den Erfahrungen der Bauarbeiter neue Anregungen und noch bessere Voraussetzungen für ihr gestalterisches Schaffen zu erhalten.

Im engen Zusammenhang mit der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und den Ständigen Produktionsberatungen steht der sozialistische Wettbewerb. Mit der immer breiteren Entwicklung der Bewegung des Kampfes um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" in unseren Projektierungsbetrieben — wie Kollege Buchmann schon berichtete —, wuchs auch unter den Architekten und Projektanten das Bewußtsein, daß es durchaus möglich ist, ihr Schaffen in den sozialistischen Wettbewerb einzubeziehen und durch ihn zu bereichern.

Beispielhafte Arbeit für die Schaffung von Voraussetzungen zur Durchführung des sozialistischen Wettbewerbes in den Entwurfs- und Projektierungsbetrieben wurde in einigen Projektierungsbetrieben, so auch im VEB Hochbauprojektierung Neubrandenburg, geschaffen. In diesem Betrieb setzten sich Partei, Gewerkschaft und Betriebsleitung damit auseinander, wie man die Bedingungen für die Erreichung des Titels „Brigade der sozialistischen Arbeit" auf die Besonderheiten der Entwurfs- und Projektierungsbetriebe übertragen kann und wie man gleichzeitig damit am besten den sozialistischen Wettbewerb organisiert.

Sie gingen dabei von der richtigen Feststellung aus, daß nicht allein die Produktionsarbeiter sozialistisch arbeiten, lernen und leben wollen, sondern daß dies auch das Anliegen der Architekten, Konstrukteure und technischen Zeichner in den Projektierungsbetrieben ist.

Das Beispiel der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbes im VEB Hochbauprojektierung Neubrandenburg zeigt uns darüber hinaus, daß die oftmals noch vertretene Meinung, man könne den Architekten und Konstrukteuren nicht zumuten, innerhalb einer bestimmten Zeit brauchbare gestalterische und konstruktive Lösungen zu finden, unrichtig ist; denn die Ergebnisse der Arbeit des Projektierungsbüros finden allgemeine Anerkennung ihrer Auftraggeber.

Wir sprachen in unseren 5 Grundsätzen der Zusammenarbeit davon, daß es notwendig ist, unsere Bauarbeiter und Meister noch stärker in die breite öffentliche Diskussion über Entwürfe und städteplanerische Gedanken einzubeziehen.

In Leipzig z. B., aber auch in anderen Städten, stellt man seit langem die Entwürfe der Architekten und Städtebauer öffentlich zur Diskussion. Sie werden danach unter Berücksichtigung der Hinweise und Anregungen aus den Reihen der Bauschaffenden und Bevölkerung überarbeitet. Auf diese Weise sind so hervorragende Bauten, wie die Leipziger Oper, die Ringbebauung im Zentrum der Stadt entstanden.

Eine solche Arbeitsweise ist Ausdruck unserer sozialistischen Demokratie. In den kapitalistischen Ländern wurde und wird nicht danach gefragt, ob die geplanten Bauten den Wünschen und Interessen der Bevölkerung entsprechen. Dort werden ja auch die Bauten nicht zum Wohle der Menschen, für die Gesunderhaltung der Arbeiter, sondern in erster Linie für das Wohlergehen des Geldbeutels der Bauherren und Baukonzerne errichtet.

Bei uns ist das anders. Die werktätigen Menschen sind Besitzer der Produktionsmittel. Die Arbeiterklasse hat die Macht im Arbeiter-und-Bauern-Staat, und diese Menschen sind zugleich Bauherren unserer sozialistischen Städte und Dörfer. Deswegen ist das Interesse an unserem Baugeschehen so groß und müssen wir gerade im Wohnungsbau immer wieder auf die Vorschläge und Hinweise achten.

Erlauben Sie mir, noch einiges zu den Vorschlägen und kritischen Bemerkungen über unsere weitere Zusammenarbeit zu sagen: Es ist unsere Pflicht, Ihnen gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß wir als Präsidium des Zentralvorstandes alles daransetzen müssen, um die Zusammenarbeit zu verbessern.

In der Vergangenheit haben bereits viele Architekten, wie der Kollege Walter Mickin, Georg Waterstradt — um nur einige aus dem Kreis zu nennen — aktiv als Mitglied des Zentralvorstandes und im Präsidium in der Industriegewerkschaft mitgewirkt. Unzählige Architekten und Projektanten haben als Vertrauensleute, BGL-Mitglied oder als Mitglied von Kreis- bzw. Bezirksvorständen, wie z. B. der Betriebsdirektor Kollege Bauingenieur Barth vom VEB Hochbauprojektierung Neubrandenburg, eine vorbildliche Gewerkschaftsarbeit geleistet.

Mehr noch als bisher kommt es deswegen darauf an, in unseren derzeitigen Gewerkschaftswahlen, die Besten von uns, besonders aus den Reihen der jungen Architekten und der Kolleginnen in unseren Entwurfs- und Projektierungsbüros für die Gewerkschaftsleitungen und Intelligenz-Kommissionen vorzuschlagen.

Wir sind uns bewußt, daß es in einigen Kreis- und Bezirksvorständen noch sektiererische Einstellungen zur Intelligenz in den Entwurfs- und Projektierungsbüros gibt. Es ist Aufgabe aller unserer Gewerkschaftsleitungen — angefangen vom Präsidium des Zentralvorstandes bis in die Kreise —, jetzt das richtige Verhältnis zu unserer Intelligenz zu finden und ihnen zu helfen, unsere gemeinsamen Probleme noch besser verstehen zu lernen.

Im Zentralvorstand haben wir in den Diskussionen zum Gesetzbuch der Arbeit und mit den letzten Beratungen der Intelligenz-Kommission die ersten Schritte getan. Diese Kommission für die gewerkschaftliche Arbeit mit den Kollegen unserer Intelligenz der Bauindustrie, die auch in den Bezirken und Kreisen gebildet werden soll, wird helfen, daß die gewählten Leitungen den Problemen unserer Intelligenz und vor allem auch unseren Kollegen Architekten größere Aufmerksamkeit schenken.

Als Zentralvorstand sind wir daran interessiert, daß unsere Architekten und Konstrukteure ein weitgreifendes Wissen erlangen. Aus diesem Grunde haben wir in der Vergangenheit Architekten und Konstrukteure in die Delegationen zum Erfahrungsaustausch mit den Bauarbeitern der sozialistischen und kapitalistischen Länder einbezogen. Einige Architekten waren mit gewerkschaftlichen Delegationen in der CSSR, der Sowjetunion und in Volkspolen. Das Mitglied des Präsidiums des ZV, Kollege Architekt Georg Waterstradt, war in Australien.

Das alles können natürlich nur Anfänge zu einer beständigen guten Zusammenarbeit sein. Ihre Vorschläge und Hinweise werden uns sehr dabei helfen.

Zum Abschluß möchte ich noch einige Gedanken zur Verbesserung des kulturellen und geselligen Lebens sagen:

Bei einem Besuch in Prag hatte ich Gelegenheit, an einem großen Ball der Architekten und Ingenieure teilzunehmen. Veranstalter waren das Ministerium für Bauwesen der CSSR und die Gewerkschaft der Bauschaffenden.
Wir sind der Ansicht, daß in ähnlicher Weise durch das Ministerium für Bauwesen mit uns gemeinsam ein Beginn in Berlin gemacht werden sollte.

Das von mir Gesagte bringt einige Probleme zum Ausdruck, die die Gewerkschaften im Zusammenhang mit Ihrem Kongreß bewegen. Wir werden dabei selbstverständlich die auf dem Kongreß gemachten Vorschläge der gemeinsamen Beratungen — Industriegewerkschaft und Bund Deutscher Architekten —, des gemeinsamen Auftretens auf Baustellen und der Erfahrungsaustausche mit Brigaden der sozialistischen Arbeit berücksichtigen. Wir sind der festen Überzeugung, daß die gemeinsamen Ziele unsere noch vorhandenen Schwächen überwinden lassen, wenn wir noch mehr als in der Vergangenheit dazu übergehen, die Beziehungen zum Leben und Schaffen unserer Kollegen in den Entwurfs- und Projektierungsbüros zu verbessern.

Gestatten Sie mir, im Namen des Zentralvorstandes dem Kongreß eine Grußadresse zu überreichen und nochmals recht viel Erfolg sowie viel Freude an Ihrer schönen Arbeit, der Gestaltung unserer neuen Städte, der Industriezentren und Dörfer, zu wünschen.

Dipl.-Ing. Groß, Annaberg

Herr Präsident!

Verehrte Gäste!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gestatten Sie mir bitte einige kurze Ausführungen im Namen der Bezirksgruppe Karl-Marx-Stadt zum letzten Teil des Hauptreferates unseres verehrten Präsidenten über die aktive Rolle unseres Bundes im gesellschaftlichen Leben.

Wenn wir uns einmal vorstellen, daß wir im Theater sind, ein Konzert hören, und im Klangkörper hat sich irgendein unqualifizierter Musiker eingeschlichen, der während des Vortrages Mißtöne produziert, so ist vorauszusehen, daß die Aufmerksamkeit und die gespannte Konzentration der Zuhörer schnell schwindet. Schon bald beginnt man zu lächeln, kleine Witzeleien treten auf und das Versagen eines einzelnen fällt auf den gesamten Klangkörper zurück.

Wieviel schlimmer und wieviel entsetzlicher ist es aber, wenn solche Mißtöne zu fester Gestalt erstarren und in die Landschaft hineingebaut werden. Ich glaube, ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß es solche Mißtöne in unserer Landschaft gibt und daß sie ausgerechnet an Punkten entstanden, die als Landschaftsschutzgebiete deklariert sind oder in den Stadtzentren im besonderen Blickfeld der gesamten Bevölkerung stehen.

Wir sind der Meinung, daß gerade das für unseren Bund ein besonderer Anlaß ist, auch über so ganz einfache Probleme, die aber unseren Alltag und unser gesellschaftliches Leben mitbestimmen, mit breiten Bevölkerungskreisen ins Gespräch zu kommen.

Auf der Bezirkskonferenz der Bezirksgruppe Karl-Marx-Stadt im vergangenen Jahr haben wir deshalb den Beschluß gefaßt, unsere weitere Arbeit neben der Behandlung theoretischer Probleme vielmehr auch der Praxis zu widmen, und wir wollen die Hand schützend

über solche gefährdete Gebiete halten. Es genügt nicht, daß einzelne große Objekte geordnet und sauber zur Ausführung kommen; während aus Zeitmangel, aus Mangel an qualifizierten Kräften, kleine Baumaßnahmen, die man sogar nicht für beachtenswert hält, ohne ernsthafte Prüfung unter der Hand gebaut werden. Sind sie aber einmal entstanden in irgend einem Gebiet unserer schönen Heimat, dann stören sie als Fremdkörper.

Ich darf Ihnen zwei Beispiele aus unserer Arbeit schildern. Wir haben in Auswirkung unserer Bezirkskonferenz zwei Vorstandssitzungen, eine in Oberwiesenthal und eine an der Talsperre Pöhl durchgeführt. Ich möchte hier einmal auf das Problem Oberwiesenthal eingehen. Dort sind in der letzten Zeit besonders große Bausünden begangen worden. Ich denke an eine große primitive Holzbaracke, die als Ferien- und Sportlerheim an der Bergstraße entstanden ist und die nun als Störenfried für lange Zeit dort existiert, denn es wird niemand den Mut haben, die Baracke abreißen zu lassen. Uns bleibt nur die Chance, das Objekt durch Anpflanzungen größtmöglich zu verdecken.

Um weitere Bausünden zu vermeiden, haben wir dem Rat der Stadt Oberwiesenthal unsere Hilfe angeboten, bei künftigen Bauten beratend mitzuwirken. Zu diesem Zweck fand diese Vorstandssitzung auf dem Fichtelberg statt. Angefüllt mit guten Vorsätzen verließen wir nach der angeregten Aussprache das Berghaus und wurden plötzlich auf ein ganz unscheinbares Häufchen Mauersteine, das man in der Nähe abgelagert hatte, aufmerksam. Weniges Hin- und Herfragen ergab: Hier soll eine Trafostation auf dem Plateau unseres höchsten Berges inmitten einer zauberhaften Landschaft entstehen. Als künftige Besucher des Fichtelberges würden Sie nach mühevollem Aufstieg von einer selbstgefälligen Trafostation, sozusagen als Dominant unseres höchsten Berges, empfangen worden sein.

Verehrte Kollegen, das war eine Entwicklung, die man nicht länger dem Selbstlauf überlassen konnte. Letzten Endes geht es uns hier genauso wie dem eingangs erwähnten Klangkörper. Diese einzelnen Mißtöne würden auch auf uns und auf die gesamte Architektenschaft zurückfallen. Das können wir aber als Bund Deutscher Architekten nicht zulassen.

Wir haben uns deshalb eingeschaltet und unsere Einwände dem Investträger dargelegt. Es war ein heftiger Proteststurm, der uns darauf entgegenwehte wie z. B.:

„... eine Veränderung gehe nicht, das Projekt wäre dringend, das Stromnetz sei überlastet, es bestehe akute Brandgefahr, außerdem stehe der Winter vor der Tür und man könne das Projekt nicht mehr verwirklichen; keiner könne die Verantwortung für einen Aufschub übernehmen ..." Es schien unmöglich, den Fehler zu korrigieren. Unglücklicherweise lagen Projektunterlagen vor, die alle Siegel und Unterschriften trugen, die man sich denken kann. Nach diesem Schreck haben wir trotzdem versucht, das Unheil abzuwenden, und ich möchte sagen, nach mühevoller Kleinarbeit haben wir Argument auf Argument zerschlagen und widerlegt. Am Schluß blieb die überraschende Feststellung, daß sich keine der beteiligten Stellen mehr mit dem vorher bestätigten Standort identisch erklären wollte. Alle kamen plötzlich mit der Meinung heraus: „Ich habe das von vornherein gedacht, daß das nicht gut ist."

Ergebnis war, daß auf unseren Vorschlag hin die Trafostation auf 30 m verlegt und als Anbau an ein bestehendes Nebengebäude errichtet wurde. Ich bin sicher, wenn Sie einmal den Fichtelberg besuchen, werden Sie kaum eine störende Trafostation finden, weil sie sich standortmäßig dem Besucher nicht mehr aufdrängt.

Das ist so ein ganz einfaches Beispiel, wodurch wir zu guter Zusammenarbeit und einem Kontakt mit unseren örtlichen Organen gekommen sind. Allerdings ahnten wir nach glücklichem Abschluß dieser Standortverlegung nicht, daß schon nach wenigen Monaten an gleicher Stelle neue Mißtöne anklingen sollten. Die Bergstation der Fichtelbergschwebebahn mußte umgebaut und erweitert werden. Auch hier lag bereits ein bestätigtes Projekt vor. Nur durch Zufall erhielten wir Kenntnis von der bevorstehenden Baumaßnahme. Dieses Projekt gehörte unter dem Sammelbegriff „Budenpest", d. h., man hat an die vorhandene Bergstation einzelne Buden mit verschiedener Anbautiefe und Dachneigung angebaut, ohne eine architektonische Gesamtlösung anzustreben und noch viel weniger zu erreichen.

Bedenken Sie bitte, daß so ein exponiertes Bauwerk mit Vorliebe fotografiert wird. Als Foto oder Ansichtskarte gelangt es in alle Welt hinaus und kündet — man muß es schon aussprechen — von unserem Unvermögen. Das darf nicht sein. Auch hier haben wir Einspruch erhoben. Die Neuprojektierung ist im Gange, und leider steht dafür nur eine sehr kurze Bearbeitungszeit zur Verfügung.

Warum schildere ich Ihnen diese Beispiele?

Ich glaube, sie unterstreichen die richtungweisenden Ausführungen unseres Präsidenten im letzten Teil des Hauptreferates und zeigen auf, wie wir arbeiten sollten. Denn, verehrte Kollegen, wie oft haben wir in den vergangenen Jahren darüber gesprochen, wie wir unserem Bund zu größerer Anerkennung verhelfen können, und wie sehr haben wir uns dieses Ansehen immer gewünscht. Im Arbeitsgebiet der Bezirksgruppe Karl-Marx-Stadt ist uns durch diese praktische Arbeit so etwas wie Anerkennung zuteil geworden. Jedenfalls weiß in den speziellen Arbeitsgebieten jeder, daß es den Bund Deutscher Architekten gibt und daß es gut ist, seinen Rat zu hören. — Ich danke Ihnen.

Dipl.-Ing. Lazarus, Hoyerswerda

Herr Professor H o p p hat in seinem Referat sehr wichtige Probleme unserer Arbeit an Beispielen der Industrialisierung und des Aufbaues der Stadtzentren angesprochen, und ich möchte am Einzelbeispiel Hoyerswerda zeigen, wie wir versuchen, diese Probleme beim Aufbau der 2. sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda zu lösen. Im Referat wurde dargelegt, daß der Aufbau unserer Städte so geschehen müßte, daß sie ein überzeugendes Abbild der neuen Beziehungen der Menschen zueinander sind, daß sie den Menschen ein gesundes Arbeiten, ein bequemes Wohnen und ein kulturvolles Leben ermöglichen, und er hat vor allen Dingen betont, daß diese Städte zugleich aktiv auf die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins einwirken werden.

In Hoyerswerda erleben wir täglich, daß diese aktive gesellschaftliche Rolle unserer neuen Städte nur dann spürbar werden kann, wenn es uns gelingt, die Außenanlagen, die gesellschaftlichen Bauten und alle sonstigen Folgeeinrichtungen gemeinsam mit den Wohnkomplexen zu errichten. Es müssen die materiellen Voraussetzungen für ein Wohngebiet geschaffen werden, damit das neue gesellschaftliche Leben sich entfalten kann. In erster Linie ist es Sache des Architekten, den Bauablauf so zu organisieren, daß Bauten von Wohnungen und Folgeeinrichtungen gemeinsam durchgeführt werden können. Aber es gibt auch schon genügend Beispiele, daß die Einwohner selbst praktisch eingreifen

und mit Rat und Tat beim Aufbau unserer Wohngruppen helfen.

Herr Professor Hopp sagte weiter, die Architekten müssen es verstehen und es als ihre Aufgabe betrachten, gemeinsam mit den Auftraggebern die Ausgangsposition für diese Aufgabe richtig zu durchdenken. Das war am Beispiel der Gestaltung des Zentralen Platzes in Berlin gesagt worden, aber es trifft auch für eine Mittelstadt wie Hoyerswerda zu. Ich möchte sagen, daß gerade diese Frage, die gemeinsame Ausgangsposition zu erarbeiten, für die Gestaltung der Stadt, für die Mitarbeit der Bevölkerung und für den Aufbau der gesellschaftlichen Einrichtungen von besonderer Bedeutung ist.

Die Aufgabenstellung für eine neue Stadt und für die mittelbaren und unmittelbaren Folgeeinrichtungen im richtigen Verhältnis zueinander zu sehen, die Finanzmittel, den zeitlichen Bauablauf und die technischen Möglichkeiten entsprechend aufeinander abzustimmen, sind die wesentlichen Voraussetzungen beim Aufbau unserer Städte. Diese Aufgabenstellung ist detailliert zu bearbeiten, wobei für Schulen, Kindergärten, usw. genügend Erfahrungen vorliegen, um diese Vorarbeiten durchzuführen. Schwierig wird es aber, wenn es sich um größere Objekte handelt, bei denen noch nicht genügend Erfahrungen gesammelt werden konnten. Ich denke hier vor allem an das Kulturzentrum für die Wohnstadt Hoyerswerda. Wir haben dieses Haus der Kultur mit Theater, Gaststätte, Klubräumen, usw. als Vorplanung in gemeinsamer Arbeit mit Funktionären des Bezirkes, der Kreise, zentraler Organisationen und der örtlichen Volksvertreter fertiggestellt. Die Aufgabenstellung wurde gemeinsam erarbeitet, muß aber noch von den zuständigen Organen bestätigt werden, was immer wieder auf erhebliche Schwierigkeiten stößt und schon Monate dauert. Noch schwieriger ist es, die Technologie einer Großbäckerei mit einer Kapazität für 35 000 Einwohner oder die Technologie eines Lagerkombinates für Textilien und Möbel zu erhalten.

Die Deutsche Investbank hat es uns untersagt, Aufgabenstellungen zu erarbeiten, da der Planträger allein hierfür verantwortlich ist.

Wir sind allerdings der Meinung, daß die Aufgabenstellung gemeinsam zwischen Planträger und Architekt geklärt werden muß. Es übersteigt jedoch zum Teil unsere Kräfte, da der Auftraggeber selten in der Lage ist, die grundlegenden Angaben zu machen und entsprechende Voraussetzungen für die Aufstellung der Technologie und der dazu erforderlichen ökonomischen Gutachten zu schaffen.

Ein besonderes Problem für Hoyerswerda ist es, Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen, Kinderhorte im rechten Verhältnis zum Kinderreichtum einer jungen sozialistischen Stadt zu errichten. Wir wiesen durch Zählungen und Erhebungen eindeutig nach, daß die im Republikmaßstab errechneten Richtzahlen für Hoyerswerda nicht zutreffen. Wir haben über Kreis und Bezirk an zentrale Stellen Anträge gerichtet, um weitere zusätzliche Einrichtungen für Kinder zu schaffen, damit die Ansprüche der Bevölkerung erfüllt werden.

Das sind einige Probleme, die bei Aufstellung der Ausgangsposition geklärt werden müssen. Die B a u w e i s e ist die zweite entscheidende Voraussetzung, um den Aufbau einer Stadt in allen Teilen planmäßig durchzuführen. Die Wohnbauten in Hoyerswerda werden in Montagebauweise errichtet. Die gesellschaftlichen Bauten wurden bisher in traditioneller Bauweise durchgeführt, was ein wesentlicher Grund dafür war, daß die Wohnungen weit schneller fertiggestellt werden konnten als die erforderlichen Versorgungsanlagen. Wir sind dazu übergegangen, Läden, Garagen, Kinderkrippen ebenfalls aus den für den Wohnungsbau vorhandenen Elementen zu montieren, weil es einfach nicht mehr möglich ist, mit einem so industrialisierten Betrieb wie der Bau-Union Hoyerswerda Läden in traditioneller Bauweise durchzuführen. Wir haben Läden in Plattenbauweise hergestellt, die Elemente mit großen französischen Fenstern als Schaufenster benutzt, und wir sind in diesem Jahr dabei, mehrere solcher Läden herzustellen, um dem dringenden Bedürfnis der Bevölkerung nach Versorgung zu entsprechen.

Wir haben ein Verwaltungsgebäude für das Bau- und Montagekombinat Hoyerswerda in einer Stahlskelett-Montagebauweise projektiert und montiert. Auch das Lichtspieltheater und ebenso der Waschsalon, der sehr von der Bevölkerung gefordert wird, werden in Plattenbauweise errichtet, wobei wir wohlgemerkt nicht etwa neue Elemente verarbeiten, sondern aus den Platten, die beim Wohnungsbau sowieso vorhanden sind, die Gebäude zusammenstellen.

Aber einen Schritt weiter bedeutet die Standardbauweise, die in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Bauakademie in Cottbus, Leipzig, Dresden und auch in Hoyerswerda durchgearbeitet wird. Es handelt sich hier um eine Schule, um ein Krankenhaus mit 600 Betten, eine Lebensmittelverkaufshalle, eine Klubgaststätte, Kindergarten, Kinderkrippe, die in dieser neuentwickelten Stahlbeton-Skelett-Montagebauweise jetzt projektiert werden. Die ersten Ausführungsprojekte werden in diesem Monat fertig, so daß Anfang des 2. Halbjahres mit der Erstellung der M.- u. E-Bauten begonnen werden soll.

Ich möchte hierbei darauf hinweisen, daß eine erhebliche Vorlaufzeit notwendig ist, bevor eine solche industrialisierte Serie aufgelegt werden kann. Wir werden noch eine erhebliche Unifizierung durchführen müssen, die Austauschbarkeit der Elemente soweit als möglich erweitern. Bei guter Vorbereitung im Betonwerk kann Mitte 1963 mit der größeren Auslieferung von Elementen begonnen werden.

Außerdem werden in Hoyerswerda noch ein Warenhaus und ein Handwerkerhof in dieser Standardbauweise erstellt. Bei dem Handwerkerhof handelt es sich um Läden, ein- oder zweigeschossige Bauten für Schuster, Schneider, usw. Wir haben in diesen kurzen Ausführungen den Beweis erbracht, daß die Standardbauweise wirklich für eine sehr weitgehende Anzahl von gesellschaftlichen Bauten als Grundlage dienen kann, wenn es auch zweifellos noch notwendig sein wird, eine Unifizierung in den einzelnen Elementen durchzuführen.

Aber nicht nur Projektierung und Abstimmung mit den Behörden ist als Aufbaustab unsere Aufgabe, sondern wir haben als Investträger die Vorbereitung der Baumaßnahmen und als Investbauleitung die Durchführung der Bauten zu übernehmen. Wir haben in diesem Jahr mit dem Kreis Hoyerswerda als Planträger ein gemeinsames Dokument geschaffen, einen Maßnahmeplan aufgestellt, wie wir die große Anzahl von Folgeeinrichtungen, gesellschaftlichen Bauten, die in Hoyerswerda unbedingt erstellt werden müssen, durchführen können. Ich halte für notwendig, dies zu erläutern, weil die Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen, mit der Bevölkerung für uns Architekten besonders wichtig ist. Das spürten wir schon, als wir diese Zusammenarbeit begonnen haben, als diese Dokumente im Rat des Kreises beschlossen wurden. Es sind für einzelne wichtige Bauten Paten ernannt worden, Ratsmitglieder, die in gemeinsamen Aussprachen mit uns, mit den Architekten, Projektanten, auf der Baustelle mit der Brigade, die die Bauten ausführt, Abmachungen treffen, Schwierigkeiten beseitigen, usw.

Die Zusammenarbeit mit dem Baubetrieb und mit der Bevölkerung muß bei der Aufgabenstellung beginnen.

Wir haben in gemeinsamen Einwohnerversammlungen die Aufgaben für das Jahr 1961 besprochen. Wir haben dann die Entwürfe im Entwurfsrat behandelt und hierzu Kollegen vom Baubetrieb, von den ständigen Kommissionen usw. eingeladen. Ich muß sagen, daß diese Aussprachen, die alle 14 Tage stattfinden, langsam immer stärker ein wesentlicher Hebel zur Verbesserung unserer Arbeit werden. Wenn auch etwas zaghaft, aber jetzt nimmt die Bevölkerung, nehmen die Kollegen vom Baubetrieb und den staatlichen Organen immer stärkeren Anteil an unseren Aufgaben, geben uns Ratschläge, und wir glauben auch, eine wesentliche ökonomische Verbesserung unserer Arbeit damit durchführen zu können.

Ferner haben wir gemeinsame Produktionsberatungen mit den staatlichen Organen und dem Baubetrieb und Investberatungen zur Verbesserung der Arbeit der Investbauleitung. Wir führen quartalsmäßig einen technisch-ökonomischen Rat durch mit dem Bezirksbauamt und führenden Vertretern der staatlichen Organe, um die richtungweisenden Aufgaben festzulegen. Wir sind in Arbeitsgemeinschaften mit dem Baubetrieb eng verbunden, z. B. Arbeitsgemeinschaft Nachfolgeeinrichtung, Arbeitsgemeinschaft Tiefbau, Arbeitsgemeinschaft Wohnungsbau, Plattenbauweise.

Ich muß sagen, die Befürchtung, daß Architekten nicht mit vollen Segeln an der Industrialisierung mitarbeiten möchten oder glauben, die individuelle Gestaltungskraft könnte dabei unterdrückt werden, trifft nicht zu. Im Gegenteil! Auch an einer Entwicklung des Qx-Types 5 Mp, der im III. und IV. Quartal im Rohbau fertiggestellt werden soll, und eines weiteren Projektes zur Taktbauweise im Tiefbau ist mit großer Begeisterung gearbeitet worden. Vor allem wird uns Architekten aber auch bei der Projektierung von industrialisierten Bauweisen, wozu in hohem Maße die gemeinsame Arbeit mit der Bau-Union und dem Betonwerk gehört, wieder bewußt, daß Entwurf und Ausführung, Gestaltung und Konstruktion, Material und Form eine Einheit bilden.

Dipl.-Ing. Kind, Plauen

Hohes Präsidium!

Meine sehr geehrten Anwesenden!

In der Pause haben mir Gespräche ganz eindeutig gezeigt, daß viele Kollegen — auch ich selbst — hier eine besondere Zuversicht gewonnen haben, weil im Referat des Herrn Präsidenten und auch in den vielen Diskussionsbeiträgen nicht nur das Fachgespräch über Theorie und Ästhetik dominierte (wie wir es von früheren Konferenzen her gewohnt waren), sondern wie ein roter Faden zog sich durch unser Gespräch zum ersten Mal der Begriff Mensch im Zusammenhang mit unserer Arbeit.

Das, was Kollege Schuster vorhin in seinem Diskussionsbeitrag aufzeigte, umreißt umfassend dieses gesamte Problem mit all seinen Folgerungen und Notwendigkeiten. Darf ich die Ausführungen des Kollegen Schuster — ich möchte Sie nicht allzu lange aufhalten — noch um einen Gedanken erweitern:

Ist es nicht unsere Aufgabe mit, ich möchte sagen, unsere vorrangige Aufgabe mit, daß wir als Architekten — auch als Bund und Fachorganisation — uns um das Alltagsgesicht unserer Städte und Dörfer kümmern. Wer möchte wohl bezweifeln, daß neben unseren vielseitigen Leistungen unseres großen Aufbauwerkes es das Alltagsgesicht unserer Städte und Dörfer im wesentlichen Umfang mit ist, das aller Welt berichtet von der Einstellung unserer Menschen zu unserem neuen Leben und von unserem Vermögen, die zu lösende Aufgabe zu meistern. Das Alltagsgesicht unserer Städte und Dörfer aber wird mit zum Bekenntnis zu unserer sozialistischen Gemeinschaft, denn wie ein Volk Neues baut und Bestehendes erhält, daran erkennt man sein Leben, seine Arbeit, seine Gesinnung und seine Gesittung.

Im Referat des Herrn Präsidenten wurde ganz klar gesagt, daß in unserer Republik der arbeitende Mensch, die Arbeiterklasse Bauherr und Auftraggeber zugleich geworden ist. Bauherr — Auftraggeber, wie es einen solchen in unserer Heimat absolut noch nicht gegeben hat.

Was aber — so muß die Frage wohl heute gestellt werden — haben wir, hat der Bund von der fachlichen Seite her bisher getan, um diesen neuen Bauherrn unserer Gegenwart für seine große Bauherrenaufgabe aufzubereiten? Was haben wir — und das ist wichtig, daß die Frage gestellt wird — getan, um als Architekt, um als Spezialist, um als Fachmann, um als Gestalter dem uns gegebenen gesellschaftlichen Erziehungsauftrag gerecht zu werden?

Und weil heute an diesem Tage solche Gedanken, solch wichtige Fragen laut werden, deshalb diese verständliche Zuversicht, deshalb sind wir so froh, weil nun erstmalig an einem Bundeskongreß solche Fragen auf die Tagesordnung kommen, ja ich möchte sagen, zur Tagesfrage werden. Wir wissen doch alle, daß es noch viele Falten und Runzeln im Alltagsgesicht unserer Städte und Dörfer und auch unserer Landschaft zu glätten gibt. Wer aber wäre nicht der Meinung, daß gerade das Alltagsgesicht es ist, das so stark von uns zu berichten vermag, von unserem Tun und von unserem Sein? Gäbe es wohl eine bessere Sichtwerbung, eine bessere Propagierung unseres gesellschaftlichen Seins als eben durch ein sauberes, durch ein heiteres und durch ein gepflegtes Bild unserer Städte und Dörfer? Und das wird dann zeigen, wie uns als große menschliche Gemeinschaft unsere Zeit erfüllt. Hier mit aufzubereiten, unseren Auftrag mit zu erfüllen, Menschen zu gewinnen für unsere große Sache, das ist unsere Aufgabe und das ist des Bundes Aufgabe, weil wir genau wissen, daß Gestaltungsfragen und Baufragen Fragen von hoher politischer Aktualität sind.

Wir haben in unserer Bezirksgruppe Karl-Marx-Stadt schon vor Jahresfrist über diese Dinge gesprochen. Wir wissen, daß in anderen Kreisen und Bezirksgruppen diese Fragen ebenfalls aufgeworfen wurden und viele gute Beispiele zu nennen sind. Wir haben unseren Mitgliedern vor allem von der Betriebsgruppe aus über die Kreis- und Bezirksgruppe konkrete Aufgaben gegeben. Wir haben unsere Fachleute den Gemeinderäten, den Stadträten, den Kreisräten, den Wohnbezirken als Baugestalter und Bauberater zur Verfügung gestellt. Die Überlegungen unserer Kreisplaner, der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung, unserer Stadtarchitekten usw. müssen durch diese Wohnbezirksbauberater (oder wie wir sie auch nennen mögen) der Bevölkerung so nahegebracht werden, daß in deren Vorstellung die Heimatstadt als lebendiges Ganzes besteht und ihr Beitrag, diese umzugestalten, dabei fest umrissen wird.

Und was kommt bei solcher Arbeit noch heraus? Nicht nur, daß wir unsere Menschen ansprechen, sie informieren und gewinnen, darüber hinaus hat sich in vielen Fällen, wie die Praxis zeigt, zwischen den Parteileitungen in den Kreisen, zwischen den Vertretern des Staats-

apparates und unseren BDA-Mitgliedern, die hier mitwirken, durch lange und andauernde Zusammenarbeit — genau wie es Kollege Schuster vorhin sagte — eine wirkliche Werkgemeinschaft, eine kollektive Zusammenarbeit bester sozialistischer Prägung entwickelt, die über die jeweilige Aufgabe hinaus zu menschlichen und freundschaftlichen Bindungen führte. Wahre und echte Gesinnungsgemeinschaften sind dabei entstanden.

Wir haben uns in unserem Wirkungsbereich um unsere Schwerpunkte Staatsbad Elster, Staatsbad Brambach besonders gekümmert, haben überall mit dort zugegriffen, wo es nur irgendwie notwendig wurde. Diese Beispiele sind bereits bekannt geworden. In Oberwiesenthal hat unsere Kreisgruppe Aue auf einer ganz konkreten vertraglichen Basis mit dem Stadtrat, mit dem Bürgermeister diese gestalterischen Fragen ebenso im Sinne unserer sozialistischen Gesellschaftsform in Zusammenarbeit mit dem Bezirksbauamt und der BDA-Bezirksgruppe gelöst. Eine Menge Beispiele erfreulicher Art, aber auch Beispiele harter Auseinandersetzungen zeugen hier am höchsten Wintersportplatz der Republik vom Erfolg dieser gesellschaftlichen Arbeit in des Wortes tiefster Bedeutung.

Auf gleicher Ebene liegt das riesige Vorhaben der Talsperre Pöhl, das so unendlich weit in die vogtländische Landschaft hineingreift. Wir stellten fest, daß mit dem Projekt der Sperrmauer von Staats wegen der Plan endgültig fixiert war, und niemand dachte daran, daß in Zukunft in eine solch vorzügliche Erholungslandschaft an Sonntagen und zum Wochenende wohl etwa 30 000 oder 40 000 Menschen kommen mögen, die zu versorgen und zu betreuen sind, kurz, für die Folgeinvestitionen erforderlich werden. Der bestehende Plan gab hierüber keine Antwort. Hier haben sich nun die Kollegen der Kreisgruppe Plauen des BDA eingeschaltet, um zu klären und voranzutreiben, um die Grundlage für die Verwirklichung und die Gestaltung eines umfassenden Erholungsgebietes zu schaffen. Sie sind heute noch dabei, diese Fragen in einer wirklichen sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu lösen.

Ich möchte nicht weiter aufzeigen und keine weiteren Beispiele nennen, es möge genügen. Wir erwarten vom heutigen Bundeskongreß, daß der Bund nun — so wie es heute zur Sprache gekommen ist — seine gesellschaftliche Aufgabe ernster nimmt als bisher, daß er sie erfüllen möge zum Wohle unserer großen Gemeinschaft. Kollege Schuster sprach von den Wechselbeziehungen zu den Abgeordneten. Ich möchte die Frage stellen: Können wir denn nicht selbst Abgeordnete sein, um an der Basis des Geschehens persönlich als Fachmann, als Spezialist bereits von Anbeginn an zur Hand zu sein und mitzuwirken, wenn es um die Dinge unserer Heimatgestaltung geht? Abgeordnete unserer Volksvertretungen wurden z. B. vom Deutschen Kulturbund von jeher aufgestellt und delegiert. Warum sollte dies auch nicht vom BDA aus geschehen? Und deshalb muß es meines Erachtens eine Selbstverständlichkeit bedeuten, daß wir — schon vom Politischen her gesehen — eben eine anerkannte Fachorganisation werden.

Ich kann mir vorstellen, daß von solch einer Versammlung, wie die heutige hier, in vielfach aufgezeigter Hinsicht eine geistige Initiative ausgeht, die ausstrahlt, die zu einer umfassenden Bewegung des gesamten Bundes und seiner Mitglieder zu werden vermag. Möchte eine solche große geistige Initiative zum Quell neuer Kräfte unseres Bundes werden. Immer wieder heißt es, Menschen gewinnen — Menschen für unsere Sache aufbereiten. Gelingt das uns besser als vorher, unsere Menschen an die Gestaltungsfragen unserer Gegenwart heranzuführen, sie daran Anteil nehmen zu lassen, ihnen vom Gestalterischen her Grundsätzliches aufzuzeigen, damit sie mitgehen, mittun und mitvorschlagen können, dann haben wir Bauleute unseren Erziehungsauftrag erfüllt.

Solches möchte unsere Aufgabe sein. Und dann wird das, was wir schaffen, was wir wollen, nämlich unsere Gegenwart und damit unser Leben gestalten, eine Angelegenheit nicht nur des Stadtbaumeisters, nicht nur des Architekten, sondern es wird eine Angelegenheit unserer ganzen großen Gemeinschaft, in der wir leben.

Professor Henselmann, Berlin

Im Juni 1960 fand die Allunionskonferenz in Moskau statt, die sich mit dem Aufbau von Städten im Kommunismus beschäftigte. Einen Monat später trafen sich in der Lomonossow-Universität in Moskau 1100 Wissenschaftler und Ingenieure aus 27 Ländern auf einem Kongreß, der sich mit allen Problemen der Kybernetik, der Automation, beschäftigte.

Zwei verschiedene Kongresse, zwei verschiedene Themen, zwei verschiedene Kategorien von Fachleuten — und doch ein Zusammenhang aus verschiedener Perspektive.

Beide Kongresse dienten der friedlichen Entwicklung der Menschheit, beide eröffneten herrliche Aussichten in eine glückliche Zukunft — beide wurden durch die Möglichkeit überschattet, daß die Automation der Zerstörung dient und Städte mit ihrer Hilfe radikal zerstört werden können.

Wird die Menschheit auf ihrem Wege in die nächste Zukunft Wüsten in Paradiese oder wird sie Paradiese in Wüsten verwandeln? — das ist die Schicksalsfrage unserer Generation.

Ohne den „Eniac" — einen Rechenautomaten, der es auf 250 Multiplikationen zehnstelliger Zahlen in einer Sekunde brachte — hätte es die amerikanische Atombombe auf Hiroshima nicht gegeben, und ohne die sowjetische Rechenmaschine, die BESM — die es auf 8000 Multiplikationen zehnstelliger Zahlen in der Sekunde bringt — hätte es keine Rakete zur Venus gegeben, könnte aber auch das größte Kraftwerk der Welt — das Kubyschewer Wasserkraftwerk — nicht durch Fernsteuerung bedient werden.

In diese große Frage, welchen Weg die Menschheit in allernächster Zukunft gehen wird, ist natürlich auch der Städtebau, ist natürlich auch die Architektur eingebunden. Deshalb können wir die Fragen unseres Berufes nicht aus dem Zusammenhang mit dieser Hauptfrage herauslösen. Wir wissen, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens immer mehr Menschen in allen Völkern ergreift, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus in dem Maße einen weltweiten Charakter annimmt, wie der Sozialismus zu einem weltweiten System geworden ist.

In unserem Beruf, der sowohl die Erfüllung materieller wie geistiger Bedürfnisse zum Ziele hat, spiegelt sich diese Auseinandersetzung natürlich in beiden Ebenen unserer Arbeit wider; auf der materiellen Ebene in dem energischen Bemühen der sozialistischen Architekten, den Lebensstandard der Bevölkerung durch den schnellen Aufbau von Wohnungen, Industrieanlagen, landwirtschaftlichen Bauten und gesellschaftlichen Einrichtungen zu heben — auf der geistigen Ebene, die Menschen für den Fortschritt, für den Kampf um den Frieden, für den Sozialismus zu gewinnen.

Aber natürlich ist es nicht etwa so, daß im sozialistischen Lager die Städtebauer und Architekten an der Seite der Völker diesen Kampf führen, während im Kapitalismus die Städtebauer und Architekten nichts anderes tun, als ihre Fähigkeiten in den Dienst der Gegenseite zu stellen. Gerade die zunehmende Aktivität der Volksmassen in den kapitalistischen Ländern für die Erhaltung des Friedens und für soziale Gerechtigkeit verschärft die Auseinandersetzungen im kapitalistischen Lager auch auf der ideologischen Ebene und auch auf dem Gebiet der städtebaulichen und architektonischen Theorie und Praxis.

So richtig es ist, immer von der Grundsatzposition —, und das kann für den Sozialisten nur heißen, von der Klassenposition — auszugehen, so falsch wäre es, die Dinge zu versimpeln, zu vergröbern, sie undialektisch aufzufassen. Je weiträumiger diese Auseinandersetzungen werden, desto komplizierter werden sie auch und desto gründlicher müssen wir alle Erscheinungen — auch die unseres Berufes — studieren.

Natürlich gehen wir als sozialistische Architekten von der Existenz zweier Systeme in der Welt, von der Existenz zweier deutscher Staaten aus. Natürlich ist die Aufgabenstellung für die deutschen Städtebauer und Architekten in einem Staate der Arbeiter und Bauern grundverschieden von der in einem Staate, der von den Monopolen, den klerikalen Kreisen und von den alten Militaristen beherrscht wird.

Natürlich kann ein Architekt im kapitalistischen Lager keine sozialistischen Bauten errichten.

Aber unbeschadet dieser grundsätzlich verschiedenen Aufgabenstellung gibt es auch im Kapitalismus eine große Anzahl von Architekten — und dazu gehören die bedeutendsten —, die für den Frieden, für den Humanismus eintreten und sich gegen die Vorbereitung von Kriegen wenden.

Unsere Aufgabe ist es, diese bürgerlich-humanistischen Kräfte in ihrem Kampf zu unterstützen.

Betrachtet man die westlichen Architektur-Zeitschriften, dann stellt man fest, daß — von den USA ausgehend — ein regelrechter Zusammenbruch fast sämtlicher Theorien derjenigen Architektenbewegung im Gange ist, die wir als „moderne Architektur" zu bezeichnen uns angewöhnt haben, seitdem im Jahre 1896 Otto Wagner in Wien diesen Begriff als Buchtitel verwendete.

Dieser Gegenangriff wurde zuerst geführt von den amerikanischen Architekten Yamasaki, Johnson und anderen.

Helles Entsetzen erregte es jedoch, als selbst Saarinen, der aus der Schule Mies van der Rohes kam, in dieses Lager überschwenkte und ihm nun auch noch der alte Gropius folgte, der mit seinem Entwurf für die Universität in Bagdad bleichen Schrecken unter seinen Anhängern verbreitete.

Besonders die westdeutschen Fachzeitschriften reagieren sehr viel nervöser als die anderer Länder. In „Bauen und Wohnen" schreibt die Redaktion besorgt:

„Wenn auch gewisse bedenkliche Erscheinungen in Europa noch nicht aufgetreten sind, so ist doch mit einiger Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß uns in nächster Zukunft eine neue eklektizistische Welle — aus den USA — erreichen wird. Manche Symptome sprechen dafür."

Die Redaktion der Zeitschrift „Baukunst und Werkform" zählt besorgt alle Abweichler auf von Gropius über Niemeyer bis zu Candela. Sie fragt, ob vielleicht in der Industrialisierung des Bauwesens eine neue Hoffnung für die Architekten läge, wieder Grund unter die Füße zu bekommen.

„Nun endlich haben wir also auch in der Architektur ‚die Mitte' verloren", meint sie und stellt weiter fest: „Wie kaum anders zu erwarten, beginnen wir Deutschen bereits zu den Waffen zu greifen, um diese Fragen ein für allemal zu erledigen. Entweder — oder!"

Die „Bauwelt" wird gleich ganz böse und benennt angesichts Saarinens Entwurf für die Amerikanische Botschaft in London Moskau als Paten für den amerikanischen Architekten. Sie meint, daß in diesem Amerika die Architekten sich nach den Forderungen des Tages richten. Sie schlägt deshalb vor, solche Leute in Anlehnung an den Begriff des Journalisten „Journatekten" zu nennen. — In der Hitze des Gefechtes ist allerdings der Redaktion entgangen, daß sie selbst aus Journalisten besteht.

Worin sehen nun eigentlich die Architekten in Westdeutschland die Ursache für diese Schwenkung?

Kollege Jürgen Joedicke, Dozent an der Technischen Hochschule Stuttgart, versucht eine Antwort auf diese Frage in einem längeren Aufsatz zu finden und stellt fest:

„Wir stehen heute vor einer tiefgreifenden Krise der modernen Architektur. In den USA wird bereits das Ende der modernen Architektur prophezeit."

Als Ursache nennt er

1. die Sucht nach Neuheiten um jeden Preis; an die Stelle der Freiheit sei die Willkür getreten.
2. Die Zweifel an der Gegenwart richten den Blick mehr und mehr in die Vergangenheit und auch auf ihre Stilformen.

Anders argumentiert der Kollege Fueg aus der Schweiz. Er meint, daß die Neutralisierung der Zwecke — z. B. bei Verwaltungsgebäuden, die einmal diesem und einmal jenem Bauherrn, einmal dieser und einmal jener Funktion dienen — die Architekturauffassung „wertfrei" gemacht habe und sich nur noch nach formalen, aber nicht nach inhaltlichen Gesichtspunkten unterscheide. Er macht für die moderne Architekturbewegung den Materialismus des 19. Jahrhunderts verantwortlich ...

„Solange der Architekt" — so sagt er — „sich über den rationell erfaßbaren Rest seiner Aufgabe hinaus nicht klar ist, z. B. nicht das legitime Repräsentationsbedürfnis einer Bank gestalten könne, wird in der Baukunst ein ungehinderter Subjektivismus wirksam bleiben."

Er meint, daß ein Teil der Architekten sein Ziel verfehlt hat, indem ihre Schöpfungen nur der Ratio unterworfen wurden, und daß ein anderer Teil der Architekten sich das Recht zum Ungebundenen abgeleitet habe, weil diese Architekten mit der Vernunft nicht zum Ziele kommen. Das Heil sieht er darin, die Architektur aus den Zusammenhängen großer menschlicher Gemeinschaften zu gestalten.

Es ist vielleicht interessant, die sehr radikale Kritik eines Amerikaners besonders an der westeuropäischen Architektur zu betrachten. In „Architecture d'aujourd' hui" äußert sich Thomas Creighton, der Direktor der amerikanischen Zeitschrift „Progessive Architektur", geradezu vernichtend und mit brutaler Offenheit. Er habe Westeuropa im August 1960 bereist und so ziemlich alles gesehen, was gebaut wurde. Er lobt Rotterdam, Le Havre, einige Dinge in Dänemark — besonders Arne Jacobsen —, in Schweden und Italien — besonders Nervi —, die Bibliothek von Düttmann auf der Interbau in Berlin — aber dann geht es los. Er stellt schlicht fest, daß nur wenige Bauten Achtung verdienen, daß die Amerikaner viel von den europäischen Architekten in der Vergangenheit gelernt hätten, daß aber der Aufbau der europäischen Städte nach dem Kriege ein einziges gigantisches Versagen wäre. Als Ursachen nennt er Unsicherheit, Modernismus, schlech-

tes Kopieren neuzeitlicher amerikanischer Architektur, falsch verstandenen Urbanismus, keine Überzeugung, kein Talent. Die Scheinarchitektur nähme phantastische Formen an, das Durcheinander in den Zielen und der Tiefstand der Projektierung der Architekten sei ein weltumfassendes Phänomen. Er wirft den Architekten oberflächliche Konstruktionen in der industriellen Bauweise vor, so daß eine Reihe von Gebäuden jetzt schon zerfallen; er wirft ihnen das Versagen gegenüber solchen Bedürfnissen wie des Autoverkehrs vor und schließlich, daß sie die ökonomische Struktur der Städte völlig unberücksichtigt ließen. Ob die Handelsstadt Le Havre, ob der Kurort Nizza — alle Städte seien gleich projektiert, überall die gleichen Stadtpläne mit grünen und roten Punkten, die Industrie- und Wohnbezirke darstellen mit einer Oper, in die man alle Materialien hineinstopft, deren man habhaft werden kann, mit modernistischen Kirchen und schließlich einem Platz, von dem niemand weiß, wozu er da sei.

Roth und Moser in Zürich hätten sich traurig entschuldigt für das, was sie machen.

Scharoun, der Held einer Gruppe von jungen Organikern unter den Architekten, beende im Augenblick eines der am schlechtesten und wirrsten Gebäude, das ich jemals gesehen habe — sagt er und meint wohl die Philharmonie in Westberlin.

Eine Wohnsiedlung in Charlottenburg, von einem Schüler Scharouns gebaut, sei deprimierend. — Gemeint ist wahrscheinlich die allerdings ziemlich verfehlte Erweiterung von Siemensstadt.

Er schließt damit, daß es in Europa keine begabten Architekten mehr gäbe.

Zu dieser Kritik ist natürlich einiges zu sagen. Zunächst das eine, daß selbst ein glühender Verehrer Amerikas es wohl kaum fertigbringen würde, die Leistungen der amerikanischen Architekten als glänzend zu bezeichnen, wenn man die scharfen Maßstäbe Craightons anwendet.

Die Behauptung jedoch, daß es keine begabten Architekten in Europa gäbe, kommt mir vor, als wollte man die Hinterhöfe in den Großstädten auf den Mangel an begabten Architekten zurückführen. So ist es eben nicht. Die Krise der modernen Architektur ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Ausdruck für die Krise der kapitalistischen Gesellschaft.

Ich habe bereits auf der Theoretischen Konferenz der DBA darauf hingewiesen, daß — überspitzt ausgedrückt — der sowjetische Sputnik einen allgemeinen Vertrauenszusammenbruch in den amerikanischen „Way of life“ bewirkt hat. Kollege Joedike kommt der Wahrheit schon sehr nahe, wenn er feststellt, daß die Enttäuschung an der Gegenwart gewisse Kreise in der westlichen Welt in die Vergangenheit blicken ließe. Yamasaki gibt als Erklärung für seine Architekturauffassung an, daß die Architekturgeschichte wieder studiert werden müsse, weil es der modernen Architektur an emotionalen Werten fehle, und daß die früheren Kulturen beinahe jedes Problem, mit dem wir uns heute auseinandersetzen müssen, irgendwann schon einmal gelöst hätten.

Natürlich ist das ziemlich naiv. Die Architektur kann niemals mehr schaffen als die Gesellschaft, der sie entstammt. Weniger, als die Gesellschaft an Möglichkeiten bietet, werden Architekten oft leisten. Das ist z. B. ein schöpferisches Problem in unserer, der sozialistischen Gesellschaft. Mehr jedoch kann ein Architekt niemals leisten, auch wenn er noch so genial ist. Das ist ein tragischer Konflikt für viele Architekten in der kapitalistischen Gesellschaft. Manche täuschen sich darüber hinweg.

Wenn Prof. Siegel in Stuttgart zum Beispiel ein ausgezeichnetes Buch über die Anwendung moderner technischer Bauweisen in der Architektur schreibt und sich der Hoffnung hingibt, daß er damit dem Formalismus und dem Subjektivismus der Architekten beim Entwerfen entgegenwirken könne, so irrt er. Dem Konkurrenzkampf im Kapitalismus ist das Übertrumpfen des einen durch den anderen Architekten wesenseigen, das kann man durch ein Buch nicht ändern.

Wenn der zweifellos sehr begabte Egon Eiermann die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche in Westberlin baut, kann keine künstlerische Lösung von Rang entstehen, denn die Zeiten, wo große fortschrittliche Ideen in religiöser Einkleidung baukünstlerisch gestaltet werden konnten, sind vorüber.

Viele progressive bürgerliche Architekten sehen natürlich diesen Konflikt. Wenn Otto Senn in Basel den Verlust der zwischenmenschlichen Beziehungen als Ursache für das Versagen der Architektur angibt, leistete er natürlich Kritik an der Gesellschaft, in der er zu bauen gezwungen ist. — Wenn Le Corbusier die Großstädte als eine technoide Verhüllung des aus den Fugen geratenen Lebens bezeichnet, so übt er auch Kritik an der Gesellschaft.

Den Weg für die Überwindung dieses Konfliktes können oder wollen jedoch diese Kollegen noch nicht sehen. Der geniale Oscar Niemayer in Brasilien sieht die Dinge bei weitem klarer. In seiner Adresse an die internationale Konferenz von Architekturstudenten in Leningrad sagt er:

„Wenn wir das Leben der Menschen wirklich menschenwürdig gestalten wollen, so ergibt sich zuerst das Problem der Schaffung einer gerechten sozialen Grundlage, welche allein die Durchführung solcher Pläne verbürgen kann, sonst sind solche Pläne nichts als betrügerische Vorspiegelungen, nichts weiter als eine rein intellektuelle Geste, die zu gar nichts führt.“

Nur auf einer solchen Grundlage können ungerechte Lösungen verhindert, kann das Vorwiegen individueller Interessen ausgeschaltet werden. Nur so erreicht die Gemeinschaft — im unpersönlichen und höheren Sinn — ihre Souveränität, indem sie allen die gleichen Möglichkeiten und die gleichen Rechte gibt.

Über seine Schöpfung Brasilia aber schreibt er in einem kürzlich erschienenen Artikel in der französischen Zeitschrift „Nouvelle Democratie“:

„Ich erinnerte mich bei meinen Bauten an den Dogenpalast in Venedig, an die Kathedrale von Chartres, an alle die großen Schöpfungen, deren Schönheit und Kühnheit der Durchführung einen unbeschreiblichen Eindruck verursachen, ohne daß wir uns zunächst der technischen oder funktionellen Gründe erinnern, welche ihre Erbauer interessiert haben könnten. Lediglich ihre plastische Schönheit nimmt uns gefangen wie eine dauernde Botschaft von Schönheit und Poesie.

Mit Trauer haben wir jedoch lernen müssen, daß die sozialen Unterschiede, die nun einmal hier in Brasilien existieren, den Arbeitern, die diese Stadt aufbauten, nicht garantieren, daß ihre Kinder in dem gleichen Niveau entwickelt und erzogen werden wie die Kinder der Nutznießer dieser Gebäude. Das sind Probleme, die nicht auf dem Reißbrett gelöst werden können, ja nicht einmal durch den sogenannten „Sozialen Architekten“, wie das manche naiven Leute von uns erwarten. Soziale Architektur führt zu nichts ohne Veränderung der sozialen Basis. Es bleibt uns nichts weiter übrig, als die progressiven Bewegungen zu unterstützen, die für eine bessere und glücklichere Welt kämpfen.“

Aus solchen Worten eines großen Baukünstlers spricht die ganze Tragik des schöpferischen Menschen, der gezwungen ist, innerhalb der kapitalistischen Welt zu arbeiten.

Es gibt aber auch andere progressive Persönlichkeiten, die sich für den Humanismus und gegen den Krieg aussprechen — so den amerikanischen Architekturkritiker Lewis Mumford, der die Architekturstudenten in Rom aufruft, eine neue „Galileische Rasse" zu schaffen, die sich gegen die Bestrebungen wendet, die ungeheuren Kräfte, die sich der Mensch dienstbar gemacht hat, zur Zerstörung und zur Unterdrückung der sozialen Freiheit zu mißbrauchen. Er ruft sie auf, diese Kräfte dem Leben dienstbar zu machen.

„Politik, Architektur, Technik, Medizin, die nicht das Primat des Lebens anerkennen", so sagt er, „gehören ins Bronzezeitalter der Menschheit, nicht aber in die Gegenwart und nicht in die Zukunft."

Aber natürlich gehört unter kapitalistischen Bedingungen ein großer moralischer Mut, eine ziemliche innere und wahrscheinlich auch äußere Unabhängigkeit dazu, so zu denken oder sich gar zu äußern. Das liegt nicht zuletzt auch in der speziellen Natur unseres Berufes, der diese Abhängigkeit vom Auftraggeber viel mehr voraussetzt als mancher andere künstlerische Beruf.

Interessant ist es nun aber angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes zu sehen, wie sich die reaktionäre Ideologie im Städtebau und in der Architektur äußert. Sie äußert sich darin, die fortschrittlichen Positionen der modernen Architekturbewegung anzugreifen und dem Mystizismus Tür und Tor zu öffnen. Die Erkennbarkeit der Welt wird geleugnet, der Fortschrittgedanke wird mit dem Hinweis, daß die Zivilisation nur Unheil gebracht habe, fallen gelassen, menschliches Tun wird zum Stückwerk erklärt, da letztinstanzlich nur Gott Vollkommenes schaffen könne. Man bekennt offen, daß die Aufgabe, Menschen zu behausen, nur die Angelegenheit einer Elite sein könne.

Wie setzt nun dieser Angriff auf die fortschrittlichen Ausgangspositionen der modernen Architekturbewegung ein?

Bekanntlich ist eine der Ausgangsstellungen dieser Architekturbewegung der Kampf gegen die kapitalistische Großstadt mit ihrer Auflösung der menschlichen Beziehungen gewesen. Gewisse bürgerlich-humanistische Reformgedanken führten zu der Vorstellung von der „Nachbarschaft", um diese Beziehungen zu neuem Leben zu erwecken. Es ist dabei zunächst unerheblich, ob solche Gedanken unter kapitalistischen Lebensbedingungen realisierbar sind oder nicht. Ihr humanistischer Ausgangspunkt steht außer Frage.

Auch auf einer Tagung der Evangelischen Akademie für Städtebau, die im vergangenen Jahr in Berlin stattfand, wurden Angriffe gegen diese Ausgangsposition geführt, und wie das geschieht, das ist interessant. Es wird gesagt, die Stadt werde durch das Marktgeschehen bestimmt. Der Markt als Platz des Kaufens und Verkaufens erzeuge jedoch auch eine bestimmte geistige Haltung. Sie wird als „unvollständige Integration" bezeichnet — auf gut Deutsch als eine stark eingeschränkte, lediglich auf eine oberflächliche Kaufs- und Verkaufsbeziehung reduzierte Kontaktnahme von Menschen untereinander. Hier könne jeder mit jedem sprechen, ganz gleich, welcher Klasse und Schichtung er angehöre. Im übrigen aber wäre man an anderen Menschen desinteressiert. Sobald diese Marktberührung aufhöre, wäre jeder als Individuum wieder unbelästigt vom anderen, und das gerade dieser Wegfall aller Bindungen, mache den Reiz der Stadt, ihre Urbanität aus. Zum Teufel mit allen Nachbarschaften. Sie enden nur in der Schnüffelei, im Klatsch und vernichten — jetzt wörtlich — „die Chance, sich zu verbergen". Das Kollektiv der Siedlergemeinschaft könne dauernd in die intimsten Bereiche eingreifen. Das Ziel müsse sein die Reurbanisierung der Großstadt, wo jeder frei sein könne vom andern, soviel er nur wolle.

Wenn wir unsere Vorstellungen der sozialistischen Lebensbeziehungen zu solchen Gedanken in Vergleich setzen, erkennen wir sofort, welch ein Abgrund uns von dieser Ideologie trennt.

Auf der gleichen Tagung sprach auch ein Pastor. Nichts gegen Pastoren — nur, wenn sie auf Architektentagungen statt in der Kirche sprechen, hört man doch genauer hin, weil es ja interessant ist, was ein Christ in unserer Gegenwart, die so schrecklich durch die Drohung der Atombombe gefährdet ist, zu sagen hat. Nun ja, der Pastor geht über diese kleine Schwierigkeit einfach hinweg, indem er wörtlich meint, „... eine heile Stadt bleibt nur in den Himmeln", wir Architekten könnten nur Fragmente schaffen und müßten auf die totale Verwirklichung unserer Ideen verzichten, weil das in Menschenhand totalitär würde.

Nun, ich glaube, dieses Schlaglicht genügt. Lassen wir also den Pastor stehen, wo er steht, und wenden wir uns unserer Welt, unseren Problemen zu. Bei uns in der sozialistischen Welt finden wir nichts von der Hinnahme von Todesdrohungen — auch nicht der Atombombe als Bestandteil der tragischen Existenz des gegenwärtigen Menschen, wie uns das der Leib- und Magenphilosoph der Bonner Republik, Herr Heidegger, empfiehlt —, nichts von der Angst vor unserem Nebenmenschen, der uns heute Konkurrent und morgen Spitzel sein könnte!

Das ist unser Optimismus, der herrliche Optimismus des sozialistischen Menschen, der die Signale der Befreiung in den Himmel schickt, aber ebenso durch die afrikanischen Wälder trommelt;

das ist der Optimismus der Arbeiterklasse, aber das ist auch der Optimismus der sozialistischen Architekten. Architekt sein, das heißt Optimist von Beruf sein — denn sonst müßte er gleich unter der Erde bauen. Jedoch unser Optimismus ist rot und nicht rosafarben — deshalb laßt uns von unseren Problemen und Schwierigkeiten sprechen.

Diese Probleme sind nicht klein, ja, in gewisser Beziehung sind sie sogar komplizierter als die schöpferischen Probleme eines Architekten, der unter kapitalistischen Bedingungen arbeitet. Diese größere Kompliziertheit ergibt sich daraus, daß wir sozialistischen Architekten in einer dynamischen Gesellschaft leben, die alle Kategorien der Lebensbeziehungen umdenkt und umbaut, in einer Gesellschaft, die durch die ständige stürmische Veränderung und Entwicklung der Produktivkräfte und damit auch aller Lebensbedingungen gekennzeichnet ist.

Unser ernstestes Problem ist, mit diesem Prozeß Schritt zu halten. Das Zentralkomitee der SED hat diesem Kongreß eine Grußadresse geschickt, in welcher es uns Architekten für unsere Arbeit dankt. Das ist ein sehr freundlicher, ein sehr freundschaftlicher Gruß, und — ich glaube, ich spreche im Namen aller Architekten — wir freuen uns darüber und geben diesen Dank zurück. Aber doch soll uns diese Anerkennung nicht hindern, diese eine Frage hier und heute auf diesem Kongreß mit allem Ernst zu stellen:

Haben wir Architekten mit den uns von der Partei und Regierung gestellten Aufgaben Schritt gehalten?

Antworten wir mutig und offen, ohne Blumen: Nein!

Also, sprechen wir von unseren Schwierigkeiten:

Stahl haben wir zuwenig, Zement haben wir zuwenig, Baumaschinen haben wir zuwenig usw. Und da die Bedürfnisse und mit den Bedürfnissen die Aufgaben ständig steigen, wird es für lange Zeit immer irgendetwas zuwenig geben — nur eines nicht: Arbeit werden wir niemals zuwenig haben. Das sind gewisse verfluchte Schwierigkeiten, und ich rede nicht wie ein Blinder

von der Farbe — sie können einem schon graue Haare wachsen lassen.

Doch das ist nicht die Hauptschwierigkeit, die uns bei unserer Arbeit hindert. Die Hauptschwierigkeit sehe ich darin, daß wir alle durch die Bank eine nicht zu verantwortende Handwerkelei betreiben, und das alles angesichts großartiger Aufgaben, die mit den modernsten, hochindustrialisiertesten Methoden gelöst werden müssen.

Die Hauptschwierigkeit liegt nicht auf den Baustellen, die Hauptschwierigkeit liegt hier bei uns im Kopf. Wir denken zu langsam, wir hoppeln oft genug wie asthmatische Postkutschenpferde hinter längst abgefahrenen Zügen her, wir lassen uns stupsen und treiben, statt daß wir stupsen und treiben! Wir setzen uns weder zusammen noch auseinander, aus Sorge, Schwierigkeiten zu kriegen und noch mehr Schwierigkeiten zu schaffen. Ist es denn normal — so sollten wir uns doch einmal ganz offen fragen —, daß wir bei der Entwicklung von Typen stets von der Hand in den Mund leben?

Daß wir die Zentren unserer Städte aufbauen müssen, sollte doch spätestens seit dem V. Parteitag bekannt sein, und daß wir diese Riesenaufgaben nur industriell lösen können auch — also brauchen wir Standards für gesellschaftliche Bauten. Wir aber haben bis heute noch nicht einmal dies klar. Die Zeit für die Ausreifung fehlt uns natürlich — also wird sie „durchgesetzt"; kein Fackeln, keine Kritik! — das hält nur auf.

Ist das denn normal, daß Architekten Programme akzeptieren mit einer festgesetzten Investitionssumme, von der sie vorher wissen, daß sie um 50, um 100 Prozent überschritten wird, daß sie trotzdem das Projekt beenden — der Vertrag ist ja abgeschlossen —, daß sie ihren Auftraggeber in Zeitnot bringen — denn dieses Bauvorhaben ist Bestandteil des Planes — und ihn zwingen, bedeutend mehr Geld auszugeben als er beabsichtigte, ihn zwingen, andere Bauten zurückzulassen?

Ist es denn normal, daß neue Bauweisen bei uns stets kampagnemäßig propagiert werden, meist dann, wenn sie in der Sowjetunion ausgeprobt sind, oder dann, wenn die Partei uns mit der Nase draufgestoßen hat, ohne daß wir selbst einmal anstoßen, ohne daß die Sowjetunion vielleicht einmal von uns Anregungen erhält?

Nein, das ist alles nicht normal und sollte uns veranlassen, darüber nachzudenken, was wir ändern müssen.

Beginnen wir gleich ganz oben bei der Bauakademie, wobei ich bemerken möchte, daß ich als Mitglied der Bauakademie für ihre Arbeit mit verantwortlich bin. Die Hauptmängel bei der Akademie sehe ich darin, daß sie

1. einen viel zu geringen Kontakt mit den Hunderten von Architekten in der Republik hat,
2. ein Teil der Mitarbeiter fachlich ungenügend qualifiziert ist,
3. daß sie hinter der Entwicklung herhinkt und keinen Vorlauf vor dem allgemeinen Stand des Bauwesens hat.

Für alle drei Mängel besteht der Grund darin, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwar in der Theorie verkündet, jedoch in der Praxis nicht umfassend verwirklicht wird.

Neulich habe ich einen sehr schönen Satz von Johannes R. Becher gefunden. Er sagt:

„Man muß für die Menschen mit den Menschen kämpfen. Aber mancher Sozialist mißversteht diesen Satz und kämpft ohne die Menschen oder sogar gegen die Menschen für die Menschen! Der Mensch will mitbeteiligt sein an dem Kampf um sein Glück, er will nicht, daß andere ihm sein Glück bescheren oder es ihm aufzwingen."

Das sollten wir, die Mitarbeiter der Akademie, uns ins Stammbuch schreiben! Viele Kollegen der Akademie sind gute Genossen und arbeiten bis zur Aufopferung; ich nenne zum Beispiel unseren Präsidenten Prof. Liebknecht und Prof. Paulick — aber doch hat man das Gefühl, daß sich die Akademie gewissermaßen in einer Igelstellung befindet, von der aus sie dann, mit ihren Arbeitsergebnissen in der Hand, Ausfälle in das weite Vorfeld der Praxis macht. (Heiterkeit.)

Wir haben das Gefühl, daß viele Kollegen der Bauakademie viel zuwenig Selbstvertrauen zu ihrer eigenen Arbeit haben. Sie gehen von der Voraussetzung aus, daß die Architekten der Projektierungsbüros die ständige Propagierung der industriellen Bauweisen, die von der Akademie betrieben wird, doch nicht begriffen haben, daß sie hemmungslose Individualisten sind und im Grunde genommen zu ihrem Glück gezwungen werden müssen.

Aber, liebe Kollegen, so blöd sind die meisten Architekten ja gar nicht, sie sind nur der Meinung, daß die Reife eines Typs auch von der Quantität und der Qualität der Mitarbeiter abhängt.

In der „Architecture d'aujourd'hui" wurde kürzlich darauf hingewiesen, daß an der Schaffung eines normalen Automobiltyps der Fordwerke, ohne besondere technische Neuerungen, 7000 Ingenieure beschäftigt sind.

Und wie entstehen Typen in der Sowjetunion? Prof. Wlassow teilte auf der Allunionskonferenz für Städtebau in Moskau mit, daß für die Entwicklung von Typen in zwei Jahren Wettbewerbe durchgeführt wurden, an denen 6000 Architekten und Ingenieure beteiligt waren! In der DDR wurde nicht ein einziger Wettbewerb durchgeführt, bei uns gibt es nur „Typen im eigenen Saft". (Beifall.)

Und mit den Wettbewerben ist es wie im Sport: Wer sich im Kampf nicht stellt, bleibt zurück! Bei dem internationalen Architektenturnier — um das einmal so auszudrücken —, dem Wettbewerb für einen Wohnbezirk in Moskau, beteiligte sich gewissermaßen auch eine Nationalmannschaft der DDR. Sie endete am Schwanz des Turniers! Fragt man aber nach der Arbeit der DDR-Mannschaft — wir möchten sie doch gerne sehen —, dann begegnet man einem verschämten Senken der Augen, als ob man ein Mädchen nach einem Fehltritt gefragt hätte. Und unsere Zeitschrift „Deutsche Architektur" bringt einen klitzekleinen Bericht von diesem Wettbewerb — nach einem Jahr! — mit einigen Entwürfen in mikroskopischer Verkleinerung; der Entwurf der DDR allerdings ist vergessen. Die Zeitschriften der Sowjetunion, der Volksdemokratien haben den Entwürfen eine ganze Nummer gewidmet.

Wir sind aber auch der Meinung, daß die DBA viel, viel mehr unterstützt werden muß vom Ministerium und von uns allen. In die DBA gehören die besten Absolventen der Hochschulen, die besten Architekten der Projektierungsbüros, meinetwegen für eine zeitlich begrenzte Tätigkeit.

Es ist auch nicht zulässig, daß unser Präsident Prof. Liebknecht seine Kraft und seine Nerven verbrauchen muß, um Fahrgelegenheiten, Stühle, Reißbretter usw. zu besorgen. Auf eine solche Weise macht man unsere führenden Kollegen auf die Dauer kaputt.

Was nun das Hinterherhinken hinter der technischen Entwicklung betrifft, dafür ein Beispiel. Jedermann weiß, daß Aluminium ein Baustoff ist, der in zunehmendem Maße in der ganzen Welt für den konstruktiven Ingenieurbau herangezogen wird. Das ist für uns bei unserer Stahlsituation von größter Bedeutung. In Amerika z. B. werden 28 Prozent des gesamten Aluminiumaufkommens im Bauwesen verwendet, davon sind allein 22 Prozent Fertigelemente. Die Sowjetunion

wird bis 1965 an der Spitze der Aluminiumproduktion in der Welt stehen.

Der Vorsitzende der Plankommission Bruno Leuschner hat auf dem 12. Plenum bekanntgegeben, daß ein Teil der Aluminiumverarbeitung der Flugzeugwerke für das Bauwesen freigegeben wurde. Bei den Flugzeugwerken in Dresden liegt für eine halbe Milliarde Auftragskapazität vor. Wie mir Kollege Suger mitteilt, gehen diese Kontingente an Bezirke, die keine Verarbeitungskapazität haben, und das Ministerium habe es — wie er sagt — bisher versäumt, über die Staatliche Plankommission Auflagen für das Bauwesen zu vergeben. — Man sollte das nachprüfen. Aber auch die DBA wird, so fürchte ich, von dieser Entwicklung überrascht.

In Westdeutschland dagegen hat der Deutsche Architekten- und Ingenieurverband im Oktober in Essen eine Diskussionstagung mit dem Thema veranstaltet „Aluminium im konstruktiven Ingenieurbau“ mit 300 Teilnehmern aus dem In- und Ausland. Große Beachtung fanden auf diesem westdeutschen Kongreß Arbeiten der Wissenschaftler Prof. Gromann-Jessnitzer, Bernhardt und Steinmüller. Das sind anscheinend tüchtige Leute, die ihr Fach verstehen — sie arbeiten am Institut für Metallkunde und Materialprüfung an der Bergakademie in Freiberg in Sachsen.

In der westdeutschen Zeitschrift „Aluminium“ wird aber auch treu und fleißig über die Arbeit sozialistischer Wissenschaftler auf diesem Gebiet referiert, ja sie stehen an der Spitze der Veröffentlichungen. — Bei uns dauert es ein geschlagenes Jahr, bis wir sogar die Materialien von der Städtebaukonferenz in Moskau in die Hand kriegen! Wir nehmen uns überhaupt für die Beseitigung unserer Mängel sehr viel Zeit.

Vor einem halben Jahr wurde an der Zeitschrift „Deutsche Architektur“ eine zwar harte, aber von allen Kollegen gebilligte Kritik geübt — verändert wurde nichts. Aber natürlich kann man nicht die Verantwortung für diese Mängel und Schwierigkeiten allein den Kollegen aufladen, die führende Positionen im Bauwesen einnehmen. Wir können uns, jeder für sich, gehörig an die Nase fassen, wenn vom Zurückbleiben gegenüber der Größe unserer Aufgaben die Rede ist.

Wer hindert uns eigentlich, daß wir in den Zentren der Städte unserer Republik bauen und projektieren und so zusammenarbeiten, wie sich das gehört?

Nehmen wir einmal die Planung im Zentrum Berlin. An einem Ende der Linden projektiert Prof. Hopp, am andern Kollege Nierade und in der Mitte Kollege Leibold, ich projektiere am Alex usf. Die Projekte sollen in den nächsten Tagen der Regierungskommission vorgelegt werden. Keiner von uns hatte Zeit oder Lust oder wer weiß was, sich mit den anderen in Verbindung zu setzen. Im Ergebnis, wenn man alle Arbeiten vor sich sieht, bleibt das rein äußerlich, solch ein Bild: der eine malt seine Fassade auf Holz, der zweite auf Glas, der dritte rahmt sie hinter Glas ein, der vierte schickt ein paar Lichtpausen. Nichts gegen persönlichen Ausdruck, nichts gegen individuelle Aussage, aber wenn eine Gruppe Architekten bei einer solchen zeitgeschichtlich bedeutenden Aufgabe gemeinsam auftritt, dann gehört es doch zu unserer Selbstachtung zu unserem Selbstbewußtsein, gesammelt und geordnet aufzutreten. Ja, Selbstbewußtsein — das ist das richtige Wort! Wir sprechen so oft von der Entwicklung unseres Bewußtseins und meinen damit unsere Verantwortung für den Aufbau des Sozialismus für die Bevölkerung unserer Republik. Aber in die Entwicklung des Bewußtseins ist doch auch mit eingeschlossen die Verantwortung für uns selbst, so daß eben dieses Selbstbewußtsein auch ein Ergebnis dieser Bewußtseinsentwicklung ist. Aber wie oft sehen wir Mängel, nehmen sie hin und kämpfen nicht gegen sie an. Damit geraten wir aber in die Gefahr, nicht nur die Achtung unserer Mitmenschen, sondern auch die Achtung vor uns selbst zu verlieren.

Prof. Wlassow bringt ein Beispiel, wie Architekten in der Sowjetunion sich mit Mängeln auseinandersetzen. Er schilderte, wie eine Werkstatt in Moskau einen Wohnungstyp erhielt, den sie mangelhaft fand, wie die Kollegen in enger Zusammenarbeit mit einem Werk für Stahlbetonerzeugnisse neue Vorschläge ausarbeiteten. Man arbeitete, ohne die Technologie und Konstruktion der Formen für die Herstellung von Stahlbetonfertigteilen zu verändern, neue Varianten für die Fassadengestaltung von Plattenhäusern usw. aus. Die Werkstatt arbeitete eine Pfahlgründung an Stelle des im Typenentwurfs vorgesehenen Streifenfundamentes aus und verbilligte damit wesentlich die Bauausführung.

Natürlich gibt es auch bei uns Initiative, aber, liebe Kollegen, viel zuwenig. Ohne diese Eigeninitiative gibt es jedoch keinen Fortschritt.

Und dann gibt es noch einen ernsthaften Mangel bei uns, das ist, schlechtweg gesagt, der Mangel an Bildung. Kollegen, wir lesen, wir lernen zuwenig. Ich meine nicht nur die Fachliteratur, ich meine unser Interesse am gesamten Fortschritt der Menschheit.

Ich finde es aufregend, was uns die Automation bringen kann, Automaten, die Maschinen nicht nur bauen, sondern konstruieren. Und sicher werden wir in nicht zu ferner Zukunft Automaten haben, die Typengrundrisse herstellen.

Auf dem Kongreß für Automation und Elektronik in Moskau führten sowjetische Forscher eine künstliche Hand vor, die sich öffnet und schließt, wenn ihr Träger denkt, daß er sie öffnen oder schließen möchte. Das geschieht unter Ausnutzung der elektrischen Gehirnströme, die bei diesem Prozeß ausgelöst werden.

Ich finde es aufregend, wenn der sowjetische Filmregisseur Michael Romm berichtet, daß in allernächster Zukunft Filme elektronisch geschaffen werden, so daß jeder, der einen Fernsehapparat im Hause hat, sich jeden beliebigen Film, dessen Spule nicht größer ist als eine Untertasse, vorführen kann, so daß man eine „Filmothek“ zu Hause besitzt, so, wie man eine Bibliothek hat.

Kollege Borrisawski öffnet in der „Architectura SSR“ im Dezember-Heft 1960 einige Ausblicke für uns Architekten der Zukunft. Er spricht von der höheren Festigkeit der modernen Materialien, die ja auch unter dem Einfluß der Raumschiffahrt immer fester werden, wie ausschlaggebend der von der modernen Wissenschaft entwickelte Koeffizient der konstruktiven Quantität auch für das Bauwesen ist, wie Stahl immer fester wird, wie die Mikrostruktur des Betons durch den Druck von 2000 bis 3000 Atü sich dem Metall nähert; daß das Metall Titan, das doppelt so fest wie Stahl, jedoch viel leichter ist, das Metall der Zukunft sein wird. Er entwickelt Gedanken, die davon ausgehen, das Gewicht aufzuhängen statt zu stürzen. Er weist darauf hin, daß man an drei Nylonfaden einen LKW aufhängen kann und stellt fest, daß am Ausgangspunkt des Bauens das Steinhaus und das Nomadenzelt standen. Die Entwicklung von Jahrtausenden hat aus dem Steinhaus Architektur werden lassen. Jetzt steht vor uns Architekten die Aufgabe, aus dem Zelt ebenfalls Architektur werden zu lassen.

Sollten wir uns nicht mit solchen Perspektiven beschäftigen? Ich denke, ja. Und wenn wir, so umfassend gebildet, energisch und kühn das Neue in unseren Auf-

gaben ergreifen, Schulter an Schulter, Hand in Hand mit allen Werktätigen unserer Republik — liebe Kollegen, dann ist mir um unsere Zukunft nicht bange. Dann bringen wir so, wie es in der Grußadresse unserer Partei heißt, durch die Schönheit, Großzügigkeit und klare Ordnung unserer Bauten den Reichtum und den Optimismus unseres sozialistischen Lebens zum Ausdruck.

Brigadier Kurt Kreissig, Berlin

Zu Beginn gestatten Sie, daß ich im Namen der Mitarbeiter des VEB Volksbau Berlin die allerherzlichsten Grüße überbringe und Ihnen für den weiteren Verlauf Ihrer Tagung vollen Erfolg wünsche.

Für mich als Produktionsarbeiter bedeutet die Einladung zu diesem IV. Kongreß des Bundes Deutscher Architekten eine große Ehre, und ich möchte noch bemerken — das ist meine persönliche Feststellung —, daß ich an und für sich ein paar Produktionsarbeiter mehr in diesem Kreis erwartet hätte.

Ich möchte diese Gelegenheit zum Anlaß nehmen, einige Probleme anzusprechen, die uns Produktionsarbeiter wie auch das ingenieurtechnische Personal bei unserer täglichen Arbeit nicht befriedigen.

Wir können heute durchaus sagen, daß wir in der Entwicklung des Bauwesens einen großen Schritt nach vorn getan haben, was besonders in der Durchsetzung der Industrialisierung, Typung und Standardisierung zum Ausdruck kommt, woran Sie als Architekten sowie auch wir als Produktionsarbeiter beteiligt sind.

Es ist bekannt, daß der VEB Volksbau Berlin seit einigen Jahren Bauten in der industriellen Bauweise errichtet, wobei die ersten Objekte der Serien Q 3 noch nicht als Typenbauten zu bezeichnen sind, die als Bauten für Serienfertigung befriedigen. Als Hemmnis stellte sich heraus, daß der Typ Q 3 in neun verschiedenen Varianten gebaut wurde. Begrüßt wurde, daß die Architekten sich bemühen, in gemeinsamer Absprache mit unseren Kollegen die Typenvarianten zu reduzieren und daß 1961 nur noch fünf zur Ausführung kommen.

Vor uns steht jetzt die Aufgabe, mit dem neuen Typ QX zu beginnen, d. h. mit der 2-M-Baustufe. Es wird besonders begrüßt, daß er nur in drei Typenvarianten gebaut wird, die sich durch die Anzahl der Aufgänge voneinander unterscheiden.

Prinzipiell kann man feststellen, daß sich die Zusammenarbeit mit den Kollegen des VEB Berlin-Projekt und den Kollegen unseres Betriebes wesentlich verbessert hat, sonst wäre es zu dieser Umstellung höchstwahrscheinlich nicht so schnell gekommen.

Es wäre wünschenswert, daß man sich zukünftig von seiten der Städtebauer bemüht, die Belange der Serienfertigung noch mehr zu berücksichtigen, indem die Stellung der Häuserblöcke zueinander sowie die Abstände untereinander so gewählt werden, daß bei Anlage der Baustraße und Einrichtung der Baustellen wirtschaftlicher gearbeitet werden kann. Außerdem sollte man erwägen, die Nachfolgeobjekte so zu legen, daß diese tatsächlich auch für die Baustelleneinrichtung genutzt werden können und nicht, wie zur Zeit, daß sich diese Objekte im Schwenkbereich der Kräne und Baustraße befinden und so für die Nutzung als Baustelleneinrichtung ausfallen.

Im vergangenen Jahr wurde ein vom BfE in Zusammenarbeit mit der KDT unseres Betriebes (in sozialistischer Arbeit) eingebrachter Vorschlag — zur farblichen Gestaltung der Objekte — von den Produktionsarbeitern gemeinsam mit dem Betriebsdirektor des VEB Berlin-Projekt und des Bauamtes ausgewertet und als gut befunden. Wir müssen aber doch feststellen, daß bei der Außengestaltung der Objekte noch eine zu große Uniformierung vorherrscht und daß man mit mehr Farbe auch mehr Leben in die Baukomplexe bringen sollte. Dieser Tatsache wurde bisher von seiten der Architekten noch zu wenig Beachtung geschenkt.

Außerdem sind wir leider gezwungen, eine Dachkonstruktion anzuwenden (?), die einer handwerklichen Fertigung nahekommt und nichts mit Industrialisierung zu tun hat.

Grund für die derzeitige Gestaltung ist die nicht ausreichende Betonkapazität für die Herstellung von Betonelementen.

Ich möchte einwenden, daß aus der Presse bekannt ist, daß auf den Baustellen im Heinrich-Heine-Viertel und auch in Köpenick Dächer bei den letzten Stürmen abgetragen wurden. Es entstand lediglich Sachschaden.

Wir fordern, daß man die Voraussetzungen schafft, mit Beginn der Serie QX eine Dachkonstruktion zu entwikkeln, die den Anforderungen entspricht.

Bis zur Einführung des neuen Typs werden wir nach Q 3 bauen, und deshalb macht es sich notwendig, daß sich die Verantwortlichen in den Entwurfsbüros schnellstens Gedanken machen, solche Dachkonstruktion zu entwickeln, die auch vom rein architektonischen Standpunkt unser Stadtbild freundlicher gestaltet.

Noch zu einer anderen Frage. Als Produktionsarbeiter habe ich in Gesprächen mit der Bevölkerung bzw. den zukünftigen Mietern, die sich im Laufe des Montageablaufs öfters bei uns einfinden, immer wieder erfahren, daß Küche und Bad des Typs Q 3 einer breiteren Kritik unterliegen, besonders bezüglich der Raumgröße. Es kann nicht einmal eine Tür eingebaut werden, weil sonst der Raum nicht ausreicht. Da ich die Kritik der Bevölkerung in dieser Beziehung als richtig empfinde, möchte ich bitten, daß dieser Fakt einer eingehenden Prüfung unterzogen wird, um unsere Wohnungen entsprechend den Bedürfnissen unserer Werktätigen zu bauen.

Als Vertreter des VEB Volksbau Berlin möchte ich zum Abschluß meiner Ausführungen dem Wunsch Ausdruck geben, daß sich die Zusammenarbeit zwischen den Architekten, Ingenieuren und Bauarbeitern in Zukunft noch weiter festigt.

Dr. Greiner, Berlin

Die Garten- und Landschaftsarchitekten, für deren Fachgruppe ich hier sprechen darf, haben sich auf diesen IV. Bundeskongreß nicht nur durch eine rege Beteiligung an den Aussprachen der Arbeitsgruppen in den Bezirken, sondern auch in einer zentralen Fachgruppenkonferenz gründlich vorbereitet.

Eine Wertung der bisherigen Leistungen zeigte, daß in den vergangenen Jahren beachtliche Fortschritte auf allen Gebieten der Garten- und Landschaftsgestaltung erzielt werden konnten. Es gab genügend Gelegenheit, großzügige Projekte zu bearbeiten und durchzuführen. Als Beispiele mögen hier nur zwei Objekte dienen: die internationale Gartenbauausstellung der sozialistischen Länder in Erfurt, die in wenigen Wochen eröffnet wird,

und der Wettbewerb für den Kulturpark der zweiten sozialistischen Stadt Hoyerswerda. Viele gute Arbeiten entstanden auch im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau und anderen Bauvorhaben. Gute Ergebnisse erzielten die Landschaftsarchitekten bei der Unterstützung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und bei der Planung und Sicherung von Erholungsgebieten.

Die Gartenarchitekten können auch von hervorragenden Beispielen für die Steigerung der Projektierungsleistung berichten. Einzelne Brigaden haben seit 1958 eine Steigerung der Pro-Kopf-Leistung auf 160 Prozent erreicht. Aber nicht nur die Quantität hat zugenommen, überall ist auch die Qualität der Projekte und der ausgeführten Anlagen besser geworden. An all diesen Erfolgen haben die Garten- und Landschaftsarchitekten unseres Bundes entscheidenden Anteil.

Wir haben auch darüber beraten, welche Aufgaben sich aus dem Siebenjahrplan und den einzelnen Jahresplänen für die Garten- und Landschaftsarchitekten ergeben, welche Kräfte und Möglichkeiten zur Verfügung stehen und welche Wege beschritten werden müssen, um die hoch gesteckten Planziele zu erreichen.

Schwerpunkte für die Arbeit der Garten- und Landschaftsarchitekten leiten sich zwangsläufig aus den wichtigsten Positionen der Volkswirtschaftspläne ab. Der Abbau der Kohle für die Energieversorgung, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, die zahlreichen großen Industrie- und Wohnungsbauvorhaben sowie die Bereiche Kultur und Erholung enthalten komplizierte, in ihrem Umfang kaum übersehbare und schöne Aufgaben.

Dieser Kongreß befaßt sich bevorzugt mit Problemen der Industrialisierung des Bauwesens, und deshalb erscheint uns ein Hinweis darauf angebracht, in welcher Weise die Gartenarchitekten davon berührt werden. Der Wohnungsbau soll hier als Beispiel dienen.

Jede Wohnung, die fertiggestellt wird, verlangt unausweichlich die Herrichtung von etwa 80 m² Grünfläche. Jeder Kindergarten hat 2500 bis 4000 m² große Grundstücke, und jede Schule braucht 15 000 bis 20 000 m², deren überwiegender Teil begrünt werden muß.

Das Tempo, mit dem der Wohnungsbau von Jahr zu Jahr wächst, ist sehr groß. Dieses Wachstum führte in den Jahren 1958 bis 1960 zu einer Zunahme der zu bearbeitenden Flächen um etwa 50 Prozent. Bis 1965 wird sie sogar 100 Prozent betragen. Den Gartenarchitekten in den Projektierungsbetrieben macht diese Zunahme zu schaffen, weil wohl die Einrichtungen der Grünflächen, die Bänke, die Wege und ähnliches, nicht aber die Grünflächen als Gesamtanlage typisiert werden können.

Den Ausführungsbetrieben macht diese Zunahme zu schaffen, weil die Hochbauten schon weitgehend mit industriellen Methoden errichtet werden und die Grünanlagen noch überwiegend mit Handarbeit hergerichtet werden. Während noch vor wenigen Jahren der Mangel an zweckgebundenen Mitteln im Vordergrund stand, beschäftigt uns heute die fehlende Ausführungskapazität der Betriebe. Der Rückstand der Gartenausführung gegenüber der Hochbaudurchführung ist in einigen Städten beträchtlich und nimmt immer noch zu. Die Folge ist dann: Mehrere tausend schöne Wohnungen stehen, wie der Vorsitzende des Staatsrates bereits treffend gesagt hat, in einer trostlosen Mondlandschaft.

Die Pflege der Grünflächen stellt uns vor besondere Probleme. Das jährliche Wohnungsbauprogramm verlangt im Durchschnitt des Siebenjahrplanes den Bau von etwa 800 ha Grünflächen.

Danach sind zu pflegen:

1961: 2400 ha; 1962: 3200 ha usw. 1965 sind das nach dieser Rechnung 5600 ha.

Die Fachgruppe der Garten- und Landschaftsarchitekten hat angesichts dieser Aufgabe alle nur erdenklichen Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Verbesserung der Arbeit erwogen. Es ist die Empfehlung zur Bildung sozialistischer Arbeitsgemeinschaften in verschiedenen Bezirken aufgenommen worden. Als Beispiel sei hier die sozialistische Arbeitsgemeinschaft „Grünflächen" in Leipzig genannt. Mehrere Entwurfsbrigaden von Gartenarchitekten kämpfen um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit". Nicht ohne Stolz verweisen wir darauf, daß die Brigade Buchmann zu den ersten Entwurfsbrigaden gehörte, die mit dieser hohen Auszeichnung geehrt werden konnte.

Wir sind davon überzeugt, daß dies nur ein Anfang ist. Darüber hinaus halten sich die Gartenarchitekten in den Projektierungs- und Ausführungsbetrieben ständig dazu an,

sparsam mit Flächen zu wirtschaften,

die Projekte so fertigzustellen, daß die Baudurchführung und die Pflege weitgehend mechanisiert vorgenommen werden können,

Standards für Einrichtungen und Bauelemente auszuarbeiten und anzuwenden,

die freiwillige Arbeit im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes in noch größerem Maße als bisher bei der Projektierung, beim Bau und bei der Pflege von Grünanlagen zu beachten.

Dabei wird das Beispiel Berlin ein Ansporn sein. Ein Fünftel aller NAW-Leistungen werden dort den Grünanlagen gewidmet.

Die Gartenarchitekten der DDR werden die internationale Gartenbauausstellung zum Anlaß nehmen, diese Probleme mit den Fachkollegen der befreundeten sozialistischen Länder zu beraten. Wir versprechen uns sehr viel davon, weil wir wissen, daß beispielsweise in der Sowjetunion — Sie können diese Feststellung im Referat vom Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Bauwesen der UdSSR anläßlich der Städtebaukonferenz bestätigt finden — den Grünflächen weit größere Bedeutung beigemessen wird als bei uns.

Diese eben bezeichneten Anstrengungen bedürfen aber auch der Unterstützung. Die Funktionäre des Staatsapparates bitten wir um Hilfe bei der Stärkung der Betriebe.

Die Kollegen Architekten bitten wir um Unterstützung bei der Ausarbeitung der Projekte, denn bei guter Zusammenarbeit läßt sich manches schöner und billiger bauen.

Die Kollegen Bauarbeiter bitten wir, den Gärtnern keine Steinwüsten zu hinterlassen. Denn dadurch würden sie nicht nur ihren Kollegen die Arbeit erschweren, sondern die Fertigstellung der Anlagen verteuern und verzögern.

In dem Ihnen ausgehändigten Rechenschaftsbericht finden Sie auch einen Hinweis auf die Zeitschrift „Deutsche Gartenarchitektur". Die Gartenarchitekten haben sich lange um diese Zeitschrift bemüht. Der Bund hat diesem Anliegen seine Unterstützung angedeihen lassen und wesentlich zum Erscheinen beigetragen.

Die Fachgruppe dankt dafür herzlich.

Wir möchten hier versichern, daß wir nach Kräften dazu beitragen werden, die gestellten Aufgaben zu erfüllen und den Menschen der Deutschen Demokratischen Republik eine schöne, blühende Heimat zu bauen.

Architekt Mertens, Halle

Ich habe ein kurzes, aber doch sehr wichtiges Anliegen vorzutragen.

Die Delegation der Bezirksgruppe Halle beantragt die Herbeiführung einer Entschließung des IV. Bundeskongresses zu den Aufnahmerichtlinien mit der Zielsetzung, die Jugend konsequenter zur aktiven Mitarbeit an den Bund Deutscher Architekten heranzuführen, und zwar etwa wie folgt:

Innerhalb der Betriebsgruppen, Kreisgruppen und Bezirksgruppen ist eine verstärkte und planmäßige Werbung zur Gewinnung der jungen Architekten für unseren Bund durchzuführen, wobei insbesondere die kurzfristige Aufnahme der Hoch- und Fachschulabsolventen als Kandidaten erfolgen sollte. Damit soll erreicht werden, möglichst in zeitlicher Übereinstimmung mit dem erfolgreichen Abschluß der Assistentenzeit im Rahmen der gesetzlichen Förderungsmaßnahmen für die Absolventen deren Aufnahme als ordentliche Mitglieder des Bundes zu gewährleisten.

Die Aufnahmebedingungen sollten berücksichtigen, daß unsere Absolventen mit der Ablegung ihrer Staatsprüfung ja durchaus den Beweis ihrer Fähigkeit bereits ablegten und somit die Qualifikation für eine Aufnahme als Kandidat im Bund Deutscher Architekten mitbringen.

Den jungen Architekten und Gartenarchitekten muß die Möglichkeit gegeben werden, aktiv an der Arbeit in den Organen unseres Bundes Anteil zu nehmen.

Wir haben innerhalb der Bezirksgruppe Halle und ihren Betriebsgruppen seit 1955 in zunehmendem Maße gute Erfahrungen in der Werbung von Absolventen für den Bund sammeln können. So wurde zum Beispiel der Absolvent Dipl.-Ing. Gabrysiak, der im Herbst 1957 von der Hochschule für Architektur und Bauwesen zu uns in den Betrieb kam, sehr bald als Kandidat in den Bund aufgenommen. Inzwischen hat er als Stadtbaudirektor in Brandenburg an der Havel eine sehr verantwortliche Aufgabe zu lösen, aber auch innerhalb des BDA leistet er seinen Beitrag und ist Delegierter des IV. Bundeskongresses. In einem besonderen Falle haben wir übrigens 1960 einen erfolgreichen jungen Absolventen, den Kollegen Dipl.-Ing. Erhard Schmidt, der als Student in einem Hochschulkollektiv in Weimar bei dem Wettbewerb „Zentraler Platz von Karl-Marx-Stadt" den ersten Preis bekommen hat bzw. miterrungen hatte, unmittelbar in den Bund aufgenommen.

Es sollte zu einem elementaren Anliegen unseres Bundes werden, die jungen Architekten, welche nach dem Abschluß ihrer Hochschul- und Fachschulausbildung in die Praxis des Berufs eintreten, allseitig in ihrer Entwicklung zu unterstützen und zu fördern, ihr Vertrauen zu gewinnen und sie für eine aktive Mitarbeit innerhalb des Bundes bei Übernahme verantwortlicher Aufgaben und Funktionen zu gewinnen und damit den Elan der Jugend in unsere gesamte Bundesarbeit hineinzutragen. Wir sind davon überzeugt, mit dieser von uns vorgeschlagenen Maßnahme einen Beitrag zur Lösung der großen Aufgabe leisten zu können, die dem Bund Deutscher Architekten mit der durch Herrn Staatssekretär Kosel heute verkündeten Anerkennung als Fachverband erwachsen ist.

Architekt Heinze, Leipzig

Gestatten Sie, daß ich zunächst den Antrag im Namen der Leipziger Delegierten formuliere und ihn nachfolgend kurz begründe.

Die Leipziger Delegierten stellen an die Delegierten des IV. Bundeskongresses den Antrag, den neuen Bundesvorstand zu beauftragen, dafür zu sorgen, daß der Anteil junger Architekten im neuen Bundesvorstand erhöht wird. Dazu sollten die Bezirksvorstände aller Bezirksgruppen unseres Bundes, in denen der Jugendfrage bisher nicht die nötige Beachtung geschenkt wurde, nach Beratung mit allen Mitgliedern fachlich hervorragende und im Bund aktiv tätige junge Architekten zur Kooptierung in den neuen Bundesvorstand vorschlagen.

Zur Begründung:

Sicherlich ist die Frage der Mitarbeit junger Architekten in den gewählten Gremien des Bundes in der Vorbereitung dieses Kongresses unterschätzt worden. Das beweisen unter anderem die 1960 durchgeführten Wahlen zu den Bezirksvorständen und die Vorschläge zum neuen Bundesvorstand, wenn man sie in ihrer altersmäßigen Zusammensetzung analysiert. Um diesen Fehler zu korrigieren, ist die Zeit bis zum V. Bundeskongreß, der ja erst 1965 stattfinden wird, zu lang. Ich möchte am Leipziger Beispiel kurz erläutern, wie wir es gemacht haben:

Wir haben vor etwa zwei Jahren ein Jugendforum durchgeführt. Dort warf man uns unter anderem vor, daß wir jungen Kollegen zuwenig Gelegenheit zur verantwortlichen Mitarbeit geben. Man verwies dabei auf die altersmäßige Zusammensetzung des damaligen Bezirksvorstandes. Wir haben daraus Schlußfolgerungen gezogen.

Ich kann Ihnen heute mitteilen, daß wir an der Spitze unserer Betriebssektionen ausschließlich junge Kollegen haben und daß wir auch 1960 aufgepaßt haben, daß die nötige Zahl junger Kollegen in den neuen Bezirksvorstand kam.

Von zehn Vorschlägen für den neuen Bundesvorstand beziehen sich vier auf junge Kollegen, ebenso sind von drei Nachfolgekandidaten für den Bundesvorstand zwei junge Kollegen nominiert. Das Verhältnis bei den Delegierten zum jetzigen Bundeskongreß ist ähnlich.

Wir empfehlen allen Bezirksvorständen, unserem Beispiel zu folgen und auch auf der unteren Ebene mehr als bisher junge Architekten in die Arbeit der gewählten Gremien einzubeziehen.

Nicht jung oder alt ist die Frage, sondern „Jung und alt" ist unsere Losung.

Ich bitte Sie, verehrte Delegierte, dem Antrag der Leipziger Delegierten zuzustimmen.

Ich möchte noch etwas weiteres sagen, und zwar einen Antrag im Namen der Fachgruppe Grünplanung stellen. Die Frage der Grünflächen ist auf diesem Kongreß sehr schlecht weggekommen. Natürlich stand als Hauptaufgabe des Kongresses die Frage der Industrialisierung und des Aufbaues der Stadtzentren. Wie will man aber komplex bauen, wenn bei industrialisierter Bauweise die Bearbeitung der Freiflächen nach wie vor mit Schippe, Spaten und Gießkanne erfolgt? Auch dafür brauchen wir ein Taktverfahren, wie es im Hochbau schon seit längerem üblich ist.

Die Fachgruppe Gartenarchitektur ist im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes, der Ihnen ja schriftlich vorliegt, als die beste Fachgruppe des Bundes herausgestellt worden. Leider hat das nur platonischen Charakter. In der Vorbereitung des IV. Bundeskongresses wurde die aktive Teilnahme der Mitglieder unserer be-

zirklichen Fachgruppen Gartenarchitektur in den vier Arbeitsgruppen mit zahlreichen wertvollen schriftlich formulierten Anregungen sichtbar. Leider vermissen wir in der Zusammenfassung der zentralen Arbeitsgruppen, daß dieser Frage die notwendige Bedeutung beigemessen wurde.

Freiflächen entstehen nicht nur aus ästhetischen Gründen, sondern sie haben aktiven Erholungswert, dienen der Förderung des gesellschaftlichen Lebens, haben hygienische Aufgaben zu erfüllen, um nur einige wesentliche Gesichtspunkte zu nennen.

Im Namen der Fachgruppe Grünplanung bitte ich daher die Delegierten zuzustimmen, daß bei der redaktionellen Überarbeitung der Zusammenfassung der vier Arbeitsgruppen die Frage der Freiflächen noch einmal deutung beigemessen wird, als es hier auf dem IV. Bun-Weiterführung der Arbeit der Arbeitsgruppen auf zentraler und bezirklicher Ebene dieser Frage mehr Bedeutung beigemessen wird als es hier auf dem IV. Bundeskongreß der Fall war.

Lassen Sie nicht zu, daß die ehrliche Initiative der Fachgruppe Grünplanung verpufft.

Architekt Rämmler, Leipzig

Es ist meiner Meinung nach eine erfreuliche Tatsache, daß unser Kongreß erstmalig den Menschen so stark in den Mittelpunkt seiner Beratungen gestellt hat. Das heißt, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit mit allen Teilen unserer Bevölkerung, mit allen politischen und staatlichen Institutionen wird die dem Sozialismus gemäße Bedeutung beigemessen. Ich wage zu behaupten, daß die ersten Erfolge dieser kameradschaftlichen Zusammenarbeit in unseren eigenen Reihen im Bund Deutscher Architekten bereits erkennbar sind. Wir haben in der Vergangenheit — das müssen wir zugeben — oft aneinander vorbeigeredet. Der Kongreß zeigt mir jedoch, daß diese Zeit endgültig vorbei ist und wir beginnen, uns endlich im Rahmen unserer schönen und großen Aufgaben besser zu verstehen und damit auch herzlichere Kontakte zueinander aufzunehmen.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen auch einiges über die Zusammenarbeit mit unserer Leipziger Bevölkerung, mit dem Rat der Stadt usw. berichte. Vorher darf ich Ihnen jedoch kurz prinzipielle Ausführungen über den Aufbau unserer Leipziger Innenstadt machen, eine große und verantwortungsvolle Aufgabe, die vor einem wesentlichen Teil unserer Leipziger Architektenschaft steht.

Alle am Aufbau der Stadt Leipzig Beteiligten sind sich bewußt, daß mit dieser Aufgabe eine neue Phase der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte überhaupt eingeleitet wurde, und sie setzen ihr ganzes Wissen und Können ein, ein Stadtzentrum zu schaffen, das schon heute den Bedürfnissen der Gesellschaft von morgen städtebaulich Gestalt und Ausdruck verleiht. Das wird erreicht, wenn das Stadtzentrum die günstigsten Bedingungen zur Befriedigung der gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere zu ihrer politischen und kulturellen Betätigung, ihrer materiellen Versorgung und Erholung, gewährleistet.

Seine äußere Gestalt findet das Neue im Leben der Gesellschaft in großzügigen und weiträumigen Ensembles, wobei Zweckmäßigkeit und schlichte Schönheit sie auszeichnen sollen.

Kurz zusammengefaßt haben die angestellten Überlegungen in Leipzig zu folgenden Erkenntnissen geführt:

1. Eine solche Aufgabe geht weit über das Schließen zufällig entstandener Baulücken oder über die Wiederherstellung eines früheren Zustandes hinaus. Sie fordert eine völlig neue Konzeption. Die Gesichtspunkte alter Planung genügen nicht mehr, bestimmend ist das Neue, dem das Alte sich einordnen oder weichen muß.
2. Der sozialistische Städtebau will keine Allerweltsstadt! Der historischen, in Leipzig 800jährigen Stadtentwicklung wird Rechnung getragen, indem die Grundstruktur des Stadtkerns mit seinem umgebenden Grüngürtel, dem Promenadenring und den Festpunkten Marktplatz und Karl-Marx-Platz, beibehalten wird.

Das schließt nicht aus, daß durch mögliche neue Straßenführungen, neu anzulegende Platzräume, auch neue Raumerlebnisse vermittelt werden.

3. Wertvoller historischer Gebäudebestand ist zu erhalten und in das zukünftige Stadtbild mit einzubeziehen.

Das bedeutet, daß das Vorhandene von der Denkmalpflege sorgfältig erfaßt wird, wobei auch geborgene Teile — wie Erker, Portale, Gitter usw. — dazugehören, um sie gegebenenfalls ins Neue einzufügen. Als Wahrzeichen der Stadt und ihrer Messen soll am Marktplatz zum Beispiel die Alte Waage mit ihrem schönen Renaissancegiebel, obgleich keinerlei Reste vorhanden sind, rekonstruiert werden.

4. Die gesamte Innenstadt ist innerhalb des Promenadenringes weitgehend vom Fahrverkehr frei zu halten. Sie soll in Zukunft dem Fußgängerverkehr vorbehalten bleiben.
5. Es ist dringendes Erfordernis, daß die neuen technischen Mittel und Möglichkeiten des industriellen Bauens auch bei den gesamten Bauvorhaben des Stadtzentrums Anwendung finden. Bevorzugt wird zunächst bei einigen Objekten die Standardbauweise mit der 2000-Kilogramm-Laststufe.
6. Von unseren Bauwerken wird eine sozialistische Architektur gefordert.

   Was können wir darunter verstehen?

   Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden geben der sozialistischen Architektur die Möglichkeit zu komplexer Programmgestaltung und komplexer Durchführung baulicher Aufgaben. Somit wird es möglich, daß den menschlichen Beziehungen Raum und künstlerischer Ausdruck verliehen werden kann. Unsere Voraussetzungen unterscheiden sich damit grundsätzlich von der kapitalistischen Architektur. Sie bereiten uns den Weg zur gestalterischen Einheit und zur Geschlossenheit des künstlerischen Ausdrucks, wie sie in der kapitalistischen Architektur nur in ganz wenigen Ausnahmefällen gegeben sind.

   Die architektonische Form hängt in starkem Maße vom Baumaterial, von der Bautechnik und der Technologie der Bauproduktion ab. Die Industrialisierung des Bauens führt zu neuen Gesetzmäßigkeiten. Die neu zur Anwendung gelangenden Konstruktionen — Stahlskelett-, Stahlbetonskelett-Montagebauweise, Leichtmetall, Kunststoffe, aber auch Keramik, Mosaik, Natur-, Kunststein — sollen unseren Bauwerken Großzügigkeit verleihen und Lebensfreude ausstrahlen. Kühn wollen wir uns somit mit den neuen Mitteln neben das Alte setzen, wobei darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß wir uns teilweise dem Alten zuordnen und an vorhandene Maßstäbe anbinden müssen.

Für die notwendige Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in den Aufbau ihrer Stadt hat der Rat der Stadt Leipzig eine schöne Einrichtung geschaffen. Halbjährlich — einmal im Frühjahr, einmal im Herbst — läuft eine Ausstellung unter dem Titel „Wir bauen unsere Stadt — alle helfen mit". Hier werden die jeweils hinter uns liegenden Leistungen und die weiteren vor uns stehenden Pläne und Aufgaben der Bevölkerung nahegebracht. Die Anteilnahme ist jedesmal sehr rege, und die mündlichen oder schriftlichen Beiträge und Vorschläge sind sehr zahlreich. Auch die mit den Ausstellungen laufenden Fachvorträge, Führungen, Ratsgespräche und die damit verbundenen Aussprachen zeigen hohe Besucherzahlen. Weder wir Fachleute noch unsere Bevölkerung möchten in der Zukunft auf diese Einrichtung verzichten.

Auch mit dem Rat der Stadt — an seiner Spitze der Oberbürgermeister — bestehen enge Kontakte. Gemeinsam werden laufend Aussprachen über die Entwicklung der Projekte geführt, an denen in den meisten Fällen der gesamte Rat teilnimmt. Unser Oberbürgermeister selbst hat schon Zeit gefunden, Aussprachen in den Projektierungsbüros mit den Kollegen Architekten über zahlreiche Probleme zu führen; offen werden dabei auch Mängel aufgezeigt. Zum Beispiel führen unsere Kollegen Beschwerde darüber, daß es unserem Rat der Stadt an Beschlußtreue mangelt, daß zu oft Änderungen in Programmwünschen eintreten und viel Projektierungskapazität vergeudet wird.

Ein weiterer Mangel ist noch das Fehlen von detaillierten Raumprogrammen aller Fachplanungen, so daß eine Erarbeitung endgültiger Bebauungspläne immer noch nicht möglich ist.

Die Kollegen unserer Entwurfsbetriebe, die an der Gestaltung unseres Stadtzentrums mitarbeiten, zeigen allgemein große Begeisterung und nehmen an den Diskussionen in der Gemeinschaft beim Ringen um die beste Lösung regen Anteil, und das Streben nach der sozialistischen Gemeinschaft ist in ständigem Wachsen begriffen. Neigungen — die immer noch hier und da zu verzeichnen sind — zu individualistischer Gestaltung werden durch die gemeinsamen Aussprachen in den meisten Fällen zu überzeugenden Resultaten geführt.

Als recht bedauerlich sehe ich eine Erscheinung in einzelnen Entwurfsbetrieben an: Die Forderung nach der Pro-Kopf-Leistung wird teilweise bürokratisch ausgelegt. Das führt dazu, daß den Darstellungen der Pläne immer weniger Wert beigemessen wird. Fassadengestaltungen werden nicht vom Architekten, sondern oft von weniger qualifizierten Zeichnern nach Skizzen gefertigt. Für Schaubilder fehlt völlig die Zeit und bei der Gestaltung von Lückenschließungen macht man sich in den seltensten Fällen die Mühe, die Nachbargebäude mit aufzutragen. — Aber das alles hemmt uns doch, wenn wir unsere Arbeit gründlich machen wollen. Hier sollten die Betriebsgruppen eine aufklärende Tätigkeit aufnehmen.

Zum Schluß gestatten Sie mir noch einige Worte zum Problem der Mitarbeit unserer Jugend. Wir klagen oft über die Passivität unserer jungen Kollegen gegenüber dem BDA. Woran liegt das wohl? Auch unser Präsident, Herr Professor Hopp, hat diese Frage in seinem Referat angeschnitten. Allgemein kann man feststellen, daß unsere jungen Menschen recht gute und aktive Mitarbeiter am Reißbrett sind und sich begeistert in der Entwurfsarbeit mit einsetzen. Ihre Teilnahme, ihr Ideenreichtum, ihr Fleiß und ihr Können sind bei der Mehrzahl so, daß wir recht zufrieden sein können. Unsere Hochschulen haben in den letzten Jahren einen ausgezeichneten fachlichen Nachwuchs herangebildet, und um die Zukunft brauchen wir uns wirklich keine Sorgen zu machen.

Ich bin darum der Meinung: Schenken wir unseren jungen Kollegen endlich mehr Vertrauen, damit wir auch ihr Vertrauen gewinnen. Legen wir ihnen innerhalb unseres Bundes mehr Verantwortung in die Hände, und sie werden auch hier begeistert mit uns gemeinsam die vor uns stehenden Aufgaben zum Nutzen unserer Gesellschaft meistern.

Dipl.-Ing. Kraus, Neubrandenburg

Herr Präsident! Verehrte Gäste!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gestatten Sie mir, in meinem Diskussionsbeitrag einige Ausführungen zur Qualifizierung der jungen Architekten und zu den Aufgaben des BDA hierbei zu machen. In Kürze beginnt in Jerusalem der Prozeß gegen den Judenmörder Eichmann. Dieser Prozeß ist wie kein anderes Ereignis geeignet, uns den Irrweg der deutschen Jugend im tausendjährigen Reich noch einmal vor Augen zu führen, er ist aber auch wie kein anderes Ereignis geeignet, Gegenwart und Zukunft Westdeutschlands zu beleuchten und zu beweisen, daß die Zukunft der westdeutschen Jugend noch immer in den Händen derselben unverbesserlichen Revanchisten liegt, die schon einmal als Helfershelfer Eichmanns die Jugend Europas auf den Schlachtfeldern verheizten.

Eine ganz andere Perspektive hat die Jugend in der DDR. Hier sind alle Bemühungen von Partei und Regierung darauf gerichtet, der Jugend ein Leben in Frieden und Wohlstand zu sichern. Seit Jahren gibt es ein Gesetz zur Förderung der Jugend. Das Kommuniqué des Politbüros beschäftigte sich mit Fragen der Jugend und weiteren Möglichkeiten der Unterstützung und Qualifizierung der Jugend. Unser Staat gibt jährlich Millionen für die Ausbildung junger Architekten an den Hoch- und Fachschulen aus. Das Ausbildungsniveau an unseren Schulen ist sehr gut. Eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen garantiert dem Absolventen nach Beendigung seines Studiums ein festes Arbeitsverhältnis.

Trotzdem gibt es noch ab und zu Schwierigkeiten, die die jungen Architekten hindern, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten voll zu entfalten oder sich weitere Kenntnisse anzueignen.

Weshalb sind z. B. zwischen den theoretischen Leistungen an den Schulen und den gebauten Tatsachen in der Praxis erhebliche Qualitätsunterschiede festzustellen? Gestatten Sie mir, auf diese Frage näher einzugehen.

Der Student durchläuft für die Dauer seines Studiums dank der großzügigen Unterstützung unseres Staates einen in jeder Hinsicht geordneten Entwicklungsprozeß, der mit dem Ablegen des Staatsexamens ein vorläufiges Ende findet. Unsere sozialistische Gesetzgebung hat die Gefahren, die sich aus einem sofortigen vollverantwortlichen Einsatz in der Praxis ergeben würden, erkannt und die sogenannte Förderungszeit eingeführt. Sie beträgt für Fachschüler ein Jahr und für Hochschüler zwei Jahre. Diese Zeit ist sowohl für die Entwicklung des jungen Architekten als auch für die Volkswirtschaft äußerst wichtig. Während dieser Zeit studiert der Absolvent, indem er alle Abteilungen eines Betriebes durchläuft, umfassend die Probleme der Praxis, um sie am Ende der Förderungszeit, ausgerüstet mit den modernsten Erkenntnissen der Wissenschaft, auf neue Art und Weise zu lösen. Während der Förderungszeit ist

der Betrieb verpflichtet, dem Absolventen für Konsultationen mit dem ehemaligen Lehrinstitut bezahlte Arbeitszeit zur Verfügung zu stellen. Bei diesen Konsultationen sollen die Absolventen ihren ehemaligen Lehrstuhl über festgestellte Mängel in ihrer Ausbildung berichten und somit die Ausbildung verbessern helfen. So sollte es sein.

Die Praxis sieht jedoch so aus, daß der Absolvent schon in den Produktionsplan des Betriebes eingebaut wird, da er noch an seiner Abschlußarbeit arbeitet. Mit dem Tage seiner Einstellung wird er in den meisten Fällen trotz Förderungsvertrag zur vollwertigen Produktivkraft, der der Brigadeleiter schon an der Tür zuruft: „Beeil' dich, mein Lieber, wir haben einen wichtigen Termin zu erfüllen!"

Unter den nun einsetzenden Bedingungen ist selbstverständlich der für unsere gesamte Entwicklung so ungemein wichtige Austauschprozeß, in dessen Verlauf sich die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft mit den Erfahrungen der Praxis verbinden sollen und als dessen Ergebnis schließlich eine neue Qualität unserer Bauwerke entstehen sollte, nur teilweise möglich. Der Absolvent lernt die Probleme der Praxis nicht umfassend, sondern einseitig kennen, er muß oft erleben, daß seine geistigen Fähigkeiten gar nicht so gefragt sind — wichtiger ist die manuelle Tätigkeit, flotte Zeichner werden gesucht, und es ist nicht so schlimm, wenn die architektonische Qualität nicht ganz auf der Höhe ist. Die Prämie wird ja in der Hauptsache für die Planerfüllung gezahlt.

Zum Jahresende wird sein Glück vollkommen. Nun erhält er neben der bisher größten Quartalsprämie ein Schreiben, dem zufolge er sich in der außerordentlich kurzen Zeit von einem halben Jahr so qualifiziert hat, daß er bereits anderthalb Jahre vorfristig seinen Förderungsvertrag erfüllt hat. Die Aussichten sind verlockend: Er ist der nächsten Gehaltserhöhung um anderthalb Jahre nähergerückt, dem Stichtag für die Zahlung der Treueprämie ebenfalls. Nur seiner weiteren Qualifizierung zu einem allseitig gebildeten Architekten, der die Probleme der Praxis umfassend kennengelernt hat, ist er um anderthalb Jahre ferner gerückt. Die Verbindung zur Hochschule ist unter Umständen ebenfalls dahin und damit auch die Möglichkeit, verbessernd auf den Lehrplan seines ehemaligen Lehrinstituts einzuwirken, denn nach Ablauf des Förderungsvertrages kann er nicht mehr für Konsultationen freigestellt werden.

Zu allem Überfluß muß er am Jahresende erfahren, daß 30 bis 40 Prozent seiner geleisteten Arbeit als sogenannte Fehlprojektierung weggeworfen werden, weil sich der Planträger geirrt hatte. Das Projekt wird nicht gebaut. Er hat also seinen Ausbildungsgang nicht einem tatsächlichen Arbeitskräftemangel und damit einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit geopfert, sondern nur einem scheinbaren, in den meisten Fällen durch fachliches Unvermögen des Planträgers hervorgerufenen Mangel.

Aber, liebe Kollegen, wir sind nicht bei Bernstein in die Schule gegangen, der da lehrte, „das Ziel ist nichts, die Bewegung ist alles", sondern bei Marx, Engels und Lenin.

Unser Ziel ist der Sozialismus. Deshalb fordern wir mit allem Nachdruck, mit dem volkswirtschaftlichen Unsinn der durch Planungsfehler entstandenen Fehlprojektierungen Schluß zu machen. Hier werden nicht nur Geld und Arbeitszeit zum Fenster hinausgeworfen, sondern hier wird dem jungen Architekten auch die Freude an der Arbeit genommen. Hier liegen letztlich auch die Gründe für den Leistungsabfall der jungen Architekten gegenüber den Leistungen an der Schule.

Welche Stellung nimmt der BDA gegenwärtig zu den umrissenen Problemen ein und was erwarten die jungen Kollegen in der Zukunft vom BDA?

Die gegenwärtig wichtigste Aufgabe wäre eine wirkungsvolle Unterstützung der Planträger, gegebenenfalls durch Freistellung erfahrener Fachkollegen des BDA für diese Planungstätigkeit. Wenn es uns gelingt, hier eine gewisse Ordnung zu schaffen, haben wir gleichzeitig auch eine Basis gefunden, die es uns erlaubt, bessere Voraussetzungen für die weitere Qualifizierung der jungen Architekten zu schaffen. Diese Ausbildung muß jedoch von den jungen Kollegen selbst gemeinsam mit dem BDA organisiert werden. Der BDA muß zum Träger einer kontinuierlichen Weiterbildung der jungen Architekten werden. Dazu gehört auch, daß uns die älteren Kollegen ruhig einmal eine verantwortungsvollere größere Aufgabe zur selbständigen Lösung übertragen.

Ein solches nachahmenswertes Beispiel ist im VEB Hochbauprojektierung Neubrandenburg geschaffen worden. Hier erarbeitet ein junges Kollektiv das Ausführungsprojekt für das Kulturzentrum Neubrandenburg nach einem Ideenentwurf der Genossin Dullin. Ich bin mit 30 Jahren das älteste Mitglied dieser Brigade.

Wir sind unserer Betriebsleitung sehr dankbar, daß sie uns so großes Vertrauen geschenkt hat, und wir wünschen uns, daß noch mehrere solcher Beispiele in der DDR geschaffen werden.

In unserer Arbeit versuchen wir nicht nur im Bauen neue Wege zu gehen, sondern auch neue Beziehungen zum Bauherrn herzustellen. Wir haben unser Büro deshalb im Zentrum in der Nähe der Baustelle eingerichtet. Unsere neuesten Arbeitsergebnisse stellen wir in Form von Skizzen, Materialproben usw. aus und lassen so den Bauherrn mitentscheiden, wie das Gesicht unseres Kulturzentrums aussehen soll.

Das Interesse der Bevölkerung am Projektierungsgeschehen ist sehr rege. Wir vermuten, daß es auch in anderen Städten der DDR so ist. Deshalb fragen wir uns, warum popularisiert der BDA den Wiederaufbau unserer Zentren und andere städtebauliche Probleme nicht mehr in der Öffentlichkeit?

Warum sprechen wir nicht im Rundfunk über bauliche Fragen bei der Gestaltung des neuen Dorfes?

Warum nutzen wir so wenig die ausgezeichneten Möglichkeiten des Fernsehens? Wir wissen doch, daß unser Fernsehprogramm auch im Westen sehr beliebt ist. Hier ergeben sich ausgezeichnete Möglichkeiten, unseren sozialistischen Wohnungsbau und die dabei erzielten Fortschritte dem Wohnungsbau des Kapitalismus gegenüberzustellen oder unsere Montagebauweisen zu demonstrieren, die in einem solchen Umfange im Kapitalismus undenkbar sind.

Eine große Bedeutung für unsere fachliche Weiterbildung kommt ohne Zweifel unserer Fachzeitschrift „Deutsche Architektur" zu. Der bisherige Charakter der Zeitschrift ist mehr registrierender als anleitender Art. Wir wünschen uns eine Zeitschrift, die aktuell und vielseitig ist, die die Erkenntnisse der internationalen Bauforschung veröffentlicht, aktuelle Bauaufgaben bespricht, die Wettbewerbe nicht nur ausschreibt, sondern auch auswertet.

Es müßte möglich sein, ab und zu den Chefarchitekten einer großen Stadt des Auslandes wie Moskau, Prag, Budapest, Warschau, Peking zu einem Artikel über spezielle Fragen beim Aufbau dieser Städte zu verpflichten.

Unsere Zeitschrift sollte neben den Detailblättern auch eine kleine Entwurfslehre veröffentlichen etwa in der Art, wie Professor Siegel sein bekanntes Buch über Strukturformen aufgebaut hat, selbstverständlich unter

Berücksichtigung des Faktors Industrialisierung. Wir glauben, daß wir durchaus Professoren an unseren Hochschulen haben, die etwas Gleichwertiges, wenn nicht gar Besseres schaffen können.

Ich denke dabei aber auch an solche Veröffentlichungen, wie sie das Buch „Wir bauen eine neue Stadt“ von Professor Henselmann darstellt.

Die Versammlungstätigkeit alten Stils sollte aufgehoben werden. Wir wollen nicht zu Versammlungen gehen, sondern zu Diskussionen, bei denen mit Feuer und Temperament die Probleme einer sozialistischen Architektur erörtert werden. Für diese Diskussionen scheinen uns die Betriebsgruppen, die in der Regel aus kleineren Einheiten bestehen, der geeignetste Rahmen zu sein.

Die Vortragstätigkeit sollte ebenfalls aktueller und vielseitiger werden.

Für die Entwicklung der jungen Architekten ist ein Vortrag über zeitgenössische Malerei und Musik genauso notwendig wie ein Vortrag über statische Probleme beim Bau einer interplanetarischen Station.

Bauwerke und Städte sind räumliche Gebilde, die, in die Ebene der Photographie gebracht, nicht immer den richtigen Eindruck vermitteln. Deshalb sollten wir uns mehr an Ort und Stelle begeben, um zu lernen — also mehr Exkursionen, Wochenendfahrten an die Brennpunkte des Baugeschehens innerhalb der DDR. Die Organisation dieser Fahrten sollte in der Hauptsache von den einzelnen Betriebsgruppen übernommen werden.

Die bisher vom BDA angebotenen Reisen ins Ausland sind für einen jungen Architekten zu teuer. Bitte, vergessen Sie nicht, daß die meisten Kollegen im Alter zwischen 25 und 30 Jahren eine Familie gründen. Es müßte möglich sein, solche Fahrten auf Touristenbasis im Austausch mit den jungen Architekten anderer sozialistischer Länder zu organisieren.

Eine weitere Möglichkeit, den jungen Architekten weiterzubilden, können sinnvoll ausgeschriebene Wettbewerbe sein. Solche Wettbewerbe zwingen nicht nur den Teilnehmer, sich eingehend mit einem bestimmten Problem zu beschäftigen, sondern sie bieten auch ausgezeichnete Vergleichsmöglichkeiten. Deshalb sollten wir ruhig auch bei kleineren Wettbewerben Teilnehmer aus den sozialistischen Ländern einladen, damit wir auch Vergleiche im internationalen Maßstab ziehen können. Warum hat z. B. nicht auch ein Kollektiv aus jungen Architekten am Städtebauwettbewerb in Moskau teilgenommen? Aus der „Bauwelt“ erfahren wir, daß Tunesien einen Wettbewerb, an dem alle Länder der Erde teilnehmen konnten, ausgeschrieben hatte. Unter den ersten Preisträgern finden wir Bulgarien, Polen und die Tschechoslowakei. Wir glauben, daß die DDR auch bei solchen Wettbewerben teilnehmen sollte, da sie sicher einen Teil des großen Wettbewerbs zwischen kapitalistischem und sozialistischem Lager darstellen.

Wenn der BDA seine Aufgaben richtig erfüllen will, dann muß er auch einen gewissen Einfluß auf die Hoch- und Fachschulen haben, und zwar dergestalt, daß er die schwachen Punkte in der Ausbildung unserer Architekten, die sich ja erst nach einer bestimmten Zeit der praktischen Tätigkeit zeigen, zusammenfaßt und in Hoch- und Fachschulen weiter vermittelt. Entsprechend diesen Hinweisen könnten die Lehrpläne verbessert werden.

Es gibt einige solcher schwachen Punkte. Unsere jungen Kollegen sind z. B. in der Regel nicht gewöhnt, in der Öffentlichkeit ihre gezeichneten Ideen auch mit Worten überzeugend darzulegen. Der Architekt in unserer Gesellschaftsordnung hat aber ganz andere Beziehungen zu seinem Bauherrn als im Kapitalismus. Er handelt nicht beim Sektfrühstück mit irgendeinem Finanzgewaltigen irgendeinen Grundriß aus, sondern er plant Bauwerke, die auch noch im Kommunismus Bestand haben sollten. Dazu muß er seiner Zeit einen Schritt voraus sein und in der Lage sein, seine vorausschauenden Ideen, das Leben in der Zukunft unserer Werktätigen überzeugend darzulegen. Damit wird er gleichzeitig zu einer progressiven Kraft bei der Bewußtseinsbildung unserer Werktätigen.

Überzeugen kann jedoch nur derjenige, der selbst überzeugt ist, und hier scheint ebenfalls noch ein schwacher Punkt in der Ausbildung zu liegen. Wir sollten versuchen, das Studium der Gesellschaftswissenschaften lebendiger, blutvoller und dem täglichen Leben verbundener zu gestalten — dann wird es dem jungen Architekten auch leichter fallen, diese Argumente im täglichen Leben anzuwenden.

Ein weiterer Mangel ist die oft unzureichende Ausbildung in technologischer und ökonomischer Hinsicht.

Die unbedingt notwendige Industrialisierung des Bauwesens unter den Bedingungen des Sozialismus wird das Berufsbild des Architekten wandeln. Der Architekt der Zukunft wird seine Gestaltung aus der genauen Kenntnis der physikalischen Eigenschaften neuer Baustoffe und der sicheren Beherrschung moderner produktionstechnischer Verfahren entwickeln. Er wird also auch auf diesem Gebiete der Entwicklung voraus sein müssen und maßgeblich bestimmen, was die Maschine produziert. Damit hätten wir nicht nur industriell hergestellte, sondern auch gestaltete Bauwerke. Gegenwärtig ist es noch nicht so. Der Kran und das Betonwerk bestimmen noch zu sehr das Gesicht unserer Städte.

Liebe Kollegen, das waren einige Probleme, die die jungen Architekten bewegen. Wir hoffen und wünschen, daß dieser Kongreß zum Ausgangspunkt für die Lösung dieser Fragen wird.

Die jungen Architekten sind bereit, bei der Lösung nach besten Kräften mitzuhelfen.

Architekt Grattunder, Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident!

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Gestatten Sie, daß ich Ihnen hier kurz einige Probleme vortrage, die gegenwärtig noch bei der Arbeit am Reißbrett im volkseigenen Projektierungsbetrieb bestehen und für deren Behebung und Überwindung unser Bund besonders durch seine Anleitung beitragen kann.

Hierbei erscheint es mir wichtig, gerade auf die Arbeitsweise der kleinsten operativen und selbständigen Arbeitseinheit, des Kollektivs, einzugehen.

Ich selbst leite ein Kollektiv an, das ich 1954 ohne besonderen Auftrag von mir aus gegründet hatte, um eine neue und große Aufgabe — die komplexe Planung des Tierparks Berlin — auf einer besseren fachlichen und moralischen Grundlage zu lösen. Die in den darauf folgenden Jahren umfassendere komplexe Betrachtung der uns in der Gesamtheit gestellten Aufgaben führte dann zu der generellen Einführung der Projektierungskollektive, von denen seither viele bewiesen haben, daß sie die ihnen übertragene größere Verantwortlichkeit richtig genutzt haben.

Aber wir können angesichts der Aufgaben, wie sie uns die Industrialisierung des Bauwesens stellt und wie sie auch von den wachsenden Bedürfnissen der Wirtschaft gegeben werden, mit dem jetzigen Stand dieser Ar-

beitsstruktur in unseren Büros nicht zufrieden sein. Es müßte nunmehr ein weiterer Schritt getan werden, um aus der Vielzahl kleiner und kleinster Kollektivgruppen dort Spitzen- und Spezialkollektive herauszubilden, die mit ihren bisherigen Leistungen eine solche Förderung und Herausstellung verdienen. Damit geben wir der notwendigen Kaderentwicklung neue Impulse, indem wir uns bemühen, diese Kräfte fachlich, gesellschaftlich, moralisch und auch materiell herauszustellen. Wir würden damit auch unsere materielle Sicherheit in eine unbedingt wichtige materielle Differenziertheit auf der Grundlage des sozialistischen Leistungsprinzips und des materiellen Anreizes verbessern. Das augenblickliche Lohn- und Gehaltsgefüge hat da nach meinem Dafürhalten zu gleichmacherische Tendenzen und gibt darum ungenügend Ansporn.

Die Bildung von Spezial- und Spitzenkollektiven würde neben der Überwindung der „Handwerksarbeit" innerhalb der Projektierung das weitere Verzetteln der Kräfte verhindern, zu einer Verbesserung der Atmosphäre in unseren Büros beitragen und aus der Anonymität weitgehend herausführen. Die beste Aufgabe wird grau überschattet, wenn wir diesen Kreis nicht zielstrebig durchbrechen.

Betrachten wir die Atmosphäre in unseren Büros, so wird sie charakterisiert in den Gesprächen miteinander. Hier wird aber nicht über Architektur diskutiert, wie es unsere Aufgaben verdienten, sondern über alle möglichen Schwierigkeiten, die den Kollegen die ganze Kraft abverlangen, um sie zu überwinden. Es gibt Schwierigkeiten in der Termin- und Planerfüllung, in der Zusammenarbeit mit den Fachingenieuren, den Prüfstellen, den Baustellen, den bildenden Künstlern, es gibt Mängel in der sozialen und hygienischen Betreuung der technischen Intelligenz, und es gibt oft genug weder die unentbehrlichen Hilfskräfte und Hilfsmittel, noch ausreichend Lichtpauspapier — dafür gibt es aber oft genug noch eine schematische Behandlung der Kollegen in der Kaderpolitik auch von seiten der Kaderabteilungen und eine unlogische und völlig unkaufmännische Einstellung gegenüber tatsächlichen Spesen, Benzin- und sonstigen Unkosten.

Hier sollten die Betriebsleitungen unterstützt werden, um die notwendigen Verordnungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Und schließlich gibt es noch so eine Art Klippschulniveau — nach meinem Dafürhalten —, das in Umgang und Auswirkung würdelos ist und verändert werden muß.

Im Zusammenhang mit der Kaderpolitik gibt es noch eine Feststellung: Nach einem mir unbekannten Gesetz wird anscheinend systematisch verhindert, daß junge, frische Kräfte von den Hoch- und Fachschulen nachrücken. Wenn sich in dieser Hinsicht nichts Entscheidendes ändert, werden wir weder lebendig in den Kollektiven, noch ökonomisch in der Durchführung unserer Arbeit bleiben.

Noch eine Bemerkung zu den erwähnten Spitzen- und Spezialkollektiven. Prof. Henselmann schlug vor, die besten Kräfte bei der DBA zu sammeln, und zwar auch in der Form, daß Architekten eine Zeitlang, nämlich für die Erfüllung einer bestimmten Aufgabe, an die Akademie berufen werden. Die besten Kräfte sollten sich daher aus derartigen Kollektiven, wo sie sich verdient gemacht haben, von selbst anbieten. Auf diese Art und Weise könnten wir dann in die Tat umsetzen, was in der Grußbotschaft des Zentralkomitees der Partei von uns verlangt wird: die Schöpferkraft entfalten und die fähigsten Architekten in enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zu ganzem Können zu bringen.

Weiterhin sollten solche Leitkräfte in regelmäßigen Kolloquien bei der DBA — zusammen mit dem Ministerium für Bauwesen — unterrichtet werden über die Schwerpunkte und Zielrichtungen in der Arbeit der Projektierung.

So eine Möglichkeit sehe ich, die Verbindung von Theorie und Praxis zu verstärken und die Unsicherheit in der Ebene der Projektierungsbüros zu überwinden.

In der kräftemäßigen Zusammensetzung der Kollektive sollten wir uns auch in dieser Ebene überwinden und Spezialisten heranziehen, wie sie die Aufgaben erfordern, um damit auch zu einer neuen Art der Projektierung zu kommen.

Warum sollen wir nicht bei bestimmten Aufgaben direkt Vertreter des Auftraggebers so lange in die Kollektive nehmen, bis grundsätzliche Klarheit über Programme, Standort usw. erzielt worden ist? Ich glaube, gerade bei der Planung der Stadtzentren werden auch in der Beziehung noch viel Phantasie und Beweglichkeit von uns erwartet.

Weiterhin sollten Technologen, Wissenschaftler, bildende Künstler und andere Spezialisten dort in die Kollektive, wo die Aufgaben es verlangen.

Unser Verhältnis zu unserer obersten administrativen Instanz, dem Ministerium für Bauwesen, halte ich noch für zu unwirksam und unpersönlich, und wir sollten alle mit Hilfe des Bundes, dessen Mitglieder wir ja alle sind, besser zueinanderfinden, von unten nach oben und umgekehrt.

In unseren Büros herrscht auch in dieser Hinsicht Unklarheit, welche Zusammenhänge hier bestehen. Gerade im Sinne der Durchsetzung unserer Aufgaben und Bauwerke stelle ich mir eine bessere Verständigung als sehr fruchtbringend vor, z. B. kann man vielen Meinungen unserer Kollegen entnehmen, daß die Forderungen unseres Bauministeriums an die übrigen Zweige der Industrie nach ausreichenden Baumaterialien, neuen Baustoffen und Elementen, Maschinen und Geräten nicht eindringlich genug gestellt werden. Die Architekten auf den Baustellen finden sich zu oft ab mit ersatzweisen Konstruktionen und Baustoffen, auf deren Qualität sie gar keine Einwirkung haben, müssen aber dafür später von der Öffentlichkeit nicht selten Vorwürfe wegen mangelhafter Verantwortlichkeit in der Arbeit einstecken. Es gibt — glaube ich — andere Berufsgruppen, die hierbei zum Nutzen der Gesamtheit konsequenter bleiben.

Wir investieren meines Wissens zur Zeit etliche Heizungsprovisorien, um die berechtigte Forderung der Hygiene im Städtebau nach zentralbeheizten Komplexen in den Städten erfüllen zu können. Es müßte doch an der Zeit sein, zusammen mit den Wissenschaftlern auch eine Perspektive in dieser Beziehung zu erarbeiten: Wie wird man beispielsweise die Atomenergie in zehn Jahren hierfür einsetzen können? Wir jedenfalls sehen und hören von solchen Überlegungen nichts.

Oder — unsere Regierung bewilligt enorme Mittel, um bestimmte Forschungsinstitute und Produktionsbetriebe in ihrer Nutzbarkeit zu steigern. Wie aber sieht die Nutzung für den Sektor Bau aus? So wird z. B. in den Stickstoffwerken Piesteritz der sehr leichte und durchsichtige Kunststoff Piacryl hergestellt. Es sind auch Vorrichtungen für die Produktion größerer Tafeln vorhanden, die aber nicht in Anspruch genommen werden; angeblich liegen keine Anforderungen vor. Die Materialbasis ist da, die Verarbeitungsmöglichkeit fehlt jedoch, ganz zu schweigen von der Propagierung dieser Dinge. Im Alleingang haben wir nun einen interessierten Betrieb gefunden — und Sie wissen, daß dies nicht ohne weiteres gegeben ist —, der uns aus diesem Material Oberlichtkuppeln über zwei Meter

Durchmesser herstellen wird, deren Wert für flachgedeckte Gebäude mit größerer Tiefe bekannt sein dürfte.

Ein anderes Beispiel: Das Baustoffinstitut in Weimar ist für jeden Suchenden eine Fundgrube. Durch zufälligen Kontakt über die Deutsche Bauausstellung haben wir dort das Schaumsilikat ausgegraben und erhalten — ähnlich wie in dem vorangegangenen Beispiel — die ersten bewehrten Dachplatten. Senkung der Baugewichte, Verbesserung der Dammfähigkeit und Verwendung reichlich vorhandener Rohstoffbasen sind das Ergebnis.

Das gleiche müßte bei glasfaserverstärktem Polyesterharzen geschehen — und geschieht vermutlich noch immer nicht, obwohl wir die Rohstoffe dazu im Lande haben und andererseits verzweifelt nach witterungsbeständigen Materialien suchen.

Ich glaube, wir hätten viel früher sagen sollen, wo uns die Sorgen quälen, und der Bund muß einfach wirksamer als bisher solche Forderungen weitertragen. Dazu gehören auch die Fragen des allgemeinen und speziellen Schallschutzes, der uns in eindringlicher Weise immer wieder vom Kollegen Eichler erläutert wird. Auch hier wird mal der Fachmann — d. h. wir — Stellung beziehen müssen und sollte deshalb schon jetzt stark genug sein, damit verbundene Fragen der Kosten usf. konsequent zu lösen.

Schließlich gestatten Sie mir noch zwei Bemerkungen über unser Verhältnis zum obersten theoretischen Organ, der DBA. Wir erwarten von ihr die Leitung der Architekturdiskussion. Leider ist im Anschluß an die Theoretische Konferenz der DBA auf diesem Kongreß keine Fortsetzung einer solch klaren Einschätzung erfolgt; sicher lag dies an der Themenbeschränkung. Wohl hätte aber im Zusammenhang mit dem Aufbau z. B. des Stadtzentrums Berlin einiges konkreter gesagt werden können. Mein persönlicher Eindruck ist der, daß zur Zeit von einer komplexen Betrachtung des Abschnittes der Straße Unter den Linden sowie des Marx-Engels-Platzes kaum die Rede sein kann und wir daher alle — wie im Hauptreferat erwähnt — die Verpflichtung haben, hierzu konstruktive Diskussionen zu führen.

Und noch eine Bitte: die in dem Hauptreferat unseres Präsidenten erwähnten Preise für die besten Grundprojekte auch auf gesellschaftliche Bauten zu erweitern und als Auszeichnung dafür etwa eine 14tägige Reise an die Stätten alter und neuer Baukunst im In- und Ausland zu ermöglichen.

Dipl.-Ing. L. Herzenstein, Berlin

Ich möchte heute über einiges aus der Praxis eines Stadtplaners in einem Stadtbezirk berichten in bezug auf die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und mit den Plan- und Investitionsträgern.

Über die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ist schon viel gesprochen und geschrieben worden, deshalb möchte ich mich hier nur auf zwei Erscheinungen in unserer Zusammenarbeit beschränken, und zwar:

1. Hilfe der Bevölkerung bei der Durchsetzung der städtebaulichen Prinzipien und
2. Fälle, in denen wir, die Stadtplaner, der Bevölkerung unsere Hilfe schuldig geblieben sind — leider schuldig geblieben sind —, weil wir nicht helfen konnten.

Im allgemeinen hat die Diskussion mit der Bevölkerung gezeigt, daß sie einer der besten Verbündeten der Stadtplanung ist. Wenn ich von Verbündeten spreche, so setzt das einen Kampf voraus, und tatsächlich gibt es einen Kampf. Es ist nicht in Ordnung, daß es ihn gibt, aber es ist tatsächlich so.

In einer Stadt, wie Berlin, die schrittweise rekonstruiert wird, sieht es so aus, daß einzelne Plan- und Investitionsträger ihre Bauvorhaben dem Stadtplaner des Stadtbezirks melden, und er hat die Aufgabe, sie in die städtebauliche Ordnung einzufügen. Plan- und Investitionsträger können Betriebe, aber auch Fachabteilungen des Rates oder sonstige Organe sein. Diese haben aber meistens nicht die Gewohnheit des Stadtplaners, die Dinge in Zusammenhang und zeitlich veränderlich zu sehen. Hier entsteht der Konflikt: die notwendigen Auflagen der Stadtplanung werden nicht immer verständnisvoll aufgenommen.

Für einen Betrieb, der verständlicherweise zuerst seine volkswirtschaftliche Aufgabe, seine Produktionsauflage sieht, ist es manchmal unbequem, Auflagen der Stadtplanung zu erfüllen. Er wehrt sich also dagegen; nicht immer, aber es kommt vor. Ähnlich ist es bei den Fachabteilungen: Wenn beispielsweise bei Folgeeinrichtungen in einem Wohnkomplex mehrere Planträger auftreten, dann hat es auch da manchmal einen Kampf und Schwierigkeiten gegeben, wenn eine gemeinsame Heizanlage in einem der Gebäude für verschiedene Planträger vorgesehen werden sollte.

So paradox es auch klingt, gab es einen jahrelangen Kampf zwischen der Wirtschaftsplanung und der Stadtplanung. Auch das ist ganz und gar nicht in Ordnung. In vielen Fällen gelang es zwar, eine gute Abstimmung durch Absprache zu erreichen. Man hat die Vorteile und Nachteile abgewogen und kam zu einer Vereinbarung. Das war aber nicht immer so. Dieser Zwiespalt ist paradox, denn die ökonomische Planung und die Stadtplanung haben ja dasselbe Ziel, sie gehen nur verschiedene Wege. Die Wirtschaftsplanung hat in erster Linie die Unterstützung der Industriebetriebe, der Produktionsbetriebe gesehen, während die Stadtplanung darauf ausgerichtet war, die unmittelbaren Interessen der Bevölkerung, insbesondere in den Wohngebieten, zu vertreten — und da gab es eben Konflikte. Das hat sich zuweilen so ausgewirkt, daß die Wirtschaftsplanung — Plankommission oder Wirtschaftsrat — uns störende Betriebe in die Wohngebiete hereingesetzt hat und wir es nicht ändern konnten. Ein häufiges Streitobjekt ist auch der Bau von Folgeeinrichtungen in den Wohngebieten. Oft konnten dringend notwendige Folgeeinrichtungen nicht gebaut werden. Es ist uns klar, daß man im Augenblick noch nicht ohne gewisse Disproportionen auskommen kann. Aber über die Frage, wie weit die Disproportionen zulässig sind, das heißt, welche Folgeeinrichtungen sofort gebaut werden müssen, waren wir mit der ökonomischen Planung verschiedener Meinung. Und hier setzt die aktive Hilfe der Bevölkerung ein.

Die Bevölkerung ist es, der es zuerst gelang, den Bau von dringend notwendigen Folgeeinrichtungen durchzusetzen. Was den Stadtplanern nicht gelungen war, gelang der Bevölkerung.

Es ist schon etliche Jahre her, daß die Bevölkerung erstmalig den Bau von Läden erzwang und damit einen Qualitätssprung erreichte. Das war in der Ostseestraße. In der leidigen Frage der Waschhäuser war es ebenfalls die Bevölkerung, die eine Lösung erzwang. Dieser Kampf ist schon alt, er begann bereits beim ersten Abschnitt der Stalinallee 1952. Die geforderten Waschhäuser wurden von der ökonomischen Planung nicht aufgenommen. Erst als die Häuser bezogen waren und die Balkone in der Stalinallee sich mit Girlanden schmückten, wonach die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit über

das Fehlen der Waschhäuser äußerte, wurden nachträglich die Mittel zur Verfügung gestellt und die Waschhäuser gebaut.

Es ist so, daß die Hilfe der Bevölkerung eigentlich auch zu erwarten ist, denn die Stadtplanung vertritt ja an und für sich ihre unmittelbaren Interessen. Wir sind auch bemüht, die Bevölkerung zur Mitarbeit heranzuziehen. Das können wir aber nicht in dem Maße, wie wir es wollen, einfach, weil wir es kapazitätsmäßig nicht schaffen, die notwendigen Vorarbeiten zu leisten.

Und damit komme ich zum zweiten Thema. Die Pflicht der Diskussion mit der Bevölkerung über Bauten ist gesetzlich festgelegt. Der Plan- bzw. Investitionsträger ist verpflichtet, sie durchzuführen. Das wird aber nicht immer durchgeführt. Zuweilen unterbleibt die Diskussion ganz, zuweilen werden Scheindiskussionen geführt. Ich möchte ein kleines Beispiel anführen, das aber sehr typisch ist: Die Volkseigene Wohnungsverwaltung beabsichtigt, auf einem Wohngrundstück, auf dem 2. Hinterhof, der begrünt ist, vor den Fenstern eines Quergebäudes mit Wohnungen, einen freistehenden Schornstein zu bauen; wir schalten einen Heizungsfachmann ein, um die Möglichkeit einer anderen Lösung zu überprüfen, und machen die Zustimmung von einer Diskussion mit den betroffenen Mietern abhängig. Das Nächste, das wir darüber erfahren, ist ein Schwarzbau. Der Schornstein ist ohne Abstimmung mit dem Heizungsfachmann, ohne Diskussion mit den Mietern, ohne Bauschein begonnen worden und steht schon vier Meter hoch vor den nach Süden gerichteten Wohnungsfenstern. Nun hat aber die Sparkasse die Kredite gesperrt, da ja keine Baugenehmigung vorliegt, und somit ist der Investitionsträger gezwungen, die Auflagen zu erfüllen.

Und jetzt kommt die Scheindiskussion. Er spricht nicht mit den betroffenen Mietern, sondern mit der Hausgemeinschaftsleitung, die im Vorderhaus sitzt und die Mieter des Quergebäudes nicht einschaltet. Ergebnis: verständliche Verärgerung der Betroffenen. Hier hätten wir uns als Stadtplaner früher einschalten müssen, denn wir haben schon ein Gefühl dafür, wo etwas schiefgehen kann. Wir sind aber kapazitätsmäßig einfach zu schwach dazu, um überall zu helfen, wo es notwendig ist.

Eine Verärgerung der Bevölkerung entsteht auch oft durch irreführende Pressemeldungen. Die Presse bringt einen Artikel: Da und da wird dann und dann das und das gebaut. Das stimmt aber nicht. Es wird nicht gebaut, kann auch nicht gebaut werden. Die Meldung ist nicht mit den sachkundigen Organen abgestimmt. Ergebnis: Verärgerung der Bevölkerung. Wir müssen ihr nachträglich erläutern, weshalb der Bau nicht ausgeführt werden konnte.

Wir müßten unsere Augen und Ohren überall haben, aber dazu sind wir — ich wiederhole — zu schwach.

Nun kommt die Kaderfrage. Die Referate Stadtplanung in den Stadtbezirken sind besetzt mit ein bis vier Mann. Vier ist schon Luxus, und das dauert meistens nicht lange, denn die Abwanderung ist sehr stark, und zwar zu den Projektierungsbetrieben und Produktionsbetrieben. Nun haben wir etwa 300 Eingänge pro Quartal, das bedeutet, daß 300 verschiedene Objekte auf unseren Tisch kommen, die stadtplanerisch bearbeitet werden müssen. Zwar können einige auch in fünf Minuten erledigt werden, andere brauchen aber Wochen, um Verhandlungen zu führen und behandelt zu werden. Das schaffen wir mit einem bis zwei, drei Mann kaum.

Das klingt alles ziemlich pessimistisch, ist es aber nicht. Vor kurzem wurde auf der 12. Tagung des Zentralkomitees darüber gesprochen, daß die Vorbereitung der Investitionen verbessert werden muß. Wenn jetzt konkrete Maßnahmen dafür ausgearbeitet werden sollen, so hoffe ich, daß dieser kurze Bericht aus der Praxis eines Stadtbezirks etwas Material dazu liefern kann.

Auf der 12. Tagung des ZK wurde auch erwähnt, daß die Bauämter verstärkt werden müßten. Ich glaube, daß das kaum ohne Änderung der Kadersituation zu machen ist. Je stärker die Stadtplanung ist, um so besser werden auch die Investitionen vorbereitet, denn die Planträger weigern sich nicht böswillig, die Investitionen richtig vorzubereten, sondern oft aus Unkenntnis und Unbeholfenheit. Auch da müssen wir helfen. Ich glaube, daß wir dann erreichen könnten, daß die Bauten besser vorbereitet werden und dann die Bauausführung besser abläuft.

Ich möchte noch mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß zuwenig Frauen als Architekten und Stadtplaner tätig sind. Ich glaube, es würde weniger Beanstandungen an ausgeführten Bauten geben, wenn mehr Frauen bei der Typenprojektierung von Wohnhäusern und Folgeeinrichtungen von Wohngebieten tätig wären. Es sind einige Kleinigkeiten zu berücksichtigen. Einiges von dem, was der Architekt erst in der Schule lernt, weiß die Architektion schon von vornherein. Auch bei der Stadtplanung, besonders bei der Bearbeitung von Wohngebieten, wäre es von Vorteil, wenn mehr Frauen hier tätig wären. Das sind kleine Hinweise, die vielleicht bei der Ausarbeitung von konkreten Maßnahmen nützlich sein können, die jetzt auf Grund dessen, was auf der 12. Tagung des Zentralkomitees besprochen wurde, zu erwarten sind.

Architekt Bergner, Berlin

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das sehr gründliche und sehr vielseitige Hauptreferat, das sich mit so gut wie allen Fragen der Architektur und des Bauwesens auseinandergesetzt hat, hat ein Gebiet keines Blickes gewürdigt, das der Innenarchitektur. Auch in der Beratung der Arbeitsgruppe gehörte es nicht zum Kreis der zur Diskussion stehenden Themen. Überhaupt ist es seit einigen Jahren darum so still geworden, daß die früheren heftigen Kämpfe darum schon fast zum lieben Erinnerungsgut der Veteranen vom Fach geworden sind. (Heiterkeit)

Vor dem V. Parteitag erschien dieses Gebiet so wichtig, daß einige große Konferenzen darüber durchgeführt worden sind. Seitdem ist das Interesse daran so gut wie erloschen, wenigstens beim BDA, wie es scheint, wenn auch nicht beim Bauherrn, der Bevölkerung, die sich nach wie vor für das Innere ihrer Gebäude mehr interessiert als für das Äußere.

Die umfangreiche Aufgabe, die vom Siebenjahrplan allein dem Wohnungsbau zugewiesen wird, ruft natürlich zunächst alle die Kräfte an die vorderste Front, die imstande sind, sie rein quantitativ zu bewältigen. Mit vollem Recht, denn vor der Frage „Wie sehen die Wohnungen aus?“ steht die andere „Mit welchen Mitteln und Methoden ist es zu bewerkstelligen, diese große Anzahl von Wohnungen in dieser kurzen Zeit zu errichten?“

Zweifellos ist es das Primäre, Baumaterialien, Baumaschinen und Technologien zu entwickeln, mit denen die Arbeitsproduktivität so gesteigert werden kann, daß die kolossalen Aufgaben des Siebenjahrplans erfüllt werden, und zweifellos gewinnen die Probleme der

B a u p r o d u k t i o n dabei eine so überragende Bedeutung, daß die Forderungen, die an das B a u p r o d u k t gestellt werden, mit dieser Produktionsweise in Übereinstimmung gebracht, formuliert und vertreten werden müssen, wenn sie nicht in Gefahr geraten wollen, zum bloßen Resultat rein produktionsbedingter Überlegungen zu werden.

Das primäre Produkt aller Bautätigkeit aber ist nicht das Wohnhaus, auch nicht das städtebauliche Ensemble, sondern die Wohnung, der Laden, die Gaststätte, der Klubraum, das Klassenzimmer. Gebaut wird, um Innenräume und Ensembles von Innenräumen zu schaffen, aus keinem anderen Grund, und die höhere oder geringere Qualität eines Typenprojektes ist primär die höhere oder geringere funktionelle und ästhetische Qualität seiner Innenräume, ihrer Proportionen, ihrer Anlage, ihrer Zueinanderordnung, ihres Ausbaues und ihrer Ausstattung.

Die Probleme, die durch die riesige Zahl der zu bauenden Wohnungen gestellt wurden, nahmen alle Kräfte dermaßen in Anspruch, daß die Probleme, die diese Wohnungen selbst stellen, eine Zeitlang dahinter fast verschwanden. Die Sorge darum reduzierte sich auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Wohnungsgrößen, Zimmeranzahl und Möbelstellflächen. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß für die bisherigen TW- und IW-Typenserien, nachdem schon seit Jahren danach gebaut wird, nachträglich Schrankeinbauten in den Schlafräumen projektiert werden mußten. Offenbar ist man sich darüber klargeworden, daß eine Typenwohnung ohne Schrankeinbau nicht funktionstüchtig ist. Es blieben einige übrig, bei denen das absolut nicht mehr möglich war. Es sollte heute eigentlich keine Wohnung mehr ohne ausreichenden Schrankeinbau und ohne voll eingerichtete Küche gebaut werden.

Auf einer Tagung der Gruppe Entwicklung und Gestaltung bei der Staatlichen Plankommission, die sich mit der Perspektive der Möbelproduktion beschäftigte, ist neulich versucht worden, den voraussichtlichen Bedarf in Beziehung zu der voraussichtlichen Produktionskapazität zu setzen. Dabei zeigte sich, daß diese Produktionskapazität der Möbelindustrie voll und ganz mit Möbeln für den Bevölkerungsbedarf ausgelastet ist und sein wird. So klar wir uns darüber sind, daß die zukünftigen Wohnungen mit Einbauten ausgestattet sein müssen, so unklar ist es, wer sie fertigen soll — die Möbelindustrie jedenfalls nicht. Es sind ja auch weniger Möbel aus Bauelemente.

Die Lebensgewohnheiten verändern sich. Betätigungen, besonders während der Freizeit, die wir noch gewohnt sind, dem Bereich des persönlichen Lebens, dem der Wohnung einzuordnen, werden sich auf die Ebene des gesellschaftlichen Lebens verlagern — noch nicht heute, aber morgen. Und diesen Veränderungen des alltäglichen Lebens muß das, was wir heute bauen, nicht nur genügen, es muß mithelfen, sie hervorzurufen und zu beschleunigen.

Mit der Verkürzung der Arbeitszeit wird das kulturelle Leben an Breite außerordentlich zunehmen, und es wird sich zum überwiegenden Teil außerhalb der Wohnung abspielen, und es wird nicht nur einen sehr umfangreichen Teil des Lebens bilden, sondern auch einen sehr intensiven. Von hier aus müssen auch die Impulse ausgehen zur Gestaltung des persönlichen Bereichs, des Lebens in der Wohnung — nicht umgekehrt. Hier liegen reiche Möglichkeiten zur progressiven kulturellen Entwicklung, und sie liegen brach, unerkannt und ungenützt.

Die Kulturkonferenz hat sich mit Kunst und Literatur beschäftigt, mit Tanzmusik und Conférence, ohne der Tatsache zu gedenken, daß noch längst nicht alle Menschen ein Varieté und noch weniger ein Konzert oder ein Museum besuchen, aber alle eine Umgebung mit Tapeten, Möbeln, Vorhängen, Lampen und Geschirr haben. Sie hat beraten, wie man den westlich dekadenten Einflüssen, die unsere Kulturentwicklung bedrohen, in Film und Bühne entgegentreten kann, aber nicht beachtet, was für einen Tummelplatz sie sich z. B. in den Schaufenstern der Verkaufsstellen für Hausrat geschaffen haben. (Beifall)

Zur allseitigen sozialistischen Bildung führen viele Wege, u. a. auch der über den nachhaltigen Einfluß, den die alltägliche Umgebung ausübt. Und hier ist das Beispiel, das von gesellschaftlich genutzten Räumen ausgeht, von entscheidender Bedeutung. Die Sorglosigkeit, mit der z. B. die Ausgestaltung des Speisesaals im Ministerium für Bauwesen dem Malerpinsel überlassen wurde —, des Speisesaals, der von Mitarbeitern des höchsten Organs in allen Fragen des Bauens genutzt wird — eins von tausend Beispielen, zeigt deutlich, wie wenig man sich selbst bei uns der Tragweite einer solchen auch ideologischen Frage bewußt ist.

Das Interesse der Bevölkerung an den Fragen der Raumausstattung ist überaus große. Jede Schrift darüber ist in kurzer Zeit vergriffen. Die einzige Zeitschrift dieser Art hat eine Auflagenhöhe von 100 000 Exemplaren. Aber was nützt das, wenn die ratsuchenden Leser im Kulturraum ihres Betriebes oder in ihrem Ferienheim die Stühle, Lampen und Gardinen finden, die eben gerade zu haben waren, zusammengestellt wie es gerade kommt. Gerade hier müßte ihnen mit aller Anschaulichkeit vor Augen geführt werden, wie schön und zweckmäßig man sich das Leben einrichten kann. Das wäre ein besseres Lehrmaterial als alle Filme, Vorträge und Veröffentlichungen über Raumgestaltung. Wir können nichts Besseres tun, um unseren Menschen das sozialistische Gemeinschaftsleben anziehend zu machen, als ihnen einen Klubraum, ein Gastzimmer zu bieten, wo sie sich besser aufgehoben fühlen als bei sich zu Hause und wo sie lernen, sich auch ihre Wohnungen einzurichten.

Wir sehen also, welche Bedeutung der Innenarchitektur innerhalb der gesamten Architektur zukommt. Diese Bedeutung scheint von allen anderen Stellen eher erkannt zu werden als von den Projektierungsbüros.

Eine Handelsorganisation verlangt allein in diesem Jahr 15 Innenarchitekten mit Hochschulabschluß von der Hochschule Halle, die im ganzen nur fünf hat — die Projektierungsbüros dagegen haben fast überhaupt keine Planstellen. Die wenigen Innenarchitekten sitzen gewöhnlich auf der Planstelle eines Hochbauers. Der beim Handel angestellte Innenarchitekt hat aber natürlich keinen Einfluß auf die Projektierung, er hat hinzunehmen, was er von ihr bekommt, hat es also nicht mehr mit den Räumen selbst zu tun, sondern nur noch mit ihrer Ausstattung, mit Farben, Stoffen und Einrichtungsgegenständen.

Es fehlt auch an Spezialprojektierungen für die Einrichtung gesellschaftlicher Bauten. Die Entwurfsbüros der Möbelindustrie befassen sich im wesentlichen nur mit der Entwicklung von Wohnmöbeln für den individuellen Bedarf, also weder mit Einbauelementen, noch mit den Möbelprogrammen für Verwaltungsgebäude, Hotels, Gaststätten, Büroräumen usw., die einer sehr fundierten Bearbeitung bedürfen. Das Ziel muß aber sein, in all diesen Kategorien zu Standards zu kommen. Es fehlt weiter an der Produktionskapazität dafür. Die aus der Rekonstruktion resultierende Produktionssteigerung der Möbelindustrie kommt voll und ganz dem Bevölkerungsbedarf zugute. Nur für Schuleinrichtungen besteht eine spezielle Produktion.

Von den vielen und vielseitigen Problemen konnten

hier nur einige wenige angedeutet werden, die wir der Aufmerksamkeit des Kongresses empfehlen. Das Gebiet ist so groß geworden und hat sich so differenziert, daß die einzelnen Spezialkräfte so gut wie keine Verbindung mehr miteinander haben. Um diese notwendige Verbindung wieder herzustellen, ist beim BDA die Fachgruppe Innenarchitektur und Ausbau gebildet worden, in deren Namen ich auch spreche, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die auf den verschiedenen Spezialgebieten Tätigen zusammenzuführen und Fragen von gemeinsamem Interesse gemeinsam zu erörtern. Wir haben eine Aufgabenstellung und einen Arbeitsplan aufgestellt, die auf der nächsten Zusammenkunft beraten werden sollen.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der Anfang zu einer fruchtbaren Gemeinschaftsarbeit zwischen Wohnungsbau, gesellschaftlichem Bau und Raumausstattung gemacht ist. Dasselbe gilt für die Möbelindustrie. Hier sind schon gute Ergebnisse erzielt worden. Der Weg, den wir gehen, ist der richtige. Je konsequenter wir ihn verfolgen, um so eher werden wir das Ziel erreichen, den Menschen unserer sozialistischen Gesellschaft die günstigsten Bedingungen für ihre Arbeit und für ihr Leben zu schaffen.

Professor Magritz

Genosse Professor Henselmann hat in das Feuer der Kritik, das seit der Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie entfacht worden war, vorgestern noch eine Ladung Kohlen hineingeschaufelt. Das ist nicht schlecht, denn Genosse Professor Henselmann weiß aus eigener Erfahrung, daß im Feuer der Kritik und Selbstkritik der Stahl gehärtet wird, daß er federnd, elastisch und widerstandsfähig wird. Was die unmittelbaren Mitarbeiter unserer Redaktion betrifft — sie bestehen einschließlich meiner Person aus drei Redakteuren — so haben sie daraus eine Reihe von Schlußfolgerungen gezogen, die dazu beitragen können, die Forderungen der Theoretischen Konferenz zu erfüllen: die prinzipielle ideologische Linie unserer Zeitschrift zu festigen und die praktischen Aufgaben unserer Architektur lösen zu helfen.

Die Kritik, die an unserer Zeitschrift geübt wurde, läßt sich in folgenden Forderungen zusammenfassen:

1. Schaffung einer schöpferischen Atmosphäre für einen Meinungsstreit. Nicht nur einzelne abgeschlossene Arbeiten sollten veröffentlicht werden, sondern Projekte, die sich noch in der Entwicklung befinden. Die Probleme sollten nicht abstrakt und im einzelnen, sondern in der Verbindung mit der Praxis und im Komplex dargestellt werden. Das Hauptinteresse ist dabei auf die gestalterischen Probleme zu konzentrieren, die sich aus dem industriellen Bauen und den neuen sozialistischen Beziehungen zwischen den Menschen ergeben.

   Dabei sollten vor allem auch die jungen Architekten und die Leistungen unserer Frauen und unserer Bauarbeiter und Neuerer behandelt und gewürdigt werden.

   Eine enge Verbindung der Zeitschrift zur Bauindustrie, insbesondere zur Beton- und Baustoffindustrie, soll hergestellt werden, und das muß sich vor allem in den Detailblättern niederschlagen.
   Die Typografie sollte moderner gestaltet werden.

2. Die großen Anregungen, die uns aus der Entwicklung der Architekten der UdSSR und der anderen Länder des sozialistischen Lagers zufließen, sollten genutzt werden. Vor allem die Ergebnisse der Allunions-Städtebaukonferenz von Moskau im vorigen Jahr.

3. Die technischen Fortschritte aus den kapitalistischen Ländern sollten für unsere Sache ausgenützt werden.

I. Welche Maßnahmen hat die Redaktion durchgeführt, um diese Forderungen schnellstens zu erfüllen?

II. Wie wurde die Redaktion dabei von der Deutschen Bauakademie und dem Bund Deutscher Architekten, den beiden Herausgebern der Zeitschrift, unterstützt?

I.

1. Vorbereitung einer großen Publikation über den Aufbau des Zentrums von Berlin. Die Arbeiten unserer Architekten werden am 20. Mai dieses Jahres so weit abgeschlossen sein, daß eine Veröffentlichung in Heft 8/1961 unserer Zeitschrift erfolgen kann. Im gleichen Heft wird ein umfangreicher Artikel über die Entwicklung des sozialistischen Gemeinschaftslebens in den neuen Hallenser Wohnkomplexen veröffentlicht.
2. Der Einfluß des industriellen Bauens auf die Oberflächengestaltung unserer Architektur, vor allem bei der Großplattenbauweise und der Großblockbauweise. Veröffentlichung in Heft 6/7 1961. Die Materialien, die uns hierbei zugegangen sind, beweisen das außerordentliche Interesse unserer Architekten an dieser Frage, und sie sind so umfangreich, daß wir ein Doppelheft vorsehen mußten.
3. Die Würdigung der Arbeit unserer Frauen an praktischen Beispielen.
   Bereits im Heft 1 veröffentlichten wir die Arbeit unserer Kollegin Dullin über die Gestaltung des Zentrums von Neubrandenburg und einen Artikel von Jutta Anders über Schwedt. Eine zusammenfassende Darstellung über die Leistungen unserer Kolleginnen brachten wir im Heft 3 unserer Zeitschrift, das Ihnen heute vorliegt.
4. Der Vorschlag, die Arbeit unserer jungen Architekten zu würdigen, hat in unseren VEB Hochbauprojektierung und VEB Industrieprojektierung großen Anklang gefunden. Die Veröffentlichung wird im Heft 9 erfolgen.
5. Zur Verbesserung der Detailblätter wurde ein Vertrag mit Typro und der Technischen Hochschule Dresden geschlossen.
6. Zur Neugestaltung der Typografie unserer Zeitschrift wird ein Wettbewerb unter den Architekten ausgeschrieben werden.
7. Eine Reihe von Veröffentlichungen über die Entwicklung der Architektur in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern wurde vorbereitet.
   a) Der Pionier-Palast in Moskau ist bereits im Heft 3/1961 erschienen,
   b) für den Wettbewerb des Moskauer Südwestbezirkes wird im Heft 4/1961 eine umfangreiche und kritische Einschätzung durch Kollegen Dr. Straßenmeier gegeben werden,
   c) für die Erweiterung Leningrads ist ein Artikel im Heft 6/7 vorgesehen,
   d) für den Wettbewerb von Tunis ist ebenfalls eine Veröffentlichung im Heft 6/7 vorgesehen,
   e) für die Entwicklung der Raumzellenbauweise in der UdSSR befindet sich ein umfangreicher Arti-

kel von der Kollegin Krishanowski für Heft 8 in Bearbeitung,

f) einen Beitrag zur Gaststättenkultur in der CSSR werden Sie im Heft 5 finden,

g) über die Oberflächenbehandlung von Großplatten in der UdSSR werden wir im Heft 6/6 berichten,

h) die Entwicklung der Seil- und Schalenkonstruktionen im kapitalistischen Ausland und bei uns werden Sie im Hef 5 finden,

i) ein Beitrag und eine kritische Einschätzung über Brasilia ist für Heft 9 in Vorbereitung.

Das sind einige der Maßnahmen, die von unserer Redaktion eingeleitet werden konnten.

II.

Was die zweite Frage anbelangt, nämlich die Hilfe der Deutschen Bauakademie und des Bundes Deutscher Architekten, so handelt es sich um die zehn Architekten, die nach den Worten des Genossen Henselmann fähig sind, die Veränderung der Zeitschrift schneller durchzuführen. Diese zehn Architekten sollten als Vertreter des Bundes Deutscher Architekten und der Deutschen Bauakademie im Redaktionskollegium unserer Zeitschrift sein.

Was ist bei der Arbeit unseres Redaktionskollegiums herausgekommen? Und diese Arbeit war naturgemäß nach der scharfen Kritik, die an unserer Zeitschrift geübt wurde, von besonderer Dringlichkeit.

Dabei sind eine konkrete Analyse der Kritik und eine Reihe von Vorschlägen herausgekommen.
Hier einige der Vorschläge:

1. Schaffung eines Netzes von Korrespondenten in den sozialistischen Ländern. Verantwortlich: Kollege Mickin.
2. Schaffung neuer Verbindungen zu befreundeten Architekten in den kapitalistischen Ländern. Verantwortlich: Kollege Mickin.
3. Reorganisation des Redaktionskollegiums. Verantwortlich: Präsidium des Bundes Deutscher Architekten und der Deutschen Bauakademie.
4. Ausschreibung eines Wettbewerbs zur typografischen Neugestaltung der Zeitschrift. Verantwortlich: Prof. Hopp.
5. Schaffung einer Schriftleitung, in die außer einigen erfahrenen Architekten auch junge Kräfte einzubeziehen sind. Termin: 25. Februar 1961, verantwortlich: Prof. Dr. Liebknecht.

Nach Meinung der Redaktion beanspruchen einige dieser Maßnahmen Zeit, zum Beispiel die Schaffung eines Korrespondentennetzes; aber sie sollten spätestens Mitte Mai abgeschlossen sein.

Das gilt aber nicht für die Reorganisation des Redaktionskollegium, die die Redaktion schon seit länger als einem Jahr fordert, und das gilt auch nicht für die Bildung der Schriftleitung.

Die Tatsache, daß die Schriftleitung trotz dauernden Drängens der Redaktion nicht, wie vorgesehen, am 25. Februar gebildet war, hat heute schon sehr ernste Auswirkungen, denn die Schriftleitung sollte

1. das neue Programm der Zeitschrift ausarbeiten, das dann den Bezirksgruppen des BDA vorgelegt werden sollte. Wäre das geschehen, so hätte hier auf diesem Kongreß das neue Programm der Zeitschrift gemeinsam beschlossen werden können, und wir hätten dem Kollegen Henselmann es ersparen können, nochmals in negativer Weise zu unserer Zeitschrift Stellung zu nehmen.
2. Was die Reorganisation des Redaktionskollegiums anbetrifft, so bildet diese für die Durchsetzung einer systematischen sozialistischen Gemeinschaftsarbeit eine notwendige Voraussetzung; und deshalb sollte die Reorganisation des Redaktionskollegiums unserer Zeitschrift eine der ersten Aufgaben des neuen Bundesvorstandes sein.

Es kommt natürlich vor, daß im Eifer der Kritik statt Kohlen auch Wasser ins Feuer gegeben wird, und dann darf man sich nicht wundern, wenn es zischt und viel Rauch gibt und zuweilen den Stahl auch abschreckt.

Aber zeitweilig eingehüllt in solche Rauchwolken, glüht der Stahl doch.

Die Zeitschrift wird aus der Kritik, in der sie gegenwärtig noch Gegenstand ist, als praktisches und theoretisch geläutertes Mittel der Kritik und Selbstkritik hervorgehen.

Dafür bürgen die unerschöpflichen schöpferischen Kräfte des Sozialismus. Einen Teil davon bilden unsere Architekten, die gemeinsam mit allen Bauschaffenden unsere Industrie aufbauen helfen und unsere Städte und Dörfer im Geiste des sozialistischen Humanismus umgestalten.

Bericht der Redaktionskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Redaktionskommission hat sich bemüht, die Anregungen, die in der Diskussion gegeben worden sind, in den vorhandenen Entschließungsentwurf mit einzuarbeiten.

Sie empfiehlt dem Präsidium außerdem, das Material, das in den Arbeitsgruppen erarbeitet wurde, noch einmal zu überprüfen und zu erwägen, ob man diese oder jene Anregung, die in diesem Material enthalten ist, noch in die Entschließung mit einbaut, weil es der Redaktionskommission nicht möglich war, da das schriftliche Material nicht vorlag, mit der notwendigen Sorgfalt dieses Material durchzusehen und es in die Entschließung mit einzuarbeiten.

Der Entschließungsentwurf selbst.

Es wird vorgeschlagen, in diesem Entschließungsentwurf selbst noch einige Änderungen vorzunehmen, und zwar:
auf Seite 2,
am Ende der 2. Seite — weil wir den Eindruck haben, daß zwar die ökonomisch-technische Seite bei unseren Bauaufgaben sehr, sehr stark hervorgehoben wurde, aber die gestalterische Seite ein wenig zu kurz kommen konnte — den Satz einzuschieben:

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung und die sozialistische Industrialisierung des Bauwesens sind die entscheidende Grundlage, auf der sich die Entwicklung des Städtebaus und der Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik vollziehen."

Wir wollten damit ausdrücken, daß natürlich die sozialistische Industrialisierung nicht Selbstzweck ist, sondern die Grundlage abgibt auch für unsere großen gestalterischen Aufgaben.

Auf Seite 5,
wo angeführt wird, was es jetzt gilt bei der Durchsetzung der Typenprojektierung, schlagen wir vor, den 1. Satz, nämlich den Satz, der sich mit dem Industriebau beschäftigt, noch entschlossener zu formulieren und zu sagen:

„Es gilt, im Industriebau den nicht vertretbaren Rückstand in der Anwendung von Typen zu überwinden, die Typenunterlagen bei Einschränkung der Bauelemente den ständig wachsenden Bedürfnissen der Industrie anzupassen, die Montagebauweise und Serienfertigung durchzusetzen und die gleitende Projektierung zu überwinden."

Bei der Empfehlung für die gesellschaftlichen Bauten in den Wohngebieten schlagen wir vor, eine Änderung in dem Sinne vorzunehmen, daß gesagt wird:

„Bei den gesellschaftlichen Bauten in den Wohngebieten und den Zentren der Städte den Rückstand in der Bereitstellung der Typenunterlagen aufzuholen und ihre Anwendung durchzusetzen."

In dem Absatz, der dann folgt nach diesem letzten Satz dieser Aufzählung, was es durchzusetzen gilt, schlagen wir vor, so zu sagen:

„In der gesamten Typenprojektierung" — auf Seite 5 unten — „kommt es darauf an, die Entwicklung neuer Typen systematischer als bisher vorzubereiten, die Forderung nach einer Mehrzwecklösung ..." usw., wie es bisher auch dort stand.

Auf Seite 9,

am Ende des 1. Absatzes, der mit dem Satz schließt:

„Die Erfahrungen, die in Hoyerswerda mit dem Aufbaustab gesammelt wurden, sollten schnell verallgemeinert werden."

noch folgenden Satz anzufügen:

„Die Planung und Realisierung der Investitionen für den Aufbau der Stadtzentren muß in einer Hand liegen."

Seite 11,

„Die Mitglieder des Bundes stellen sich folgende Aufgaben": im 2. Absatz:

„die Zusammenarbeit zwischen Bauherrn und Architekt weiter zu entwickeln und dazu mit den Volksvertretungen, der Nationalen Front, den gesellschaftlichen Organisationen und breiten Kreisen der Bevölkerung sowie den Staatsorganen eng zusammenzuwirken;"

noch einen Satz einzufügen, der darauf abzielt, konkret die Hilfe des Bundes Deutscher Architekten auch in solchen Wohngebieten anzusetzen, die alt sind, also keine Neubauten aufweisen. Ein erheblicher Teil der Stadt besteht aus alten Gebäuden. Nicht zuletzt hat auch der Vorsitzende des Staatsrates, Genosse Walter Ulbricht, diese Anregung dem Bund mit auf den Weg gegeben, daß wir hier den Menschen helfen, ihre Wohnungen schöner zu machen, ihre Gebäude zu verschönern, aber auch die Umgebung, und damit — meinen wir — kann sich doch der Bund tief mit in dem Leben der Bevölkerung verwurzeln. Im Anschluß an den 2. Absatz:

„... und die Hausgemeinschaft durch ihr fachliches Können bei der Verschönerung und Umgestaltung besonders der bestehenden Gebäude und Straßenräume zu unterstützen;"

Liebe Kollegen, das sind alle Veränderungsvorschläge, welche die Redaktionskommission dem Kongreß unterbreitet, und ich bitte das Präsidium, ...

Leiter, unterbrechend:

Ich danke dem Vorsitzenden der Redaktionskommission für seine Vorschläge.

Das Präsidium macht Ihnen folgenden Vorschlag:

daß wir die Redaktionskommission beauftragen, die Ergänzungen, die sich aus den Berichten der Arbeitsgruppen ergeben haben, einzuarbeiten und auch die Empfehlungen, die durch die Redaktionskommission eben vorgetragen wurden, einzuarbeiten und sie zur Bearbeitung den einzelnen Bezirksgruppen nach der Fertigstellung zuzustellen.

Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden, oder gibt es Gegenmeinungen — selbstverständlich einschließlich der Bearbeitung von Druckfehlern und redaktionellen Änderungen innerhalb 14 Tagen —? Sind Sie damit einverstanden? Dann bitte ich durch das Kartenzeichen um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Beschlußentwurf mit den von mir vorgeschlagenen Ergänzungen. — Gegenprobe: Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß mit diesen ergänzenden Bemerkungen der Entschließungsentwurf Ihre Zustimmung gefunden hat. Ich danke Ihnen.

Bericht der Arbeitsgruppe Gebietsplanung und Städtebau im Plenum des IV. Bundeskongresses des BDA

(Berichterstatter: Prof. Collein)

Die Arbeitsgruppe Gebietsplanung und Städtebau, an deren Beratung 60 Kollegen teilnahmen, stellte die Probleme in den Mittelpunkt der Diskussion, die sich aus den vielfältigen Zusammenhängen zwischen der Planung der Gebiete und Städte und der Industrialisierung des Bauens ergeben und behandelte andererseits ausführlich die Fragen des Aufbaus der Stadtzentren. Man kann zusammenfassend sagen, daß die Aussprache in der Arbeitsgruppe in ihrem Ergebnis einen Beitrag zur Klärung der beiden Schwerpunkte unseres Bundeskongresses darstellt.

Als übergeordneter Fragenkomplex, den es hierbei zu beleuchten und zu klären galt, stand unter besonderer Beachtung der Hinweise, die uns das 12. Plenum des ZK der SED gegeben hat, die unbedingt notwendige grundsätzliche Verbesserung der gesamten Planungstätigkeit sowie der Vorbereitung der Investitionen. Mit großem Ernst und Verantwortungsbewußtsein hat die Arbeitsgruppe die Aufgaben herausgearbeitet, die der Gebiets- und Stadtplanung in diesem Zusammenhang zufallen. Es wurde betont, daß die Verwirklichung der großen Bauprogramme des Siebenjahrplanes in Industrie und Landwirtschaft, in Wohnungsbau und bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte und Dörfer eine wissenschaftlich begründete komplexe Gebiets- und Stadtplanung zur Voraussetzung hat. Es wurde sehr kritisch festgestellt, daß die Gebiets- und Stadtplanung immer noch mehr oder weniger neben der Volkswirtschaftsplanung steht und noch nicht genügend Einfluß auf die rationelle standortmäßige Verteilung und auf die zeitliche Folge der Investitionen ausübt. Bei der Planerfüllung insgesamt, besonders aber bei der Realisierung der Investitionen im Industriebau und beim Aufbau der Stadtzentren, haben wir ernsthafte Rückstände zu verzeichnen, die mit darauf zurückzuführen sind, daß unsere Planungsmethoden und die bestehende Ordnung der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen nicht mehr den Umfang und der Schwierigkeit der Aufgaben entsprechen.

Die Zersplitterung der Mittel auf viele Bauvorhaben und Baustellen führt dazu, daß wir uns in der Investitionstätigkeit nicht genügend auf diejenigen Bauvorhaben konzentrieren, die mitbestimmend sind für die schnelle Steigerung und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der Produktion.

Der Zersplitterung der Mittel und die Mängel in der komplexen Planung, Projektierung und Durchführung haben ferner zur Folge, daß wir beim Bau von Woh-

nungen und gesellschaftlichen Bauten und beim Aufbau der Stadtzentren nicht schnell genug zu der vorgesehenen Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung kommen.

Der fehlende Vorlauf und die ausgeführten Mängel in der Planung und Vorbereitung der Investitionen führen zu einem zahlenmäßigen Anwachsen der unvollendeten Investitionen, zu Behelfsbauten, zur gleitenden Projektierung und zu einer schlechten Plandisziplin.

Ein Schwerpunkt unseres Bundeskongresses ist das industrielle Bauen, und deshalb unterstrich die Arbeitsgruppe mit Nachdruck, daß alle hier kurz skizzierten Mängel sich in verschärftem Maße beim industriellen Bauen auswirken.

Dabei wurde von den ureigensten Aufgaben der Gebiets- und Stadtplanung abgeleitet, daß die Gesamtheit der sozialen Aufgaben der Architektur auf der Grundlage des sozialistischen Städtebaus nur dann in der Praxis gelöst werden kann, wenn die Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung auf die Vorbereitung und Durchführung der Investitionen der gesamten Volkswirtschaft Einfluß nimmt und sie der städtebaulichen Disziplin unterwirft, und wenn sie andererseits durch eine hohe Qualität der städtebaulichen Planung hilft, einen Bauablauf zu organisieren, der den Erfordernissen des industriellen Bauens gerecht wird.

Um diese Aufgaben, die mit der ständig zunehmenden Investitionstätigkeit immer dringender und komplizierter werden, lösen zu können, ist es notwendig, die Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung in ihren Beziehungen zur ökonomischen Planung in in bezug auf ihre Organisation und Arbeitsweise in zentraler und örtlicher Ebene neu zu durchdenken. Die Arbeitsgruppe hat hierzu Vorstellungen entwickelt und Empfehlungen ausgesprochen, in welcher Weise der BDA hierbei helfen kann. (Die Empfehlungen werde ich am Schluß meiner Ausführungen zusammengefaßt vortragen).

Über diese generellen Fragen hinaus hat die Arbeitsgruppe zur Industrialisierung des Bauens Stellung genommen und wichtige Zusammenhänge zwischen der Typenprojektierung und den Städtebau behandelt, und zwar vornehmlich am Beispiel der Bebauung von Wohngebieten.

In unseren Wohnkomplexen wird am deutlichsten sichtbar, wo wir z. Z. in der Planung und Bebauung unter den Bedingungen des industriellen Bauens und der Typenprojektierung stehen. Ohne die hierbei erzielten Fortschritte zu übersehen, muß man doch kritisch sagen, daß wir in der Typisierung der gesellschaftlichen Bauten in industriellen Bauweisen stark zurückgeblieben sind, was unter anderem auch das komplexe Planen und Bauen zur Realisierung des Wohnungsbauprogramms erschwert. Wir haben in der Arbeitsgruppe ferner dargelegt, daß wir uns noch viel gründlicher und prinzipieller als bisher mit den Fragen der offenen Bebauung auseinandersetzen müssen, da unsere derzeitige Praxis uns noch nicht voll befriedigen kann, weil unsere Wohnviertel meist noch mehr einen Siedlungscharakter als einen städtischen Charakter aufweisen. Mit der weiteren Entwicklung der Typenprojektierung und der Organisation und Gestaltung der Wohngebiete müssen wir vor allem den Blick auf die vor sich gehende Entwicklung der sozialistischen Lebensweise richten und prüfen, ob unser Wohnungsbau dem heute schon sichtbaren Neuen und der weiteren zu erwartenden Perspektive des Zusammenlebens der Menschen gerecht wird. Es wird notwendig sein, die zu diesem Fragenkomplex gemachten Ausführungen der Allunions-Städtebaukonferenz in Moskau vom vergangenen Jahr noch allseitiger auszuwerten, als das durch die Theoretische Konferenz der DBA geschah. Es gilt, diese Fragen in engstem Kontakt mit berufenen Fachleuten des Handels, der Volksbildung, der Kultur, des Gesundheitswesens, des Sports usw. zu klären und zu allen Entscheidungen die Meinungen und Vorschläge der Bevölkerung zu hören. Der BDA kann gerade bei der Klärung dieses Problems einen wichtigen Beitrag leisten, indem bisher gebaute Wohnviertel analysiert werden und dabei die kritische Einschätzung der Bewohner ausgewertet wird.

In den Diskussionen der Arbeitsgruppe wurde auch der Aufbau der Stadtzentren als Schwerpunkt unseres Bundeskongresses behandelt. Die Arbeitsgruppe hat sich mit einer Reihe der hierbei auftretenden Mängel auseinandergesetzt und ist der Auffassung, daß es vor allem darauf ankommt, bei allen Beteiligten, angefangen von den Städtebauern und Architekten über die Planträger, die örtlichen Räte bis zu den Staats- und Wirtschaftsorganen, die politische Bedeutung des Aufbaus der Stadtzentren zu erkennen. Man kann noch nicht sagen, daß der Aufbau der Stadtzentren überall eine Sache der ganzen Stadt und ihrer Bevölkerung geworden ist.

Besonders dringend ist es nach Meinung der Arbeitsgruppe, die noch offenen Fragen des Generalplanträgers für die Stadtzentren zu klären, um die Gesamtheit der Investitionen koordinieren zu können. Weiter kommt es darauf an, in einen ständigen Erfahrungsaustausch der Aufbaustädte zu treten.

Unsere Sache als BDA ist es, vor allem die Unklarheiten und Mängel in der Arbeit der Städtebauer und Architekten selbst aufzudecken und zu beseitigen. Ich möchte daher nochmals die im Hauptreferat und in der Entschließung getroffene Feststellung unterstreichen, daß manche Kollegen der Konservierung und Hervorhebung des Alten mehr Aufmerksamkeit schenken, als der Durchsetzung des Neuen im sozialistischen Städtebau. Es wurde Dresden genannt, wo trotz mehrfach gefaßter Beschlüsse bereits überwundene Vorstellungen über die Einbeziehung alter Substanz in die Neugestaltung des Zentrums immer wieder hervorgekehrt werden. Dadurch entsteht eine Unsicherheit und Verzögerung bei der Realisierung der Baumaßnahmen. Wäre es nicht notwendiger und lohnender gewesen, sich mit der gleichen Aktivität dafür einzusetzen, daß die zentralen Wohngebiete in Dresden, in der Seevorstadt Ost und West eine ihrer Lage und Bedeutung entsprechende neue städtebauliche und architektonische Qualität erhalten?

Die Arbeitsgruppe betonte auch, daß bei der Projektierung für den Aufbau der Stadtzentren die Prinzipien der Ensemble-Bebauung mehr Beachtung finden müssen, indem die einzelnen Architektenkollektive ihre Entwürfe untereinander abstimmen und ihre eigene künstlerische Leistung als Beitrag zur Gesamtkomposition des Zentrums betrachten.

In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ist es mir selbstverständlich nicht möglich, alle in der Arbeitsgruppe behandelten Probleme ausführlich darzulegen. Ich möchte deshalb jetzt die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Empfehlungen vortragen.

Empfehlung der Arbeitsgruppe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung des IV. Bundeskongresses des BDA an das Plenum des Kongresses

Die Arbeitsgruppe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung des IV. Bundeskongresses des BDA hat, ausgehend vom Hauptreferat des Präsidenten und den vielen wertvollen Hinweisen und Vorschlägen der bezirklichen Arbeitsgruppen sowie des Symposiums der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar, eingehend darüber beraten, wie der BDA aktiv zur Erfüllung der Aufgaben der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung im Siebenjahrplan und zur Vorbereitung der Generalperspektive der Volkswirtschaft bis 1980 beitragen kann. Dabei kommt es besonders darauf an, im Bereich der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung die Beschlüsse des 12. Plenums des ZK der SED zur Verbesserung der Perspektivplanung sowie der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen konsequent und schnellstens zu verwirklichen.

An Hand zahlreicher Beispiele aus der Praxis wurde in der Beratung der Arbeitsgruppe erneut deutlich, daß die Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung als wesentlicher Bestandteil der komplex-territorialen Planung der Volkswirtschaft eine wichtige Voraussetzung ist für die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft und aller Teile des Landes, für die sparsamste und nutzbringendste Verwendung der Investitionen sowie für die immer vollständigere Befriedigung der ständig steigenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen. In dem Maße, wie die Investitionstätigkeit in der Volkswirtschaft zunimmt, wächst auch die Bedeutung der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung.

Die Arbeitsgruppe sieht es als vornehmste Aufgabe der Städtebauer an, die Verwirklichung der Pläne und Beschlüsse für den Aufbau der Stadtzentren zu sichern und günstige Voraussetzungen für die Durchsetzung des industriellen Bauens zu schaffen.

Die Arbeitsgruppe hat deshalb diejenigen Probleme schwerpunktmäßig herausgearbeitet, die zur Verbesserung der Perspektivplanung sowie der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen, zur Beschleunigung des komplexen Aufbaues der Stadtzentren unter besonderer Beachtung der Prinzipien der Ensemblebebauung und zur umfassenden Anwendung des industriellen Bauens gelöst werden müssen.

Im Ergebnis ihrer Beratung empfiehlt die Arbeitsgruppe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung dem Plenum des IV. Bundeskongresses die Bestätigung folgender Vorschläge für die Verbesserung der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung in der DDR und folgende Schlußfolgerungen für die Tätigkeit des Bundes auf diesem Gebiet:

1. Als Fachverband der Städtebauer und Architekten unterstützt der BDA die zuständigen staatlichen Organe bei der beschleunigten Ausarbeitung gesetzlicher und organisatorischer Regelungen für die Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung.

   Die Unterstützung der staatlichen Organe durch den BDA soll sich erstrecken auf:

   Diskussion der Grundfragen der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung in den bezirklichen Arbeitsgruppen des BDA und Ausarbeitung von Vorschlägen über Aufgaben, gesetzliche Regelung und Organisation der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung in der DDR;

   Auswertung und Beratung sowie Zusammenfassung der Vorschläge der bezirklichen Arbeitsgruppen durch die zentrale Arbeitsgruppe für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung des BDA;

   Stellungnahme des Präsidiums des BDA zu dem zusammengefaßten Vorschlag der zentralen Arbeitsgruppe sowie Abgabe von entsprechenden Empfehlungen an die staatlichen Organe.

   Die zentrale Arbeitsgruppe wird beauftragt, in Auswertung der in Vorbereitung und Durchführung des IV. Bundeskongresses gemachten Ausführungen und Vorschläge bis Ende Mai eine Diskussionsgrundlage an die Arbeitsgruppen der Bezirke zu geben.

   Bis zur endgültigen Regelung der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung hält es die Arbeitsgruppe für erforderlich, eine vorläufige Lösung im Hinblick auf die Wahrnehmung der Funktion eines Generalplanträgers speziell für den Aufbau der Stadtzentren zu schaffen, und bittet das Präsidium, diesen Vorschlag an die zuständigen Organe heranzutragen.

2. Den an der Beratung der Arbeitsgruppe teilnehmenden Vertretern der Bezirke wurde der Entwurf des Maßnahmeplanes des Ministeriums für Bauwesen und der Deutschen Bauakademie zur Verbesserung der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung sowie der Typenprojektierung übergeben.

   Dieser Maßnahmeplan enthält die wichtigsten Aufgaben für Wissenschaft und Praxis der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung im Siebenjahrplan.

   Die Bezirks-Arbeitsgruppen werden diesen Maßnahmeplan innerhalb von drei Wochen beraten und entsprechende Vorschläge über die zentrale Arbeitsgruppe an das Ministerium für Bauwesen und die Deutsche Bauakademie richten.

   Die Diskussion in den Arbeitsgruppen der Bezirke soll auch dazu beitragen, daß der Maßnahmeplan hinsichtlich der bisher vernachlässigten Fragen der Stadttechnik, des städtischen Verkehrs und der Anlage von Freiflächen ergänzt wird, um eine den Aufgaben entsprechende Regelung zu ermöglichen. Es wird eine vornehmliche Aufgabe der Bezirksgruppen des BDA sein, den endgültig verabschiedeten Maßnahmeplan in der Praxis durchzusetzen.

3. Es wird für notwendig erachtet, daß die Organe der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung der Bezirke einen ständigen Erfahrungsaustausch pflegen, in dessen Mittelpunkt in der nächsten Zeit die Fragen des Aufbaues der Stadtzentren stehen sollen. Die Organisation und Leitung dieses Erfahrungsaustausches soll die Deutsche Bauakademie in Zusammenarbeit mit dem Präsidium des BDA übernehmen.

4. Um Ergebnisse und auch Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung schnellstens in die Praxis der laufenden Forschungstätigkeit einzubeziehen, wird die Deutsche Bauakademie gebeten, ihre Forschungsergebnisse den bezirklichen Arbeitsgruppen noch vor der endgültigen Abfassung und Veröffentlichung zur Diskussion und Stellungnahme zuzuleiten.

   Besonders dringlich ist eine solche Arbeitsweise bei folgenden Forschungsthemen:

   Organisation und Gestaltung der Wohngebiete
   Sozialistische Umgestaltung von Altbaugebieten
   Richtlinien für die Generalverkehrsplanung
   Richtlinien für die sozialistische Umgestaltung der Dörfer.

   Die Arbeitsgruppen sollten von Fall zu Fall zur Diskussion dieser Forschungsarbeiten auch die örtlichen Fachorgane und andere Planträger hinzuziehen.

   Die Arbeitsgruppe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung hält es für notwendig, daß die Publikationstätig-

keit in der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung verstärkt werden muß, wobei in Erwägung gezogen wird, später eine eigene Fachzeitschrift zu schaffen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt, daß die gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten der Publizierung in der „Deutschen Architektur", in den wissenschaftlichen Zeitschriften der Hochschulen, vornehmlich aber in der Schriftenreihe des Instituts für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung der Deutschen Bauakademie voll ausgeschöpft werden.

5. Die Arbeitsgruppe begrüßt den Beschluß des Präsidiums des BDA, die zur Vorbereitung des IV. Bundeskongresses geschaffenen bezirklichen und zentralen Arbeitsgruppen als ständige Einrichtung des Bundes beizubehalten.

   Die Arbeitsgruppe schlägt vor, daß in den Bezirken regelmäßige Zusammenkünfte stattfinden und daß jährlich etwa zweimal die Arbeitsgruppen der Bezirke an Schwerpunkten des Aufbaus zusammenkommen und jeweils Schwerpunktthemen ihres Fachgebietes behandeln.

   Des weiteren wird vorgeschlagen, daß die Bezirksarbeitsgruppen Vorschläge zur Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms an die Zentrale Arbeitsgruppe leiten. Dabei sollten im Vordergrund die Auswertung des Bundeskongresses, die Fragen der Aufgaben im Siebenjahrplan und der Generalperspektivplan bis 1980 stehen.

6. Der BDA muß die Bevölkerung in breitestem Rahmen über die grundsätzlichen Probleme des sozialistischen Städtebaus unterrichten und sie zur Mitarbeit an der Lösung der Aufgaben durch Anregungen und Vorschläge gewinnen. Das ist möglich durch die Organisation von Ausstellungen über den Aufbau der einzelnen Städte, insbesondere der Stadtzentren, sowie durch Tagespresse, Film, Rundfunk- und Fernsehsendungen und durch die Herausgabe von Anschauungsmaterial.

   Darüber hinaus erwächst dem BDA die Aufgabe, seine Mitglieder in der Nationalen Front, in Betriebs- und Dorfakademien, in den Veranstaltungen der gesellschaftlichen Organisationen, in den Oberschulen einzusetzen, um dort die Prinzipien der sozialistischen Umgestaltung der Städte und Dörfer zu erläutern und die Bevölkerung zur Mitarbeit anzuregen.

7. Die Mitglieder des BDA müssen als Konsultanten die Volksvertretungen, die ständigen Kommissionen und Aktivs, die Staatsorgane, die Partei und Gewerkschaft und die Nationale Front bereits bei der Ausarbeitung erster Aufgabenstellungen beraten und ihnen hierfür ständig zur Verfügung stehen.

   Eine besondere Aufgabe fällt den BDA-Mitgliedern innerhalb des NAW zu, wobei sich die Mitwirkung vor allem auf die Durchführung und Vorbereitung von Umgestaltungsmaßnahmen in Altbauwohngebieten und die Anlage von Freiflächen jeder Art erstrecken soll.

8. Im Veranstaltungsprogramm des BDA müssen die grundsätzlichen und praktischen Probleme der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung einen weitaus größeren Raum einnehmen.

   Zur Lösung der offenen Probleme der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung reicht die Verbindung des BDA mit der Kammer der Technik und dem Verband Bildender Künstler nicht aus. Es kommt darauf an, entsprechend dem komplexen Charakter der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung zu den Veranstaltungen des BDA Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen, des deutschen Städte- und Gemeindetages, der Volkswirtschaftsplanung, der einzelnen Planträger, der Baubetriebe und der Bevölkerung als Teilnehmer sowie als Referenten zu gewinnen, um in breiter Aussprache zur Klärung der vielseitigen Probleme beizutragen. Durch derartige Veranstaltungen werden alle an der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Beteiligten mit den Problemen der Praxis noch besser vertraut und erhalten wichtige Hinweise für die Erfüllung ihrer speziellen Aufgaben.

9. Die örtlichen Organisationen des BDA, insbesondere die Betriebsgruppen, haben die Aufgabe, bei der Erfüllung der den Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung übertragenen Aufträge so mitzuwirken, daß eine Verbesserung in der Zusammenarbeit der Büros mit den Staats- und Wirtschaftsorganen und ein enger Kontakt mit der Bevölkerung erreicht werden. Sie sollen auf die Qualität der Arbeiten besonders in den Entwurfsräten Einfluß nehmen sowie in den Betriebsakademien zur Qualifizierung der Mitarbeiter beitragen.

10. Die Bezirks- und Betriebsgruppen des BDA müssen gerade in der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung für eine allseitige Entfaltung der Gemeinschaftsarbeit Sorge tragen. Sie haben große Möglichkeiten, durch Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften der Sektion Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie die Belange der Praxis in die wissenschaftliche Arbeit einfließen zu lassen. Sie haben die Aufgabe, in den Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung und Planungsgruppen der Städte die Gemeinschaftsarbeit zwischen den Städtebauern und den verschiedenen Fachgebieten, wie dem Verkehr, der Hygiene, dem Handel, der Volksbildung und so weiter zu fördern. Sie müssen vor allem in Gemeinschaftsarbeit mit den Spezialisten der Wirtschaftsplanung die Einheit der ökonomischen und der technisch-gestalterischen Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung festigen. Nicht zuletzt müssen sie die Gemeinschaftsarbeit zwischen den Architekten selbst herbeiführen, wie sie insbesondere beim Aufbau der städtebaulichen und architektonischen Ensembles der Stadtzentren erforderlich ist.

11. Zur Qualifizierung der Gebiets-, Stadt- und Dorfplaner muß der BDA helfen, den Erfahrungsaustausch im DDR-Maßstab sowie mit den sozialistischen Ländern zu organisieren. Weiterhin ist es erforderlich, daß sich der BDA in die Gestaltung der Lehrpläne an den Hoch- und Fachschulen aktiv einschaltet und durch seine eigenen Veranstaltungen sowie über die Betriebsakademien zur Weiterbildung der bereits in der Praxis tätigen Kräfte der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung beiträgt.

Die Arbeitsgruppe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung ruft alle Städtebauer und Architekten der DDR auf, sich ihrer großen Verantwortung in ihrer Tätigkeit bewußt zu werden. Es geht darum, Städte zu schaffen, die den ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Menschen gerecht werden, die den praktischen und ästhetischen Ansprüchen nicht nur unserer Generation, sondern auch der künftigen Gesellschaft genügen und von der Größe unserer Epoche künden. Nutzen wir alle Möglichkeiten des BDA bei der Erfüllung seiner ideologisch-erzieherischen Aufgabe, um die Gebiets-, Stadt- und Dorfplaner in die Lage zu versetzen, ihre Planaufgaben umfassend und in hoher Qualität zu erfüllen.

Bericht über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Industriebau" auf dem IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten

Die im Siebenjahrplan vorgesehene Erhöhung der Bauleistungen im Industriebau auf das 2,5fache erfordert grundlegende qualitative Veränderung in der Planung, Projektierung und Bauausführung.

1. Aufgaben des BDA auf dem Gebiete des Industriebaus

Die fortgeschrittenen Erkenntnisse auf dem Gebiet des Industriebaus sind zur Zeit noch nicht genügend zum Gegenstand eines breiten Erfahrungsaustausches geworden.
Der Bund Deutscher Architekten muß zum Initiator dieses Erfahrungsaustausches werden.

Seinen Mitgliedern fällt deshalb die besondere Aufgabe zu, auf dem Gebiet des Industriebaus die Zusammenarbeit mit den fachlichen Institutionen der Industriebereiche einerseits und den örtlichen Fachorganisationen andererseits zu organisieren. Dazu ist es erforderlich, in Betriebssektionen, bei den Bezirksvorständen und beim Bundesvorstand des BDA ständige Arbeitsgremien der „Fachgruppe Industriebau" zu bilden, in denen die qualifizierten Industrie-Architekten mitarbeiten.
Die Hauptaufgaben der „Fachgruppe Industriebau" sind:

Popularisierung der bautechnischen Standardisierung, der Typenprojektierung und der Fließfertigung bei Planträgern, Investträgern und Industrie-Technologen in enger Zusammenarbeit mit den Ingenieuren der Kammer der Technik.

Kollektive Zusammenarbeit mit den Volksvertretungen, mit den Baudirektoren, der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung sowie mit dem Deutschen Kulturbund, dem Verband Bildender Künstler und Fachgruppen des Bundes.
Mitarbeit bei der Verbesserung der Typenunterlagen durch Auswertung der in der Praxis gewonnenen Erfahrungen, Mitwirkung bei der Ausschreibung und Auswertung von Wettbewerben zur Erlangung progressiver Typenunterlagen.

Einflußnahme des BDA auf die weitere Verbesserung der Ausbildung des Nachwuchses an den Hoch- und Fachschulen in enger Verbindung mit der Praxis. Förderung der Absolventen in ihrer beruflichen Entwicklung. Qualifizierung aller Industrie-Architekten durch Vorträge, Seminare, Projektbesprechungen, Besuche von Baustellen und Industrieanlagen.

Diskussion der Entwürfe von Industrieanlagen und Bauwerken mit unseren Werktätigen, den Auftraggebern als auch späteren Nutzern.

Aktivierung der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Ständige Kommission Bauwesen und dem Fachausschuß Industriebau der UIA.

2. Schwerpunktaufgaben im Industriebau

Die Fülle der im Industriebau anstehenden Aufgaben zwingt zur Konzentration auf Schwerpunkte.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Projektierung kann nur durch die Verbesserung der sozialistischen Gemeinschaftarbeit, die allseitige Einführung der Standardisierung und Typenprojektierung sowie durch eine neue Qualität der Industrieprojektierung erreicht werden.

Standortgenehmigungen müssen auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse erteilt werden. Die Institutionen der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanungen haben unter Zugrundelegung der ökonomischen Perspektive entsprechende Industriegebiete auszuweisen. Bei der Standortwahl ist unbedingt das Projektierungskollektiv einzuschalten.

Kompakte und kombinierte Industrieanlagen bilden neue städtebauliche Faktoren, die einer eingehenden Untersuchung bedürfen. Um die Ökonomie der Industrieanlagen zu gewährleisten, ist eine übergeordnete Institution verschiedener Planträger (Generalinvestor) zu fordern. Die Grünanlagen müssen als verbindendes und schützendes Element die Abgrenzung zwischen Werk, Stadt und Landschaft gewährleisten.

Die kollektive Zusammenarbeit von produktionstechnologischen und bautechnischen Projektanten muß von der ersten Phase der Vorplanung an gewährleistet sein. Die Anordnung Nr. 6 vom 14. März 1959 steht dieser dringenden Notwendigkeit entgegen, da die bautechnische Konzeption erst nach Fertigstellung des technologischen Projektes in Angriff genommen werden kann.

Der Industrie-Architekt wird dann seiner verantwortungsvollen Aufgabe gerecht, wenn er in Erfassung der Produktionstechnologie zum Organisator des gesamten bautechnischen Industrieprojektes wird.

Die Typenprojektierung ist eine der wichtigsten Organisationsgrundlagen für die industrialisierte Bauproduktion. Die Methode der Typenprojektierung muß zur allgemeinen Methode der sozialistischen, bautechnischen Projektierung werden.

Die Typenprojektierung bestimmt in Zukunft weitgehend das Bild unserer Industrieanlagen. Die Industrie-Architekten müssen die Probleme des unifizierten Bauparameter der Standardisierung und Typenprojektierung beherrschen, um die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Die besten Industrie-Architekten müssen die Typenprojektierung leiten, koordinieren und durchsetzen, damit die Typenprojekte in Konstruktion, Funktion und Gestaltung vorbildlich werden und trotz der Variabilität bei unterschiedlichsten Typenprojekten der gestalterische Gesamteindruck erreicht wird.

Durch die maximale Typenanwendung ist die gleitende Projektierung zu überwinden.

Eine weitgehende Trennung des Bauwerkes von den produktionstechnologischen Einbauten in der Projektierung ermöglicht einen früheren Baubeginn. Das Angebot getypter Mehrzweck-Segmente gestattet, die vielfältigen Nutzungszwecke der Industriebereiche mit der notwendigen bautechnischen Forderung nach weitgehender Vereinheitlichung abzustimmen.

Die Gesetzmäßigkeit der industriellen Vorfertigung und Montage müssen mit einer konstruktions- und materialgerecht gestalterischen Lösung der Industriebauwerke in Einklang gebracht werden.

Die technisch-ökonomischen Vorteile der kompakten und kombinierten Industrieanlagen müssen in den neuen Industrieprojekten ihren Ausdruck finden.

Die rationelle Maschinenauslastung bei fortschreitender Mechanisierung und Automatisierung erfordern für das Mehrschichtensystem künstlich belichtete, oberlichtlose bzw. fensterlose Flachbauten mit großen Stützweiten. Der Gestaltung des Raumes kommt dabei eine hervorragende Bedeutung zu.

Die Senkung des bautechnischen Aufwandes auch durch ökonomische Anwendung von Freibauten ist in enger Zusammenarbeit mit den technologischen Projektanten auf breiter Basis durchzusetzen.

Es ist vordringlichste Aufgabe aller Industriearchitekten, die in den Beschlüssen des 12. Plenums des ZK der SED und die in den Direktiven des Ministeriums für Bauwesen festgelegten Grundsätze bei ihrer Entwurfsarbeit zu verwirklichen, die Industrieprojekte auf ein konstruktiv, funktionell und gestalterisch hohes Niveau zu heben und das Kollektiv der Projektanten im Sinne der Durchsetzung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts zu koordinieren und anzuleiten.

Alle Industrie-Architekten haben die verpflichtende Aufgabe, ihr ganzes Wissen und ihre ganze Kraft im Kollektiv dafür einzusetzen, den Werktätigen die besten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und mit ihren Werken die große humanistische Idee

„Sorge für den arbeitenden Menschen“

zu erfüllen.

Bericht über die Beratung der Arbeitsgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten“ vom 7. April 1961

An der Beratung nahmen 65 Kollegen teil. Als Grundlage der Beratung dienten 15 Fragen in Thesenform, die von der Zentralen Arbeitsgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten“ auf Grund der Berichte von 14 Bezirksgruppen ausgearbeitet worden waren:

I. Wohnungsbau

1. Stand der Typenprojektierung
   Fragen der funktionellen Weiterentwicklung
2. Geschoßzahl
3. Typen des vielgeschossigen Wohnhauses
4. Mehrgeschossiger Wohnungsbau auf dem Lande
5. Raumzellenbauweise

II. Gesellschaftliche Bauten

1. Stand und Perspektiven von der Stahlbetonskelettbauweise
2. Mehrzweckbauten
3. Beziehungen zwischen Typenprojektierung und Städtebau

III. Allgemeine Fragen

1. Typenprojektierung und Standardisierung (Modulsystem — Baukastenprinzip. Segmentprojektierung)
2. Typenprojektierung und Wettbewerbe
3. Aufgaben des Experimentalbaues
4. Stand und Perspektive der Einführung des Flachdaches
5. Stand und Perspektive der Beheizungsfrage
6. Koordinierung von Planung, technischer Basis und Bauausführung
7. Qualität der Baustoffe und Bauausführung — Bauleitung und Bauausführung

Die vorgelegten Thesen wurden einzeln beraten. Die Zusätze und Vorschläge, die in die endgültige Fassung lebhafte Diskussion erbrachte eine Reihe wertvoller der Thesen aufzunehmen sind.

Die Vorschläge der Teilnehmer der Arbeitsgruppe wurden in der nachfolgenden Überarbeitung der dem Kongreß unterbreiteten „Arbeitsgrundlage“ der Arbeitsgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten“ zusammengefaßt.

IV. Zu den Hauptfragen

1. Die Typenprojektierung muß in engste Verbindung mit der zentralen Forderung des industriellen Bauens gebracht werden, die darin besteht, eine Massenproduktion industriell hergestellter, auf ein möglichst geringes Sortiment beschränkter, standardisierter Bauelemente zu ermöglichen.
   Damit wird die notwendige technische und ökonomische Basis für die Entwicklung der Betonindustrie geschaffen. Auf demselben Prinzip muß die industrielle Herstellung der Ausbauelemente, die heute noch stark zurückbleibt, aufgebaut werden.
   Die Verwirklichung dieser Forderung bedeutet, daß die bisherige Isolierung der einzeln für sich entwickelten Standardbauweisen verlassen werden muß. Es geht dabei nicht darum, die einzelnen Bauweisen wie Wandbauweise (Großblock oder Großplatte) und Skelettbauweise oder die mit Rücksicht auf die maschinelle Ausrüstung getroffene Einteilung in Gewichtsklassen aufzuheben. Es geht vielmehr darum, bei einem möglichst beschränkten Sortiment von Standardelementen die möglichst große Austauschbarkeit dieser Elemente zu sichern, d. h. das Prinzip des Baukastens anzuwenden. Dies gilt nicht nur für das komplette Typenprojekt im bisherigen Sinne, sondern auch für Gebäudearten, die als solche nicht typisiert, aber aus denselben Standardelementen bzw. Standardsegmenten zusammengesetzt werden.
2. Die Entwicklung dieses fortschrittlichen Systems der Standardisierung und Typenprojektierung kann sich nicht ohne intensive schöpferische Mitarbeit aller Architekten vollziehen. Aufgabe der Architekten ist es, gestützt auf die Zusammenarbeit mit den Ingenieuren, Technologen und Spezialisten der Bauindustrie den Aufbau dieses Systems nicht nur von der konstruktiven und technologischen Seite zu durchdenken und mitzuwirken. Ihre besondere Aufgabe besteht darin, dieses System so zu entwickeln, daß sich daraus die bestmögliche Erfüllung der funktionellen Aufgaben, der städtebaulichen Einordnung und der baukünstlerischen Anforderungen der Bauwerke ergibt.
   Das verlangt vom Architekten eine neue komplexe Methode des schöpferischen Denkens. Es führt ihn notwendigerweise auf den Weg der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit aller Bauschaffenden vom Ingenieur bis zum Bau- und Produktionsarbeiter, innerhalb deren er selbst eine führende Rolle verkörpern muß.
3. Bei der Typenprojektierung des mehrgeschossigen Wohnungsbaues wird mit der Einführung der Serie QX 2 Mp und 5 Mp ein in bezug auf die Variationsmöglichkeit der Grundrisse und deren funktionelle Qualität befriedigendes Ergebnis erreicht. Demgegenüber ist die einseitig nach eng begrenzten technologischen Gesichtspunkten entwickelte Serie Q 6 mit großen funktionellen Mängeln behaftet. Die Serie QX sollte deshalb durch Beschleunigung der Typenprojektierung und Sicherung der Bauproduktion sobald als möglich eingeführt werden. Zu begrüßen ist, daß dieselbe Serie für die Laststufe 750 kp bearbeitet wird.
   Der mehrgeschossige Wohnungsbau ohne Aufzüge ist auf 4 Geschosse zu beschränken. Daneben müssen sobald als möglich Typenprojekte für vielgeschossige Wohnhäuser von 8 bis 12 Geschossen ausgearbeitet werden. Im Vordergrund sollte das Mittelganghaus mit Kleinwohnungen von 1 bis 2 Zimmern stehen, das eine ökonomische Lösung ermöglicht. Ebenso sollte der Spännertyp für das vielgeschossige Wohnhaus entwickelt werden.

Für den Wohnungsbau auf dem Lande sind Typen in maximal 3-geschossiger Bauweise auszuarbeiten, die den besonderen funktionellen und technologischen Anforderungen entsprechen.

4. Die gesellschaftlichen Bauten müssen in die industriellen Bauweisen einbezogen werden. Die Entwicklung der Stahlbetonskelettbauweise für diesen Zweck ist grundsätzlich zu begrüßen. Die als Erprobungsbauten in diesem Jahre in Hoyerswerda zu errichtenden Objekte müssen in technisch-konstruktiver und funktioneller Hinsicht gründlich ausgewertet werden. Die Vor- und Nachteile, die sich aus der ausschließlichen Zuordnung aller Bauten des Wohnkomplexes zur Skelettbauweise — unter Verzicht auf die Wandbauweise des Wohnungsbaues — ergeben, sind auch in ökonomischer Hinsicht vorurteilslos zu überprüfen. Grundsätzlich müssen die einzelnen Kategorien von Bauwerktypen den jeweils zweckmäßigsten Bauweisen zugeordnet werden. Die entsprechenden Bauten des Industriebaues müssen in die technologische und produktionstechnische Einheit der Stahlbetonskelettbauweise mit einbezogen werden, wobei eine Abstimmung zwischen der 2 Mp- und 5 Mp-Bauweise getroffen werden muß. Die Rastermaße der gesellschaftlichen Bauten und des Industriebaus sind auf der Grundlage des 120-cm-Rasters (Großmodul 600 cm) zu vereinheitlichen. Es ist zu untersuchen, auf welche Weise die derzeitige Abweichung in der Lage der Systemlinien bei der Stahlbetonskelettbauweise für gesellschaftliche Bauten beseitigt werden kann.

   Bei der großen Vielzahl von gesellschaftlichen Bauten, die sich durch unterschiedliche Häufigkeit der Anwendung auszeichnen, empfiehlt es sich, komplette Typenprojekte nur für die meisten gebrauchten Objekte der Wohngruppe und des Wohnkomplexes, wie Kinderkrippen, Kindergarten, Schulen, Kaufhallen, Klubgaststätten, Garagen usw., herauszugeben. Für den Wohnbezirk und das Stadtzentrum bestimmte Gebäude sind nur so weit zu typisieren, daß für sie die Bauelemente und typische Segmente festgelegt werden. Dem Projektanten ist dadurch die Möglichkeit gegeben, je nach den konkret vorliegenden Anforderungen das Bauwerk in bezug auf Kapazität, Abmessungen und Geschoßzahl selbst zusammenzustellen. Dadurch ist es möglich, auch solche Bauwerke, für die eine komplette Typenprojektierung nicht zweckmäßig wäre, in dasselbe System einzuschließen.

   Eine besondere Bedeutung hat für die gesellschaftlichen Bauten das Prinzip der Mehrzweckbauten. Es erlaubt, ein beschränktes Sortiment von Bauwerktypen zu entwickeln, die durch Variation der inneren Einteilung und Einrichtung den verschiedensten Zwecken dienstbar gemacht werden können. Der Architekt hat hierbei die Aufgabe, die funktionellen Anforderungen in optimale Übereinstimmung mit den Forderungen der Standardisierung und Massenproduktion von Bauelementen zu bringen, die ein bestimmtes System von standardisierten Achsabständen, Haustiefen, Geschoßhöhen und womöglich Raumabmessungen verlangen.

   Im Städtebau kann dieses Prinzip zur Anlage einheitlicher Bautrakte — ein- bis zweigeschossige Trakte für Büros und Verwaltungen — führen, wobei die Einheit ihrer Gestaltung einen wichtigen Faktor des architektonischen Ensembles bildet.

5. Die Typenprojektierung für das industrielle Bauen kann nur dann für die praktische Bauproduktion wirksam werden, wenn die Koordinierung von Investplanung, Projektierung, Baustoffproduktion, Vorfertigung und Entwicklung der Montageeinrichtungen gesichert ist. Diese Koordinierung ist nicht nur Aufgabe der zentral geleiteten Typenprojektierung, die hierbei von den Ministerien für Bauwesen und Maschinenbau unterstützt werden muß, sondern auch Aufgabe der leitenden Organe der Bezirke (Wirtschaftsräte, Bezirksbauämter). Die mit der Anwendung der Typenprojekte beauftragten Entwurfsbetriebe müssen zu aktiven Trägern dieser Koordinierung werden. Es ist notwendig, durch diese Maßnahmen auch die notwendige Kapazität für den Ausbau zu sichern.

6. Die architektonische Qualität der Typenprojekte ebenso wie die Qualität der Bauausführung entspricht noch nicht den Anforderungen. In beiden Beziehungen kommt das Neue, die technische und ästhetische Qualität des industriell hergestellten Produktes, die für die Erzeugnisse der übrigen Industrie heute eine Selbstverständlichkeit darstellt, noch ungenügend zum Ausdruck.

   In architektonischer Beziehung werden die Möglichkeiten, welche das industrielle Bauen für die klare Ausbildung der Baukörper und die ausdrucksvolle und beziehungsreiche Ordnung der Fassaden bietet, noch ungenügend genutzt. Die Methode der Typenprojektierung ist im allgemeinen noch zu starr. Dadurch wird dem Architekten die Anwendung von variablen Elementen der äußeren Erscheinung, die z. B. im Wohnungsbau eine große Rolle spielen könnten, unnötig erschwert.

   Dringend ist die Verbesserung der bautechnischen Qualität. Sie betrifft ebenso die Qualität der Baustoffe, wie die Sorgfalt der Vorfertigung (Präzision, Maßhaltigkeit) und der Montage. Ungenügend entwickelt sind immer noch geeignete Verfahren zur Herstellung sichtfertiger Oberflächen der industriell errichteten Bauten.

   Eine große Bedeutung für die Verbesserung der Qualität der Bauausführung besitzt die Verbesserung der Bauleitung auf der Baustelle. Die Tätigkeit des Bauleiters muß in verstärktem Maße auf die direkte Anleitung und Kontrolle der Bauausführung konzentriert werden. Es muß erreicht werden, daß die Qualifikation des Bauleiters und des Investbauleiters mit der Entwicklung des industriellen Bauens Schritt hält. Dem Projektanten muß mehr, als es zur Zeit im gesetzlichen Rahmen der Autorenkontrolle der Fall ist, die Möglichkeit gegeben werden, wirksameren Einfluß auf die Steigerung der Qualität der Bauausführung nehmen zu können.

   Die großen Möglichkeiten, die in der industriellen Arbeitsorganisation liegen (Taktverfahren, Objektlohn), müssen in verstärktem Maße für die Steigerung der Qualität der Bauausführung ausgenutzt werden.

7. Das Prinzip der Typenprojektierung, das eine längere Laufzeit der einmal bestätigten Typenprojekte und der Bauweisen erfordert, darf nicht dazu führen, daß die ständige Weiterentwicklung im Sinne des technischen Fortschritts vernachlässigt wird. Das betrifft bei den geltenden Bauweisen vor allem die Verbesserung der bauphysikalischen Verhältnisse. Es betrifft weiterhin die Ausbildung der Dächer, deren Lösung im industriell hergestellten, montierbaren Flachdach bzw. flachgeneigten Dach (Kaltdach) gesucht werden muß.

   Ein dringendes Erfordernis ist die Einführung der Zentralheizung für alle städtischen Wohnbauten. Neben der Frage des zweckmäßigsten Heizsystems und der geeignetsten Form der Heizzentralen ist der künftigen Entwicklung der Heizstoffbasis, die sich

heute einseitig auf die Kohle stützt, die nötige Beachtung zu schenken.

B. Zu den Aufgaben des BDA

1. Die Organe des BDA müssen die Lösung der vielseitigen Aufgaben, die durch die Industrialisierung und die Typenprojektierung gestellt werden, allseitig unterstützen. Die Aussprachen in den Bezirksgruppen und Betriebsgruppen müssen dazu führen, daß die Architekten ihre Qualifikation sowohl auf ideologischem Gebiet — in der Erkenntnis der Ziele und Aufgaben der sozialistischen Architektur — als auch auf rein fachlichem Gebiet — in der Beherrschung der funktionellen, technischen und baukünstlerischen Probleme — ständig zu verbessern vermögen.

   Die praktischen Erfahrungen müssen durch Besichtigung von Baustellen, Exkursionen, Ausnützung der Möglichkeiten von Auslandsreisen, besonders in die sozialistischen Länder, erweitert werden. Die in der Fachliteratur des sozialistischen Lagers niedergelegten Erfahrungen müssen mehr als bisher den Architekten der Projektierungsbetriebe zugänglich gemacht werden.

2. Die Qualität und der Erfolg der Typenprojektierung hängen in weitgehendem Maße von der Einbeziehung aller schöpferischen Kräfte unserer Architekten und Ingenieure ab. Als wirksamste Form wird die Ausschreibung von Wettbewerben vorgeschlagen. Die Wettbewerbe müssen einen festen Bestandteil der Entwicklung von Typenprojekten bilden. Sie müssen von den Grundlagenarbeiten ausgehen und können sowohl die Verbesserung dieser Grundlagenarbeiten als auch die daraus zu entwickelnden Typen oder einzelne technische, funktionelle und baukünstlerische Fragen zum Gegenstand haben. Die Leitung des BDA hat die Aufgabe, gemeinsam mit dem Ministerium für Bauwesen und der Deutschen Bauakademie, die organisatorischen Fragen der Ausschreibung, Jurierung und Auswertung der Wettbewerbe abzuklären.

   Neben dem Wettbewerb sollten unsere Architekten und Ingenieure aufgefordert werden, mehr als bisher eigene schöpferische Vorschläge für die weitere Entwicklung der Industrialisierung und Typenprojektierung zur Diskussion zu stellen. Die Sektion Typisierung der DBA muß es sich zur Pflicht machen, bei der Grundlagenarbeit — neben der notwendigen Auswertung der internationalen Erfahrung — die Erfahrungen und Vorschläge unserer Entwurfsbetriebe, aber auch einzelner Architekten und Ingenieure systematisch auszuwerten.

   Auf diese Weise ist es möglich, die besten Kräfte für die Mitarbeit an den großen Aufgaben heranzuziehen und ein gewisses „Ressort"-Dasein der Typenprojektierung zu überwinden.

3. Der Bund Deutscher Architekten muß sich in allen seinen Organen für die Förderung und Ausnutzung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit einsetzen.

   Darunter ist nicht nur die Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen Fachleute, der Architekten, Ingenieure, ebenso wie der in der Bauproduktion und Bauwissenschaft Tätigen zu verstehen ohne die ein allseitig durchdachtes Projekt nicht entstehen kann.

   Zum Begriff der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit gehört auch die Einbeziehung der Vertreter der öffentlichen Organe, der gesellschaftlichen Organisationen und der breiten Kreise der Bevölkerung, die mit Kritik und Anregung die Arbeit der Architekten wesentlich unterstützen können.

4. Es wird empfohlen, die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" zur Aufgabe aller Bezirksgruppen zu machen. Es muß allerdings dafür gesorgt werden, daß Aufgaben und Tätigkeit einer solchen Gruppe sowohl mit den bestehenden Zentralen Arbeitskreisen als auch mit der Tätigkeit der KDT abgestimmt werden, damit keine unnötige Mehrbelastung der Architekten entsteht.

Bericht der Arbeitsgruppe Dorfplanung und ländliches Bauen

Die Arbeitsgruppe Dorfplanung und ländliches Bauen setzte sich aus 35 Kollegen zusammen.

An der Diskussion beteiligten sich insgesamt 28 Kollegen.

In den einzelnen Beiträgen kam zum Ausdruck, daß die Kollegen Schwierigkeiten bei der Durchführung ihrer Aufgaben haben, mit denen sie zum Teil allein nicht fertig werden. Es ist hier die organisierte Kraft des Fachverbandes notwendig, um bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten zu helfen.

Aus diesem Grunde begrüßen es die Teilnehmer, daß der BDA ständige Arbeitsgruppen einrichtet, mit deren Hilfe die volkswirtschaftlichen Ziele der Partei und Regierung besser verwirklicht werden. Die Beschlüsse des 12. Plenums des ZK der SED gewährleisten, daß die Entwicklung der Dörfer in unmittelbarem Einklang mit der volkswirtschaftlichen Zielsetzung erfolgt. Dabei muß die Dorfplanung die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung operativ beeinflussen und erfolgreich zur Beseitigung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land beitragen.

Damit das Bauwesen und die Architekten die im Siebenjahrplan gestellten Aufgaben lösen können, muß sich die Arbeit auf wenige Schwerpunkte konzentrieren. Nicht immer sind alle Voraussetzungen für eine fruchtbare, kontinuierliche und rationelle Arbeit vorhanden.

Daher geben die Mitglieder der Arbeitsgruppe auf Grund der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen zu den nachstehenden Schwerpunkten folgende Empfehlungen:

1. Die Dorfplanungsarbeiten müssen besonders in der ersten Periode des Siebenjahrplanes zur Festigung der LPG beitragen. Deshalb sind neben der Standortfestlegung für Neubauten vor allem die weitere Nutzung der Altbauten, insbesondere der Inanspruchnahme geeigneter landwirtschaftlicher Produktionsbauten für die LPG, in die Dorfplanungsarbeiten einzubeziehen.

   Die Arbeitsgruppe Dorfplanung und ländliches Bauen hält es für erforderlich, daß die von der Deutschen Bauakademie erarbeiteten Planungsrichtlinien, die diese Probleme behandeln und die im Juli 1960 vom Ministerium für Bauwesen übergeben wurden, verbindlich erklärt werden, damit die Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung mit klarer Orientierung arbeiten können.

   Die Arbeitsgruppe empfiehlt ferner, die Forschungsarbeiten, die die Perspektive der Dörfer und der ländlichen Siedlungen klären sollen, voranzutreiben.

2. Im Siebenjahrplan liegt der Schwerpunkt des landwirtschaftlichen Bauens in der Erweiterung der Stallkapazität für landwirtschaftliche Produktions-

genossenschaften. In erster Linie sind für die genossenschaftliche Großproduktion die Altbauten voll zu nutzen. Darüber hinaus muß versucht werden, durch Einführung fortschrittlicher Technologien die Kapazität vorhandener Stallbauten zu erhöhen.

Die Arbeitsgruppe sieht eine besondere Aufgabe darin, hierzu den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eine fachliche Beratung zu geben.

3. Um das Bauprogramm in notwendiger Qualität und Quantität zu erfüllen, ist die Serienfertigung durch spezialisierte Baubetriebe bzw. Bauabteilungen für diese Bauten durchzusetzen, wobei die Mastenbauweise, sowohl für Kalt- als auch für Warmbauten, zu bevorzugen ist. Die Serienfertigung fordert mehr denn je eine langfristige, kontinuierliche Vorplanung, die sowohl die Hochbauten als auch die Folgeeinrichtungen und die Erschließung erfassen muß.

   Die Mitglieder der Arbeitsgruppe weisen darauf hin, daß das ländliche Bauprogramm in den letzten Jahren vorwiegend deshalb ungenügend erfüllt wurde, weil die Planträger die Vorplanung nicht qualifiziert bzw. termingerecht lieferten und ständig Änderungen vornahmen. Außerdem führt diese Erscheinung zu erheblichen Fehlprojektierungen.

   Aus der Verantwortlichkeit der Architekten um die Wirtschaftlichkeit der Baudurchführung entsteht die Forderung, daß die Anordnung Nr. 6 zur Vorbereitung der Investitionen von den Planträgern unbedingt befolgt wird.

4. Die stürmische Entwicklung der Landwirtschaft hat eine sich weiterentwickelnde Technologie zur Folge, die ständig andere Forderungen an das Bauwerk stellt. Deshalb empfehlen die Mitglieder der Arbeitsgruppe, stärker als bisher Universaltypen und Mehrzweckgebäude, die in ihrem Ausbau zahlreiche Varianten zulassen, im landwirtschaftlichen Bauen anzuwenden.

   Damit ist die Möglichkeit gegeben, die differenzierten Verhältnisse in der DDR, insbesondere die durch Klima, Relief und landwirschaftliche Betriebsform bedingten Unterschiede, örtlich zu berücksichtigen.

   Es wird für zweckmäßig gehalten, sowohl gesamte Gebäude als auch Segmente zu typisieren, um die örtliche Anpassung günstiger zu gestalten.

   Damit die technische und architektonische Qualität der Typen verbessert wird, wird dem VEB Typenprojektierung empfohlen, Wettbewerbe auszuschreiben, wobei die Anwendung von Standards und Bautechnologien vorzuschreiben ist.

   Um zu gewährleisten, daß die Projektierungsbüros die einzelnen Bauten und Anlagen innerhalb eines kompletten Bebauungskomplexes optimal einordnen können, wird die Herausgabe von Schemata gefordert, die vor allem auch die Be- und Entwässerung sowie die Verkehrserschließung klären sollen.

5. Damit die volkswirtschaftlich beste Lösung für die gegebene Bauaufgabe im Typ ihren Niederschlag findet, entstehen die Typenprojekte in kollektiver Arbeit zwischen dem Bauwesen, der Landwirtschaft und der Landtechnik. Deshalb soll eine grundsätzliche Abwandlung der Typen durch die Praxis stets im Einvernehmen mit dem Kollektiv erfolgen, das die Typenprojekte entwickelt hat. Auf diese Weise werden den zentralen Stellen sowohl neue Anregungen übermittelt als auch volkswirtschaftliche Schäden, die unter Umständen durch Typenabwandlungen eintreten können, vermieden.

6. Dorf und Flur sind als Einheit zu betrachten und als solche auch zu planen. Hierbei ist die Landwirtschaft, das heißt vor allem das Produktionsziel, die Kooperation und die Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion von Anfang an zu berücksichtigen.

   Die Arbeitsgruppe hält es für erforderlich, daß alle Voraussetzungen geschaffen werden, um zu gegebener Zeit mit der Flurplanung beginnen zu können. Dazu gehören insbesondere die Verstärkung der wissenschaftlichen Grundlagenarbeit, die planmäßige Ausbildung der Kader und systematische Bestandsaufnahmen.

7. Zur Verbesserung der Produktionspropaganda und der Planung wird von der Arbeitsgruppe dringend eine Fachzeitschrift für die Dorfplanung und das ländliche Bauen gefordert. Diese Zeitschrift soll einen engen Kontakt zu allen auf dem Gebiet Arbeitenden herstellen, insbesondere zwischen den LPG-Baubrigaden, den planenden und projektierenden Institutionen und den Baubetrieben.

Neben den vorgenannten Hinweisen hat die Arbeitsgruppe Vorstellungen über die Mitarbeit des Bundes Deutscher Architekten bei der Lösung dieser großen Aufgaben entwickelt. Demnach ist es notwendig, daß der BDA alle Voraussetzungen schafft, um die Initiative sowie die vielseitigen Erfahrungen seiner Mitglieder, insbesondere der auf dem Gebiet der Dorfplanung und des landwirtschaftlichen Bauens Arbeitenden, bei der sozialistischen Umgestaltung der Dörfer voll nutzbar zu machen. Die ständigen Arbeitsgruppen Dorfplanung und ländliches Bauen des BDA, die in engem Kontakt mit den Ausschüssen der Kammer der Technik, den technischen Beiräten, der agrarwissenschaftlichen Gesellschaft, den Instituten für Landwirtschaft in den Bezirken sowie anderen einschlägigen Fachorganisationen arbeiten werden, stellen sich folgende Aufgaben:

1. Die LPG-Beiräte der Bezirke und der Kreise und auch die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in fachlicher Hinsicht zu beraten;

2. im Einvernehmen mit der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse eine planmäßige und kontinuierliche Vortragsreihe in den Dorfakademien, insbesondere zu Fragen des Stallbaues, durchzuführen. Auf diese Weise werden die Genossenschaftsbauern mit den Problemen vertraut gemacht, mit denen sie die Entwicklung ihres Dorfes beeinflussen und ihre Rolle als Bauherr noch besser wahrnehmen können. Darüber hinaus ist durch gesonderte Fachvorträge vor den LPG-Beiräten, den Genossenschaftsvorsitzenden und den Volksvertretern die sozialistische Umgestaltung des Dorfes zu unterstützen;

3. auf die Verbesserung der Typenentwürfe dadurch einzuwirken, daß die in der Praxis gemachten Erfahrungen verallgemeinert und der zentralen Arbeitsgruppe übermittelt werden. Zu diesem Zwecke sind besonders die neu eingeführten Typen hinsichtlich ihrer Brauchbarkeit von der Arbeitsgruppe einzuschätzen;

4. die Entwurfsgruppen der Kreisbauleitungen sowie die freiberuflich tätigen Architekten, die vor allem Umbauprojekte für die Landwirtschaft auszuarbeiten haben, mit den neuesten Erkenntnissen auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Bauens vertraut zu machen und sie gegebenenfalls für diese Aufgabe zu qualifizieren;

5. Jungarchitekten für die Dorfplanung und das ländliche Bauen zu interessieren und für ihre berufliche Weiterentwicklung auf diesem Gebiet Sorge zu tragen.

Die Arbeitsgruppe wendet sich an alle auf dem Gebiet der Dorfplanung und des ländlichen Bauwesens tätigen Kollegen mit der Bitte, den Bund Deutscher Architekten bei der Lösung seiner Aufgaben, die sich insbesondere aus dem hier aufgezeichneten Programm ergeben, zu unterstützen.

Bundesvorstand

Berlin

Prof. Edmund Collein, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Werner Dutschke, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Hans Gericke, Arch. BDA
Dr. Johann Greiner, Arch. BDA
Dipl.-Arch. Ludmilla Herzenstein, Arch. BDA
Kurt W. Leucht, Arch. BDA
Hugo Namslauer, Arch. BDA
Prof. Hans Schmidt, Arch. BDA
Werner Wachtel, Arch. BDA
Gerhard Zilling, Arch. BDA
Prof. Hermann Henselmann, Arch. BDA
Prof. Hanns Hopp, Arch. BDA
Jakob Jordan, Arch. BDA
Hans Karthaus, Arch. BDA
Prof. Dr. Kurt Liebknecht, Arch. BDA
Prof. Richard Paulick, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Werner Schneidratus, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel, Arch. BDA
Ekkehard Böttcher, Arch. BDA
Dr. Walter Niemke, Arch. BDA
Peter Bergner, Arch. BDA

Cottbus

Dipl.-Ing. Horst Sommer, Arch. BDA
Dipl.-Arch. Wilhelm Flemming, Arch. BDA

Dresden

Dr. Ing. Otto Baer, Arch. BDA
Prof. Georg Funk, Arch. BDA
Heinz Hirsch, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Johannes Hunger, Arch. BDA
Egon Körner, Arch. BDA
Herbert Schneider, Arch. BDA
Prof. Dipl.-Ing. Heinrich Rettig, Arch. BDA

Erfurt

Prof. Otto Englberger, Arch. BDA
Prof. Dipl.-Ing. Gustav Baterau, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Gerhard Haubenreißer, Arch. BDA
Dr. Dipl.-Ing. Christian Schädlich, Arch. BDA
Friedrich Ihlenfeldt, Arch. BDA
Horst Richter, Arch. BDA

Frankfurt (Oder)

Dipl.-Ing. Ferdinand Kozik, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Herbert Härtel, Arch. BDA

Gera

Dipl.-Ing. Lothar Bortenreuter, Arch. BDA
Dipl.-Arch. Werner Lonitz, Arch. BDA

Halle

Dipl.-Ing. Wolfgang Fraustadt, Arch. BDA
Hans Mertens, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Dietrich Stier, Arch. BDA
Dr. Ing. Felix Riehl, Arch. BDA

Karl-Marx-Stadt

Karl Müller, Arch. BDA
Robert Brosche, Arch. BDA
Dipl.-Arch. Hanns Großer, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Richard Zeidler, Arch. BDA
Fritz Eisenwinter, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Heinz Kind, Arch. BDA

Leipzig

Arthur Bock, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Rolf Brummer, Arch. BDA
Alfred Dorn, Arch. BDA
Klemens Heinze, Arch. BDA
Paul Grafe, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Eberhard Just, Arch. BDA
Hermann Lucke, Arch. BDA
Dipl.-Ing. Walter Lucas, Arch. BDA
Klaus Poller, Arch. BDA
Alfred Rämmler, Arch. BDA

Magdeburg

Johannes Holtz, Arch. BDA
Harald Rüssel, Arch. BDA

Neubrandenburg

Ferdinand Rupp, Arch. BDA
Werner Frank, Arch. BDA

Potsdam

Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge, Arch. BDA
Walter Funke, Arch. BDA
Martin Kretschmer, Arch. BDA

Rostock

Dipl.-Ing. Joachim Näther, Arch. BDA
Ulrich Wilken, Arch. BDA
Arthur Nonnenmacher, Arch. BDA

Suhl

Otfried Triebel, Arch. BDA
Emil Schicktanz, Arch. BDA

Schwerin

Walter Böhnke, Arch. BDA

Zentrale Revisionskommission

Alfred Krause, Arch. BDA
Josef Zepper, Arch. BDA
Willi Listing, Arch. BDA
Walter Mempel, Arch. BDA
Josef Müller, Arch. BDA
Kurt Lässig, Arch. BDA
Hanno Walther, Arch. BDA
Gerhard Guder, Arch. BDA
Edmund Kubeler, Arch. BDA